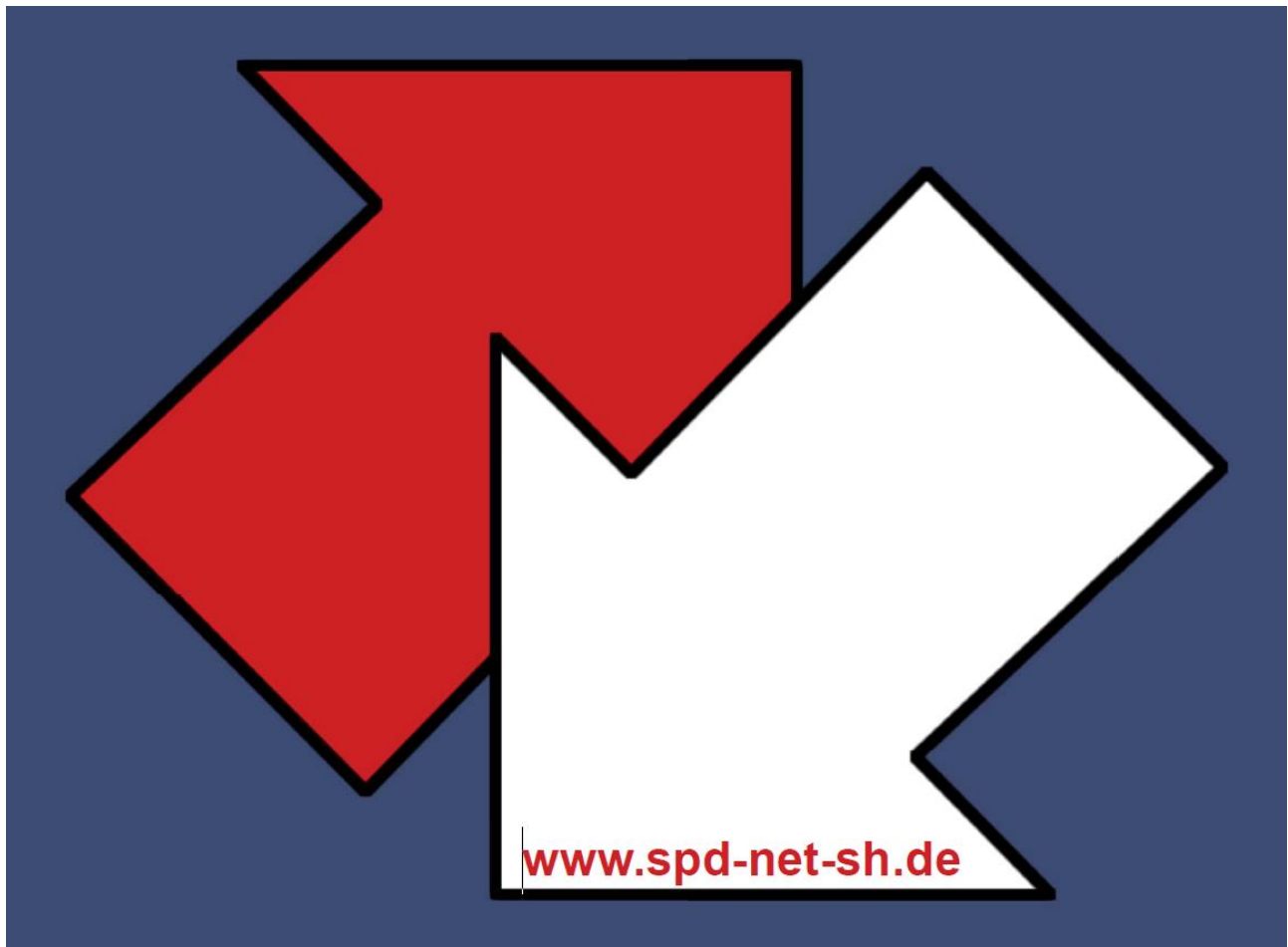


**SPD-NET-SH**

**Die Internetkooperative der  
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



## **Artikelarchiv 2012, 1. Halbjahr**

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.  
Norderstedt, im Dezember 2020

## Ein frohes neues Jahr!

**Allen Besuchern unserer Seiten ein gutes neues Jahr 2012 wünscht die Internetkooperative SPD-NET-SH.**

Mit neuem Schwung wollen wir in dieses Wahlkampfjahr starten. Im Mai geht es um die Mehrheit im Landtag, das Formtief der CDU und der Absturz der FDP sind für die WählerInnen aber noch kein ausreichender Grund die SPD zu wählen.

Dass das sinnvoll ist, müssen wir noch erklären. Unsere Webseiten tragen dazu bei, vor allem die vielen [Kandidatenseiten](#), die bei uns vorgehalten werden.

Damit neben der orts- und wahlkreisbezogenen Berichterstattung noch Raum bleibt für den freien Austausch von Ideen und Vorschlägen, haben wir unsere Diskussionsplattform [Social.SPD-NET-SH](#) aufgearbeitet und ergänzt.

Wer im Sinne des Demokratiesommers weiter mitreden will, kann sich dort anmelden und seine Meinung in die Diskussion einbringen. Sicher werden die SPD-Mitglieder und KandidatInnen sich auch zu den aktuellen Themen äußern.

In diesem Sinne wünscht ein erfolgreiches Jahr 2012

Rudolf Riep  
SPD-NET-SH

Kommentar von [Gustav Gans](#) vom 23.11.2013, 11:35 Uhr:

**RE: Ein frohes neues Jahr!**

*Auch in Entenhausen haben wir das neue Jahr begrüßt, allerdings 25 Stunden vor Hitzefroh oder wie des Nest in Steinburg heißt.*

## Lehrkräfte und Vorbereitungsdienst in Schleswig-Holstein

Die Wartezeit auf einen Platz für das Referendariat in Schleswig-Holstein variiert je nach Laufbahn und Fachkombination. Angehende Grund- und Hauptschullehrer sowie Berufsschullehrer haben derzeit nicht mit Wartezeiten zu rechnen, für Gymnasiallehrer können es dagegen bis zu 18 Monate sein.

Von den 28.097 Lehrkräften im Land haben 1.683 befristete Verträge. 576 von ihnen waren schon mindestens zum dritten Mal mit einem befristeten Vertrag ausgestattet worden.



An den Schulen im Lande waren im Oktober 2010 320 Lehrkräfte beschäftigt, die nur das erste, aber noch nicht das zweite Staatsexamen abgelegt hatten. 120 von ihnen waren an den Gymnasien im Land tätig, 78 an den Gemeinschaftsschulen.

Quelle: Kleine Anfrage der Grünen, Drucksache 17/1911

**Keine Kommentare**

## Neujahrsempfang in Wentorf bei Hamburg

„Wenn Du schnell gehen willst, gehe alleine. Wenn Du weit gehen willst, gehe mit anderen zusammen.“ Diese Weisheit stellte Wentorfs Bürgervorsteher Andreas Hein in den Mittelpunkt seiner kurzen Ansprache beim Neujahrsempfang der Gemeinde Wentorf bei Hamburg. Erstmals als Gast dabei war der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der sich freute, viele Menschen wiederzutreffen, die er im letzten Jahr in Wentorf kennenlernen konnte. Über 200 Gäste drängten sich in den Räumlichkeiten des Rathauses.

Mit anderen gemeinsam weit kommen - von da aus schlug Andreas Hein den Bogen zur Kommunalpolitik, in der es darum gehe, Wentorf gemeinsam voranzubringen. Dabei lobte er das Engagement der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker über alle Parteigrenzen hinweg. Auch die Bedeutung aller anderen Ehrenamtler wurde hervorgehoben, einer erhielt sogar eine Ehrenmedaille: Fredi Heidemann vom Ortsjugendring Wentorf, unter anderem Begründer des Sommerferienprogramms „Plumpsack“.

Schließlich ging es in der Rede des Bürgervorstehers auch um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen. Schließlich seien es die Kommunen, die das Leben der Menschen vor Ort zu gestalten hätten. Wenn das nicht gehe, drohe Politikverdrossenheit. Martin Habersaat: „Ich empfehle, einmal die Landtagswahlprogramme der Parteien unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.“



**Keine Kommentare**

## Kreisumlage in Segeberg bleibt 2012 unverändert

Stefan Weber, Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Segeberg West, traf die Landrätin des Kreises Segeberg, Jutta Hartwig, zu einem Gespräch über den Haushalt des Kreises. Weber, der auch Bürgermeister der Gemeinde Sievershütten ist, brachte das Unverständnis der kleinen Gemeinden des Kreises zum Ausdruck, warum die Kreisumlage, trotz der Kostenübernahme der Grundsicherung durch den Bund nicht gesenkt wurde.

Hartwig erläuterte die Position des Kreises: Die Transferleistungen, die mit den Mitteln vom Bund gezahlt werden, sind originäre Aufgabe des Kreises und somit sollen sie auch im Kreishaushalt verbleiben. Des Weiteren, so Hartwig weiter, wisse man noch nicht wie hoch die Summe der Zahlungen genau ist, so dass diese im Haushalt nicht klar beziffert werden können. Die Landrätin wiederholte Ihre Gesprächsbereitschaft über die-



ses Thema. Sie hatte bereits den Vertretern des Gemeindetages und den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen angeboten im ersten Quartal 2012 hierüber zu sprechen. Für 2012 steht der Haushalt mit einer unveränderten Kreisumlage von 37,5%, bekräftigte Hartweg. Weber und Hartweg waren sich darüber einig, dass im Bereich der Finanzen mehr Transparenz hergestellt werden muss. Ein einheitliches und damit vergleichbares Finanzsystem von den Kommunen über die Kreise bis zum Landeshaushalt wäre hierfür der erste Schritt. Verständliche und einfachere Haushaltspläne tragen dazu bei, dass Finanzentscheidungen für die Bürger und Bürgerinnen nachvollziehbarer sind und somit auch besser mitgetragen werden können. Stefan Weber sagte zu, diese Ideen in seine politischen Zielsetzungen aufzunehmen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.01.2012, 15:08 Uhr - 12758 Clicks - Nr. 5

## **Verwunderung über Aussagen des Innenministers Klaus Schlie**

### **SPD-Landtagskandidat von Pein: Neonazis schon länger aktiv in Stormarn**

Als Reaktion auf die Aussagen des Landesinnenministers Klaus Schlie im Hamburger Abendblatt vom 3. Januar 2012 erklärt der SPD-Landtagskandidat für Stormarn-Mitte, Tobias von Pein: „Es ist hinlänglich bekannt, dass es schon seit Jahren eine aktive Neonaziszene in Stormarn gibt.“



Gerade in Nordstormarn seien schon seit mehreren Jahren Vorfälle mit rechtsradikaler Beteiligung bekannt, ebenso in Bad Oldesloe und Bargtheide. Auch auf Volksfesten und Schützenfesten in Stormarn-Mitte und Südstormarn würden sich immer wieder kleinere Gruppen von gewaltbereiten Rechtsradikalen bzw. Rechtsgesinnnten tummeln. Hier würde es nach Ansicht von Peins nicht genügen, sich auf den Verfassungsschutzbericht zu stützen: „Besonders links-alternative Jugendliche und Migranten können von solchen Vorkommnissen berichten.“

Die Aussagen Schlies würden daher einen falschen Eindruck erwecken: „Ich gratuliere dem Herrn Innenminister, dass auch er jetzt endlich bemerkt hat dass es Neonazis in Stormarn gibt. In Wirklichkeit existiert das Problem jedoch schon viel länger.“ Besonders in Reinfeld und Umgebung gab es in den vergangenen Jahren Vorkommnisse. 2009 gab es zudem einen Angriff auf das linksalternative Autonome Jugendhaus Bargtheide.

Von Pein fordert daher dazu auf, rechte Tendenzen ernster zu nehmen. "Viele Verantwortliche in Verwaltung und Politik haben das Problem in der Vergangenheit runter gespielt." meint von Pein. Rassismus und Intoleranz entstehe zudem meistens in der Mitte der Gesellschaft. Hier müsse jeder aufrechte Demokrat mithelfen, entgegenzuwirken. „Stammtischparolen gegen Migranten oder Vorurteile z.B. im Zuge der Eurodebatte können ein Nährboden für Rassismus sein. Hier gilt es für Solidarität und Toleranz zu werben.“ meint von Pein.

Es seien alle gesellschaftlichen Institutionen gefragt, mit Projekten für Demokratie und Toleranz gegen zu halten. „Deshalb braucht es auch von Landesebene mehr Fördermittel für Projekte gegen Rassismus und für Demokratie.“ Hierfür will sich der SPD-Landtagskandidat einsetzen.

Verwundert ist von Pein auch über die Aussagen Schlies zu einem möglichen NPD-Verbotsverfahren: „Ein Verbot der NPD ist längst überfällig. Es würde zeigen, dass rechtsradikales Gedankengut von der Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Zudem würde eine wichtige Geldquelle der staatlichen Parteienfinanzierung für die NPD endlich trockengelegt.“

**Keine Kommentare**

## Frühkindliche Bildung in Schleswig-Holstein

Geborene Kinder 2009: 21.923

### **Kinder unter 10 (Stand: 31.12.2009): 248.841**

Davon unter 3: 68.814

3-6: 72.684

6-10: 107.343



### **Kindertageseinrichtungen (2010): 1.629**

Trägerschaft öffentlich 23%, freigemeinnützig 75%, betrieblich 0,4%, privatgewerblich 1,7%.

### **Pädagogisches Personal in Kitas (2010): 13.109**

Kinder in Kitas (2010): 94.338

Davon unter 3: 7.994

3-6: 62.338

6-10: 7.894

An 1.629 Kitas in Schleswig-Holstein ist mindestens eine hochschulausgebildete Kraft im pädagogischen Bereich tätig.

### **Abschlüsse des pädagogischen Personals (in Prozent):**

(sozial)pädagogischer Hochschulabschluss: 4,4

Fachschulabschluss (Erzieherin, Heilpädagogin): 62,4

Kinderpflegerin: 22,3

Anderer fachlicher Abschluss (Sozial- oder Erziehungsberufe): 3,9

Sonstige: 4,2

Ohne Abschluss: 2,9

### **Alter des pädagogischen Personals (in Prozent):**

Unter 25: 9,1

25-40: 35,5

40-55: 45,5

über 55: 9,7

### **Tagespflegepersonen (2010): 1.997**

Kinder unter 6 in Tagespflege: 5.644

Davon unter 3: 4.545

### **Kinder mit Migrationshintergrund nutzen solche Angebote seltener als andere.**

U3: 8% zu 21,1%

3-6: 84,1% zu 87,4%

Quelle: Bertelsmann Stiftung. Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2011.

**Keine Kommentare**

## "Dies ist ein ganz besonderer Moment."

„Es ist für uns überhaupt das erste mal, dass wir eine ausländische Delegation einer Schwesterpartei offiziell bei uns begrüßen dürfen. Dies ist ein ganz besonderer Moment.“ Mit diesen Worten begrüßte José Ortiz, Fraktionsvorsitzender der PSOE Torremolinis die Reisegruppe des SPD Reiseservice , die am 28. Dezember im Rahmen einer Andalusienrundfahrt zu Gast in der dortigen Geschäftsstelle waren.

Möglich wurde diese offizielle Einladung einerseits durch den ehemaligen Kreiskassierer der SPD Rendsburg –Eckernförde und Butten Eckernförder, Marc Nissen, der aus beruflichen Gründen nun in Torremolinos lebt, der PSOE Stadtrat Abgeordneten Maribel Tocón und der stellv. Kreisvorsitzenden des Kreises Rendsburg-Eckernförde Heidrun Isolt aus Eckernförde, die die Leitung der Reisgruppe übernahm.

Die ca. 30 Personen aus ganz Deutschland wurden gegen frühen Abend freundlich von den Companeras und Companeros, den Genossinnen und Genossen, in landesüblicher Tradition während der Weihnachtszeit mit heißer Schokolade und Polvórones (spanisches Weihnachtsgebäck) begrüßt und bewirtet. Nachdem José Ortiz allgemeine Informationen zur derzeit angespannten Situation der Sozialisten in Spanien gab – in Torremolinos gingen bei den letzten Kommunalwahlen im Mai 2011 17 von 25 Sitzen an die konservative PP und nur 6 an die PSOE – fand ein reger Austausch zwischen den Mitgliedern der Deutschen und Spanischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie weiteren Gästen statt.

Themen zur Mitgliederentwicklung, der Jugendarbeitslosigkeit, der Frauenpolitik und der Bildung wurden verglichen und erörtert. Alle Teilnehmer sprachen von einer gelungenen Veranstaltung und freuten sich über das Gefühl, für einen Moment lang aktiv ein Teil der internationalen Zusammenarbeit der Sozialdemokratie gewesen zu sein.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 03.01.2012, 23:37 Uhr - 7690 Clicks - Nr. 8

## **Anträge von Beate Raudies zur Verbesserung des SPD-Regierungsprogramms 2012 – 20**

SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies bringt erfolgreich drei Anträge zur Verbesserung des Regierungsprogramms 2012 – 2017 auf SPD-Ortsmitgliederversammlung in Elmshorn ein. Im Fokus standen der Mindestlohn, die Stärkung der Metropolregion und eine verbesserte Steuerpolitik.

Elmshorn, den 03.01.2012. Drei Anträge der SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies fanden auf der letzten Ortsmitgliederversammlung der Elmshorner SPD ungeteilte Zustimmung.

Die Elmshorner SPD votierte einstimmig für die konsequente Einhaltung der Tariftreue. So sollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem jeweiligen repräsentativen Branchentarifvertrag entlohnt werden. Wo dies nicht durchsetzbar ist soll mindestens der gesetzlich verankerte Mindeststundenlohn in Höhe von 8,50 Euro gezahlt werden. Beate Raudies: „Mit der Aufnahme dieses Antrags in das Regierungsprogramm erhalten alle arbeitenden Menschen in Schleswig-Holstein das Recht auf eine akzeptable Grundversorgung.“

Ein weiterer Antrag richtete sich an der Metropolregion Hamburg aus. Raudies: „Es gilt, den Wohnraum stärker zu fördern, um das Mietniveau zu stabilisieren und zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.“ Mit diesem Antrag ist auch der Umbau von Wohnungsbeständen für das Wohnen im Alter und für neue Wohnformen für Familien verbunden.

Außerdem soll die länderübergreifende Kooperation ausgebaut werden. Es bedarf besserer Planungen und Abstimmungen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Finanzmittel vom Bund und aus Europa könnten besser gemeinsam erworben und eingesetzt werden. Viele Leistungen beider Länder und deren Verwaltungsstrukturen könnten viel besser harmonisiert werden. Hier wäre z.B. das Schulwesen zu nennen, so Raudies.

Im dritten Antrag wurde eine Verbesserung der Steuereinnahmen gefordert. Beate Raudies: „Neben der Einrichtung einer zentralen Bundessteuerverwaltung benötigen wir mehr Betriebsprüfer. So gelänge uns ein effektiverer Kampf gegen Steuerhinterziehung. Wenn jeder seinen gesetzlich vorgeschriebenen Teil an Steuern entrichten würde, hätten Bund, Länder und Kommunen keine so großen finanziellen Schwierigkeiten.“



Diese Anträge werden die Elmshorner Genossinnen und Genossen auf den nächsten dafür vorgesehenen Parteitag stellen. Beate Raudies wird sich persönlich dafür einsetzen.

**Keine Kommentare**

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 04.01.2012, 15:14 Uhr - 198705 Clicks - Nr. 9

## Alltagsrassismus aufgedeckt

Merle Stöver, Juso aus Itzehoe, hat dafür gesorgt, dass ein Fall von alltäglichem Rassismus öffentlich wurde. Der Hintergrund: In eine Diskothek in Itzehoe wurde ein junger Mann (21 Jahre) wegen seines südländischen Aussehens nicht eingelassen.

Diesen Vorfall hat die Sozialdemokratin bemerkt und ist damit zur Presse gegangen. Dankenswerter Weise wurde dort der Vorfall aufgegriffen und gründlich recherchiert. (Norddeutsche Rundschau vom 4.1.2012) Der Diskobetreiber will den Vorfall nicht als rassistischen Übergriff sondern als Vorsichtsmaßnahme verstanden wissen. Ihm sei es darum gegangen, rivalisierende Gruppen von Jugendlichen auseinander zu halten.

Egal wie die Motivationslage tatsächlich war, hier ist ein Beispiel für alltäglichen Rassismus deutlich gemacht worden, dafür gilt es Dank und Anerkennung auszusprechen, einerseits Merle Stöver, die dafür gesorgt hat und andererseits der Zeitung, die den Fall behandelt hat. Denn oft ist der zweite Teil dieses Rassismus darin zu finden, dass Vorfälle nicht für wichtig erachtet werden.

RR

## Zum Feiern gekommen – an der Disko abgewiesen

**ITZEHOE** Mit der Bahn fuhr er zum Feiern nach Itzehoe. Doch vor dem „Cheyenne Club“ war Endstation für einen Glückstädter. Dem 21-Jährigen türkischer Abstammung wurde der Einlass nach einem Blick auf seinen Ausweis verwehrt. Es geschah bereits im November bei der Vorabi-Party der Itzehoer Gymnasien, jetzt wurde der Vorfall durch eine Mitteilung der Jungsozialisten (Jusos) öffentlich.

Einige von ihnen hatten das Ereignis vor der Tür der Diskothek beobachtet. Der junge Glückstädter sei weder alkoholisiert noch aggressiv gewesen und habe auf Nachfrage keine Erklärung, sondern nur die Drohung mit einer Anzeige erhalten, so **Merle Stöver** (Foto) von den Jusos. Der 21-Jährige fuhr wieder nach Hause, und zwar sehr angesäuert.

Zwei Tage danach habe er den „Club“-Geschäftsführer angerufen, schilderte der Glückstädter selbst, der anonym bleiben will. Nach Aussage des Geschäftsführers seien an jenem Abend wegen früherer Auseinandersetzungen keine Glückstädter Gruppen südländischer Herkunft zugelassen gewesen. Andersherum dürften bei einer aus Glückstadt organisierten Feier keine Itzehoer hinein. Das könne er bei größeren Gruppen sogar verstehen, sagt der 21-Jährige. Er aber sei mit seiner Freundin gekommen – und diese habe ebenso hineingehen dürfen wie hinter ihm andere Glückstädter. „Ich bin nicht so der Typ, der sich jedes Wochenende kloppen

muss“, sagt der Abgewiesene. Und: Er sehe „ganz normal“ aus.

„Mehr als beschämend“ findet Merle Stöver den Vorfall. „Die Respektlosigkeit der Türsteher und der Generalverdacht gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund machen mich fassungslos und traurig.“ Natürlich könne der Besitzer einer Diskothek selbst entscheiden, wem er den Zutritt verwehre. „Dies aber an der Herkunft festzumachen, ist rassistisch und unbegründet.“

Mit Rassismus habe das Verhalten der Türsteher nichts zu tun, wehrt sich „Club“-Betreiber **Jürgen Conring** (Foto). „Generell kommt jeder rein“, das gelte auch für Ausländer. Vorgaben gebe es da nicht – so gut laufe es in Diskotheken auch nicht, dass sie auf „vernünftige“ Gäste verzichten könnten.

Aber es existierten „ziemlich heftige Rivalitäten“ zwischen türkischstämmigen Besuchern aus Itzehoe und Glückstadt. Gerade unter den Glückstädtern gebe es sehr Aggressive – „es sind etliche, die nicht hereinkommen, weil es mit ihnen ständig Stress gibt“.

Und weil das so sei, werde leider manchmal jemand mit über einen Kamm geschoren, der nicht gemeint sei, so Conring. „Ich wollte einfach nur ein bisschen feiern“, sagt der 21-Jährige. Und die Jusos hoffen, dass sich der Vorfall nicht wiederholt. Merle Stöver: „Denn wer kann schon mit gutem Gefühl das Abitur feiern, wenn gute Bekannte und Freunde nicht hineindürfen, weil ihre Familien nicht aus Deutschland kommen?“ lpe

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 07.01.2012, 13:16 Uhr - 5291 Clicks - Nr. 10

## SPD-Fraktion Reinbek: Nachfolge zügig geregelt

Nach dem überraschenden Rücktritt von Klaus-Peter Puls von allen kommunalpolitischen Ämtern am 2.1. 2012 hat die Reinbeker SPD-Fraktion in einer Sondersitzung am 6. Januar 2012 die durch den Rücktritt entstandenen Personalfragen zügig geregelt.

„Ich freue mich, dass Alfred Rund als nachrückender Listenkandidat jetzt Stadtverordneter werden wird“, eröffnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Müller die Sitzung. Alfred Rund wohnt in Neuschönningstedt und hat bereits in der Vergangenheit als Bürgerliches Mitglied der SPD-Fraktion angehört und im Umweltausschuss mitgearbeitet. Diesem Arbeitsfeld wird er sich jetzt auch als Stadtverordneter widmen.

Im Hauptausschuss wird Bernd Syska Puls ersetzen. Bernd Syska ist seit vielen Jahren in der Reinbeker Kommunalpolitik aktiv, hat in der Vergangenheit intensiv im Sozial- und Schulbereich gewirkt und gehört derzeit dem Bau- und Planungsausschuss an. „Wenn er jetzt zusätzlich Mitglied des Hauptausschusses wird, werden wir dort gewiss auch von seinen Kenntnissen als Finanzfachmann profitieren“, freut Müller sich.

Als neuen ersten stellvertretenden Bürgervorsteher hat die SPD-Fraktion einmütig Tomas Unglaube nominiert. Zur Begründung erklärt Müller: „Tomas Unglaube ist seit Anfang der 70er Jahre in der Kommunalpolitik aktiv und genießt als Vorsitzender des Sozial- und Schulausschusses hohes Ansehen. Wir sind sicher, dass er in seiner ruhigen, bestimmten Art mit dem Bürgervorsteher Lothar R. Zug gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten wird.“

Müller bedauerte gegenüber der Presse erneut den überstürzten Rückzug von Puls und betonte, dass die SPD-Fraktion durch die schnelle Regelung der Personalfragen auch gezeigt habe, dass für sie die Sachpolitik im Vordergrund stehe.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 08.01.2012, 18:14 Uhr - 26025 Clicks - Nr. 11

## **Berlin-Fahrt mit dem SPD Kreisverband Rendsburg - Eckernförde**

Vom 11. bis 13. Mai 2012 veranstaltet der SPD- Kreisverband Rendsburg-Eckernförde nun schon zum 6. Mal in Folge eine Busfahrt nach Berlin ...

... und so sieht das Programm aus:

- Bustransfer von Eckernförde nach Berlin und zurück (weitere Zustiege sind möglich)
- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstück im Hotel „Ludwig van Beethoven“ ([www.hotel-ludwig-van-beethoven.de](http://www.hotel-ludwig-van-beethoven.de))
- Rundfahrt und Rundgang durch Marzahn „Veränderungen einer DDR-Vorzeige-Stadt“
- Besuch der „Gärten der Welt“ (fakultativ)
- Intensive Stadtrundfahrt
- Fahrt nach Potsdam
- Führung durch den Park Sanssouci
- Führung durch das Schloss „Neue Kammern“ (fakultativ)
- eine Reisebroschüre

Die Kosten für diese Fahrt belaufen sich auf € 186,00 pro Person, der Einzelzimmerzuschlag beträgt € 52,00.

Neben dem Programm bleibt aber auch Zeit zur Eigenerkundung von Berlin, zum Besuch von Museen oder Theateraufführungen.

Die Abwicklung, Betreuung und Durchführung dieser Fahrt liegt auch in diesem Jahr wieder in den bewährten Händen der Berliner DIENSTWERKER, hinter denen sich die langjährige MdB des Kreises, Ulrike Mehl, und ihr Mann Andreas Schröter „verbergen“.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 31. März 2012 bei



Heidrun Isolt  
Admiral-Scheer-Str. 6  
24340 Eckernförde  
Tel. 04351 – 83226  
E-Mail. dienstwerker@web.de  
anzumelden.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.01.2012, 11:54 Uhr - 8002 Clicks - Nr. 12

## Neujahresempfänge in Reinbek und Glinde

Mehr als 300 Besucherinnen und Besucher konnten Bürgervorsteher Eberhard Schneider und Bürgermeister Rainhard Zug im Bürgersaal willkommen heißen. Zug freute sich über die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt. Schneider ließ in seiner Rede die Ereignisse 2011 noch einmal Revue passieren. Dabei konzentrierte er sich auf einige Schwerpunkte, „sonst müssten wir uns hier noch Pizzen zum Abendessen liefern lassen“.



Besonders begrüßt wurden die zahlreichen neuen Gliner\_innen, besonders gewürdigt wurde der Einsatz der Bürgerinitiative gegen rechts. In seiner Rede betonte Schneider die Bedeutung des Gemeinwesens und nannte den Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern für ihre Stadt unverzichtbar. Mit dabei im Bürgersaal war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, auf dem Foto am Stehtisch mit einigen Gliner Sozialdemokraten.

Anschließend ging es für Martin Habersaat weiter ins Reinbeker Schloss, wo die Stadt Reinbek zeitgleich ihren Neujahrsempfang gab. Habersaat: „Den offiziellen Teil habe ich in Reinbek leider verpasst, dafür gab es aber noch Gelegenheit für viele nette Gespräche, bei denen zahlreiche Pläne für das neue Jahr geschmiedet werden konnten.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.01.2012, 11:55 Uhr - 8414 Clicks - Nr. 13

## Barsbüttels überdurchschnittliche Infrastruktur

Viel Positives konnte Bürgermeister Thomas Schreitmüller in seine Rede zum Neujahrsempfang der Gemeinde Barsbüttel aufnehmen. Das reichte von der überdurchschnittlichen Infrastruktur der Gemeinde - Schulen, Kindergärten, Sozialstation und Bürgerhäuser seien hier als Beispiele genannt - über die Entwicklungen im Gewerbegebiet - BMW kommt, eine Erweiterung hinter Höffner ist in Planung - bis hin zum Einsatz der Kommunalpolitik, für den Schreitmüller sich bedankte.

Dank gab es auch für die Bürgerinitiative Ortsmitte, deren Einsatz es zu verdanken ist, dass für das Rathaus eine kostengünstigere Sanierungsmöglichkeit gefunden werden konnte. Geehrt wurden auf dem Neujahrsempfang verdiente Ehrenamtler, darunter Klaus Wriggers, Heinz

Steffenhagen und Harald Seeler für 40jährigen Einsatz in der Freiwilligen Feuerwehr.

Die Schulden der Gemeinde konnten in den vergangenen Jahren auf 6,8 Millionen Euro reduziert werden. Seit 2003 hat die Gemeinde auf eine Erhöhung der Kita-Gebühren verzichtet. Das wird künftig nicht mehr ohne weiteres möglich sein - jetzt muss die Allgemeinheit helfen, damit Barsbüttel seine Familienfreundlichkeit bewahren kann: Im Gespräch sind Erhöhungen der Grund- und der Gewerbesteuer.



Am Rande des Neujahrsempfangs bot sich die Gelegenheit für viele Begegnungen und Gespräche, auf dem Foto Landrat Klaus Plöger und Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion Barsbüttel.

[Mehr Fotos: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 09.01.2012, 13:05 Uhr - 5614 Clicks - Nr. 14

## Drei für Barsbüttel

Gutgelaunt und voller Tatendrang zeigte sich die SPD auf dem Neujahrsempfang der Gemeinde am 8. Januar im Barsbütteler Rathaus. Fraktionschef Hermann Hanser präsentierte seinen frisch gekürten Fraktionsgeschäftsführer Thomas Harden (Mitte): „Ich freue mich, im Bereich Organisation und Pressearbeit Unterstützung zu bekommen – 2012 wartet eine Menge Arbeit auf uns.“ Auch Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hat große Erwartungen an Harden:



„Die Arbeit im einem Wahljahr ist nicht nur von repräsentativen Terminen geprägt – ich bin froh, jemanden gefunden zu haben, der sich um das viele Drumherum kümmern kann.“

Hardens beruflicher Werdegang ist organisatorisch-logistisch geprägt, die neue Herausforderung daher ein Heimspiel: „Termine koordinieren, Dinge ordnen und Strukturen schaffen – auch in unserer Gemeinde eine Herausforderung, der ich mich gern stelle.“ Thomas Harden lebt seit 2008 im Barsbüttler Ortsteil Willinghusen und ist Vertriebsleiter von Elbphilharmonie und Laeiszhalle. Zuvor war er unter anderem für die Expo 2000 in Hannover tätig. Er hat Lust, Dinge zu bewegen - nun auch in seiner Heimatgemeinde.

Foto: Martin Habersaat, Thomas Harden, Hermann Hanser

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.01.2012, 14:57 Uhr - 10527 Clicks - Nr. 15

## Torsten Albig und Olaf Scholz in Ahrensburg

**Montag, 23.01.12, 19:00 bis 21:00 Uhr, Peter-Rantzau-Haus**

Ob Schuldenkrise, Verkehrsprojekte, Sozialsysteme oder Klimawandel - die Lösungskompetenz

der Politik ist mehr denn je gefragt. Gleichzeitig verlieren die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Politik, wenn Reden und Handeln der politischen Akteure auseinanderfallen. Glaubwürdigkeit und Kompetenzzuschreibung sind schneller verloren als sie wieder hergestellt werden können.

"Gutes Regieren" - so könnte ein Weg bezeichnet werden, der überzeugende Inhalte, effektive und transparente Umsetzung und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vereint - und damit neues Vertrauen schafft. Was beinhaltet das konkret, vor allem auch für Hamburg und Schleswig-Holstein?

Gäste auf dem Podium: Torsten Albig, Oberbürgermeister der Stadt Kiel und Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.



Veranstaltungsort:  
Peter-Rantzau-Haus  
Manfred-Samusch-Straße 9  
22926 Ahrensburg

Teilnahmegebühr: keine  
Ansprechpartner: Dr. Peter Hurrelbrink  
hamburg@fes.de

Kontaktanschrift: Julius-Leber-Forum  
Rathausmarkt 5  
20095 Hamburg  
Tel. 040-325874-0, Fax 040-325874-30

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.01.2012, 15:07 Uhr - 4318 Clicks - Nr. 16

## **AG 60plus besucht die Hamburger Bürgerschaft**

### **Ausflug am 25. Januar**

Wie wird die zweitgrößte Stadt Deutschlands regiert? Was bedeutet „Freie und Hanse-Stadt“ heute noch? Wie hoch ist die Aufwandsentschädigung für ein Mitglied der Bürgerschaft? Was ist ein „Feierabend-Parlament“? Das sind spannende Fragen! Die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn besichtigt das Hamburger Rathaus und besucht eine Bürgerschaftssitzung.

„Am 6. Mai ist bei uns Landtagswahl. Danach muss man gut mit den Hamburgern zusammenarbeiten. Wir wollen uns einmal ansehen, wie die Arbeit in Hamburg funktioniert“, erzählt Jürgen Schneider, Vorsitzender der AG 60plus, „Zur Einführung besichtigen wir das Hamburger Rathaus und hören einiges über seine Baugeschichte. Nach einer Mittagspause im „Friesenkeller“ sehen wir einen Kurzfilm über die Bürgerschaft. Dann werden wir von einem Mitglied der Hamburger Bürgerschaft begrüßt und können Fragen stellen. Danach dürfen wir als Gäste in

der Senatsloge der laufenden Bürgerschaftssitzung beiwohnen.“

Wir treffen uns am Mittwoch, dem 25. Januar im Bahnhof Oldesloe um 10:15 Uhr und fahren mit der Regional-Bahn nach Hamburg. Unterwegs können weitere Teilnehmer zu steigen. Um 18:30 Uhr sind wir wieder in Bad Oldesloe. Der Kostenbeitrag beträgt 7 Euro pro Teilnehmer. (Ohne Mittagessen!) Eine Anmeldung ist erforderlich 04531/84603 oder [juergen.schneider@spd-badoldesloe.de](mailto:juergen.schneider@spd-badoldesloe.de). Wegen der begrenzten Teilnehmerzahl wird um baldige Anmeldung gebeten.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.01.2012, 13:27 Uhr - 7802 Clicks - Nr. 17

## **Vor der Wahl wissen, was danach kommt**

### **Bildungspolitik in Wentorf, 16.1., 19.00 Uhr, Alte Schule**

Wer vor der Wahl wissen möchte, was danach kommt, ist herzlich eingeladen, sich am 16. Januar ab 19.00 Uhr in der Alten Schule in Wentorf ein Bild zu machen. Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Andrea Hollweg, die Fraktionsvorsitzende der SPD Wentorf, informieren und diskutieren über Bildungspolitik.

Dabei wird es unter anderem um die Frage gehen, welche Entwicklung die Schulen in Wentorf nach Auffassung der Sozialdemokraten nehmen werden, wenn in Kürze ein Regierungswechsel in Schleswig-Holstein stattfindet. Das gilt insbesondere für das Anliegen des Gymnasiums für einen Wechsel von G8 nach G9 und für die Frage, ob es in Wentorf bei einer Regionalschule bleiben wird.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.01.2012, 13:35 Uhr - 7420 Clicks - Nr. 18

## **Wo Gemeinschaftsschule draufsteht, muss auch Gemeinschaftsschule drin sein!**

*Zur Presseberichterstattung über die Sortierungen nach Schulabschlüssen, die an einigen Gemeinschaftsschulen wieder stattfinden, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

In Schleswig-Holstein gibt es 135 Gemeinschaftsschulen, die alle auf Grundlage eines pädagogischen Konzepts genehmigt wurden. Die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern haben einen Anspruch auf Umsetzung dieser pädagogischen Konzepte.

Und auch die Schulträger haben einen Anspruch darauf, dass Schulen das umsetzen, was sie sich vorgenommen haben.

Die SPD steht zum Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens. Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für seine persönliche Entfaltung und berufliche Lebensperspektiven haben. Das Leitprinzip muss also individuelle Förderung sein, und in diese Förderung müssen die Energien und Ressourcen des Bildungssystems fließen, nicht in eine Sortierung der Kinder. Das gilt für vorschulische wie schulische Bildung und muss bereits in der Lehrerausbildung angelegt werden. Das betrifft aber auch die Arbeitsbedingungen aller im Bildungsbereich tätigen Professionen.



Die Schulgesetznovelle, die CDU und FDP vor einem Jahr gegen breite Proteste durchgezogen haben, trägt jetzt ihre faulen Früchte. Das Ministerium lässt die Schulen mit der Umsetzung des Schulgesetzes allein, während der Minister offensichtlich schon dabei ist, sein Büro aufzuräumen. Und die Leidtragenden sind wie immer die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern, die sich gerade wegen des längeren gemeinsamen Lernens ohne Sortierung nach dem Schema: „die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“ für das Modell „Gemeinschaftsschule“ entschieden haben. Es darf nicht dazu kommen, dass unter dem Etikett „Gemeinschaftsschule“ kooperative Modelle laufen, in denen das dreigliedrige Schulsystem fröhliche Auferstehung feiert, wie es die FDP offen fordert.

Bildungsminister Dr. Klug und seine Partei wollen zurück zur ausgrenzenden Dreigliedrigkeit und tragen mit dem neuen Schulgesetz Unfrieden in die Schulen. Bis Mai können wir daran nichts ändern. Wenn die Wählerinnen und Wähler uns den Auftrag geben, werden wir nicht zulassen, dass dieser Unfrieden darüber hinaus währt.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 12.01.2012, 14:42 Uhr - 13980 Clicks - Nr. 19

## **Planspiel „Zukunftsdialog 2012“ der SPD-Bundestagsfraktion**

### **Thönnies: „Junge Menschen wollen Zukunft gestalten, wir geben die Möglichkeit“**

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag will Jugendlichen und jungen Erwachsenen Einblicke darin geben, wie Politik in Berlin funktioniert und wie eine Fraktion arbeitet. Thönnies dazu: „Uns interessieren die politischen Vorschläge und Ideen der jungen Leute. Schließlich sind Sie es, die in Zukunft die Geschichte unseres Landes lenken werden.“



Im Mai 2012 werden für zwei Tage 150 Jugendliche aus ganz Deutschland über die Zukunftsfragen Deutschlands beraten. Dabei schlüpfen sie in die Rolle von Bundestagsabgeordneten, arbeiten selbst an Initiativen, verfassen gemeinsam Anträge mit ihren Arbeitsgruppen und versuchen ihre eigenen Positionen in der Fraktion durchzusetzen. Franz Thönnies lädt dazu, wie die anderen SPD-Bundestagsabgeordneten, eine/n Vertreter/in nach Berlin ein.

Mitmachen können alle jungen Menschen zwischen 15 und 20 Jahren. Die Bewerbung läuft über das Bürgerbüro von Franz Thönnies. Teilnahmebedingungen sind eine kurze schriftliche Vorstellung und ein kreativer Beitrag unter dem Motto: „Was ist Demokratie für dich?“. Dabei ist für die Präsentation alles von Essay über Bild, Foto oder Collage bis Video möglich. „Ich hoffe auf möglichst viele Einsendungen, aus denen wir dann gemeinsam in einer fünfköpfigen

Jury die fünf besten Beiträge auswählen. Die jeweiligen Bewerber werden anschließend zu einem Gespräch geladen“, so Thönnnes.

Dieses Treffen soll am 13. März stattfinden. Dabei werden die fünf Ausgewählten mit Franz Thönnnes zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie in Europa in Zeiten der Globalisierung“ diskutieren. Im Anschluss bewerten die Teilnehmer in einem anonymen Verfahren die jeweils dargestellten Positionen, die Argumente und deren Überzeugungskraft, um so den Gewinner, der am Zukunftsdialog 2012 teilnimmt, zu ermitteln. Die Zweit- bis Fünftplatzierten werden von Franz Thönnnes zu einem Besuch in die Werkstatt der Demokratie, den Deutschen Bundestag, nach Berlin eingeladen.

**Einsendungen** bitte postalisch oder per E-Mail **bis spätestens zum 27. Februar 2012** an:

**Bürgerbüro Franz Thönnnes**  
**Oldesloer Str. 20, 23795 Bad Segeberg**  
**Tel. 04551-968383**  
[Zukunftsdialog2012@thoennes.de](mailto:Zukunftsdialog2012@thoennes.de)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.01.2012, 04:44 Uhr - 8356 Clicks - Nr. 20

## Metropolregion setzt Meilensteine

### **Jahresauftaktveranstaltung der UVNord wirbt für norddeutsche Zusammenarbeit**

Traditionell nutzt die UVNord, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, das gediegene Ambiente des Hotels Atlantic an der Alster als Rahmen für ihre Jahresauftaktveranstaltung mit zahlreichen Gästen aus Wirtschaft und Politik. Der Inhalt steht ebenfalls jedes Jahr fest.

Über „Perspektiven für Hamburg und Schleswig-Holstein“ sprachen in diesem Jahr Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch und Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager. In seiner Begrüßung warb UVNord-Präsident Uli Wachholtz für eine „deutlich engere Zusammenarbeit“ und freute sich über „Meilensteine“, die in der Metropolregion gesetzt werden. Mit dabei war auch der Stormarner Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Frank Horch, Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg, begann mit einem Zitats Willy Brandts: „Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu gestalten.“ Dann nahm er besonders die Maritime Wirtschaft in den Blick, die es als länderübergreifendes Cluster auszubauen gelte. Weitere Schwerpunkte seiner Rede waren die norddeutsche Verkehrsinfrastruktur und die Metropolregion Hamburg als Zentrum norddeutscher Zusammenarbeit, die 2012 um Lübeck, Neumünster und Ostholstein erweitert werden wird. Damit sei „ein wichtiger Teil der Achse Hamburg - Kopenhagen“ Teil der Metropolregion, befand Horch mit Blick auf den Bau der festen Querung des Fehmarnbelts.

Jost de Jager warb dafür, die bisherige Zusammenarbeit „von Fall zu Fall“, bei der mancher Fall gut und mancher weniger gut sei, zugunsten einer engeren Partnerschaft zu überwinden. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein sei gut durch die vergangenen Krisen gekommen. Besonders

positiv sei die Lage im Kreis Stormarn, wo mit einer Arbeitslosenquote von 3,7% quasi Vollbeschäftigung erreicht sei. De Jager nannte die Energiewende als große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder, betonte aber, die Arbeitsteilung dürfe nicht lauten, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Hamburg, Leitungen und Kraftwerke in Schleswig-Holstein.

Martin Habersaat ist nicht nur bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sondern auch Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“. Er äußerte sich lobend über den UVNord: „Es ist sehr hilfreich, dass die Wirtschaft ihr Ziel einer besseren norddeutschen Zusammenarbeit so hartnäckig verfolgt. Gerade Hamburg und Schleswig-Holstein brauchen einen Kooperationsplan, der unabhängig von der Frage funktioniert, wer gerade die jeweilige Landesregierung stellt.“

Weitere Gäste aus Stormarn waren neben Martin Habersaat (Barsbüttel): Norbert Basler (Basler AG, Großhansdorf), Dr. Claus Kemmet (ehemaliger UVNord-Hauptgeschäftsführer, Oststeinbek), Elisabeth Samusch (UVNord-Vorstandsmitglied, Ahrensburg), Rainer Wiegard (Finanzminister S-H, Bargteheide).

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.01.2012, 06:02 Uhr - 11775 Clicks - Nr. 21

## **Anke Büchler-Hartmann - 50 Jahre in der SPD**

Ehrungen langjähriger Mitglieder gehören zu den angenehmen Aufgaben eines SPD-Kreisvorsitzenden. In Oststeinbek durfte Martin Habersaat jetzt die goldene Ehrennadel an Anke Büchler-Hartmann überreichen, die seit 50 Jahren Mitglied der SPD ist. Noch länger, seit 1958, ist sie Gewerkschaftsmitglied, und vor 39 Jahren wurde sie auch Mitglied der AWO. „Damals gab es noch die 48-Stunden-Woche, der Sonnabend war Arbeitstag und ich hatte 14 Tage Jahresurlaub“, erinnert die Oststeinbekerin sich.

Als die junge Anke Büchler von ihrer Mutter gefragt wurde, ob sie nicht auch in die SPD eintreten wolle, lautete ihre Antwort: „Wieso, ich dachte, wir sind in der SPD?“ Ein schöner Satz, der deutlich macht, wie eng die Bindung von Familie und Freundeskreis an die SPD war. Auch der Eintritt in die Gewerkschaft gleich mit Beginn ihres Berufslebens war für die Jubilarin selbstverständlich. Im Rückblick ist sie noch heute zufrieden mit beiden Entscheidungen: „Die 40-Stunden-Woche, 30 Tage Jahresurlaub und vieles andere wurde durch die Gewerkschaften und die SPD erreicht!“



In den 1960er-Jahren war Anke Büchler-Hartmann Kreisvorsitzende der Jusos in Hamburg-Nord, schnell wurde sie als die „rote Anke“ bekannt. Lange Jahre war sie auch Mitglied im Distriktvorstand Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde. Nach ihrem Umzug nach Oststeinbek engagierte sie sich in der örtlichen SPD-Fraktion, war Mitbegründerin des Oststeinbeker Kulturrings und viele Jahre für die AWO aktiv, 2004 - 2011 als 1. Vorsitzende und Schriftführerin gleichzeitig.

Martin Habersaat ging in seiner Laudatio auf diesen beeindruckenden sozialdemokratischen Lebenslauf ein und beendete seine Rede mit einem großen „Danke“ für die vielen Jahre ehrenamtlichen Engagements.

**Keine Kommentare**

## 20 Jahre Neujahrsempfang der SPD Südstormarn

### Thema: Bildungspolitik in Bund und Land

Seit 20 Jahren richten die Ortsvereine der SPD in Südstormarn gemeinsam einen Neujahrsempfang aus. 1992 ging es darum, noch einmal kurz innezuhalten und dann Schwung zu holen für den anstehenden Landtagswahlkampf. Durchaus eine ähnliche Situation wie heute, befand Frank Stendel, der Vorsitzende der SPD Oststeinbek, die in diesem Jahr mit der Ausrichtung dran war.



Er konnte mehr als 80 Gäste im Oststeinbeker Rathaus begrüßen und freute sich, den Empfang in relativer Nähe zur Hamburger Landesgrenze abzuhalten - schließlich hätte die Hamburger SPD im vergangenen Jahr gut vorgelegt. Als Redner dabei waren der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Dagmar Ziegler, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Dagmar Ziegler, im Vorstand der Bundestagsfraktion für die Bildungspolitik verantwortlich, ging in ihrer Rede bewusst nicht auf die Bedeutung von „Bildung, Bildung, Bildung“ ein - das sei schließlich Thema zahlreicher Reden. Wichtiger fand sie es, einmal die Hintergründe zu beleuchten, wie denn tatsächlich mehr für die Bildung getan werden könnte. Da nannte die ehemalige Finanzministerin des Landes Brandenburg die Notwendigkeit eines größeren Einsatzes durch den Bund, der Kommunen und Länder unterstützen müsse. In der Folge schlug sie einen Bogen von der Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren über den Ausbau von Ganztagsschulangeboten, die Ungerechtigkeit von Studiengebühren bis hin zur Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Scharf kritisierte sie dabei Bundesfamilienministerin Schröder, die versuche, „Frauen in alte Rollen zurückzudrängen“.

Martin Habersaat, seit 2009 für Südstormarn im Landtag und inzwischen bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, fand: „Von Stormarn lernen, heißt siegen lernen.“ Dieser Satz brachte ihm Zwischenapplaus von Landrat Klaus Plöger ein. Was Habersaat meinte, war die Notwendigkeit eines bundesweit einheitlichen Schulsystems. Und in Stormarn ist das Schulangebot (G8-Gymnasien, G9-Gemeinschaftsschulen) bereits heute kompatibel mit dem in Hamburg. Gleichzeitig warnte Habersaat jedoch, immer neue Systemdebatten zu führen: „Ich bin Lehrer geworden und engagiere mich heute in der Bildungspolitik, weil ich mir wünsche, dass unsere Schulen junge Menschen hervorbringen, die mit Zuversicht Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen und können.“

Für ihre 50jährige SPD-Mitgliedschaft geehrt wurde die Oststeinbekerin Anke Büchler-Hartmann, bei der Martin Habersaat sich für das langjährige Engagement in der SPD, aber auch in vielen anderen Ehrenämtern (z.B. bei der AWO und im Kulturring) bedankte. ([siehe hier](#))

Begeisterung löste das Musikprogramm des Abends aus, das gestaltet wurde von New Voices, Jugendlichen und jungen Erwachsenen des Musischen Forums Oststeinbek. Martin Habersaat: „Ich hätte nie gedacht, mal einen Titel von ‚Evanescence‘ bei einer solchen Veranstaltung zu hören - und dass der dann auch noch so gut ankommt!“ ([www.newvoices-hh.de](http://www.newvoices-hh.de))

[Mehr Fotos: hier.](#)

**Keine Kommentare**



## Trauer um Uwe Westphal

Die SPD Großhansdorf trauert um Uwe Westphal, der am 31.12.2011 verstorben ist. Mit ihm verlieren wir einen großartigen und immer engagierten Menschen und Weggefährten. Er war langjähriges Mitglied der SPD, über 10 Jahre Vorsitzender der SPD Großhansdorf und auch 17 Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik als Gemeindevertreter sowie in zahlreichen weiteren Ehrenämtern, wie z. B. der GfL – Großhansdorfer für Lärmschutz usw. leitend und erfolgreich tätig.

Unter Anderem wäre der erhöhte Lärmschutz zur A1 ohne Uwe Westphal sicher nicht so schnell ausgebaut worden.

Uwe Westphal hat sich in dieser Zeit immer uneigennützig und mit großem persönlichem Einsatz für die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Großhansdorf eingesetzt. Seine politische Arbeit zeichnete sich durch fundiertes Wissen und wertorientiertes Handeln aus. Über alle Parteigrenzen hinweg genoss er dafür Respekt und Anerkennung.



Wir trauern um den Menschen und politischen Weggefährten und denken an ihn mit großer Dankbarkeit – wir werden Uwe Westphal vermissen. Rot war seine Farbe – wir waren und sind seine Roten!

Die entsprechenden Nachbesetzungen der Funktionen, die von Uwe Westphal bis kurz vor seiner schweren Krankheit ausgefüllt wurden, werden von uns nach unserer Trauerphase kurzfristig bekanntgegeben.

SPD - Ortsverein + Fraktion Großhansdorf  
Vorsitzender Reinhard Niegengerd

**Keine Kommentare**

## SPD will sich für Verbesserung der Pflegesituation einsetzen

### **Landtagskandidat Tobias von Pein hatte Bundespolitikerin Elke Ferner zu Gast**

Zu einer Diskussion über die Zukunft der Pflege in Schleswig-Holstein hatte der Landtagskandidat Tobias von Pein eingeladen. Als prominenten Gast konnte er Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion gewinnen. In einer angeregten Diskussion wurden viele Aspekte der Pflegepolitik behandelt, darunter auch die Frage nach einer solidarischen Finanzierung.

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist seit Einführung der Pflegeversicherung in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2009 waren bereits 2,27 Millionen Menschen pflegebedürftig, Tendenz steigend. „Wir müssen uns jetzt entscheiden, wie wir diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen wollen“, meint Tobias von Pein, SPD-Landtagskandidat. „Gute Pflege muss auch sozial gerecht finanziert sein.“

Elke Ferner stellte die aktuellen Konzepte der SPD auf Bundesebene vor. So solle nach ihren

Vorstellungen der Pflegebedürftigkeitsbegriff zugunsten der Betroffenen reformiert werden und die Qualität der Pflege verbessert werden. Aber auch die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte solle verbessert werden. Zudem solle auf kommunaler Ebene dafür gesorgt werden, dass Barrierefreiheit und altersgerechtes Bauen gefördert wird.

Aber auch auf Landesebene solle mehr für eine Verbesserung der Pflege getan werden. „Die Qualität muss sichergestellt werden und Abläufe entbürokratisiert werden. Zudem muss die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden,“ meint von Pein. „Leider hat Schwarz-Gelb sämtliche Anträge und Initiativen, die die SPD im letzten Jahr auf den Weg gebracht hat um die Pflegesituation zu verbessern, abgelehnt.“

**Keine Kommentare**



[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.01.2012, 18:42 Uhr - 11902 Clicks - Nr. 25

## **EU-Kenner Axel Schäfer in Bargteheide**

„Hat Europa noch eine Zukunft?“ Das fragte die Landtagskandidatin Susanne Danhier den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und Europakenner, Axel Schäfer. „Ein klares Ja“ antwortete Schäfer, die friedensstiftende Wirkung von Europa sei unverzichtbar. „So eine lange Zeit ohne Krieg gab es bisher noch nie, betonte auch der Bargteheider Europavereinsvorsitzende Andreas Bäuerle.

Schäfer zeichnete in seinem Vortrag im Bargteheider Schützenhof ein beeindruckendes Bild von Europas Geschichte, beginnend mit der Wirtschaftsunion bis zur heutigen EU mit ihren 27 Mitgliedsländern. Mit seinen 500 Millionen Einwohnern werde jedoch Europa, laut Schäfer, nur dann weiterhin weltpolitisch eine Rolle spielen, wenn es im gemeinsamen Verbund bleibt und auch die gemeinsame Währung behält. Darüber hinaus beschrieb Schäfer eindringlich die Vorbildrolle Europas bezüglich demokratischer Staaten, in denen die Menschen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.



Bäuerle hob in der anschließenden Diskussion die Bedeutung von Städtepartnerschaften hervor. „Hier begegnen sich die Menschen in persönlichen Kontakten, aus denen häufig langjährige Freundschaften entstehen.“ Hierbei wies er darauf hin, dass Bargteheide schon seit über 40 Jahre eine Städtepartnerschaft mit Deville les Rouen in Frankreich hat.

„Europa steht für Völkerverständigung und Frieden“, unterstrich auch Danhier und fügte hinzu: „Das ist gut für die Zukunft unserer Kinder.“

**Keine Kommentare**

## **SPD Stormarn gründet ein umWeltforum**

Der SPD-Kreisverband Stormarn will ein „umWeltforum“ gründen, das Vorschläge für ein regionales Umsteuern in eine „Politik der Nachhaltigkeit“ erarbeiten soll. Tobias von Pein, Mitglied des Kreisvorstands, möchte dazu beitragen, „dass die Erkenntnisse über die natürlichen Grenzen des Wachstums in lokales Handeln umgesetzt werden“.

Den Startschuss für das neue Forum, bei dem auch Nicht-Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiten können, gibt Dr. Nina Scheer, Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung, am 20. Januar in Ahrensburg.

Die Gründungsrunde findet am Freitag, 20. Januar, 19 Uhr, im Peter-Rantzau-Haus in Ahrensburg statt. Die SPD lädt dazu alle an Umweltproblemen interessierten Stormarnerinnen und Stormarner ein. Tobias von Pein: „Gemeinsam sollte es gelingen, den notwendigen ökologischen und sozialen Umbau unseres Wirtschaftens auch in Stormarn stärker voranzubringen.“

Die Finanzmarktkrise hat nach Auffassung von Tobias von Pein gezeigt, dass die bisherige Art unseres Wirtschaftens an Grenzen gestoßen ist. An die Grenzen der Verschuldung genauso wie an die Grenzen der Natur und ihrer Ressourcen. Die nächsten Jahre würden darüber entscheiden, wie künftige Generationen auf unserem Globus leben könnten.

Auch in Stormarn gebe es viele Fragen, auf die neue Antworten gefunden werden müssten. Von Pein nennt Beispiele:

Massentierhaltung und Maisanbau als Energiepflanze und Biogasanlagen, verbesserten Schutz für die verbliebenen Naturschätze, eine Reduzierung des Flächenverbrauchs durch neue Siedlungsgebiete und Verkehrsstrassen, Verkehrsvermeidung und Umlenkung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.



**Keine Kommentare**

## **Bildung bewegt - voller Saal in Wentorf**

In Wentorf gibt es eine Regionalschule und eine starke Bürgerinitiative, die für das örtliche Gymnasium das Abitur nach neun Jahren (G9) erreichen möchte. Die SPD wirbt in ihrem Wahlprogramm für das Abitur nach acht Jahren (G8) an Gymnasien und wünscht sich eine Weiterentwicklung aller Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen. Nach einem Blick auf diese Ausgangslage war klar, dass Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und örtlicher Landtagskandidat, in der Alten Schule zum Thema neue Schule einen spannenden Abend haben würde.

Und den hatten dann auch mehr als 50 Gäste und die Referenten, neben Habersaat waren dies die Fraktionsvorsitzende der SPD-Wentorf, Andrea Hollweg, und der SPD-Kreistagsabgeordnete Wolfgang Warmer.

Die SPD in Wentorf hatte sich bei den bildungspolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre stets auf die Seite des Elternwillens gestellt: Erst forderte man, leider vergebens, die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule, dann die Umstellung des Gymnasiums auf G9. Nun hatte man Martin Habersaat eingeladen, um zu berichten, wie es nach einem Wahlsieg der SPD

am 6. Mai weitergehen könnte. Einig waren sich alle Beteiligten: Es soll in Wentorf die Möglichkeit geben, das Abitur in neun Jahren zu erreichen. Der Landespolitiker empfahl einen Blick nach Preetz, wo Gymnasium und Gemeinschaftsschule ein gemeinsames Modell entwickelt haben, das eine Kooperation auch in der Oberstufe vorsieht. Außerdem wies er auf die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Schulträger und den örtlichen Schulen hin.

Martin Habersaat, 34 Jahre alt und aus Barsbüttel stammend, hat als Lehrer in Hamburg selbst die Umstellung von G9 auf G8 mitgestaltet. Er weiß aus eigener Erfahrung um die Schwierigkeiten für die Schulen, wenn aus dem Ministerium für den neuen Bildungsgang keine neuen Rahmenpläne vorgelegt werden. Und er benannte einige Grundvoraussetzungen für das Funktionieren von G8: Eine Entschlackung der Rahmenpläne, neue Stundenkonzepte der Schulen, neue Unterrichtskonzepte der Lehrer, beispielsweise mit sinnvollem Umgang mit Doppelstunden und weniger Hausaufgaben. Neben der Frage nach der richtigen Schulform ging es auch um viele Fragen, die den Alltag an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen betreffen: Gibt es genügend Vertretungslehrer? Was kann das Land tun, um Lehrkräfte in den Mangelfächern wie Physik zu gewinnen? Reichen die Betreuungsangebote im U3- und Hortbereich aus? Diese und mehr gab Anlass, über Reformbedarf im Bildungssystem zu sprechen und verschiedene Ideen auszutauschen.



Die anwesenden Eltern forderten von der Bildungspolitik, Reformen nur dann anzugehen, wenn diese konzeptionell unterfüttert seien. Wichtig sei es zudem, die Betroffenen mitzunehmen. Beiden Forderungen konnte der Bildungspolitiker zustimmen, verwies aber darauf, dass es unter „den Betroffenen“ höchst unterschiedliche Vorstellungen von guter Bildungspolitik gebe. Die einen fordern ein bundeseinheitliches Schulsystem, andere wünschen sich die größtmögliche Autonomie für die einzelne Schule. Die einen wünschen sich Ganztagsunterricht, andere fordern freie Nachmittage für die Kinder. Habersaat: „In diesem Spannungsfeld müssen wir an einem Bildungssystem arbeiten, das die optimale Entwicklung des einzelnen Schülers in den Blick nimmt und seine bestmögliche individuelle Förderung an der Schule.“ Zufrieden zeigte er sich, dass niemand der Anwesenden ein Zurück zur alten Dreigliedrigkeit des Schulsystems forderte.

Nach drei Stunden teils hitziger Debatte resümierte der Abgeordnete: „Es gibt in der Bildungspolitik selten Abende, an denen alle einer Meinung sind. Wichtig ist es, Differenzen offen anzusprechen, die eigenen Beweggründe und Ziele zu erläutern und sich um eine ehrliche Debatte zu bemühen. Und vor allem: Das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen.“ Das war ihm offenbar gelungen: Auch wenn es am Ende keine Zusage für ein G9-Gymnasium in Wentorf gab, bedankten die Gäste für einen anregenden Abend, den beide Seiten mit Stoff zum Nachdenken verlassen konnten. Allen, die weiter über bildungspolitische Konzepte und Ideen für Verbesserungen an den Schulen sprechen wollten, machte Habersaat das Angebot, dies auch tun zu können. Kontakt: [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de).

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 19.01.2012, 12:38 Uhr - 149406 Clicks - Nr. 28

## „Skandalöse Lebensmittelverschwendung stoppen“

**Straßburg:** Das Europäische Parlament will die enormen Mengen von Lebensmitteln, die täglich in den EU-Staaten weggeworfen werden, bis 2025 um die Hälfte reduzieren. Mit einem am Donnerstag mit großer Mehrheit angenommenen entsprechenden Initiativbericht weisen die Europaabgeordneten auf die Lebensmittelverschwendung hin und zeigen Lösungen auf, wie diese vermieden werden kann.



„Jährlich werden innerhalb der EU 89 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen – im Schnitt sind das 179 Kilogramm pro Person und Jahr“, erläuterte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust.

„Die Lebensmittelverschwendung hat in Europa inzwischen ein skandalöses Maß angenommen. Es wird dringend Zeit, dass wir dem entschieden entgegenzutreten“, betonte die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten. Nach Ansicht der Sozialdemokratin müsse die Verschwendung in allen Sektoren der Lebensmittelkette verringert werden, von der Erzeugung über die Lebensmittellagerung und -verarbeitung bis hin zu Handel, Transport und letztlich dem Verbraucher.

Sowohl aus ethischen als auch aus ökologischen Gründen sieht Rodust dringenden Handlungsbedarf: „Während große Teile der Weltbevölkerung hungern oder mit Nahrungsmitteln unterversorgt sind, wird in Europa ein enormer Teil an Lebensmitteln weggeworfen – das geht so nicht weiter. Außerdem hat die Verschwendung von Lebensmitteln erhebliche ökologische Auswirkungen. Schließlich werden unnötig Ressourcen wie Wasser und Energie vergeudet sowie Treibhausgase ausgestoßen.“

Neben einer umfangreichen Analyse der Lebensmittelversorgungskette und ihrer effizienteren Gestaltung, sieht es das Europäische Parlament als notwendig an, das Thema verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. „Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher für diese Problematik sensibilisieren und besser aufklären, was etwa die richtige Lagerung von Lebensmitteln und die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums angeht“, so Rodust abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 19.01.2012, 18:05 Uhr - 14828 Clicks - Nr. 29

## **SPD-Kreisvorstand bestätigt Röttgers einstimmig – Kritik an LINKE**

Zum Ergebnis der gestrigen SPD-Kreisvorstandssitzung um die Bewerbung von Wolfgang Röttgers als Kämmerer und zur Positionierung der LINKEN-Ratsfraktion für Gert Meyer:

„Der Kieler SPD-Kreisvorstand hat sich in seiner letzten Sitzung einstimmig für die Wahl von Wolfgang Röttgers zum neuen Kämmerer von Kiel ausgesprochen. Er ist der richtige Mann an der richtigen Stelle.

Wir werben ausdrücklich für Herrn Röttgers, der seine langjährigen Erfahrungen aus der Ministerialverwaltung und der Kieler Kulturszene erfolgreich für unsere Stadt einsetzen wird. Mit ihm hat die Kooperation im Rathaus einen guten Partner auf der Verwaltungsseite.

Die Ratsfraktion Die LINKE macht sich hingegen mit ihrer Begründung für die Wiederwahl des amtierenden Stadtrates Gert Meyer lächerlich, indem sie sich selbst scheinbar als überparteilich darstellt und den Parteikandidaten der CDU unterstützt. Die Positionierung der LINKEN-Ratsfraktion lässt vielmehr den Schluss zu, dass sie sich nicht überwinden kann, einen fähigen Sozialdemokraten zu wählen und deshalb mit dem Wort „Parteitaktik“ um sich wirft“, so der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.



Kommentar von [Blücher](#) vom 19.01.2012, 19:38 Uhr:

**RE: SPD-Kreisvorstand bestätigt Röttgers einstimmig – Kritik**

*Das der Schuldenstand von Kiel so hoch ist, ist leider so. Allerdings frage ich mich, wie die SPD gedenkt, diesen zu verringern. Außer das man "nur" an Stellenstreichungen denkt. Z.B. Vergrößerung von Industriegebieten, bessere Auslastung von bestehenden Industriegebieten. An-*

*statt gegen den Ostseepark zu jammern, wegen seiner Umbaupläne, sollte man mit den Umlandgemeinden/ Städten zusammenarbeiten. Das sage ich als Kieler. Und jeder Arbeitsplatz im Umland Kiels, hilft auch dem Stadtsäckel, weil 1 Arbeitsloser weniger da wäre. Die Stadtspitze muss ja nicht nur aus SPD Leuten bestehen. Und ob die Volksparteien ihre Mehrheiten behalten 2013 ist eh fraglich. Denn viele sind enttäuscht von der SPD. Leider drängt sich die CDU sich nicht auf als mögliche Alternative.*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.01.2012, 22:27 Uhr - 7645 Clicks - Nr. 30

## **Keine Lösung bei Studienplatzvergabe**

*Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion berichtete das Wissenschaftsministerium in der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses über die wiederholte Verschiebung des Dialogorientierten Serviceverfahrens zur Vergabe von Studienplätzen. Dazu erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Doppelte Abiturjahrgänge, der Wegfall der Wehrpflicht und nicht zuletzt eine gestiegene Abiturientenquote führen zu einem Ansturm auf die Hochschulen.

Vor diesem Hintergrund ist es dramatisch, dass ein Staat wie Deutschland kein funktionierendes Studienzulassungssystem hinbekommt. Bundesweit werden durch Mehrfacheinschreibungen jedes Jahr bis zu 20.000 Studienplätze in begehrten Fächern blockiert.

Besonders für die Mehrfachstudiengänge, z.B. Lehramter, ist keine Lösung absehbar. Leider haben in Schleswig-Holstein nur die CAU und die FH Flensburg eine kompatible Software. Dennoch können beide Hochschulen nach Auskunft des Ministeriums leider nicht an der Pilotphase teilnehmen.



„Wir müssen warten!“ ein betrübliches Fazit des Ministeriums. Wie viele Studienplätze aufgrund dieses Umstandes in Schleswig-Holstein frei geblieben sind, vermochte das Ministerium nicht zu sagen.

**Keine Kommentare**

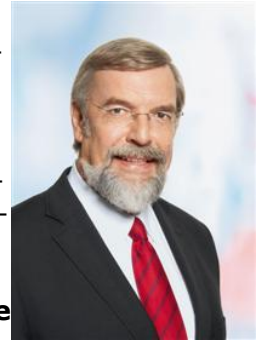
[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 20.01.2012, 16:49 Uhr - 13214 Clicks - Nr. 31

## **Demokratischen Anstand wahren**

Zu den Ausschreitungen und dem Polizeieinsatz in der gestrigen Ratsversammlung durch die Initiative „Wir in Kiel“:

„Spontiaktionen, die offenbar bewusst darauf angelegt sind einen Polizeieinsatz zu provozieren, kritisieren wir energisch. Da bleibt der Stadtpräsidentin gar keine andere Möglichkeit, als einen Verweis von der Tribüne auszusprechen.“

„Da die Initiative vom Geschäftsführer der Partei Direkte Demokratie organisiert wird, bleibt noch ein weiterer schaler Nachgeschmack. Hier organisiert offensichtlich ein, aus Rathausmitteln bezahlter Geschäftsführer solche Proteste. Solche Aktionen sind den Interessen der Kleingärtner nicht dienlich. Wir setzen weiterhin auf das Gespräch und auf das anstehende Beteiligungsverfahren. Argumente müssen ausgetauscht werden und nicht kindische Protestgesänge. Offenbar wird das Protestniveau immer flacher“, so SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.



**Keine Kommentare**

[SPD-Ostholstein](#) - veröffentlicht am 21.01.2012, 23:03 Uhr - 5889 Clicks - Nr. 32

## **Zwischen Primat der Politik und der Allmacht der Finanzwelt**

Etwas mehr als 30 Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung der SPD-Ostholstein zu diesem hochaktuellen Thema. Nach der krankheitsbedingten Absage von Joachim Poß (MdB) konnte ich Gernot Erler (MdB), stellvertretender Bundestagsfraktionsvorsitzender, Staatsminister a.D. für diesen Vortrag gewinnen.

In einem rund 40-minütigen Vortrag ließ Gernot Erler die Finanz- und Wirtschaftskrise Revue passieren. Zum Schluss zeigte er den politischen Ansatz zur Lösung der Finanzkrise aus der Sicht der SPD- Bundestagsfraktion auf. So fordert die SPD:

### **Einführung der Finanztransaktionssteuer**

Es ist nicht zu verstehen, dass jedes Brötchen mit einer Mehrwertsteuer belegt wird, Finanzgeschäfte aber steuerfrei abgewickelt werden. Frankreich ist bereit die Finanztransaktionssteuer allein einzuführen. Frau Merkel will es nur gemeinsam mit den 17 Euroländern versuchen. Die SPD fordert eine Steuer in Höhe von zunächst 0,01%. Mit diesem geringen Steuersatz und mit der Heimatregel wird verhindert, dass Finanzgeschäfte ins Ausland verlegt werden. Trotz des geringen Steuersatzes ist mit Einnahmen in Höhe von rd. 57 Mrd. Euro zu rechnen.

### **Gläubigerbeteiligung**

Die Gläubigerbeteiligung darf nicht nur bei den Erträgen greifen. Auch bei einem Schuldenschnitt sind die Gläubiger mit in die Pflicht zu nehmen. Derzeit sind die Gläubiger in der Mehrzahl die Eurostaaten, Privatbanken sind aber auch dabei.

### **Eurobonds**

Die Eurobonds sind sehr umstritten. Die SPD steht klar zur Einführung der Eurobonds. Derzeit kauft die EZB unreglementiert Staatsschuldverschreibungen auf, um die unter Druck stehenden Länder zu entlasten. Für die daraus resultierenden Risiken haften die EU- Staaten, somit auch Deutschland. Mit der Einführung von Eurobonds können Bedingungen an die verschuldeten Staaten gestellt werden. Die Risiken werden vermindert.

u.a. Leerverkäufe verbieten

Viele Finanzgeschäfte die in der Börse getätigt werden bergen große Risiken. Im Grunde handelt es sich nicht mehr um reine Finanzgeschäfte, es sind mehr Wetten, die eingegangen werden. Zum Teil wird mit einer Ware gewettet, die nicht im Eigentum oder Besitz des Wetters liegen. Solche unseriösen Geschäfte sind zu unterbinden. Damit beruhigt sich die Börse und die Gerüchtreiberei gegen Eurostaaten machen keinen Sinn mehr.

Einführung eines Trennbankensystems

Die größten Risiken gehen die Investmentbanken ein. Da sie aber in der Regel eng mit einer allgemeinen Bank verwoben sind, geht das Risiko von Investmentgeschäften auf die allgemeine Bank über. Werden die Banken getrennt, steht ausschließlich die Investmentbank für das Risiko ein.

Es schloss sich eine rege Diskussion an. Das Publikum zeigte sich dort als Kenner der Materie.

**Keine Kommentare**

## Torsten Albig: Alte Dame SPD bittet zum Tanz

Selbstbewusst und siegessicher gab sich der SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl am 6. Mai Torsten Albig in seiner Neujahrsansprache bei den Sozialdemokraten des Kreises Segeberg. Zu dem Neujahrsempfang am 22. Januar konnte der Kreisvorsitzende Andreas Beran am Sonntag im historischen Saal des Gasthofes Klint in Heidmühlen etwa 150 Gäste aus Wirtschaft, Ehrenamt und Politik begrüßen.

Albig sprach besonders die jungen Sängerinnen des RockPopChores der Kreismusikschule an, als er versprach, dass seine Regierung dafür sorgen werde, dass die Chancen junger Menschen verbessert werden und dass durch gute Bildungspolitik wieder gute Schule gemacht werden kann.

Der Chor unter der Leitung von Miriam Schüler unterhielt die vielen Gäste mit seinem ausgezeichneten Gesang und animierte den einen oder anderen Gast zum Mitsingen.

Albig betonte in seiner Ansprache weiter, dass man kein starkes Land bauen könne, wenn man bei den Schwachen kürze und sich nur um die Städte kümmere und den ländlichen Bereich des Landes vernachlässige. Ausdrücklich betonte er die zentrale Lage des Landes in Europa und zum Thema Energiewende: „Wir müssen Europa zeigen, wie das mit der Windenergie geht.“

Er sagte, seine Regierung wolle mit den Menschen reden und über Politik nachdenken. Und dann mit einem Augenzwinkern: „Wir wollen das Interesse an der Politik zurückbringen und dem entgegenwirken, dass Politikerinnen und Politiker in ihrem Ansehen knapp vor den Viehdieben rangieren.“

Er schloss seine sachlich klare Rede mit den Worten:

„Wir wollen von einem sparsamen Schleswig-Holstein erzählen, dass mit den Menschen darüber nachdenkt, was wir anders machen können. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit jedem, der an Schleswig-Holstein interessiert ist.“

Landrätin Jutta Hartweg ging in ihren Grußworten auf die günstige Lage des Kreises Segeberg in der Metropolregion ein und bat um mehr Unterstützung bei der Fertigstellung der A20 sowie die Modernisierung der AKN-Strecke auf der Achse Norderstedt-Bad Bramstedt.

Erwin Treinis (78) aus dem SPD-Ortsverein Hartenholm wurde im Rahmen des Neujahrsempfanges für seine 50jährige Parteimitgliedschaft geehrt.



**Keine Kommentare**

## SPD Kreisverband aktiv im Runden Tisch gegen Nazis in Kappeln

Vor einigen Jahren wurde der Runde Tisch gegen Nazis in Kappeln eingerichtet, nachdem der braune Sumpf seit 2008 mehrfach in Kappeln mit sogenannten „Mahnwachen“ in der Schleistadt präsent war. Im Runden Tisch arbeiten die in der Stadt vertretenen Parteien, die Kirche, der SPD Kreisverband, die VVN-BdA und die Gewerkschaft ver.di mit.

Der Runde Tisch hat einige Aufklärungsveranstaltungen angeboten und durchgeführt und die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ im Rathaus ausgestellt.

Am 2. Februar 2012 ist es gelungen, die Autoren und Kenner der rechten Szene Andrea Röpke und Andreas Speit zu einer Lesung zu ihrem Werk „Mädelsache“ zu gewinnen, die um 19.30



Uhr in der Stadtbücherei in Kappeln stattfindet.

Seit einigen Jahren treten Frauen in der männerdominierten Neonazi-Bewegung zunehmend selbstbewusster auf. Sie kandidieren für die NPD, organisieren Demonstrationen und kümmern sich um die Erziehung des rechten Nachwuchses. Vor allem aber sind sie bestrebt, rechtsradikale Politik unter dem Deckmantel von sozialen Themen wie Naturheilkunde, Ökologie, Kindergeld und Hartz IV auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Akribisch haben Andrea Röpke und Andreas Speit einen tiefen Einblick in eine meist wenig beachtete Wirklichkeit recherchiert. Gestützt auf Insiderinformationen, angereichert mit profundem Hintergrundwissen, haben die Autoren in mühevoller Puzzlearbeit eine zum Teil hermetisch verschlossene braune Parallelwelt aufgedeckt.

Lassen wir es nicht zu, dass die Gegner der Demokratie mit ihrem rassistischen, antisemitischen und menschenverachtendem Hass weder hier in der Region noch anderswo Fuß fassen!

Hinweis:

Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU und andere und sogenannte „Freie Kameradschaften“ haben keinen Zutritt zur Lesung und sind nach § 6 des VersG von der Veranstaltung ausgeschlossen.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 24.01.2012, 19:42 Uhr - 5695 Clicks - Nr. 35

## **Bildungsfreistellungsgesetz**

Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein brauchen ein besseres Bildungsfreistellungsgesetz  
Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein brauchen ein besseres Bildungsfreistellungsgesetz und keine Verschlechterung

CDU und FDP wollen in ihrer „Restlaufzeit im Parlament“ auf Verleih und Verderb noch gegen den Ratschlag der Bildungsträger, Gewerkschaften und sogar des Unternehmensverbandes das derzeitige Bildungsurlaubsgesetz in der morgigen Landtagsitzung verschlechtern.

„Das einzig positive ist die Namensänderung zum Weiterbildungsgesetz“, so der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler, „alles andere ist murks und wird unter einer SPD geführten Regierung sofort wieder geändert.“

Zentrale Kritikpunkte sind:

- Die Übertragung des Anerkennungsverfahrens auf die Investitionsbank und damit die Einführung einer Gebührenregelung für die Anerkennungsverfahren.
- Die Erschwerung der Verblockungsmöglichkeiten
- Abschaffung einer Berichtspflicht der Landesregierung über die Erwachsenenbildung
- Keinerlei Regelungen die eine Verbesserung und Weiterentwicklung der Weiterbildung ermöglicht.

Trotz der Feiertage über die Jahreswende haben mehrer Hundert Funktionsträger seit dem Beginn der Unterschriftenaktion am 10.12.2011 aus den Betrieben und Verwaltungen die Unterschriftenaktion der AfA und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Forderung eines Stopp des völlig unzureichenden Gesetzes unterstützt.

Mädler: es ist ein Skandal wie die CDU und FDP, die nach aktuellen Umfragen gerade mal 38 % der Wählerschaft repräsentieren, solche Entscheidungen mit ihrer 1-Stimmen Mehrheit im Landtag noch durchpauken wollen.

Sogar der Unternehmensverband Nord kritisiert in seiner Stellungnahme die Erhebung von Gebühren als kontraproduktiv und äußert seine Sorge das damit ein Rückgang von Anbietern der Weiterbildung eintreten könnte.

Bildung und Weiterbildung ist die zentrale Schaltstelle für die Zukunft unserer Industriegesellschaft und unserer Standards. Dieses muss sich jedoch auch außerhalb der Sonntagsreden in praktischer Politik niederschlagen.

„Wir brauchen ein mehr an Bildung und Weiterbildung und nicht neue Hürden“, so Mädel

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.01.2012, 23:25 Uhr - 10016 Clicks - Nr. 36

## Internationale Grüne Woche

Jedes Jahr im Januar ist Berlin das Zentrum der Ernährungs-, Landwirtschafts- und Gartenbauszene. Auch in diesem Jahr fand die Internationale Grüne Woche (IGW) wieder auf dem Messegelände statt, wie immer unter reger Beteiligung Schleswig-Holsteins. In der Halle 22a präsentierten an 34 Ständen Schleswig-Holsteiner Firmen sich und ihre Produkte. „Schleswig-Holstein is(s)t lecker“ - davon konnten sich alle Besucher selbst überzeugen.

Käse aus der holsteinischen Schweiz war ebenso zu finden wie Bier aus Flensburg und Kaffee (!) aus Wacken.



Zur Delegation des schleswig-holsteinischen Umwelt- und Agrarausschusses gehörte in diesem Jahr auch Martin Habersaat, der stellvertretendes Ausschussmitglied ist. Er informierte sich über das Siegel „Geprüfte Qualität - Schleswig-Holstein“, aber auch über die Themen Landverbrauch und nachwachsende Rohstoffe. Aus privatem Interesse kamen auch Recherchen über belgische Pralinen hinzu, wie er augenzwinkernd zugab.

Die Internationale Grüne Woche fand 2012 zum 77. Mal statt. Sie ist eine internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft, sowie des Gartenbaus. Nahrungs- und Genussmittelproduzenten nutzen die IGW in Form von Ländergemeinschaftsschauen und Produktmärkten als Absatz- und Testmarkt, sowie zur Imagefestigung. Im Rahmen der Präsentationen nehmen Produkte wie Obst und Gemüse, Fisch, Fleisch sowie Molkereiprodukte einen bedeutenden Platz ein - und von diesen hat Schleswig-Holstein eine Menge zu bieten.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.01.2012, 12:04 Uhr - 20221 Clicks - Nr. 37

## Die AG 60plus Kreis Schleswig-Flensburg in Gelting

Die AG 60plus der SPD tagte am Mittwoch, den 18.01.12, im „Landkrog“ in Gelting. Der Vorsitzende Uwe Langholz begrüßte die Landtagsabgeordnete Birte Pauls, den Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel und die OV-Vorsitzende Bente Reimer und die zahlreich erschienenen Mitglieder, sowie Gäste.

Aus den verschiedenen Punkten der Tagesordnung möchten wir den Punkt „Öffentlichkeitsarbeit“ hervorheben.

Die AG 60 plus bringt einen Antrag auf den Weg, dass die Landesbauordnung derart geändert wird, dass Geschäfte ab einer bestimmten Größe öffentliche Toiletten bereitstellen sollen. Es könnten sich auch mehrere Geschäfte zusammenschließen und derartige Räumlichkeiten anbieten.

Bezogen auf das „Nahversorgungszentrum“ in Gelting wäre es eine gute Sache, wenn dort auch WC`s und eine Behindertentoilette vorhanden wären.

Außerdem setzt sich die AG 60plus für die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr ein. Dazu gehört nicht nur, dass die Busse abgesenkt werden können, was ja schon in vielen Bereichen möglich ist, sondern auch die Zuwege zu den Haltestellen müssen barrierefrei gebaut werden. Ganz sicher ist dies für die Kommunen bei der augenblicklichen Finanzlage nicht sofort zu stemmen, aber es sollte keinesfalls aus den Augen verloren werden.

Der Vorstand der AG 60 plus bedankte sich für die nette Aufnahme in Gelting.



Bente Reimer

Auf dem Foto:

Ralf Wrobel, Uwe Langholz, Bente Reimer, Erika Wolletz und Hermann Jobben

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 27.01.2012, 12:41 Uhr - 150041 Clicks - Nr. 38

## **Ulrike Rodust als Koordinatorin im Fischereiausschuss bestätigt**

Brüssel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust wird auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode die Arbeit der europäischen Sozialdemokraten im Fischereiausschuss koordinieren.



Die Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D) bestätigten sie am Rande der Ausschuss-Sitzung in dieser Funktion. Als Koordinatorin vertritt Rodust seit dem September 2009 die Interessen der europäischen Sozialdemokraten gegenüber anderen Fraktionen, der Kommission und dem Rat. Ihre Funktion ist vergleichbar mit der einer Sprecherin im Deutschen Bundestag.

Rodust freut sich, diese verantwortungsvolle Position weiter ausüben zu dürfen: „Als Koordinatorin meiner Fraktion – aber auch als Berichterstatterin zur Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik – möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, diesen Politikbereich neu auszurichten.“

In den kommenden Monaten müsse es gelingen, die Weichen für eine nachhaltigere Fischereipolitik in Europa zu stellen, erklärte Rodust: „Angesichts des schwierigen Zustandes unserer Meere und der angespannten Situation in den meisten Küstenregionen geht es um viel. Wir müssen dafür sorgen, dass sich nicht die Gegner einer nachhaltigen Fischereipolitik durchsetzen, uns aber ebenso für eine soziale Abfederung bei der Reduktion der vielerorts noch vorhandenen Flottenüberkapazitäten einsetzen. Wir brauchen eine intelligente Ausgestaltung eines Rückwurfverbots, eine stärkere Regionalisierung und Dezentralisierung der Entscheidungswege, das eindeutige Bekenntnis zur weltweiten Verantwortung für den Schutz der Fischbestände und eine deutliche Stärkung von Wissenschaft und Forschung im Fischereisektor.“

**Keine Kommentare**

## Eigener Wissenschaftstarif könnte Probleme lösen

Landtagsrede vom 27.1.2012 zu Guter Arbeit in der Wissenschaft

Kurz vor der Wahl ist sie da: Die Versuchung, Wahlkampfflugblätter zu Parlamentsanträgen umzulayouten. Schon die Überschrift des vorliegenden Antrags würde sich auf einem Plakat in Hochschulvierteln gut machen. Nun fordern Sie den Landtag auf, die Landesregierung aufzufordern, die schöne neue Welt an den Hochschulen zu schaffen. Da sind wenige Gedanken dabei, die andere nicht schon vor Ihnen gehabt hätten.



Und ein Bestandteil Ihrer Forderung ist die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, das Ihnen Ihre parlamentarische Tätigkeit in den verbleibenden drei Monaten erleichtern könnte: Nach Artikel 50 unserer Landesverfassung (wie auch nach jeder anderen Landesverfassung und dem Grundgesetz) ist nicht die Landesregierung, sondern der Landtag Haushaltsgeber. Die Landesregierung kann nur im Rahmen des Ende 2010 verabschiedeten Doppelhaushaltes tätig werden – auch wenn wir uns alle wünschen würden, dass die Finanzierung der Hochschulen auskömmlicher wäre als sie in der Vergangenheit war, derzeit ist und wohl auch in Zukunft sein wird.

Wir haben über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Zusammenhang mit der Antwort auf unsere Große Anfrage zu den Promotionen und Habilitationen erst vor wenigen Monaten diskutiert. Der Kollege Thoroe hat damals in seinem Redebeitrag auf die soziale Lage von Privatdozenten und auf prekäre Beschäftigung an den Hochschulen hingewiesen. Das ist ein reales Problem, keine Frage.

Wissenschaftlerstellen an den Hochschulen dienen in erster Linie dazu, wissenschaftlichen Nachwuchs zu qualifizieren und sind deshalb nicht auf eine Dauerbesetzung angelegt. Das vom Bundestag 2007 beschlossene Wissenschaftszeitvertragsgesetz regelt diese Qualifizierungsphase mit seiner 12-Jahresregelung und der Möglichkeit, danach noch in Drittmittelprojekten beschäftigt zu werden, erheblich besser als z. B. die frühere Unsitte, dass Beschäftigte auf den Tag genau fünf Jahre nach Beginn ihrer Tätigkeit entlassen werden mussten.

Für eine funktionierende Hochschule gibt es natürlich auch einen Bedarf an dauerhaftem wissenschaftlichem Personal unterhalb der Professur. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass jede unbefristete Besetzung einer Wissenschaftlerstelle zu Lasten der Qualifikationsmöglichkeiten von bis zu 20 Nachwuchswissenschaftlern geht.

Befristungsketten bei Drittmittelverträgen können nun nichts mit der Grundfinanzierung der Hochschule zu tun haben, sonst wären es ja keine Drittmittel. Die Ursachen können tatsächlich in einem besonders trickreichen Verhalten des Hochschullehrers liegen, häufig ist es aber so, dass verbleibende Projektmittel aus diversen Projekten und kleinere Projekte zusammengezogen werden, um einem Mitarbeiter eine Perspektive zu bieten – also genau das Gegenteil von dem, was Sie vermuten. Bei den Landesstellen achten normalerweise die Personalräte sehr darauf, dass bei Promotionen zunächst 2-Jahresverträge gemacht werden. Ich habe mir am Montag die Stellenausschreibungen der CAU durchgesehen, alle Promotionsstellen waren auf zwei Jahre ausgeschrieben, eine DFG-Stelle sogar auf drei Jahre.

Um wirklich an Problemlösungen zu arbeiten, schlage ich vor, dem Gedanken eines eigenen Wissenschaftstarifes, der auch HiWis mit und ohne Abschluss einschließt, näherzutreten. Viele Verwerfungen, so auch die wirklich nicht neue Problematik der „halben Stellen mit voller Arbeitserwartung“ ließen sich damit besser lösen.

Wir haben in einer Kleinen Anfrage vor rund zwei Jahren nach der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft gefragt und erfahren, dass nahezu alle Hochschulen umfangreiche Betreuungsangebote vorhalten; dass aber noch einiges zu tun bleibt. Deshalb bleibt unseres Erachtens das Thema „Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung“ ein wichtiges Element bei den Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Ministerium.

Wir haben nichts dagegen, den Antrag der LINKEN im Bildungsausschuss weiter zu diskutieren. Sollte eine Entscheidung in der Sache gewünscht werden, werden wir ihn ablehnen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.01.2012, 21:43 Uhr - 11621 Clicks - Nr. 40

## **Gutes Regieren mit Torsten Albig und Olaf Scholz**

### **Nord Forum für Hamburg und Schleswig-Holstein in Ahrensburg**

Ein erfolgreicher Erster Bürgermeister und ein erfolgreicher Oberbürgermeister, der ein erfolgreicher Ministerpräsident werden will: Zwei Stunden befassten Torsten Albig und Olaf Scholz sich mit dem Thema „Gutes Regieren in Hamburg und Schleswig-Holstein“. Eingeladen hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung, moderiert wurde der Abend von der Deutschlandfunk-Journalistin Verena Herb.

200 interessierte Gäste aus beiden Ländern waren im Peter-Rantzau-Haus dabei, darunter der Stormarner Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der Wandsbeker Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff und die Stormarner Landtagskandidaten Susanne Danhier und Tobias von Pein.



In aktuellen Umfragen liegt die SPD Hamburg bei 51 Prozent. Die SPD in Schleswig-Holstein hat solche Werte lange nicht mehr erreicht. Olaf Scholz, nach seinem Erfolgsrezept befragt, riet Politikkollegen, sich bei Äußerungen auf Dinge zu konzentrieren, die man wirklich tun will. Die schwerste Aufgabe müsse eine Partei vor einer Wahl bewältigen: Ein Landtagswahlprogramm aufstellen, das auch umsetzbar ist und sich auf Landesthemen konzentriert. Tenor: Weg von der großen Rede, hin zur guten Arbeit Stück für Stück. „Man darf schon einen ambitionierten Fahrplan beschreiben, aber man muss die Stationen dann auch nach und nach anfahren.“

Mit einem solchen Arbeitsethos und viel Dialog möchte auch Torsten Albig das Vertrauen in die Gestaltungskompetenz von Politik wieder stärken. Politik müsse sich vor Ort stellen, Debatten führen, Diskurse aushalten und dann entscheiden. Scholz ergänzte: „Wer zum Arzt geht, erwartet auch nicht, dass der ihn nur befragt. Irgendwann will man auch vom Arzt hören, wie es weitergeht. Auch Politik muss genug Selbstbewusstsein für Entscheidungen haben.“ Mangelnde Information der Öffentlichkeit werde der Politik zwar oft vorgeworfen, aber: „Manch einer, der sich beklagt, er würde nicht informiert, ist nur mit der Information unzufrieden.“

Auch die Zuschauer kamen zu Wort, fragten zum Schulfrieden (Albig: „Wir brauchen eine Bildungspolitik mit einer Perspektive für die nächsten 25 Jahre.“) oder zur Energiewende (Albig:

Hier wird die Politik sich klar positionieren müssen. Deutschland soll Industrieland bleiben.“). Delara Burkhard, Juso-Kreisvorsitzende und im letzten Jahr als Praktikantin beim Landtagsabgeordneten Martin Habersaat mit in der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ unterwegs, wollte wissen, wie es zwischen den Ländern weitergeht. Olaf Scholz forderte daraufhin, Ländergrenzen unwichtig machen, soweit es irgendwie geht: „Wir brauchen bei der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit einen intellektuellen Fortschritt.“

Den Dialog wollen Scholz und Albig fortsetzen: Mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dieser Veranstaltung, die es in ähnlicher Form bis Mai noch öfter geben wird, und ab dem 7. Mai als Regierungsverantwortliche.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.01.2012, 13:35 Uhr - 7487 Clicks - Nr. 41

## **Schlechtes Schauspiel ist für unsere Schulen zu wenig!**

Landtagsrede vom 27.1.2012

Wenn der Landtag einstimmig einen Minister auffordert, einen Bericht abzugeben, wenn diese Aufforderung die Punkte a, b, c und d enthält, und wenn schließlich diese Punkte a, b, c und d mit den Worten „wo“, „welche“, „ob“ und „wann“ beginnen, dann halte ich es für ein unwürdiges Schauspiel, wenn wir uns nun mit dem Minister und den regierungstragenden Fraktionen streiten müssen, ob Fragen vorliegen, die der Minister hätte beantworten müssen.

Heute werden in Schleswig-Holstein die Zeugnisse vergeben. Teil der Notenfindung ist heute im Optimalfall ein Gespräch mit den Schülern über ihre Selbsteinschätzung. Insofern hinken wir ein wenig hinterher, wenn wir den Bildungsminister erst heute fragen, wie er seine eigene Leistungsbilanz sieht. Über die Einschätzung müsste dann ein pädagogisches Gespräch folgen. In dieses einsteigend, würde ich den Minister fragen, er zu seiner erstaunlichen Einschätzung über Maßnahmen im Bildungsbereich kommt.



Unser Bildungsminister geht offenbar davon aus, dass bildungspolitische Weichenstellungen von jetzt auf gleich Ergebnisse hervorbringen. Und er kann messerscharf trennen: Alle guten Ergebnisse in Schleswig-Holstein sind ausschließlich auf Maßnahmen nach dem September 2009 zurückzuführen. Und alles schlechte liegt in der Zeit davor begründet.

Als bessere Überschrift über die Selbsteinschätzung hätte ich mir einen Satz gewünscht, den ich heute von ihm im Radio gehört habe: „Das hätte ich auch besser machen können.“

Doch die Selbsteinschätzung kann auch immer nur ein Teil der Notenfindung sein, anhand möglichst objektiver Bewertungskriterien muss ihr auch eine Außensicht gegenübergestellt werden. Mein Urteil wäre: zu 90 Prozent das Thema verfehlt.

Wenn Herr Kubicki heute zitiert wird, die Schau um die zusätzlichen Lehrerstellen sei eine „stümperhafte Inszenierung“, müssen wir wohl davon ausgehen, dass die Noten im Darstellenspiel keinesfalls ausreichend sind. Wenn der Ministerpräsident und sein Kabinett den Bildungsminister auffordern, zum Ende der Legislaturperiode einmal herauszufinden, wie die Lage an den Schulen ist, der Bildungsminister dann nachforscht und sieht, er hat den Schulen zu viele Lehrerstellen gestrichen, und seinem Kabinett Verbesserungen vorschlägt, und der Ministerpräsident mitteilt, wieder shz-Zitat: „Ich werde einen Teufel tun“, dann sagt uns das zweierlei:

1. Dieser Bildungsminister wird nicht versetzt.

2. Der CDU ist die Lage an den Schulen völlig egal. Aber über das christdemokratische bildungspolitische Fähnlein im Wind haben wir hier verschiedentlich schon gesprochen.

Wie ist denn die Lage an den Schulen? Die Gymnasien durften sich zwischen Y, G8 und G9 entscheiden, das Ministerium setzt alle Beteiligten erst unter Zeit- und dann generell unter Druck. Nun laufen Gerichtsverfahren (Beispiel: Wentorf), es gibt Zoff vor Ort und überwiegend an den Küste G9-Gymnasien, die nicht mehr mit den anderen Gymnasien im Land kompatibel sind.

Den Gemeinschaftsschulen wurde die Hälfte ihrer Differenzierungsstunden gestrichen. Gleichzeitig erhielten sie das Danaergeschenk, ihre bisherigen pädagogischen Konzepte in die Tonne treten zu dürfen. Das Ergebnis wieder: Zoff vor Ort. Natürlich wünschen sich viele ehemalige Realschullehrer Realschulklassen zurück, wenn die Differenzierungsstunden gekappt werden. Aber jedem im Saal ist hoffentlich aufgefallen: An den ehemaligen Gesamtschulen gibt es diese Diskussion nicht.

Interessant an den heutigen Ausführungen des Ministers: Neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen will er nicht.

Ein weiterer Blick würde sich lohnen auf den Bereich des Unterrichtsausfalls: Eltern empfinden eine Stunde als ausgefallen, wenn der zuständige Fachlehrer sie nicht gibt. Aus der Sicht des Klassenlehrers war ich immer dann zufrieden, wenn zumindest ein anderer Fachkollege aus der Klasse die Stunde geben konnte oder die Klasse mit einem ohnehin laufenden Projekt oder Wochenplan beschäftigt war. Tatsächlich taucht eine Stunde nicht einmal dann als ausgefallen in der Statistik auf, wenn die Schüler mit spontanen Hausaufgaben heimgeschickt werden. Diese Statistik werfe ich nicht der amtierenden Landesregierung vor. Mein Vorschlag ist aber: Wenn wir über Lehrerstellenbedarf reden, sollten wir uns diesen Bereich des Unterrichtsausfalls Bereich ebenso ansehen wie die 100%-Versorgung der Schulen, bevor wir uns neue Aufgaben ausdenken.

Und dann sollten wir einmal wirklich über pädagogische Konzepte sprechen: Wie verbessern wir die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern? Wie führen wir jede und jeden zum bestmöglichen Abschluss? Und wie schaffen wir es, dass junge Menschen unsere Schulen verlassen, die zuversichtlich Verantwortung für sich und andere übernehmen können? Nicht jede Maßnahme der Landesregierung war diesen Zielen dienlich.

Zur schwarz-gelben Bilanz gehören auch:

- der Bruch des Schulfriedens durch die Änderung des Schulgesetzes von 2007
- die Wiedereinführung der obligatorischen Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten
- die ausgebliebene Reform der Lehrerbildung
- die Kürzung der Zuschüsse für die dänischen Schulen
- der vorübergehende Stopp beim Umbau der Realschulen
- der Abbau der Weiterbildung
- der glücklicherweise zurückgezogene „Psycho-Erlass“
- der Arbeitszeiterlass, der nur am 1. April 2010 gültig war
- die monatelange Hängepartie beim Gastschulabkommen mit Hamburg

Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen...

Manch einer erinnert sich vielleicht noch an Zeiten, als Wolfgang Kubicki dem damaligen Hamburger Bildungssenator Lange (FDP) in einem Brief unter anderem die folgenden freundlichen Zeilen zadachte: „Die öffentliche Meinung darüber, dass Sie als verantwortlicher Senator für Bildung und Sport einer faktischen Verringerung der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg zugestimmt haben, hat in der Landtagsfraktion und im Landesverband der FDP Schleswig-Holstein nicht nur Verwunderung, sondern Verärgerung ausgelöst.“ Herr Kubicki fürchtete damals, die FDP könne auf ihrem „Kompetenzfeld Bildung“ Schaden nehmen und warf Lange vor, der FDP die Früchte ihrer Arbeit zu zerstören. Herr Klug, Herr Kubicki: Haben Sie in den letzten Wochen eigentlich Post von Frau Suding bekommen?

Was Herr Kubicki damals von Herrn Lange auch forderte, war ein „Zeichen von Durchsetzungsfähigkeit und Kraft.“ Mit dem Männermut hat Herr Dr. Klug am letzten Wochenende ja schon angefangen. Wenn nun klar ist, dass die Schulen so dringend mehr Lehrer brauchen, dass die Veröffentlichung dieser Erkenntnis nicht einmal bis zur nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses warten kann, dann ist tatsächlich Männermut gefragt. Und ein Minister, der das für richtig Erkannte durchsetzt. Ich sage es auch mit Schiller: „Wenn der Leib in Staub zerfallen, lebt der große Name noch.“ Aber Vorsicht! Schiller wusste auch: „Dem Mimen flicht die Nachwelt keine Kränze.“ Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Schlechtes Schauspiel ist für unsere Schulen zu wenig!

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 29.01.2012, 12:49 Uhr - 52480 Clicks - Nr. 42

## **Fehlschuss von CDU und FDP**

Sandra Redmann:

Die infolge der Föderalismusreform geltende neue Verfassungslage macht Änderungen des Landesjagdgesetzes von 1999 auch aus unserer Sicht notwendig. Dass das Landesjagdgesetz auch an veränderte Gesetze auf EU- und Landesebene angepasst werden muss, ist auch noch verständlich. Was CDU und FDP in ihrem Gesetzentwurf aber noch darüber hinaus vorgelegt haben, ist weitgehend kontraproduktiv oder sogar schädlich für Natur und Umwelt.

[Zum vollständigen Beitrag](#)



**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.01.2012, 14:09 Uhr - 4325 Clicks - Nr. 43

## **AG 60plus besucht Max Liebermann-Ausstellung**

**„Vater der Moderne“ am 17. Februar in der Kunsthalle zu sehen**

Als eine „einmalige Chance, das Werk Max Liebermanns im Überblick zu sehen“, bezeichnet Jürgen Schneider, der Vorsitzende der AG 60plus der SPD Stormarn, die aktuelle Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle. Schneider hat für den 17. Februar ein Museumsgespräch gebucht, in dessen Rahmen ausgewählte Werke erläutert, Hintergründe erklärt und Verbindungen aufgedeckt werden. Auch für Fragen aus der Gruppe wird Zeit sein.

Die umfassende Retrospektive vereint über hundert zentrale Gemälde aller Schaffensphasen von Max Liebermann. Der Bogen spannt sich vom bäuerlich ländlichen Sujet, über die Darstellung bürgerlichen Freizeitens bis hin zu seinen treffsicheren Porträts und den späten farbintensiven Gartenbildern. Neben dem großen Bestand der Hamburger Kunsthalle werden zahlreiche Hauptwerke aus nationalen und internationalen Museen gezeigt, die durch wichtige Leihgaben aus Privatbesitz ergänzt werden. Exemplarische Werke von Mihaly Munkácsy, Adolph Menzel, Paul Cézanne, Edgar Degas und Auguste Renoir





waren Inspiration für Liebermann und runden die Schau ab.

Start ist am Freitag, dem 17. Februar im Bahnhof Oldesloe um 9:15 Uhr. Dann geht es mit der Regionalbahn nach Hamburg. Unterwegs können weitere Teilnehmer zusteigen. Um 14:30 Uhr sind alle wieder in Bad Oldesloe. Der Kostenbeitrag beträgt 20 Euro pro Teilnehmer (Fahrt, Eintritt, 90-Min-Führung, ohne Verzehr!). Außerdem profitieren alle Teilnehmer über 65 vom „Goldenen Freitag der Kunsthalle“ (Kaffee und 1 Stück Kuchen gratis).

Eine Anmeldung ist erforderlich 04531/84603 oder juergen.schneider@spdbadoldesloe.de. Wegen der begrenzten Teilnehmerzahl wird um baldige Anmeldung gebeten.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 29.01.2012, 16:21 Uhr - 9502 Clicks - Nr. 44

## Neujahrsempfang 2012

Neujahrsempfang der Kreis SPD:  
Vom Klimawandel im Kreis Plön, Ich muss nur noch kurz die Welt retten und Gesprächen mit Torsten Albig!

Der Neujahrsempfang der SPD im Kreis Plön war Anlass für über 200 Bürgerinnen und Bürger aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden, Kunst und Kultur nach Plön in die alte Schwimmhalle zu kommen. Kreisvorsitzende Anette Langner und der Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen begrüßten u.a. die Landrätin Stephanie Ladwig und den Oberbürgermeister von Kiel, Torsten Albig,



Anette Langner deutete die Zukunft so, dass im Energiejahr des Drachen die SPD zeigen wird, wie stark sie in 100 Tagen bei der Landtagswahl sein wird.

Der Klimawandel im Kreis Plön ist im positiven Sinne angekommen, begann Lutz Schlüsen seine Begrüßung. Mit dem langen „Wetter-Hoch Stephanie“ ist im Frühjahr ein neuer Stil, ein neues Miteinander in der Kreisverwaltung eingezogen Landrätin Stephanie Ladwig hat den Wandel mitgebracht, denn die Zusammenarbeit zwischen der Landrätin und der Verwaltung und den Mitgliedern des Kreistages ist sehr konstruktiv und vertrauensvoll. Ein Miteinander, dass weiterhin eine gute Politik für die Bürgerinnen und Bürger verspricht. Sein Resümee für den Kreis Plön des letzten Jahres:

„In der Vorbereitung zum heutigen Tage habe ich mir noch einmal die Jahresrückblicke und den Veranstaltungskalender 2011 im Kreis angesehen. Ich bin erstaunt, was die Menschen in unserem Kreis innerhalb des letzten Jahres bewegt haben. Daran haben die vielen ehrenamtlich Tätigen einen großen Anteil, sei es in den Sport-, Gesang-, Musik-, und Museumsvereinen, in den Wohlfahrtsverbänden, Feuerwehren und Rettungsdiensten, in der Jugend- und Seniorenarbeit. Überall stellen sich Menschen ehrenamtlich in den Dienst der guten Sache. Sie sind der Kitt unserer Gesellschaft und halten alles zusammen. Vorort wird die wertvollste Arbeit geleistet, sie ist machbar und messbar für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar. Deshalb ist es gut, dass es eine gute Chance gibt, dass ein Politiker aus der Kommunalpolitik einmal die Geschicke des Landes Schleswig-Holstein lenkt. Und ein Ministerpräsident Torsten Albig die kommunale Ebene dann auch nicht vergisst. Gestalten, formen, beeinflussen, mit sozialdemokratischen Werten und Ideen die Politik im Kreis Plön mit dem Land weiterentwickeln, das ist unser Wunsch.“

Mit der Idee, Persönlichkeiten aus dem Kreis Plön in einer Gesprächsrunde mit Torsten Albig zu Wort kommen zu lassen, hatten drei Bürger aus dem Kreis Plön die Möglichkeit, direkt mit Torsten Albig in einen Dialog zu treten. So eröffnete Barbara Gollermann den Talk und berichtete über die Arbeit des SOS-Kinderdorfes in Lütjenburg. In 11 Familien leben etwa 60 Kinder.

Seit 40 Jahren bietet das Kinderdorf ein breites Angebot, mit Ki-Ta, Schulsozialarbeit, ambulanter Familienhilfe oder einem interessanten Hauswirtschaftsbereich. Deutlich wurde, dass die Gesellschaft Hilfestellung geben muss. Dabei ist es wichtig, das Verantwortungsbewusstsein der Kommunalpolitiker zu stärken, damit die finanzielle Ausstattung angemessen bleibt. So will man sich um sichere Rahmenbedingungen bemühen und mit einem frühen Einstieg die Stärken der Kinder suchen.

In einem weiteren Interview mit der Raisdorfer Unternehmerin Franziska Crone wurde deutlich gemacht, dass der Weg in die Selbständigkeit oft sehr schwierig ist und es hier der unbürokratischen Hilfe bedarf und dass Kommunikation zwischen den verschiedenen Institutionen von großer Wichtigkeit sind. Netzwerke knüpfen, darum bat die junge Unternehmerin.

Mit dem Probst Matthias Petersen sprach Torsten Albig über den Bundeswehr Standort Lütjenburg, der durch den Abzug der Bundeswehr eine schwierige wirtschaftliche Situation bewältigen muss. Auf die Lütjenburger wartet da ein schwieriger Prozess, für den Torsten Albig insbesondere die Bundesregierung aufforderte, Konversionsmaßnahmen zu ergreifen. Propst Petersen zeigte auf, dass die Schuldnerberatungsstellen längst an die Grenzen ihrer Kapazitäten gestoßen sind. Hier wird mehr Präventionsarbeit eingefordert.

Torsten Albig abschließend: Ich bin davon überzeugt, dass Schleswig-Holstein sozial gerechter, wirtschaftlich stärker und finanziell solide gestaltet werden kann. Unser Ziel muss sein, unserem Land den Glauben an seine Kraft zurückzugeben. Als Ministerpräsident will ich gemeinsam mit den Menschen neue Perspektiven für unser Land erarbeiten. Gemeinsinn schaffen. Gemeinsam mit vielen anderen will ich für eine bessere Politik werben.

Max Berghaus von der Regionalschule Lütjenburg begleitete am Flügel die Schülerinnen Karlotia Braun, Carolin Hartmann und Yasmin Kaltwasser. Sie setzten besondere musikalische Akzente. Songs wie „Viva la Vida“ oder „Ich muss nur noch kurz die Welt retten“ fanden ganz besonderen Beifall.

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 29.01.2012, 19:30 Uhr - 8597 Clicks - Nr. 45

## **Ralf Wrobel beim 50. Jubiläum OV Sterup-Esgrus**

„Das Jahr 1962 war ein starker Jahrgang“ stellte Ralf Wrobel, SPD-Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg, in seinem Rückblick auf das Jahr 1962 in seiner Jubiläums-Festrede fest, nicht nur weil es sein Geburtsjahr war. „Die Mitglieder des Ortsvereins Sterup-Esgrus sind aktiv und auf sie kann man sich immer verlassen“, so Wrobel weiter.

Die Schriftführerin des Ortsvereins hatte sich etwas ganz besonderes ausgedacht: Nachdem Ralf Wrobel mit einem Gastgeschenk den Ortsverein beglückwünschte, überreichte sie ihm aus ihrem Fundus Badelatschen „Diese Schlappen sollen dir helfen, lieber Ralf, der CDU eine Schlappe bei den Landtagswahlen am 6. Mai zu verpassen“. Mit diesen Worten wünschte Brigitte Wenzek dem Direktkandidaten für den Wahlkreis Schleswig-Nord Ralf Wrobel viel Erfolg im Wahlkampf.

Am 13. Januar 1962 gründeten Otto Möller (Birristoft), Karl-Heinz Holm (Sterup), Carsten Petersen (Sterup), Willi Joosten (Sterup-Dingholz) und Johannes Holm (Sterup) den SPD Ortsverein Sterup. Bei der Landtagswahl nach der Barschel Affäre im Jahr 1988 wurde die SPD in Sterup erstmals stärkste Kraft. Seit 1994 stellt die Gemeinde einen SPD-Bürgermeister, zuerst mit Heidrun Falck und dann Wolfgang Rupp, der noch heute Bürgermeister ist.

Glückwünsche richteten auch die Vertreter aus den umliegenden Ortsvereinen Gerd-Ludwig Kraack, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hasselberg, Rolf Vilaumi Vorsitzender Steinbergkirche, der auch jahrelang im Ortsverein Sterup aktiv war, Bente Reimer, Vorsitzende Gelting und Gert Nagel vom Ortsverein Pommerby-Nieby.

Auf dem Foto: Ralf Wrobel, Dieter Kascheike, Brigitte Wenzek

**Keine Kommentare**

## SPD und DGB trauern um Hans Schwalbach

Vor wenigen Tagen ist Hans Schwalbach gestorben. Geboren 1919 in Leipzig wechselte er bald nach Norddeutschland. Er trat wenige Jahre nach Kriegsende in die Kieler SPD ein und wurde dort bald eine "feste politische Größe". Von 1945 bis 1948 war er ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Kreises Lüneburg. 1948 übernahm er hauptberuflich die Geschäftsführung der ÖTV Lüneburg. 1954 wurde er stellvertretender ÖTV-Bezirksvorsitzender für Schleswig-Holstein und Nordost-Niedersachsen.

In der Kieler SPD engagierte er sich insbesondere in Fragen der Energiepolitik. Für die SPD zog er 1971 über die Landesliste in den [Landtag](#) ein. 1975 erhielt er erneut das Mandat und gehörte dem Landesparlament bis zum Ende der Wahlperiode 1979 an: Dort war Schwalbach Mitglied des Innenausschusses und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Hans Schwalbach war sowohl ein theoretischer Kopf, der sich sehr für historische politische Zusammenhänge interessierte, als auch ein streitbarer Demokrat. Insbesondere sein Einsatz für die Atomkraft brachte ihn in den 70er Jahren in den Gegensatz zur Landes-SPD, die den Ausstieg aus dem Atomkraftwerk Brokdorf forderte. Er sah sich immer an der Seite der Arbeitnehmer und kritisierte 1977 offen den Landesvorstand.

Gern erinnere ich mich an Gespräche mit ihm über Fragen der Solidarität und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, so SPD Kreisvorsitzender Rolf Fischer. Auch im hohen Alter engagierte er sich z.B. im Seniorenbeirat der Stadt Kiel und setzte sich konsequent für Verbesserungen ein. Er nahm aktiv an Veranstaltungen teil, war in der Arbeitsgemeinschaft der SPD "60plus" aktiv, sprach auf Kreisparteitagen und brachte sich auch mit Abhandlungen in die jeweilige Debatte der Partei ein. Hans Schwalbach wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande, dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und 2010 mit dem Mitbestimmungspreis des DGB gewürdigt.

Wir verlieren einen überzeugten und überzeugenden Demokraten, einen Streiter für Gerechtigkeit und einen sehr guten Freund, der unserer Partei und Gewerkschaftsbewegung fehlen wird.

Mehr Infos: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans\\_Schwalbach](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Schwalbach)

**Keine Kommentare**

## Mittendrin statt außen vor!

Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung: Unter dem Titel "Mittendrin statt außen vor" lädt Bettina Hagedorn (MdB) zur Diskussionsveranstaltung am Dienstag, 21.02.2012, 19 Uhr, in die Alte Schule in Reinfeld ein.

Als Gastrednerinnen und Diskussionspartnerinnen sind Silvia Schmidt (MdB), Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, Susanne Danhier, dabei.

"Rund 10 Prozent der Bevölkerung hierzulande sind direkt von Behinderung betroffen", sagt Bettina Hagedorn. "Dabei wird viel zu oft vergessen, dass eine Behinderung kein 'Defekt' eines Menschen ist, sondern durch einstellungs- und umweltbedingte Barrieren entsteht. Daher verabschiedeten die Vereinten Nationen im Dezember 2006 die UN-Behindertenrechtskonvention; 2009 hat sich Deutschland als eines der ersten Länder zur Umsetzung verpflichtet. Doch der von Schwarz/Gelb nun vorgelegte Nationale Aktionsplan ist völlig unzureichend, Betroffenenverbände kritisieren zu Recht die mangelnde Beteiligung."



Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Experten und Verbänden ein umfassendes Positionspapier erarbeitet. Gemäß dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“ werden die Betroffenen in den Mittelpunkt gerückt, weg vom alten Fürsorgesystem hin zu sozialer Teilhabe und Inklusion. "Menschen mit Behinderung müssen nicht in die Gesellschaft integriert werden, wenn man sie nicht vorher ausgrenzt!", so die Behindertenbeauftragte Sivia Schmidt. "Wenn Kinder mit und ohne Behinderung in Ganztagschulen gemeinsam lernen, ist Integration im Erwachsenenalter selbstverständlich. Wir fordern deshalb gleiche Beschäftigungschancen und einen lebensunterhaltssichernden Lohn, um die Betroffenen aus der Abhängigkeit der Sozialhilfe herauszuholen. Wir brauchen umfassende Barrierefreiheit, damit Wohnen mitten in der Gemeinde statt in Heimen möglich wird, und wir fordern grundsätzlich diskriminierungsfreie Beförderung in allen Verkehrsbereichen und auf allen Bahnhöfen. Auch ein barrierefreier Tourismus – gerade bei uns im Norden – steht auf unserer Agenda. Die Umsetzung dieser Forderungen braucht einen langen Atem, aber darf nicht an knappen Mitteln scheitern, wenn wir unserem Anspruch auf Teilhabe und Unabhängigkeit gerecht werden wollen."

Noch immer sind heutzutage viele Wege unüberwindbar, Chancen auf ein „normales“ Leben sind oft begrenzt. Aus diesem Grunde soll gemeinsamen mit Betroffenen, ihren gewählten Vertretern und Verbänden sowie den vielen ehrenamtlich Tätigen und Angehörigen über bestehende Probleme, Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung diskutiert werden. Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.01.2012, 10:05 Uhr - 12670 Clicks - Nr. 48

## **Berlin ist eine Kunst- und Kulturreise wert!**

Berlin ist eine Reise wert, das steht außer Zweifel fest. Dazu passt hervorragend die Reise des SPD-Ortsvereins Ahrensburg, der Berlin-Interessierte und Kunstfreunde zu einer ganz besonderen Fahrt vom 26. bis 29. April in die Kunst- und Kultur-Metropole unter dem Motto " Berlin, deine Künstler - Zeitgenössische Bildende Kunst" einlädt.

Jochen Proske, Ortsvereinsvorsitzender in Ahrensburg: "Im politischen Berlin ist zur Zeit einiges in Bewegung. Im künstlerischen Bereich ist gerade das in Berlin tagtäglich angesagt! Der Einfluss Berliner Künstler seit Anfang des 20. Jahrhunderts auf die moderne Kunst in Deutschland und das Wirken heutiger Künstler ist Gegenstand unserer Reise, die auch an bislang nur selten zugängliche Orte führt."

So kann im Deutschen Bundestag neben rund 30 Installationen, Gemälden und Skulpturen im SPD-Sitzungsaal auch der berühmte Fries der Malerin Hella De Santarossa besichtigt werden. Kunstausstellungen im Martin-Gropius-Bau und Willy-Brandt-Haus sowie Besuche bei der Malerin und Bildhauerin Mechthild Korn und im Kulturwerk der Berliner Bildenden Künstler mit dem Lithographen Klaus-Peter Vellguth sind Teil des umfangreichen Programms. "Der geplante Besuch im Atelier von Jonathan Meese wird sicher ein besonderer Höhepunkt sein!", so Proske. Der renommierte Historiker Dr. Volker Wagner begleitet die Teilnehmer auch auf den speziellen Stadtrundgängen und vermittelt so interessante Einblicke in das pulsierende kulturelle Leben der Stadt.

Wer Lust auf Berliner Luft mit Kunst und Kultur hat und es zeitlich einrichten kann, erhält nähere Informationen und Buchungsunterlagen unter [www.spd-ahrensburg.de](http://www.spd-ahrensburg.de) oder telefonisch unter 04102/58153.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.01.2012, 11:40 Uhr - 20406 Clicks - Nr. 49

## **Ralf Stegner zu Besuch in den Wahlkreisen 4 und 5**

Die Landtagskandidaten der Wahlkreise 4 (Flensburg Land) Dr. Jens Maßlo und 5 (Schleswig-Nord) Ralf Wrobel bekommen am 8. Februar 2012 Besuch des SPD-Landesvorsitzenden und

Fraktionsvorsitzenden im Landtag am 8. Februar 2012.

Ralf Stegner wird jeweils tagsüber die Wahlkreise bereisen und verschiedene Unternehmen und Institutionen besuchen.

Im Wahlkreis 5 sind Besuche im Interkommunalen Gewerbegebiet Schuby, ein Besuch beim Betriebsrat der Kappeler Werkstätten Sundsacker zusammen mit der Bezirksgeschäftsführerin von ver.di Ute Dirks und ein Treffen mit der Interessengemeinschaft gegen die Überflutung in Gelting vorgesehen.

Abends um 19.30 Uhr laden beide Landtags-Direktkandidaten zu einer Diskussionsrunde mit Ralf Stegner ein in das Hotel & Restaurant „Steinberger Hof“ in 24972 Steinberg ein. Zu dem Thema „Was wird die SPD für die Gemeinden tun?“ haben Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zu den Themen Finanzen, Kindergärten und Schulen mit den Landtagskandidaten und Ralf Stegner zu diskutieren.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 31.01.2012, 14:46 Uhr - 7675 Clicks - Nr. 50

## **"Freude für Elmshorn - Kopfschütteln über Abhängen von Tornesch!"**

Raudies und Rossmann mahnen bessere Bahnverbindung an

„Die halbstündige Regionalexpress-Verbindung auf der Strecke Elmshorn–Hamburg ist für Elmshorn eine gute Nachricht. Der Eiertanz um Tornesch ist dagegen mehr als ärgerlich!“ Mit diesen Worten haben die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies und der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann die Nachricht über die Taktverdichtung kommentiert, bei der der Bahnhof Tornesch aber weiter außen vor bleiben soll.

„Halbstündig verkehrende RE-Züge schaffen deutlich verbesserte Möglichkeiten für Pendler aus dem Raum Elmshorn“, freut sich Raudies. „Mehr Verbindungen und leerere Waggons werden die Strecke nachhaltig attraktiver machen und sicher für einen Zuwachs beim Fahrgastaufkommen sorgen!“

Mit der Entspannung bei der Auslastung der Züge entfällt aber auch ein in Kiel immer wieder vorgetragenes Argument gegen einen Halt der Bahnen in Tornesch. „Wenn CDU-Verkehrsminister Jost de Jager bisher immer sagte, dass es keinen Sinn macht, wenn ein Zug, der in Elmshorn schon voll ist, noch in Tornesch hält, so wird diese Rechtfertigung mit dem Fahrplanwechsel im Winter 2014 obsolet“, betonen Raudies und Rossmann. „Wenn zusätzlich bekannt wird, dass die Verbindung Kiel–Hamburg einen neuen Spielraum von zwei bis drei Minuten bekommen soll, so wird gänzlich unklar, dass der Region Uetersen-Tornesch-Moorrege weiterhin der Halt von Regionalexpressen verweigert wird.“

Die SPD-Politiker wundern sich außerdem darüber, dass weder Uetersens Bürgermeisterin Andrea Hansen noch Torneschs Verwaltungschef Roland Krügel von den neuen Planungen informiert wurden. „Auch in seinem Briefwechsel mit mir in den vergangenen Wochen und Monaten hat Herr de Jager über die geplanten Änderungen nichts verlauten lassen“, ärgert sich Rossmann. „Ich kann das nur so interpretieren, dass der Minister gedacht hat, er könne Kommunalpolitik und Abgeordneten über vollendete Tatsachen den Wind aus den Segeln nehmen.“

Dieses Kalkül wird allerdings sicher nicht aufgehen. „Die Bahnversorgung der Region Uetersen-Tornesch-Moorrege ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. Deswegen werden wir weiter auf Verbesserungen dringen“, kündigen die beiden SPD-Politiker an. Zu begrüßen sei deshalb auch die Initiative von Uetersens Bürgermeisterin Andrea Hansen für einen Regionalpakt. „Es ist an der Zeit, dass in Kiel endlich wahrgenommen wird, dass der Bahnhof Tornesch der Bahnhof für eine ganze Region mit einem Einzugsgebiet von knapp 40.000 Menschen ist. Dafür macht es Sinn, verstärkt gemeinsam aufzutreten“, unterstützen Raudies und Rossmann den Hansen-Vorstoß.

„Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase“, betont Rossmann. „Dem Kieler Verkehrsministerium sind die Argumente gegen den RE-Halt in Tornesch inzwischen nahezu ausgegangen. Jetzt ist es wichtig, den Druck hoch zu halten, damit die Weichen doch noch in die richtige Richtung umgestellt werden!“

Kommentar von [Klaus Schneider](#) vom 14.02.2012, 17:43 Uhr:

RE: Klaus Schneider

*Hallo Frau Raudies, vielen Dank für Ihre Antwort und schön, dass Sie diese Plattform auch zur Diskussion nutzen. Ich möchte Sie nur bitten, meine Argumente aufzunehmen und mich ggf. auch gerne vom Gegenteil zu überzeugen. Zum Thema "Kapazität": Wenn Sie die Züge kennen, werden Sie feststellen, dass dieses während der Hauptverkehrszeit auch im Halbstundentakt (der jetzt montags-donnerstags zwischen 16-18 Uhr in Richtung Norden schon Realität ist) überfüllt sein werden. Zum Thema "Fahrzeitverkürzung": Warum die Fahrzeitverkürzung m. E. nicht für einen Halt in Tornesch genutzt werden kann, habe ich in meinem ersten Beitrag erläutert. Beste Grüße*

Kommentar von [Beate Raudies](#) vom 08.02.2012, 21:45 Uhr:

RE: Klaus Schneider

*Hallo, Herr Schneider! Das dritte Gleis ist die langfristige Option; Tornesch und die Region brauchen aber kurzfristige Perspektiven! Die bisherigen Argumente gegen den zusätzlichen Halt (volle Züge, Fahrzeitverlängerung, s.o.) sind m.E. nicht mehr stichhaltig. Deswegen setze ich mich für den zusätzlichen Halt ein. Schade, dass Minister de Jager sein diesbezügliches Versprechen bisher nicht eingehalten hat.*

Kommentar von [Klaus Schneider](#) vom 03.02.2012, 17:46 Uhr:

Tornesch

*Hallo Frau Raudies, bitte wecken Sie bei den Torneschern keine Wünsche, die Sie nicht erfüllen können. Es ist richtig, dass die Kapazität der RE-Züge Hamburg-Kiel durch den neuen Halbstundentakt verdoppelt wird, die mangelnde Kapazität war aber nie das entscheidende Problem. Entscheidend ist, dass die Strecke Elmshorn-Pinneberg mit Nah-, Fern- und Güterverkehr einfach zu stark belastet ist. Jeder Zug, der in Tornesch hält, blockiert die Strecke für 3-4 Minuten mehr (Bremsweg, Halt am Bahnsteig, Beschleunigung), und dafür ist tagsüber einfach keine Kapazität mehr da. Man könnte jetzt noch argumentieren, dass durch evtl. schnellere Züge eine Fahrzeiteinsparung für einen Halt in Tornesch genutzt werden könnten. Dies ist nicht der Fall, da: - ein Zug die Stunde in Brokstedt halten muss (da die langsame RB Wrist-Neumünster weggefällt, im Übrigen eine große Kostenersparnis) - ein Zug die Stunde in Neumünster geteilt bzw. zusammengefügt wird, um von Hamburg nach Kiel oder Flensburg zu fahren. Dieser Vorgang braucht ebenfalls 2-3 Minuten Bitte setzen Sie daher lieber für ein drittes Gleis zwischen Elmshorn und Pinneberg ein. Damit könnten viele Probleme gelöst werden, auch die Anbindung von Tornesch!*

**[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 31.01.2012, 20:23 Uhr - 8688 Clicks - Nr. 51**

## **So machen wir das!**

SPD bereitet sich auf ihrem Landesparteitag in Lübeck auf die Regierungsübernahme vor

Drei Tage vor dem Landesparteitag der SPD in Lübeck traten heute (31. Januar 2012) der designierte SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig und SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner vor die Presse. Dabei wurde klar: Die SPD geht einig, stark, selbstbewusst und motiviert in den Landesparteitag, der die inhaltliche und personelle Aufstellung der SPD für die Landtagswahl am 6. Mai abschließt.

„Dieser Landesparteitag wird zeigen, dass die SPD optimistisch, geschlossen und mit Zuver-

sicht in die Landtagswahl geht. Die SPD ist die Partei, die mit dem aussagekräftigsten Programm, dem besten Personal und auch der klarsten Gestaltungs- und Machtoption um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger im Land wirbt“, so der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner.

Das Regierungsprogramm der SPD mit dem Titel „Gerechtigkeit und neues Vertrauen für ein starkes Schleswig-Holstein“, welches auf Grundlage der Ergebnisse der Bürgerdialogreihe „Demokratiesommer“ entwickelt wurde, wird am Freitag diskutiert und beschlossen. Die Partei habe sich intensiv mit der Vorlage des Landesvorstandes beschäftigt, so Stegner: „Ich freue mich über diese breite und transparente Debatte um die besten Ideen für unser Land. Die SPD hat bewiesen, dass Demokratie bei uns immer wieder mit Leben erfüllt wird. Auch das ist ein Grund für die gute Stimmung und den Optimismus in unserer Partei.“

Den schleswig-holsteinischen ‚Demokratiesommer‘ mit dem anschließenden „Bürgerpartei-Tag“ bezeichnete Stegner als gelungenes Vorbild für die ganze Partei: „Das war ein Referenzprojekt, was die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Entwicklung eines Regierungsprogramms angeht. Die Bundespartei wird in ähnlicher Form im Vorfeld der Bundestagswahl einen breit angelegten Bürgerdialog starten. Wir freuen uns, dass wir unsere guten Erfahrungen dort einbringen konnten.“



Am Freitag findet zudem die Wahl für Platz eins der Landesliste statt. Als Spitzenkandidat gesetzt ist Torsten Albig. Er wurde bereits im Februar 2011 in einer Mitgliederbefragung von der Basis der SPD mit einem starken Ergebnis als Spitzenkandidat nominiert. Für die Wahl des Spitzenkandidaten erwartet Stegner ein gutes Ergebnis: „Torsten Albig hat die Sympathie und die volle Unterstützung der gesamten Landespartei – das wird sich auf dem Parteitag auch im Ergebnis widerspiegeln!“

Spitzenkandidat Torsten Albig selbst wird auf dem Landesparteitag die politischen Ziele einer von ihm geführten Regierung skizzieren. Zentrale Themen sind dabei die Bildungspolitik, die Energiepolitik, und Finanz- und Wirtschaftspolitik. Albig konkret: „Dieses Land braucht im Interesse unserer Kinder wieder eine verlässliche Bildungspolitik, die Ruhe an die Schulen bringt, guten Unterricht und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Unser Land braucht eine Regierung, die mit voller Kraft und ganzem Herzen, mit wirtschafts- und energiepolitischem Sachverstand und der nötigen Konsequenz die Energiewende in unserem Land vorantreibt - und zwar im Interesse der Stärkung regionaler Wertschöpfung und nicht für einige wenige große Energiekonzerne.“

Auf der Pressekonferenz betonte Albig auch die Ernsthaftigkeit, mit der die SPD sich der bevorstehenden Wahl nähert: „Die SPD steht vor der Aufgabe, das Land in die Zukunft zu führen. Wir wollen eine Regierung bilden, die mit Verlässlichkeit, Offenheit und Solidität das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik gewinnt. Eine Regierung, die wieder das Wohl unserer Gemeinschaft in den Fokus ihrer Politik rückt. Eine Regierung nicht der starken Worte, sondern der starken Taten. Eine Regierung, die dem Land Perspektiven und Orientierung bietet.“

Mit Blick auf die Wahlinitiative „Mein-Lieblandsland“, bei der die SPD im Wahlkampf mit einem in den Landesfarben gehaltenen Herz-Logo für ihre Ideen wirbt, sagte Albig: „Die kommende Landesregierung wird eine Regierung sein, die an die Kraft des Landes glaubt und tatkräftig für die Interessen Schleswig-Holsteins auftritt - kraftvoll, aber ohne Showeffekte. Also eine Regierung, in der Männer und Frauen selbstbewusst, fleißig, ehrlich und hart für unser Land arbeiten. Für eine solche Regierung stehe ich als Regierungschef bereit!“

Ralf Stegner sprach auch Koalitionsoptionen an. Er betonte, dass die SPD um Platz eins kämpfe und als stärkste Partei in den Landtag einziehen wolle. „Für uns ist klar, dass es einen

echten Politikwechsel nur geben wird, wenn Torsten Albig als Ministerpräsident auf das Fundament einer klaren rot-grünen Mehrheit bauen kann. Wir sind davon überzeugt: Das ist die inhaltlich und personell beste Zukunftsoption für unser Land!"

Die SPD, da waren sich beide Spitzenpolitiker der Landes-SPD einig, sei die einzige Partei, die ihre inhaltlichen und strategischen Ziele klar formuliert. „Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine taktischen Koalitions-Spielchen. Sie erwarten Klarheit und Verlässlichkeit. Getragen von der Idee, dass eine Koalition mehr sein muss, als eine Rechengröße - sondern vielmehr ein aus Inhalten und Zielen geeintes zeitliches Projekt - sehen wir die größte Chance für die Bildung einer guten Regierung im Zusammenwirken mit den Grünen. Bei diesen Überlegungen preisen wir niemanden ein. Vielmehr laden wir die Grünen ein, den Politikwechsel in Schleswig-Holstein gemeinsam mit uns zu gestalten“, so der designierte Spitzenkandidat Torsten Albig abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.02.2012, 11:02 Uhr - 11138 Clicks - Nr. 52

## **Olof Palme Friedenspreis - Kuratorium berät 11 Nominierungen**

Preisverleihung am 28. Februar (18.00 Uhr, Schloss Reinbek)

Seit 25 Jahren verleiht die SPD Stormarn den Olof Palme Friedenspreis an Menschen, die sich im Sinne Olof Palmes für den Frieden und den gesellschaftlichen Ausgleich engagieren. Und nach all den Jahren gehen dem Kuratorium die Vorschläge, wer eine Ehrung verdient hätte, nicht aus. „Eher im Gegenteil“, berichtet Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn: „2011 gab es elf Nominierungen.

Damit haben die Stormarnerinnen und Stormarner so viele Vorschläge gemacht wie lange nicht.“

Nun hat das fünfköpfige Kuratorium getagt und entschieden. Verraten wird das Ergebnis aber traditionell erst am Abends der Preisverleihung. Dann wird Kuratoriumsmitglied Cord Denker alle Nominierten würdigen und die Entscheidung für den oder die Preisträger begründen.

### Nominierungen 2012:

#### Antirassistisches Bündnis

Das Antirassistische Bündnis gründete sich 2009. Mitglieder sind Parteien, Organisationen

und Einzelpersonen, deren Ziel es ist, über Aktivitäten faschistischer und rassistischer Gruppierungen in Städten und Gemeinden Stormarns aufzuklären und ihnen entgegen zu wirken. Das Bündnis organisiert beispielsweise Demonstrationen, Konzerte und Informationsveranstaltungen.

#### Frauen Helfen Frauen e.V., Bella Donna e.V. und Dagmar Greiß

Dagmar Greiß ist Mitbegründerin der Vereine Frauen helfen Frauen e.V. und Bella Donna e.V. Sie engagiert in der Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch und für die Betreuung von Frauen mit Gewalterfahrungen. Außerdem setzt sie sich für die Integration und das Bleiberecht von Frauen und Mädchen aus Kriegs- und Krisengebieten ein (Frauen helfen Frauen e.V.). Das Bella Donna Haus ist eine ehrenamtlich von Frauen hergerichtete ehemalige





Industrieimmobilie, die nun als Ort für Arbeit, Begegnung, Kultur und Soziales dient.

Oldesloer Tafel EFA e.V. und Ilse Siebel

Der Bad Oldesloer Verein wurde von der ehemaligen Bürgerworthalterin Ilse Siebel gegründet. Besondere Projekte sind Essen für Alle (dreimal pro Woche ein warmes Mittagessen), der Laden ohne Kasse (Verteilung von Lebensmitteln), der „Drachenturm“ (Kinderbetreuung, offene Jugendarbeit, Sprachkurse für Kinder mit Migrationshintergrund) und die Kleiderkiste (Abgabe von gebrauchter Kleidung). Ziel aller Projekte ist es, Menschen zu helfen, die von Armut, Obdachlosigkeit und Isolation betroffen sind. Damit keiner der Kunden das Gefühl haben muss, Almosen anzunehmen, werden Spenden von mindestens 0,50 bzw. 1 Euro erbeten, die in die laufenden Ausgaben fließen.

Gärten der Begegnung Ahrensburg und Jürgen Martens

Jürgen Martens hat sich ehrenamtlich für die Schaffung von Kleingärten eingesetzt, in denen Zuwanderer aus vielen Ländern zusammen mit Einheimischen „gärtnern“, jeweils 13 Menschen beackern eine Parzelle. Eine der Parzellen hat das Kinderhaus „Blauer Elefant“ gepachtet, damit Kinder jeglicher Herkunft hier Erfahrungen mit Natur und Garten machen können. Ziel ist, dass Migranten und Deutsche sich begegnen und gemeinsam an einem Projekt arbeiten.

Hand in Hand e.V., Bad Oldesloe

Der Bad Oldesloer Verein Hand in Hand e.V. engagiert sich für kleinere private Gesundheits- und Bildungs- und Völkerverständigungsprojekte in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, zum Beispiel in Tansania, Mexiko, Südafrika oder Sri Lanka. Ideell und materiell gefördert werden nur solche Projekte, die persönlich bekannt sind.

Schönbergerer Freundeskreis Sieraków e.V.

Der Freundeskreis engagiert sich für ein besseres Miteinander von Deutschen und Polen. Schwerpunkt der Arbeit sind Hilfen für das Krankenhaus, den Kindergarten und die Schule in der polnischen Kleinstadt Sieraków), die Durchführung von Jugendbegegnungen und die Veranstaltung von Jugendfreizeiten. Der Vereinssitz liegt im Kreis Herzogtum Lauenburg, viele Mitglieder kommen aus dem Kreis Stormarn.

Bürgerinitiative gegen Rechts, Glinde

Nach der Eröffnung eines rechtsradikalen Bekleidungsgeschäfts am Glinder Berg hat sich in Glinde eine Bürgerinitiative gegründet, die sich gegen den Verkauf solcher Bekleidung einsetzt und Mahnwachen, Lesungen und Großdemonstrationen organisiert. Motto: „Glinde ist bunt und nicht braun“.

Dr. Rolf Bettaque von Kontakt - Initiative gegen Sucht und Gewalt in Stormarn e.V.

Rolf Bettaque ist Mitbegründer und heute Ehrenmitglied des Vorstandes bei Kontakt e.V. Kultur gegen Gewalt - das ist der Titel eines Programms mit Lesungen, Musik und Begegnungen. Andere Projekte des Vereins sind die Lesepaten (um den Wert von Literatur vermitteln), „Kontakt zum Lernen“ (Begleitung von Kindern und Jugendlichen bei schulischen oder anderen Problemen) und „Hart am Limit“ (gegen das „Komasaufen“).

Gerhard Ehlers, Vorstandsmitglied Förderkreis Norddeutschland von Oikocredit

Gerhard Ehlers ist in der Kirchengemeinde Reinbek-West in der Eine-Welt-Arbeit aktiv. Außerdem ist der Mitglied im Förderkreis Norddeutschland von Oikocredit, einer ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft, die gerechte Produktionskredite für Entwicklungsprojekte

Dr. Wolfgang Beutin, Schriftsteller

Aus dem Nominierungsschreiben: Wolfgang Beutin ist ein Schriftsteller und Literaturwissenschaftler, der in seinen Texten und Forschungen stets einen antimilitaristisch geprägten Friedensbegriff ins Zentrum seiner Arbeit stellt. Er ist engagiert in Initiativgruppen der Friedensbewegung und Träger des Tucholski-Preises.

Ebenfalls nominiert war der Bad Oldesloer Freundeskreis Beer Yaakov / Israel, der in diesem Jahr jedoch auf seine Nominierung verzichtete.

Foto: Das Kuratorium des Olof-Palme-Friedenspreises  
Propst Matthias Bohl, Birgit Kassovic (Walter-Jacobsen-Gesellschaft), Gisela Böhrk (ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein), Martin Habersaat, MdL (als Vorsitzender der SPD Stormarn beratendes Mitglied), Stormarns Landrat Klaus Plöger und der Pastor im Ruhestand Cord Denker.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 01.02.2012, 15:43 Uhr - 7740 Clicks - Nr. 53

## Lange Nacht der guten Bildung

U3-Gruppen, Kindergärten, Grundschulen, Gemeinschaftsschule - ein großes Programm hat sich die SPD Barsbüttel für den 10. Februar 2012 vorgenommen. Deshalb lädt man auch nicht zu einem klassischen Diskussionsabend, sondern, inspiriert durch die „Lange Nacht der Museen“ und ähnliche Veranstaltungen, gleich zu einer „Langen Nacht der guten Bildung“. Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel und des SKS-Ausschusses:

„Von 18.30 Uhr bis 23.00 Uhr soll es in der Aula der Erich Kästner Gemeinschaftsschule um gute Bildung gehen - um wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Weichenstellungen und die Praxis vor Ort.“

Martin Habersaat: „Niemand muss befürchten, dass er viereinhalb Stunden nur herumsitzen und zuhören soll. Wir haben die Veranstaltung abwechslungsreich geplant, es wird einen Imbiss geben und später am Abend vielleicht auch ein Glas Wein, bei dem dann die großen bildungspolitischen Fragen konkret auf die Entwicklungen in Barsbüttel herunter gebrochen werden.“

### Folgender Ablauf ist geplant:

18.30 - 20.00 Uhr: U3 und Kita

Wie muss eine gute Betreuungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren aussehen? Welche Aufgaben hat der Staat, was muss in der Verantwortung der Familie liegen? Was zeichnet gute Erziehung und gute Bildung aus?

Über diese und andere Fragen sprechen die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Inga Bodenburg und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

20.00 - 21.30 Uhr: Grundschule und Hort

Wie ist die optimale Grundschule gestaltet? Welche Konzepte gibt es für die beiden Grundschulen in Barsbüttel? Ist Halbtagschule noch das Modell der Zukunft? Welche Aufgaben kommen den gemeindlichen Horten und den Wühlmäusen und Ampelmännchen zu?

Über diese und andere Fragen sprechen der Barsbüttler Schulausschussvorsitzende Herrmann Hanser und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

21.30 - 23.00 Uhr: Längeres gemeinsames Lernen

Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen, G8 oder G9 - Wohin entwickelt sich unser Schulsystem? Welche Ideen stecken hinter dem längeren gemeinsamen Lernen? Mit welchen Konzepten

The poster features a dark blue background with yellow stars. The title 'Lange Nacht der guten Bildung' is written in large, bold, yellow and orange letters. Below the title, the date and time '10. Februar 2012 -> 18.30 - 23.00 Uhr' and the location 'Erich Kästner Gemeinschaftsschule' are listed in white. A schedule of activities follows: 18.30 -> U3 + Kita (Bildungsauftrag, Konzepte, Qualitätssicherung), 20.00 -> Grundschule + Hort (Schulentwicklung, Schulprogramme, Übergänge), and 21.30 -> Gemeinschaftsschule (Längeres gemeinsames Lernen, pädagogisches Konzept). At the bottom, it mentions 'Mit vielen Experten, aktiven Pausen, Information + Aktion und Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Landtagsabgeordneter für Barsbüttel.'



[www.spd-barsbuettel.de](http://www.spd-barsbuettel.de)



wird unsere Erich Kästner Gemeinschaftsschule die Entwicklungen der nächsten Jahre angehen?

Über diese und andere Fragen sprechen der Barsbüttler Schulausschussvorsitzende Herrmann Hanser und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 03.02.2012, 12:05 Uhr - 4991 Clicks - Nr. 54

## Kieler und Reinbeker Köpfe

Neuwahlen und Blick nach Kiel in Reinbek

Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Welche Personen und Parteien werden dann die Geschicke des Landes lenken? Welche politischen Tendenzen gibt es, auf wen sollte man achten? Diesen und anderen Fragen geht der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat mit seinem Powerpoint-Vortrag „Kieler Köpfe“ im Rahmen der nächsten MV der SPD Reinbek nach - 8. Februar, 19.30 Uhr, Rathauskantine nach.

Zuvor gilt es für die SPD Reinbek, nach dem Rücktritt des Ortsvereinsvorsitzenden Klaus-Peter Puls, den Vorstand wieder zu komplettieren. Es bewirbt sich der Kreistagsabgeordnete und Diplom-Veraltungswirt René Wendland, Puls' bisheriger Stellvertreter.

Ebenfalls auf dem Programm steht ein Bericht des Fraktionsvorsitzenden der Reinbeker SPD, Volker Müller, über die Entwicklung des Mittelzentrums Reinbek, Glinde und Wentorf.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 03.02.2012, 12:25 Uhr - 5469 Clicks - Nr. 55

## Terminhinweise

*In den nächsten Tagen und Wochen stehen für die SPD Reinbek einige spannende Termine auf dem Programm:*

Auf dem Landesparteitag am 3. und 4. Februar beschließt die SPD ihr Programm zur Landtagswahl am 6. Mai. Außerdem werden Torsten Albig als Spitzenkandidat nominiert und die Landesliste aufgestellt. Unser Kandidat ist Martin Habersaat, der Bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. [Livestream](#)

Am 8. Februar (19.30 Uhr, Kantine des Rathauses) stehen im Rahmen einer Mitgliederversammlung die Komplettierung des Vorstands und sei Themen auf dem Programm: Über das Mittelzentrum Reinbek - Glinde - Wentorf berichtet Volker Müller, über „Kieler Köpfe und Tendenzen“ Martin Habersaat, MdL.

Am 14. Februar kommen der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies und Silvia Schmidt, die Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, in die BeGe Neuschönningstedt. „Mit-tendrin statt außen vor!“ ist das Thema des Abends, der um 18.00 Uhr beginnt.

Am 28. Februar ab 18.00 Uhr verleiht die SPD



Stormarn den Olof-Palme-Friedenspreis im Reinbeker Schloss. Festredner ist Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Und am 17. März kommt Hans-Ulrich Klose ins Waldhaus, aber dazu später mehr...

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 03.02.2012, 12:55 Uhr - 4337 Clicks - Nr. 56

## Lange Nacht der guten Bildung

U3-Gruppen, Kindergärten, Grundschulen, Gemeinschaftsschule - ein großes Programm hat sich die SPD Barsbüttel für den 10. Februar 2012 vorgenommen. Deshalb lädt man auch nicht zu einem klassischen Diskussionsabend, sondern, inspiriert durch die „Lange Nacht der Museen“ und ähnliche Veranstaltungen, gleich zu einer „Langen Nacht der guten Bildung“. Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel und des SKS-Ausschusses:

„Von 18.30 Uhr bis 23.00 Uhr soll es in der Aula der Erich Kästner Gemeinschaftsschule um gute Bildung gehen - um wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Weichenstellungen und die Praxis vor Ort.“

Martin Habersaat: „Niemand muss befürchten, dass er viereinhalb Stunden nur herumsitzen und zuhören soll. Wir haben die Veranstaltung abwechslungsreich geplant, es wird einen Imbiss geben und später am Abend vielleicht auch ein Glas Wein, bei dem dann die großen bildungspolitischen Fragen konkret auf die Entwicklungen in Barsbüttel herunter gebrochen werden.“

Folgender Ablauf ist geplant:

18.30 - 20.00 Uhr: U3 und Kita

Wie muss eine gute Betreuungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren aussehen?

Welche Aufgaben hat der Staat, was muss

in der Verantwortung der Familie liegen? Was zeichnet gute Erziehung und gute Bildung aus? Über diese und andere Fragen sprechen die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Inga Bodenbug und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

20.00 - 21.30 Uhr: Grundschule und Hort

Wie ist die optimale Grundschule gestaltet? Welche Konzepte gibt es für die beiden Grundschulen in Barsbüttel? Ist Halbtagschule noch das Modell der Zukunft? Welche Aufgaben kommen den gemeindlichen Horten und den Wühlmäusen und Ampelmännchen zu?

Über diese und andere Fragen sprechen der Barsbüttler Schulausschussvorsitzende Herrmann Hanser und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

The poster features a dark blue background with yellow stars. The title 'Lange Nacht der guten Bildung' is written in large, bold, yellow letters. Below the title, the date and time '10. Februar 2012 ▶▶ 18.30 – 23.00 Uhr' and the location 'Erich Kästner Gemeinschaftsschule' are listed. A schedule of activities is provided: 18.30 ▶▶ U3 + Kita (Bildungsauftrag, Konzepte, Qualitätssicherung), 20.00 ▶▶ Grundschule + Hort (Schulentwicklung, Schulprogramme, Übergänge), and 21.30 ▶▶ Gemeinschaftsschule (Längeres gemeinsames Lernen, pädagogisches Konzept). At the bottom, it states 'Mit vielen Experten, aktiven Pausen, Information + Aktion und Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Landtagsabgeordneter für Barsbüttel.'



[www.spd-barsbuettel.de](http://www.spd-barsbuettel.de)



21.30 - 23.00 Uhr: Längeres gemeinsames Lernen  
Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen, G8 oder G9 - Wohin entwickelt sich unser Schulsystem? Welche Ideen stecken hinter dem längeren gemeinsamen Lernen? Mit welchen Konzepten wird unsere Erich Kästner Gemeinschaftsschule die Entwicklungen der nächsten Jahre angehen?

Über diese und andere Fragen sprechen der Barsbüttler Schulausschussvorsitzende Herrmann Hanser und Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Eltern, Vertretern der Praxis und allen interessierten Gästen.

**Keine Kommentare**

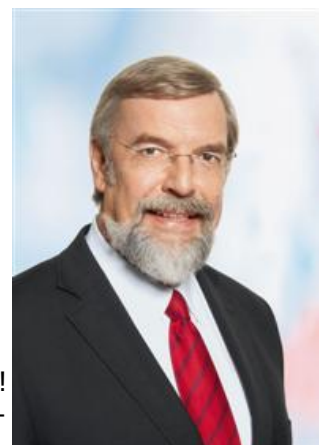
[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.02.2012, 18:41 Uhr - 12649 Clicks - Nr. 57

## Wie das Pfeifen im Keller

Zu den Einlassungen von CDU und FDP gegenüber OB Torsten Albig:

"Diese Töne, die CDU und FDP da anschlagen, klingen stark nach dem ängstlichen Pfeifen im Keller. Da will man sich um jeden Preis Mut machen. Die Spitze des Rathauses ist mit drei Dezernenten fast komplett. Der Kieler Wolfgang Röttgers kennt sowohl das Rathaus als auch den Fachbereich sehr gut. Sein Vorteil ist eben, dass er nicht bei Null anfängt.

Er wird ein starker Dezernent. Wir machen unsere Arbeit weiter: konsequent und solide und ohne Mätzchen. Wo sind die politischen Alternativen, die eine Opposition vorlegen soll? Mein Rat ist deshalb: Hausaufgaben machen, dann kommt man auch nicht auf dumme Gedanken! Für uns gilt: Man merkt die Absicht und bleibt gelassen", so SPD-Kreischef Rolf Fischer.



**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.02.2012, 09:27 Uhr - 29280 Clicks - Nr. 58

## Segeberger Sozialdemokraten ziehen hoch motiviert in den Landtagswahlkampf

Auf ihrem Landesparteitag und der Landesdelegiertenkonferenz hat die SPD Schleswig-Holstein am Wochenende in Lübeck ihr Regierungsprogramm für die Jahre 2012 bis 2017 beschlossen und die Landesliste für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 gewählt.

Der Kreis Segeberg ging mit drei neuen Bewerbern ins Rennen, nachdem der bisherige Abgeordnete Andreas Beran sich nicht wieder beworben hatte.

Die Norderstedter Kandidatin Katrin Fedrowitz bekam mit dem 20. einen sicheren Listenplatz. Wie sie in einem Gespräch mitteilte, gehe sie aber davon aus, dass sie den Norderstedter Wahlkreis direkt gewinnen kann und dieses auch ihr Ziel sei.

Für den Wahlkreis Segeberg Ost erhielt Marc-André Ehlers aus Nahe mit dem 27. Platz eine aussichtsreiche Position für einen Einzug in den Landtag.

Stefan Weber aus Sievershütten (Listenplatz 37) wird die Auseinandersetzung mit seinen Gegenkandidaten aufnehmen mit dem Ziel, den Wahlkreis Segeberg-West direkt zu gewinnen.

Torsten Albig, mit rund 97 Prozent gewählter Spitzenkandidat stellte in einer Rede fest, alle SPD-Kandidaten auf der Landesliste gehörten zur „Siegerfraktion“. In diesem Sinne wird der SPD-Kreisverband Segeberg mit seiner Kandidatin und den Kandidaten hoch motiviert in den Wahlkampf ziehen.

Nach intensiver Diskussion wurde in Lübeck das Regierungsprogramm von den 216 Delegierten fast einstimmig beschlossen. Schwerpunkte des Programms, auf dessen Grundlage die SPD ihre zukünftige Regierungsarbeit gestalten will, sind Bildungspolitik, Energie- und Umweltpolitik, Sozialpolitik und Wirtschafts- und Finanzpolitik. Landesvorsitzender Ralf Stegner betonte, dass das Programm keine Versprechen beinhaltet, die nicht zu finanzieren seien. Die Segeberger SPD hatte inhaltlich vieles zu dem verabschiedeten Programm beigefügt und beispielsweise mit Unterstützung der Jungsozialisten die Zurücknahme der Elternbeteiligung an den Schülerfahrtkosten in das Programm eingebracht.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 06.02.2012, 14:38 Uhr - 28055 Clicks - Nr. 59

## **Rendsburg-Eckernförder SPD-Trio mit guten Listenplätzen**

Die SPD Rendsburg-Eckernförde zieht eine positive Bilanz des außerordentlichen Landesparteitages in Lübeck – inhaltlich und personell konnte der Kreisverband Akzente setzen. Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix zog eine positive Bilanz des außerordentlichen Landesparteitags der SPD Schleswig-Holstein. „Alle drei Direktkandidaten aus unserem Kreis sind auf der Landesliste hervorragend platziert. Bei der Diskussion des Regierungsprogramms haben wir eigene Schwerpunkte setzen können und damit den Kurs für die nächsten fünf Jahre mitgeprägt. Die SPD ist geeint und in ihren Zielen klar – wir wollen Schleswig-Holstein gut regieren! Unsere Politik ist 'Vernünftig, verlässlich, vertrauensvoll', so wie es Torsten Albig versprochen hat.“

Bei der Programmdiskussion legte der SPD Kreisverband einen Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit. Auch die Bedeutung der Antidiskriminierungsarbeit wird im Programm nun stärker als zuvor betont. Der Rendsburger Landtagsabgeordnete Kai Dolgner bezeichnete den Kampf gegen jegliche Diskriminierung als ein grundsätzliches Anliegen aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Engagiert warb die Delegation des SPD-Kreisverbandes auch dafür, bei der Haushaltspolitik Bildungsinvestitionen Priorität einzuräumen.

Die drei Rendsburg-Eckernförder Direktkandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai erhielten vordere Listenplätze. Der Bordesholmer Ralf Stegner, SPD-Landtagsfraktions- und Landesvorsitzender, erhielt Platz 3 hinter dem Spitzenkandidaten Torsten Albig und hinter Serpil Midyatli, die im Wahlkreis Eckernförde für die SPD antritt und in der Fraktion für Jugend- und Integrationspolitik zuständig ist. Der Rendsburger Kai Dolgner, profilierter Kommunalpolitiker und im Landtag für den Bereich Inneres zuständig, erhielt Platz 13.

„Serpil Midyatli, Kai Dolgner und Ralf Stegner stehen für ein starkes soziales Profil der SPD in Schleswig-Holstein – und sie stehen für eine starke Vertretung unseres Kreises im Landtag“, so Götz Borchert, der den Landtagswahlkampf der Rendsburg-Eckernförder SPD managt. „Ich bin überzeugt, dass Ihnen dies auch die Bürgerinnen und Bürger am 6. Mai mit einem entsprechenden Ergebnis danken werden.“

Drei weitere Listenkandidaten stammen aus dem Kreis Rendsburg Eckernförde: Sabrina Jacob (Schacht-Audorf) belegt Platz 30, Kurt Scherbarth (Timmaspe) Platz 48 und Robert Schuster (Kronshagen) Platz 54.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.02.2012, 18:15 Uhr - 11581 Clicks - Nr. 60

## **SPD-Landesparteitag beschließt Programm und Liste**

Stormarn gut dabei

Auf einem zweitägigen Landesparteitag in Lübeck hat die SPD Schleswig-Holstein ihr Landtagswahlprogramm beschlossen und ihre Liste aufgestellt. Mit einem starken Ergebnis von 96,9

Prozent wurde Torsten Albig zum Spitzenkandidaten gewählt. Stormarns SPD-Kreisvorsitzender Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, konnte sich über den sehr guten Platz 5 freuen. Auch Tobias von Pein hat Grund zur Freude:

Als Kandidat der Jusos wurde er auf den aussichtsreichen Listenplatz 17 gewählt. Susanne Danhier erhielt Platz 26.



Am Freitag hatte die SPD ihr Landtagswahlprogramm beschlossen, dessen absoluter Schwerpunkt die Bildungspolitik ist. An diesem Programm hatte Martin Habersaat im Vorfeld mitgearbeitet. Dass sich die Bedeutung des Themas Bildung auch so positiv in seinem Listenplatz niederschlagen würde, er ist gleich nach Torsten Albig und Ralf Stegner der dritte Mann auf der Liste, freut den 34jährigen Barsbüttler, der im Landtagswahlkreis Stormarn-Süd antritt: „Ich sehe das als Bestätigung meiner Arbeit in den letzten zwei Jahren, wo ich mich neben dem Bildungsbereich auch für eine bessere Zusammenarbeit mit Hamburg eingesetzt habe.“ Bereits am Tag der Nominierung erreichten Habersaat zahlreiche Glückwünsche aus dem Wahlkreis, die Stimmung unter den SPD-Wahlkämpfern sei hervorragend, sagte der Abgeordnete. Gleichzeitig sei so ein exponierter Platz natürlich auch Ansporn und Verpflichtung.

Tobias von Pein aus Lütjensee ist mit 26 Jahren der jüngste Wahlkreiskandidat der SPD in Schleswig-Holstein. Er tritt im Wahlkreis Stormarn-Mitte an. Im Vorfeld des Parteitages hatten die Landesjusos sich besonders für ihn eingesetzt, und der Landesvorsitzende Ralf Stegner hat es gehört. Stegner hatte auf dem Parteitag erklärt, mit seinem Listenvorschlag auch eine Verjüngung der Landtagsfraktion einzuleiten. Dazu gehören neben von Pein und Habersaat auch Serpil Midyatli (36) auf Listenplatz 2, sowie Simone Lange (35, Flensburg) und die Norderstedterin Katrin Fedrowitz (39) auf den Plätzen 18 und 20.

In Stormarn-Nord tritt Susanne Danhier an. Die 54jährige Bargteheiderin nahm bereits 2009 Anlauf und wäre in der aktuellen Legislaturperiode die erste Nachrückerin ihrer Partei. Sie rutschte nun ein Stück nach hinten, weil die Stormarner mit ihren drei Wahlkreisen nicht mit drei sicheren Listenplätzen rechnen konnten. Es sei nun einmal ein Gesetz der Mathematik, dass auf den ersten 20 Plätzen nur 20 Namen stehen können, sagte Danhier und zeigte sich kämpferisch: „Also muss ich den Wahlkreis direkt gewinnen - die Ausgangslage dafür ist momentan günstig!“

Ebenfalls auf der Landesliste kandidiert die 32jährige Juristin Sabrina Bosse aus Ahrensburg. Sie hat auf Platz 44 keine Chancen auf einen Einzug in den Landtag, trotzdem war dem SPD-Kreisvorsitzenden Martin Habersaat eines wichtig: „Wir wollten zeigen, dass die SPD Stormarn bei einem Generationswechsel in der SPD fleißig mithelfen kann!“

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.02.2012, 18:45 Uhr - 4120 Clicks - Nr. 61

## **60plus-Stormarn zu Gast bei der Hamburger Bürgerschaft**

So viel Prunk hätte sie den Hamburgern gar nicht zugetraut. „Die treten sonst so bescheiden auf“, fand Lieselotte Jürgensen, die stellvertretende Vorsitzende der AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn nach der Besichtigung des Hamburger Rathauses. Die 50 SPD-Senioren hörten eine spannende Geschichte. 1842 wurde das alte Rathaus gesprengt, um den großen Brandt zu stoppen. Kurz danach begann man mit den Planungen für den Neubau.



Doch es dauerte 55 Jahre, bis die Hamburger endlich ein neues Rathaus bekamen. Die erste repräsentative Nutzung fand schon vor der Fertigstellung statt - mit Schleswig-Holstein-Bezug:

1895 feierte der deutsche Kaiser Wilhelm II. die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals im – nach ihm benannten – Kaisersaal. Fast alles hat den Krieg weitgehend unversehrt überstanden. Die Hamburger hatten Glück – der Zeitzünder der Bombe, die das Rathaus vernichten sollte, steht heute in einer Vitrine. Alle Räume holzgetäfelt, einige mit Marmorsäulen. Hamburg wollte damit die Eigenstaatlichkeit der Hansestadt demonstrieren.

Doch das Rathaus ist kein Museum. Alle Räume werden genutzt. Ein beeindruckender Anblick, wenn in diesen „Kulissen“ die Bürgerschaftsabgeordneten mit Handy und iPad hantieren. Eine junge Frau ist Bürgerschaftspräsidentin. Jürgen Schneider, der Vorsitzende von 60plus: „Wenn man da an die Gemälde der würdigen Herren, die früher hier wirkten, denkt, wird deutlich, welcher Fortschritt bei den Frauenrechten erreicht wurde.“ Die Gruppe beobachtet eine Bürgerschaftssitzung aus der Senatsloge. Wirkt die Architektur zurück auf die Menschen? Da herrscht Stil. Die Redner sind höflich. Sprechen kurz und verständlich. Die vereinbarten Redezeiten müssen eingehalten werden. Zwischenfragen werden meist erlaubt. Alles ist eben irgendwie hanseatisch- zumindest bei diesem Besuch.

Übrigens hat das Gruppenfoto ein hilfsbereiter Polizist der Rathauswache gemacht.

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 07.02.2012, 21:46 Uhr - 5069 Clicks - Nr. 62

## **SPD Quickborn in spannender Klausur**

Ein arbeitsreiches Wochenende liegt hinter der SPD Quickborn bei ihrer jährlichen Klausur in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente. Bei kühlen Temperaturen und herrlichem Sonnenschein hatten die Genossen ein umfangreiches Arbeitsprogramm abzuarbeiten. Natürlich kam dabei der Spaß an der Arbeit nicht zu kurz.

Vor allen ging es darum, bei den vielen Themen, die kommunalpolitisch auf der Tagesordnung stehen, die sozialdemokratische Linie beizubehalten. Diskutieren, Argumente austauschen und sich am Ende für eine gemeinsame Sache entscheiden. „Ich habe mich wieder einmal über mein engagiertes Team gefreut“, sagt der Fraktionsvorsitzende Jens-Olaf Nuckel.

Die Vorbereitung der Landtagswahl am 6. Mai, sowie erste Weichenstellungen für die Kommunalwahl im nächsten Jahr standen auf dem Programm. Organisatorisch kein Problem, wenn gleich sich die SPD noch mehr aktive Streiter wünschen würde. Ein Appell an alle Quickborner: „Gestalten Sie Ihre Zukunft hier vor Ort mit. Sie können etwas bewegen“ sagte Enno Hasbargen, der Ortsvereinsvorsitzende.

Zum großen Thema Finanzen entwickelte die Fraktion neue Grundsätze der Haushaltspolitik, die helfen sollen, die Finanzsituation in Quickborn kreativ beherrschbarer zu machen. Der Ausschussvorsitzende Dr. Christian Dornis wird hierzu in naher Zukunft ein Konzept in den Gremien vorstellen.

Schulen und Bildung sind für die SPD Quickborn zentrale Themen. Wir wollen den Erhalt des Elsenseegymnasiums auch bei sinkenden Schülerzahlen sichern und fordern deshalb eine Neuausrichtung des ESG zu einem Schulzentrum z.B. als Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Oberbau.

Außerdem fordern wir, an diesem Schulzentrum endlich eine Aula mit Mensa zu bauen. Der derzeitige Zustand ist nicht länger zu akzeptieren. Gleiches gilt auch für das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium. Ein Sportgymnasium, das keine ausreichenden Sportstätten gestellt bekommt, das geht einfach nicht. Hier muss mittelfristig der Bau des 4. Hallenteiles der Lilli-Henoch-Halle in Angriff genommen werden

Ein engagiertes Anliegen der SPD ist die Weiterentwicklung zumindest einer Kindertagesstätte zum Familienzentrum. Hier werden alle Einrichtungen, die sich um die Förderung, Beratung



und Hilfen für Familien drehen, gebündelt und koordiniert. Ein spannendes Thema, das in den nächsten Jahren Schritt für Schritt in Zusammenarbeit mit vielen Bürgern erarbeitet und entwickelt werden muss. Ein schönes Feld für Politik-Neueinsteiger!

Ein Bürgerhaus ist kein Luxus. Es ist ein legitimer Anspruch der Bürger an ihre Stadt. Ein Ort der Begegnung für vielfältige Anlässe. Anderenorts ein absolutes Muss. Warum nicht bei uns? fragen sich die Klausurteilnehmer

Bis März zieht die Feuerwehr aus dem alten Kino an der Marktstraße aus. Dann werden wir es besichtigen können und mit der Umsetzung unserer Ideen beginnen. Wir können uns vorstellen, hier einen Verein zu gründen, der die Konzeption entwickelt und gemeinsam mit vielen Quickborner Bürgern und Handwerkern das Projekt realisiert.

Im Bereich der Jugendpolitik wollen wir den begonnenen Dialog mit den Jugendlichen fortsetzen und ihn mit anderen sozialen Projekten vernetzen. Leider hat die CDU den streetworker gestrichen, um Geld zu sparen. Ein kostenträchtiger Irrtum aus unserer Sicht.

Senioren stellen den größten Anteil der Bevölkerung dar und finden politisch die geringste Beachtung. Das wollen wir ändern. Wir werden noch im ersten Halbjahr 2012 eine Quickborner Gruppe „AG60plus“ gründen und dann verstärkt die Probleme der älteren Generation wie Pflege, Zustand in Heimen, altengerechtes Wohnen und Barrierefreiheit aufgreifen und vor Ort in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Auch hier sind wieder die Quickborner aufgerufen, aktiv teilzunehmen. Partei nehmen für die ältere Generation, auch ohne Parteimitglied sein zu müssen. Wir freuen uns über jeden externen Sachverständigen

Natürlich wurden auch die „klassischen Themen wie Riesenmasten, Bahnübergang Ellerau und Fluglärm beraten. Dabei haben wir noch einmal unsere bereits gefassten und vielfach veröffentlichten Positionen bekräftigt.

Breiten Raum nahm die Frage zur Energieeffizienz ein. Die SPD begrüßt die geplanten Energiepartnerschaften der Stadtwerke. Dabei geht es u.a. darum, Menschen für Energieeinsparung zu sensibilisieren. Als ersten Schritt werden wir uns bei den Kindertagesstätten dafür einsetzen, dass diese sich offen für solche Partnerschaften anbieten. Auch können wir uns vorstellen, in Quickborn den Aufbau einer Bürgersolaranlage zu unterstützen.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass Quickborn eine direkte Durchfahrt zum Hamburger Hauptbahnhof braucht. Wir begrüßen deshalb die Pläne zur Elektrifizierung der Strecke Eidelstedt/Kaltenkirchen unter anderem auch deswegen, weil damit eine deutliche Reduzierung der Lärm- und Staubemissionen verbunden ist.

SPD-Quickborn

Fraktionsvorsitzender: Jens-Olaf Nuckel

Ortsvereinsvorsitzender: Enno Hasbargen

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.02.2012, 09:53 Uhr - 13539 Clicks - Nr. 63

## **Wettbewerb „Sport in Deutschland – Aktiv für Integration und Demokratie“**

SPD-Bundestagsfraktion sucht sozial engagierte Sportprojekte

Die SPD-Bundestagsfraktion ruft Sportvereine, Initiativen oder Projekte aus dem Breitensport auf, sich an ihrem Wettbewerb „Sport in Deutschland – Aktiv



für Integration und Demokratie“ zu beteiligen. Gesucht werden Vereine oder Initiativen, die sich in den Bereichen Integration, Kampf gegen Rechts, für Toleranz und Vielfalt besonders engagieren.

„Sport in den Vereinen spielt eine besondere Rolle, wenn es um die Integration von Menschen jedes Alters mit Migrationshintergrund, von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien oder von Menschen mit Behinderung geht. Und ihm kommt eine besondere Bedeutung beim Kampf gegen den Rechtsextremismus zu“, so der Segeberger Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Die SPD-Bundestagsfraktion würdigt deshalb im Rahmen des von ihr ins Leben gerufenen Wettbewerbs den Breitensport und dessen gesellschaftspolitische Bedeutung.

„Vereine, Projekte oder Initiativen die sich besonders sozial engagieren, die etwas Außergewöhnliches leisten und damit ein tolerantes Miteinander fördern, gibt es sicher auch im Kreis Segeberg. Es würde mich freuen, wenn sie sich an dem Wettbewerb beteiligen“, so der SPD-Politiker.

Interessierte können sich noch bis zum 24. Februar 2012 unter [www.spdfraktion.de/sport](http://www.spdfraktion.de/sport) anmelden. Eine Jury aus Reihen der SPD-Bundestagsfraktion wählt aus allen Teilnehmern drei Projekte aus, die im Rahmen des prominent besuchten Frühjahrsempfangs der Fraktion am 26. März 2012 in Berlin ausgezeichnet werden. Die Kosten der Anreise und Unterbringung von max. drei Personen je Projekt werden übernommen.

Bildquelle: SPD-Bundestagsfraktion

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 08.02.2012, 12:57 Uhr - 4877 Clicks - Nr. 64

## **Moderne Technik und Kostenbeherrschung im Abwasserbereich**

Sitzung Ausschuss für Kommunale Dienstleistung (AKD)

„SPD Quickborn will moderne Technik und Kostenbeherrschung im Abwasserbereich auch für die Zukunft in Quickborn sicherstellen“ Karl-Heinz Marrek, Mitglied der Quickborner Ratsversammlung erläutert die Forderungen der SPD Quickborn.

Nach Ansicht der SPD Quickborn wird das hochkomplexe Aufgabengebiet „Abwasser“ zukünftig die Leistungsfähigkeit von Städten der Größenordnung Quickborns überfordern. Eine geplante Übertragung der Zuständigkeit von den bisher zuständigen Stadtwerken auf die Verwaltung im Quickborner Rathaus, nimmt die SPD Quickborn zum Anlass, eine Beratung im Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen (AKD) über eine große, zukunftssträchtige Lösung zu beantragen.

Ziel des SPD-Antrages ist es, die Voraussetzungen, Möglichkeiten und Vorteile einer vollständigen Übertragung der Zuständigkeit an den Abwasserzweckverband Südholstein (AZV) zu untersuchen, bevor eine Entscheidung über eine aufwendige Rückübertragung der Zuständigkeit an die Quickborner Rathausverwaltung erfolgt.

Für die SPD Quickborn gehört „Abwasser“ zu einem hochkomplexen technischen Aufgabengebiet, mit hohen und vielfältigen rechtlichen, verwaltungstechnischen sowie technischen Anforderungen. „Die Beratungen in der Vergangenheit haben bereits gezeigt, dass wir im kommunalen Verwaltungsbereich bei einer Stadt unserer Größe an die Grenzen der Bereitstellung notwendiger personellen Ressourcen stoßen “ sagt Karl-Heinz Marrek (SPD) und weist auf weitere, neue Anforderungen an den Umweltschutz und Einführung moderner technischer Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Abwasserbereich hin.

„Gleichzeitig“, so Karl-Heinz Marrek (SPD) weiter, „müssen wir als Kommunalpolitiker sicherzustellen, dass auch zukünftig die Dienstleistung „Abwasser“ den Bürger und Bürgerinnen zu angemessenen Gebühren bereitgestellt wird.“

Die SPD Quickborn befürwortet daher die Weiterentwicklung des „Zweckverbandes“ im Abwasserbereich. In anderen Bereichen hat sich nach Ansicht der SPD Quickborn die Form des „Zweckverbandes“ als effizient und kostenreduzierend erwiesen. „Gleiches kann auch für die Sparte „Abwasser“ gelten, wobei mit dem Abwasserzweckverband Südholstein mit Sitz in Hettlingen bereits ein bewährter Partner zur Verfügung steht“, hebt Ratsherr Karl-Heinz Marrek hervor.

Olaf Nuckel, Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion, sieht hier auch eine Möglichkeiten der Kostenreduzierung im Verwaltungsbereich durch Konzentration der Quickborner Verwaltung auf ihre Kernaufgaben, ohne das für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt ein Qualitätsverlust der Dienstleistungserbringung im Abwasserbereich entsteht.

Für ihn ist es ein notwendiger und zukunftsweisender Antrag im Spannungsfeld zwischen Aufrechterhaltung kommunaler Dienstleistungsqualität und Kostenbeherrschung. „Wo gute Argumente zur Dienstleistungsverbesserung und Kostenreduzierung im Fall „Verwaltungsübertragung Hasloh / Bönningstedt“ gelten, müssen vergleichbare, quickbornspezifische Möglichkeiten und Zielsetzungen wie bei der Sparte Abwasser / Übertragung an den AZV auf der Tagesordnung der politischen Diskussion stehen“, stellt Olaf Nuckel fest.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 08.02.2012, 13:28 Uhr - 20925 Clicks - Nr. 65

## **Kürzungsmaßnahmen bleiben regional unausgewogen und ungerecht**

### **SPD unterstützt Landesregierung bei Problembewältigung**

*Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, und der schulpolitische Sprecher Dr. Henning Höppner kündigen Anträge für die Plenarsitzung des Landtags im Februar an, mit denen auf die Beseitigung von Defiziten im Bildungsbereich hingewirkt werden soll:*

Bildungsminister Dr. Klug hat bereits vor zwei Wochen ein umfangreiches Mängelpapier für seinen Zuständigkeitsbereich vorgelegt und daraus die Notwendigkeit zusätzlicher Stellen abgeleitet.

Da CDU und FDP im Bildungsausschuss nicht einmal bereit waren, dieses von vornherein durch den Minister öffentlich gemachte Papier auch nur zu diskutieren, hat sich die SPD-Landtagsfraktion dazu entschlossen, dem Minister hilfreich zur Seite zu treten und etliche seiner Forderungen für den anstehenden Doppelhaushalt 2013/14 umzusetzen.

So macht sich die SPD die Einschätzung des Ministers zu eigen, dass sich die Sprachförderung, besonders für junge Menschen aus Familien mit Migrationshintergrund, nicht nur auf die Kindertagesstätte und die Grundschule beschränken kann, sondern dass zur Ausbildungsreife auch an den berufsbildenden Schulen Fördermaßnahmen „Deutsch als Zweitsprache“ notwendig sind. Die SPD wird deshalb die



Landesregierung auffordern, zweimal 15 zusätzliche Lehrerplanstellen im Doppelhaushalt vorzusehen. Ebenso unterstützt die SPD die Verstärkung der Projekte „Lesen macht stark“ und „Mathe macht stark“. Diese positiv evaluierten Projekte, die sich in erster Linie an die Gemeinschafts- und Regionalschulen richten, verstärken die Motivation der Schüler, aus eigenem Antrieb zu lesen oder zu rechnen. Die Landesregierung wird im Antrag der SPD deswegen aufgefordert, zweimal 45 zusätzliche Stellen dafür einzurichten.

Wir erwarten von dieser Unterstützung des Bildungsministers eine Beruhigung des offensichtlich völlig zerrütteten Koalitionsclimas. Wenn der zuständige Minister Maßnahmen als „erforderlich“ bezeichnet, darf man im Interesse der Schülerinnen und Schüler nicht mit der Umsetzung zögern.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 08.02.2012, 18:10 Uhr - 28319 Clicks - Nr. 67

## Quantität ist nicht gleich Qualität

Zu dem Einstellungsstopp im Bundesfreiwilligendienst aufgrund der ausgeschöpften Mittel erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix MdB:



Wir freuen uns über die hohe Bereitschaft, sich im Rahmen eines geregelten Freiwilligendienstes zu engagieren. Die aktuellen Meldungen über einen Einstellungsstopp beim Bundesfreiwilligendienst sollten uns jedoch nicht dazu veranlassen, kurzfristig mehr Mittel in diesen staatlich organisierten Freiwilligendienst zu geben. Stattdessen würden wir es begrüßen, wenn mehr Plätze innerhalb der Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ, die in der Verantwortung der Zivilgesellschaft liegen und von dieser organisiert werden, gefördert würden. Die über Jahrzehnte gewachsenen und etablierten Strukturen im FSJ und FÖJ gewährleisten einen Jugendfreiwilligendienst, der Engagement fördert und gleichzeitig Bildungsdienst ist. Der Bundesfreiwilligendienst hingegen wurde vor einem halben Jahr mit der heißen Nadel gestrickt. Und die aktuellen Erfolgsmeldungen sind mit Vorsicht zu genießen: Wir hören von Trägern, Einsatzstellen und Freiwilligen vor Ort immer wieder von vielen Problemen, Hindernissen und von handwerklichen Mängeln bei der Umsetzung des neuen Dienstes, die zu großer Verwirrung und Unsicherheit bei allen Beteiligten führen.

Zudem sehe ich Risiken hinsichtlich der Arbeitsmarktneutralität des neuen Dienstes, insbesondere wenn es sich um Einsatzplätze für ältere Freiwillige handelt. Um Kenntnis darüber zu gewinnen, ob der Bundesfreiwilligendienst in ARGENT und Jobcentern als arbeitsmarktpolitische Maßnahme angepriesen wird, oder ob durch den Bundesfreiwilligendienst gar Arbeitsplätze verdrängt werden, haben wir eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt.

So lange diese Fragen nicht geklärt und die bürokratischen Hindernisse nicht aus dem Weg geräumt sind, sollten wir den Bundesfreiwilligendienst nicht ausbauen.

Außerdem stellen wir immer wieder fest: Quantität ist nicht gleich Qualität. Wir müssen sicherstellen, dass auch der Bundesfreiwilligendienst zu einem großen Teil ein Lerndienst wird.

Schließlich soll ein Freiwilligendienst für alle Seiten ein Gewinn sein - auch für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Aus diesem Grund plädieren wir für eine Stärkung der etablierten Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.02.2012, 20:39 Uhr - 8616 Clicks - Nr. 68

## Goldene Himbeere für de Jager

*Zu den Äußerungen des CDU-Landesvorsitzenden (beim Neujahrsempfang der CDU Lübeck) über die seinerzeitigen Schließungspläne für die Universität Lübeck erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Der Kostümfundus der Koalition für die Bühne des Landtagswahlkampfes ist anscheinend unerschöpflich. Nach dem eisernen Landgrafen, der um jeden Preis und unbeirrt sparen will, und dem mutigen Ritter, der – spät, aber immerhin –

gegen den Drachen Unterrichtsausfall die Lanze anlegt, gibt Herr de Jager jetzt den zerknirschten Sünder, über den im Himmel bekanntlich mehr Freude herrscht als über 99 Gerechte.

Angesichts trüber Wahlaussichten in Lübeck werden jetzt die Qualitäten der universitären Mediziner Ausbildung in den Himmel gelobt. Recht hat er, aber das wusste er alles schon vorher.

Für diese schauspielerischen Leistungen wird es weder einen Oscar noch einen Wahlerfolg geben, nur die Goldene Himbeere für die schlechteste darstellerische Leistung.



**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.02.2012, 10:01 Uhr - 27728 Clicks - Nr. 69

## **Moderne Infrastruktur sichert hohe Mobilität**

Mobilität in Städten und Gemeinden sowie im ländlichen Raum ist ein Zeichen von Lebensqualität für die Menschen in der Region Segeberg West.

Gute Verkehrsverbindungen ermöglichen den Menschen, ihre Arbeitsplätze zu erreichen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Der Individualverkehr, das eigene Auto, stellt dabei immer noch die häufigste Art der Personenbeförderung dar.

Die zunehmend wichtigere Rolle des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahn und Bus und gerade innerörtlich dem Fahrrad muss aber zukünftig in den Planungen noch mehr im Mittelpunkt stehen.

Unter diesem Gesichtspunkt lädt der SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Segeberg-West (u.a. Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen Bad Bramstedt und Ellerau) Stefan Weber zu einem Gedankenaustausch mit Experten der AKN, der Südholsteinischen Verkehrsgesellschaft und des Allgemeinen deutschen Fahrradclubs ein. Eingeladen wurden ebenfalls die Betreiber des Vereins Bürgerbus und des Stadtbusses Kaltenkirchen.

Themen werden die Elektrifizierung der AKN-Strecke A1, die Querverkehre zwischen dem ländlichen Raum und den Bahnhöfen in zentralen Orten sowie verbesserte innerörtliche Verkehrsbeziehungen sein. Dabei soll auch die Rolle des Fahrrades als innerörtliches Verkehrsmittel durchleuchtet werden.

Für musikalische Unterhaltung sorgt zwischendurch die „Mönkloh Blues Band“.

Die Veranstaltung findet statt am Freitag, den 24. Februar 2012 um 19.30Uhr im Bürgerhaus an der Beckersbergstraße 34 in Henstedt-Ulzburg. Stefan Weber lädt alle interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger herzlich ein.



**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 10.02.2012, 12:43 Uhr - 21046 Clicks - Nr. 70

## **SPD SL-FL gratuliert Torsten Albig**

Mit einem klaren Ergebnis von fast 97% wurde Torsten Albig von den Delegierten auf dem Landespartei tag in Lübeck am 3. Februar 2012 in Lübeck auf Platz 1 der Landesliste gewählt.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert zu diesem hervorragenden Ergebnis. Der Landesparteitag verabschiedete das Regierungsprogramm. Der Kreis Schleswig-Flensburg findet sich in diesem Programm wieder. Viele Änderungsanträge des Kreisverbandes SL-FL zu den Themen Bildung, Pflege, Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsinteressen, ländliche Räume und Umwelt wurden berücksichtigt. Andere Anträge wie zum Beispiel zum Mitbestimmungsgesetz (Wahl eines Hauptpersonalrates bei den Universitäten), zu den Landesstraßen und der Verkehrsinfrastruktur finden sich in diesem Programm nicht wieder. Diese Anträge wurden an die Landtagsfraktion überwiesen.



Über die Platzierungen unserer Direktkandidaten auf der Landesliste können aus Sicht des Kreises SL-FL nicht zufrieden sein. Birte Pauls kam auf den Listenplatz 14, Ralf Wrobel auf Platz 31 und Jens Maßlo auf Platz 35.

Die ländlichen Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Dithmarschen sind mit nur 3 Kandidaten unter den ersten 26 Listenplätzen vertreten. Das ist mehr als enttäuschend.

Für uns gilt es nun, unsere Kandidaten im Wahlkampf zu unterstützen, damit wir alle 3 Wahlkreise direkt gewinnen können.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis den Politikwechsel wollen, gibt es nur eine Lösung: Sie müssen unsere SPD-Kandidaten am 6. Mai 2012 wählen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.02.2012, 13:55 Uhr - 7126 Clicks - Nr. 71

## **Torsten Albig: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel**

*Zur Diskussion über den Unterrichtsausfall an Schleswig-Holsteins Schulen erklärt der Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten, Torsten Albig:*

„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik unseres Landes. Wir brauchen eine Schulpolitik, die wieder die pädagogische Arbeit in den Mittelpunkt stellt und den Zusammenhang zwischen guter Bildung, volkswirtschaftlicher Stärke und soliden Finanzen deutlich macht.

Wir brauchen eine Schulpolitik, die verlässlich, vertrauensvoll und vorsorgend ist.

Die anhaltenden Berichte über den Unterrichtsausfall an unseren Schulen zeigen, dass die Schulpolitik der amtierenden Regierung aus CDU und FDP gescheitert ist. Diese Schulpolitik stellt sich nur noch als kostspieliger Reparaturbetrieb dar. Es gibt keine Leitlinien, kein langfristiges Konzept. Der schwarz-gelbe Aktionismus kurz vor der Landtagswahl offenbart, dass die Annahme, man könne ohne Konsequenzen die Mittel für unsere Schulen kürzen, schlicht falsch war und bleibt. CDU und FDP sparen nicht, sondern ruinieren mit ihrer Kürzungspolitik unsere Schulen und gefährden damit die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkelkinder. Das bedeutet am Ende höhere Schulden für die nächste Generation.

Die einzige Partei, die den Mut hat, konkrete Zusagen zur Entwicklung und Lehrerausstattung unserer Schulen zu machen, ist die SPD. Die strukturelle Antwort auf die Frage nach verlässlicher und guter Unterrichtsversorgung ist, die Hälfte aller durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen wieder zu besetzen.

Es ist die SPD, die begriffen hat, dass unsere Schulen Verlässlichkeit und Berechenbarkeit brauchen. Es ist meine Partei, die weiß, dass solide und vorsorgende Finanzpolitik langfristig nur mit Investitionen in Bildung und Betreuung funktionieren kann. Ich werde als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident dafür Sorge tragen, dass wieder mehr Lehr-, Lern- und Lebensfreude in unsere Schulen kommt. Dafür wird die kommende Landesregierung stehen.“



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.02.2012, 08:36 Uhr - 10152 Clicks - Nr. 72

## **Internetauftritt zur Landtagswahl 2012**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
bitte unterstützt den Wahlkampf unserer Kandidatinnen

- Anette Langner und
- Regina Poersch

auch auf der Homepage euers Ortsvereins  
Z.B. wie auf der Internetseite des Kreisverbandes: [Kreisverband Plön](#)  
Selbstverständlich könnt ihr auch eigene Ideen einbringen.  
Für weitere Anregungen bin sehr dankbar.  
Im Kommentarbereich zu diesem Artikel oder per mail an [gerd.cornelsen@ki.tng.de](mailto:gerd.cornelsen@ki.tng.de).  
könt ihr uns euere Vorschläge mitteilen.

Vielen Dank!

Gerd Cornelsen

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.02.2012, 23:09 Uhr - 8880 Clicks - Nr. 73

## **Mittendrin statt außen vor**

Begegnungsstätte Neuschönningstedt, 14.2.2012, 18.00 Uhr  
Im Dezember 2006 beschlossen die Vereinten Nationen, dass die allgemeinen Menschenrechte um den Schutz der Menschen mit Behinderungen erweitert werden sollen. Deutschland gehört zu den Staaten, die sich schon 2009 als eines der ersten Länder verpflichteten, den 2008 in Kraft getretenen Beschluss umzusetzen. Menschen mit Behinderungen wollen keine Sonderrechte erhalten.



Sie sollen aber genau wie alle anderen teilhaben. Das bedeutet, dass sie auf die gleichen Schulen gehen und ihnen Ausbildung und Arbeit genauso offen stehen wie allen anderen. Werkstätten und Förderschulen nur für Menschen mit Behinderungen sollen zukünftig die Ausnahme sein. Jeder Mensch bestimmt, wie er wohnen und arbeiten möchte.

In vielen Fällen wird für ein selbstbestimmtes Leben Unterstützung nötig sein. Sie muss bereit gestellt werden. Und natürlich müssen Gebäude, Straßen und Plätze barrierefrei umgebaut werden, damit sie von allen Menschen bequem benutzt werden können. Wir konnten in Regierungsverantwortung viel erreichen, aber es gibt leider immer noch zu viele Barrieren. Diese müssen abgebaut werden. Das geht nur gemeinsam! Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu mit

den Verbänden von Menschen mit Behinderungen ein umfassendes Positionspapier erarbeitet.

Wir wollen mit Ihnen und mit Fachleuten aus der Politik sowie Betroffenen über die Umsetzung diskutieren. Mit dabei: Franz Thönnies, MdB, Parl. Staatssekretär a.D., Silvia Schmidt, MdB, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender Reinbek, Ursula Brandt, Behindertenbeauftragte der Stadt Reinbek, Gesa Tralau, Forum der SPD Stormarn für Menschen mit Behinderungen. Moderation: Martin Habersaat, MdL, SPD-Kreisvorsitzender Stormarn.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.02.2012, 23:14 Uhr - 8798 Clicks - Nr. 74

## Neuer Vorsitzender bei der SPD in Reinbek

Nach den Rücktritten von Klaus-Peter und Sabine Puls hatte die SPD Reinbek auf ihrer Mitgliederversammlung einige Weichenstellungen vorzunehmen: Der bisherige zweite Vorsitzende René Wendland wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Reinbeker Sozialdemokraten gewählt, seine Stellvertreterin wurde Anne Becker. Neuer Schatzmeister ist Gerd Prüfer. Im weiteren Verlauf des Abends berichtete der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat angesichts der nahenden Landtagswahl über „22 Kieler Köpfe -

Personen und Perspektiven in Kiel“.

Im Namen des Ortsvereins bedankte sich Anne Becker bei Klaus-Peter und Sabine Puls für die geleistete Arbeit. „Es ist sehr schade und wird uns schwerfallen, uns nun an eine SPD Reinbek ohne Familie Puls an erster Stelle zu gewöhnen“, sagte sie. Andererseits war man froh, einen geeigneten Nachfolger für Klaus-Peter Puls parat zu haben: René Wendland, der neue Mann an der Spitze, ist 28 Jahre alt und Diplom-Verwaltungswirt. Seit 2009 vertritt er die Interessen Reinbeks im Stormarner Kreistag, er war bisher Puls' Stellvertreter.

Wie ist die politische Stimmung im Lande? Welche Personen und Parteien werden nach der Wahl die Geschicke des Landes lenken? Diesen und anderen Fragen ging Martin Habersaat nach. Dabei erläuterte er den auch den bei der SPD im Lande eingeleiteten Generationswechsel, dessen Teil der 34jährige Bildungspolitiker selbst ist: Mit ihm auf Listenplatz 5 und Tobias von Pein (26, Lütjensee) auf Listenplatz 17 haben zwei junge Stormarner sichere Listenplätze erhalten. Hinzu kommen Serpil Midyatli (36) auf Listenplatz 2, sowie Simone Lange (35, Flensburg) und die Norderstedterin Katrin Fedrowitz (39) auf den Plätzen 18 und 20. Sie alle haben gute Chancen, Mitglieder einer Regierungsfraktion zu werden: SPD, Grüne und SSW liegen in Umfragen momentan weit vor der CDU.

Foto: Gerd Prüfer, Anne Becker, René Wendland, Martin Habersaat



**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 12.02.2012, 17:45 Uhr - 54862 Clicks - Nr. 75

## Ökologischer Landbau ist der beste Klimaschutz

Zur Vorstellung eines neuen Modells zum Vertragsklimaschutz in der Landwirtschaft durch Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane Rumpf sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:



Die Landwirtschaft ist einerseits durch den Klimawandel besonders betroffen, andererseits trägt sie durch die Emission klimarelevanter Treibhausgase selbst stark zum Klimawandel bei. Es ist daher gut, wenn durch neue Ideen im Vertragsklimaschutz der Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft gesenkt werden kann. Dies steht im Einklang mit den Eckwerten der neuen europäischen Landwirtschaftspolitik, die von der Landwirtschaft mehr gesellschaftliche Leistungen als nur die Produktion von Nahrungsmitteln einfordert.

Angesichts dieses guten Ansatzes ist es völlig unverständlich, dass Schleswig-Holstein als einziges Bundesland die dauerhafte Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt hat. Im ökologischen Landbau werden nicht nur regionale Lebensmittel von hoher Qualität erzeugt, er verzichtet auch auf chemisch-synthetische Düngemittel und erbringt viele Leistungen im Klima-, Natur- und Bodenschutz, die im Vertragsklimaschutz (z. B. durch ein „Düngemittelmanagement“) teuer bezahlt werden müssen.

Wir werden diesen Irrweg der gespaltenen Landwirtschaftspolitik beenden. Der ökologische Landbau ist der beste Klimaschutz in der Landwirtschaft und muss in Schleswig-Holstein wieder dauerhaft gefördert werden.

**Keine Kommentare**

**[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 12.02.2012, 18:24 Uhr - 4789 Clicks - Nr. 76**

## **Die lange Nacht der guten Bildung**

Drei Themenblöcke diskutierte die SPD Barsbüttel auf ihrer „Langen Nacht der guten Bildung“. Jeweils etwa 30 Interessenten waren dabei. Etwas mehr Zulauf hätten sich die Organisatoren gewünscht, trotzdem zeigten sie sich zufrieden. Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Barsbüttler Gemeindevertretung: „Es war gut, mal so viel Zeit zu haben, um die Bildungsangebote in Barsbüttel gemeinsam mit Eltern und den Praktikern vor Ort zu diskutieren.“

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ergänzt: „Es ist uns gelungen, wissenschaftliche Betrachtungen und landespolitische Vorhaben auf die örtliche Ebene herunter zu brechen.“ Fazit: Barsbüttel steht gut da, kann aber noch besser werden.



### **U3 und Kita**

Den Auftakt machte Dr. Inga Bodenbug; die Bildungsforscherin erklärte, wie Lernen funktioniert, unterstrich die Bedeutung der ersten drei Jahre in der Entwicklung eines Kindes („am wichtigsten ist der Anfang“) und erklärte die Bedürfnisse eines jungen Gehirns, das alles Dargebotene und Erlebte wie ein Schwamm aufsaugt. Jedes Kleinkind sei auf persönliche Bindungen angewiesen und sollte viel Bewegung erfahren. Von diesen Überlegungen ausgehend beschrieb sie eine optimal ausgestattete U3-Gruppe, in der es beispielsweise mehrere von den Kindern selbst zu erklimmende Höhenebenen, viele Fenster und Gucklöcher geben müsse. Auch räumte sie mit dem Vorurteil auf, dass ein Kind am besten immer bei der Mutter sei: „Natürlich spielt die Mutter eine wichtige Rolle, aber jedes Kind kann sich leicht bis auf fünf Bezugspersonen einstellen. Selbst die beste Mutter kann nicht alles leisten, was ein gutes Team leisten kann.“ Joachim Hahne, zuständig für die Barsbüttler Kindertagesstätten, konnte berichten, dass die meisten dieser Anforderungen in den Barsbüttler Einrichtungen umgesetzt werden. Er wünschte sich jedoch für seine MitarbeiterInnen mehr Zeit für Fortbildung und Supervision.

### **Grundschule und Hort**

Martin Habersaat, 1983-1987 selbst Schüler der Grundschule Barsbüttel, erläuterte eingangs einige Fachbegriffe, die mit der Entwicklung des Grundschulbereichs verbunden sind: verlässliche Grundschule, offene und gebundene Ganztagschule und Hort, um nur einige zu nennen. Reinhard Kuhl, Schulleiter der Grundschule Barsbüttel und seit bald 40 Jahren im Schuldienst,

fasste seine Erfahrungen mit der Bildungspolitik der vergangenen Jahre zusammen und äußerte zwei Wünsche: Erstens solle mehr Wert auf Bildung und Erziehung in jungen Jahren gelegt werden, zweitens solle die Politik die Schulartempfehlung am Ende von Klasse vier abschaffen: „Da gibt es noch Haupt- und Realschulempfehlungen. obwohl es diese Schularten gar nicht mehr gibt.“ Regina Meyer-Brookman stellte das Konzept der Ampelmännchen vor, die in Kooperation mit der Grundschule die Ergänzungszeiten am Vormittag und die Betreuung am Nachmittag organisieren. Sie freute sich über das erfolgreiche Wachstum der Ampelmännchen in den vergangenen Jahren und hatte schon wieder neue Ziele: Künftig wollen die Ampelmännchen vermehrt Angebote für Eltern machen.

Erich Kästner Gemeinschaftsschule

Das „längere gemeinsame Lernen“ ist das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Individuelle Förderung und nicht das Sortieren von Schülern solle im Mittelpunkt pädagogischen Handelns stehen, beschrieb Martin Habersaat die Zielsetzung. In Barsbüttel findet das längere gemeinsame Lernen an der Gemeinschaftsschule statt. Schulleiter Hartmut Johann und sein Stellvertreter Thorsten Schöb-Marquardt erläuterten die wissenschaftliche Grundlage der Gemeinschaftsschule: Ausgangspunkt waren die PISA-Studien und Darstellungen von Prof. Andreas Schleicher. Die Erich-Kästner-Schule hat die notwendigen Konsequenzen aus den Studien gezogen und ein Konzept für langes gemeinsames Lernen umgesetzt. Mit großem Erfolg, wie auch die anwesenden Schüler des nächsten Abiturjahrgangs bestätigen. Hanser brachte es auf den Punkt: „Soziale Chancengleichheit führt bei einem fördernden und nicht selektierenden Schulwesen zu einer größeren Leistungsbereitschaft und –fähigkeit aller Bürger in unserer Gesellschaft. Diese benötigen wir, um unseren Lebensstandard in Deutschland halten zu können.“

In den Pausen zwischen den Themenblöcken gab es die Gelegenheit für viele Gespräche unter den Anwesenden, bei einem Imbiss oder einem Glas Wein wurde manche Idee diskutiert und mancher Plan für die kommenden Monate geschmiedet. Fazit der SPD Barsbüttel: „Wir können uns gut vorstellen, das zu wiederholen.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 12.02.2012, 18:35 Uhr - 4944 Clicks - Nr. 77

## **Eine glatte Fünf!**

Seine erste spontane Reaktion: „Wer hätte gedacht, dass ich mich mal über eine Fünf freue...“ Der Barsbütteler Martin Habersaat (34), bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hatte am vergangenen Samstag allen Grund zur Freude, denn er wurde von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit auf Platz 5 der Landesliste gesetzt.

Eine tolle Bestätigung für seine Arbeit in den vergangenen Jahren. Barsbüttels SPD-Chef Hermann Hanser (links) ist stolz: „Mit diesem Votum unterstreicht die SPD einmal mehr ihr Engagement in Sachen Bildung – eine der wichtigsten Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft.“ Tatsächlich wird das Thema Bildung den Hauptschwerpunkt im kommenden Wahlkampf bilden. Sowohl Spitzenkandidat Thorsten Albig, als auch der Landesvorsitzende Ralf Stegner betonten in ihren Parteitagereden, dass sich dringend mehr um Kitas, Schulen und auch die Hochschulen gekümmert werden muss.

Paul Donning (rechts im Bild), SPD-Vorsitzender aus Stenwarde, fügt hinzu, dass er in den nächsten Wochen mit seinen Kollegen aus Reinbek, Glinde und Wentorf gemeinsam über die Umsetzung der Bildungspläne in Storman diskutieren will: „Ob Reinbek, Glinde, Wentorf, Barsbüttel oder Oststeinbek: Unsere Bildungseinrichtungen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Sie brauchen jetzt Initiativen, Unterstützung und Antworten aus der Politik.“ Hanser und Donning sehen in der guten Platzierung Habersaats einen perfekten Auftakt für den anstehenden Landtagswahlkampf und freuen sich auf den Dialog mit den Wählerinnen und Wählern in den kommenden Monaten.



**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 13.02.2012, 10:43 Uhr - 5154 Clicks - Nr. 78

## **Astrid Huemke jetzt im Fraktionsvorstand**

Im Rahmen unserer Klausurtagung Ende Januar 2012 in Malente haben wir auch die Besetzung unseres Fraktionsvorstandes diskutiert. Die lange freie Position als Stellvertreter wurde neu besetzt.

Wir freuen uns, mitteilen zu können, dass Ratsfrau Astrid Huemke einstimmig als Stellvertreterin in den Fraktionsvorstand gewählt wurde. Astrid Huemke hat sich viel für die sozialen Themen und Probleme, insbesondere für die Schaffung neuer Krippenplätze in Quickborn eingesetzt und wird diese Themen als Sprecherin besetzen.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.02.2012, 19:34 Uhr - 26877 Clicks - Nr. 79

## **Der Patienten-Ombudsverein S-H**

### *Kostenloser Rat im Gesundheitssystem*

Kostenloser Rat im Gesundheitssystem: Der Patienten-Ombudsverein S-H

Vielen Menschen fällt es immer schwerer, sich in unserem komplizierten Sozial- und Gesundheitssystem zurechtzufinden. Warum verschreibt mir mein Arzt/meine Ärztin nicht mehr das gewohnte Medikament? Warum bekomme ich keinen Termin bei meinem Facharzt?

Wer hilft mir bei meinem Konflikt mit dem Pflegedienst wegen der Betreuung meiner Mutter? Warum zahlt meine Krankenkasse nicht? Wieso muss ich mir eine schlechte Behandlung im Krankenhaus gefallen lassen? Solche und ähnliche Fragen und daraus mögliche Konflikte lassen Patienten oft verärgert und ratlos zurück. Dabei ist es gerade in so persönlichen Angelegenheiten wie Fragen im Zusammenhang mit der Gesundheit wichtig, dass zwischen PatientInnen und „medizinischen Leistungserbringern“ ein möglichst vertrauensvolles Verhältnis besteht. Der gemeinnützige Patientenombudsverein mit Sitz in Bad Segeberg hat sich vor rund 15 Jahren gegründet, um im Falle solcher Probleme zu vermitteln, zu schlichten und Lösungen für beide Seiten zu entwickeln. Im Auftrag des Vereins, hinter dem viele Akteure aus allen Bereichen des Gesundheitswesens im Lande stehen, schalten sich zur Konfliktlösung auf Wunsch der Ratsuchenden sog. Ombudsleute ein, die frei von Weisungen Dritter versuchen, den Sachverhalt aufzuklären, zu vermitteln und zu einem für alle Seiten „befriedenden“ Ergebnis zu kommen. Die Ombudsmänner und -frauen sind ausschließlich ehrenamtlich tätig, zumeist Fachleute aus dem Gesundheitswesen oder Pastoren - Menschen mit großer Lebenserfahrung, denen man sich anvertrauen kann. Seit November letzten Jahres ist unsere frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis Vorsitzende des Vereins. Der Rat und die Unterstützung der Ombudsleute ist kostenlos und steht allen Patientinnen und Patienten offen.

Die Ombudsleute sind telefonisch erreichbar unter der einheitlichen Rufnummer 01805 /

235383, für Probleme aus dem Bereich der Pflege 01805 / 235384.  
Wer lieber schreiben will oder nähere Informationen haben möchte:

Die Anschrift der Geschäftsstelle lautet  
Verein Patientenombudsmann/frau S-H e.V.  
Bismarckallee 8-12  
23795 Bad Segeberg

Tel. 04551- 803-224 oder -198  
email:ombusverein@aeksh.org Homepage: [http:// www.ombudsmann-sh.de](http://www.ombudsmann-sh.de)

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 14.02.2012, 16:06 Uhr - 5992 Clicks - Nr. 80

## **AfA SL-FL solidarisch mit den Streikenden der Damp Holding**

Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt solidarisch die Gewerkschaft ver.di und ihre Mitglieder bei den Warnstreiks im Bereich der Damp Holding. Vor der Übernahme durch die Helios GmbH bei der Damp Holding gestalten sich die Tarifaueinandersetzen mit der Helios Gruppe als sehr schwierig. Der Arbeitgeber ist nicht bereit, mit der ver.di einen neuen Tarifvertrag auszuarbeiten.



Unter anderem haben am 14. Februar 2012 von 06.00 Uhr morgens bis 22.00 Uhr Warnstreiks in Kliniken der Damp Holding stattgefunden. So auch in Schleswig. Bei einer Demonstration durch die Schleswiger Innenstadt beteiligten sich über 650 Streikende des Martin-Luther-Krankenhauses und Schlei-Klinikums, um ihren Unmut gegenüber der starren Haltung ihren Arbeitgeber zu zeigen.

Lassen wir es nicht zu, dass die unter zunehmend schweren Bedingungen Beschäftigten in der Pflege der Krankenhäuser und ihnen angegliederten Einrichtungen ihre durch die Gewerkschaft ver.di erkämpften Rechte verlieren.

Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt die Warnstreikenden solidarisch!

Foto: ver.di

Auf dem Foto: MdL Birte Pauls auf dem Demonstrationzug durch die Schleswiger Innenstadt

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 14.02.2012, 19:11 Uhr - 52809 Clicks - Nr. 81

## **Vom Umweltschützer zum Klimaleugner**

**Michael Müller, der Bundesvorsitzende der Naturfreunde Deutschland e.V. setzt sich intensiv mit Äußerungen von Fritz Vahrenholt, dem ehemaligen Hamburger Umweltsenator zum Thema Klimaerwärmung auseinander:**

Der Klimaschutz ist eine Menschheitsherausforderung, er darf deshalb kein Tummelfeld für Wichtigtuere sein. Doch ausgerechnet der frühere Umweltschützer und heutige RWE-Manager Fritz Vahrenholt schürt populistische Vorurteile, ist gleichsam ein Klima-Sarrazin.

Zweifellos hat sich Vahrenholt in den 1970er- und 80er-Jahren durch die Aufklärung chemischer Gefahren („Seveso ist überall“) und durch seine Tätigkeit im Umweltbundesamt Verdienste erworben. Danach ist er jedoch zu einem Lautsprecher ökonomischer Anpassung und zu einem Vorreiter der Verharmlosung geworden. Aus dem Atomkraftgegner wurde ein Befürworter der Laufzeitverlängerung, aus dem scharfen Kritiker der Umweltzerstörung ein Klimaleugner.

[Zum Artikel ....](#)

**Keine Kommentare**



[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.02.2012, 21:52 Uhr - 8603 Clicks - Nr. 82

## Vom Abwickeln und Einwickeln

### Ehrendoktorwürde für Ministerin Annette Schavan?

Im Rahmen des Jahresempfangs der Universität zu Lübeck am 13. April soll der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Annette Schavan, die Ehrendoktorwürde verliehen werden. Dazu sagt Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Wenige Tage vor der Landtagswahl verleiht der Senat der Universität zu Lübeck einer prominenten CDU-Politikerin die Ehrendoktorwürde. Das ist ein interessanter Zeitpunkt, der aus Sicht des Wählkämpfers zu kritisieren sein könnte und den man sich merken sollte.

Abgemildert wird dieser Umstand jedoch durch den Grund der Ehrung. Frau Schavan musste die Universität Lübeck gegen den schleswig-holsteinischen Wissenschaftsminister de Jager (CDU) verteidigen. Der hatte 2010 vor, die Mediziner Ausbildung in Lübeck einzustellen und die Lübecker Uni abzuwickeln – jedenfalls tat er so; aus Koalitionskreisen verlautete, es sei nicht um das Abwickeln der Universität, sondern um das Einwickeln der Forschungsministerin gegangen.



Das Ergebnis stimmte: Die Universität zu Lübeck wurde gerettet. Wenn der Preis dafür ein Ehrendoktorhut für Frau Schavan ist, sei er ihr gegönnt. Herzlichen Glückwunsch!

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 15.02.2012, 13:02 Uhr - 150242 Clicks - Nr. 83

## Milcherzeuger nach dem Auslaufen der Quote nicht im Regen stehen lassen!

***Straßburg:*** Milcherzeuger in ganz Europa können sich künftig zu Erzeugerorganisationen zusammenschließen, die stellvertretend für sie Preisverhandlungen mit den verarbeitenden Betrieben führen können. Eine entsprechende Regelung zur Verbesserung der Verhandlungsposition von Milchbauern ist Bestandteil der Verordnung zu den Vertragsbeziehungen im Milchsektor, der das Europäische Parlament am Mittwoch mit Mehrheit zugestimmt hat.

„Die jetzt beschlossene Verordnung allein wird allerdings nicht ausreichen, um nach



dem Auslaufen der Quote für faire Milchpreise zu sorgen“, betonte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Rande der Abstimmungen in Straßburg. Der nach Trilog-Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen gefundene Kompromiss, stelle noch keine ausreichende Stärkung der Milcherzeuger dar.

„Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir verpflichtende Verträge zwischen Milcherzeugern und -abnehmern in allen Mitgliedstaaten hätten durchsetzen können, um so die Position der milcherzeugenden Betriebe wirklich stärken zu können. Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission haben sich jedoch dagegen mit Händen und Füßen gewehrt“, erläuterte die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten.

Der Kompromiss sieht nun vor, anders als vom Parlament gefordert, dass jeder EU-Mitgliedsstaat selbst entscheiden soll, ob er eine Pflicht zum Vertragsabschluss einführt oder nicht. In den EU-Staaten, in denen eine Vertragspflicht gelten soll, müssen Milcherzeuger und Abnehmer in den vorab abgeschlossenen Verträgen Preis und Menge für Rohmilch sowie die Laufzeit festlegen. Die Mindestdauer der Verträge beträgt dabei sechs Monate. Damit sollen Landwirte Planungssicherheit erhalten und Molkereien besser mit den Mengen kalkulieren können.

Nachdem ein besseres Ergebnis nicht gegen Rat und Kommission durchsetzbar war, sind nach Ansicht von Rodust nun gerade kleine und mittlere Familienunternehmen darauf angewiesen, dass die EU-Politik sich weiter für sie einsetzt, um nicht den Milchabnehmern und dem Einzelhandel schutzlos ausgeliefert zu sein. „Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gerade kleinere und mittlere Milcherzeuger berücksichtigt werden. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die weiterhin eine Milchproduktion auch in weniger begünstigten Gebieten ermöglichen“, so die Sozialdemokratin weiter.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.02.2012, 14:20 Uhr - 8125 Clicks - Nr. 84

## **Gute Nachbarschaft und eine Allianz für einen starken Norden**

*Zum Abschluss der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ erklären die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission, Dr. Gitta Trauernicht, Anette Langner, und Martin Habersaat:*

Gute Nachbarschaft und gemeinsames, kluges Handeln für Norddeutschland ist das Ziel der SPD-Landtagsfraktion. Dazu brauchen wir eine Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, die auf Dauer angelegt und institutionalisiert ist.

Gute Nachbarschaft und gemeinsames, kluges Handeln für Norddeutschland ist das Ziel der SPD-Landtagsfraktion. Dazu brauchen wir eine Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, die auf Dauer angelegt und institutionalisiert ist. Die CDU hat in sieben Jahren Regierung keine vernünftige Nachbarschaftspolitik auf den Weg gebracht.



Jüngste Beispiele: Das als Erfolg gefeierte Gastschulabkommen mit Hamburg verärgert die betroffenen Kommunen in Schleswig-Holstein und bei der Unterbringung von Sicherungsverwahrten gibt es keine gemeinsame Lösung. Mit der Änderung des Schulgesetzes hat Schleswig-Holstein auch wieder einen anderen Weg als Hamburg eingeschlagen. Unser Fazit aus der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ lautet deshalb: Nur im engen norddeutschen Schulerschluss – vor allem mit Hamburg – nutzen wir unsere Chancen im nationalen und internationalen Wettbewerb.

Deshalb müssen sich politische Strategien an den zusammengehörigen Wirtschafts- und Lebensräumen orientieren. Strukturelle Standortnachteile gegenüber anderen europäischen Zentren können besser gemeinsam abgebaut werden. Hier muss Norddeutschland konkurrenzfähig bleiben, denn es geht auch um Fördermittel. Ein engerer Verbund im Norden könnte die Haushalte entlasten, den gesamten Standort stärken und gemeinsame Interessen besser durchsetzen. Bei richtiger Ausgestaltung nützt er ganz direkt den Bürgerinnen und Bürgern: etwa durch angepasste Schulsysteme und Kindergartensversorgung, einen erweiterten Nahverkehrsverbund oder ein gemeinsames Baustellenmanagement für einen flüssigeren Verkehr.

So sehen wir auf folgenden Feldern Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit insbesondere mit Hamburg:

- kompatibles Schulsystem für beide Länder, das den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens umsetzt
- gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit dem Ziel einer freien Schulwahl im ganzen Norden
- abgestimmte Wirtschaftsförderung und gemeinsames Marketingkonzept Ausweisung länderübergreifender Gewerbegebiete
- gemeinsamer Verkehrsverbund der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg
- Aufbau einer eigenständigen norddeutschen Netzagentur zur Steuerung der Energiewende

Ziel einer länderübergreifenden Strategie ist nicht ein abstrakter Nordstaat, sondern die Weiterentwicklung des gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraums durch aktive Steuerung seitens der Regierungen und Parlamente. Nötig sind dafür ein mit Exekutivrechten ausgestattetes Umsetzungsteam auf Regierungsebene, ein aktives Gremium auf der parlamentarischen Ebene → z. B. ein gemeinsamer Ausschuss, wie ihn die SPD-Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag und in der Hamburger Bürgerschaft vorgeschlagen haben, sowie ein Kooperationsrat, in dem auch wichtige Berater und Unterstützer z.B. aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Hochschulen mitwirken. So können wir schrittweise eine dauerhafte, gute Nachbarschaft aufbauen, die auf Kontinuität, Vertrauen und Verlässlichkeit basiert. Wir werden unsere Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, die mit CDU und FDP nicht zu realisieren sind, in der neuen Landesregierung auf den Weg bringen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.02.2012, 23:20 Uhr - 8534 Clicks - Nr. 85

## Handlungsfelder der Kooperation

### **Allianz für einen starken Norden - Bewertungen der SPD-Landtagsfraktion zur Enquete-Kommission "Norddeutsche Zusammenarbeit"**

#### **Verwaltung und Dienstleistungen**

Im Bereich von Verwaltung und Dienstleistungen gibt es bereits seit Jahren Ansätze einer erfolgreichen Zusammenarbeit, die weiter ausgebaut werden können und müssen. Sinnvoll wäre es etwa, die Kooperation bei der Aus- und Fortbildung von Personal des Öffentlichen Dienstes zu intensivieren.

Wieder aufgenommen werden sollten die Überlegungen für eine Zusammenarbeit im Bereich der Justiz. Bereits diskutierte Projekte zur Bildung gemeinsamer Obergerichte, wie z.B. eines gemeinsamen OVG, sollten erneut geprüft werden. Zudem könnte auch die Ausbildung der Strafvollzugsbediensteten länderübergreifend erfolgen. Weitergehende Zusammenschlüsse umfassen die Länderverfassungsgerichte und die Rechnungshöfe. Schließlich verfolgen die



norddeutschen Länder im Bereich der Schiffssicherheit und des Küstenschutzes gemeinsame Interessen.

Hier bietet sich eine intensivere Zusammenarbeit an. Dies gilt insbesondere für die Schaffung einer einheitlichen nationalen Küstenwache. Außerdem ließe sich ein großes Potential an Synergieeffekten bei der Zusammenarbeit im Bereich des EGovernment erschließen. IT-Kooperation und E-Government verspricht die Chance für die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, ihre Dienstleistungen moderner, bürgerfreundlicher und wirtschaftlicher zu erbringen. Mit umfassender IT-Unterstützung können sie ihre Aufgaben erheblich effizienter und effektiver erfüllen. Länder-Kooperationen drängen sich hier geradezu auf. Das Vorhaben eines gemeinsamen elektronischen Personenstandsregisters für Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mit allen beteiligten Kommunen ist dafür nur ein Beispiel. Auch Verwaltungsaufgaben, die das Land auf die Kommunen übertragen hat, können durch IT-Unterstützung zu sinnvollen Front-Back-Office-Lösungen führen, die von möglichst vielen Verwaltungen gemeinsam auch länderübergreifend genutzt werden. Das verspricht erhebliche Synergien und schafft Spielräume für weitere Verbesserungen. Für die IT-Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer und der Kommunen besteht mit Dataport als ihrem IT-Dienstleister eine etablierte, in Deutschland einmalige Organisationsform. Dort können diese gemeinsamen Lösungen erarbeitet oder gemeinsam am Markt erworben werden.

### **Wirtschaft, Wirtschaftsförderung und Arbeit**

Eine gemeinsame Landesplanung ist die Voraussetzung für eine starke wirtschaftliche Entwicklung Norddeutschlands im erweiterten Verflechtungsfeld der Metropolregion und des nördlichen Landesteils von Schleswig-Holstein. Die Schwerpunkte müssen so gesetzt werden, dass die Entwicklungsachsen sowohl entlang der Fehmarnbelt-Route als auch der Jütlandroute gestärkt werden. Von gezielter Clusterbildung wird die ganze Wirtschaftsraum Hamburg und Schleswig-Holstein profitieren.

Ausgewählte Cluster sollten länderübergreifend ausgebaut werden. Gemeinsame norddeutsche Stärken liegen etwa auf den Feldern Informations- und Kommunikationstechnologien/ Medien, Gesundheitswirtschaft, Maritime Wirtschaft/ Logistik/ Häfen, Luftfahrt, Ernährungswissenschaften, Maschinen-/Fahrzeugbau und Chemie. Eine gemeinsame Strategie für die Anwerbung von Talenten für die Region stärkt die Attraktivität des norddeutschen Arbeitsmarktes. Um einem künftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen in Norddeutschland gemeinsame Konzepte für gute Arbeitsplätze, Ausbildung und Weiterbildung entwickelt werden. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung attraktiver, vernetzter Wohn- und Lebensorte, die Arbeiten und Leben für mobile Menschen und deren Familien interessant machen.

Die Institutionen der Investitionsförderung, des Technologietransfers, der Existenzgründungsförderung, der angewandten Forschung und der Innovationsförderung müssen länderübergreifend stärker verzahnt werden. Eine in Norddeutschland abgestimmte Wirtschaftsförderung und ein gemeinsames Marketingkonzept stärken die Konkurrenzfähigkeit der Gesamtregion im internationalen Wettbewerb. Die Ausweisung länderübergreifender Gewerbegebiete ist eine wichtige Voraussetzung für Win-win-Konstellationen in den Regionen. Die Metropolregion Hamburg hat mit der ersten gemeinsamen Gewerbeflächen-Konzeption für die gesamte Region eine Grundlage für eine übergreifende Regionalplanung geschaffen. Auch für andere Nutzungsarten sind länderübergreifende Flächenkonzepte gefordert. Ein gemeinsamer länderübergreifender Ansprechpartner für Unternehmen könnte bürokratische Hindernisse bei geplanten Ansiedlungen frühzeitig ausräumen. Schleswig-Holstein und Hamburg verfügen über unterschiedliche Stärken. Diese spiegeln sich in der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur wider und ergänzen sich bereits heute oftmals produktiv. Künftig sollten Vielfalt als Vorteil herausgearbeitet und Diversifizierung und Komplementarität zu Leitmotiven der gemeinsamen Planungen werden.

### **Gesundheitswesen und Gesundheitswirtschaft**

Mehr Kooperation der beiden Universitätskliniken in Schleswig-Holstein und Hamburg bei tertiärer Dienstleistung ist möglich und nötig. Diese nicht unmittelbar am Patienten erbrachten Leistungen, z. B. Arznei- und Pflegemittel, Material und Reinigung, können gemeinsam einfacher und kostengünstiger erworben werden. Vorstellbar ist auch ein virtuelles telemedizinisches Kompetenznetzwerk als gemeinsame GmbH von UK S-H und UKE. Eine fruchtbare länderübergreifende Zusammenarbeit können wir uns auch bei einzelnen Projekten wie der Partikeltherapie vorstellen. Die Gesundheitswirtschaft muss als Standort- und Zukunftsfaktor einen



deutlich höheren Stellenwert erhalten. Gesundheitsversorgung darf nicht länger nur als Kostenbelastung betrachtet werden. Unternehmen wie das UK S-H dürfen nicht privatisiert und eine angemessene wirtschaftspolitische Unterstützung muss gesichert werden. Die Weiterentwicklung des Gesundheitstourismus in Verbindung mit Gesundheitsangeboten in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie die Verzahnung ambulanter und stationärer Angebote → z.B. durch Medizinische Versorgungszentren → sollen zu den Profil bildenden Merkmalen der Gesundheitswirtschaft im norddeutschen Raum gehören. Die Entwicklung neuer Gesundheitsberufe „zwischen Arzt und Pfleger“ sollte in die Berufsschul- und Hochschulplanung der norddeutschen Länder aufgenommen werden. Das Cluster Life Sciences und die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau müssen durch eine gemeinsame Landesplanung und abgestimmte Krankenhausfinanzierung gestärkt werden. Dabei müssen wettbewerbliche Nachteile durch Landesunterschiede für das UK S-H so lange ausgeglichen werden, bis ein bundesweit einheitlicher Basisfallwert gesetzlich verankert und umgesetzt ist.

### **Verkehr und Infrastruktur**

Für die Mobilität in der Region ist eine gemeinsame strategische Verkehrsplanung notwendig, um sowohl die Pendlerströme, als auch wachsende Waren- und Güterverkehre weiterhin zu bewältigen. Umfassende Mobilität ist die unverzichtbare Basis für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt. Die SPD strebt deshalb die großzügige Weiterentwicklung des ÖPNV zu einem gemeinsamen Verkehrsverbund der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg mit einem gemeinsam aufgelegten Budget an.

Auf der „Ahrensburger Liste“ wurden wichtige Projekte für die Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland gesammelt. Eine gemeinsame Festlegung von Prioritäten und deren Abarbeitung muss der nächste Schritt sein, damit der systematische Ausbau im Interesse des gesamten Raumes sichergestellt wird. Für die Rolle Norddeutschlands als wichtige Verkehrsdrehscheibe haben die Verkehrsachsen entlang der A20 („Ostseeautobahn“), der A7 (Jütlandroute“) und der direkten Verbindung in die Öresundregion über die A1 („Fehmarnroute“) sowie bedarfsgerechte Hinterlandanbindungen der Seehäfen klare Priorität. Eine abgestimmte Strategie der norddeutschen Länder in der Verkehrsinfrastrukturplanung erhöht deren Durchsetzungsfähigkeit auf nationaler und europäischer Ebene bei Planung und Finanzierung dieser strategischen Großvorhaben.

Infrastruktur bedeutet jedoch nicht nur Verkehr, sondern umfasst auch Versorgung und moderne Kommunikation. Dies alles ist Voraussetzung für die Nutzung der norddeutschen Stärken und Kompetenzen. Flächendeckende Kommunikation muss durch Breitbandnetze sichergestellt werden. Für eine nachhaltige und regional abgestimmte Energieversorgung ist der Netzausbau unabdingbar.

### **Metropolregion Hamburg und großräumige Kooperationskonzepte**

Die Metropolregion Hamburg (MRH) steht beispielhaft für ein großräumiges Kooperationskonzept, das Ländergrenzen überschreitet und die politischen Ebenen miteinander verbindet. Die gemeinsame Trägerschaft durch Länder und Kreise kann Kern und Vorbild für künftige Entwicklungen im gesamten norddeutschen Raum sein. Wenn es um praktische Lösungen für konkrete Probleme geht, können diese, bei entsprechender Ausstattung, von der Metropolregion entwickelt und den politischen Entscheidungsgremien vorgeschlagen werden. Die etablierte Zusammenarbeit von Teilräumen ist ein wegweisendes Beispiel für eine norddeutsche Kooperation in unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit. Anzustreben sind künftig vor allem auch solche Projekte, die allen Einwohnern Schleswig-Holsteins persönlich erfahrbar vor Augen führen, dass die Fortentwicklung der MRH einen Zusatznutzen für das ganze Land verspricht.

### **Bildung**

Gerade im Bildungsbereich können großräumige, länderübergreifende Kooperationen dafür sorgen, dass die Schulsysteme angeglichen und so auch durchlässiger werden. Dann sind Leistungseinbrüche vermeidbar, wenn Schülerinnen und Schüler gezwungen sind, über Landesgrenzen hinweg umzuziehen, weil die berufliche Mobilität ihrer Eltern das erfordert.

Wir wollen die freie Schulwahl im ganzen Norden. Deshalb müssen die Länder intensiv zusammenarbeiten mit dem Ziel einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung. Dies erfordert einen fairen Finanzierungsausgleich. Inhaltliches Ziel der Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg ist ein kompatibles Schulsystem für beide Länder, das den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens umsetzt. Grundschulen und G8-Gymnasien entsprechen einander

bereits heute, auch Gemeinschaftsschulen und Stadtteilschulen wären vergleichbare Bestandteile eines zweigliedrigen Systems. Anzustreben sind weiterhin abgestimmte oder gemeinsame Abschlussprüfungen im ganzen Norden. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern bei der Planung der beruflichen Bildung ist Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der Region. In der Folge ist die gesamte Lehreraus- und Weiterbildung ebenfalls länderübergreifend zu organisieren und den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

### **Wissenschaft**

Die Hochschulen beider Länder sind im nationalen Vergleich unterfinanziert. Die norddeutschen Hochschulen müssen im nationalen und internationalen Wettbewerb gestärkt werden. Alle Debatten über eine stärkere Zusammenarbeit und über die Entwicklung gemeinsamer Strukturen dürfen nicht mit der Erwartung geführt werden, dass im Hochschulbereich Einsparungen zu erzielen sind. Die Vereinbarungen aus dem bundesweiten Hochschulpakt zwingen zur weiteren Schaffung von mehr Studienplätzen. Der Bericht der Erichsen-Kommission von 2003 hat Hinweise zu einer grenzübergreifenden Hochschulentwicklungsplanung zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg gegeben, die allerdings sehr zurückhaltend ausfielen. Die Hamburger Dohnanyi-Kommission ist zur gleichen Zeit auf die Frage der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg gar nicht eingegangen. Dennoch hält die SPD Schleswig-Holstein die Entwicklung eines länderübergreifenden Hochschulkonzepts mit der Perspektive einer gemeinsamen Hochschulträgerschaft für anstrebenswert. Ein gemeinsamer Landeswissenschaftsrat kann Wege zur Verbesserung der Lage der Hochschulen im norddeutschen Raum und der besseren Ausstattung ihrer Einrichtungen aufzeigen. Wegen der räumlichen Distanz bieten sich gemeinsame Studiengänge der CAU und der Universität Hamburg nicht an. Auch wird deren Status als Voll-Universitäten von uns nicht in Frage gestellt. Aber in einer Reihe von wenig ausgelasteten Fächern sollen künftig Studienangebote an den beiden großen Universitäten, aber auch an den Musikhochschulen, möglichst auf einen Standort reduziert werden. Als gemeinsame Projekte sind neben Netzwerkbildung und der Etablierung von Beratungs- und Förderangeboten auch länderübergreifende An-Institute und Gemeinschaftsunternehmen in Kooperation mit privaten Partnern denkbar. Darüber hinaus sind Formen der technisch-organisatorischen Zusammenarbeit (z. B. gemeinsame OnlineKataloge der Hochschulbibliotheken) schon umgesetzt bzw. in Vorbereitung. Hier sollte jede erkennbare Chance weiterer Kooperationen auch über die noch bestehenden Ländergrenzen hinweg entschlossen genutzt werden.

### **Energie-, Umwelt- und Klimapolitik**

Die globalen, europäischen und nationalen Herausforderungen der Umwelt-, Klimaschutz und Energiepolitik können nur länderübergreifend angegangen werden. Die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Länder (Flächen- oder Stadtgebiet) können so besser in einem gemeinsamen Ansatz berücksichtigt werden. Der Gleichklang von Ökologie, Ökonomie und sozialen Belangen kann am besten vor Ort in der Kommune umgesetzt werden. Die zentrale Aufgabe der Energiewende weg von fossilen Energieträgern und Atomenergie hin zu ausschließlich erneuerbaren Energien muss in der kommunalen Planung Kernaufgabe der Zukunft werden. Nur wenn dezentrale Energie mit Bürgerbeteiligung und Eigentumsbeteiligung effizient erzeugt wird, in intelligenten Netzstrukturen auch regional zirkuliert und mit innovativer Technik gespeichert wird, können positive Folgen für Wirtschaft, Umwelt und Menschen entstehen. Gemeinsam über Ländergrenzen hinweg müssen staatliche Leitplanken diese Entwicklung unterstützen und Planungsprozesse beschleunigen. Hier ist der Aufbau einer norddeutschen, eigenständigen Netzagentur erforderlich, die Kompetenzen zur Steuerung der Energiewende bündeln oder z.B. in der Rolle einer Clearingstelle bisweilen auftretende Probleme bei der Rekommunalisierung von Stromnetzen lösen helfen und den Netzausbau beschleunigen kann.

### **Medien**

Dem Norddeutschen Rundfunk kommt eine zentrale Aufgabe bei der Stiftung einer norddeutschen Identität zu. Grundlage der Arbeit des NDR als gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts ist ein Staatsvertrag der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2005. Der NDR ist eines der wenigen, wenn nicht das einzige Beispiel, wo länderübergreifende Zusammenarbeit unter Beteiligung aller vier Länder – teilweise auch unter Einbeziehung von Radio Bremen – zum Nutzen aller Beteiligten stabil funktioniert. Mit Sendungen, die Beiträge aus dem gesamten Sendegebiet aufgreifen, kann der

NDR weiter dazu beitragen, die Menschen über das Geschehen in ganz Norddeutschland zu informieren und eine norddeutsche Identität zu fördern, auf deren Grundlage intensivere Kooperationen der norddeutschen Länder vorangebracht werden und deren gesellschaftliche Akzeptanz verbreitert wird. Aufsicht und Kontrolle über den privaten Rundfunk durch die Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) ist erforderlich und konnte durch die Fusion grundsätzlich verbessert werden. Erfolge sind auch bei der Förderung und Vermittlung von Medienkompetenz durch die MA HSH zu verzeichnen. Der Medienstandort Schleswig-Holstein profitiert von der Zusammenlegung der Filmförderungen zur Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (FFHSH). Schleswig-Holstein wird seitdem häufiger als Produktionsstandort genutzt, was neben einer Werbung für das Land auch wirtschaftliche Vorteile hat.

### **Kulturpolitik**

Angesichts knapper öffentlicher Kassen könnten durch eine intensivere norddeutsche Kooperation und Koordination im Bereich Kunst und Kultur bestehende kulturelle Strukturen und Angebote gesichert und weiterentwickelt sowie neue Angebote geschaffen werden. Dafür wäre zunächst eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung notwendig. Darauf aufbauend könnten Anreizfinanzierungen für länderübergreifende Projekte, die von den Kunst- und Kulturschaffenden gestaltet werden, zu dauerhaften Kooperationen führen. Kulturelle Eigenheiten und Angebote werden häufig als Unterscheidungs- und Alleinstellungsmerkmal von Kommunen, Regionen oder Ländern betrachtet, die nicht zuletzt → auf diese Räume bezogene - kulturelle Identitäten schaffen und festigen. Dies muss nicht im Widerspruch zu länderübergreifenden kulturellen und kulturpolitischen Aktivitäten stehen. Denn die Mobilität bei Wahrnehmung und Darbietung ist gleichermaßen hoch. Sinnvoll wären gemeinsame Kulturentwicklungsplannungen → zunächst für kleinere Räume wie die Metropolregion → unter Einschluss der betroffenen Kommunen. So entstünden regionale, aber länderübergreifende Kulturlandschaften, die auch mit z. B. privaten Angeboten vernetzt werden können. Dafür können in der Folge eine gemeinsame kulturelle Imagewerbung sowie kulturtouristische Angebote entwickelt werden.

### **Entwicklung bei der evangelischen Kirche und der Deutschen Rentenversicherung Nord**

Am Beispiel der evangelischen Kirche und der Deutschen Rentenversicherung Nord wird deutlich, dass komplexe, aber erfolgreiche Fusionen machbar sind. Die Vereinigungsverfahren beider Einrichtungen zeigen, dass Großräumigkeit kein Hindernis für Erfolg ist, vor allem, wenn nicht Synergieeffekte, sondern pragmatisch definierte Vorteile im Vordergrund stehen. Das Ergebnis ist auch ein Zugewinn an gemeinsamen Gestaltungsmöglichkeiten. Wichtige Erkenntnis: Zur Bildung neuer Identitäten reichen allein finanzielle Gründe nicht aus. Zudem müssen die Annäherungs- und Fusionsprozesse in allen Phasen transparent gestaltet und offen kommuniziert werden. Der Einigungsprozess der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland („Nordkirche“) ist auch unter solchen Gesichtspunkten beispielhaft und wegweisend. Eine Erfolgsbedingung waren die Gespräche auf Augenhöhe, untermauert beispielsweise durch paritätische statt proportionale Gremienbesetzungen. Die einzelnen Kirchengemeinden sind intensiv in die Diskussion einbezogen worden. Die mecklenburgische und die pommersche Kirche konnten ihre Glaubensstraditionen und jeweiligen Besonderheiten einbringen. Das Nebeneinander unterschiedlich großer Gemeinschaften wurde durch das gewählte Verfahren ausgeglichen und erhöhte die Akzeptanz gerade bei den kleineren Partnern. Auch die Gründung einer neuen Körperschaft, eines Verbandes zur Herbeiführung der Partnerschaft, ist ein wichtiger Punkt. Ein demokratisch austarierter länderübergreifender Ausschuss ist offensichtlich hilfreich, um auch Ängste vor dem Verlust der eigenen Identität abzubauen und Vorbehalte zu überwinden.

### **Nationale Minderheiten**

Auch in einem größeren Kooperationsrahmen muss die Fortsetzung der erfolgreichen Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins gewährleistet sein. Sie ist Teil unserer demokratischen Kultur und unseres Selbstverständnisses. Die Akzeptanz und die individuelle Berücksichtigung anderer Kulturen und Werte kann Vorbild für den demokratischen Dialog auch in anderen norddeutschen Ländern sein.

### **Interessen des Landesteils Schleswig und Regionalinteressen in der Kooperation**

Die Zusammenführung verschiedener Interessen in einem größeren Verbund eröffnet neue Gestaltungsspielräume. Initiativen wie die Stärkung des Wissenschaftstransfers, der Ausbau der

gemeinsamen Hochschulaktivitäten, die Förderung gemeinsamer kultureller Initiativen, wie z.B. die Bewerbung der Stadt Sønderborg als europäische Kulturhauptstadt, die Herausbildung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes sowie auch Kooperationen im Gesundheitsbereich verweisen auf das gemeinsame Interesse beiderseits der Grenze, aus dem einstigen Grenzland eine gemeinsame europäische Region zu entwickeln.

Diese Entwicklung kann auch in eine weitergehende norddeutsche Kooperation einfließen. Aus den bisher gesammelten Erfahrungen lässt sich manches lernen. Die gewachsene grenzüberschreitende Kooperation zwischen dem Landesteil Schleswig und der Region Süddänemark muss in einer gemeinsamen norddeutschen Politik einen besonderen Stellenwert erhalten. Insbesondere der Ausbau von Verkehrswegen im deutsch-dänischen Grenzland und Richtung Süden über den Nord-Ostsee-Kanal ist zentral wichtig für die bessere Erreichbarkeit der Metropolregion oder Nord-Niedersachens und WestMecklenburg-Vorpommerns. Beim Ausbau der Fehmarnroute ist deshalb stets zu beachten, dass gleichzeitig die Entwicklungsachse entlang der Jütland-Route gestärkt wird. Davon profitieren nicht nur der Güterverkehr, sondern auch die Menschen jenseits der Metropole.

### **Strukturelle Rahmenbedingungen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland**

Reformen im deutschen Föderalismus müssen die Gleichheit der Lebensbedingungen vorantreiben. Dieses Ziel steht nicht im Widerspruch zu einer kleinräumigen Verankerung der Bewohner/innen eines Landes („Heimat“). Die Einhaltung gleicher Lebensbedingungen in allen Bundesländern ist vielmehr Grundlage unseres föderalen Systems. Der Wettbewerb unter den Ländern darf nicht dazu führen, dass eine wirtschaftliche Hierarchisierung („Süd-Nord-Gefälle“) zementiert wird. Enge Kooperationen bis hin zu Länderfusionen können regionale Stärken und Standortvorteile bekräftigen und beflügeln, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Derzeit laden diese jedoch kaum zu mehr Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg ein, geschweige denn zu Länderfusionen, weil sich daraus deutliche Nachteile eines fusionierten Landes gegenüber den vorher selbständigen Ländern ergeben würden, z. B. geringere Zuweisungen, weniger Stimmen im Bundesrat. Der Länderfinanzausgleich muss als ein Instrument zur Herstellung der geforderten Gleichheit der Lebensbedingungen überarbeitet werden. Im Einklang mit der politischen und wissenschaftlichen Diskussion um die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs muss ein anreizfreundliches System für Maßnahmen geschaffen werden, mit denen Bundesländer mittelfristig höhere Effizienz anstreben und das zu dem Interesse an der Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft und der eigenen Beschäftigung nicht im Widerspruch steht. Länderfusionen sowie Modelle zu engen verbindlichen Kooperationen zwischen Ländern sollten in diesem System gefördert werden. Die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich müssen auch Wege zur Neugliederung von Bundesländern beinhalten. Übergangsregelungen und die Heranziehung objektiver Faktoren für die Berechnung der Ausgleichsbeiträge wären notwendige Voraussetzungen für Länderfusionen. Die Ziele der Schuldenbremse sind nicht zu erreichen ohne eine verlässliche Finanzpolitik. Dazu gehört unbedingt eine Gesetzgebung des Bundes, die nicht zu Lasten der Länder geht, die klare Umsetzung von Prioritäten im Landeshaushalt und die Verbesserung der Einnahmen. Für die SPD-Fraktion ist es unabdingbar, dass die geplante Föderalismuskommission III das Thema Konnexität aufgreift und eine akzeptable Lösung erarbeitet. Unabdingbar ist aber auch eine Altschuldenregelung, damit die finanzschwachen Länder gegenüber anderen Bundesländern nicht weiter ins Hintertreffen geraten und es zu einem fairen Ausgleich und gleichen Startchancen im föderalen Vergleich kommt. Die Parlamente müssen auch bei Kooperationen verbindlich beteiligt werden. So soll die Umsetzung von Staatsverträgen nur möglich sein, wenn diesen von den Parlamenten der betroffenen Länder zugestimmt wurde. Auf der Basis eines grundsätzlichen neuen Staatsvertrages zur Kooperation zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg soll auch zu einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle ein gemeinsamer Ausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Hamburger Bürgerschaft für die Zusammenarbeit der beiden Länder eingerichtet werden. Dieser Ausschuss soll die institutionalisierte Zusammenarbeit sicherstellen und kann die Potenziale weiterer Kooperationen ausloten.

Darüber hinaus soll auf Regierungsebene ein mit Exekutivrechten ausgestattetes Umsetzungsteam sowie begleitend ein Kooperationsrat, in dem auch wichtige Berater und Unterstützer z.B. aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Hochschulen mitwirken, eingerichtet werden.

## **Auswirkungen einer Länderfusion**

Die SPD befürwortet eine Vorgehensweise von unten, bei der die Länder ihr Interesse selbst in die Hand nehmen. Viele gut entwickelte und funktionierende Kooperationen könnten ein qualitativer Schritt hin zu einer Länderfusion darstellen. Wird diese angestrebt, könnte die staatliche Ebene von den Erfahrungen der Nordkirche profitieren. Ein breit getragener, demokratischer Prozess ist die Voraussetzung für die unbedingt notwendige hohe Akzeptanz einer Länderfusion in der Bevölkerung beider beteiligten Länder. Bedingung dafür ist jedoch auch, dass die geforderten Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass aus einer Fusion zweier Länder keine finanziellen und strukturellen Nachteile für das fusionierte Land entstehen. Dies muss bei den Neuverhandlungen des Länderfinanzausgleichs und der evtl. folgenden Föderalismuskommission III berücksichtigt werden. Eine Fusion darf auch keinesfalls zu Nachteilen für einzelne Regionen führen.

## **Fazit**

### **Allianz für einen starken Norden**

Nur im engen Schulterschluss Schleswig-Holsteins und Hamburgs nutzen wir unsere Chancen im nationalen und internationalen Wettbewerb. Eine Allianz für einen starken Norden öffnet Horizonte, schafft Mehrwert und ist gut für die Menschen. Wenn der Norden gemeinsam auftritt, stärkt dies seine Chancen im föderalen Wettbewerb, in Europa und darüber hinaus. Weitsichtige Politik in der zunehmenden Globalisierung und im verschärften Wettbewerb der Regionen erfordert den Blick über die Grenzen und politische Strategien, die sich nicht am administrativen Zuschnitt, sondern an den zusammengehörigen Wirtschafts- und Lebensräumen orientieren.

Die großen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte – demografischer Wandel, verschärfter Wettbewerb um die am besten Qualifizierten, Urbanisierung, Neuordnung der Energieversorgung, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – erfordern strategisches Denken und Handeln wie auch eine sehr viel engere Zusammenarbeit als bisher. Eine solche strategische Kooperation ist im Norden besonders dringlich. Ohne eine neue Qualität in der länderübergreifenden Zusammenarbeit könnte Norddeutschland im Wettbewerb der Regionen zurückfallen. Es gilt, strukturelle Standortnachteile gegenüber anderen europäischen Zentren gemeinsam abzubauen und die hierzulande besonders ausgebluteten Länder- und Kommunalhaushalte durch stärker gebündelte, effizientere Verwaltungen zu entlasten. Unsere besonderen Stärken müssen noch konsequenter zusammengeführt werden: die starken Wirtschaftszweige wie Medizintechnik, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, Logistik, Ernährung oder Tourismus, die Lage zwischen Nord- und Ostsee mit den leistungsfähigen Häfen und den Verkehrsbrücken nach Skandinavien oder auch unsere Vorteile bei der Standort- und Lebensqualität. Die sehr viel engere Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ist dabei besonders nahe liegend. Schon jetzt bilden beide Länder einen stark verflochtenen Wirtschafts- und Lebensraum, zu dem südlich der Elbe auch das westliche Mecklenburg und das nördliche Niedersachsen gehören. Schleswig-Holstein und Hamburg ergänzen sich auch bei Standortfaktoren, Lebensqualitäten und Mentalitäten.

Ein engerer Verbund im Norden könnte nicht nur die Haushalte entlasten, den gesamten Standort stärken und die Durchsetzung gemeinsamer Interessen erleichtern. Bei richtiger Ausgestaltung nützt er ganz direkt den Bürgerinnen und Bürgern: etwa durch angepasste Schulsysteme und Kindergartenversorgung, einen erweiterten Nahverkehrsverbund oder ein gemeinsames Baustellenmanagement für einen flüssigeren Verkehr. Im Wettbewerb der europäischen Regionen, auch um Fördermittel, muss Norddeutschland konkurrenzfähig bleiben. Dazu bedarf es einer koordinierten und kontinuierlichen europapolitischen Kooperation. Das Hanse-Office und die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg in den europäischen Gremien sind dafür eine gute Grundlage. Bei der Weiterentwicklung der Makro-Regionen Ostsee und Nordsee wird nur eine abgestimmte norddeutsche Strategie erfolgreich sein. Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein hat die Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“ beim schleswig-holsteinischen Landtag maßgeblich mit auf den Weg gebracht und sich enga-

giert an deren Beratungen beteiligt. Sie ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit insbesondere zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg → ergänzt um themenbezogene Kooperationen mit Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen → jetzt unverzüglich auf eine neue Stufe zu heben ist.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich für eine solche Kooperation seit langem mit Nachdruck eingesetzt. Unter den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen wurde bereits eine Reihe wichtiger gemeinsamer Projekte erfolgreich verwirklicht. Nachfolgende Regierungen haben diesen Weg programmatisch weiter unterstützt, jedoch kaum neue Akzente gesetzt; es fehlte eine klare Strategie. Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein schlägt daher in Abstimmung mit den Hamburger Sozialdemokraten eine neue Allianz für den Norden vor, die sofort und mit voller Kraft gestartet werden soll. Folgende Eckpunkte sind wichtig, damit rasch Ergebnisse erzielt werden können: Kern der Allianz sollten Schleswig-Holstein und Hamburg sein. Hier kann an zahlreiche Kooperationen angeknüpft werden. Themenweise muss zusätzlich der Schulterschluss mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen gesucht werden. Notwendig ist die zügige Verständigung auf eine gemeinsam getragene Kooperationsstrategie. Diese sollte Ziele, Schwerpunktbereiche, Umsetzungsschritte und Managementstrukturen für den Umsetzungsprozess definieren. Das kann aufgrund der zahlreichen Vorarbeiten rasch erreicht werden. Gutes Beispiel ist die bereits 1991 in einer gemeinsamen Sitzung der Landesregierung Schleswig-Holstein und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossene Umsetzung eines auch mit der Landesregierung Niedersachsens vereinbarten länderübergreifenden regionalen Entwicklungskonzeptes.

Als Ziel einer gemeinsamen Strategie sollte nicht ein abstrakter Nordstaat definiert werden, sondern die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraums. Dessen enger politischer Verbund ist durch Staatsverträge zu sichern, die auch durch die Parlamente legitimiert werden müssen. Ob daraus später eine Länderneugliederung entsteht, wird sich im Zuge der Umsetzungsfortschritte zeigen. Voraussetzung für eine Länderfusion ist die Veränderung der Rahmenbedingungen. Diese müssen so gestaltet werden, dass aus einer Fusion zweier Länder keine finanziellen und strukturellen Nachteile für das fusionierte Land entstehen. Das muss bei den Neuverhandlungen des Länderfinanzausgleichs und der evtl. folgenden Föderalismuskommission III berücksichtigt werden. Eine Fusion darf auch keinesfalls zu Nachteilen für einzelne Regionen führen. Die Auswahl der Handlungsfelder muss sich an den drängendsten Herausforderungen orientieren: Bewältigung des demografischen Wandels, Ausbau von Bildung und beruflicher Qualifizierung, gemeinsame Energiekonzeption mit dem Primat auf erneuerbaren Energien, klare Schwerpunktsetzungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie die Stärkung und Kooperation der Häfen.

Hinzu kommen eine übergreifende Regionalplanung und die konsequente Zusammenlegung aller Landesinstitutionen und -behörden, bei denen die Ortsnähe nicht entscheidend ist und durch deren Fusion mittel- und längerfristig erhebliche Kosten gespart werden können. Vorrangig sollten solche Projekte verfolgt werden, die zeitnah spürbaren Nutzen für die Menschen im Norden stiften. Dazu gehören vor allem auch die baldige Schaffung eines echten Nahverkehrsverbunds zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg sowie die Angleichung der Angebotsstrukturen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Für den Erfolg dieser Strategie entscheidend ist insbesondere ein zwar straffes, aber auch transparentes Umsetzungsmanagement, das alle wichtigen Akteure einbezieht.

Die Allianz für den Norden ist Chefsache. Sie muss von den Regierungschefs und den Parlamenten gewollt sein und engagiert vorangebracht werden. Nötig sind ferner ein mit Exekutivrechten ausgestattetes Umsetzungsteam auf Regierungsebene, ein aktives Gremium wie ein gemeinsamer Ausschuss auf Ebene der Parlamente sowie ein Kooperationsrat, in dem auch wichtige Berater und Unterstützer z.B. aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Hochschulen mitwirken. Ein solcher Kooperationsrat sollte bereits an der Erarbeitung der Strategie beteiligt werden und dann alle Umsetzungsschritte begleiten.

**Keine Kommentare**

## Flucht vor der Realität

*Zur Kritik des FDP-Bildungsministers an den Aussagen des SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig in einem Interview mit der BILD-Zeitung, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Bemerkenswert ist, dass Herr Klug völlig ignoriert, wie die Lebenswirklichkeit in manchen Orten, Stadtteilen oder Schulen des Landes ist. Er versteckt sich weiter hinter Statistiken, die nicht annähernd die erfahrene Realität

und die Lebenswirklichkeit junger Menschen abbilden.



In der Tat ist es so, dass ein Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt aus seiner täglichen Praxis nah an den Bürgerinnen und Bürgern mit anderen Zahlen operiert. Und dort gibt es diese Zahlen, die man kritisieren, aber nicht wegdiskutieren darf. Deswegen ist es auch keine Schwarzmalerei, wenn man Wahrheiten klar anspricht. Auf starke junge Menschen kommt es an, Herr Klug, nicht auf schöne Zahlen!

Eine Regierung, die glaubt, dass Bildung in erster Linie ein Haushaltsproblem sei, hat jede Legitimation verloren, über die Motivation junger Menschen zu reden.

**Keine Kommentare**

## Die lange Nacht der guten Bildung

Drei Themenblöcke diskutierte die SPD Barsbüttel auf ihrer „Langen Nacht der guten Bildung“. Jeweils etwa 30 Interessenten waren dabei. Etwas mehr Zulauf hätten sich die Organisatoren gewünscht, trotzdem zeigten sie sich zufrieden. Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Barsbüttler Gemeindevertretung: „Es war gut, mal so viel Zeit zu haben, um die Bildungsangebote in Barsbüttel gemeinsam mit Eltern und den Praktikern vor Ort zu diskutieren.“

Und Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ergänzt: „Es ist uns gelungen, wissenschaftliche Betrachtungen und landespolitische Vorhaben auf die örtliche Ebene herunter zu brechen.“ Fazit: Barsbüttel steht gut da, kann aber noch besser werden.

### **U3 und Kita**

Den Auftakt machte Dr. Inga Bodenbug; die Bildungsforscherin erklärte, wie Lernen funktioniert, unterstrich die Bedeutung der ersten drei Jahre in der Entwicklung eines Kindes („am wichtigsten ist der Anfang“) und erklärte die Bedürfnisse eines jungen Gehirns, das alles Darbotene und Erlebte wie ein Schwamm aufsaugt. Jedes Kleinkind sei auf persönliche Bindungen angewiesen und sollte viel Bewegung erfahren. Von diesen Überlegungen ausgehend beschrieb sie eine optimal ausgestattete U3-Gruppe, in der es beispielsweise mehrere von den Kindern selbst zu erklimmende Höhenebenen, viele Fenster und Gucklöcher geben müsse. Auch räumte sie mit dem Vorurteil auf, dass ein Kind am besten immer bei der Mutter sei: „Natürlich spielt die Mutter eine wichtige Rolle, aber jedes Kind kann sich leicht bis auf fünf Bezugspersonen einstellen. Selbst die beste Mutter kann nicht alles leisten, was ein gutes Team

leisten kann." Joachim Hahne, zuständig für die Barsbüttler Kindertagesstätten, konnte berichten, dass die meisten dieser Anforderungen in den Barsbüttler Einrichtungen umgesetzt werden. Er wünschte sich jedoch für seine MitarbeiterInnen mehr Zeit für Fortbildung und Supervision.

### **Grundschule und Hort**

Martin Habersaat, 1983-1987 selbst Schüler der Grundschule Barsbüttel, erläuterte eingangs einige Fachbegriffe, die mit der Entwicklung des Grundschulbereichs verbunden sind: verlässliche Grundschule, offene und gebundene Ganztagschule und Hort, um nur einige zu nennen. Reinhard Kuhl, Schulleiter der Grundschule Barsbüttel und seit bald 40 Jahren im Schuldienst, fasste seine Erfahrungen mit der Bildungspolitik der vergangenen Jahre zusammen und äußerte zwei Wünsche: Erstens solle mehr Wert auf Bildung und Erziehung in jungen Jahren gelegt werden, zweitens solle die Politik die Schulartempfehlung am Ende von Klasse vier abschaffen: „Da gibt es noch Haupt- und Realschulempfehlungen. obwohl es diese Schularten gar nicht mehr gibt." Regina Meyer-Brookman stellte das Konzept der Ampelmännchen vor, die in Kooperation mit der Grundschule die Ergänzungszeiten am Vormittag und die Betreuung am Nachmittag organisieren. Sie freute sich über das erfolgreiche Wachstum der Ampelmännchen in den vergangenen Jahren und hatte schon wieder neue Ziele: Künftig wollen die Ampelmännchen vermehrt Angebote für Eltern machen.



### **Erich Kästner Gemeinschaftsschule**

Das „längere gemeinsame Lernen" ist das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Individuelle Förderung und nicht das Sortieren von Schülern solle im Mittelpunkt pädagogischen Handelns stehen, beschrieb Martin Habersaat die Zielsetzung. In Barsbüttel findet das längere gemeinsame Lernen an der Gemeinschaftsschule statt. Schulleiter Hartmut Johann und sein Stellvertreter Thorsten Schöb-Marquardt erläuterten die wissenschaftliche Grundlage der Gemeinschaftsschule: Ausgangspunkt waren die PISA-Studien und Darstellungen von Prof. Andreas Schleicher. Die Erich-Kästner-Schule hat die notwendigen Konsequenzen aus den Studien gezogen und ein Konzept für langes gemeinsames Lernen umgesetzt. Mit großem Erfolg, wie auch die anwesenden Schüler des nächsten Abiturjahrgangs bestätigen. Hanser brachte es auf den Punkt: „Soziale Chancengleichheit führt bei einem fördernden und nicht selektierendem Schulwesen zu einer größeren Leistungsbereitschaft und -fähigkeit aller Bürger in unserer Gesellschaft. Diese benötigen wir, um unseren Lebensstandard in Deutschland halten zu können."

In den Pausen zwischen den Themenblöcken gab es die Gelegenheit für viele Gespräche unter den Anwesenden, bei einem Imbiss oder einem Glas Wein wurde manche Idee diskutiert und mancher Plan für die kommenden Monate geschmiedet. Fazit der SPD Barsbüttel: „Wir können uns gut vorstellen, das zu wiederholen."

[Fotoalbum](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 19.02.2012, 13:52 Uhr - 55558 Clicks - Nr. 8

## **Gas geben beim Netzausbau!**

*Zur Pressekonferenz am 16.02.2012 über den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:*

Die Windkraft boomt in Schleswig-Holstein und ist Schrittmacher der Energiewende in ganz



Deutschland. Damit die Windenergie, die heute schon fast die Hälfte des Nettostromverbrauchs in unserem Land erzeugt, beim Kunden ankommt, brauchen wir den beschleunigten Netzausbau.

Der Staat muss das Tempo beim Netzausbau vorgeben und darf nicht lapidar auf die großen Netzbetreiber verweisen.

Denn wenn der Netzausbau nicht schneller vorankommt, werden wir eine neue Debatte um die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke bekommen. Darauf warten die großen Energiekonzerne ja nur.

Neben den großen Stromtrassen von Nord nach Süd brauchen wir eine kluge Ausbaupolitik, die auf Finanzierungsmodelle bei den regionalen Netzen setzt – wie bei den Bürgerwindparks. Daneben sind regionale Stromnetze erforderlich, die Erzeugung und Nutzung zusammenführen und teilweise den Netzausbau ersetzen können. Auch die „Zwischenspeicherung“ von Windenergie über „Energiewasserstoff“ und die spätere Nutzung in Brennstoffzellen kann hier helfen. Wir brauchen die mittelständischen Unternehmen und nicht nur die großen Unternehmen, die ihre Vormachtstellung erhalten wollen.

Wir haben stets für mehr Mut und Tempo bei der Energiewende geworben - zu Recht! Mein Rat an Wirtschaftsminister de Jager ist daher: Denken Sie auch an mittelständische Lösungen und geben Sie Gas beim Netzausbau für die Energiewende!



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 08:20 Uhr - 9621 Clicks - Nr. 89

## **Ausbaues der B 404 zur A 21**

18. 2. 2012

SPD-Kreistagsfraktion Plön fordert vom Bund sichere Geh- und Radwegverbindungen im Zuge des Ausbaues der B 404 zur A 21

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt die Gemeinden des Barkauer Landes in ihrer Forderung, dass der Bund als Verursacher des Ausbaues der B 404 zur A 21 den vom A21-Bau betroffenen Gemeinden die Kosten für die Planung und Realisierung eines sicheren Straßen- und Wegesystems für die Abwicklung des nicht Autobahn tauglichen Verkehrs von der Hand halten so

In diesem Straßen- und Wegesystem ist ein im derzeitigen Planungsstadium nicht vorgesehenes an der geplanten Ortsverbindungsstraße zu führender, durchgängiger Geh-/ Radweg unverzichtbar, weil nur dieser eine sichere Verbindung von Dorf zu Dorf gewährleistet und das gefahrlose Erreichen von Bildungs-, Dienstleistungs-, Kultur- und Freizeitangeboten zu Fuß und per Rad ermöglicht.

Sichere zwischenörtliche Geh-/Radwegverbindungen gerade auch für Schulkinder müssen bei der weiteren Planung im Vordergrund stehen; darin waren sich der Arbeitskreis Siedlungsentwicklung des Bürgervereins „Barkauer Land e.V.“ und die SPD-Kreistagsfraktion nach einem Informationsgespräch über die Ausbaupläne zum Planfeststellungsabschnitt Nettelsee - Klein Barkau einig. Ersatz für den derzeit an der B 404 bestehenden, zukünftig aber entfallenden Geh-/Radweg ist damit für die Aufrechterhaltung des bestehenden und funktionierenden dörflichen Beziehungsgeflechtes der B 404-Gemeinden unverzichtbar.

Im Informationsgespräch wurde deutlich, dass sich die von der Planung betroffenen Gemeinden in den zurückliegenden Jahren sehr stark in die Planungsarbeit eingebracht haben, um ei-



nen regionsverträglichen B 404-Ausbau zu erreichen. In diesem Rahmen wurde eine Sparvariante für den in der Diskussion befindlichen sicheren Geh- und Radweg erarbeitet. Für deren Realisierung verbleiben aber nach Angaben des Landes wegen der bestehenden Förderrichtlinien für die betroffenen Gemeinden immer noch absolut nicht finanzierbare Eigenanteile von weit über 500.000 €.

Es kann aus Sicht der SPD-Fraktion nicht sein, dass durch den Bund Millionen für den sicherlich notwendigen Autobahnausbau ausgegeben werden, die Finanzierung sicherer Geh- und Radwegverbindungen aber den Gemeinden aufs Auge gedrückt wird.

Vor dem Hintergrund dieser inakzeptablen Situation fordert die SPD-Fraktion den Bund auf, das Ausbaukonzept zu modifizieren und die Finanzierung für einen Geh-/ Radweg entlang der Ortsverbindungsstraße in die Gesamtfinanzierung einfließen zu lassen. Einen entsprechenden Antrag wird die Fraktion im Zuge der Beratung zum Planfeststellungsverfahren in den Kreistag einbringen, erklären die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helga Hohnheit und Walter Riecken abschließend nach dem Informationsgespräch mit dem Arbeitskreis Siedlungsentwicklung des Bürgervereins „Barkauer Land e.V.“.

18.02.2012

Helga Hohnheit  
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende  
Dorfstr. 16  
24220 Boksee  
Tel. 04302 965955

Das Bild zeigt von links nach rechts:

Jürgen Plambeck, Kreistagsmitglied, Peter Steiner, Wulf Riethausen, beide Arbeitskreis Siedlungsentwicklung des Bürgervereins „Barkauer Land e.V.“  
Heidrun Clausen, Kreistagsmitglied und die stellvertr. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 12:01 Uhr - 21296 Clicks - Nr. 90

## Erfolgreicher Jahresempfang im Kreis SL-FL

Der SPD Kreisvorsitzende Ralf Wrobel konnte über 140 Gäste, Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Verwaltung und Politik aus dem Kreis Schleswig-Flensburg auf dem Jahresempfang in einem angenehmen Ambiente des Volkskundemuseum in Schleswig begrüßen.

Ein besonderes Anliegen für Ralf Wrobel war es, ein Dankeschön an die Gäste zu richten für ihren Einsatz im Kreis und für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr auszusprechen.

Mit Spannung wurde die Gastrede von Torsten Albig, Oberbürgermeister der Stadt Kiel und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 6. Mai 2012, erwartet. Torsten Albig ging u. a. auf den Rücktritt des Bundespräsidenten ein: „Wenn das Grundvertrauen verloren geht, wird es schwer sein, die repräsentative Politik zu erklären. Ein Amt, das Amt des Bundespräsidenten ist kein Job“. Thorsten Albig erklärte weiterhin seine Vorstellungen, wie die Bildung im Land Schleswig-Holstein finanziert werden könne. Dazu gehört, dass gute Haushalte in den nächsten Jahren begleitet werden. „Schleswig-Holstein hat es verdient, dass wir es stark machen“, so Albig.



Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion Ingo Degner wünschte allen Anwesenden eine guten Austausch beim anschließenden Büfett und endete die Grußwortenreihe mit einem Zitat von Mutter Teresa: „Du kannst Dinge tun, die ich nicht tun kann. Ich kann Dinge tun, die du nicht tun kannst. Zusammen können wir große Dinge tun.“

Das Duo „VielSaitig“ sorgte zwischen den Reden und Grußworten mit einem Feuerwerk aus Satire und humorvoller Musik für gute Stimmung.

Anschließend nutzten viele die Gelegenheit zum regen Austausch in lockerer Atmosphäre am und nach dem leckeren Büfett. Torsten Albig und die Direktkandidaten für die Landtagswahl Birte Pauls, Jens Maßlo und Ralf Wrobel führten mit allen Gästen angeregte Gespräche.

Bild: Kreisvorsitzender Ralf Wrobel, Spitzenkandidat Torsten Albig, Landrat Bogislav Tessen von Gerlach und Fraktionsvorsitzender Ingo Degner (v. l. n. r.)

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 12:06 Uhr - 29207 Clicks - Nr. 91

## **Das Land muss seine Verantwortung für die AKN ernst nehmen!**

Die SPD-Landtagsfraktion hat stets die Bedeutung der AKN als wichtiges regionales Bahnunternehmen der Länder Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg betont. Daraus rührt eine besondere Verantwortung der Landespolitik.

Die AKN ist im Hamburger Rand ein unverzichtbares Eisenbahnunternehmen für Schleswig-Holstein. Steigende Fahrgastzahlen insbesondere auf der Stammstrecke Neumünster-Hamburg bestätigen dies. Das wurde beim Besuch der Wirtschaftspolitikerinnen und -politiker der SPD-Landtagsfraktion am 15.02.2012 in Kaltenkirchen deutlich.

Allerdings gilt auch: Obwohl Minderheitsgesellschafter, trägt das Land rund drei Viertel der anfallenden Kosten. Auf die Fahrgeldeinnahmen hingegen hat das Land keinerlei Einfluss, da diese auf dem von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen HVV-Tarif fußen.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Regina Poersch, erklärt nach dem Besuch:

„Ein Verkauf der schleswig-holsteinischen Anteile an der AKN kommt aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion unter den gegebenen Bedingungen nicht in Betracht. Die Verkaufsabsichten der Landesregierung teilen wir nicht. Das Land Schleswig-Holstein trägt Verantwortung für die mehr als 300 Beschäftigten bei der AKN. Dies gilt nicht nur für die Verkaufsabsichten der Landesregierung, sondern auch für eine etwaige Trennung von Netz und Betrieb. Auch die Infrastruktur, in die in den letzten Jahren massiv investiert wurde, muss in Landesbesitz verbleiben. Die in naher Zukunft anstehenden Investitionen (zum Beispiel Anschaffung neuer Fahrzeuge, Elektrifizierung) müssen sichergestellt werden.“

Der SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Segeberg-West, Stefan Weber, der an dem Besuch teilnahm, schloss sich der Auffassung an und sagte: „Ein kurzfristiges Haushalts-Einnahmepplus durch den Verkauf der Landesanteile steht in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch den Wegfall des politischen Einflusses entstünde.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 12:44 Uhr - 10948 Clicks - Nr. 92

## **Diskussion um Wege aus der Finanz- und Eurokrise**

### **Ralf Stegner zu Gast in Ahrensburg**

Am kommenden Montag, dem 27. Februar, lädt der SPD-Landtagskandidat Tobias von Pein zu

einer Diskussion zum Thema Finanz- und Eurokrise ins Peter-Rantzau-Haus. Zu Gast werden Ralf Stegner, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, sowie Carsten Sieling aus Bremen, Mitglied des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag und vehementer Vertreter einer Finanztransaktionssteuer, sein.



An diesem Abend wird es einerseits um die aktuelle Situation der Krise gehen und welche Auswege es aus sozialdemokratischer Sicht geben kann. Die Situation Griechenlands wird dabei voraussichtlich eines der Schwerpunktthemen sein. Hier hofft der Landtagskandidat Tobias von Pein auf ein Umdenken in der großen Politik: „Die bisherige Griechenlandpolitik setzt zu einseitig auf immer neue Sparpakete, vernachlässigt das Wachstum und ignoriert die wahren Ursachen.“ Er freut sich auf einen spannenden Abend mit zwei interessanten Referenten.

Die Diskussion mit Ralf Stegner und Carsten Sieling geht los um 19:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str.9.

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 20:46 Uhr - 5270 Clicks - Nr. 93

## **Aufruf zur Schweigeminute**

AfA Schleswig-Holstein und der DGB rufen zu einer Schweigeminute gegen Rechts auf AfA-Landesvorstand ruft alle ArbeitnehmerInnen auf sich an der Schweigeminute am Donnerstag, 23. Februar 2012 um 12.00 Uhr zu beteiligen.

AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädler:

"Im stillen Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden, der Trauer und des Mitgeföhls.

Ein Zeichen der Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus und ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands."

Sorgen wir alle dafür, dass auch am 6.Mai keine Nazis in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einziehen werden und die NPD endlich verboten

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 21:42 Uhr - 10731 Clicks - Nr. 94

## **25 Jahre Palme-Preis: Festredner Olaf Scholz**

Kriegerische Auseinandersetzungen, terroristische Aktivitäten, Hunger und Elend in den Entwicklungsländern, die weltumspannende Finanz- und Schuldenkrise lassen die politischen Ziele Olof Palmes heute aktuell wie eh und je erscheinen. Zum Gedenken an den großen Schweden verleiht die SPD Stormarn seit 1987 den Olof-Palme-Friedenspreis, der sich an Vereine, Verbände oder einzelne Personen aus Stormarn richtet, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen engagieren.

Der Preis ist eine Anerkennung und Ehrung, er soll zur Nachahmung und zum Weitermachen anregen.

Initiiert wurde der Friedenspreis vom SPD-Kreisvorstand in den Wochen nach der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme am 28. Februar 1986. Von Palme stammt

auch das Zitat, das in diesem Jahr die Einladungen zielt: „Politik heißt: etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phantasie und Handlungskraft nähren, Träume und Visionen anregen.“

Nominiert sind: Das Antirassistische Bündnis Stormarn; Frauen Helfen Frauen e.V.; Bella Donna e.V. und Dagmar Greiß; Oldesloer Tafel EFA e.V. und Ilse Siebel; Gärten der Begegnung, Ahrensburg und Jürgen Martens; Hand in Hand e.V., Bad Oldesloe; Schönberger Freundeskreis Sieraków e.V.; Bürgerinitiative gegen Rechts, Glinde; Dr. Rolf Bettaque von Kontakt - Initiative gegen Sucht und Gewalt in Stormarn e.V.; Gerhard Ehlers, Vorstandsmitglied Förderkreis Norddeutschland von Oikocredit; Dr. Wolfgang Beutin, Schriftsteller.



### **Die Preisverleihung findet statt am Dienstag, dem 28. Februar 2012, um 18.00 Uhr**

im Schloss Reinbek (Schlossstraße 5 21465 Reinbek). Empfang im Gartensaal, Preisverleihung im Festsaal. Folgender Ablauf ist geplant:

#### **Begrüßung:**

Martin Habersaat, MdL, Vorsitzender der SPD Stormarn

#### **25 Jahre Olof-Palme-Friedenspreis:**

Franz Thönnies, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

#### **Festrede:**

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

#### **Laudatio:**

Cord Denker, Mitglied des Kuratoriums

#### **Musik:**

Janice Harrington und Dylan Vaughn

Anmeldungen bis zum 24. Februar 2012: SPD Stormarn, Lübecker Straße 35, 23843 Bad Oldesloe, Tel.: 04531-188365, Fax: 04531-188366, KV-Stormarn@spd.de, www.spd-stormarn.de.

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.02.2012, 22:32 Uhr - 5396 Clicks - Nr. 95

## **Neuer Vorstand bei der AG 60plus**

Die Mitglieder der AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn wählten am 15. Februar in einer Vollversammlung im Bürgerhaus Delingsdorf ihren neuen Vorstand. Wahlberechtigt waren dabei nur Mitglieder der SPD, in der AG mitarbeiten kann aber jede/r. „Und viele Menschen ohne Parteibuch tun das bereits“, freut sich der alte und neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Jürgen Schneider aus Bad Oldesloe.

Die weiteren Wahlergebnisse: Stellvertretende Vorsitzende wurden Lieselotte Jürgensen aus Bargtheide und Niels-Peter Horn aus Delingsdorf, Schriftführerin Angela Batty aus Grande. Beisitzer wurden Antje Klintzsch aus Bargtheide und Gerd Brüning aus Delingsdorf.

„Wir können sehr zufrieden sein, unser Programm wird angenommen. Wir haben viele Stammgäste. Das beweist, dass auch die Teilnehmer zufrieden sind,“ bilanzierte Niels-Peter Horn die ersten zwei Jahre der jungen Arbeitsgemeinschaft. Das Vorstandsteam könne sich aufeinander verlassen, alle ziehen mit. „Nur so war es möglich in nur zwei Jahren diese AG so weit zu bringen,“ lobt Jürgen Schneider sein Team.

Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hatte als Kreisvorsitzender der SPD Stormarn 2010 den Anstoß zur Gründung der AG gegeben. Auch er ist zufrieden: „Der demographische Wandel bringt es mit sich, dass wir alle älter werden - und das ist gut so. Ich freue mich, dass die SPD in ihren Parteistrukturen darauf reagiert.“



Die AG 60plus dient der politischen Willensbildung der Senioren in der SPD. Die Teilnahme von politisch interessierten aber parteilosen Bürgern ist erwünscht. Die AG 60plus veranstaltet „Bunte Nachmittage“ und gemeinsame Ausflüge. Weitere Informationen siehe [www.spd-net-sh.de/stormarn/60plus/](http://www.spd-net-sh.de/stormarn/60plus/).

Kontakt Jürgen Schneider: 04531/84603 oder [juergen.schneider@spd-badoldesloe.de](mailto:juergen.schneider@spd-badoldesloe.de).

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.02.2012, 19:20 Uhr - 19073 Clicks - Nr. 96

## **Das Mitteilungsblatt „KV Intern“ des Kreisverbandes SL-FL ist erschienen**

Dieses Mitteilungsblatt wird regelmäßig herausgegeben und wird allen Ortsvereinen und Mitgliedern im Kreis Schleswig-Flensburg zur Verfügung gestellt.  
Hier der Inhalt:

[KV Intern Februar 2012](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 21.02.2012, 19:21 Uhr - 13304 Clicks - Nr. 97

## **Barrieren in den Köpfen überwinden**

### **Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen**

„Mittendrin statt nur dabei“ - unter diesem Motto hatte der Stormarner Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies seine aus Sachsen-Anhalt angereiste Kollegin Silvia Schmidt, die Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, in die Begegnungsstätte Neuschönningstedt nach Reinbek eingeladen, um über die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu sprechen. Diese wird durch eine UN-Konvention von 2006 verlangt.



Die Behindertenrechtskonvention konkretisiert die Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen. Sie zeigt: In vielen Bereichen ist ein Umdenken notwendig.

Franz Thönnies begleitete in seiner Amtszeit als Parlamentarischer Staatssekretär selbst den Entwicklungsprozess und die Unterzeichnung der Konvention in New York, die gemeinsam mit den Verbänden Betroffener erarbeitet wurde. „Es wurde nicht ohne sie über sie geredet!“, so Thönnies. Die wichtigste Aussage: Menschen mit Behinderungen sollen am gesamten gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und selbst bestimmen, wo sie leben und arbeiten.

Silvia Schmidt zeigte auf, welche Handlungsfelder in den kommenden Jahren anstehen. „Ob Kindergarten, Schule, Wohnung oder Arbeit - um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen, ist viel zu tun.“ Ein wichtiges Prinzip sei, dass die Unterstützungsangebote zu den Menschen kommen müssen, ein wichtiger Baustein das „persönliche Budget“, eine alternative Leistungsform zu Sach- und Dienstleistungen. Behinderte Menschen erhalten Geld oder Gutscheine, damit kaufen sie sich selbst die Leistungen ein, wie zum Beispiel Assistenz. Positive Folgen: Mehr Selbstbestimmung, mehr Selbständigkeit, mehr Selbstbewusstsein. (Mehr Informationen: <http://www.budgetaktiv.de/>)

Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, moderierte die Diskussion. Gerade am Beispiel des Bildungswesens wurde deutlich, wie gewaltig der Paradigmenwechsel ist: Förderschulen sollen nach und nach zu „Schulen ohne Schüler“ werden und Schüler mit besonderem Bedarf an Regelschulen unterrichtet. Das Ziel heißt ‚Inklusion‘. Habersaat: „Schleswig-Holstein ist da schon weit, hat aber auch noch einen langen Weg vor sich. Die Regelschulen müssen entsprechend ausgestattet sein. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder optimal gefördert werden.“ Gerade die Reinbeker Grundschulen seien auf diesem Weg Vorreiter gewesen.

Volker Müller, Fraktionsvorsitzender der SPD in Reinbek und Ursula Brandt, Behindertenbeauftragte Reinbeks, machten deutlich, dass sich auch auf kommunaler Ebene noch eine Menge tun muss. Barrierefreie Straßen und Ampelschaltungen einerseits, ein anderes Denken in den Verwaltungen andererseits. Auch seien die Kommunen als Arbeitgeber, was die Einstellung von Menschen mit Behinderungen angeht, nicht so vorbildlich, wie sie sein könnten. Müller: „Vielerorts fühlt man sich unsicher, weil das Wissen fehlt.“ Das bestätigte Ursula Brandt: „Viele Menschen kennen die Einrichtung der behindertenbeauftragten auch noch nicht – daran arbeiten wir.“ Am Ende waren sich alle Teilnehmer einig: „Es müssen auch viele Barrieren in den Köpfen überwunden werden!“

Foto: Volker Müller, Martin Habersaat, Silvia Schmidt, Franz Thönnies, Ursula Brandt

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.02.2012, 19:24 Uhr - 21224 Clicks - Nr. 98

## **SPD setzt auf Bildung als Zukunftschance**

Der Ortsverein Steinbergkirche diskutiert mit Ralf Stegner und den lokalen SPD-Landtagskandidaten Ralf Wrobel und Jens Maßlo

Der Saal im Steinberger Hof ist gut gefüllt. Eifrig läuft das Personal umher und sorgt für Getränke, bevor es endlich losgehen kann. Die SPD hat geladen und knapp 50 Bürger haben den Weg hierher gefunden, um zu sehen, was die Partei, die gute Aussichten hat, den ersten SPD Ministerpräsidenten seit Heide Simonis zu stellen, inhaltlich so zu bieten hat.



Und das hat es in sich. Ohne lange Vorreden und müdes Geplänkel erklärt Landes- und Fraktionschef Ralf Stegner, was die SPD von „den anderen“ unterscheidet. Natürlich will auch die SPD den Haushalt stabilisieren, da führt kein Weg

dran vorbei. Aber nicht als Selbstzweck, sondern um wieder Handlungsfähigkeit zu erlangen. Ein Wort, was noch öfter an diesem Abend fallen wird.

Doch am häufigsten wird die Frage gestellt, was eigentlich gerecht sei. Und hier liegt auch schon die Kernaussage, die Stegner gerne und oft wiederholt. Es muss gerecht zugehen im Land. Die Zuhörer im Saal nicken bestätigend. Vereinzelt ist auch ein „Jawoll“ und „Da müssen wir wieder hin!“ zu vernehmen.

Und Stegner macht deutlich, dass es nicht gerecht ist, wenn die schwarz-gelbe Koalition im Bund mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition in Kiel die Steuer für die Hoteliers senkt. Die Gelder fehlen nun in Schleswig-Holstein und wenn die jetzige Regierung sagt die SPD rechne sich das Leben schön und die Pläne seine alle finanziell nicht gedeckt, dann gehört auch das mit zur ganzen Wahrheit.

Das jedoch am Meisten bemühte Wort des Abends ist wohl der Begriff Bildung. Denn nur wenn den jungen Menschen Bildungsmöglichkeiten gegeben werden, können Sie sich aus der Armutsfalle befreien. Und das dafür benötigte Geld ist gut investiert: Denn jeder Mensch, der aufgrund einer guten Bildung später einen vernünftig bezahlten Arbeitsplatz erhält – hier hält Stegner inne und erinnert daran, dass man hier nicht von 3,50 € sondern von mindestens 8,50 € Mindestlohn spreche – sorgt dafür dass er einerseits keine Transferleistungen vom Staat beziehen muss und zahlt obendrein noch Steuern, die wiederum dem Staat zu Gute kommen. Das System, wenn es denn erst einmal etabliert ist, trägt sich also selbst.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedenste Themen aufgegriffen, das Schulsystem, die Arbeitnehmerrechte und, und, und. Alles Dinge, die die SPD in einer neuen Regierung anpacken wird. Und das hier eben nicht „die da oben“ sitzen, sondern in der SPD auch Politik zum Anfassen gemacht wird, wird deutlich, als es um regional bedeutende Themen wie Windkraft und Biogasanlagen geht.

Es wird schnell klar. Hier sitzen Kandidaten zum Anfassen, die obendrein ein stimmiges Programm hinter sich haben.

Nach knapp 2 ½ Stunden ist die Veranstaltung zu Ende. Nicht ohne, dass sich jeder noch einmal bei Ralf Stegner für den Vortrag bedankt hat und den Kandidaten seine/ihre Unterstützung mit auf den Weg gegeben hat.

Der Wahlkampf ist in Angeln angekommen. Und die SPD ist Guter Dinge!

Clemens Teschendorf  
Stv. Vorsitzender  
OV Steinbergkirche

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 22.02.2012, 10:07 Uhr - 9219 Clicks - Nr. 99

## **Region stärken für Wirtschaft und Arbeit**

Unternehmensverband Ostholstein-Plön  
SPD-Kreistagsfraktion Plön

21. 2. 2012

Gespräch: Unternehmensverband Ostholstein-Plön e.V  
mit der SPD-Kreistagsfraktion Plön:

Region stärken für Wirtschaft und Arbeit

Zu einem gemeinsamen Meinungsaustausch trafen sich der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen und seine Stellvertreter Helga Hohnheit und





Walter Riecken, Heidrun Clausen, die Landtagsabgeordnete Anette Langner und der Vorstandsvorsitzende des Unternehmensverband Ostholstein-Plön, Werner Süß, sowie der Geschäftsführer Eberhard Rauch.

Die Fehmarnbelt-Querung war ein Thema der Beratung und wurde von beiden Seiten als sehr positiv bewertet. Die Region wird davon profitieren und wird sich weiter aktiv an den Planungen beteiligen. Insbesondere für den Kreis Plön ist eine starke Einbindung wichtig, um die wirtschaftliche Entwicklung auszubauen, ausdrücklich auch im Hinblick auf den Bundeswehrstandort Lütjenburg. Der Unternehmensverband hat hier einige Aktivitäten gestartet, insbesondere im touristischen Bereich, was sehr begrüßt wurde. Die geografische Lage des Kreises ist prädestiniert für eine Anwerbung von Tagesgästen und Kunden für Tagungen. Weitreichend und notwendig ist noch eine bessere Vernetzung der Entscheidungsträger, um optimale Ergebnisse zu erzielen.

Eine große Übereinstimmung zwischen den Gesprächspartnern gab es bei der Wirtschaftsförderung. Für die SPD gilt es vor allem, die Kiel-Region zu stärken, um als starker Partner gegenüber dem südlichen Schleswig-Holstein aufzutreten. Der Unternehmensverband verfolgt ein gemeinsames Vorgehen in der ganzen Region zwischen Kiel und Lübeck. Positiv wurden die Initiativen der Landrätin, Frau Ladwig, und des Kreistages aufgenommen, ein Strategiepapier zur Weiterentwicklung des Kreises zu gestalten, um konkurrenzfähig zu bleiben, denn es liegt in der Verantwortung des Kreises, neue Strategien z.B. zur Wirtschaftsförderung zu entwickeln. Hier werden zahlreiche Foren unter Beteiligung aller relevanten Gruppen durchgeführt. In einer Bestandsaufnahme müssen Schwächen und Stärken des Kreises herausgearbeitet werden und die Frage aufgeworfen werden, wo der Kreis Plön seine Entwicklungsmöglichkeit hat. Daher muss der Kreis seine Stärken neu formulieren und weiterentwickeln, um sich auch positionieren zu können. Dadurch kann er sich auch zukünftig neu auftretenden Herausforderungen stellen und diese erfolgreicher bewältigen.

Ein weiteres Thema des Gesprächs war die bessere Einbindung des Regionalen Berufszentrums in die Ausbildung im Kreis Plön. Ein Hochqualifiziertes Team von Lehrern bildet Schülerinnen und Schüler aus. Hier ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schule unerlässlich, um den Nachwuchs optimaler zu fördern. Durch den demografischen Wandel ist es unerlässlich, dringend benötigte Fachkräfte und Nachwuchs zu gewinnen und zu qualifizieren. Daher ist es notwendig, im Bereich der beruflichen Bildung alle Ressourcen zu mobilisieren, damit genügend in den nächsten Jahren genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Die Vertreter des Unternehmensverbandes begrüßten den Ausbau der Windenergie und betonten, dass auf diesem Feld sich bald ein enormes Exportvolumen ergibt, von dem finanziell profitiert werden kann. Hier gilt es, die durch die erneuerbaren Energien zu erwartenden Wertschöpfungen in der Region zu stützen und zu fördern.

Abschließend wurde vereinbart, die Gespräche fortzusetzen und sich auch zukünftig über Themen zu unterhalten, die für die Region wirtschaftlich von Wichtigkeit sind.

Foto: die Kreistagsabgeordnete Heidrun Clausen, der Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Eberhard Rauch, Fraktionsvors. Lutz Schlüsen, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön, Werner Süß, Anette Langner, MdL und die stellvertr. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 22.02.2012, 16:58 Uhr - 4862 Clicks - Nr. 100

## Finanzkonzept der SPD

Wie gehen wir verantwortungsvoll mit den Steuern der Bürger um. Wie kommen wir von den hohen Schulden herunter, ohne wichtige Investitionen zu gefährden. Wir verbessern wir die Einnahmen, ohne die Bürger zu überfordern. Wie schaffen wir mehr Verlässlichkeit in den Quickborner Finanzen. Über all das hat die SPD Quickborn auf ihrer Klausur in Malente nachgedacht. Lesen Sie unser Konzept.



## Finanzkonzept der SPD Quickborn

Entwickelt und beschlossen auf der Fraktionsklausur vom 27.-29.01.2012 in Malente

### 1. Rahmenbedingungen

Wir haben 2012 erstmals seit Einführung der Doppik einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. 2013 wird uns das voraussichtlich nicht mehr gelingen.

Unser Ergebnishaushalt wird voraussichtlich wieder defizitär sein, d.h. städtisches Vermögen wird verzehrt.

Die Verschuldung Quickborns bewegt sich auf Rekordniveau – die Liquidität ist aber nach wie vor (verglichen mit anderen Städten und Gemeinden) sehr gut.

### 2. Grundsätze der Finanzpolitik

An dem von allen Fraktionen gemeinsam beschlossenen Ziel, einen über die Jahre 2012 bis 2021 im Saldo mindestens ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu haben, hält die SPD uneingeschränkt fest.

Die SPD wird sich auch weiter an interfraktionellen Gesprächen über die Haushaltssanierung beteiligen. Sinnvolle Arbeitsergebnisse wird die SPD mittragen. Die folgenden Grundsätze sind deshalb als Vorschläge, nicht als Dogma zu verstehen.

Mittel der Haushaltssanierung und Haushaltskonsolidierung müssen eine strenge Ausgabendisziplin und die Steigerung der städtischen Einnahmen sein. Abgabenerhöhungen in moderatem Umfang werden auch künftig erforderlich sein.

### 3. Ausgaben

#### 3.1. Investitionen

Investitionen belasten den Ergebnishaushalt weniger als „konsumtive“ Ausgaben. Gleichwohl leidet unter der hohen Verschuldung die Liquidität der Stadt, so dass auch manche Investitionen hinterfragt werden können.

Die Investitionsplanung ist aber in den letzten Jahren bereits so stark abgeschmolzen worden, dass die SPD hier kein großes Einsparpotential sieht. Die verbleibenden Einsparpotentiale sollten ausgeschöpft werden.

Die Sanierung des Schulzentrums Süd muss jedoch stattfinden und (schon aus Effektivitätsgründen) den Neubau einer Aula und Mensa einschließen. Sofern die Kosten der Sanierung des Elsenseegymnasiums dazu führen, dass ein ausgeglichener Haushalt unmöglich wird, erscheint denkbar, Abgabenerhöhungen zur Sicherung dieses Projekts durchzuführen.

#### 3.2. Verwaltungskosten

Im Bereich der Verwaltungskosten muss das Einsparpotential sinnvoll ergründet werden. Übertragungen von Aufgaben der Verwaltung auf (ggf. neu zu gründende) Verwaltungsgemeinschaften wie z.B. Zweckverbände sind zu prüfen und auf deren Einsparpotential hin zu untersuchen. Das Erfolgsmodell der IT-Kooperation kommun.it kann hierfür beispielgebend sein.

Im Bereich der Personalkosten kann auch ein Optimierungspotential liegen, was jedoch bislang kaum ermittelt ist. Es erscheint denkbar, den Personaleinsatz zielgerichteter zu gestalten. Potentiale für einen effektiveren Einsatz des Personals sind durch einen externen Berater zu ermitteln. Künftige Einsparungen und Leistungssteigerungen rechtfertigen die entstehenden Kosten.

In der Kämmererei ist ein Controlling/eine Kosten-Leistungs-Rechnung zu installieren, mit deren Hilfe weitere Spar- und Effektivierungspotentiale ermittelt werden können.

Der Finanzausschuss ist abzuschaffen – seine Zuständigkeiten sind an den dann öffentlich tagenden Hauptausschuss zu übertragen.

### 4. Einnahmen

Zur Sicherung der Sanierungsarbeiten im Schulzentrum Süd / Elsenseegymnasium erscheint denkbar, die Gewerbesteuer bis auf 298 Punkte anzuheben und auch die Grundsteuer moderat

(z.B. um zehn Punkte) zu erhöhen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass ansonsten die Sanierungsmaßnahmen einen ausgeglichenen Haushalt unmöglich machen.

Die Kitagebühren sollten an einen Rentenindex gekoppelt werden. D.h. parallel zu den Renten sollten auch die Kita-Gebühren steigen. Das langfristige Ziel, Kitas kostenfrei anzubieten, sollte nicht aus den Augen verloren werden, jedoch ist das unter der gegenwärtigen Haushaltslage nicht zu realisieren.

Die übrigen städtischen Leistungsentgelte, Gebühren und Abgaben, wie Hundesteuer, Freibadpreise, Büchereigebühren, VHS-Entgelte und so weiter sollten an den Lebenshaltungskostenindex des statistischen Bundesamtes gekoppelt werden. Wenn dieser um mindestens 5 Prozent steigt, sollten auch die Gebühren um 5 Prozent steigen. In Gebührensatzungen ist ein Automatismus vorzusehen, der verhindert, die Gebührendiskussion immer wieder neu zu führen.

Ein Planwertausgleich für Grundstückswerterhöhungen im Rahmen städtischer Planungen sollte endlich eingeführt werden.

An der Politik eines langsamen Wachstums der Stadt wird festgehalten.

#### 5. Zusammenfassung: Die wichtigsten Bausteine der Haushaltskonsolidierung

##### a) Verringerung der Ausgaben durch

- Nutzung der Einsparpotentiale bei Investitionen
- Ermittlung von Effektivierungspotential bei Verwaltungskosten durch externen Berater
- Einführung eines Controllings / einer Kosten-Leistungs-Rechnung

##### b) Erhöhung der Einnahmen durch

- zweckgebundene (ESG) Erhöhung von Gewerbesteuer- und Grundsteuer, falls erforderlich
- Kopplung der Kita-Gebühren an Rentenindex
- Kopplung der anderen Entgelte und Gebühren an Lebenshaltungskostenindex
- Planwertausgleich

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.02.2012, 18:40 Uhr - 7192 Clicks - Nr. 101

## **Mehr Studierende – mehr Chancen!**

*Landtagsrede in der Aktuellen Stunde am 22. Februar 2012*

[Rede frei gehalten, daher Abweichungen vom Entwurf]

Die Kultusministerkonferenz hat ihre Prognose für die Studienanfängerzahlen fortgeschrieben und nach oben korrigiert. Die Gründe dafür sind nicht überraschend. Es ist positiv, dass sich mehr junge Menschen als in der Vergangenheit und als vorausgesagt auf einen Weg im allgemein bildenden und beruflichen Schulsystem gemacht haben, der zur allgemeinen oder zur Fachhochschulreife führt.

Dazu kommt als weiterer Faktor besonders die Aussetzung der Wehrpflicht; Studium statt Stahlhelm ist die bessere Alternative. Und dazu kommen in Schleswig-Holstein und anderen Ländern die doppelten Abiturjahrgänge.

Für Schleswig-Holstein bedeutet das konkret, dass wir bis 2025 jedes Jahr zwischen 10.000 und 12.300 Studienanfänger an unseren Hochschulen begrüßen werden. Der Gipfelpunkt wird dabei 2016 wegen des doppelten Abiturjahrgangs erreicht sein, danach gehen die Zahlen leicht zurück. Außer im laufenden Jahr bedeutet das gegenüber der Prognose von 2009 jährlich zwischen 100 und 1.700 Studienanfängern zusätzlich.

Wir sollten dies nicht mit Wörtern wie Studierendenschwemme oder Sintflut oder dergleichen abtun. Schleswig-Holstein hat zu wenige Fachkräfte mit Hochschulqualifikation. Also sollten wir

die Lage als Chance begreifen, die gestaltet werden muss.

Dazu kommt nur noch ein zweiter Faktor, der unsere Hochschulen teurer machen wird, aber ohne dass sich dadurch die Lehre qualitativ oder quantitativ irgendwie verbessern wird: Das Bundesverfassungsgericht hat zum Thema der Professorenbesoldung ein Urteil gesprochen, das alle Bundesländer betrifft und das im Landeshaushalt einen zweistelligen Millionenbetrag auslösen könnte.

Zwar liegt Schleswig-Holstein bei der Professorenbesoldung nach den Zahlen des Deutschen Hochschulverbandes keineswegs besonders weit hinten, aber wir werden nicht nur bei der Besoldungsstufe W2 Geld in die Hand nehmen müssen, sondern wegen des Abstandsgebotes auch bei W3 und W1.

Wir setzen hier auf eine intensivere finanzielle Beteiligung des Bundes. Der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Entwicklung und die Exzellenzinitiative werden in der nächsten Legislaturperiode auslaufen. Dann brauchen wir eine verlässliche Beteiligung des Bundes.

Gute Ausbildung in der Breite und Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung werden nur möglich sein, wenn es uns gelingt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch, die deutschen Hochschulausgaben mindestens auf den OECD-Schnitt (1,5% des BIP, D: 1,2%) zu bringen.

Wenn der Bund sich nach Abschaffung des Kooperationsverbots, in dieser Forderung sind wir uns hier ja einig, dann an einer auskömmlichen Grundfinanzierung beteiligt, dann können Kanzlerin und Minister\_innen von mir aus reihum jährlich mit einem neuen Ehrendoktor ausgestattet werden.

Die meisten Hochschulen sind auf einem guten Weg, was die Einwerbung zusätzlicher Mittel angeht. Natürlich haben die technisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche mehr Möglichkeiten als die Geisteswissenschaften, Drittmittel seitens der Wirtschaft einzuwerben. Aber man darf ja nicht übersehen, dass auch die Forschungsinstitutionen ziemlich gewaltige Summen bewegen. Allein die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat einen Jahresumsatz von ca. 2,3 Milliarden Euro.

Seit Mitte der 90er Jahre ist in Deutschland der Drittmittelanteil von 11% auf 20% angewachsen. Das führt zu Verschiebungen, die teilweise zu Lasten der Lehre gehen.

Wir müssen die Unterfinanzierung überwinden und verlässliche Finanzstrukturen schaffen. Ein Hoffen auf den demografischen Wandel reicht nicht, weil wir die Zahl der Hochschulabsolventen steigern wollen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einige Dinge erneut betonen, die für uns nicht als Lösungswege in Frage kommen:

Ein unter Zwang vorgelegtes Hochschulkonzept der Landesregierung, das nach einem Jahr schon wieder Makulatur ist.

Die von Schwarz-Gelb erst spät verworfene Überlegung, im Rahmen des Hochschulpaktes neue Studienplätze an andere Bundesländer abzutreten.

Wir werden nicht von unserer Überzeugung abgehen, dass die Ausbildung bis zum ersten Studienabschluss einschließlich Master gebührenfrei sein soll.

Der bundesweite Zug in Richtung Studiengebühren rollt mittlerweile mit Volldampf zurück, und das ist auch gut so.



Wir wollen keine Hochschulen schließen, auch nicht in Flensburg und Lübeck.

Und wir wollen eigentlich keinen Wissenschaftsminister, der im Bildungsausschuss öfter fehlt als er anwesend ist und dessen Partei sich dem Dialog mit den Hochschulen im eigens dafür geschaffenen Gremium konsequent verweigert.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.02.2012, 19:00 Uhr - 7902 Clicks - Nr. 102

## Gutes Regieren in guter Nachbarschaft

Nicht in Kiel, sondern in Pinneberg tagte in dieser Woche der geschäftsführende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Aus gutem Grund: Die Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“, die der Landtag vor zwei Jahren auf Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt hatte, hat ihren Abschlussbericht vorgelegt.



Dieser Bericht wurde zum Anlass genommen, im Hotel Cap Polonio mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Dr. Andreas Dressel, über die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg zu sprechen.

Fazit: Die SPD ist auf beiden Seiten an guter Zusammenarbeit der Bundesländer, die Probleme löst, interessiert. Ralf Stegner: „Das ist schon kurios: Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz nimmt eine Einladung zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit Schleswig-Holstein an, aber auf parlamentarischer Ebene wird eine gemeinsame Sitzung von Schwarz-Gelb verhindert. Wir haben verabredet, dass wir Empfehlungen des Enquete-Berichts aufgreifen und abarbeiten. Wir werden den von uns vorgeschlagenen gemeinsamen Ausschuss der beiden Parlamente nach der Landtagswahl auf den Weg bringen.“

Andreas Dressel ergänzte: „Die aktuelle Absage aus Kiel für ein informelles Zusammentreffen von Parlaments- und Fraktionsspitzen ist für uns nicht nachvollziehbar. Offenbar war in den Drehbüchern mancher Wahlkämpfer in Kiel ein weitreichendes parlamentarisches Kooperationsangebot aus Hamburg nicht vorgesehen, weil man dort lieber das Märchen erzählt, Hamburg wolle keine vertiefte Zusammenarbeit. Auf Regierungsseite hat unser Bürgermeister die Einladung des Ministerpräsidenten für eine gemeinsame Kabinettsitzung selbstverständlich angenommen. Wenn die Regierungen sich treffen, sollten die Volksvertretungen das auch tun.“

Als Beispiel für ein anstehendes gemeinsames Projekt nannte Martin Habersaat, eines von drei Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission, das Gastschulabkommen mit Hamburg. „Das ist eine unbefriedigende Situation und nicht im Geiste guter Nachbarschaft. Wir wollen, dass die Landesgrenze im Alltag der Menschen unwichtiger wird.“

Die drei Politiker wiesen darauf hin, dass die Landesregierung seit Herbst 2010 mit Hamburg nicht einmal über die Kürzungen für das Frauenhaus Wedel, die zu einer Schließung der Einrichtung führen mussten, gesprochen hat. Die Schließung des Frauenhauses, in dem auch viele Frauen aus Hamburg Zuflucht gefunden haben, wurde in der Region heftig kritisiert. „Eine derartige Nicht-Kommunikation wird es nach der Wahl nicht mehr geben“, versichern Stegner und Habersaat. Gute Nachbarschaft fange damit an, dass man gemeinsam über Probleme spreche

mit dem Ziel, diese zu lösen. In diesem Sinne werden die beiden gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen, Siegrid Tenor-Alschausky (SH) und Sabine Steppat (HH) in Kürze ein Gespräch über die Thematik Frauenhäuser führen.

Nach einer ersten gemeinsamen Sitzung der beiden SPD-Fraktionen im September in Hamburg wurde eine gemeinsame Sitzung der Fraktionsvorstände verabredet. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Kollegen aus Hamburg dazu nach Kiel eingeladen.

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.02.2012, 20:33 Uhr - 7240 Clicks - Nr. 103

## **Bente Reimer neue Kreisvorsitzende der AfA SL-FL**

Mit Bente Reimer aus Gelting wurde auf der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Schleswig-Flensburg eine junge, engagierte neue Vorsitzende einstimmig gewählt. „Ich freue mich über das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in der SPD und werde mich besonders für abhängig Beschäftigte im Kreis SL-FL einsetzen“, so Bente Reimer nach ihrer Wahl.



Der bisherige Vorsitzende Peter Casper konnte diese ehrenamtliche Aufgabe aus beruflichen und gewerkschaftlichen Gründen nicht mehr ausüben, bleibt aber weiterhin der Arbeitnehmerschaft in der SPD eng verbunden. Ralf Wrobel als Kreisvorsitzender der SPD Schleswig-Flensburg bedankte sich bei Peter Casper für seine geleistete Arbeit.

Auf der Mitgliederversammlung wurden außerdem Maßnahmen zur Unterstützung der drei Direktkandidaten Birte Pauls, Ralf Wrobel und Jens Maßlo im Landtagswahlkampf im Kreis Schleswig-Flensburg beschlossen.

Ferner behandelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anträge zu den Themen Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen und zur Abschaffung arbeitnehmerfeindlichen Werkverträge, die an die AfA Bundeskonferenz am 20. bis 22. April 2012 in Bad Godesberg weitergeleitet werden.

Auf dem Foto von links nach rechts: Ralf Wrobel, Bente Reimer, Peter Casper

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 10:48 Uhr - 21659 Clicks - Nr. 104

## **Schuldenbremse: ja – kaputt kürzen: nein!**

Das unbestritten gute Haushaltsergebnis, das uns heute vorgestellt wurde, ist zurückzuführen auf die sehr positive wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Sie ist auch Verdienst der Unternehmen und der Beschäftigten in Schleswig-Holstein. Verbunden mit einem nach wie vor niedrigen Zinsniveau ist dies ein glückliches Zusammentreffen, das natürlich erfreulich ist.

Dennoch: Die Personalkosten sind im Jahr 2011 weiter gestiegen und werden auch in den nächsten Jahren deutliche Anstiege verzeichnen. Die Kürzungen beim Personal reichen nicht aus, um Mehrausgaben durch Tarifsteigerungen, steigende Sozialversicherungsabgaben, Beihilfe und Altersversorgung auszugleichen. Damit sind auch zwei zentrale Risiken identifiziert, denen sich das Parlament in künftigen Haushaltsberatungen stellen muss: steigende Zinsen und steigende Personalkosten.

Klar ist aber auch, dass dieses Ergebnis deutlich besser aussehen könnte, wenn die Landesregierung sich nicht wiederholt von ihrer Berliner Hauptstelle hätte über den Tisch ziehen lassen. Das gilt für teure Steuerrechtsänderungen genauso wie auch für vernünftige Alternativen zu einem teuren und in seiner Wirkung völlig absurden Betreuungsgeld.

Und weil der Blick nach hinten ja offenbar so verführerisch ist: Unter CDU-Regierungen hatten wir – trotz Zonenrandförderung – diverse Male Netto-Neuverschuldungen, die 10 oder mehr Prozent unserer Netto-Ausgaben betragen. Um nur einige Zahlen zu nennen: 1972 12,9 Prozent, 1975 und 1976 rund 17 Prozent, und zwischen 1980 und dem letzten von Ihnen verantworteten Haushaltsjahr 1988 wurde die 10% Marke nur einmal unterschritten.



Nach SPD-Regierungsübernahme haben wir die Netto-Neuverschuldung erheblich gesenkt, und die 10% Marke wurde erst mit den Auswirkungen der auch von uns schon mehrfach kritisierten Steuerreformen und der geplatzten High Tech Blase gerissen.

Wir haben also Land und Haushalt in einer desolaten Situation übernommen: Hohe Verschuldung, wegfallende Zonenrandförderung, zusätzliche Belastungen durch die Verschiebung von Förderungen in die neuen Bundesländer, viel zu wenige und oft schlecht ausgestattete Kindertagesstättenplätze, ein veraltetes Hochschulsystem und eine Wirtschaftsförderung, die romantischen Landwirtschafts-Idealen anhing.

Wenn mit Blick auf die Vergangenheit versucht wird, Verantwortliche zu finden, sollte man sinnvollerweise die Statistiken nicht erst im Jahr 1989 beginnen lassen.

Wir reden hier auch über ein Ausführungsgesetz: praktisch eine Erläuterung dessen, was uns durch bestehende Regelungen vorgegeben wird. Das ist in seiner Substanz also überhaupt nichts Neues. Das ist einerseits die Schuldenbremse, die wir mit breiter Mehrheit beschlossen und der wir uns verpflichtet haben. Und das ist die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund, deren Einhaltung maßgebliche Voraussetzung für die Zahlung der Konsolidierungshilfen ist.

Sie wollen nun aber die Finanzplanung der Regierung in Gesetzesform bringen und muten den Menschen in Schleswig-Holstein Belastungen zu, die sich aus der Schuldenbremse eben nicht ableiten lassen.

Wir alle wissen, dass der Abbau der Neuverschuldung auf Null im Jahr 2020 ein hartes Stück Arbeit ist. Wir bezweifeln auch nicht, dass für eine verlässliche Finanzplanung auf Schleswig-Holstein bezogene Erwartungen der Steuereinnahmen zugrunde gelegt werden müssen. Fakt ist aber, dass der Bund von einem höheren strukturellen Defizit ausgeht als das Finanzministerium. Und wichtig ist doch, dass wir genau diese strukturellen Probleme bis 2020 bereinigt haben.

Die Schuldenbremse – das hat auch der Landesrechnungshof deutlich hervorgehoben – verfolgt das Ziel, zunächst die strukturelle Neuverschuldung abzubauen. Dies wird umgangen, wenn ein Modell überhöhte konjunkturelle Kreditaufnahmen ermöglicht.

Sie wollen mit Ihrem heute vorgelegten Gesetzentwurf einen Abbaupfad zwingend vorgeben, der über die Anforderungen der Verfassung hinaus geht, allerdings ohne die Hausaufgaben gemacht zu haben, die beispielsweise für einen reibungslosen Personalabbau nötig wären. Wo sind die Vorschläge für Aufgabenabbau? An welcher Stelle werden Verwaltungen verschlankt (oder neu geordnet)? Wo sind die Ideen für Strukturveränderungen? Wo sind Bundesratsinitiativen zur Einnahmeverbesserung und zur Erleichterung der Aufgabenbewältigung bei Land und Kommunen? Durchgehend Fehlanzeige!

Die Stellenabbauplanung beschreibt rechnerische pauschale Vorgaben an die jeweiligen Ressorts, ohne die faktischen Aufgaben im Blick zu haben. Aber wir müssen uns erst von den Aufgaben verabschieden und erst dann vom Personal. Sie setzen auf Kürzungen und nicht auf strukturelle Veränderungen. Sie erzählen den Menschen, die sich im letzten Jahr vor dem Landeshaus eingefunden haben, dass die Kürzungen alternativlos sind. Gleichzeitig laufen Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzender der CDU durch die Lande und feiern die einzelbetriebliche Förderung.

Die Flexibilität der Regierung, die entsprechende Vorlagen zu erstellen hat, und des Parlaments, das auf Grundlage dieser Vorlagen über den Haushalt zu entscheiden hat, liegt daher nicht in der Frage, ob und wie viele Schulden gemacht werden. Darauf gibt es nämlich ab 2020 nach unserer Verfassung eine sehr klare und restriktive Antwort: keine. Die Flexibilität liegt neben den Schwerpunkten und der Herangehensweise in dem Rechenverfahren, das zu Grunde gelegt wird, um die konjunkturellen von den strukturellen Einnahmen und Ausgaben zu trennen: dem Konjunkturbereinigungsverfahren. Dort haben alle Beteiligten für die andere Berechnungsmethode unterschrieben.

Unstreitig ist, dass die von der Bundesregierung gewählte Methode zur Ermittlung des strukturellen Defizits außerordentlich komplex und allein dadurch schon intransparent und gestaltungsanfällig ist. Hierzu gibt es Studien, die die Risiken und Schwächen deutlich benennen, unter anderem auch vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans Böckler Stiftung. Auf 70 und mehr Varianten zur Berechnung eines strukturellen Defizits kommen die Wissenschaftler in ihrer Untersuchung – jede dieser Varianten würde den maßgeblichen Vorgaben der EU-Kommission genügen.

Um so wichtiger ist, die Notwendigkeit der Einhaltung der Schuldenbremse –

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 12:12 Uhr - 14867 Clicks - Nr. 105

## **Schülerwettbewerb „Gerechte Sache“ gegen Rechtsextremismus**

### **Thönnies ruft zur Teilnahme auf**

„Das Bundesjustizministerium hat einen Wettbewerb ins Leben gerufen, mit dem Ideen von Schülerinnen und Schülern gegen Rechtsextremismus gefördert und ausgezeichnet werden. Insbesondere nach der Mordserie der im Untergrund wirkenden Neonazis müssen wir deutlich machen, dass derartiges Gedankengut keinen Platz in unserer freiheitlichen Gesellschaft hat.



Deshalb wäre es schön, wenn sich auch viele Jugendliche aus den Kreisen Segeberg und Stormarn an dem Wettbewerb beteiligen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 20 Jahren. Einzelne, als kleine Gruppe oder als ganze Schulklasse. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt: Ob per Video, mit einer selbst gestalteten Webseite, einer Fotoreportage, einem interessanten Aufsatz oder einer Collage. Wichtig ist, dass klar wird, was die Teilnehmer konkret gegen



Rechtsextremismus unternehmen oder unternehmen wollen.

Eine Jury unter Vorsitz der Bundesjustizministerin wählt die Gewinner aus. Dabei werden sowohl die Idee als auch die Umsetzung in die Bewertung mit einbezogen.

Neben einer öffentlichen Auszeichnung in der ersten Hälfte 2012 und einer Veröffentlichung auf [www.gerechte-sache.de](http://www.gerechte-sache.de), können Gruppenprojekte Reisen nach Brüssel, München oder Berlin gewinnen. Auf die besten Einzelbeiträge warten ein MacBook Air, ein iPad oder ein iPod.

Alle Beiträge sind einzureichen an:

Bundesministerium der Justiz  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Stichwort: Schülerwettbewerb  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin  
oder per Mail: [gerechtesache@bmj.bund.de](mailto:gerechtesache@bmj.bund.de)

**Einsendeschluss ist der 30. April 2012.**

Weitere Informationen unter: [www.gerechte-sache.de](http://www.gerechte-sache.de)

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 16:41 Uhr - 25564 Clicks - Nr. 106

## **Unsere Gesellschaft darf nie wieder wegschauen!**

Zum bundesweiten Gedenken am heutigen Donnerstag für die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten erklären Sönke Rix, MdB und Serpil Midyatli, MdL

Das bundesweite Gedenken am heutigen Donnerstag für die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten war sehr eindrucksvoll. „Die Schilderung Semiya Simseks, elf Jahre mit dem Gefühl leben zu müssen, sich nicht als Opfer fühlen zu dürfen, bewegt mich sehr!“ so Serpil Midyatli heute in Berlin.

Sönke Rix: „Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen der Opfer.“

Nach dem heutigen Tag des Gedenkens dürfen wir allerdings nicht zur Tagesordnung zurückkehren. Nach dieser Veranstaltung müssen nun weitere Schritte folgen: Die Bekämpfung des Rassismus in der Gesellschaft, die Stärkung der Demokratie durch politische Bildung und eine gute Integrationspolitik müssen die Lehre aus diesen schrecklichen Ereignissen sein.

„Wir brauchen ein Willkommensklima in unserer Gesellschaft und müssen gerade bei alltäglichem Rassismus genau hinschauen und Einschreiten! Dies ist Aufgabe der Politik aber auch der Zivilgesellschaft im Allgemeinen“ so Midyatli. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss langfristig finanziert werden.

„Die Hintergründe der Morde, sowie die Tatsache, dass ein rechtsextremistisches Netzwerk jahrelang nahezu unbehelligt von deutschen Sicherheitsbehörden seine Taten planen und ausführen konnte. müssen restlos aufgeklärt werden“ fordert Sönke Rix.

Die heutige Gedenkveranstaltung war notwendig und ist als Zeichen des Zusammenhalts zu sehen. „Wir verneigen uns vor den Opfern und bitten die Angehörigen um Verzeihung.“

„In unserem Land muss sich jeder frei entfalten können, unabhängig von Nationalität, Religion,

Hautfarbe oder Geschlecht. Semiya Simsek hat Recht wenn sie sagt: wir alle gemeinsam zusammen, nur das kann die Lösung sein. Unsere Gesellschaft darf nie wieder wegschauen!" so Serpil Midyatli.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 19:07 Uhr - 12809 Clicks - Nr. 107

## **Mit Bildung und Innenstadtentwicklung Kiel gestalten**

SPD und Bündnis 90/Die Grünen betonten nach ihrer Kreisvorstandssitzung bzw. Kreismitgliederversammlung (am 21./22. Februar) ihre Arbeitsschwerpunkte bis zur Kommunalwahl 2013. Dazu erklären die Kreisvorsitzenden Rolf Fischer (SPD), Ursel Meenzen und Willi Voigt (Bündnis 90/Die Grünen): „Rot und Grün setzen die richtigen Schwerpunkte für die politische Arbeit. Das ist gut so, denn wir wollen Kiel weiter stark machen. In solider, unaufgeregter Art und Weise prägen wir durch unsere Themensetzung die städtische Politik.“

Dazu zählt an erster Stelle die kommunale Bildungspolitik. Das erfolgreiche Schulbauprogramm müssen wir fortsetzen, die Schulen benötigen Planungssicherheit. Deshalb setzen wir auf eine verbindliche Perspektive für die Schulen. Hier erwarten wir in den nächsten Monaten eine Prioritätenliste. Gerade gute Schulen schaffen Qualität und Wissen, die im Berufsleben erwartet und gebraucht werden. Die weitere Modernisierung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) sagen wir zu. Das ist unsere Antwort auf den Fachkräftemangel.

An zweiter Stelle setzen wir auf die Fortführung unserer modernen Stadtentwicklungspolitik. Alter Markt und Innenstadt gewinnen Konturen und wir schreiben unsere Politik fort: Unterstützt durch die innerstädtische Wirtschaft halten wir am Bau der Wasserverbindung, dem „Kleinen Kiel Kanal“ fest. Damit steigern wir die Attraktivität des Stadtkerns. Kiel wird eine generationengerechte Stadt, mit einem starken Zentrum und starken Stadtteilen. Wesentlich ist hier auch Realisierung des Schwimmbades an der Hörn.

Wir werden zudem die soziale und ökologische Politik in der Landeshauptstadt weiterentwickeln. „Insbesondere wollen wir neue Wege in der Sozialpolitik gehen und eine nachhaltige Energieversorgungsstruktur sichern“, erklären die Vorsitzenden abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 19:10 Uhr - 14510 Clicks - Nr. 108

## **Mitmachen beim Tankboykott am 01. März!**

Zu dem für den 01. März angesetzten deutschlandweiten Tankboykott gegen hohe Benzinpreise:

Die derzeitigen Benzinpreise sind für den normalen Arbeitnehmer kaum erträglich. Differierende Benzinpreise innerhalb eines Tages an den Tankstellen sind weder nachzuvollziehen noch zu erklären. Deshalb beteiligen wir uns an dem Tankboykott am 01. März, zu dem sich

bereits im Internet eine Million Menschen bereiterklärt haben. Der Boykott soll ein klares Signal an die Mineralölkonzerne sein. Auch wenn dies nur eine symbolische Aktion ist, so rufen wir dennoch unsere Mitglieder und die Kielerinnen und Kieler zur Teilnahme auf. Vor allem Pendler, Arbeitgeber und Tankstellenpächter trifft diese verheerende Preispolitik und gefährdet Arbeitsplätze.



Kommentar von [Inge Hansen](#) vom 25.02.2012, 17:35 Uhr:

**RE: Mitmachen beim Tankboykott am 01. März!**

*Ich komme durch einen absoluten Zufall auf diese Seite und bin beim Boykott dabei. Gut, dass diese Aktion startet. Es liegt eine Diskrepanz zwischen den Tankstellen und den Erzeugerländern. An den Tankstellen werden die Kunden abgezockt und bei den Erzeugerländern wird der Gewinn eingestrichen. Es muß politisch doch Möglichkeiten geben, diesen Mißstand endlich mal zu beheben. Ich werde den Aufruf ausdrucken und im Flensburger Bereich unter die Leute bringen. Mit herzlichen Grüßen, besonders an Rolf Fischer, Inge Hansen*

Kommentar von [Christian Alexander Tietgen](#) vom 25.02.2012, 11:10 Uhr:

**RE: Mitmachen beim Tankboykott am 01. März!**

*Wenn man an dem Tag sowieso nicht tanken muss, ist es kein großes Signal. Andererseits ist es wohl auch ein großer Mehraufwand, einen Tag auf sein Auto verzichten zu müssen, wenn der Tank leer ist. Wie Streiks könnte so eine Aktion statt der Industrie vor allem die einfachen Bürger treffen. Man sollte also eine andere Aktionsform wählen. Durch so eine symbolische Aktion lassen sich die Mineralölkonzerne sicher nicht beeindrucken.*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.02.2012, 19:16 Uhr - 8348 Clicks - Nr. 109

## Debatte – Norddeutsche Zusammenarbeit

Im Rahmen seiner Februar-Tagung hat der schleswig-holsteinische Landtag den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ debattiert. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD-Stormarn und Mitglied der Kommission, warf der Landesregierung in einem Kurzbeitrag vor, nicht den richtigen Ton gegenüber Hamburg zu finden.



Wenn der Ministerpräsident in ein und derselben Rede von „geballter Faust“ und „Schulterschluss“ rede, sei der richtige Ansatz aber immerhin schon dabei. Habersaat: „Ich finde die norddeutsche Zusammenarbeit wichtig und wünsche mir, dass wir vorankommen!“

Für die SPD sprach in der Landtagsdebatte Dr. Gitta Trauernicht. Die heutige Landtagsabgeordnete hat Regierungserfahrung in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sammeln können. Die Rede im Wortlaut:

Gute Nachbarschaft → norddeutsch denken und handeln!

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission liegen auf dem Tisch und zeigen klar: Engere Kooperation im Norden tut Not. Die Experten haben deutlich gemacht:

Dies liegt im Interesse der Menschen und des Wohlstandes unseres Landes. Es ist eine Frage von politischer Klugheit, von Weitsicht und Weltoffenheit → nicht zuletzt von Verantwortung für unsere Kinder. Was wir brauchen, ist gute Nachbarschaft für eine starke Allianz im Norden!

Eine neue Qualität in der Kooperation mit Hamburg und der norddeutschen Länder untereinander!

Was aber ist die derzeitige Lage? Ein Tiefstand in den Beziehungen zu Hamburg ist erreicht. Die Zahl der Konflikte steigt ständig an. Die Landesregierung läuft immer hinterher: ob Husum-Wind oder Gastschulabkommen oder Sicherungsverwahrung und Asbestmüll. Politische Schwerpunktthemen sind ungelöst oder gar nicht erst angepackt: Keine gemeinsame norddeutsche Hafen- bzw. Flughafenpolitik, keine norddeutsche Energieoffensive, kein gemeinsamer Vorstoß bei offensichtlichen Benachteiligungen gegenüber dem Bund, keine Vision, gar nichts.

Gute Nachbarschaft und eine starke Allianz im Norden → das geht anders! Es muss Schluss sein mit dem Hinterherhecheln bei Problemen, Schluss mit schwelenden Konflikten, hektischen Symbolaktionen oder gar beleidigtem, kleinlichem Verweigern der ausgestreckten Hand unseres Nachbarn. Der Konflikt um die Idee eines gemeinsamen Ausschusses mit der Hamburgischen Bürgerschaft ist mehr als ein Konflikt um Verfahren, ist mehr als ein Randthema. Er weist auf unterschiedliche Haltungen.

Nicht Halbherzigkeit und Kleinteiligkeit sind jetzt gefragt, sondern der Wille zu einer Umkehr in der Nachbarschaftspolitik. Wir müssen norddeutsch denken und handeln. Die Grenzen müssen fallen: in den Köpfen und im Alltag der Menschen. Dazu brauchen wir keine Nordstaatdebatte, aber der Mut zu gemeinsamer Politik:

- z.B. in der Bildung: Unser Ziel ist die freie Schulwahl im Norden. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, ein politisch abgestimmtes, kompatibles Schulsystem und eine stimmige Finanzierung.

- oder in der Energiepolitik: Ohne den Norden wird es keine Energiewende geben. Unser Know-how wird gebraucht. Aber im Miteinander, nicht im Gegeneinander! Eine norddeutsche Netzentur, ein norddeutsches Gesamtkonzept zur Energiewende, gemeinsam formulierte Ziele → all das ist nicht mit den bisherigen Instrumenten und Haltungen zu haben.

Wenn der Norden gemeinsam auftritt, mit einer Stimme spricht, stärkt dies seine Chancen im föderalen Wettbewerb Deutschlands, in Europa und darüber hinaus.

Ein enger Verbund im Norden, das zeigt der Enquete-Bericht, kann die Wirtschaft ankurbeln, Haushalte entlasten, den gesamten Standort stärken und die Durchsetzung gemeinsamer Interesse erleichtern. Er kann den Bürgern unmittelbar nützen: durch angepasste Schulsysteme und Kindergarten-Versorgung, durch einen erweiterten Verkehrsverbund oder ein gemeinsames Baustellenmanagement für einen flüssigen Verkehr.

Wir müssen das Bewusstsein dafür stärken, dass wir in einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum auch gemeinsame Sache machen müssen.

Die SPD hat verstanden: Wir haben uns auf den Weg gemacht. Der Hamburger Bürgermeister und der zukünftige Ministerpräsident, die Senatoren und die Bürgerschaftspräsidentin, wir als SPD-Fraktionen in der Bürgerschaft und im Landtag → wir sind die einzige Partei, die vernünftige Nachbarschaft mit Hamburg will und pflegt. Wir wissen, was wir wollen: gute Nachbarschaft, kluges gemeinsames Handeln für eine starke Allianz im Norden. Selbstbewusst und auf gleicher Augenhöhe mit Hamburg werden wir neue Wege gehen. Dafür werden wir am 6. Mai die Mehrheiten schaffen für eine neue Kooperation im Norden.

**Keine Kommentare**

## **Aschermittwoch hat was Gutes**

AfA mit Helm und Boxhandschuh für Torsten Albig

In seiner Begrüßungsrede auf dem Politischen Aschermittwoch in Marne überreichte der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler für die "Erstürmung des Landeshauses am 6.5." gewerkschaftliche Unterstützungsutensilien.

Wolfgang Mädler: "Es ist wieder besonders „Äkschens“ angesagt, bei ver.di, IG Metall und IG BCE geht es um einen gerechten Lohnzuwachs. Und in der Politik wollen wir Sozialdemokraten in bester „Narrenmanier“ das Landeshaus am 06. Mai mit Torsten Albig an der Spitze stürmen. Ja und das geht natürlich besser mit Helm und Boxhandschuh. Lieber Torsten der Helm und der Boxhandschuh soll dich unterstützend bis zum 6.5. begleiten. Nicht nur für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sondern auch als netten Hinweis dass Arbeitnehmer immer im Fokus der Sozialdemokratie bleiben. Und der Helm ist von der Lindenau Werft und dass die kämpfen können weiß du sehr gut!"

**Keine Kommentare**

## **Unsere Gesellschaft darf nie wieder wegschauen!**

Zum bundesweiten Gedenken am Donnerstag 23.02.2012 für die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten erklären Sönke Rix (MdB) und Serpil Midyatli (MdL)

Das bundesweite Gedenken am heutigen Donnerstag für die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten und die zentrale Gedenkveranstaltung in Berlin, an der auch die Schleswig-Holsteiner Sönke Rix (MdB) und Serpil Midyatli (MdL) teilnahmen, waren sehr eindrucksvoll. „Die Schilderung Semiya Simseks, elf Jahre mit dem Gefühl leben zu müssen, sich nicht als Opfer fühlen zu dürfen, bewegt mich sehr!“, so Serpil Midyatli heute in Berlin.

Sönke Rix: „Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen der Opfer.“

Nach dem heutigen Tag des Gedenkens dürfen wir allerdings nicht zur Tagesordnung zurückkehren. Nach dieser Veranstaltung müssen nun weitere Schritte folgen: Die Bekämpfung des Rassismus in der Gesellschaft, die Stärkung der Demokratie durch politische Bildung und eine gute Integrationspolitik müssen die Lehre aus diesen schrecklichen Ereignissen sein.

„Wir brauchen ein Willkommensklima in unserer Gesellschaft und müssen gerade bei alltäglichem Rassismus genau hinschauen und Einschreiten! Dies ist Aufgabe der Politik aber auch der Zivilgesellschaft im Allgemeinen“ so Midyatli. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss langfristig finanziert werden.

„Die Hintergründe der Morde, sowie die Tatsache, dass ein rechtsextremistisches Netzwerk jahrelang nahezu unbehelligt von deutschen Sicherheitsbehörden seine Taten planen und ausführen konnte. müssen restlos aufgeklärt werden“, fordert Sönke Rix.

Die heutige Gedenkveranstaltung war notwendig und ist als Zeichen des Zusammenhalts zu sehen. „Wir verneigen uns vor den Opfern und bitten die Angehörigen um Verzeihung.“

„In unserem Land muss sich jeder frei entfalten können, unabhängig von Nationalität, Religion, Hautfarbe oder Geschlecht. Semiya Simsek hat Recht wenn sie sagt: wir alle gemeinsam zusammen, nur das kann die Lösung sein. Unsere Gesellschaft darf nie wieder wegschauen!“, so Serpil Midyatli.

Kommentar von [Kurt Arndt](#) vom 26.02.2012, 06:12 Uhr:

**RE: Unsere Gesellschaft darf nie wieder wegschauen!**

*Wie wahr. Also Augen auf!!*

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 24.02.2012, 13:51 Uhr - 30743 Clicks - Nr. 112

## SPD trifft NABU Kisdorfer Wohld

Der Kreisvorstand der SPD Segeberg und der Kandidat zur Landtagswahl für Segeberg-West Stefan Weber haben sich mit Holger Möckelmann, dem Vorsitzenden des NABU Kisdorfer Wohld, zu einem Erfahrungsaustausch getroffen.

Besonders eindringlich warnte Möckelmann die Politiker davor, die Biogasanlagen – besser Agrargasanlagen – in der bisher üblichen Art zu genehmigen und einzurichten. Der Grünlandumbruch zugunsten des Maisanbaus habe seit 1990 bundesweit zu einem Verlust von 875.000 Hektar Dauergrünland geführt. Zu der negativen Energiebilanz der Agrargasanlagen, die gewaltige Mengen an Dünger und Pestiziden benötigen, komme ein schwerer Verlust für die Pflanzen- und Tierwelt.



SPD-Sprecher Horst Ostwald wies darauf hin, dass es Bestrebungen gebe, die Agrargasanlagen aus dem privilegierten Verfahren für landwirtschaftliche Betriebe im Baugesetzbuch heraus zu nehmen, um dem Wildwuchs auch planerisch entgegen zu wirken.

Als ein positives Beispiel im Umgang mit der Natur nannte der Naturschützer des NABU den Kaltenkirchener Schmetterlingsgarten. Er appellierte aber auch an die Besucher des ehemaligen Kiesabbaugebietes in Kaltenkirchen, nicht in die dort eingerichteten Naturzonen einzudringen, um deren natürliche Entwicklung und die Ansiedlung von Vögeln nicht zu gefährden.

Ähnlich problematisch sei immer wieder in Wohngebieten der Gemeinden der Eingriff in Knick- und Schutzzonen und Knicks durch unerlaubte und nicht sachgerechte Nutzung.

Der SPD-Kreisvorstand setzte mit dem NABU seine Gesprächsrunden mit Vereinen und Institutionen fort, die er vor zwei Jahren aufgenommen hatte.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.02.2012, 14:00 Uhr - 7476 Clicks - Nr. 113

## Bildungspolitische Nebelkerzen

*In der heutigen Bildungsdebatte im Landtag warf der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, den Regierungsfractionen vor, von ihrer schlechten Bilanz abzulenken:*

CDU und FDP werfen in der Bildungsdebatte Nebelkerzen und lenken von der traurigen Bilanz ihrer Bildungspolitik ab.

### 1. Lehrerstellen

Behauptet wird, aufgrund des Rückgangs der Schüler-



zahlen im Lande seien Lehrstellen entbehrlich und könnten abgebaut werden. Tatsächlich ist ein Großteil der von Schwarz-Gelb gestrichenen Lehrerstellen aber auf zwei andere Umstände zurückzuführen. Erstens auf die Erhöhung der Pflichtstunden, die den Lehrerinnen und Lehrern zugemutet wurde. Und zweitens darauf, dass die Regierung den Gemeinschafts- und Regionalschulen in ihre pädagogischen Konzepte grätschte, indem sie ihnen ihre Differenzierungsstunden halbierte.

## **2. Vertretungsunterricht**

Behauptet wird, eine Verdoppelung des Vertretungsfonds könnte das Problem des Unterrichtsausfalls lösen. Tatsächlich ist aber nicht das fehlende Geld das größte Problem in vielen Bereichen, sondern die fehlenden Vertretungslehrer. Da würde auch eine Verzehnfachung des Fonds nichts helfen. Besser wäre es, die Schulen mit mehr Planstellen auszustatten, um Vertretungsunterricht qualitativ hochwertig und flexibel sicherstellen zu können. Bei langfristigen Ausfällen müsste nach wie vor der Fonds bereitstehen.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 25.02.2012, 09:57 Uhr - 7912 Clicks - Nr. 114

## **Mehr Zughalte und städtebauliche Entwicklung in Tornesch**

Gespräch zwischen Landtagskandidatin Beate Raudies und Bürgermeister Roland Krügel.

Elmshorn, den 21.02.2012. Beate Raudies ist zu Gast bei Bürgermeister Roland Krügel, um sich insbesondere über die Situation der Bahnreisenden aus Tornesch zu informieren. „Der Eiertanz der Bahn und des Kieler Verkehrsministers um die Zugsanbindung von Tornesch ist mehr als ärgerlich“, meint Beate Raudies. Durch den Einsatz neuer Triebwagen soll sich die Fahrzeit um bis zu drei Minuten verringern. Umso unverständlicher ist, dass der Region Tornesch - Uetersen - Moorrege weiterhin ein Halt des Regionalexpress verweigert wird. Landtagskandidatin Beate Raudies unterstützt daher die Bemühungen der Region für eine bessere Bahnanbindung.



Weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die städtebauliche Entwicklung. Raudies zeigte sich beeindruckt von den Planungen für den neuen Stadtteil „Tornesch am See“, in dem bis zu 1.000 Wohneinheiten für Familien und Senioren entstehen sollen. Bürgermeister Krügel berichtete zudem von den Tornescher Anstrengungen, in der Stadt eine ausreichende Anzahl von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige bereitzustellen. So sollen in Kürze 40 zusätzliche Krippenplätze entstehen – nahezu eine Verdoppelung des Angebots.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.02.2012, 12:13 Uhr - 11544 Clicks - Nr. 115

## **Feste Fehmarn-Belt-Querung – Aktuelle Planungen**

**2. März 2012, 19.00 Uhr: Informations- und Diskussions-Veranstaltung im Studio 203 in Großhansdorf, Sieker Landstraße 203.**

Mit Landrat Klaus Plöger, der FFBQ-Planungsgesellschaft, der DB AG, dem NABU, den Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Martin Habersaat und dem Landtagskandidaten Tobias

von Pein.

Für eines der zentralen Infrastrukturprojekte Schleswig-Holsteins der nächsten Jahre sind mutige und verantwortungsvolle Entscheidungen zum Schutz von Mensch und Natur gefragt.

Wir wollen die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig über aktuelle Planungen informieren und damit verbundene Chancen und Risiken besprechen. Landesweite, regionale und lokale Diskussionen sollen die Möglichkeiten der Mitbestimmung aufzeigen und die Einflussnahme sicherstellen.

Chancen nutzen und Risiken minimieren - das muss das Motto für den Kreis Stormarn sein. Wir wollen sichere, dauerhafte und gute Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger und eine Stärkung der Wirtschaft zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen. Dies kann gelingen. Mit kompetenten Referenten wollen wir klären, wie. Für eine gute nachbarschaftliche Zukunft mit Skandinavien und mit möglichst geringen Belastungen durch Verkehr und Lärm.

Wir möchten mit interessierten Stormarnerinnen und Stormarnern hierzu ins Gespräch kommen. Der SPD-Kreisverband Stormarn und der SPD-Ortsverein Großhansdorf bietet dazu eine besonders ansprechende Gelegenheit mit sehr kompetenten Referenten.

**Keine Kommentare**



[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.02.2012, 15:36 Uhr - 9584 Clicks - Nr. 116

## Schleswig-Holstein: Motor der Energiewende

In Hemmingstedt und auf Pellworm informierte sich der Arbeitskreis Energie und Landesplanung der SPD-Landtagsfraktion über den Stand der Energiewende. In Hemmingstedt befasst sich die Unternehmensgruppe BeBa mit erneuerbaren Energien und Speichertechniken. Auf Pellworm verfolgt eine Arbeitsgruppe seit vielen Jahren die Vision, die gesamte Energieversorgung der nordfriesischen Insel zu allen Jahreszeiten durch Windkraft, Sonne und Biomasse sicherzustellen.

„Zwei Beispiele dafür, dass wir aus der Energiewende Gewinn für das Land ziehen können“, befand Martin Habersaat nach der Reise. Schleswig-Holstein könne Motor der Energiewende sein. „Leider finden sich in

den regierungstragenden Fraktionen noch immer Atomkraft-Fans. Aber das ändert sich spätestens, wenn sich die regierungstragenden Fraktionen ändern“, befand der Abgeordnete.



Weitere Informationen:

BeBa - Energie: <http://www.beba-energie.de/startseite.html>

Energiekonzept Pellworm: [http://www.pellworm-energy.org/html/Enkonzept\\_de.html](http://www.pellworm-energy.org/html/Enkonzept_de.html)

Fotoalbum: [hier](#).

**Keine Kommentare**



## Optimistisch in den Landtagswahlkampf

SPD-Kreisvorstand bereitet optimistisch Landtagswahlkampf vor.

Der SPD-Kreisvorstand bereitet einen intensiven Wahlkampf mit zahlreichen Gelegenheiten zur Beteiligung vor. „Wir werden in unserem Kreis eine große Anzahl von Aktionen und Veranstaltungen erleben, die allesamt für Beteiligung offen stehen, denn es geht uns darum unser Lieblingsland Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten“, erklärt der Leiter der Wahlkampfkommission, Götz Borchert.

„Der Demokratiesommer 2011 zur Erarbeitung des Regierungsprogramm 2012 – 2017 war der Anfang. Wir gehen diesen Weg weiter.“ Den Startschuss hierfür wird am 16. März ein Wahlkampfauftakt des Kreisverbandes mit den drei Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli (Eckernförde), Kai Dolgner (Rendsburg) und Ralf Stegner (Bordesholm) geben. „Wir gehen optimistisch in die nächsten Wochen: Eine Mehrheit für eine rot-grüne Regierung ist wahrscheinlich. Torsten Albig ist der nächste Ministerpräsident.“

Der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix begrüßte die Nominierung Joachim Gaucks für das Amt des Bundespräsidenten. Rix gab zu bedenken, dass Gauck lange nicht mit allen SPD-Positionen übereinstimme, erklärte aber:

„Joachim Gauck ist ein höchst politischer Kopf. Seine Leitideen von Verantwortung und Demokratie finde ich wohltuend und ich verspreche mir von ihm als Bundespräsident viele Denkanstöße. Mir gefällt, dass er Ecken und Kanten hat und sicherlich auch ein unbequemer Bundespräsident sein wird. Das sind – neben seinem bewegten Lebenslauf – gute Voraussetzungen für den höchsten Repräsentanten unseres Landes.“

Sönke Rix, Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen den Rechtsextremismus“ in der SPD-Bundestagsfraktion, hatte gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli an dem Gedenken für die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten in Berlin teilgenommen: „Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen der Opfer.“ Die Bekämpfung des Rassismus in der Gesellschaft, die Stärkung der Demokratie durch politische Bildung und eine gute Integrationspolitik müssten die Lehre aus diesen schrecklichen Ereignissen sein. „Die Hintergründe der Morde, sowie die Tatsache, dass ein rechtsextremistisches Netzwerk jahrelang nahezu unbehelligt von deutschen Sicherheitsbehörden seine Taten planen und ausführen konnte, müssen restlos aufgeklärt werden“, so Sönke Rix.

**Keine Kommentare**

## Politischer Aschermittwoch 2012

### Das war der 15. Politische Aschermittwoch

Die 15. Auflage des Politischen Aschermittwochs in Marne war wieder ein großer Erfolg unter der Regie der Landes-AfA. Als Moderator wirkte wieder Sven Zylla in gewohnter Verkleidung.

Das Versprechen im nächsten Jahr machen wir das wieder.

Foto: Helmut Ulbrand

**Keine Kommentare**

## Mobilität im Kreis Segeberg

Stefan Weber, SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis Segeberg-West, hatte in das Henstedt-Ulzburger Bürgerhaus eingeladen zu einem Erfahrungsaustausch mit Experten zum Thema „Mobilität durch moderne Infrastruktur“.

Das Auto spielte an diesem Abend keine Rolle – es ging um Bahn, Bus und Fahrrad in den Gesprächen, die von Mathias Stein vom SPD-Landesvorstand moderiert wurden.



Martina Koeppen, verkehrspolitische Sprecherin der SPD in der Hamburger Bürgerschaft und Stefan Weber wiesen auf die Bedeutung der AKN als regionales Bahnunternehmen hin. Beide sprachen sich für die Elektrifizierung der AKN aus, um diese zu einem zukunftsfähigen Verkehrsmittel weiter zu entwickeln. Stefan Weber machte deutlich, dass eine SPD-Landesregierung die Landesanteile an dem Unternehmen nicht zugunsten einer kurzfristigen Haushaltseinnahme verkaufen werde.

AKN-Sprecher Jörg Minga versprach auf Anfrage, dass mit einer Beschaffung neuer Fahrzeuge in den nächsten Jahren auch eine Barrierefreiheit geschaffen werde.

Deutlich wurde in Nachfragen die Unzufriedenheit der Bürger mit den Busanbindungen im ländlichen Raum und die Anbindung an die Bahnhöfe. Claudius Mozer von der verantwortlichen Südholsteinischen Verkehrsgesellschaft nahm die Hinweise zur Kenntnis, machte aber auch deutlich, dass letztendlich alle Entscheidungen am Geld der öffentlichen Haushalte hingen.

Der Verein Bürgerbus konnte mit seinem Modell eines bürgernahen Personenverkehrs so sehr überzeugen, dass vom Vertreter der Autokraft die Aufforderung an die Anwesenden kam, das Modell aufzugreifen. Er wies darauf hin, dass das Bürgerbusmodell nicht „hereingezaubert“ werden könne, sondern aus dem Willen der Bürgerinnen und Bürger heraus entstehen müsse.

Um die Sicherheit der Fahrradfahrer im Straßenverkehr ging es im letzten Teil der Veranstaltung. Soenke Lunding vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club und Dietrich Remde vom Henstedt-Ulzburger Seniorenbeirat forderten übereinstimmend mehr Sicherheit der Fahrradfahrer durch eine verbesserte Integration in die allgemeinen Verkehrsabläufe. Kritik wurde auch laut an den gesetzlichen Vorschriften der Beschilderung von Fahrradwegen, weil diese nicht praxisgerecht seien.

Für die musikalische Begleitung sorgte an diesem Abend die „Mönkloh Blues Band“ mit ihrer guten Musik.

**Keine Kommentare**

## Voller Saal beim Palme-Preis

### **1987 - 2012: 25 Jahre Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn**

200 Gäste konnte der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat im Reinbeker Schloss begrüßen, darunter zahlreiche ehemalige Preisträger. Sie alle waren gekommen, um das Jubiläum und die Nominierten 2012 zu feiern. Der Preis ging schließlich an Dagmar Greiß aus Bad Oldesloe und Prof. Dr. Rolf Bettaque aus Reinbek.

Festredner war ein gut aufgelegter Olaf Scholz. Der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies erinnerte an die Gründung des Preises vor 25 Jahren.

Die Einladungen hatte Habersaat mit einem Zitat Palmes versehen: „Politik heißt: etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phantasie und Handlungskraft nähren, Träume und Visionen anregen.“ Mit einer augenzwinkernden Anspielung auf den anstehenden Landtagswahlkampf fasste Habersaat es in drei Worten zusammen: „Sozialdemokratie will Verbesserungen.“ Überhaupt wünschte er sich eine fröhliche Veranstaltung, schließlich gehe es um ein bedeutendes Lebenswerk Palmes, gegenwärtiges ehrenamtliches Engagement in Stormarn und stets auch um einen Zuversichtlichen Blick in die Zukunft.



Der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies, Vorsitzender der SPD Stormarn von 1986 - 1992, erinnerte an das Attentat auf Olof Palme am 28. Februar 1986, das viele Menschen auch in Deutschland erschütterte. Auf einem Kreisparteitag in Glinde hatte er dann wenig später den Olof-Palme-Friedenspreis ins Leben gerufen. Als ersten Vorsitzenden des Kuratoriums hatte er damals Egon Bahr gewinnen können. Thönnies freute sich, dass der Preis so lange Bestand hat und setzte gleich eine neue Zielmarke: Das 50jährige Jubiläum.

Olaf Scholz ging in seiner Festrede auf die Mordserie rechter Terroristen ebenso ein wie auf den Arabischen Frühling im vergangenen Jahr. Er kam zu zwei Schlüssen: „Die Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern ist unverzichtbar.“ Und: „Demokratie ist keine europäische Eigenheit!“ Scholz entwickelte die These der Universalität von Freiheit und Demokratie. Es gebe eben keine Orte auf der Welt, in denen diese nicht funktionierten. Dann kam er auf eine alte Entdeckung Kants zu sprechen: Zwischen demokratischen Staaten werden keine Kriege geführt. Schließlich skizzierte der Hamburger Bürgermeister seine Ziele in der Bildungs- und Sozialpolitik. Parallelen zu den Zielen Olof Palmes waren nicht zufällig. In diese Ziele schloss er alle Anwesenden ein: „Hamburg ist eine Hoffungsstadt. Das sollte für die gesamte Metropolregion gelten!“

Cord Denker hatte es übernommen, im Namen des Kuratoriums alle elf nominierten Personen und Gruppen vorzustellen und ihre ehrenamtliche Arbeit zu würdigen. Besonderen Applaus bekam er für den Satz, alle Anwesenden seien „solidarisch mit der Demonstration von Vernunft und Menschlichkeit“, wie die das Antirassistische Bündnis Stormarn und die Bürgerinitiative gegen Rechts in Glinde zeigten. Besonders angetan zeigte er sich von der Idee der Gärten der Begegnung in Ahrensburg, wo mit Kleingärten großes geleistet werde. Den Preis 2012 sprach die Jury folgenden Projekten zu:

Dagmar Greiß wurde gleich für zwei erfolgreiche Projekte geehrt und mit einem Preisgeld von 1000 Euro bedacht. Die Mitbegründerin der Vereine Frauen helfen Frauen e.V. und Bella Donna e.V. engagiert sich in der Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen und schuf mit dem Bella Donna Haus einen Ort für Arbeit, Begegnung, Kultur und Soziales. In ihrer vorsorglich ausgearbeiteten Dankesrede schilderte sie ihren Weg in die Frauenbewegung und ihr jahrzehntelanges Engagement für Frauen. Ihr Fazit: „Veränderungen dauern, aber sie sind möglich.“

Rolf Bettaque ging mit seinen Dankesworten auf Olof Palme und dessen Leben und Wirken ein. Der 90jährige Reinbeker setzte der Preisverleihung einen würdigen Schlusspunkt, als er alle Gäste bat, sich zu Ehren Olof Palmes von ihren Plätzen zu erheben. Der Verein, dessen Ehrenvorsitzender er heute ist, heißt Kontakt - Initiative gegen Sucht und Gewalt in Stormarn e.V. Mit einem breit gefächerten Programm sind die Ehrenamtlichen dort aktiv, um Frust und Nihilismus zu begegnen. Das Preisgeld betrug 500 Euro.

Musikalisch äußerst schwungvoll umrahmt wurde die Veranstaltung in diesem Jahr von Janice Harrington, Werner Gürtler und Dylan Vaugn. Vaugn begann die Veranstaltung mit „Imagine“,

nach der Festrede von Olaf Scholz stimmte die Amerikanerin „Wonderful World“ an und entließ sie die Festgemeinde mit dem Gospel-Song „Oh Happy Day“.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 01.03.2012, 13:31 Uhr - 30542 Clicks - Nr. 121

## „Gastschulabkommen“ aus den Wörterbüchern tilgen

SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig und Hamburgs Schulsenator Ties Rabe wollen Schulpolitik in guter Nachbarschaft zwischen Schleswig-Holstein und der Hansestadt. Beide Politiker zeigten sich darin einig, dass gute Bildung die Voraussetzung ist für eine erfolgreiche und wirtschaftlich starke Region. Albig und Rabe diskutierten mit dem SPD-Wahlkreis-kandidaten Stefan Weber unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Henning Höppner am 28. Februar im Bürgerhaus Ellerau.



Der Schulwechsel soll nach Ansicht Torsten Albigs künftig keine Hürde für die Kinder sein, wenn Eltern über die Landesgrenze umziehen müssen. „Menschen in der Region erleben diese als ihre zusammengehörende Heimat und erwarten, dass Politik sie ebenfalls als einen Raum sieht“, mahnte er zu mehr Bürgernähe. Die Schulsysteme sollten einander angeglichen werden und die Lehrpläne müssten zwischen den Bundesländern besser abgestimmt werden.

Für den Konflikt um das Gastschulabkommen strebt der SPD-Kandidat eine dauerhafte Lösung an. „Das Wort Gastschulabkommen muss aus den Wörterbüchern getilgt werden“, brachte Torsten Albig die Stimmung der Versammlung auf den Punkt. Um die Kosten für den Schulbesuch im jeweils anderen Bundesland hatte es in den letzten Jahren wiederholt Auseinandersetzungen gegeben. Senator Rabe zeigte sich zuversichtlich, das Problem nach der Landtagswahl einvernehmlich lösen zu können.

Die Zukunft gehöre dem zweigliedrigen Schulsystem, zeigte er sich überzeugt. Dafür spreche auch die gute Akzeptanz der Stadtteilschulen in Hamburg. Neben den rückläufigen Schülerzahlen sprächen auch pädagogische und organisatorische Gründe für die Kombination aus achtjährigem Gymnasium und einer Schulform, die in neun Jahren zum Abitur führt.

„Dieser zweite Weg gewinnt an Attraktivität, wenn er mit der Oberstufenperspektive verbunden ist“, erläuterte der Schulsenator. Inzwischen seien alle Bundesländer auf dem Weg zu einem zweigliedrigen System. „Gute Schule bringt auch was“, ist seine Überzeugung. Bildung sei verantwortlich für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg. In der Metropolregion gebe es eine wachsende Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften.

Stefan Weber, Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Segeberg West, erwartet, dass sich die Regionalschulen in Schleswig-Holstein zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln werden.

Dabei verweist er auf die guten Erfahrungen mit der Schule in Kisdorf, „die ein unschlagbares Modell darstelle“.

Spitzenkandidat Torsten Albig musste auch zur Finanzierung des Bildungssystems Stellung nehmen. „Konservative haben nur eine Antwort auf die Verschuldung des Landes – weniger Lehrerstellen“, kritisierte er die schwarz-gelbe Landesregierung. Er warnte vor den hohen Folgekosten. Wenn junge Leute unter ihren Möglichkeiten ausgebildet würden, würden sie später weniger verdienen und weniger Steuern zahlen. Im Extremfall würden sie langfristig auf Sozialleistungen angewiesen sein. Das belaste die öffentlichen Haushalte auf Dauer.

Albig kündigte an, bei rückläufigen Schülerzahlen jede zweite rechnerisch frei werdende Lehrerstelle wieder zu besetzen. Die übrigen würden der Entlastung des Haushaltes dienen. „Das eine ist im Haushalt schnell spürbar, das andere sorgt für langfristige Entlastung“, erläuterte er seine Philosophie. Bildung werde vom ersten bis zum letzten Tag der Legislaturperiode Thema des Ministerpräsidenten sein, kündigte er an.

Wahlkreiskandidat Stefan Weber wies auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hin. Die Kindertagesstätte sollte wohnortnah „im Dorf“ angeboten werden. Dort würden Bildung und soziales Verhalten vermittelt. Er regte an, dass Firmen Kindergartenplätze in der Region für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finanzieren könnten. Betriebskindergärten würden nicht so gut angenommen, da die Kinder oft aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen würden.

Bildungssenator Ties Rabe betonte: „Bildung muss so früh wie möglich beginnen.“ Als „katastrophalen Fehler“ kritisierte er die Pläne der Bundesregierung, Eltern finanziell zu belohnen, wenn sie ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken.

Foto: Ties Rabe, Torsten Albig, Stefan Weber (v.l.)

**Keine Kommentare**

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 01.03.2012, 13:43 Uhr - 9496 Clicks - Nr. 122

## **Floorballturnier und ACTA**

**Die Jusos Dithmarschen blicken auf eine erfolgreiche Teilnahme auf Floorballturnier der Jungen Union und eine Infoveranstaltung zum Thema "ACTA" zurück.**

Am 19.02 fand in der Turnhalle der Meldorfer Gelehrtenschule, von 14:00 bis 18:15, das zweite Floorballturnier der Jungen Union statt. Floorball, was übrigens eine Mischung aus Elementen des Feldhockeys und Eishockeys ist, begeistert zunehmend junge Menschen und so war das Interesse der Jusos überwältigend. So ist nicht verwunderlich das die Jusos Dithmarschen mit 3 Mannschaften, an dem mit 15 Mannschaften gut besuchten Turnier, teilnahmen. Die Jusos Norddithmarschen versuchten mit dem Team „Red Sox“, die Jusos Mitteldithmarschen mit dem Team „Rosa Luxemburg“ und einem gemischtem Team „Los Rojos“ ihr Glück.

Mit Glück hatte der Erfolg der 3 Juso-Teams im Laufe des Turniers allerdings weniger zu tun, während die Junge Union, die mit 4 Teams angetreten war, in keinem der 3 Blöcke a 5 Mannschaften über die Vorrunde hinaus kam, wurden alle 3 Teams der Jusos dank beeindruckender sportlicher Leistung Gruppenzweiter.

Für den Platz ganz oben auf dem Treppchen sollte es auch im Folgenden nicht reichen. Am Ende stand die Mannschaft „Hemmhelden“ ganz oben auf dem Treppchen und die Jusos mussten sich mit den Plätzen 2 und 3 begnügen. Den zweiten Platz erreichte das Team „Red Sox“ und den 3 Platz die „Los Rojos“, während das Team „Rosa“ unter die ersten 6 gekommen ist.

„Wenn wir Jusos diese sportlichen Erfolge auch in politische umwandeln können, dann mache ich mir für die Landtagswahl keine Sorgen“ so die Vorsitzende der Jusos Mitteldithmarschen Hanna Pöschel.

Nach der Veranstaltung wurde in kleiner Runde im Holzwurm über das das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA), mit dem auf internationaler Ebene ein Instrument gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen geschaffen werden soll.

Als Referent konnten wir Christopher-Daniel „CD“ Gregorczyk aus Lübeck begrüßen ,der kooperiert im Landesvorstand den Bereich „digitale Gesellschaft“ bearbeitet. Er konnte uns über den

Stand der Beratungen und über die möglichen Gefahren aufklären.

Für den Kreisvorsitzenden der Jusos Patrick Lange war klar „ACTA bietet durch seine schwammige Formulierung die Möglichkeit die Freiheit im Internet einzuschränken, nur damit die RechteverwerterInnen borniert ihre Profitinteressen gegenüber den Internetusern durchdrücken können. Die UrheberInnen würden von ACTA kaum profitieren, und der Schutz ihres geistigen Eigentums, der ein hohes Gut ist, würde mittels falscher Instrumente, die Bürgerrechte und Datenschutz beschneiden, gesichert werden.“ Am Ende waren sich alle einig das die sozialistische Fraktion im Europaparlament ACTA verhindern muss.

Nach dem Vortrag wurde in lockerer Runde diskutiert und der Entschluss gefasst einen Antrag für den nächsten Kreisparteitag der SPD zu formulieren, der ein moderneres Urheberrecht einfordert.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 01.03.2012, 21:07 Uhr - 7662 Clicks - Nr. 123

## **Elbvertiefung: „Hände weg von fremden Töpfen, liebe FDP!“**

SPD-Politiker verteidigen Naturstiftung und Ausgleichsfonds

„Eine Kostensteigerung bei der Elbvertiefung darf weder zu Lasten der Stiftung Lebensraum Elbe noch auf Kosten der Stiftung Elbefonds gehen!“ Das haben der Kreis Pinneberger SPD-Politiker Dr. Ernst Dieter Rossmann und die SPD-Landtagskandidaten Thomas Hölck und Beate Raudies gefordert.

Damit reagieren die Sozialdemokraten auf den Vorschlag der Hamburger FDP, den Etat der Stiftung Lebensraum Elbe einzusetzen, um die erwartete Kostensteigerung bei der Fahrrinnenanpassung zu kompensieren. „Die Unterelbe ist trotz der Eingriffe der Menschen in den vergangenen hundert Jahren immer noch ein wichtiger Naturraum. Die Stiftung hat die Aufgabe, mit gezielten Projekten Renaturierungsmaßnahmen zu realisieren“, erklärt Rossmann. „Das ist eine wichtige und notwendige Arbeit und keine haushaltspolitische Verfügungsmasse.“

Auch Thomas Hölck warnt die Liberalen, den Naturschutzfonds ins Visier zu nehmen. „Das gilt in gleicher Weise auch für den Ausgleichsfonds, der den kleinen Häfen an der Unterelbe helfen soll, die zunehmende Verschlickung zu bekämpfen“, stellt der SPD-Landtagskandidat für Wedel, Uetersen und die Elbmarschen klar. „Die Gelder, die für die beiden Stiftungen eingesetzt werden, sind auch Akzeptanzvoraussetzungen für die Elbvertiefung. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.“

Die Elmshorner SPD-Kandidatin Beate Raudies weist darauf hin, dass die FDP mit ihrem Vorschlag auch ein im Entstehen befindliches Stück norddeutscher Zusammenarbeit torpedieren wolle. „Der Auftrag der Stiftung Lebensraum Elbe macht nicht vor Landesgrenzen halt, sondern begreift die gesamte Unterelbe als gemeinsamen Naturbereich. Ich kann mir gut vorstellen, dass aus den Stiftungsmitteln auf mittlere Sicht auch Projekte an den Kreis Pinneberger Elbzufüssen, etwa an der Krückau, realisiert werden.“

Der liberale Vorschlag mache keinen Sinn, er sei umweltfeindlich und taue nicht als Modell zur Finanzierung der Elbvertiefung, die gemeinsam aus hamburgischen und Bundesmitteln bezahlt werde, resümieren die Sozialdemokraten. „Deshalb: Hände weg von fremden Töpfen“, fordern Rossmann, Hölck und Raudies.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 02.03.2012, 11:15 Uhr - 21042 Clicks - Nr. 124

## **Wir stehen zur Schuldenbremse**

Zur Beratung über die Schuldenbremse in Schleswig-Holstein in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses sagen die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, Birgit Herdejürgen, Monika Heinold und Lars Harms:

Auch der Landesrechnungshof bestätigt in der Beratung im Finanzausschuss ausdrücklich, dass beide Gesetzentwürfe (der Landesregierung und der Fraktionen von SPD, Grünen und SSW) verfassungskonform sind und damit den Vorgaben der Schuldenbremse entsprechen. Beide würden dazu führen, dass die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund eingehalten wird und dass das Land die jährliche „Prämie“ von 80 Millionen Euro erhält.

Wir stehen zur Schuldenbremse. Allerdings sehen wir auch, welche hohe Verantwortung das Land für Bildung hat. Außerdem stecken in der Finanzplanung erhebliche und in der Höhe nicht kalkulierbare Risiken. Wir tragen keinen Gesetzentwurf mit, der dem Land aus rein wahltaktischen Gründen einen Knebel anlegt.



**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.03.2012, 11:53 Uhr - 10822 Clicks - Nr. 125

## **Sozialdemokratie will Verbesserungen**

### **Palme-Preis 2012: Begrüßung der Gäste durch Martin Habersaat, MdL**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Gäste,

für die Musik bedanken wir uns bei Janice Harrington, Werner Gürtler und Dylan Vaughn!

Seit 25 Jahren verleiht die SPD Stormarn den Olof Palme Friedenspreis und demonstriert Verbundenheit mit dem großen Schweden, der sich für Frieden und sozialen Ausgleich einsetzte.

Ich freue mich, auch Verbundenheit in der anderen Richtung wahrnehmen zu können und heute einmal mehr den Schwedischen Honorarkonsul Leif Larsson nebst Gattin hier begrüßen zu dürfen.



Und ich freue mich, zu diesem besonderen Jubiläum einen besonderen Festredner begrüßen zu dürfen: Olaf Scholz, den 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Olaf Scholz war, als der Preis erstmals verliehen wurde, übrigens gerade stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

Gute Abgeordnete kontrollieren ihre Regierung auch bei Abendterminen, deswegen begrüße ich heute Abend auch den Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Sven Tode und das Mitglied der Eimsbüttler Bezirksversammlung Panos Drossinakis.

Neben dem Hamburger Bürgermeister sind auch noch weitere wichtige Bürgermeister zu begrüßen: Michael Sarach aus Ahrensburg und Axel Barendorf aus Reinbek, der halbe Schlossherr, gewissermaßen.

Seit 25 Jahren gedenken wir Olof Palmes. Nicht im Sinne einer Trauerfeier, sondern im Sinne einer Würdigung seines Lebenswerks. Stets mit einem Blick auf die Gegenwart, auf ehrenamtliches Engagement im Kreis Stormarn.

Ich freue mich, dass zahlreiche Preisträgerinnen und Preisträger aus diesen 25 Jahren hier sind, exemplarisch begrüße ich zwei besonders: Konrad Tempel, Preisträger von 1988, und Gerd-Günther Finck vom Verein FIT -Für Integration und Toleranz, der den Preis 20 Jahre später gewann. Und natürlich die Nominierten 2012. Sie werden nachher einzeln begrüßt und gewürdigt. Zunächst einmal an alle: Herzlich willkommen!

Seit 25 Jahren ist es Aufgabe eines Kuratoriums, die Vorschläge aus der Bevölkerung zu sichten und über die Preisvergabe zu entscheiden. Die fünf Mitglieder sind aktuell die Kuratoriumsvorsitzende Birgit Kassovic von der Walter Jacobsen Gesellschaft, Stormarns Landrat Klaus Plöger, den ich nicht an der protokollarisch angemessenen Stelle weiter vorne begrüßt habe, weil er heute dabei ist, um zu arbeiten. Er ist übrigens der andere halbe Schlossherr, weil das Schloss Reinbek dem Kreis und der Stadt gemeinsam gehört. Desweiteren Gisela Böhrk, frühere Kultus- und erste Frauenministerin des Landes Schleswig-Holstein, Probst Matthias Bohl und Cord Denker, der Laudator des heutigen Abends.

Seit 25 Jahren betrachten Menschen das Leben und Wirken Palmes, um die aktuelle Lebenswirklichkeit an seinen Aussagen zu spiegeln. Seit acht Jahren suche ich nun als Kreisvorsitzender immer ein Zitat aus, das die Einladungen zielt. In diesem Jahr ist es die folgende Äußerung von Olof Palme: „Politik heißt: etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phantasie und Handlungskraft nähren, Träume und Visionen anregen.“ Das lasse ich einmal so stehen. Jede weitere Ausführung dazu könnte man mit dem beginnenden Landtagswahlkampf in Verbindung bringen. Ich fasse nur kurz zusammen: Sozialdemokratie will Verbesserungen.

Seit 25 Jahren gibt es fleißige Helferinnen und Helfer im Hintergrund, die den Preis möglich machen. Danke dafür!

Wichtig sind aber auch alle Gäste und die Presse, die die ehrenamtliche Arbeit der Nominierten würdigen. Auch ihnen: Herzlich willkommen.

Oft waren diese Preisverleihungen verbunden mit einem Blick in die Zukunft, die sich zu gestalten lohnt. Die zukunftsweisende Idee zu diesem Preis hatte vor 25 Jahren der Kreisvorsitzende um seinen damaligen Vorsitzenden Franz Thönnies. Franz, man sieht es dir nicht an, dass das ein Vierteljahrhundert her ist. Du hast das Wort!

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.03.2012, 11:55 Uhr - 11687 Clicks - Nr. 126

## **Diskussion um Wege aus der Finanz- und Eurokrise**

### **Ralf Stegner: „Wir brauchen einen Marshall-Plan für Südeuropa“**

Am vergangenen Montag lud der SPD-Landtagskandidat Tobias von Pein zu einer Diskussion zum Thema Finanz- und Eurokrise ins Peter-Rantzau-Haus. Zu Gast war Ralf Stegner, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein. Themen waren die Eurokrise und die Situation Griechenlands.

Stegner und von Pein diskutierten im mit über 50 Gästen über mögliche Strategien aus sozialdemokratischer Sicht.



Tobias von Pein machte am Anfang des Abends auf die angespannte soziale Situation in Europa aufmerksam. Die griechische Bevölkerung habe schon viele Kürzungen hinnehmen müssen, Kürzungen bei der Rente, bei den Löhnen und Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst. Der Sparzwang hat dabei zu heftigen Protesten geführt. Dazu von Pein: „Das muss mit bedacht



werden bei der Diskussion. Diese Kürzungen hatten massive Auswirkungen auf die soziale Situation der Menschen im Land und auf die Konjunktur. Wenn aber die Wirtschaft schrumpft, schrumpfen auch die Einnahmen des Staates und die Möglichkeiten zu sparen.“

Ralf Stegner stellte die Zielsetzungen der SPD bei der Europolitik heraus. Es gehe vor allem um ein solidarisches Europa und die langfristige Stärkung des europäischen Gemeinwohls. „Europa ist eine Wertegemeinschaft, deshalb ist für die SPD das Gebot der Stunde Solidarität.“ Er plädierte dafür, Griechenland mit ökonomischen Hilfen - wenn auch nicht ohne Bedingungen - unter die Arme zu greifen. „Wir brauchen einen Marshall-Plan für Südeuropa.“ Er wies auch auf die möglichen Folgen hin, wenn die Hilfe verweigert würde. Die Jugendarbeitslosigkeit sei schon jetzt dramatisch. „Investitionen in Bildung und Infrastruktur verhindern, dass am Ende die sozialen Folgekosten sehr viel höher sind.“

Für die SPD sei klar, dass das am selben Tag im Bundestag beratende Rettungspaket für Griechenland nur dann erfolgreich sei, wenn in den kommenden Jahren die Wende aus der Rezession in neues Wachstum geschaffen werde. Deshalb müssten die Sparbemühungen Griechenlands durch Wachstums- und Investitionsprogramme ergänzt werden. Dazu Tobias von Pein: „Dies kann auch finanziert werden durch eine Finanztransaktionssteuer, indem die Spekulanten endlich zur Kasse gebeten werden.“

Wie aktuell das Thema der Veranstaltung war, konnten die Diskussionsteilnehmer auch an der Abwesenheit Carsten Sielings erkennen. Der Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte musste leider kurzfristig absagen, da er noch bei der namentlichen Abstimmung zum Rettungspaket für Griechenland im Bundestag in Berlin gebraucht wurde.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.03.2012, 18:18 Uhr - 9340 Clicks - Nr. 127

## **25 Jahre Gleichstellung im Kreis Plön**

1. 3. 2012

Herzlichen Glückwunsch! 25 Jahre Gleichstellung im Kreis Plön  
25 Jahre Geduld und Kontinuität

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Lutz Schlüsen, gratuliert zum 25-jährigen Jubiläum und bedankt sich für 25 Jahre kontinuierliche Arbeit für die Gleichstellung der Frau.

Die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten gibt es seit 1986 und sie setzt das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf Kreisebene durch. Am Anfang war die Pioniertätigkeit geprägt durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Forderung nach Gleichberechtigung und durch das Aufzeigen von Benachteiligungen für Frauen. Kritische Bemerkungen in Flyern, Frauenthemen in Ausstellungen, Lesungen, Frauenmessen und Literaturprojekte bestimmten auf Kreis- und Landesebene die Arbeit.

Das hat sich in den weiteren Jahren ständig konkretisiert: heute beinhaltet die Arbeit eine Vielzahl von weiteren Aufgabenbereichen: Beratungstätigkeit, Durchführung von Projekten, Mitwirkung bei der Frauenförderung innerhalb der Kreisverwaltung und vieles mehr. Ob es die Wegweiser für Frauen im Kreis Plön, das Angebot für Frauen, an dem Kurs „Berufsübergreifende Qualifizierung: Telearbeit für Frauen mit Kinderbetreuung“ teilzunehmen, die Qualifizierung zur Seniorenassistentin, die Mädchenarbeit im Kreis Plön oder der Einsatz für das Frauenhaus sind, Gleichstellung hat in allen Bereichen der Gesellschaft einen festen Platz erhalten. Seit dem 1. März 1987 ist die Gleichstellung ein fester Bestandteil der Arbeit im Kreis Plön.

Die Arbeit und der Einsatz der letzten 25 Jahre haben sich gelohnt, es hat sich viel verändert

für Frauen und Männer im Kreis Plön. Neben den künftigen Herausforderungen, wie z.B. Frauenförderung, Frauenarmut, bleiben zahlreiche bisherige Themen bestehen. Ziel muss sein, ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern zu erreichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss verbessert werden, um Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleiche Chancen zu geben. Hier ist noch viel zu tun, deshalb wünscht die SPD-Kreistagsfraktion der Gleichstellungsbeauftragten weiterhin viel Schaffenskraft und Courage. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit: „Es muss unser aller Aufgabe sein, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten im Kreis auch in Zukunft nach Kräften zu unterstützen. Eine lebensnahe Frauenpolitik setzt darauf, dass starke unabhängige Gleichstellungsbeauftragte diese Arbeit gestalten und formen.“

Lutz Schlüsen  
Fraktionsvorsitzender  
Wischhof 3  
24256 Stoltenberg  
Tel. 04303/928022  
Dienst 0431 6031191  
Fax:0431/603101191

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.03.2012, 14:08 Uhr - 10870 Clicks - Nr. 128

## **Politik heißt: etwas wollen!**

### **25 Jahre Olof-Palme-Friedenspreis - Rede von Franz Thönnies, MdB**

Gestern Abend bin ich mit dem im Januar neu gewählten Vorsitzenden der schwedische Sozialdemokraten, Stefan Löfven, in Berlin zusammenzukommen und er berichtete mir darüber, dass die schwedische Sozialdemokratie heute am 26. Jahrestag ihres ermordeten ehemaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Olof Palme gedenkt. Dem Namensgeber des Friedenspreises, den der SPD-Kreisverband Stormarn seit nun einem Vierteljahrhundert vergibt.

Am Abend des 28. Februar 1986 besuchten Olof Palme und seine Frau das Kino Grand in Stockholm. Nach der Vorstellung gingen beide zur U-Bahn. Hier wurde zweimal von einem Mann auf sie geschossen. Olof verstarb an seinen Verletzungen. Der Mörder konnte fliehen. Bis heute blieb die Tat ungeklärt.



Wie ein Lauffeuer verbreitete sich Olofs Tod um die ganze Welt. Am Morgen des 1. März 1986 standen wir gemeinsam am Info-Stand der Sozialdemokraten auf dem Ahrensburger Marktplatz und warben um Stimmen für die Kommunalwahl am Sonntag. Es gab nur ein Thema: Die Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten, in dem bis dahin so friedlich geglaubten Land. Wir alle waren schockiert!

So wie mich Willy Brandt zur SPD brachte, so begeisterte mich damals Olof Palmes Politik für Freiheit und soziale Gerechtigkeit in einer friedlichen Welt sowie das Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaats. Mit seinen Worten: „Politik heißt: etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phanta-

sie und Handlungskraft nähren, Träume und Visionen anregen," beschrieb er kurz sein „Wollen“.

Seine Sicht der Welt war geprägt von dem Glauben an die Demokratie, die Gleichheit und die Freiheit des Individuums. Revolutionären Veränderungen stand der Pragmatiker Palme skeptisch gegenüber: „Die Revolution löst nichts, am Morgen nach der Revolution beginnt wieder der Alltag der Probleme.“ formulierte er einmal. Schweden wurde durch ihn moderner. Es wurde gleicher. Die Unterschiede beim Einkommen glichen sich an und das Niveau der Bildung stieg. Die betriebliche Mitbestimmung wurde ausgebaut und die Gleichstellung der Geschlechter nach und nach verwirklicht. Elternzeit, Elterngeld, Ausbau staatlicher Kinderbetreuung. Das alles waren Themen lange bevor sie bei uns auf die Tagesordnung kamen.

Seine Vision formulierte der aus dem Großbürgertum Schwedens stammende Palme u.a. wie folgt: „Der Sozialismus ist eine Freiheitsbewegung. Unser Ziel ist Freiheit, soweit wie möglich, vom Druck der äußeren Verhältnisse, Freiheit für den einzelnen Menschen, seine Eigenart zu entwickeln. Wahlfreiheit für das Individuum, sein Dasein nach den eigenen Wünschen zu formen.“

Er war Optimist wenn es um den technischen Fortschritt und den Zukunftsglauben ging. Für ihn gab es die Formel „Modernität + Gleichheit = Freiheit"! Mit Worten wie „Unsere Kinder sind die einzige Verbindung zur Zukunft - eine andere gibt es nicht“, rührte er an die Herzen der Menschen.

Mit seiner engagierten Außenpolitik prägte Olof Palme wie kein anderer das Bild Schwedens. Er kritisierte die USA wegen ihrer Vietnampolitik und ebenso deutlich die sowjetische Interventionspolitik in Osteuropa. Er war UN-Vermittler im Iran-Irak-Krieg. Hinzu kamen internationale Abrüstungsinitiativen, wie der Bericht „Common Security“ aus der nach ihm benannten Kommission. Dieser Report war so realistisch und konkret, dass sich Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, als sie 1986 auf Island zu Abrüstungsgesprächen zusammenkamen, hierauf stützen konnten.

Darüber hinaus prägte Olof Palme mit engen persönlichen Beziehungen zu Willy Brandt und Bruno Kreisky sowie den Themen „Entspannung“, „Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt“ sowie „Abrüstung“ „das sozialdemokratische Gesicht“ in Europa und die sozialistischen Internationale. Und ich glaube gerade heute, angesichts unserer Sorgen um den Zusammenhalt von Europa, dem Kampf gegen den internationalen Finanzkapitalismus und den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt wäre so ein „sozialdemokratisches Gesicht“ für eine starke und internationale Zusammenarbeit wieder wichtig!

Damals überlegte ich, was man tun könne, um seinen Namen für die Zukunft auf regionaler Ebene zu ehren und Menschen, die sich im Sinne seines Lebenswerkes für andere engagieren zu würdigen sowie andere zum Nachmachen anzuregen. Als die Delegierten des kurze Zeit später stattfindenden Stormarner SPD-Kreisparteitages mich 1986 in Glinde zum Kreisvorsitzenden wählten, verkündete ich ohne Abstimmung, dass die SPD Stormarn künftig jährlich einen „Olof-Palme-Friedenspreis“ vergeben würde. Ich wusste noch nicht, wie wir das organisieren, geschweige denn bezahlen.

Doch bei drei Landtags- und zwei Bundestagsabgeordneten hatte ich die Zielgruppe schon im Auge. Ohne zu ahnen, dass ich später einmal selbst dazu gehören sollte.

Dann wurde ein Kuratorium gesucht. Als ich Egon Bahr die Idee und den Vorsitz antrug fand ich sehr schnell Zustimmung. Der ehemalige Bischof und Generalsekretär von Amnesty International Helmut Frenz nahm meine Bitte ebenfalls an. Hinzu kam unsere Genossinnen Gräfin Gisela v.d. Goltz aus Reinbek und Uschi Kähler aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie Propst Karl-Ludwig Kohlwaage. Ihnen allen bin ich ebenso wie den dann folgenden Mitgliedern der Kuratorien dankbar für die Grundsteinlegung und die weitere Arbeit in den letzten 25 Jahren.

Ebenso gilt ein großer Dank den genannten Finanziers des Preises, zu denen später noch über

das Kuratoriumsmitglied Heide Moser die Walther-Jacobsen-Gesellschaft hinzu kam.

Ein Dankeschön gebührt auch allen SPD-Kreisvorständen, die diese inzwischen zur Tradition gewordene Institution fortführten.

Und auch zu ihrer Finanzierung beitrugen.

Natürlich gebührt gleichfalls auch all den Menschen, Initiativen, und Gruppen im Kreis Stormarn Dank, die sich unermüdlich für andere und damit ganz im Sinne des Lebenswerkes von Olof Palme engagiert haben und dies auch heute tun.

Dazu gehört es selbstverständlich ebenso den Festrednern aller Preisverleihungen Danke zu sagen, die uns mit Ihren Ausführungen bereichert und angeregt haben. Sicher bin ich mir, dass dies auch heute mit dem 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, wieder so sein wird.

Alles Gute für den Olof-Palme-Friedenspreis auf dem Weg zum 50. Jubiläum. Und nicht vergessen: „Politik heißt: etwas wollen!“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.03.2012, 14:10 Uhr - 10621 Clicks - Nr. 129

## Demokratischer Frieden

### Olaf Scholz: Festrede zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises

Sehr geehrter Herr Habersaat, sehr geehrter Herr Thönnies, sehr geehrter Herr Denker, sehr geehrter Herr Konsul, liebe Preisträger, meine Damen und Herren,

der Olof-Palme-Friedenspreis wird seit 25 Jahren von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hier im Kreis Stormarn verliehen. Das ist ein nachdenklich machendes Jubiläum.

Franz Thönnies hat es erwähnt. Kein Zweifel besteht für mich an der Aktualität der Thematik und ich danke für die Gelegenheit, dazu bei Ihnen sprechen zu können.



Erst wenige Tage zurück liegt die Zeremonie in Berlin zum Gedanken an die Opfer der rechtsterroristischen Mordserie in Deutschland. Es war eine bewegende Veranstaltung auch deswegen, weil Angehörige selbst das Wort ergriffen haben, weil also nicht nur über diejenigen geredet wurde, deren Eltern oder Großeltern von anderswoher nach Deutschland gekommen sind.

Sie haben selbst deutliche Worte gefunden und dadurch ist es eine stolze Demonstration geworden gegen das, was rechtsradikale Hasstäter getan haben.

Ich stimme auch ausdrücklich dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland zu, Aiman Mazyek, der vor Beginn der Feier gesagt hat, es müsse sehr deutlich werden, dass die Mordserie „ein Anschlag auf unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft war, in erster Linie, und nicht auf eine bestimmte Gruppe“.

In ähnlicher Weise haben sich im November migrantische Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft geäußert und es ist eine einhellige, unmissverständliche Auffassung aller vertretenen Parteien demonstriert worden: dass Hamburg eine weltoffene Stadt ist. Eine Stadt des friedfertigen, solidarischen Zusammenlebens. Eine Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger

ebenso wie unsere Gäste alle in gleicher Weise das Recht haben, unbehelligt von Beleidigungen und tätlicher Gewalt zu leben und ihrem Tageslauf nachzugehen.

Dieser Satz duldet keine Einschränkung nach Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, politischer und sonstiger Meinung, und auch nicht nach Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung oder was denjenigen noch einfallen mag, die die Gesellschaft spalten und Menschen gegeneinander aufhetzen wollen.

Es ist die Aufgabe des Staates und seiner Organe, dieses Recht durchzusetzen und potenzielle Opfer zu schützen.

Trotzdem ist Einmischung, ist Engagement von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der staatlichen Institutionen unverzichtbar. Ich sehe, dass es im Kreis Stormarn vielerorts funktioniert.

Wer der heutige, oder die heutigen Peisträger sein werden, wurde nicht vorher verraten.

Aber es genügt ja der Blick auf die Nominierungsvorschläge, um zu erkennen, welches ein großes Spektrum von Personen, Initiativen, Vereinigungen und Freundeskreisen im Kreis Stormarn aktiv ist, sich für Menschenrechte, Bildung und Integration in vielfältige Weise einsetzt. Ich finde das sehr ermutigend und sehe Sie alle als Gewinner.

Meine Damen und Herren,

ein anderes Thema mit großer Aktualität ist das, was wir die Arabellion nennen. Deren Ausgang noch längst nicht überall sicher ist.

Wer vom Frieden spricht, muss die ganze Welt im Blick haben. Seit Monaten sind die Augen der Weltöffentlichkeit auf Afrika und den Nahen Osten gerichtet. Ein weiteres Mal hat eine Fülle von Bildern starke Emotionen auch bei uns ausgelöst. Man erlebte aus der Ferne den Jubel über den Sturz eines diktatorischen Regimes, gegen das das eigene Volk aufgestanden ist und gesiegt hat.

Man musste aber auch aufs Neue die Rolle Europas und Deutschlands reflektieren, gegenüber den dortigen Entwicklungen und Veränderungen, und welche Art von Solidarität richtig und erwünscht ist und welche wir leisten können.

Wir wünschen Tunesien, Libyen, Ägypten bei dem politischen Neuanfang, vor dem sie und andere Länder stehen, jeden erdenklichen Erfolg auf dem Weg zu Stabilität, Demokratie, besseren Lebensbedingungen und Wohlstand. Gerade die beiden letzteren Punkte sind mit entscheidend dafür, ob sich rechtsstaatliche Demokratie gegen Fundamentalismus durchsetzen wird.

Frieden und Demokratie sind eng verwandte Begriffe, vielleicht nicht von der Semantik her, aber empirisch ist belegt, dass der eine die andere voraussetzt, und umgekehrt. Das gilt für den inneren Frieden wie für den zwischen Staaten.

Immanuel Kant gilt als Vordenker der Theorie vom „Demokratischen Frieden“. Die besagt, dass zwischen demokratischen Staaten keine Kriege geführt werden. Und sie stimmt wirklich.

Kant hat im Jahr 1795 als Erklärung darauf hingewiesen, dass, vereinfacht gesagt, die Interessen politischer Machthaber andere seien als die Interessen derer, die sehenden Auges ihr Hab und Gut, vielleicht auch ihr eigenes Leben in einem Krieg riskieren müssten. Wenn sie ihm denn zustimmten. Schon deshalb würden Staaten, in denen Mehrheitsentscheidungen gelten, tendenziell eine friedfertigeren, auf Ausgleich bedachte Außenpolitik betreiben.

Er hat aber auch hinzugefügt, dass der „Ewige Frieden“ – so heißt die Schrift – eine zweite notwendige Bedingung habe. Nämlich ein darauf gerichtetes Bündnis, ein „foedus pacificum“, der Republiken.

Über die erste These kann man streiten. Es gibt leider manche Beispiele und bewegte Bilder,

auch aus unserer eigenen deutschen Geschichte, von begeistert für Kaiser, Gott und Vaterland in den Krieg ziehenden Soldaten. Die stammen nicht aus demokratischen Zeiten, und anscheinend haben damals Viele die tödliche Gefahr gering geschätzt, in die sie geschickt wurden. Jedenfalls waren die Kriegsgegner anfangs in der Minderheit.

Es gibt auch bewegte Bilder von Soldaten, die mit Kriegsschiffen ablegen, um entfernte Inseln zurückzuerobern, und denen Angehörige eher jubelnd als angstvoll nachwinken. Zumindest sieht es so aus. Auch Demokratien führen Kriege, das wissen wir. Nicht immer sind die Motive falsch. Oft – nicht immer – geht es darum, Frieden und Menschenrechte dort wieder herzustellen, wo sie der Bevölkerung gewaltsam genommen worden sind.

Wir Deutschen sind 1945 selber auf sehr unfriedliche Weise von einer Gewaltherrschaft befreit worden, als andere Optionen längst nicht mehr bestanden.

Andere haben sich durch bewaffneten Kampf von ihren Kolonialherren befreit, oder doch auf diese Weise dazu beigetragen. Die Kolonialherren, das konnten auch Demokratien sein.

Und trotzdem, trotz dieser einschränkenden Betrachtungen stimmt es, was Kant postuliert hat und was Politologen empirisch nachgewiesen haben: Zwischen Demokratien werden keine Kriege geführt.

Die angeblichen Gegenbeweise, die man in zahlreichen Internet-Blogs finden kann, legen entweder einen sehr gedehnten Begriff von Demokratie zu Grunde, oder sie greifen auf den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zurück, in dem es ja erst um eine Staatenbildung ging.

Was folgt daraus? Das, was wir allerspätestens seit Beginn des europäischen Einigungsprojektes ahnen und wissen: dass die beste Friedenssicherung darin besteht, dass man sich auf gemeinsame Ziele und Werte verständigt. Dass man, wie es Gorbatschow formuliert hat, ein gemeinsames europäisches Haus zu errichten beginnt.

Dass man, wie Olof Palme, Abrüstungsinitiativen initiiert und die Weltgemeinschaft dazu bewegt, konkrete Schritte vertraglich festzulegen.

Das war ja das Ziel der Palme-Kommission, die 1982 der 2. UNO-Sondervollversammlung zahlreiche Empfehlungen vorgelegt hat. Etliche davon sind in konkrete friedenssichernde Politik eingeflossen, wie etwa den START-Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen. Oder die Chemiewaffenkonvention von 1992.

Demokratien können so etwas besser als andere politische Systeme vorantreiben und vielleicht ist die Erklärung relativ einfach. Wer in einer Demokratie lebt und agiert, weiß nicht nur theoretisch, sondern hat es auch praktisch gelernt: dass zum Frieden immer mindestens zwei gehören, während einer allein reicht, um ihn zu brechen.

Das ungefähr meint ja der wissenschaftliche Erklärungsversuch, der es so formuliert: Die friedensstiftenden Elemente, die der Demokratie innewohnen, greifen nur dann, wenn die Demokratie ihr Gegenüber ebenfalls als Demokratie wahrnimmt. Und: Wenn Demokratien einander anerkennen, so begegnen sie einander in der Regel mit wechselseitiger Empathie, Sympathie und Respekt.

Vielleicht klingt letzteres fast zu schön, um wahr zu sein. Aber die demokratische Wertegemeinschaft gibt es und gerade die Krisen, in denen sich Europa in jüngerer Zeit bewähren musste, haben bewiesen, dass sie funktioniert.

Meine Damen und Herren,

die Grundvoraussetzung ist, dass Stadt- und Landbewohner – die Stadtbewohner werden ja immer mehr, weltweit und auch in Deutschland – dass sie ein Leben mit der begründeten Hoffnung auf Frieden, Demokratie, auf ein gutes Leben haben, in dem sie für sich und ihre Familien ein Auskommen haben.

Das A und O ist Bildung und das gilt auch bei uns. Hamburg ist eine Hoffungsstadt und das sollte für unsere ganze Metropolregion gelten, auch in den etwas weniger städtischen Gegenden.

Zentraler Punkt unserer Politik ist der Umbau Hamburgs zu einer familienfreundlichen Stadt mit einem besonderen Augenmerk auf bessere Bildung. Jeder soll eine Berufsausbildung absolvieren, weil das die Grundlage dafür ist, dass man ein unabhängiges und selbständiges Leben führen kann. Das sind Maßnahmen gegen Perspektivlosigkeit. Dazu gehört auch der Ausbau der Kitas und der Ganztagschulen, dazu gehört die Reduzierung der Klassenstärken in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen.

Das nützt den Familien, Kindern und Jugendlichen und es nützt mittelfristig der Wirtschaft, denn das A und O aller Wirtschaftspolitik ist Ausbildung.

Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit eines modernen Wirtschaftsraumes hängen maßgeblich von seiner Innovationsfähigkeit ab, die ihrerseits exzellent ausgebildete Nachwuchs- und Fachkräfte erfordert.

Unser ausdrückliches Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen nach der Schule entweder eine Berufsausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen. Niemand darf verloren gehen!

Und wenn wir dahin kommen, tun wir auch viel für den demokratischen Zusammenhalt in der Stadt, in der Gesellschaft.

Wir haben das große Glück und das große Privileg, in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer weniger konfrontativen Welt zu leben als vorher, in einer friedlicheren Welt. Wir sind in einer ganz anderen Weise in Bündnis- und Sicherheitssysteme eingebettet als jemals vorher. Ich finde, es lohnt jede Mühe, dass wir – jeder in seinem Bereich – diese Chance nutzen und unterstützen.

Ich danke den Initiatoren des Olof-Palme-Friedenspreises und bin gespannt auf die Laudatio.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 03.03.2012, 16:04 Uhr - 56191 Clicks - Nr. 130

## **Bremse bei Solarstrom gefährdet Energiewende und Arbeitsplätze**

Zur Diskussion in den Ausschüssen über die von der Bundesregierung geplante drastische Kürzung der Vergütungssätze für Energie aus Photovoltaikanlagen sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die von der Bundesregierung schon mit Wirkung zum 9. März geplante Kürzung der Solarförderung um bis zu 25 % ist aus unserer Sicht zu abrupt und zu drastisch. Gerade in Schleswig-Holstein hat sich die Solarenergie als wichtiger Bestandteil der erneuerbaren Energien und damit der Energiewende insgesamt gut entwickelt. Sie sichert Einkommen im ländlichen Raum und schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk. Zwar gibt es auf Dauer sicher auch in der Förderung von Solarstrom Sparpotentiale, diese müssen jedoch sorgfältig beraten und dann erst entschieden werden. Die SPD hat sich auf allen Ebenen gegen diese Kürzungen ausgespro-



chen. Verwundert bin ich über die Aussage der Landesregierung, wonach es sich bei den Plänen um gar keine Kürzung handeln solle. Entweder trickst die Landesregierung beim Zahlenspiel oder sie hat, anders als der Rest der Bundesrepublik, der die Kürzungen als Ende der Solarbranche kritisiert, alleine den Überblick.

Wir werden mit anderen Fraktionen nach Möglichkeiten suchen, diese die gesamte Solarindustrie in Deutschland bedrohenden Pläne der Bundesregierung zu stoppen. Wir brauchen zumindest angemessene Übergangsfristen; die von der Bundesregierung geplante abrupte Kürzung ist eine Vollbremsung für den Solarstrom.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 05.03.2012, 14:17 Uhr - 14639 Clicks - Nr. 131

## **Nach Putins Erfolg jetzt Dialog mit der Bürgerbewegung suchen**

Zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen in der Russischen Föderation erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Franz Thönnies:



Wladimir Putin ist erneut Präsident Russlands. Damit war nach den Einschätzungen vieler Beobachter und mangels ernstzunehmender Alternativen zu rechnen. Dass es erneut Vorwürfe für Wahlmanipulationen und organisierte Stimmabgaben gibt, zeigt dass es auf dem Weg zu einem Russland mit einer allseits getragenen lebendigen Demokratie noch viel zu tun gibt.

Dabei ist das vielfältige und friedliche Engagement der in den vergangenen Monaten entstandenen eindrucksvollen Bürgerbewegung nicht ohne Wirkung geblieben. Die Zusagen der Regierenden für ein neues System für nahezu freie Wahlen der Gouverneure, einem neuen Wahlgesetz mit leichterem Zugang von Parteien zur Wahl sowie mehr Medienfreiheit und die jüngste Ankündigung vom noch amtierenden Präsidenten Medwedew, eine Überprüfung des Urteils gegen Michail Chodorkowski und 31 weitere Verurteilte anzuordnen, sind Schritte in die richtige Richtung. Aber dabei darf es nicht bleiben.

Jetzt, wo die Zeit der schrillen Wahlkampföne vorbei sein sollte, wäre es ein Zeichen von Souveränität, wenn der neu gewählte Präsident Putin einen Dialog mit den konstruktiven, demokratisch gesinnten Teilen aus dem Kreis der vom Mittelstand getragenen Protestbewegung suchen und sie in die Verantwortung für die Zukunft des Landes mit einbeziehen würde. In deren Reihen sollten breite Koalitionen gebildet werden, die nationalistischen Kräften keinen Raum einräumen. Beiden Seiten ist die Stärke für diesen Weg zu wünschen, ebenso wie für gewaltfreie Verläufe von Demonstrationen, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben.

Der neue Präsident Putin kann am ehesten seine im Wahlkampf gemachten Versprechungen für eine wirkungsvolle Modernisierung Russlands in der Wirtschaft, im Justizwesen und im Kampf gegen die Korruption einlösen und erfolgreich gestalten, wenn es auch zu einer gesellschaftlich-demokratischen Modernisierung kommt, in der die tragenden Kräfte der Bürgerbewegung mit einbezogen werden. Dies kann erheblich dazu beitragen, den notwendigen Weg des Wandels in einem beständigen Russland zu gehen, an dem auch wir in Deutschland ein großes Interesse haben. Solche Veränderungen benötigen nicht zuletzt soziale und wirtschaftliche Stabilität.

Deshalb gilt für die deutsche Seite mehr noch als bisher die Modernisierungspartnerschaft mit Russland sowohl im wirtschaftlichen wie auch im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich zu intensivieren. Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Dialoge gehören ebenso auf die gemeinsame Tagesordnung. Von zentraler Bedeutung ist dabei nicht zuletzt die Verbesserung der Reise- und Austauschmöglichkeiten der Bürger beider Länder aus allen gesellschaftlichen Schichten durch Erleichterungen bei den bestehenden Visa-Regelungen, um nicht



zuletzt die Wirtschaftsbeziehungen und die persönlichen Kontakte zu erweitern. Die interfraktionale Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages ist gefordert, möglichst bald Vorschläge für dementsprechende Verbesserungen in einem Antrag vorzulegen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 05.03.2012, 16:53 Uhr - 9489 Clicks - Nr. 132

## **Unrealistisches Konsolidierungskonzept**

5. 3. 2012

SPD-Kreistagsfraktion Plön:

Unrealistisches Konsolidierungskonzept des Landes für den Kreis Plön

Der Kreis Plön kann im Rahmen eines Konsolidierungsprogramms des Landes jährlich 2,7 Millionen € Konsolidierungshilfen in den nächsten 9 Jahren erhalten.

Voraussetzung für den Erhalt dieser Hilfen des Landes sind massive Anforderungen an den Kreis und auch gemeindliche Ebene. So sind im Kreis Plön jedoch eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,91 %, die eine Belastung der Gemeinden des Kreises um ca. 1 Million € bedeutet würde, sowie ein Eigenanteil des Kreises in Höhe von 5,4 Millionen Euro an strukturellen Einsparungen zwingend zu erbringen. Bis 2015 sind 40% des Eigenanteils, ca. Mio € 2,2, an strukturellen Sparmaßnahmen zu erreichen.

Weitere Voraussetzungen für den Erhalt der Konsolidierungshilfe sind außerdem, dass

- neue freiwillige Leistungen nur möglich sind bei zusätzlichen Einsparungen in gleicher Höhe bei anderen Finanzpositionen.
- Anzahl, Einstufung, Eingruppierung von Beamten und Tarifangestellten auf das „unabweisbare Maß“ zu beschränken sind.

Bei diesen Maßnahmen wird allerdings überhaupt nicht berücksichtigt, dass der Kreis in den letzten Jahren immense Sparmaßnahmen bereits durchgeführt hat.

Des Weiteren sind die Fristen für die Absichtserklärung zur Teilnahme an dem Konsolidierungsprogramm außerordentlich kurz bemessen. Die Richtlinien werden nach monatelanger Diskussion in den Gremien des Landes erst am 8. März endgültig beschlossen. Der Kreistag hat jedoch nur bis zum 15. April 2012 Zeit die Teilnahme mit seinen Auswirkungen zu diskutieren und zu beschließen.

„Völlig unrealistisch in Zeitraum und eigenem Konsolidierungsbeitrag.“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Alexander Schreiber.

„Bei nur noch freiwilligen Ausgaben des Kreises von ca. 2 Millionen €, würde der genannte Eigenanteil eine Schließung von Einrichtungen des Kreises wie Kreismusikschule, Kreismuseum oder der Wirtschaftsförderung bedeuten oder massive Einschnitte in das soziale Gefüge z.B. bei der kommunalen Kindertagesstättenförderung, Schülerbeförderung oder Kindertagespflege. Dieses ist mit der SPD so nicht zu machen.“

Das Land möge auch in den gesetzlichen Aufgaben, die der Kreis zum überwiegenden Maße umsetzen muss, einen beachtlichen Teil der Einsparungen ermöglichen. Sämtliche Arbeitsgruppen und Kommissionen des Innenministeriums in den letzten zwei Jahren haben hier keine umsetzbaren Ergebnisse erbracht. Im Gegenteil immer neue gesetzliche Anforderungen auf Bundes und Landesebene verschärfen die Sparbemühungen.“

„Die SPD Kreistagsfraktion will sich grundsätzlich einem Konsolidierungsprogramm des Landes nicht verschließen und bleibt gesprächsbereit“, so der SPD Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüssen. „Die bereits beachtlichen Einsparungen der vergangenen Jahre müssten jedoch Berück-

sichtigung finden und die eigene Handlungsfähigkeit des Kreises Plön dürfte durch so ein Programm nicht gefährdet werden. Unverhandelbare Voraussetzungen darf es nicht geben, wir hoffen, dass ab dem 6. Mai 2012 eine neue Landesregierung in einem konstruktiven Dialog die Schuldensituation zwischen den Partnern Land, Städte, Kreise und Kommunen bespricht und die völlig unrealistischen Zahlen aus dem Innenministerium wieder einsammelt. Deren Umsetzungen wären so für die Menschen im Kreis Plön nicht hinnehmbar. Die verschiedenen Ebenen der Kommunalpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und werden.“

Lutz Schlüsen  
Fraktionsvorsitzender  
Wischhof 3  
24256 Stoltenberg  
Tel. 04303/928022  
Dienst 0431 6031191  
Fax:0431/603101191

**Keine Kommentare**

[SPD-Melsdorf](#) - veröffentlicht am 05.03.2012, 18:50 Uhr - 6310 Clicks - Nr. 133

## Figurenfestival - Gemeinschaftsaktion für Melsdorf

Die Volkshochschule Melsdorf startet ein interessantes Gemeinschaftsprojekt. In ganz Melsdorf sollen in der Zeit vom 1. Mai bis 9. Juni viele selbst gestaltete und angefertigte Figuren ausgestellt werden. Mit dem Figurenfestival wird unser Dorf zu einem Vorbild für bürgerschaftliches Engagement und ein lohnendes Ausflugsziel. Alle Einwohner/innen, Gewerbetreibenden, Institutionen und Vereine können sich mit eigenen Figuren beteiligen.



Das Figurenfestival in Melsdorf ist eine Ausstellung von selbstgestalteten Figuren. Alle Melsdorfer, ob Privatpersonen, Vereine und Verbände oder Gewerbetreibende haben die Möglichkeit mit selbstgestalteten Figuren das Dorfbild zu bereichern. Dem Ideenreichtum sind keine Grenzen gesteckt. Weder Material, Größe noch Thema der Figuren sind eingeschränkt. Jeder kann nach eigener Erfahrung, Geschick und Talent eine Figur entwerfen, bauen und ausstellen. Wichtig am Figurenfestival ist vor allen Dingen, dass möglichst viele Menschen gemeinsam an diesem Projekt arbeiten.

Die Volkshochschule gibt Ihnen soweit möglich Unterstützung beim Figurenbau. So findet zum Beispiel ein Kurs unter dem Motto Figuren für das Figurenfestival am 10. März statt. Mit Unterstützung der Bildhauerin Franziska Dose können Sie ihrer Fantasie freien Lauf lassen und aus Ihren mitgebrachten oder zur Verfügung stehenden Materialien wie Holz, Speckstein, oder Lehm Ihre ganz individuelle Figur erstellen. Sie arbeiten mit Bildhauereisen, Klüpfel, Schnitzmesser, Säge, Raspel, Modellierwerkzeug, Spachtel...

Wer eine Figur ausstellen will, kann sich bis zum 25. April formlos bei der Volkshochschule anmelden. Bitte denken Sie bei der Anmeldung daran, auch an den Titel und den Standort der Figur mitzuteilen. Die Figur sollte dann möglichst spätestens am 1. Mai aufgestellt bis zum 9. Juni ausgestellt werden. Es wird eine Karte geben, auf der alle Figuren verzeichnet sind, damit die Figuren auch besucht werden können. Geplant sind auch Spaziergänge und Radtouren durch Melsdorf zu den einzelnen Standorten.

Als kleine Belohnung für das Engagement winken den Künstlerinnen und Künstlern auch Geldgewinne. Es ist geplant, die drei beliebtesten Figuren mit einem Preis zu belohnen. Darüber wer die Geldpreise erhalten soll, entscheidet das Publikum. Ab dem 2. Mai kann alle Besucherinnen und Besucher des Figurenfestivals ihre Stimme abgeben. Stimmzettel gibt es gegen eine geringe Gebühr (der Erlös der Veranstaltung soll für einen noch zu bestimmenden guten

Zweck gespendet werden) bei der Volksbank, dem Dorfkrug und im Büro der VHS. Alle Stimmzettel werden an der Verlosung von Sachpreisen teilnehmen.

Eine Aktion wie das Figurenfestival braucht viele Unterstützer. Schon jetzt gibt es einige Unterstützer. So wird zum Beispiel die Feuerwehr mit zwei großen Figuren an den Ortseingängen für die Ausstellung werben. Der Dorfkrug und die Volksbank werden durch den Verkauf der Stimmzettel und Geldspenden einen Teil der notwendigen Finanzmittel sichern. Aber es fehlt noch weitere Unterstützung, ob durch Sach- und Geldspenden oder tatkräftige Mitarbeit bei der Planung, Organisation und Durchführung der Aktivitäten. Wenn Sie helfen wollen melden Sie sich bei der Volkshochschule (04340 402929 / info@vhs-melsdorf.de).

Das Figurenfestival wird Melsdorf über die Grenzen des Kieler Umlandes hinaus bekannt machen. Interessierte aus nah und fern werden nach Melsdorf kommen und sich von dem handwerklichen Geschick und der Kreativität der Melsdorfer begeistern lassen. Damit wird Melsdorf zu größten Freiluftausstellung in unserem Land. Das Festival zeigt, dass in unserem Dorf ein aktives Gemeindeleben stattfindet und die Menschen bereit sind sich für die Gemeinschaft zu engagieren.

Weitere Informationen finden Sie in Kürze unter <http://figurenfest-melsdorf.jimdo.com>.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 05.03.2012, 19:47 Uhr - 24699 Clicks - Nr. 134

## **Noch 51 Tage bis zur Wahl - Wahlkampfauftakt der SPD Rendsburg-Eckernförde**

Unter breiter Beteiligung unserer Mitglieder haben wir unseren Spitzenkandidaten Torsten Albig im Februar 2011 gewählt, in einem engagierten Demokratiesommer haben wir anschließend gemeinsam mit den Menschen in unserem Land die Arbeit an unserem Regierungsprogramm begonnen. Die heiße Phase des Landtagswahlkampfes steht unmittelbar bevor und damit auch der erhsehnte Regierungswechsel. Gemeinsam wollen wir dafür in einen engagierten Wahlkampf starten.

Wir wollen im Landtag die stärkste Fraktion stellen und wir wollen, dass Schleswig-Holstein mit einer rot-grünen Landesregierung endlich wieder gut regiert wird: sozial gerecht, wirtschaftlich stark, finanziell solide, mit Bildung als Priorität!

In ungezwungener Atmosphäre möchten wir uns bei Suppe und Getränken mit Euch austauschen und die Wahlkampfmaterialien verteilen. Wir freuen uns auf Euch!

Wir laden Euch herzlich ein zum Wahlkampfauftakt des SPD-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde mit unseren Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli, Kai Dolgner und Ralf Stegner am Freitag, dem 16. März 2012 um 17:00 Uhr im Rendsburger SPD-Büro (Nienstadtstraße 10, 24768 Rendsburg)

Programm:

Musik: „After Sunset“

Gespräche bei Suppe und Getränken

Rede der Landtagsabgeordneten

Verteilung der Wahlkampfmaterialien

Wir bitten um Rückantwort bis zum 14.03.2012, per E-Mail an kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de oder telefonisch bei Eva Dreger (04331-4374604)

**Keine Kommentare**

## Bildungspolitik in Norddeutschland

### Senator Ties Rabe bei der IHK in Kiel

„Wie können Qualität und Vergleichbarkeit im Schulsystem verbessert werden?“ – So lautete der Titel eines Vortrags, zu dem Ties Rabe, der Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung und Präsident der Kulturministerkonferenz (KMK) 2012, zum „Bildungssymposium 2012“ der IHK Nord nach Kiel eingeladen war. IHK-Präsident Klaus-Hinrich Vater hatte in seiner Begrüßung schon wesentliche Erkenntnisse vorangestellt:

„Es wird zu wenig und an den falschen Stellen in Bildung investiert, es fehlt Geld in der frühkindlichen Bildung.“ Hier konnte der ebenfalls anwesende Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, nur nicken.

Thies Rabe stellte seinen Ausführungen drei grundsätzliche Überlegungen voran: Erstens sei Bildung nicht nur für Wirtschaft wichtig, sondern auch für den Menschen. Zweitens steige der Anspruch an Bildungsabschlüsse, da viele gering-qualifizierte Berufe durch technische Innovationen und die Globalisierung entfallen seien. Und drittens sinke in Deutschland die Zahl der Schülerinnen und Schüler; gerade der Mittelstand bekomme weniger Kinder. Rabe: „Unser Nachwuchs wird nur reichen, wenn jede und jeder eine Chance bekommt!“ Vor diesem Hintergrund stellte Rabe vier Handlungsfelder für die Verbesserung von Qualität und Vergleichbarkeit des Schulsystems vor:



#### 1. Schulstruktur

„Viel Stress – wenig Erfolg“ – So fasste der Senator die Debatten um die Schulstruktur, auch und gerade in Hamburg, zusammen. Er riet, diese zu beenden, zumal sich Deutschlandweit ein deutlicher Trend abzeichne: Es gibt die Grundschulen, und danach geht es auf zwei Wegen weiter, mit den Gymnasien und mit einer zweiten weiterführenden Schulform.

Martin Habersaat: „In Schleswig-Holstein schlägt die SPD vor, neben G8-Gymnasien flächendeckend Gemeinschaftsschulen einzurichten. Das entspräche dem Hamburger System.“

#### 2. Ganztagschule

Selbst die Handelskammern fordern heute die Einrichtung von Ganztagschulen. In diesem Feld könne man viel für Schülerinnen und Schülern tun, so Rabe, der die Einführung eines Betreuungsgeldes für falsch hält. Aber: „Ganztagschule bringt nur bessere Bildung, wenn man sie richtig macht.“

#### 3. Übergang Schule / Beruf

Rabe beklagte, dass es oft zu viele Institutionen gebe, die sich um den Übergang der Schülerinnen und Schüler in den Beruf kümmern, beispielsweise die Berufsschulen, die Arbeitsagentur und die Jugendämter. Er riet, die unterschiedlichen Angebote zusammenzufassen und fand: „Wenn ein Schüler wegen Problemen in der Schule noch nicht ausbildungsreif ist, hilft es selten, ihn ein Jahr länger zur Schule zu schicken.“ Begleitete Praktika seien der bessere Weg, hier seien auch IHKs und Ausbildungsbetriebe gefordert.

#### 4. Lehrerinnen und Lehrer

Rabe berichtete von einem Experiment in Schweden: In eine der schlechtesten Klassen des Landes seien die besten Lehrerinnen und Lehrer gesteckt worden. Resultat: Aus ihr wurde eine der besten Abschlussklassen des Landes. Bildungserfolg hängt also stark von den Lehrerinnen und Lehrern ab. Diese brauchen für ihre Arbeit Bedingungen, die der Bedeutung der Aufgabe entsprechen.

In Hamburg unterrichten an den Grundschulen nur 12 Prozent männlicher Lehrer. Und das ist noch viel im Bundesvergleich. Im Interesse der Bildungsleistungen besonders von Jungen müsse dieser Anteil gesteigert werden. Einen weiteren Weg sieht Rabe in der Rückmeldung für

das Lehrpersonal: Durch Kollegen, durch Schülerinnen und Schüler und durch den sogenannten „Schul-TÜV“. Rabe: „Hier war Schleswig-Holstein ein Vorbild.“ Martin Habersaat: „Was der Senator aus Höflichkeit verschwiegen ist, dass die amtierende Landesregierung diesen Schul-TÜV als eine ihrer ersten Amtshandlungen abgeschafft hat.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.03.2012, 23:25 Uhr - 10756 Clicks - Nr. 136

## Fotoalbum zum Palme-Preis

Jetzt online:

Fotoalbum zum Olof-Palme-Friedenspreis 2012 mit Olaf Scholz und tollen Preisträger\_innen.

Link:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/olof-palme-preis-2012.html>

Fotografen:

Shakira-Jil Simon

Guenther Heitmann

Bernd Marzi



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.03.2012, 23:09 Uhr - 9550 Clicks - Nr. 137

## Deutschland und Amerika

**Sonnabend, 17. März, 16.00 Uhr: Hans-Ulrich Klose im Waldhaus Reinbek (Loddenallee)**

Seit vielen Jahren kennen die Reinbekerinnen und Reinbeker Hans-Ulrich Klose als Nachbarn. Sei es als Hamburger Bürgermeister, sei es als Bundestagsabgeordneten des Nachbarwahlkreises. Auf Einladung von Martin Habersaat, dem SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten für Stormarn-Süd, kommt Klose nun nach Reinbek, um von seiner um seiner Arbeit im Bundestag und für die transatlantischen Beziehungen zu berichten.



Martin Habersaat: „Hans-Ulrich Klose ist eine spannende politische Persönlichkeit und hat in der Politik schon viel erlebt. Zwischen uns liegen 40 Jahre – ich freue mich darauf, mit ihm über die transatlantischen Beziehungen ins Gespräch zu kommen und von ihm zu hören, welche Perspektiven er für die deutsch-amerikanische Beziehungen sieht.““ Nach einem Vortrag von Hans-Ulrich Klose wird für alle interessierten Gäste die Möglichkeit bestehen, in eine moderierte Diskussion einzusteigen.

Hans-Ulrich Klose, 1937 in Breslau geboren, vertritt seit 1983 Hamburg-Bergedorf und Harburg im Deutschen Bundestag. 1974-1981 war er 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Getränke und Kuchen können vor Ort erworben werden.

Bild: Hans-Ulrich Klose  
Quelle: spdfraktion.de

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.03.2012, 00:20 Uhr - 5174 Clicks - Nr. 138

## **Protest der Nord-AfA**

### **AfA Landesverbände/Bezirke Nord wenden sich gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsmöglichkeiten**

05.03.2012

An den AfA-Bundesvorstand

Die AfA Bezirke + Landesverbände Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Weser-Ems und Braunschweig) haben in ihrer Sitzung am 05.03.2012 in Oldenburg folgenden Beschluss gefasst:

Die AfA Nord stellt fest, dass der Entwurf für die Neufassung der Richtlinien von Arbeitsgemeinschaften tief greifende Einschnitte in die Gremienstruktur vorsieht und den Zielen einer Öffnung der Partei in die gesellschaftlichen Gruppen und einer stärkeren Partizipation der Mitglieder widerspricht. Sie entspricht nicht der erforderlichen Wertschätzung der zu mindestens zwei großen Arbeitsgemeinschaften mit ASF und der AfA.

Wir fordern den AfA-Bundesvorstand auf

- die rigorose Verkleinerung des AfA Bundesvorstandes abzulehnen.
- Eine konsequente Verringerung der Bundeskonferenzen auf zwei Tage und damit für viele Delegierte eine unumgängliche Kappung auf eine Übernachtung ist nicht hinnehmbar,
- wie auch die Reduzierung der Bundesausschusssitzungen auf maximal einmal im Jahr.

Nicht hinnehmbar ist die indirekte Abwertung der AfA Bundesarbeit als „überflüssige Kosten“. „Kärnerarbeit“ wird insbesondere auch in Arbeitsgemeinschaften geleistet, weniger in den immer mehr stattfindenden kostenintensiven „Eventveranstaltungen“ für Parteigrößen.

Für eine wirkliche Parteireform, die den Zielen mehr Transparenz, Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie verpflichtet ist, fordern wir:

1. Der Parteivorstand kooptiert die Vorsitzenden der vier großen Arbeitsgemeinschaften (ASF, Jusos, 60plus und AfA) als beratende Mitglieder.
2. Der Parteivorstand stellt ab sofort ausreichende Mittel und personelle Ressourcen zur Verfügung, um die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen.
3. Der Parteivorstand tritt in einen konstruktiven Dialog mit den Arbeitsgemeinschaften ein, um eine gemeinsame Positionsfindung für eine Änderung des Organisationsstatutes unter Einbeziehung der Punkte 1 und 2 zu erreichen.

AfA Landesvorsitzender SH, Wolfgang Mädler, AfA Landesvorsitzende Hamburg, Renate Kleinfeld, AfA Landesvorsitzender Bremen, Wolfgang Jägers, AfA Landesvorsitzender Weser-Ems, Harald Helling, AfA Bezirksvorsitzender Braunschweig, Gunter Wachholz

**Keine Kommentare**

## Unterstützung für Norderstedter Solarunternehmen durch SPD-MdB Thönnnes

„So geht es nicht!“ Mit diesen Worten beschreibt SPD-MdB Franz Thönnnes seine Kritik an der Entscheidung der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, die mit ihrer Absicht die Solarförderung im Rahmen einer Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) radikal einzuschränken, für Planungsunsicherheit in der Solarbranche und damit auch beim Solarzentrum in Norderstedt sorgt.



„Anstatt mit Bedacht und Augenmaß die Vergütungen schrittweise an die Kostenentwicklung anzupassen und die Systemintegration der Photovoltaik voranzutreiben, sollen die Vergütungssätze in unverantwortlicher Art und Weise um 20 bis 30 Prozent gekürzt werden“, so der SPD-Politiker.

Besonders befremdlich ist, dass die Neuregelungen bereits zum 1. April, also nur knapp vier Monate nach den letzten Änderungen des EEG, in Kraft treten sollen. Anlagen über 10 Megawatt müssen bis zu diesem Stichtag einen Bebauungsplan vorweisen und bis Ende Juni 2012 realisiert werden, um die alte Einspeisevergütung zu erhalten. Hinzu kommt ab Mai 2012 eine monatliche Absenkung der Vergütungssätze um 0,15 Cent pro Kilowattstunde. „Darüber hinaus gehende Regelungen zum Vertrauensschutz sind bisher nicht vorgesehen. Zahlreiche bereits geplante Projekte stehen damit kurz vor dem Scheitern“, erläutert Thönnnes.

Das EEG war seit jeher ein Instrument zur Markteinführung, das durch regelmäßige Degressionschritte zu Kostensenkungen anreizen sollte. Und es hat gut funktioniert. Die Solarstromförderung konnte innerhalb von vier Jahren halbiert werden. Diese Entwicklung gefährdet die Regierungskoalition jetzt. Dabei gibt es viele gute Gründe für die Photovoltaik in Deutschland: Sie ist ein unverzichtbarer Teil der Energiewende und des Klimaschutzes, sorgt für regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe, bietet vielfältige Beteiligungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger und liefert genau dann den meisten Strom, wenn er am dringendsten benötigt wird, nämlich zur sogenannten Mittagsspitze.

„Mit dieser Entscheidung verpasst es die Bundesregierung erneut Kontinuität in den Markt zu bringen und der Branche ein gesundes Wachstum zu ermöglichen. Dabei brauchen wir zum Gelingen einer erfolgreichen Energiewende verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für Investoren, Hersteller und Handwerker. Aus diesem Grund wird die SPD-Bundestagsfraktion diesen Planungen nicht zustimmen“, fasst der Segeberger Bundestagsabgeordnete seine Kritik zusammen.

**Bildquelle: TR / pixelio.de**

**Keine Kommentare**

## In Sachen Niederdeutsch

Der Plattdeutsche Rat von Schleswig-Holstein hat für die Landtagswahl Wahlprüfsteine zu Plattdeutsch formuliert. Mit ihnen sollen die Parteien befragt werden, in welcher Weise sie die Bewahrung und Stärkung des Plattdeutschen im Sinne der Europäischen Sprachencharta sicherstellen wollen.

Der Kreisverband Stormarn des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, die niederdeutsche Sprachgesellschaft "Fehrs-Gilde", der Heimat- und Bürgerverein Glinde, das Glinde "Theoter ut de Möhl", die Oststeinbeker Laienspielgruppe und die VHS-Plattdeutschgruppen aus Glinde und Reinbek laden deshalb die Südstormarner Landtagskandidaten zu Gesprächen hierüber ein.

Dabei haben sie gute Verbündete: Der Sachverständigenausschuss und das Ministerkomitee des Europarates halten den bisherigen Landesregierungen vor, die Vorschrift, Niederdeutsch zum integrierenden Bestandteil des Schulunterrichts zu machen, nicht oder nur unzureichend erfüllt zu haben.



In dem ersten Gespräch mit Martin Habersaat (SPD) erläuterte der Abgeordnete, bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, die Möglichkeiten, im Rahmen eines Ausbaus der Ganztagschulen Niederdeutsch als Wahlfach an mehr Schulen als bisher zu etablieren. Die Fähigkeit, Niederdeutsch unterrichten zu können, könnte ein Einstellungskriterium sein, wenn Schulen ihr Personal in eigener Verantwortung auswählen.

Hamburg ist einer entsprechenden Forderung des Europarates vor einem Jahr nachgekommen und hat ein Wahlfach Niederdeutsch beschlossen, das auch schon in einer Reihe von Schulen umgesetzt wurde.

Foto

v.o.li. Jochim Schop, Trittau, Plattdeutscher Rat Schleswig-Holstein – Heinrich Thies, Glinde, Sprachgesellschaft Fehrs-Gilde, Wolfgang Pohlmann, Glinde, Theoter ut de Möhl – Peter Berndt, Großhansdorf, SHHB Stormarn

v.u.li. Klaus Utermöhlen, Glinde, Heimat- und Bürgerverein – Martin Habersaat, Barsbüttel, MdL, Bildungspolitischer Sprecher der SPD – Helmuth Peets, Timmerhorn, Vorsitzender des SHHB Stormarn

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.03.2012, 18:53 Uhr - 5192 Clicks - Nr. 141

## **Schlecker Insolvenz**

### **Die Beschäftigten bei Schlecker haben unsere Solidarität!**

Zur Situation der Beschäftigten der insolventen Drogeriemarkt-Kette Schlecker erklärt der arbeitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

Die Beschäftigten bei Schlecker kämpfen um ihre Arbeitsplätze. 30.000 Schlecker-Mitarbeiterinnen bundesweit und hunderte in Schleswig-Holstein bangen um ihre Arbeitsplätze. Die Insolvenz haben nicht sie verschuldet, sondern die Familie Schlecker. Deshalb dürfen die Versäumnisse und das Versagen der Unternehmensführung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Dagegen wehren sich diese zu Recht. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt sie in ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Den Aktionen der Schlecker-Beschäftigten am morgigen Internationalen Frauentag wünschen wir viel Erfolg. An der Unterschriftenaktion der Gewerkschaft verdi zur Solidarität mit den Beschäftigten bei Schlecker wird sich die SPD-Landtagsfraktion beteiligen.

**Keine Kommentare**



## Palme Preis 2012 - Laudatio

**Cord Denker stellt die Nominierten vor und gibt die Gewinner bekannt** Sehr geehrte Damen und Herren! Das Olof-Palme-Kuratorium feiert heute ein Jubiläum: Seit 25 Jahren beobachtet und ermutigt dieses Gremium ehrenamtliche, friedenspolitische und gesellschaftsintegrative Bestrebungen in Stormarn. In diesem Jahr lagen 11 Vorschläge auf dem Tisch in denen Einzelpersonen und Gruppen für den Olof-Palme-Friedenspreis vorgeschlagen wurden.

Ich will Ihnen alle 11 Vorschläge in gebotener Kürze vor Augen führen, denn diese Veranstaltung soll ja auch eine Informations- und Begegnungs-Börse sein. Versöhnung mit Polen Die Arbeit des Olof-Palme-Friedenspreis-Gremiums dringt bereits über die Stormarner Grenzen hinaus. Im Kreis Herzogtum Lauenburg ist der „Schönberger Freundeskreis Sieraków e.V.“ beheimatet. Viele Vereinsmitglieder kommen aus dem Kreis Stormarn. Auch dieses Projekt besteht seit 25 Jahren. Diese deutsch-polnische Verbindung wurde also schon vor dem Fall der Mauer angebahnt. Sieraków ist eine Kleinstadt in der Nähe von Poznan (Posen). Der Verein bemüht sich um eine bessere Verständigung zwischen beiden Völkern. Neben der Hilfe für das Krankenhaus, die Schule und den Kindergarten geht es dem Verein besonders um Jugend-Begegnungen. In dieser Zeit haben über 1000 deutsche und polnische Jugendliche die Möglichkeit erhalten, das jeweils andere Land kennen zu lernen. Es sind viele Freundschaften über die Grenzen hinweg entstanden. Wir beglückwünschen den Kreis Herzogtum Lauenburg zu dieser Versöhnungs-Initiative und versichern dem Schönberger Freundeskreis unsere Sympathie: Es wird Zeit, dass auch das Herzogtum Lauenburg ein Olof-Palme-Gremium bekommt.

[www.schoenberg-sierakow.eu](http://www.schoenberg-sierakow.eu) Wer ist EfA? EfA haben wir bereits vor 2 Jahren kennen gelernt. Die hier gemeinte EfA schreibt sich allerdings mit „f“. EfA: „Essen für Alle“ – hinter diesem Markenzeichen verbirgt sich eine Gruppe von etwa 20 ehrenamtl. Menschen in Oldesloe. EfA teilt dreimal in der Woche (Di, Do, So!) Mittagessen an Bedürftige aus und tut das schon seit 15 Jahren im Gemeindehaus am Kirchberg. Das Essen wird von 4 Oldesloer Altersheimen zur Verfügung gestellt. EfA hat natürlich Ausstrahlung: Auf gleicher Wellenlänge sind weitere Projekte entstanden, z.B. der „Laden ohne Kasse“, eine Oldesloer Tafel, die Lebensmittel vor der Vernichtung rettet und an Bedürftige verteilt, pro Ausgabetag ca. 200 Menschen. – Ein 3. Projekt ist der „Drachenturm“. Hier gibt es für Kinder und Jugendliche mit Migrations-Hintergrund Bildungs-Angebote: es wird gemeinsam gelernt (Schularbeiten-Hilfe), gespielt, gekocht, getobt... Es gibt regelmäßig: Jugendtreffs, Frauenfrühstück, Sprachkurse. Der Sprachunterricht wird ehrenamtlich durchgeführt. – Die „Kleiderkiste“ ist das 4. und jüngste Projekt. Etwa 25 Ehrenamtliche sortieren und verteilen gebrauchte Bekleidung, die von 10 Sammelstellen in Bad OD angeliefert wird. Brauchbare Bekleidung, die nicht beansprucht wird, wird nach Russland weitergeleitet. Dieses große soziale Netzwerk wurde 1996 unter der Ägide der damaligen Bürgerworthalterin Ilse Magdalene Siebel ins Leben gerufen. Etwa 90 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tragen diese Initiative. Die finanzielle Basis ist durch Spenden gegeben; nur beim Drachenturm gibt es Kräfte, die zu 50% von der Stadt bezahlt werden. Vorsitzende de Vereins sind derzeit: Marion Kattler-Vetter und Eckard Harm. Dieser Vorschlag wurde von Ilse Magdalene Siebel eingereicht, abgekürzt: iM Siebel. Hätten doch alle iMs so liebevoll und wohlwollend über das „Leben der Anderen“ berichtet – was wäre das für ein Sozialismus geworden! Bargtheide bleibt bunt Bargtheide war schockiert, als im Frühherbst 2009 wie aus heiterem Himmel eine Gruppe von Neo-Nazis im Stadtbild auftauchte und Aufmerksamkeit beanspruchte. Am 11.9.2009 kam es zu einem Übergriff auf das Autonome Jugendhaus Bargtheide. Schlagartig wurde vielen Bürgern die Gefahr bewusst, die von rechtsradikalen Umtrieben ausgeht. Und es gründete sich das „Antirassistische Bündnis Stormarn“ ARABUES (27.10.2009). Dieses Bündnis ist parteien- und organisations-übergreifend. Es wendet sich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus. Derartige Tendenzen sind mit einer toleranten und offenen Gesellschaft nicht vereinbar: Das Bündnis ist ein Netzwerk, an dem Parteien, Organisationen, Schulen und Kirchengemeinden beteiligt sind. Es gibt ein monatliches Forum. Es hat sich zum Ziel gesetzt, durch Vorträge, Theaterstücke und Projektstage aufzuklären über rechtsextreme Tendenzen. Man will klare Zeichen gegen Faschismus und Rassismus in Stormarn setzen. [www.arabues.de](http://www.arabues.de) Mut zum Wagnis der Völkerverständigung Ich habe nun über einen Vorgang zu berichten, den es so in unserer 25jährigen Geschichte

noch nicht gegeben hat.: Eine Projekt-Gruppe wird vorgeschlagen und tritt zugunsten einer anderen Gruppe zurück. Man möchte mit diesem Rücktritt das „Antirassistische Bündnis ARA-BUES“ in Bargteheide unterstützen. Dieser edle Vorsatz wurde im Freundeskreis Beer Yaakov erdacht. Ich habe darüber nachgedacht und bin zu dem Ergebnis gekommen: Rücktritt kommt nicht in Frage, zumal der Freundeskreis über die Partnerschaft mit der israelischen Stadt Beer Yaakov hinaus eine Partnerschaft mit einer palästinensischen Stadt anstrebt. Man sei gerade in der Phase des vorsichtigen Sondierens und hoffe, im nächsten Jahr dann bereits etwas vorweisen zu können. Ihr lieben bescheidenen Friedenstauben, wir wollen euch bereits in diesem Jahr mit einem donnernden Applaus Mut machen für dieses Wagnis im Sinne Olof Palmes. Das ist ja als wolltet Ihr Wasser und Feuer versöhnen, oder das Dach der Elbphilharmonie schließen. (Zuruf von Olaf Scholz: „Neun Monate!“) Und unsere Aufmerksamkeit ist euch im nächsten Jahr gewiss. <http://bo-by.blogspot.com/> <http://jifna-jalazoun.blogspot.com/> Glinde ist bunt – nicht braun Die Nation ist aufgeschreckt worden durch die Erkenntnis, dass Neo-Nazis in der Lage sind, eine Terrorzelle zu gründen. Glinde wurde aufgeschreckt durch die Eröffnung (16.9.2011) eines der Tönsberg-Läden, über die rechtsradikale Erkennungs- und Bekenntnis-Klamotten der Marke „Tor Steinar“ vertrieben werden. Sofort äußerte sich Protest gegen diesen Laden. Dieser Protest formierte sich dann zu einer täglichen Mahnwache, zu Großdemonstrationen und zur Gründung der Bürger-Initiative: „Glinde gegen rechts“. In der Folgezeit gab und gibt es eine Fülle von phantasievollen Aktionen alle mit dem Ziel, einzutreten für menschliche Würde, Gleichberechtigung, Individualität, Freiheit und Verantwortung. Und mit dem Ziel, aufzuklären über die Gefahren des Nationalsozialismus. Dieser Protest führt über Partei- und Konfessions-Grenzen Menschen zusammen und schafft ein neues Klima der Aufmerksamkeit und Verantwortung. Die nächste Großdemonstration ist am 17. März ab 12.00 Uhr am Glinde Markt. Dieses Kuratorium, das den Olof-Palme-Friedenspreis auslobt, erkennt in eurem Protest gegen das Neo-Nazi-Unwesen die Ideen und den Geist Olof Palmes: Alle Menschen brauchen eine Gesellschaft, in der sie in Würde und ohne Angst leben können. Wir sind solidarisch mit der Demonstration von Vernunft und Menschlichkeit in Bargteheide und in Glinde.

[www.notonsberg.de](http://www.notonsberg.de) Oikokredit – eine Bank steht für Gerechtigkeit Oikokredit ist eine von Amersfoort (Niederlande) aus agierende, weltweite Entwicklungs-Genossenschaft, die seit über 35 Jahren in Entwicklungs- und Schwellen-Ländern billige Kredite vergibt und den Aufbau von Kooperativen und Produktions- und Handels-Strukturen fördert. Vielen Menschen wird damit der Weg in die wirtschaftliche Eigenständigkeit ermöglicht. Ziel ist eine gerechte, partizipatorische und zukunftsfähige Gesellschaft weltweit. 1979 hat sich in Norddeutschland ein Förderverein gebildet, dessen 1700 Mitglieder mit einer Einlage von 20,6 Mill. Euro in Oikokredit investiert haben. Gerd Ehlers ist der Mensch, der sich in Reinbek für diese Arbeit einsetzt und als Anwärter auf den Olof-Palme-Friedenspreis vorgeschlagen wurde. Zu der Informations- und Organisations-Arbeit um Oikokredit kommt in Reinbek noch der Eine-Welt-Laden hinzu, in dem Produkte der geförderten Entwicklungs-Gebiete zu fairen Preisen verkauft werden. Die Kirchengemeinde stellt den Raum zu Verfügung, ein Team um Christiane und Gerd Ehlers steht im Eine-Welt-Laden am Täbyplatz bereit. Öffnungszeiten: Mittwochs und sonntags von 9.30 – 12.30 Uhr. Für die Kunden gibt es bei einer Tasse Tee oder Kaffee, die Möglichkeit, sich zu informieren über die Produkte und die Bedingungen unter denen sie hergestellt werden. Überschüsse aus dem Verkauf gehen als Spenden an eine Kindertagesstätte in Argentinien. Wir sind gewiss, dass diese Arbeit, die ihre Wurzeln im Evangelium hat, auch im Sinne von Olof Palme geschieht. [www.oikokredit.org/de](http://www.oikokredit.org/de) „Dann gibt es nur eins, sag Nein!“ (Wolfgang Borchert) Rolf von Bockel, der in Neumünster einen Verlag unterhält, hat uns auf einen Wissenschaftler und Schriftsteller aufmerksam gemacht, der in Stormarn lebt und sich hier auch friedenspolitisch betätigt u.a. auch mit Predigten und Vorträgen. Sein Name: Dr. Wolfgang Beutin, Jahrgang 1934. Wolfgang Beutin gehört zu der Generation zu der ich mich auch zähle. Wir waren damals, als der Krieg unsere Städte verwüstete, noch Kinder, aber haben genug von dem Grauen mitbekommen. Und es sitzt uns bis heute in den Knochen. W. Beutin hat die Bombenangriffe auf Bremen miterlebt. Die Familie wurde evakuiert und kam 1944 nach Güstrow. Die Erfahrung von Angst, Vernichtung, Not und Hunger hat ihn geprägt und hat ihn zu einem Gegner militärischer Gewalt gemacht. Er hat sich der Ostermarsch-Bewegung angeschlossen. Er war als Hochschullehrer und als Schriftsteller tätig und hat immer wieder den Friedensgedanken propagiert, etwa in einem Kompendium von Friedentexten zahlreicher Schriftsteller mit dem Titel „Friedens-Erklärung“. Er hat dem Friedens-Gedanken in der deutschen Literatur nachgespürt und die diesbezüglichen Äußerungen bei Immanuel Kant, Gotthold Ephraim Les-

sing, Ernst Barlach und Wolfgang Borchert hervor gehoben. Herr v. Bockel hatte seiner Empfehlung eine Geschichte beigelegt, die mich tief beeindruckt hat: Bombenangriff, Bunker-Situation, ein Mann, der selbst schon ein Kriegs-Wrack ist und nichts mehr ausrichten kann, erlebt, wie man seine Mutter aus den Trümmern herausholt. Aber sie ist kein Mensch mehr, das Gesicht ist ihr weggerissen. – Deutlicher und dichter kann man nicht sagen, was Krieg ist: Entmenschlichung, Ohnmacht, Sinnlosigkeit bis hin zur Verwüstung der Sprache... Herr Dr. Beutin, wir möchten Sie heute feiern als einen streitbaren und konsequenten Verfechter der Friedens-Idee! Hand in Hand Eine schwarze und eine weiße Hand halten beschützend eine Weltkugel. In diesem Symbol drückt sich das Programm der Oldesloer Hilfsorganisation „Hand in Hand e.V.“ aus. Diese Hilfsorganisation, auf die uns Herr Hans Peter Weiss (Ahrensburg) aufmerksam gemacht hat, engagiert sich gezielt für Gesundheits- und Bildungsprojekte z.B. in Tansania (Bagamoyo), Mexiko, Südafrika, Sri Lanka. Es wird hier eine Friedens-Arbeit ohne lauten Werbe-Wirbel und ohne großen organisatorischen Überbau geleistet. Und es werden nur Projekte gefördert zu denen ein persönlicher Kontakt besteht. Humanitäre Hilfe dient der Völkerverständigung, und der gegenseitige Austausch von Gedanken bei regelmäßigen Besuchen ist dem Verein genau so wichtig wie die finanzielle Unterstützung. Hier wird also Entwicklungs-Hilfe mit Herz betrieben. Vorsitzende des Vereins ist Frau Antje Grimm. [www.worldhands.de](http://www.worldhands.de) Ein interkulturelles Gartenprojekt Wer ein Herz für Menschen und ein Gespür dafür hat, dass wir Menschen, gleich welcher Hautfarbe, gleich welcher Kultur... dass wir Menschen doch alle Kinder Gottes sind und eigentlich ins Paradies gehören, hat vielleicht dann eine Vision, wie wir alle im Grünen friedlich miteinander leben könnten, ohne Zäune. Da aber so viele Menschen auf diesem Erdball leben, ist der Platz knapp geworden, doch für Kleingärten reicht es immer noch. Und dann hat ein Mensch die Idee, ein interkulturelles Gartenprojekt in die Wege zu leiten: Jürgen Martens in Ahrensburg. Sein Gartenprojekt dient der friedlichen Kommunikation von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen und gleichzeitig der Begegnung mit einheimischen Hobby-gärtnern: Deutsche, Türken, Russen und Griechen teilen sich im Ahrensburger Stadtteil Gartenholz eine Lauben-Kolonie. Hier können Vorurteile abgebaut werden, Menschen können sich hier arbeitend oder feiernd begegnen und voneinander lernen. Zeitungen und sogar der Rundfunk haben sich mit dieser Initiative beschäftigt und sie hervorgehoben. Das Olof-Palme-Gremium war entzückt von diesem liebenswürdigen Projekt: So charmant kann Integration sein, wenn man fremden Menschen unter uns Heimat gewährt. Wir gratulieren Herrn Jürgen Martens zu dieser Idee und dem Projekt. Wir werden es im Auge behalten und bitten, uns das Datum für den „Tag der offenen Pforte“ mitzuteilen. Kultur gegen Gewalt Kultur gegen Gewalt ist das Motto dem Prof. Rolf Bettaque (90) sein sozialpolitisches Engagement widmet. Seine Philosophie lautet: Wir müssen verhindern, dass sich junge Leute zu Gewalttätern entwickeln. Wir müssen in Schulen und Kindergärten anfangen! Aus dieser Überzeugung heraus entwickelte er im Laufe der Jahre (seit 2003) ein breit gefächertes Programm: Konflikt- und Mediations-Training für Lehrer und Schüler. Der Mord an einer Ahrensburger Lehrerin durch einen jungen Spätaussiedler hat die Aufmerksamkeit auf den Kreis der Russland-Deutschen gerichtet. Mit Musikveranstaltungen, Tanz und Breakdance begegnet der Verein „Kontakt – Initiative gegen Sucht und Gewalt in Stormarn“ dem Frust und dem Nihilismus vieler Jugendlicher, die abseits stehen und denen es an Anerkennung mangelt. Hausbesuche und Vier-Augen-Gespräche gehören dazu, ebenso wie Vorträge und Kamingespräche. Mit der Förderung des Projektes „HaLT“ (Hart am Limit) sucht man den Kontakt zu Jugendlichen, die sich durch „Komasaufen“ hervor getan haben. Seit 5 Jahren gibt es die Lesepaten, die in Schulen und Kindergärten gehen und Kindern helfen, über Liebe zur Muttersprache, Sprachkompetenz zu entwickeln. In der Weihnachtszeit werden Rezepte gelesen und anschließend wird gebacken. Der Verein „Kontakt e.V.“ ist vernetzt mit einer Reihe anderer Gremien, die in Reinbek von sozialpolitischer Relevanz sind. Der Verein scheut sich nicht, andere Initiativen mit gleichen Zielen zu unterstützen. So wurden Musikinstrumente bereit gestellt, um den Aufbau einer Jugendband in Barsbüttel zu fördern. Und es darf natürlich nicht vergessen werden, dass 40 Ehrenamtliche die Arbeit des Vereins tragen. Herr Prof. Bettaque, Sie wurden uns in der Empfehlung als der ehemalige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende, als die Galions-Figur dieser bemerkenswerten sozial-integrativen Bewegung vorgestellt. Ihnen gilt heute unser Dank. Zweimal wurden Sie bereit für den Olof-Palme-Friedenspreis vorgeschlagen, heute ist es endlich soweit, mit einem nachträglichen Glückwunsch zum Jubiläums-Geburtstag ehren wir in Ihnen den Verein „Kontakte e.V.“ mit all seinen ehrenamtlichen Mitgliedern. Ein Haus von Frauen (für Menschen) 1988 wurde der Verein „Frauen helfen Frauen Stormarn e.V.“ gegründet. Frau Dagmar Greiß hat diesen Verein mitbegründet und ist seit 1990 auch hauptberuflich bei der Betreuung von Frauen und

Mädchen mit Gewalt-Erfahrungen tätig. Ihr Engagement richtet sich gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch und für Integration und das Bleiberecht von Frauen aus Kriegs- und Krisen-Gebieten. Frau Greiß ist außerdem Mitbegründerin des Vereins „BELLA DONNA – ein Haus von Frauen e.V.“ und in diesem Verein ist sie ehrenamtlich tätig. Die Bella-Donna-Frauen verstehen sich als eine Gruppe, die für eine gerechtere Gesellschaft eintritt, in der die positiven weiblichen Anteile (die es ja auch bei Männern gibt) eine stärkere Wertschätzung erfahren. Man hatte die Vision von einem Ort, an den gearbeitet, gelernt, gegessen und getanzt wird... 2002 wurde ein leer stehendes Industrie-Gebäude in der Bahnhofstr. Für diesen Zweck hergerichtet und 2003 eröffnet. Um auch Behinderten den Zugang zu ermöglichen wurde ein Fahrstuhl eingebaut; Dagmar Greiß begab sich auf Wandertour durch Stormarn, um noch fehlendes Geld einzuwerben. 2004 wurde ein Restaurant eröffnet: „BELLAS Kochsalon“ Es entstanden Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten. Das Haus bietet einen beachtlich breiten Fächer von Erwerbs-, Begegnungs- und Beratungs-Möglichkeiten und kulturellen Veranstaltungen, wie Vorträge oder Lesungen. - 500.000 Frauen werden jährlich in Europa zu illegalen Tätigkeiten, zur Ehe oder zur Prostitution gezwungen. Eine Ausstellung im Bella-Donna-Haus 2006 zeigte, welche Dimensionen das Geschäft mit der „Ware Frau“ angenommen hat und welches Martyrium junge Frauen (häufig aus Ost-Europa) erwartet, wenn sie auf die Verlockungen der „Vermittler“ eingehen. Im Bella-Donna-Haus versteht man auch, Feste zu feiern. Die eher osteuropäische Tradition, den 8. März als Frauentag zu begehen, ist hier aufgegriffen worden: Dieser Tag führt Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen zusammen, Musik und Tanz gehören dazu. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang die Interkulturelle Woche in Bad Oldesloe, die weite Kreise zieht bis in die Schulen hinein. Es wäre sicherlich noch viel zu berichten aus der Erfolgsgeschichte des Bella-Donna-Hauses. Meine viel zu kurze Darstellung muss genügen als Begründung vor der hier versammelten Öffentlichkeit, dass das Olof-Palme-Gremium Ihnen, Frau Greiß und Ihren Mitstreiterinnen die erste Position unter allen Vorgeschlagenen eingeräumt hat – mit gewissen praktischen Konsequenzen, wie Sie gleich sehen werden. Wir danken Ihnen allen für Ihren Einsatz für eine menschlichere Gesellschaft! [www.frauenhelfenfrauenstormarn.de](http://www.frauenhelfenfrauenstormarn.de) [www.bella-donna-haus.de](http://www.bella-donna-haus.de) Ich möchte mich zum Schluss noch bedanken bei allen unseren iMs, den „Informations –Müttern und –Männer“ für die guten Vorlagen, die es uns im Gremium zwar nicht leichter gemacht haben, eine Entscheidung zu treffen, die uns aber ein buntes und lebendiges Bild von den vielen friedenspolitischen Aktivitäten in unserem Kreis vermittelt haben. Ich bedanke mich auch bei der Presse, die immer wieder detailliert über diese Aktivitäten berichtet. Cord Denker, 28. 2. 2012

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 08.03.2012, 16:33 Uhr - 8494 Clicks - Nr. 143

## **Unterstützung zum Internationalen Frauentag**

Der SPD Landtagskandidat und Kreisvorsitzender Ralf Wrobel unterstützte in seiner Eigenschaft als stellvertretender ver.di Bezirksvorsitzender vom ver.di Bezirk SH Nordost dabei kräftig die Aktion des ver.di Ortsvereins.

Bei schönstem Sonnenwetter war der Ortsverein der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Kappeln in der Ladenstraße der Stadt Kappeln mit einem Informationsstand vertreten. Neben informativen Materialien über den 101. Jahrestag des Internationalen Frauentages verteilten die Männer des Ortsvereins Rosen an die Frauen und führten intensive Gespräche.

Nach 101 Jahren ist es ein Skandal, dass immer noch darauf hingewiesen werden muss, dass Frauen um einen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit immer noch kämpfen müssen.



In Schleswig-Holstein verdienen beispielsweise vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen rund 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Deshalb werden ver.di Frauen jeweils ein Schlusslicht an den Schleswig-Holsteiner Ministerpräsidenten am 23. März 2012 um 14.30 Uhr ein Schlusslicht überreichen. Über 40 Prozent aller vollbeschäftigten Frauen in S-H sind im Niedriglohnssektor prekär beschäftigt. Schleswig-Holstein liegt im Bundesvergleich bundesweit damit auf dem letzten Platz!

Foto: Anne Marxen

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.03.2012, 13:55 Uhr - 7050 Clicks - Nr. 144

## **Oberlehrerin Schavan lässt de Jager in der Ecke stehen!**

*Zu den Äußerungen von Bundesbildungsministerin Annette Schavan zur Kooperation von Bund und Ländern im Schulbereich erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Die Bundesbildungsministerin hat heute erneut klargestellt, dass CDU und FDP das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Schulbereich uneingeschränkt beibehalten wollen.

Der Bund wird damit künftig keine Sonderprogramme auflegen können, mit denen - z.B. beim weiteren Ausbau der Ganztagschulen - die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch im zentralen Bildungsbereich hergestellt werden kann.



Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die scheidende CDU-FDP-Koalition in Schleswig-Holstein auf Bundesebene nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen wird. Trotz eines einstimmigen Landtagsbeschlusses zur Aufhebung des Kooperationsverbotes schickt die Oberlehrerin der Nation Jost de Jager wie einen kleinen Jungen in die Ecke.

Wir wollen hoffen, dass diese Absage nicht die Rache für den verschobenen Lübecker Ehrendoktor für Frau Schavan ist!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.03.2012, 13:59 Uhr - 6989 Clicks - Nr. 145

## **Neue Lehrerausbildung braucht das Land**

*Zur heutigen Pressekonferenz des Philologenverbandes Schleswig-Holstein erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Der Philologenverband Schleswig-Holstein sieht seine Existenzberechtigung offenbar darin, vor jeder Landtagswahl mit wilden Attacken auf die SPD Flankenschutz für konservative Bildungs-

politik zu leisten. Für eine Organisation, die eigentlich die Interessen der Lehrer\_innen vertreten sollte, ist das ein etwas schmales Angebot.

Fakt ist: In keinem Land, das Stufenlehrer ausbildet, wurden bisher die Gymnasien abgeschafft, Fakt ist auch: Die Lehrerausbildung muss besser werden. Wir brauchen mehr Praxis, mehr Pädagogik, mehr Inklusion.

Immerhin hat sogar der Philologenverband mittlerweile eingesehen, dass eine neue Schulstruktur, wie wir sie jetzt seit fünf Jahren haben, auch Auswirkungen auf die Lehrerbildung haben muss. Nur für die Gymnasien soll sich absolut nichts ändern dürfen. Dass dies ein Irrglaube ist, weiß ich selbst als Gymnasiallehrer am besten. Die Aufgabe jedes Lehrers an allen Schulen ist es, Schüler zu unterrichten und zu erziehen, nicht aber, sie ausschließlich auf das Studium vorzubereiten. Pädagogik und Fachlichkeit bedingen deshalb einander. Deswegen wird nach einem Regierungswechsel die Reform der Lehrerbildung ganz vorn auf der Agenda stehen.



Wenn sowohl die Gymnasien als auch die Gemeinschaftsschulen (sowie die beruflichen Gymnasien) den gymnasialen Bildungsweg zum Abitur anbieten, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, warum die Ausbildung der angehenden Lehrer an den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien im Curriculum und nach dem Hochschulort getrennt werden sollte.

Die demnächst anstehenden Entscheidungen wird die künftige Landesregierung nicht am grünen Tisch, sondern im engen Zusammenwirken mit den beiden lehrerbildenden Universitäten treffen. Der Philologenverband wäre gut beraten, seinen fundamentalistischen Bunker zu verlassen und einen konstruktiven Beitrag zu diesem Dialog zu leisten.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 09.03.2012, 21:31 Uhr - 7562 Clicks - Nr. 146

## **Neuregelung der Straßenausbaubeiträge**

Mehraufwand für die Kommunen sowie Mehrbelastung für Mieter und Eigentümer „Da hat Herr von Abercron wohl nicht ganz verstanden, was der Landtag beschlossen hat!“. Mit diesen Worten kommentiert die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies die Aussagen des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Michael von Abercron zur Änderung der Abrechnungsgrundlagen beim Straßenausbau.

Abercron hatte erklärt, die neue Rechtslage führe zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen. Dem widerspricht Raudies, die auch Fraktionsvorsitzende in Elmshorn ist, vehement: „Tatsächlich gibt es diese Entscheidungsfreiheit nicht.“ Kommunen, die in ihrer Haushaltsplanung einen Fehlbedarf ausweisen oder den Bau von Straßen über Kredite finanzieren, werden vom Innenminister in die Pflicht genommen, Straßenausbaubeiträge zu erheben. „Falls Elmshorn die Konsolidierungshilfe des Landes – den so genannten Rettungsschirm – in Anspruch nehmen möchte, verpflichtet uns der Richtlinienentwurf zur Ausschöpfung aller Einnahmequellen und nennt dabei ausdrücklich die Beiträge“, so Beate Raudies. „Es ist ein völlig falsches Signal, wenn das Land den Eindruck erweckt, die Kommunen könnten auch noch auf Einnahmen verzichten.“

Auch das System der wiederkehrenden Beiträge lehnt Beate Raudies ab. „Wo bleibt denn die Gerechtigkeit, wenn alle zahlen, aber nur wenige von einer Leistung profitieren?“ fragt Raudies. Diejenigen, die in den letzten Jahren Straßenbaubeiträge gezahlt haben, würden so erneut zur Kasse gebeten. Außerdem bringt dieses Verfahren für die Verwaltung einen erheblichen Mehraufwand mit sich – auf diesen Kosten bleiben die Kommunen dann sitzen. Ungeklärt ist auch die Frage, ob die wiederkehrenden Beiträge nicht als Betriebskosten auf die Mieter abgewälzt werden können. Beate Raudies: „Warum verabschiedet der Landtag ein Gesetz, das

sogar von Städteverband und Landkreistag abgelehnt wird? Wir brauchen endlich wieder einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Land und Kommunen und keine Entscheidungen nach Gutsherrenart!"

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 09.03.2012, 21:35 Uhr - 8017 Clicks - Nr. 147

## Neuregelung der Straßenausbaubeiträge

### Mehraufwand für die Kommunen | Mehrbelastung für Mieter und Eigentümer

„Da hat Herr von Abercron wohl nicht ganz verstanden, was der Landtag beschlossen hat!“. Mit diesen Worten kommentiert die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies die Aussagen des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Michael von Abercron zur Änderung der Abrechnungsgrundlagen beim Straßenausbau.

Abercron hatte erklärt, die neue Rechtslage führe zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen. Dem widerspricht Raudies, die auch Fraktionsvorsitzende in Elmshorn ist, vehement: „Tatsächlich gibt es diese Entscheidungsfreiheit nicht.“ Kommunen, die in ihrer Haushaltsplanung einen Fehlbedarf ausweisen oder den Bau von Straßen über Kredite finanzieren, werden vom Innenminister in die Pflicht genommen, Straßenausbaubeiträge zu erheben.

„Falls Elmshorn die Konsolidierungshilfe des Landes – den so genannten Rettungsschirm – in Anspruch nehmen möchte, verpflichtet uns der Richtlinienentwurf zur Ausschöpfung aller Einnahmequellen und nennt dabei ausdrücklich die Beiträge“, so Beate Raudies. „Es ist ein völlig falsches Signal, wenn das Land den Eindruck erweckt, die Kommunen könnten auch noch auf Einnahmen verzichten.“

Auch das System der wiederkehrenden Beiträge lehnt Beate Raudies ab. „Wo bleibt denn die Gerechtigkeit, wenn alle zahlen, aber nur wenige von einer Leistung profitieren?“ fragt Raudies. Diejenigen, die in den letzten Jahren Straßenbaubeiträge gezahlt haben, würden so erneut zur Kasse gebeten. Außerdem bringt dieses Verfahren für die Verwaltung einen erheblichen Mehraufwand mit sich – auf diesen Kosten bleiben die Kommunen dann sitzen.

Ungeklärt ist auch die Frage, ob die wiederkehrenden Beiträge nicht als Betriebskosten auf die Mieter abgewälzt werden können. Beate Raudies: „Warum verabschiedet der Landtag ein Gesetz, das sogar von Städteverband und Landkreistag abgelehnt wird? Wir brauchen endlich wieder einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Land und Kommunen und keine Entscheidungen nach Gutsherrenart!“

Kommentar von [Knut Grote](#) vom 11.03.2012, 12:53 Uhr:

#### **RE: Neuregelung der Straßenausbaubeiträge**

*Sehr geehrte Frau Raudies, ich wohne in Glinde Sandweg 16 und bin betroffener der Gliner Straßenausbausatzung. Im Feb. 2005 wurden diese von den Politikern beschlossen und schon zwei Monate später in unserer Straße angewandt. Die Anwohner hatten sich zusammen geschlossen um sich gegen die Kosten, 2000 bis 30 000 €. zu wehren, ohne Erfolg. Unsere Straße wird durch zwei Buslinien, LKW`s und PKW`s durchfahren. Wir haben an zwei verschiedenen Tagen ganztägige Verkehrszählungen gemacht. Dabei kam heraus, das die Anliegernutzung, die die Straße belastet und letztlich zerstört, nur bei 0,25% liegt. Diese Berechnung wurde von der Stadt Glinde nie angezweifelt. Nach Berechnungen anerkannter Fachleute und Universitäten liegt die Zerstörungskraft bei einer Durchfahrt eines Gelenkbusses bei 100 000, bei einem normalem Bus und LKW bis zu 50 000 fach. Ohne unsere Straße kommen Gliner Bürger nicht zur Schule, in den Kindergarten, zum Friedhof, in das Stadtzentrum, usw. In Fachbüchern von Rechtswissenschaftlern, (ehemalige Bundesrichter) werden diese Straßenausbausatzungen stark angezweifelt. Nur wir hätten das Geld nie gehabt, um bis dort hin zu klagen.*

*Ihr obiger Satz, "Wo bleibt denn die Gerechtigkeit, wenn alle zahlen aber nur wenige von einer Leistung profitieren", zeugt deutlich davon, dass Sie keine Sachkenntnisse haben. Auch der Satz, " Diejenigen, die in den letzten Jahren Straßenausbaubeiträge gezahlt haben, würden erneut zur Kasse gebeten", lass ich so nicht stehen. Fehler passieren überall, auch in der Politik. Das wichtige daran ist, dass man ihn erkennt und korrigiert. Dieses mal hat es uns eben leider im Sandweg getroffen. Das erträgt man noch leichter, wenn trotzdem Gerechtigkeit einkehrt und die Straßen gerechter weise über Steuern finanziert werden. Wenn man will, könnte man sogar bei den Bürgern, die schon Straßenausbaubeiträge gezahlt haben, die Steuer für z.B. 20 Jahre aussetzen. Vielleicht können diese wenigen Zeilen Ihr Bild über Gerechtigkeit korrigieren, sonst hätte ich noch 8 Din.A 4 Seiten geschriebenes. Mit freundlichen Grüßen Knut Grote*

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 09.03.2012, 23:01 Uhr - 24821 Clicks - Nr. 148

## **Aufruf zur Anti-Atomkraft-Kundgebung in Brokdorf**

Die SPD ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, den Initiativen am 11.03. den Rücken zu stärken und sich an der friedlichen Umzingelung des Kernkraftwerkes Brokdorf zu beteiligen. Der SPD-Ortsverein Wilster bietet eine Fahrradtour vom Marktplatz in Wilster nach Brokdorf an. Start am Sonntag ist um 10:30 Uhr.

Eine direkte Anreise zum Kernkraftwerk ist auch möglich. Treffpunkt ist hier um 11:30 Uhr am Gedenkstein in Brokdorf. Der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig wird ebenfalls vor Ort sein.

Die aktuellen Berichte um die gefundenen Rostfässer mit Atommüll in Brunsbüttel machen deutlich, dass die Atompolitik gescheitert ist. Der Betreiber Vattenfall hat einmal mehr bewiesen, dass er die Sicherheit bei den eigenen Kraftwerken nicht ausreichend sicherstellt. Und die Atomaufsicht in Kiel hat unter der aktuellen Regierung mal wieder Informationen fast zwei Monate zurückgehalten.

Der Fund zeigt aber noch etwas anderes auf: Die Lagerung des strahlenden Mülls ist weiterhin ungeklärt. Viele Behälter lagern auf dem Gelände der Kraftwerke. Diese sind als Zwischenlager meist völlig ungeeignet und ein Endlager gibt es überhaupt nicht.

Was Atomkraftwerke auslösen können, haben Tschernobyl und Fukushima deutlich gezeigt. Am Sonntag jährt sich die Katastrophe von Fukushima zum ersten Mal. Es ist richtig innezuhalten und der Opfer der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe zu gedenken. Es ist aber auch richtig und notwendig ein Zeichen zu setzen, damit die Energiewende und der Ausstieg aus der Atomenergie auch vollzogen werden. Die SPD ist Garant für den Ausstieg und die Energiewende. Die CDU verlängert Laufzeiten und verkürzt je nach Windrichtung. In der Steinburger CDU finden sich die vehementesten Verfechter der Atomkraft. Diese wollten bis vor kurzem noch neue Kraftwerke bauen. Es ist wieder Zeit ein Zeichen gegen derartige Irrwege zu setzen!



**Friedlich und fröhlich, aber konsequent in der Sache! Wir brauchen Neue Energie statt Atommüll in rostigen Behältern!**

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 10.03.2012, 17:27 Uhr - 56456 Clicks - Nr. 149

## **Rostfässer bestätigen Notwendigkeit des Atomausstiegs**

Zur Information über korrodierte Atommüllfässer im AKW Brunsbüttel durch Minister Schmalfuß erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die Entdeckung von korrodierten Stahlblechfässern in einer unterirdischen Kaverne im Atomkraftwerk Brunsbüttel bestätigt, dass auch die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie gefährlich ist.



Und zwar auch noch lange nach der eigentlichen Stromproduktion; deshalb bleibt sie ein hohes Risiko auch für nachfolgende Generationen.

Auch wenn in Brunsbüttel keine Radioaktivität ausgetreten ist und die Atomaufsicht nach Entdeckung dieser Fässer sofort Maßnahmen ergriffen hat, die die Gefahr austretender Radioaktivität minimieren sollen, bleibt wie nach den zahllosen anderen Störfällen ein ungutes Gefühl.



Vor allem stellen sich zwei Fragen: Warum hat der Betreiber Vattenfall es nicht für nötig befunden, nach allen Beteuerungen über bessere Kommunikation und Information, dieses doch nicht gerade harmlose Ereignis unverzüglich der Atomaufsicht zu melden? Dieses Verhalten zeigt erneut, wie wenig Vattenfall für den Betrieb eines AKWs geeignet ist. Transparenz sieht anders aus.

Aber warum wird die Öffentlichkeit von der Atomaufsicht erst zwei Monate nach Entdeckung des Vorfalls – und dann in einer Hals über Kopf einberufenen Pressekonferenz – informiert? Dies hätte – samt der Information über die vom Betreiber eingeforderten Maßnahmen – deutlich früher passieren sollen.

Für uns bestätigt sich erneut: Es war richtig, dass die SPD seit den 80er Jahren auf die Gefahren der Atomenergie hingewiesen und den Ausstieg nach der Regierungsübernahme im Bund im Jahr 2000 endlich auf den Weg gebracht hat.

Es zeigt sich, dass wir uns mit dem Erbe einer falschen Energiepolitik, die viel zu lange auf Atomenergie setzte, noch lange werden befassen müssen.

Wir werden die Energiewende nachdrücklich vorantreiben und eine Rückkehr zur Atomenergie nicht zulassen. Und wir werden uns für präzisere und strengere Sicherheitsvorschriften und ihre Kontrolle für den Restbetrieb, die Stilllegung und die Lagerung von Atommüll einsetzen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.03.2012, 18:50 Uhr - 8096 Clicks - Nr. 150

## **Allianz für Norddeutschland**

*Zwei Jahre hat die Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ getagt. Nun wurde der Abschlussbericht vorgestellt. Ich habe in dieser Kommission mitgearbeitet und komme zu dem Ergebnis:*

Gerade die Metropolregion Hamburg kann von einer engeren Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarn, vor allem mit Hamburg, profitieren.

Einerseits würde diese Zusammenarbeit den Fokus stärker auf Stormarn und das Herzogtum Lauenburg legen, die von Kiel aus zuweilen als „Randgebiet“ wahrgenommen werden. Andererseits sind konkrete Verbesserungen möglich:

Weg mit dem Gastschulabkommen.

Stattdessen brauchen wir eine freie Schulwahl über Ländergrenzen hinweg und eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung.

Weg mit dem Konkurrenzdenken.

Die Einrichtung gemeinsamer Gewerbegebiete kann den Wettbewerb um Unternehmen und Investitionen in konstruktive Bahnen lenken. Das wird kein leichtes Unterfangen – doch die WAS Stormarn (Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft) könnte es schaffen. Deren Geschäfts-



führer Norbert Leinius skizzierte in der Enquete-Kommission entsprechende Ideen.

Weg mit der Unverbindlichkeit.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Zusammenarbeit auf Dauer anzulegen und zu institutionalisieren. Der beste Weg dazu wäre ein gemeinsamer Ausschuss der beiden Landesparlamente. Gute Nachbarschaft und kluges Handeln im Interesse der Menschen sind gefragt. Mehr Zusammenarbeit ist immer richtig. Und immer schwer. Das Mittelzentrum Reinbek-Glinde-Wentorf weiß ein Lied davon zu singen...

Martin Habersaat

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 11.03.2012, 09:56 Uhr - 8347 Clicks - Nr. 151

## Ein Jahr nach Fukushima - Einladung zur Diskussion

Beate Raudies lädt zur Infoveranstaltung am 12. März 2012 ein.

Wie ist der Stand bei der Energiewende? Welche nächsten wichtigen Schritte müssen in Land und Bund gegangen werden? Und was können wir vor Ort tun, um Atomausstieg und Klimaschutz voran zu bringen? Über diese Fragen möchten die Elmshorner Sozialdemokraten mit den Bürgern diskutieren.

Zum Mitdiskutieren eingeladen sind der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe, der Uetersener Stadtwerkegeschäftsführer Manfred Tietje und ein Vertreter des schleswig-holsteinischen Nabu. Außerdem dabei: Ernst Dieter Rossmann, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg, SPD-Kreischef Hannes Birke und die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies.

**Beginn der Veranstaltung am Montag, 12. März, ist um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Im Winkel", Langenmoor 45, Elmshorn.**

### Statement von Beate Raudies:

Am 11. März 2011 explodierte im japanischen Atomkraftwerk Fukushima der Reaktor. Ich saß entsetzt vor dem Fernseher, wartete auf die neuesten Nachrichten. Sollte es wahr sein? War es „nur“ 25 Jahre nach dem Unfall im weißrussischen Tschernobyl wieder soweit? Hatten wir damals noch geglaubt, die rückständige Sowjet-Technik sei schuld, so mussten wir jetzt lernen, dass auch im Hochtechnologieland Japan das „Restrisiko“ nicht beherrschbar ist. Vielmehr wurde deutlich: Das Betreiben von Atomkraftwerken stellt die Menschheit vor unlösbare und existenzbedrohende Aufgaben.

Aber ich war auch froh, dass meine Partei, die SPD, sich eindeutig zum Atomausstieg bekennt. Angesichts der Katastrophe von Fukushima änderte nun endlich auch die Regierung Merkel ihre Meinung und erklärte die Energiewende.

Mit Leben gefüllt hat die Bundesregierung diese Energiewende bisher allerdings nicht. Mehr als die Hälfte der ursprünglichen Atomkraftwerke in Deutschland sind noch in Betrieb, und auch die Endlagerfrage ist noch immer ungelöst.



Die SPD Schleswig-Holstein will den Ausstieg aus der Atomkraft, für den wir seit Anfang der 80er Jahre kämpfen, durch den Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beschleunigen. Zudem fordern wir den schnellstmöglichen Rückbau der AKW.

Die Strom- und Wärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern muss bis zur Mitte des Jahrhunderts durch neue Energien wie Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden. Dabei müssen wir Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.

Eine solche konsequente Energiewende ist der Wachstumsmotor für Schleswig-Holstein und schafft viele tausend neue und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort im Mittelstand und beim Handwerk.

Wir erarbeiten deshalb ein Landes-Aktionsprogramm zur Zukunft von Energieversorgung und Klimaschutz, in dem sofort verpflichtende Ziele und Maßnahmen festgelegt werden. Es gilt: Bei der Energiewende jetzt nicht lockerlassen!

Ich würde mich freuen, Sie am Montag auf unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 11.03.2012, 13:34 Uhr - 6797 Clicks - Nr. 152

## Feierliche Ehrung unserer langjährigen Mitglieder

Ehrungen waren das Hauptanliegen der diesjährigen Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Hohenlockstedt. Im Mittelpunkt stand die Auszeichnung von Ruth Palm, die nicht nur eine 50-jährige Mitgliedschaft vorweisen kann, sondern auch ein großes Engagement für die Sozialdemokratie. Ruth Palm war von 1968 bis 1974 Mitglied der Gemeindevertretung und von 2003 bis 2011 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus in Hohenlockstedt. Diese Aufgabe übernahm sie mit Freude und viel Elan.

Von links nach rechts: Franziska Lietzau, Monika Lander, Jörn Thießen, Katharina Klein, Jürgen Klein (kniend), Ruth Palm, Tobias Soyka, Ute Kortüm und Theodor Scheit

Feierliche Ehrung unserer langjährigen Mitglieder



Ihre Nachmittagsveranstaltungen waren die jeweils am besten besuchten Begegnungen der Partei in der Gemeinde. Für eine 25-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Monika Lander, Ute Kortüm und Franziska Lietzau. Theodor Scheit, Katharina Klein und Tobias Soyka gehören der Partei 10 Jahre ununterbrochen an.

Die Ehrungen nahmen Jörn Thießen und Jürgen Klein als Vorsitzender des Ortsvereins vor. In seiner Ansprache ging der ehemalige Bundestagsabgeordnete, der erneut kandidieren wird, auf das Eisenacher Programm der Partei von 1869 sowie auf das Godesberger Programm von 1959 ein. Die sozialdemokratischen Grundwerte und Überzeugungen hätten sich seit 1869 nicht geändert, lediglich die Wortwahl. Kein Anliegen der Partei aus dieser Zeit könnte als erledigt betrachtet werden. Er bezeichnete die Verantwortlichkeit für alle Menschen vor Ort und über alle Grenzen hinweg als wesentliche Herausforderung für die Sozialdemokratie, aber auch die Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechtsstaats, wie sie im Godesberger Programm mit den Begriffen „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ zusammengefasst werden. In diesem Sinne sei die SPD staatstragend.

Jörn Thießen sprach anschließend über „den Widerspruch unserer Zeit“, eine Formulierung aus dem Godesberger Programm. Er wies auf die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich, aber auch auf die Kluft zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum hin.

Von links nach rechts: Ruth Palm, Jörn Thießen und Jürgen Klein

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Jürgen Klein die solidarische Zusammenarbeit innerhalb der Partei und ihrer Gremien. Hierzu gehöre auch eine angemessene Streitkultur innerhalb des Vorstandes und der Fraktion als Voraussetzung für eine effektive Zusammenarbeit. Ein Auseinanderfallen der Partei wie bei anderen Gruppierungen oder in anderen Gemeinden sei damit unwahrscheinlich. Er berichtete über die Aktivitäten des Ortsvereins und bat um die Unterstützung des SPD-Ortsvereins durch die Mitglieder. Jürgen Klein sprach sich darüber hinaus für eine aktive Mitgestaltung der Politik durch alle Bürgerinnen und Bürger aus, auch ohne Parteibuch. In einer Demokratie sollte sich jeder an einer wirksamen Interessenvertretung zugunsten seiner Freiheit und seiner sozialen Sicherheit beteiligen. [Ehrungen](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.03.2012, 16:27 Uhr - 11991 Clicks - Nr. 153

## Menschen verbinden

### SPD-Politiker informieren sich über die OASE in Bad Oldesloe

Es gibt viele Mehrgenerationenhäuser im Land, alle arbeiten unterschiedlich. Über die besonders vielfältige und engagierte Arbeit des Mehrgenerationenhauses in Bad Oldesloe informierten sich jetzt Wolfgang Baasch, der Vorsitzende des Arbeitskreises Soziales der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion und Susanne Danhier,

stellvertretende Vorsitzende der SPD Stormarn und Landtagskandidatin für Stormarn-Nord. Wiebke Finck führte die drei Politiker durch die Einrichtung und berichtete von erfolgreichen Projekten und Plänen.

Das Familienzentrum OASE bietet an zwei Tagen in der Woche eine Betreuung für Kinder unter drei Jahren an. Es gibt eine Erziehungs- und Konfliktberatung, Kulturangebote für Eltern und Kinder sowie Kulturangebote für Eltern und Kinder. Auch in die Pflegeberatung für ältere Menschen und deren Angehörige würde Wiebke Finck gern einsteigen.



Beeindruckt waren die Gäste auch von der engagierten Stadtteilarbeit der OASE. „Direkte Kontakte vor Ort sind wichtig, damit Beratungsangebote auch Annahme finden“, so Susanne Danhier, selbst Leiterin einer kirchlichen Einrichtung zur Erziehungshilfe. Wolfgang Baasch entwickelte vom Konzept der OASE ausgehend Ideen für das ganze Land - jedes Mal, wenn die OASE Erfolg habe, spare das für den Staat langfristig Kosten an anderer Stelle. Es sei in der heutigen Zeit wichtig, die Gesellschaft zu vernetzen und Menschen zu verbinden.

Martin Habersaat fand im Garten vor dem Haus Begriffe, die auch in seiner Arbeit als Lehrer, bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 war er an einem Gymnasium in Hamburg-Barmbek

tätig, immer wieder eine Rolle spielten: „Toleranz und Gemeinsinn müssen im Elternhaus vermittelt werden. Wenn das nicht überall im notwendigen Ausmaß klappt, kommt Einrichtungen wie der OASE neben Schulen und Kindergärten eine wichtige Rolle zu!“

Foto: Martin Habersaat, Wiebke Finck, Susanne Danhier, Wolfgang Baasch

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.03.2012, 18:54 Uhr - 21173 Clicks - Nr. 154

## Rosen für die Frauen!

Wie in jedem Jahr waren die Steinburger ASF Frauen auch in diesem Jahr in der Itzehoer Innenstadt unterwegs, um ihren Geschlechtsgenossinnen rote Rosen zu schenken. Wie immer mit dabei die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen.

„Bei dieser Aktion geht es nicht nur um die nette Geste, sondern um vor allem darum darauf aufmerksam zu machen, dass Gleichstellung noch nicht erreicht ist,“ erklärt die Landtagsabgeordnete.



Die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert jeden gleichstellungspolitischen Fortschritt. Weder ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern geringer geworden, noch ist der Frauenanteil in Führungspositionen gestiegen.

Um dort endlich weiter zu kommen, fordert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen gesetzliche Regelungen!

- ein Gesetz für tatsächliche Lohngleichheit und -gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern
- einen gesetzlichen Mindestlohn
- reguläre Beschäftigung statt prekäre Beschäftigung, wie Mini-Jobs oder „kleine“ Teilzeit
- ein Gleichstellungsgesetz für bessere Aufstiegschancen in der Privatwirtschaft
- gesetzlichen Mindestquoten für Aufsichtsräte und Vorstände
- eine Reform des Bundesgremiengesetzes und die Einbeziehung der Aufsichtsgremien der Sozialversicherungen und anderer Körperschaften öffentlichen Rechts

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.03.2012, 11:56 Uhr - 7745 Clicks - Nr. 155

## Sozialdemokratie will Verbesserungen

Zum „Chancenspiegel“, einer Studie der Bertelsmann-Stiftung über Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme, sagt Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Die Bertelsmann-Stiftung ist sozialdemokratischer Umtriebe unverdächtig. Trotzdem kommt sie zu einem klaren Befund: Unser Bildungssystem ist ungerecht und benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien.

Besonders deutlich zeigt sich das in Bayern und Schleswig-Holstein. Solange das so ist, wird die Sozialdemokratie sich für Veränderungen einsetzen, weil nur mit Veränderungen Verbesserungen zu erreichen sind.

Vor dem Hintergrund der Zahlen aus dieser Studie (s.u.) sind die Angriffe der CDU auf die bildungspolitische Aussagen der SPD in ihrem Regierungsprogramm doppelt unverständlich, dasselbe gilt für die Forderungen manches Lehrerverbandes, alles müsse so bleiben, wie es ist.

Die Studie zeigt, dass „Leistung“ und „Gerechtigkeit“ zueinander nicht im Widerspruch stehen müssen. Dafür brauchen wir aber Verbesserungen:



### **Wir müssen die Gemeinschaftsschulen stärken!**

Die SPD setzt sich für längeres gemeinsames Lernen ein. Die dafür am besten geeignete Schulart ist die Gemeinschaftsschule. Sie führt ebenso wie das Gymnasium und das Berufliche Gymnasium zum Abitur. Selbstverständlich wird jede Gemeinschaftsschule, die bereits eine Oberstufe hat diese behalten. Und es werden neue Oberstufen hinzukommen, weil die Zahl der Oberstufenangebote in einem Kreis nachweislich mit der Abiturquote in Verbindung steht (Die Studie spricht von „räumlicher Zugänglichkeit“). Die Frage, ob eine Gemeinschaftsschule eine Oberstufe erhält, entscheidet sich nach der Schulentwicklungsplanung, weil es unvernünftig wäre, durch die Gründung neuer Oberstufen bereits bestehende Oberstufen in benachbarten Schulen in ihrem Bestand zu gefährden.

Der Kern der Gemeinschaftsschule ist das gemeinsame Lernen, nicht aber das Sortieren nach abschlussbezogenen Lerngruppen, bei dem Kinder aus sozial schwachen Familien benachteiligt werden. Um das gemeinsame Lernen mit Leben zu erfüllen, brauchen die Gemeinschaftsschulen ihre Differenzierungsstunden. Diese hat Schwarz-Gelb halbiert, um Lehrerstellen abbauen zu können. Wir werden sie wieder aufstocken.

### **Das Bildungswesen darf nicht der Steinbruch für visionslose Sparpolitik sein!**

Die CDU behauptet, aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen im Land seien Lehrstellen entbehrlich und könnten abgebaut werden. Tatsächlich ist ein Großteil der von Schwarz-Gelb gestrichenen Lehrstellen aber auf zwei andere Umstände zurückzuführen. Erstens auf die Erhöhung der Pflichtstunden, die den Lehrerinnen und Lehrern zugemutet wurde. Und zweitens darauf, dass die Regierung den Gemeinschafts- und Regionalschulen in ihre pädagogischen Konzepte grätschte, indem sie ihnen ihre Differenzierungsstunden halbierte.

Die SPD steht zu ihrer Aussage, die Hälfte der durch den Schülerrückgang entbehrlichen Stellen im System zu belassen, um die Unterrichtsqualität zu verbessern und dem Unterrichtsausfall nachhaltig zu begegnen.

Um die Chancengerechtigkeit zu verbessern, werden diese Maßnahmen allein nicht ausreichen. Es muss außerdem eine Reform der Lehrerausbildung geben. Wir brauchen mehr Praxis, mehr Pädagogik, mehr Inklusion. Wir brauchen einen Ausbau der Ganztagsangebote in Schleswig-Holstein. Und es ist der Sinn der Schulartempfehlung nach Klasse 4 in Frage zu stellen, die meines Erachtens obsolet ist und durch ein Beratungsgespräch ersetzt werden sollte.

Gut schneidet Schleswig-Holstein in der Studie allein bei der Frage der Integrationskraft ab, oft als „Inklusion“ diskutiert. Kriterium war hier der Anteil der Schüler mit besonderem Förderbedarf an allen Schülern im allgemeinbildenden Schulsystem im Schuljahr 2009/2010. Möge sich

jeder selbst fragen, auf welche Entscheidungen dies zurückzuführen ist.

Aus dem „Chancenspiegel“:

„Für Kinder und Jugendliche sind Bildungschancen Lebenschancen. Aber gute Bildung ist nicht nur der Schlüssel zu individuellem Erfolg, sondern auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir können es deshalb nicht hinnehmen, wenn der Schulerfolg in erheblichem Maße von der Herkunft abhängt.“

Aus dem Vorwort zum „Chancenspiegel“, Studie der Bertelsmann-Stiftung über Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme

Die Chance eines Kindes aus oberen Sozialschichten, das Gymnasium zu besuchen, ist 5,6 mal höher als die eines Kindes aus unteren Sozialschichten (Bundesdurchschnitt: Faktor 4,5).

35,2 Prozent aller Schüler, die maximal einen Hauptschulabschluss hatten, erhalten einen Ausbildungsplatz im Dualen System (Bundesdurchschnitt: 41,5 Prozent).

Schulformwechsel: Einem Aufwärts- stehen 5,0 Abwärtswechsel gegenüber (Bundesdurchschnitt: 1:4,3)

42,8 Prozent der jungen Erwachsenen erreichen die Hochschulreife (Bundesdurchschnitt: 46,4 Prozent).

Der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss liegt bei 7,1 Prozent (Bundesdurchschnitt: 7,0 Prozent).

Alle Zahlen zu Schleswig-Holstein:

[http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_35707\\_35708\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_35707_35708_2.pdf)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.03.2012, 16:01 Uhr - 7726 Clicks - Nr. 156

## **Fragen und Antworten zum Gastschulabkommen**

*Martin Habersaat (35) ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er legte sein Abitur am Gymnasium Marienthal in Hamburg ab. 2004 - 2006 war er Studienreferendar am Gymnasium Sachsenwaldschule in Reinbek, 2006 - 2009 Studienrat a Emil-Krause-Aufbaugymnasium in Hamburg. Seit 2009 ist er Mitglied des Landtags und vom Schuldienst beurlaubt.*

### **1. Was wurde im Gastschulabkommen vereinbart?**

Hauptsächlich geht es darum, dass Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein in Hamburg zur Schule gehen dürfen. Dafür zahlt Schleswig-Holstein an Hamburg in diesem Jahr 12,6 Millionen Euro, 2015 werden es 13,2 Millionen Euro sein.

### **2. Welche Schülerinnen und Schüler fallen unter das Gastschulabkommen?**

2010 wollte man in erster Linie sicher stellen, dass alle Schülerinnen und Schülern, die schon in Hamburg beschult wurden, ihren Schulbesuch fortsetzen können. Dann ging es um Förder-schüler, Berufsschüler und Schüler an sogenannten „Ersatzschulen“, beispielsweise Waldorfschulen. Die Kinder aus Barsbüttel machen in der Gesamtzahl da nur einen kleinen Anteil aus.

### **3. Dürfen auch Schüler aus Hamburg in Schleswig-Holstein zur Schule gehen?**

Ja. Dieser Fall wurde beim Abschluss des Gastschulabkommens mit bedacht. Solche Fälle wur-

den berücksichtigt, um die Pauschale, die Schleswig-Holstein zahlt, möglichst niedrig zu halten.

#### **4. Warum beschweren sich momentan einige Städte und Gemeinden?**

Die Gemeinden zahlen an das Land für jeden Schüler, der in Hamburg zur Schule geht, einen festen Betrag. So tragen sie zu dem Topf bei, aus dem das Land Hamburg gegenwärtig 12,6 Millionen Euro bekommt. Das ist fair, weil eine Gemeinde auch zahlen müsste, wenn ihre Schüler in einer Nachbarstadt in Schleswig-Holstein beschult werden würden. Nicht berücksichtigt werden aber Hamburger Schüler, die in dieser Gemeinde beschult werden. Beispiel: Wenn aus Glinde 100 Schüler in Hamburg zur Schule gehen, zahlt Glinde 100mal an das Land Schleswig-Holstein. Wenn 20 Schüler aus Hamburg in Glinde beschult werden, hat Glinde nichts davon.



#### **5. Wie kann man das Problem lösen?**

Der einfachste Weg wäre, Glinde würde nur noch für 80 Schüler zahlen. Das ginge zu Lasten der Landeskasse und wurde deshalb von der Landesregierung abgelehnt. Insgesamt muss man aber sehen, dass unsere Städte und Gemeinden im Hamburger Umland in der Vergangenheit nie etwas für die Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hamburg bezahlen mussten. Da lässt sich die aktuelle Ungerechtigkeit für einen kurzen Zeitraum ertragen.

#### **6. Was will die SPD?**

Die SPD will ein Ende aller Gastschulabkommen. "Freie Schulwahl" ist unser Ziel. Eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, die Schulen beiderseits der Landesgrenze berücksichtigt. Das ist eines der Ziele der SPD, die wir nach der Landtagswahl umsetzen wollen. Vorausgesetzt, die SPD kann wieder den Ministerpräsidenten stellen. Allerdings wird es auch dann noch den Fall geben, dass eine Schule einfach voll ist. In solchen Fällen werden wohl immer zuerst die Schülerinnen und Schüler in der direkten Nachbarschaft berücksichtigt, erst später die von weiter weg.

#### **Link zum Gastschulabkommen:**

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrukke/1600/umdruck-17-1672.pdf>

Foto: Martin Habersaat, Hermann Hanser und Andrea Johann bei einer Veranstaltung zum Gastschulabkommen am 10. März 2012 im Bürgerhaus Barsbüttel.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 13.03.2012, 09:59 Uhr - 21691 Clicks - Nr. 157

## **Wer die Axt ausgräbt, kann auch den Skalp verlieren!**

Zum Artikel der Norddeutschen Rundschau vom 8.3.2012

CDU-Abgeordnete warnen "SPD legt Axt an die Steinburger Schullandschaft" entgegenet die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen:

Ganz offensichtlich haben die Abgeordneten Arp und Rickers den Wahlkampf eröffnet. Mit ihren Angriffen auf die Schulpolitik der SPD versuchen sie ganz offensichtlich, vom Chaos abzulenken, das sie in den vergangenen zwei Jahren in den Schulen angerichtet haben.

Sie loben das Engagement von Schülern, Eltern und Lehrkräften, haben aber die Differenzie-



rungsstunden für die Gemeinschafts- und Regionalschulen gekürzt. Was ist das für eine Anerkennung?

Sie streichen landesweit 600 Lehrerstellen in zwei Jahren, angeblich wegen zurückgehender Schülerzahlen. Erwirtschaftet werden diese Stellen in Wirklichkeit durch Mehrarbeit von Lehrerinnen und Lehrern.

Sie stellen die absurde Behauptung auf, die SPD würde die „Axt an die Schullandschaft anlegen“. Dabei hat die CDU mit ihrem G8-G9-GY-Unsinn an Gymnasien für große Unsicherheit, für überflüssige Mehrkosten und für eine Schwächung der Gemeinschaftsschulen gesorgt.



Sie bemühen den Elternwillen, den die SPD angeblich nicht berücksichtigt. Dabei waren es CDU und FDP, die beim Streichkonzert der vergangenen Jahre die Einwände und Vorschläge von Eltern, Lehrkräften, Verbänden und Einrichtungen komplett ignoriert haben.

Die Kalkulationen der CDU zum Stellenabbau an Schulen unterstellen umgerechnet die Schließung von 100 Schulen mit jeweils 600 Schülerinnen und Schülern. Wer schließt denn im Kreis Steinburg?

Die SPD hat nie verschwiegen, dass sie das Modell der Gemeinschaftsschule bevorzugt – eine Schulform, die mit überwältigender Mehrheit in Schleswig-Holstein eingerichtet wurde. Die SPD wird bei der Weiterentwicklung der Schullandschaft allerdings, anders als Schwarz-Gelb, den Dialog mit den Betroffenen in den Vordergrund stellen.

Ein Letztes zu den Kollegen Arp und Rickers: Wer die verbale Axt ausgräbt, muss sich nicht wundern, wenn er am Ende ohne Skalp dasteht.

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.03.2012, 16:12 Uhr - 6816 Clicks - Nr. 158

## **AfA Schleswig-Flensburg unterstützt Schlecker-Beschäftigte**

Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt den Kampf der Beschäftigten von Schlecker um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Bestrebungen der Gewerkschaft ver.di, diese bei ihren Forderungen zu unterstützen. Besonders die Arbeitsplätze von Frauen sind beim Unternehmen durch die Insolvenz bedroht!

Das berufliche und menschliche Schicksal der Menschen, die bei der Drogerie-Kette Schlecker arbeiten, geht uns alle an. Die Gewerkschaft ver.di hat es zusammen mit den Beschäftigten bei Schlecker gegen viele Widerstände aus den Führungsebenen der Schlecker erreicht, dass sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen in diesem großen Unternehmen nach und nach verbesserten. Damit wurde ein Stück Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben.

Und nun soll alles vorbei sein?

Das Ziel muss es sein, dass möglichst viele der akut gefährdeten Arbeitsplätze erhalten werden. Die Beschäftigten dürfen nicht für das frühere Image ihres Arbeitgebers abgestraft werden. Die Verkäufe in den Filialen gehen weiter und es gibt keinen Grund, Einkäufe bei Schlecker zu meiden. Das wäre ein falscher und sehr ungerechter Weg.

Überwiegend die Frauen bei Schlecker haben gemeinsam mit ver.di bei Schlecker tarifvertragliche Regelungen und Betriebsräte durchgesetzt. Aus einem tariflosen Unternehmen machten

sie ein tarifgebundenes Unternehmen. Von null betrieblichen Interessenvertretungen schafften sie es bis auf fast 200. Trotz vieler Schwierigkeiten gelang es ihnen, die Arbeit im Unternehmen besser zu machen. Das war und ist vorbildlich.

Es geht uns in erster Linie um die Beschäftigten und ihre Angehörigen. Dabei denken wir auch an die zahlreichen Kunden in strukturschwachen Regionen, die auf »ihre« Schlecker-Filiale als Nahversorger angewiesen sind.

Wir als AfA Schleswig-Flensburg unterstützen die Gewerkschaft ver.di mit ihren Forderungen, dass das Unternehmen sich unverzüglich mit der Situation auseinandersetzt und nach Möglichkeiten sucht, wie die Schlecker-Beschäftigten am besten unterstützt werden können.

Die Beschäftigten bei Schlecker und ihre Familien haben unsere Solidarität und Unterstützung verdient! Wir rufen deshalb dazu auf, sich überall an Aktionen für die Frauen und Männer bei Schlecker und ihre Arbeitsplätze zu beteiligen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 14.03.2012, 17:51 Uhr - 29374 Clicks - Nr. 159

## **Gute Arbeit braucht gerechte Löhne**

Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Olaf Scholz hält den Zeitpunkt für höhere Löhne gekommen. Über dreihundert Betriebsräte und Gewerkschafter trafen sich am 13. März in der Norderstedter Tribüne. Der SPD-Parteivorstand hatte zu der Konferenz eingeladen.

Die Tarifeinbarung im öffentlichen Dienst gab der Veranstaltung aktuelle Brisanz. Torsten Albig, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 6. Mai wusste um die Bedeutung des Themas. Als (noch) Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel ist seine Verwaltung von dem Tarifabschluss direkt betroffen. Er appellierte, die Tarifdiskussion im öffentlichen Dienst fair miteinander führen.



Torsten Albig forderte zu gemeinsamer Verantwortung auf: „Es darf nicht passieren, dass sich Gewerkschaften und Kommunen gegeneinander stellen. Wir brauchen Gewerkschaften an unserer Seite, die auch den Kommunen helfen in dem Kampf um ihre finanzielle Ausstattung.“ Der Staat müsse auf der Einnahmenseite stärker werden. Dafür müssten die politischen Mehrheiten geschaffen werden. „Dieses müssen wir gemeinsam tun, und das müssen wir auch Seite an Seite tun“, appellierte der Spitzenkandidat an die Gewerkschafter und Betriebsräte. Die kommunalen Arbeitgeber würden sich nicht gegen ihre Beschäftigten stellen. Eine sozialdemokratische Landesregierung werde versuchen, den Kommunen zu helfen.

Große Sorgen machten sich alle Redner über die Tendenz, immer mehr Niedriglohnjobs zu schaffen. Auch hier will eine künftige sozialdemokratisch geführte Landesregierung gegenhalten. „Wir werden in Schleswig-Holstein Tariftreue zum Maßstab guten Regierens machen“, kündigte Torsten Albig an. „Wir werden ein Tariftreuegesetz auf den Weg bringen. Wir werden das Schleifen der Mitbestimmung wieder rückgängig machen. Wir werden uns im Bundesrat für Mindestlohn einsetzen.“

Olaf Scholz, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender und Regierungschef im Nachbarland Hamburg, ordnete die aktuellen Fragen in einen größeren Zusammenhang ein. Arbeit sei eine kulturelle Grundkonstante in Deutschland. Sie habe dazu geführt, dass in diesem Land ein gewisser Stolz mit Arbeit verbunden ist. „Die Arbeit ist die Grundlage allen Wohlstandes und aller Kultur“, zitierte der Hamburger Bürgermeister ein altes sozialdemokratisches Programm. „Wer wirklich will, dass es mit dem Wohlstand unseres Landes vorankommt, der muss nicht nur die Arbeit schätzen, sondern auch diejenigen, die sie leisten“, schrieb er den Arbeitgebern ins

Stammbuch. Die Wirtschaft habe wieder Fahrt aufgenommen. Der Zeitpunkt für bessere Löhne sei jetzt gekommen.

Zur Frage verbindlicher Mindestlöhne zeigte sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende zuversichtlich: „Der Durchbruch in der Frage, soll Deutschland Mindestlöhne haben oder nicht, ist längst geschafft. Und wir werden am Ende auch zu einem allgemeinen flächendeckenden Mindestlohn in diesem Lande kommen.“

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner freute sich über die große Resonanz der Tagung. In seinem Schlusswort stellte er noch einmal die Bedeutung der Bildung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes heraus. Und er forderte eine klare Schwerpunktsetzung: „Gute Arbeit heißt, dass wir uns auf Bereiche konzentrieren, wo Wertschöpfung möglich ist, und dass wir nicht, wie die gegenwärtige Landesregierung, darauf setzen, Wertschöpfung zu machen, indem wir das Glücksspiel-Eldorado in Deutschland werden. Das wird nicht die Wertschöpfung der Zukunft sein.“



Kommentar von [Norbert Vahl - Betriebsratvorsitzender des DRK-KV-Segeberg](#) vom 15.03.2012, 07:32 Uhr:

### **RE: Gute Arbeit braucht gerechte Löhne**

*Die SPD-Betriebsräte - und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt folgende hat folgende Solidaritätserklärung zu verabschiedet: Solidaritätserklärung Die Teilnehmer (m/w), der am 13.03.2012 in Norderstedt (Kreis Segeberg – Schleswig-Holstein) unter dem Motto: „GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE“ stattfindenden SPD Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz solidarisieren sich mit den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH. Sie fordern den Arbeitgeber auf unverzüglich Tarifgespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. aufzunehmen, um den tariflosen Zustand zu beenden. Es ist der DRK-Reformtarifvertrag anzuwenden bzw. zu vereinbaren. Die Lohngerechtigkeit muss bei den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH wieder hergestellt werden. Die Rettungsdienstler leisten ihren nicht immer leichten Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sind Tag und Nacht 24 Stunden für ihre Mitmenschen im Einsatz. Tag, Nacht und Wechselschichten stellen physisch und psychisch eine große Belastung dar. Hinzu kommt das menschliche Leid, mit dem jede/r Rettungsassistent/in konfrontiert wird. Es ist unerträglich, wenn Rettungsdienstmitarbeiter (m/w) bei einer mindestens 48-Stundenwoche teilweise sowenig Geld erhalten, dass sie Hartz IV oder Wohngeld beantragen müssen. Wer mit dem Öffentlichen Rettungsdienst beauftragt ist, muss sich an die Tariftreue halten. Es ist völlig unverständlich, wenn Rettungsdienstorganisationen, wie das DRK, teilweise Dumpinglöhne zahlen, die dann aus öffentlichen Kassen (Agentur für Arbeit - Sozialamt) aufgestockt werden müssen. Der Öffentliche Rettungsdienst wird von den Kostenträgern (Krankenkassen – Unfallversicherer) refinanziert. Das „Billigmachen“ der eigenen Mitarbeiter ist unsozial und in keiner Weise zu rechtfertigen. Anstatt an die Kostenträger jährlich hohe sechsstelligen Beträge zurückzahlen, sollte sich der Arbeitgeber endlich tariflich binden und gerechte Löhne zahlen. Denn: „Gute Arbeit fordert Gerechte Löhne“*

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.03.2012, 17:57 Uhr - 13154 Clicks - Nr. 160

## **Feste Fehmarn-Belt-Querung – Chancen und Risiken**

Für eines der zentralen Infrastrukturprojekte Schleswig-Holsteins der nächsten Jahre sind mutige und verantwortungsvolle Entscheidungen zum Schutz von Mensch und Natur gefragt. Über den aktuellen Stand des Projektes informierten jetzt die SPD Großhansdorf und Landtagskandidat Tobias von Pein. Sie hatten zahlreiche Entscheidungsträger und Experten im Großhansdorfer Studio 203 versammelt. Über 70 Gäste wurden von Reinhard Niegengerd, SPD, begrüßt.

Das Tunnelprojekt wurde mit neuesten Planungen von Obinna van Capelleveen von der staatlich, dänischen Femern A/S Planungsgesellschaft sehr plastisch an Hand von Planungen und Prognosen vorgestellt.

Folgende drei Arbeitsschwerpunkte sind für 2012 geplant:

Ausarbeitung der Planfeststellungsunterlagen (UVS)  
Vorbereitung der Ausschreibung der Hauptbauaufträge  
Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Fehmarnbelt Region

Mit dem weiteren Vorgehen: 2013 voraussichtliche Vorlage des Baugesetzes im dänischen Parlament, 2014 voraussichtlicher Baubeginn und 2020 voraussichtliche Eröffnung der Querung!

Ute Plambeck, Konzernbevollmächtigte der DB AG stellte die Bahnplanungen, speziell die Lärmschutzplanungen der DB, mit folgender Zielsetzung vor: „Den vom Schienenverkehr ausgehenden Lärm bis 2020 im Vergleich zum Jahr 2000 zu halbieren – auch unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrssteigerung!

Abschnittsweise stehen im weiteren Streckenverlauf Richtung Lübeck voraussichtlich und vorbehaltlich der Ergebnisse der technischen Prüfung und gesetzlichen Verfahren folgende Schritte an und dazu werden verschiedene Maßnahmen angewandt, wie „klassischer“ Schallschutz (z.B. Lärmschutzwände (auch evtl. als Gabionen) oder Schallschutzfenster), Ausrüstung von Güterwagen mit „Flüsterbremse“ und Entwicklung und Erprobung innovativer Maßnahmen an Fahrweg und Fahrzeugen (z.B. niedrige Schallschutzwände).

Auf Basis der Förderrichtlinie Lärmsanierung Schiene besteht die Möglichkeit, Lärmsanierungsmaßnahmen an der Strecke 1120 zwischen Hamburg und Lübeck umzusetzen

Nach Abschluss der schalltechnischen Untersuchungen prüft die DB AG entlang der Strecke in unterschiedlichen Abschnitten in welchem Umfang Lärmsanierung erforderlich ist und ob die Maßnahmen technisch umgesetzt werden können

Auf der „Hamburger Seite“ der Strecke ist mit der Umsetzung bereits begonnen worden (z.B. Rahlstedt)

Abschnittsweise stehen im weiteren Streckenverlauf Richtung Lübeck voraussichtlich folgende Schritte an:

- Zwischen 3. Quartal 2011 und 1. Quartal 2012 Start technischer Entwurfsplanung
- Zwischen 3. und 4. Quartal 2012 Einleitung Baurechtsverfahren
- Voraussichtlich ab 1. Quartal 2013 Vergabe der Bauleistungen
- Voraussichtlich zw. 3. Quartal 2013 und 2. Quartal 2014 Baubeginn!"

Regina Poersch, MdL, Wirtschafts- und Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion:

„SPD als Moderator: Wir sagen ja zum Projekt, aber erwarten, dass die Risiken begrenzt werden. Wir nehmen die Interessen der Betroffenen auf und bringen sie in den Planungsprozess ein. Der Bund ist uns gegenüber in der Pflicht!“

Malte Siegert als Vertreter des NABU und des Bündnisses gegen die Fehmarnbeltquerung war aus grundsätzlichen und ökologischen Gründen, speziell auch für Ost-Holstein, gegen das Projekt!

Landrat Klaus Plöger: „Chancen nutzen, Risiken minimieren. So, wie Stormarn das immer macht.“ Außerdem rang er Ute Plambeck von der DB-AG die Zusage ab, über den Schienenpersonennahverkehr zu einer separaten Veranstaltung nach Stormarn zu kommen.

Chancen nutzen und Risiken minimieren - Das war das Résumé für den Kreis Stormarn. Wir wollen sichere, dauerhafte und gute Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger mit guter



Infrastruktur sowie eine Stärkung der Wirtschaft zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen für eine gute nachbarschaftliche Zukunft mit Skandinavien und möglichst geringen Belastungen durch Verkehr und Lärm unterstützen!

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 14:02 Uhr - 149200 Clicks - Nr. 161

## **„Europa muss sich dem Schmallenberg-Virus entschlossen entgegen stellen“**

### **Betroffene Betriebe dürfen nicht im Stich gelassen werden**

Europa darf die vom Schmallenberg-Virus betroffenen Betriebe nicht im Stich lassen. Das machten die Abgeordneten in einer Debatte des Europäischen Parlaments (EP) am Donnerstag in Straßburg fraktionsübergreifend deutlich.

Für die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im EP, Ulrike Rodust, ist das ein wichtiges Zeichen in Richtung der betroffenen Tierhalter: „Wir konnten zeigen, dass wir das Thema ernst nehmen; die Landwirte zählen auf uns – und auf die Kommission die jetzt durch entschlossenes Handeln beweisen muss, dass sie sich einer weiteren Verbreitung des Virus in Europa entgegen stellen will.“

Von dem Schmallenberg-Virus sind in Deutschland inzwischen mehr als 900 Betriebe betroffen, allein in Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Betriebe, deren Tiere mit dem Virus infiziert sind, in der vergangenen Woche von 106 in der Vorwoche auf 116. Nach Ansicht von Rodust geht das Problem inzwischen über die Zuständigkeit der betroffenen Mitgliedsstaaten hinaus: „Diese sich weiter verschärfende Situation erfordert auf europäischer Ebene koordinierte Antworten, etwa was die Suche nach dem dringend benötigten Impfstoff angeht.“ Hieran mit Hochdruck zu arbeiten ist nach Rodusts Ansicht auch eine ethische Verpflichtung, schließlich bedeute die Infektion mit dem Schmallenberg-Virus für die erkrankten Tiere erhebliche Qualen.

Außerdem müsse geprüft werden, welche Möglichkeiten auf europäischer Ebene bestünden, den Betrieben zu helfen, die durch missgebildete oder tot geborene Jungtiere große finanzielle Verluste erlitten haben und teilweise durch das Schmallenberg-Virus in ihrer Existenz bedroht seien. „Selbst nicht direkt von dem Virus betroffenen Betrieben drohen Einbußen infolge der inzwischen schon von zehn Drittstaaten verhängten oder geplanten Handelsbeschränkungen – Europa muss also dringend handeln“, so Rodust abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 15:53 Uhr - 28787 Clicks - Nr. 162

## **„Ziemlich dumpf“**

NDR-Satiremagazin „Extra3“ verlost JU-Bierdeckel auf Homepage. Jusos Steinburg verurteilen Partyreihe der CDU-Nachwuchsorganisation.

Wilster/Itzehoe – Eine Veranstaltungsreihe der Jungen Union Steinburg sorgte in den letzten Wochen bereits mehrfach für Erstaunen. Am 2. März feierte die JU die erste Party unter dem Motto „Sexy and JU know it“, aufgrund derer die CDU-Nachwuchspolitiker bereits mehrfach in die Kritik gerieten.

Gründe dafür: Alkoholische Getränke zum Dumping-Tarif sowie Go-Go-Girls, die den großen-teils minderjährigen Gästen im Colosseum Wilster den Schnaps direkt aus der Flasche in den Mund kippten. Außerdem wurde mit dem Versprechen um Mitglieder geworben, dass die 5€ Eintritt denjenigen am Ende des Monats zurückerstattet werden, die an diesem Abend der JU

beitreten.

„Hier wollen wir einmal zeigen, dass Politik auch Spaß machen kann“, so der JU-Kreisvorsitzende Marcel Ulrich gegenüber der „Wilsterschen Zeitung“. Allerdings blieb er die Erklärung schuldig, was eine Disko-Veranstaltung, günstige alkoholische Getränke und leicht bekleidete Frauen mit Politik zu tun haben.

Mittlerweile genießt die Junge Union Steinburg auch über die Kreisgrenzen hinweg eine zweifelhafte Bekanntheit: Das NDR-Satiremagazin Extra3 sendete kürzlich einen Beitrag über die zweite Veranstaltung am vergangenen Freitag im Cheyenne Club Itzehoe. Besonders „angetan“ waren die Satiriker von den Beitrittsformularen der JU, die auf Bierdeckel gedruckt wurden. Ein solcher Bierdeckel wird jetzt in einem Wettbewerb auf der Internetseite des Magazins unter denjenigen verlost, die sich den kreativsten nicht ganz ernst gemeinten Slogan für die Junge Union ausdenken.

„Die Junge Union scheint es eher nötig zu haben.“ Jan Spiering, Kreisvorsitzender der Jusos, kann sich ein Lächeln nicht verkneifen: „Dieser Versuch der Mitgliederwerbung ist schon irgendwie ziemlich dumpf.“ Die Jungen Sozialdemokraten erhielten vom Betreiber des Cheyenne Club Itzehoe ebenfalls das Angebot, eine Party in seiner Diskothek zu veranstalten.

„Das haben wir natürlich abgelehnt. Schließlich sind wir ein politischer Jugendverband und keine Partyagentur“, ergänzt ihn sein Stellvertreter Arne Engelbrecht. „Politik soll Spaß machen. Aber wir wollen durch unsere Arbeit mehr bewirken als einen Kater am nächsten Morgen.“

Sorgen macht den Jusos die Wirkung der JU-Veranstaltungen auf das Gesamtbild der Jugendpolitik im Kreis: „Die politischen Jugendverbände in Steinburg mussten sich in den vergangenen Jahren mehrfach dagegen wehren, dass der Kreisetat für politische Jugendarbeit komplett gestrichen wird“, so die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Gamze Özdemir aus Itzehoe.

„Ein solches Niveau-Limbo gerade jetzt im Wahlkampf ist zudem verheerend, wenn man jungen Menschen klar machen will, warum es wichtig ist zur Wahl zu gehen. Wenn ein Verband wie die JU sich so blamiert, schadet das der jugendpolitischen Arbeit insgesamt.“

Arne Engelbrecht

OV-Vorsitzender der SPD Horst  
Stellvertr. Vorsitzender der Jusos Steinburg

**Keine Kommentare**

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 16:01 Uhr - 11132 Clicks - Nr. 163

## „Ziemlich dumpf.“

**NDR-Satiremagazin „Extra3“ verlost JU-Bierdeckel auf Homepage. Jusos Steinburg verurteilen Partyreihe der CDU-Nachwuchsorganisation.**

*Wilster/Itzehoe* – Eine Veranstaltungsreihe der Jungen Union Steinburg sorgte in den letzten Wochen bereits mehrfach für Erstaunen. Am 2. März feierte die JU die erste Party unter dem Motto „Sexy and JU know it“, aufgrund derer die CDU-Nachwuchspolitiker bereits mehrfach in die Kritik gerieten.

Gründe dafür: Alkoholische Getränke zum Dumping-Tarif sowie Go-Go-Girls, die den Großteils minderjährigen Gästen im Colosseum Wilster den Schnaps direkt aus der Flasche in den Mund kippten. Außerdem wurde mit dem Versprechen um Mitglieder geworben, dass die 5€ Eintritt denjenigen am Ende des Monats zurückerstattet werden, die an diesem Abend der JU beitreten.

„Hier wollen wir einmal zeigen, dass Politik auch Spaß machen kann“, so der JU-Kreisvorsitzende Marcel Ulrich gegenüber der „Wilsterschen Zeitung“. Allerdings blieb er die Erklärung schuldig, was eine Disko-Veranstaltung, günstige alkoholische Getränke und leicht bekleidete Frauen mit Politik zu tun haben.

Mittlerweile genießt die Junge Union Steinburg auch über die Kreisgrenzen hinweg eine zweifelhafte Bekanntheit: Das NDR-Satiremagazin Extra3 sendete kürzlich einen Beitrag über die zweite Veranstaltung am vergangenen Freitag im Cheyenne Club Itzehoe. Besonders „angetan“ waren die Satiriker von den Beitrittsformularen der JU, die auf Bierdeckel gedruckt wurden. Ein solcher Bierdeckel wird jetzt in einem Wettbewerb auf der Internetseite des Magazins unter denjenigen verlost, die sich den kreativsten nicht ganz ernst gemeinten Slogan für die Junge Union ausdenken.

„Die Junge Union scheint es eher nötig zu haben.“ Jan Spiering, Kreisvorsitzender der Jusos, kann sich ein Lächeln nicht verkneifen: „Dieser Versuch der Mitgliederwerbung ist schon irgendwie ziemlich dumpf.“ Die Jungen Sozialdemokraten erhielten vom Betreiber des Cheyenne Club Itzehoe ebenfalls das Angebot, eine Party in seiner Diskothek zu veranstalten.

„Das haben wir natürlich abgelehnt. Schließlich sind wir ein politischer Jugendverband und keine Partyagentur“, ergänzt ihn sein Stellvertreter Arne Engelbrecht. „Politik soll Spaß machen. Aber wir wollen durch unsere Arbeit mehr bewirken als einen Kater am nächsten Morgen.“

Sorgen macht den Jusos die Wirkung der JU-Veranstaltungen auf das Gesamtbild der Jugendpolitik im Kreis: „Die politischen Jugendverbände in Steinburg mussten sich in den vergangenen Jahren mehrfach dagegen wehren, dass der Kreisetat für politische Jugendarbeit komplett gestrichen wird“, so die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Gamze Özdemir aus Itzehoe.

„Ein solches Niveau-Limbo gerade jetzt im Wahlkampf ist zudem verheerend, wenn man jungen Menschen klar machen will, warum es wichtig ist zur Wahl zu gehen. Wenn ein Verband wie die JU sich so blamiert, schadet das der jugendpolitischen Arbeit insgesamt.“

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 19:00 Uhr - 5134 Clicks - Nr. 164

## **Olaf Scholz bei den Gewerkschaftern**

### **Olaf Scholz hält die Hauptrede auf der Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt**

Der stv Vorsitzende der SPD und 1. Bürgermeister der Hansestadt Hamburg hielt die Hauptrede auf der Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz die die Bundespartei anlässlich des Wahlkampfes diesmal in Schleswig-Holstein durchführte. In der "Tribühne" in Norderstedt kamen über 300 Betriebs- und Personalräte zusammen um über das Thema: "Gute Arbeit und gerechte Löhne" zu diskutieren. Olaf Scholz machte deutlich dass gute Arbeit nur mit guten Löhnen vereinbar sei. Mindestlohn und ein Tariftreuegesetz seien auf einer SPD-Agenda fest verankert und die negativen Auswirkungen in der Leiharbeit werde die SPD in Regierungsverantwortung wieder gesetzlich korrigieren.

Foto Helmut Ulbrand

Kommentar von [Norbert Vahl - AfA-Kreisvorsitzender KV-Pinneberg](#) vom 17.03.2012, 18:34 Uhr:

#### **RE: Olaf Scholz bei den Gewerkschaftern**

*Folgende Solidaritätserklärung, wurde auf der SPD-Betriebsräte - und Gewerkschaftskonferenz am 13.03.2012 in Norderstedt einstimmig verabschiedet: Solidaritätserklärung Die Teilnehmer (m/w), der am 13.03.2012 in Norderstedt (Kreis Segeberg – Schleswig-Holstein) unter dem Motto: „GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE“ stattfindenden SPD Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz solidarisieren sich mit den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH. Sie fordern den Arbeitgeber auf unverzüglich Tarifgespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. aufzunehmen, um den tariflosen Zustand zu beenden. Es ist der DRK-Reformtarifvertrag anzuwenden bzw. zu vereinbaren. Die Lohngerechtigkeit muss bei den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH wieder hergestellt werden. Die Rettungsdienstler leisten ihren nicht immer leichten Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sind Tag und Nacht 24 Stunden für ihre Mitmenschen im Einsatz. Tag, Nacht und Wechselschichten stellen physisch und psychisch eine große Belastung dar. Hinzu kommt das menschliche Leid, mit dem jede/r Rettungsassistent/in konfrontiert wird. Es ist unerträglich,*

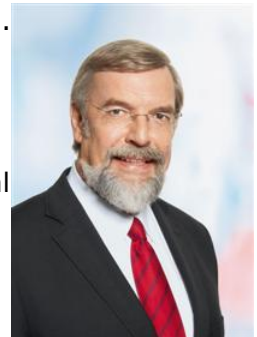
wenn Rettungsdienstmitarbeiter (m/w) bei einer mindestens 48-Stundenwoche teilweise sowenig Geld erhalten, dass sie Hartz IV oder Wohngeld beantragen müssen. Wer mit dem Öffentlichen Rettungsdienst beauftragt ist, muss sich an die Tariftreue halten. Es ist völlig unverständlich, wenn Rettungsdienstorganisationen wie das DRK teilweise Dumpinglöhne zahlen, die dann aus öffentlichen Kassen (Agentur für Arbeit - Sozialamt) aufgestockt werden müssen. Der Öffentliche Rettungsdienst wird von den Kostenträgern (Krankenkassen – Unfallversicherer) refinanziert. Das „Billigmachen“ der eigenen Mitarbeiter ist unsozial und in keiner Weise zu rechtfertigen. Anstatt an die Kostenträger jährlich hohe sechstellige Beträge zurückzuzahlen, sollte sich der Arbeitgeber endlich tariflich binden und gerechte Löhne zahlen. Denn: „Gute Arbeit fordert Gerechte Löhne“

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 20:15 Uhr - 13757 Clicks - Nr. 165

## Schließung von Schlecker-Filialen trifft Kiel!

Sechs Filialen der Firma Schlecker sind in Kiel für die Schließung vorgesehen. Neben den Filialen in der Elisabethstraße in Gaarden, am Exerzierplatz und an der Holstenbrücke, trifft es vor allem den Kieler Norden. Dort sind von der Schließung die Filialen am Amrumring in Suchsdorf, in der Hardenbergstraße und am Ankerplatz in Schilksee betroffen. Das wird viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen treffen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. In der Mehrzahl werden das Frauen sein.

Das ist ein harter Schlag. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen von ver.di und den Schlecker-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter und setzen darauf, dass es gelingt, möglichst viele der Kolleginnen und Kollegen in Kiel wieder in Arbeit zu bringen.



**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.03.2012, 23:30 Uhr - 10584 Clicks - Nr. 166

## Wachwechsel bei der SPD Stormarn

### Martin Habersaat konzentriert sich auf sein Landtagsmandat

Martin Habersaat legt sein Kreistagsmandat nieder und bewirbt sich nicht erneut um den Vorsitz der SPD Stormarn. Der 35jährige Barsbüttler, seit 2009 Mitglied des Landtags, begründet diesen Schritt mit seinen Aufgaben in Kiel: „Seit 2011 bin ich als bildungspolitischer Sprecher Mitglied des Fraktionsvorstands, mit dem Listenplatz 5 bei der anstehenden Landtagswahl sind für mich weitere Termine im ganzen Land hinzugekommen.“

Nachrücker im Kreistag ist der ehemalige Bürgermeister von Bargfeld-Stegen, Christian Rink. Ein neuer Kreisvorstand wird regulär auf einem Kreisparteitag am 2. Juni 2012 in Großhansdorf gewählt. Bisher einzige Bewerberin um den Kreisvorsitz ist die Bargtheiderin Susanne Danhier, die momentan stellvertretende Kreisvorsitzende ist.

Mit der Konzentration auf das Landtagsmandat verbindet Habersaat konkrete Ziele: „Ich möchte mit-helfen, dass wir Regierungsfraktion werden. Und, wie auch immer die Landtagswahl ausgeht, möchte ich langfristige Perspektiven für die Bildungspolitik erarbeiten und mich für ein Schulsystem





einsetzen, das die bestmögliche Entwicklung des einzelnen Kindes im Blick hat. Außerdem gilt es, die Zusammenarbeit mit Hamburg stärken. All das sind Ziele, die wir über Parteigrenzen hinweg angehen müssen.“ Insofern helfe die Erfahrung aus dem Stormarner Kreistag, wo viele Entscheidungen einstimmig fallen und in dem es mit dem „Stormarner Modell“ ein konstruktives Miteinander der Parteien untereinander und mit der Kreisverwaltung gebe.

Reinhard Mendel, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, bedauert den Schritt, kann ihn aber verstehen. „Wenn Stormarn gute Leute nach Kiel schickt, dürfen wir uns nicht beschweren, wenn die Landespartei sie für sich vereinnahmt“, meinte er augenzwinkernd. Mendel kündigte an, mit dem neuen Kreisvorstand die Planungen zur Kommunalwahl 2013 anzugehen. „Die Zusammenarbeit von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion in Stormarn ist sehr konstruktiv. Das wird sie auch bleiben, wenn wir jetzt anfangen, Programm und Personaltableau vorzubereiten.“

## Hintergrund

### Martin Habersaat

Der 35jährige Barsbüttler ist von Beruf Studienrat. Nach seinem Referendariat an der Sachsenwaldschule in Reinbek (2004-2006) ging er in den Hamburger Schuldienst. Er unterrichtete die Fächer Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft). Für die Dauer seines Landtagsmandats ist er als Beamter beurlaubt. Habersaat ist SPD-Kreisvorsitzender seit 2004, von 2002 bis 2004 war er stellvertretender Kreisvorsitzender. Ab 2001 war er bürgerliches Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion, seit 2003 Kreistagsabgeordneter.

### Susanne Danhier

Die Mutter zweier Töchter ist studierte Erziehungswissenschaftlerin und seit 1996 Leiterin einer Erziehungsberatungsstelle in Bad Segeberg, seit 2004 stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Stormarn, seit 2008 Vorsitzende der SPD Bargteheide und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Stadtmarketing in Bargteheide. Sie kandidierte 2009 für den Landtag und wäre aktuell die erste Nachrückerin ihrer Partei. Auch 2012 ist sie die Herausforderin des noch amtierenden Finanzministers, den sie als Wahlkreisabgeordneten für Stormarn-Nord ablösen will. Mit ihr stünde erstmals eine Frau an der Spitze der SPD Stormarn.

### Christian Rink

Der pensionierte Lehrer bildete am Staatlichen Studienseminar und Institut für Lehrerfortbildung Lehrer/innen für ihren Schuldienst aus, insbesondere im Fach Politische Bildung. Er war 1994 - 2008 Bürgermeister der Gemeinde Bargfeld-Stegen und ist seit 2009 bürgerliches Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 16.03.2012, 10:54 Uhr - 7260 Clicks - Nr. 167

## Albig bei den Betriebsräten

### Spitzenkandidat Torsten Albig diskutiert mit Betriebs- und Personalräten

Auf der Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt am 13.3.2012 diskutierten Jens-Uwe Hagenah, Vors. des Euro-Betriebsrates der Draeger AG, Marion Junker, Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Norderstedt und Norbert Vahl, Betriebsratsvorsitzender DRK Segeberg mit Torsten Albig über "Gute Arbeit und gerechte Löhne". Auch die laufende Tarifrunde im öffentlichen Dienst wurde nicht ausgelassen und bei einigen Unterschieden die Notwendigkeit einer anständigen Lohnerhöhung gemeinsam anerkannt. Großen Beifall bekam Torsten Albig für sein konsequentes Eintreten für mehr und bessere Bildungschancen: "Bildung muss eine deutliche Priorität bekommen", so Torsten Albig. Unter den rund 300 Teilnehmern waren auch viele Betriebs- und Personalräte aus anderen Bundesländern, so aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Berlin und sogar aus Hessen. "Ein gelungener Auftakt für den Wahlkampf aus Arbeitnehmersicht", waren sich die AfA Landesvorstandsmitglieder aus Schleswig-Holstein einig.

Foto Helmut Ulbrand

Kommentar von [Norbert Vahl - AfA-Kreisvorsitzender KV-Pinneberg](#) vom 16.03.2012, 18:21 Uhr:

### **RE: Albig bei den Betriebsräten**

*Folgende Solidaritätserklärung, wurde auf der SPD-Betriebsräte - und Gewerkschaftskonferenz am 13.03.2012 in Norderstedt e i n s t i m m i g verabschiedet: Solidaritätserklärung Die Teilnehmer (m/w), der am 13.03.2012 in Norderstedt (Kreis Segeberg – Schleswig-Holstein) unter dem Motto: „GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE“ stattfindenden SPD Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz solidarisieren sich mit den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH. Sie fordern den Arbeitgeber auf unverzüglich Tarifgespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. aufzunehmen, um den tariflosen Zustand zu beenden. Es ist der DRK-Reformtarifvertrag anzuwenden bzw. zu vereinbaren. Die Lohngerechtigkeit muss bei den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH wieder hergestellt werden. Die Rettungsdienstler leisten ihren nicht immer leichten Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sind Tag und Nacht 24 Stunden für ihre Mitmenschen im Einsatz. Tag, Nacht und Wechselschichten stellen physisch und psychisch eine große Belastung dar. Hinzu kommt das menschliche Leid, mit dem jede/r Rettungsassistent/in konfrontiert wird. Es ist unerträglich, wenn Rettungsdienstmitarbeiter (m/w) bei einer mindestens 48-Stundenwoche teilweise sowenig Geld erhalten, dass sie Hartz IV oder Wohngeld beantragen müssen. Wer mit dem Öffentlichen Rettungsdienst beauftragt ist, muss sich an die Tariftreue halten. Es ist völlig unverständlich, wenn Rettungsdienstorganisationen wie das DRK teilweise Dumpinglöhne zahlen, die dann aus öffentlichen Kassen (Agentur für Arbeit - Sozialamt) aufgestockt werden müssen. Der Öffentliche Rettungsdienst wird von den Kostenträgern (Krankenkassen – Unfallversicherer) refinanziert. Das „Billigmachen“ der eigenen Mitarbeiter ist unsozial und in keiner Weise zu rechtfertigen. Anstatt an die Kostenträger jährlich hohe sechsstellige Beträge zurückzuzahlen, sollte sich der Arbeitgeber endlich tariflich binden und gerechte Löhne zahlen. Denn: „Gute Arbeit fordert Gerechte Löhne“*

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.03.2012, 12:46 Uhr - 10993 Clicks - Nr. 168

## **Hat Stormarn zu viel Geld?**

### **Reinhard Mendel - Kolumne für das Stormarner Tageblatt**

Kürzlich war zu lesen, dass das Haushaltsergebnis des Kreises für 2011 um einige Millionen Euro besser sei als im Haushalt für 2011 eingeplant war. Schon waren die ersten Stimmen zu hören, die dem Kreis eine schlechte Planung vorwarfen oder gar absichtliches Schlechtrechnen, um die Kreisumlage nicht weiter senken zu müssen.

Noch populistischer und unbedarfter waren diejenigen, die schon meinten zu wissen, für welche zusätzlichen Ausgaben die Mehreinnahmen verwendet werden müssten. Richtig ist, dass wir im Kreishaushalt 2011 eine solche unerwartete Verbesserung haben. Richtig ist aber auch, dass dies in anderen Kreisen ebenso der Fall ist. Im Kreis Pinneberg beträgt die Verbesserung beispielsweise mehr als das Doppelte des ohnehin schon erfreulichen Millionenbetrages in Stormarn. Es ist kaum anzunehmen, dass die Kreisverwaltungen und Kreistage in Schleswig-Holstein sich verabredet haben, alle ihre Haushaltsplanungen schlecht zu rechnen oder dass alle dieselben Fehler bei der Haushaltsplanung gemacht haben. Diese Verbesserung war für uns wie auch für die anderen Kreise unerwartet.

Jetzt wird zunächst geprüft, woraus die Verbesserung resultiert. War es ein Einmaleffekt aufgrund der guten Konjunktur eines Jahres? Oder ist eine dauerhafte und strukturelle Verbesserung des Haushalts zu erwarten? Hat der Innenminister des Landes in seinem Haushaltserlass, mit dem den Kreisen die Parameter für die Steuereinnahmen in den Haushaltsplänen vorgegeben werden, falsche Daten zugrunde gelegt? Oder handelt es sich, wie bereits einmal vor 3 Jahren, nur um eine Verschiebung bei der Abrechnung mit dem Land, die zu einer entsprechenden Verschlechterung in den nächsten 2 Jahren führen würde?

Wer jetzt schon die Mehreinnahmen ausgeben will, ohne die Antworten auf diese Fragen zu kennen, handelt unverantwortlich und populistisch. Eine weitere Senkung der Kreisumlage oder zusätzliche Leistungen im Bereich Jugend, Bildung und Soziales, dies alles ist ebenso

wünschenswert wie eine weitere Verringerung der Schuldenlast des Kreises. Aber so verantwortlich, wie der Kreistag bei der Aufstellung des zuletzt gemeinsam beschlossenen Haushalts gehandelt hat, so verantwortlich wird er nun auch prüfen, worauf die Verbesserung beruht, und beraten, wofür die Mehreinnahmen letztlich verwendet werden.

Die Kommunen können sicher sein, dass – wie bisher auch – die Kreisumlage nur in angemessener Höhe erhoben wird, und das kann bei einer Verbesserung des Kreishaushaltes auch zu einer weiteren Senkung führen. Ebenso sicher ist aber auch, dass dann, wenn der Kreishaushalt dies zulässt, die SPD-Fraktion sich für eine Erhöhung der Mittel für Bildung, Jugend und Soziales einsetzen wird, wie auch für einen weiteren Schuldenabbau. Ob Förderung der Kindertagesstätten, Schulen oder Jugendarbeit, wenn wir das Geld dafür haben, soll es auch dort investiert werden, wo es gebraucht wird und wo wir diese Investitionen in die Zukunft doppelt und dreifach wieder zurück bekommen.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 17.03.2012, 14:01 Uhr - 6969 Clicks - Nr. 169

## **Die richtige Weichenstellung!**

SPD-Politiker freuen sich über verbessertes Bahnangebot.

„Das ist endlich ein substanzieller Schritt hin zu einer angemessenen Bahnversorgung der Region Uetersen-Tornesch-Moorrege!“ So bewerteten der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann und die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies die jetzt bekannt gegebene Einführung verbesserter Verbindungen ab 2014.

„Damit macht sich der gemeinsame Einsatz der örtlichen Kommunalpolitik über die Parteigrenzen hinweg jetzt richtig bezahlt“, freuen sich die beiden Politiker. Sie richten außerdem ein deutliches Lob nach Kiel. „Die LVS hat hier ein sehr erfolgreiches Ausschreibungsverfahren organisiert und damit dafür gesorgt, dass die finanziellen Möglichkeiten für die Aufstockung des Angebots überhaupt da waren“, betont Rossmann. „Wobei durchaus fraglich ist, dass diese Mittel ohne das Engagement vor Ort auch für die neuen Verbindungen eingesetzt worden wären.“

Ab 2014 sollen die Regionalverkehrszüge zwischen Elmshorn und Hamburg im halbstündigen Rhythmus verkehren und dabei im Wechsel Altona und den Hauptbahnhof anlaufen. „Das ist für Pendler aus den Kreisen Pinneberg und Steinburg eine echte Verbesserung“, so Rossmann und Raudies.

Für die beiden Sozialdemokraten ist der Halt von Regionalexpresszügen in Tornesch damit aber noch nicht vom Tisch. „Nach unserer Auffassung wäre das sinnvoll und möglich. Für uns bleibt die Frage deshalb weiter aktuell“, betonen die Politiker.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.03.2012, 21:38 Uhr - 8478 Clicks - Nr. 170

## **Entfernt Amerika sich von Deutschland?**

### **Hans-Ulrich Klose im Waldhaus Reinbek**

Aus nachbarschaftlicher Solidarität sei er nach Reinbek gekommen, und weil Außenpolitik nun einmal sein Steckenpferd sei. Das verriet der Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose, der im Waldhaus Reinbek über das Thema „Deutschland und Amerika“ sprach. Damit erfüllten sich ziemlich genau die beiden Ziele, die Martin Habersaat mit dieser Einladung verbunden hatte.

Einerseits ist Habersaat in der SPD-Landtagsfraktion unter anderem zuständig für die Zusammenarbeit mit Hamburg, da passt der Besuch eines ehemaligen Hamburger Bürgermeisters gut ins Bild. Andererseits geht es ihm aber auch darum, immer wieder über den Tellerrand hinauszuschauen. Und Klose begann seinen kenntnisreichen Vortrag gleich mit einer spannenden These: „Amerika entwickelt sich von Europa weg.“

„Die westlichen Werte“ gebe nicht, erklärte Klose eingangs, und machte Unterschiede zu den USA an zwei Beispielen deutlich. So sei die Todesstrafe in vielen der vereinigten Staaten noch nicht abgeschafft, weil nicht Resozialisierung, sondern Vergeltung das Ziel der Bestrafung sei. Und auch wenn man sich durchaus um den Nächsten kümmere, gebe es in den USA eine Abneigung gegen staatlich verordnete Solidarität. Eine Grundhaltung, die dafür Sorge, das Barack Obama seinen Versuch, das Gesundheitssystem zu verbessern, mit dem Vorwurf bezahlen musste, er sei Sozialist oder Schlimmeres.



Klose ging ausführlich auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen ein. Der Lobbyist Grover Norquist habe den meisten konservativen Kandidaten und Abgeordneten einen Eid abgenommen, in jedem Falle gegen Steuererhöhungen zu stimmen - es sei denn, die Steuern würden an anderer Stelle in gleichem Umfang gesenkt. Von solchen Vorstellungen, die in möglichst wenig Staat das Heil sehen, war es nicht weit zur Tea-Party-Bewegung, die neben diesem Kerngedanken vor allem auf starren Moralvorstellungen fußt. Einen Teil der Kraft dieser Bewegung führte Klose auf den Umstand zurück, dass die Schicht der „weißen Protestanten“ in den USA dieser Tage in die Minderheit gerate, was zu Verunsicherung und politischer Radikalisierung führe.

In der Außenpolitik hat sich der Interessenschwerpunkt der USA vom Atlantik auf den Pazifik verlagert. Barack Obama sei, auch aufgrund seiner Biografie, ein „pazifischer Präsident.“ Und eine der spannenden Fragen der Zukunft lautet, wie die USA und China künftig miteinander klarkommen. Vor diesem Hintergrund empfahl Klose, den europäischen Gedanken im Interesse der Selbstbehauptung aufrecht zu erhalten. Die Zwecke Wiederaufbau und Friedenssicherung habe Europa erfüllt, nun gehe es darum, in der neuen Weltordnung eine Rolle zu spielen. Mit Blick auf die aktuellen Diskussionen um Griechenland mahnte der erfahrene Außenpolitiker: „Wenn wir das europäische Projekt jetzt aufgeben, kriegen wir es nie wieder hin.“

Zum Ende seiner Ausführungen und einer lebhaften Diskussion mit dem Publikum, in der es auch um die Lage im Nahen Osten und das Verhältnis der USA und Deutschlands zu Israel ging, erklärte Klose auch, in welchen Bereichen Deutschland als Vorbild dienen kann: So sei die betriebliche Mitbestimmung ein Erfolgsmodell, weil die Arbeitnehmer auf diesem Weg Verantwortung für „ihr“ Unternehmen übernehmen. Außerdem lobte er den vergleichsweise hohen Anteil der Produktion an der Wertschöpfung in Deutschland. Gerade die krisenhaften letzten Jahre hätten gezeigt, dass Geld nun einmal nicht die beste Quelle für weiteres Geld sei.

Es lohnte sich, dass Hans-Ulrich Klose einen Tag vor der Wahl des Bundespräsidenten extra aus Berlin angereist war. Nach knapp zwei Stunden waren die Teilnehmer des Nachmittags im Waldhaus Reinbek um viele Denkanstöße reicher. Martin Habersaat freute sich über den erfolgreichen Blick über den Tellerrand. „Hans-Ulrich Klose und mich trennen 40 Jahre. Er ist eine politische Persönlichkeit, von der jüngere Generationen viel lernen können.“

**Keine Kommentare**

## Glinde - buntes Beispiel

Unter dem Motto „Glinde ist bunt“ demonstrierten abermals mehrere hundert Menschen gegen einen rechten Bekleidungsladen am Glinder Berg. Im Rahmen einer kleinen Kundgebung durfte für die SPD der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat sprechen. Er wünschte sich, dass das Engagement der Glinder für eine bunte Gesellschaft anhält, wenn der Laden eines Tages geschlossen werde. „Ich rechne nicht damit, dass wir noch einmal im Winter zur Mahnwache hier antreten müssen“, sagte er.

In der Folge unternahm er eine kleine Exkursion in die Glinder Geschichte.

So war Glinde in den 1970er-Jahren Standort des zweiten Ausländerparlaments in der Geschichte der Bundesrepublik. In den Räumen der Alten Schule, wo heute das Mühlencenter steht, tagten die Glinderinnen und Glinder, die meist als Gastarbeiter nach Norddeutschland gekommen waren, um ihre Interessen zu artikulieren. Neben diesem Beispiel erinnerte Habersaat auch an den Fall des Kirchenasyls einer mazedonischen Roma-Familie 20 Jahre später. Die St. Johannes-Gemeinde Glinde erfuhr damals viel Unterstützung aus der Bevölkerung, es gab Solidaritätsaktionen auf dem Markt.



Auch ein Geschenk hatte der Abgeordnete dabei: Er überreichte Glinde's Bürgermeister Rainhard Zug und Johannes Ratzek von der Bürgerinitiative drei Exemplare der Schilder, die in der Landeshauptstadt Kiel in den vergangenen Tagen an öffentlichen Gebäuden angebracht wurden. Darauf steht zu lesen: „Kein Ort für Neonazis“. Die Schilder seien ein Symbol, Taten müssten folgen, befand Habersaat.

Foto: Ratzek, Zug, Habersaat

**Keine Kommentare**

## AfA startet den Wahlkampf

### **AfA-SH startet mit der Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt die aktive Wahlkampfphase**

Am 13.3. in Norderstedt startete die Schleswig-Holsteiner AfA mit der Gewerkschaftskonferenz die aktive Wahlkampfphase. "Wir wollen durch ein Tariftreuegesetz und das "alte" Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein wieder zum führenden Arbeitnehmerland machen" so die einhellige Auffassung des SPD Spitzenkandidaten Torsten Albig, dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner, dem DGB Nord Vorsitzenden Uwe Polkaehn und Wolfgang Mädels AfA Landesvorsitzender. Im Wahlkampf soll auch mit den Themen: Leiharbeit und Befristungen durch Bundesratsinitiativen wieder zu begrenzen gepunktet werden. Die nächste landesweite AfA Veranstaltung wird am 31.3. in Bad Oldesloe stattfinden.

auf dem Foto von links: Ralf Stegner, Torsten Albig, Wolfgang Mädels, Uwe Polkaehn

Foto: Helmut Ulbrand

Kommentar von [Norbert Vahl - AfA-Kreisvorsitzender KV-Pinneberg](#) vom 19.03.2012, 09:55 Uhr:

### **RE: AfA startet den Wahlkampf**

*Folgende Solidaritätserklärung, wurde auf der SPD-Betriebsräte - und Gewerkschaftskonferenz*

*am 13.03.2012 in Norderstedt einstimmig verabschiedet: Solidaritätserklärung Die Teilnehmer (m/w), der am 13.03.2012 in Norderstedt (Kreis Segeberg – Schleswig-Holstein) unter dem Motto: „GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE“ stattfindenden SPD Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz solidarisieren sich mit den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH. Sie fordern den Arbeitgeber auf unverzüglich Tarifgespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. aufzunehmen, um den tariflosen Zustand zu beenden. Es ist der DRK-Reformtarifvertrag anzuwenden bzw. zu vereinbaren. Die Lohngerechtigkeit muss bei den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH wieder hergestellt werden. Die Rettungsdienstler leisten ihren nicht immer leichten Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sind Tag und Nacht 24 Stunden für ihre Mitmenschen im Einsatz. Tag, Nacht und Wechselschichten stellen physisch und psychisch eine große Belastung dar. Hinzu kommt das menschliche Leid, mit dem jede/r Rettungsassistent/in konfrontiert wird. Es ist unerträglich, wenn Rettungsdienstmitarbeiter (m/w) bei einer mindestens 48-Stundenwoche teilweise so wenig Geld erhalten, dass sie Hartz IV oder Wohngeld beantragen müssen. Wer mit dem Öffentlichen Rettungsdienst beauftragt ist, muss sich an die Tariftreue halten. Es ist völlig unverständlich, wenn Rettungsdienstorganisationen wie das DRK teilweise Dumpinglöhne zahlen, die dann aus öffentlichen Kassen (Agentur für Arbeit - Sozialamt) aufgestockt werden müssen. Der Öffentliche Rettungsdienst wird von den Kostenträgern (Krankenkassen – Unfallversicherer) refinanziert. Das „Billigmachen“ der eigenen Mitarbeiter ist unsozial und in keiner Weise zu rechtfertigen. Anstatt an die Kostenträger jährlich hohe sechsstelligen Beträge zurückzuzahlen, sollte sich der Arbeitgeber endlich tariflich binden und gerechte Löhne zahlen. Denn: „Gute Arbeit fordert Gerechte Löhne“*

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 19.03.2012, 11:25 Uhr - 5964 Clicks - Nr. 173

## **Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt verabschiedet einstimmig**

Auf Initiative des Pinneberger AfA Kreisvorsitzenden Norbert Vahl wurde folgende Solidaritätserklärung einstimmig verabschiedet

„GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE“

stattfindenden SPD Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz solidarisieren sich mit den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH. Sie fordern den Arbeitgeber auf unverzüglich Tarifgespräche mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. aufzunehmen, um den tariflosen Zustand zu beenden. Es ist der DRK-Reformtarifvertrag anzuwenden bzw. zu vereinbaren.

Die Lohngerechtigkeit muss bei den Kolleginnen und Kollegen der DRK-Rettungsdienst Segeberg gGmbH wieder hergestellt werden.

Die Rettungsdienstler leisten ihren nicht immer leichten Dienst für unsere Gesellschaft. Sie sind Tag und Nacht 24 Stunden für ihre Mitmenschen im Einsatz. Tag, Nacht und Wechselschichten stellen physisch und psychisch eine große Belastung dar. Hinzu kommt das menschliche Leid, mit dem jede/r Rettungsassistent/in konfrontiert wird.

Es ist unerträglich, wenn Rettungsdienstmitarbeiter (m/w) bei einer mindestens 48-Stundenwoche teilweise so wenig Geld erhalten, dass sie Hartz IV oder Wohngeld beantragen müssen. Wer mit dem Öffentlichen Rettungsdienst beauftragt ist, muss sich an die Tariftreue halten. Es ist völlig unverständlich, wenn Rettungsdienstorganisationen wie das DRK teilweise Dumpinglöhne zahlen, die dann aus öffentlichen Kassen (Agentur für Arbeit - Sozialamt) aufgestockt werden müssen. Der Öffentliche Rettungsdienst wird von den Kostenträgern (Krankenkassen – Unfallversicherer) refinanziert. Das „Billigmachen“ der eigenen Mitarbeiter ist unsozial und in keiner Weise zu rechtfertigen. Anstatt an die Kostenträger jährlich hohe sechsstelligen Beträge zurückzuzahlen, sollte sich der Arbeitgeber endlich tariflich binden und gerechte Löhne zahlen. Denn:

„Gute Arbeit fordert Gerechte Löhne“

Kommentar von [Franz Molnar](#) vom 19.03.2012, 18:36 Uhr:

**RE: Betriebsräte und Gewerkschaftskonferenz in Norderstedt v**

*Eigentlich kann es nicht sein das seit Jahrzehnten eine "Dienstleistungswüste" beklagt wird und gleichzeitig gerade solche Leistungen als gesellschaftspolitisch Geringfügig deklariert wird ! Wenn unsere Bewertung von Dienstleistung etwas über unsere soziale Kompetenz aussagt dann haben wir als Gesellschaft ein ernsthaftes Problem !*

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 19.03.2012, 11:48 Uhr - 148551 Clicks - Nr. 174

## **"Rückwurfverbot muss kommen!"**

### **Frankreich und Spanien versuchen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik auszuhebeln / Berichterstatterin im Parlament hält dagegen**

Bis zu 1,7 Millionen Tonnen an Beifängen werden derzeit meist tot wieder über Bord geworfen. Diese Praxis soll bald ein Ende finden. Denn das Rückwurfverbot gilt bisher als wichtiger Bestandteil der anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik in Europa (GFP).

Angesichts der von Spanien und Frankreich initiierten und vorab an die Öffentlichkeit gelangten Erklärung mehrerer Mitgliedsstaaten, die sich gegen das Rückwurfverbot richtet, blickt die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST allerdings mit großer Sorge auf die Tagung des Landwirtschafts- und Fischereirats, die ab Montag in Brüssel stattfindet. „Sollte sich hier eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für ein 'weiter so' aussprechen, würde dies den laufenden Reformprozess weit von dem Ziel einer nachhaltigeren Fischereipolitik abbringen“, betonte Ulrike RODUST.

EU-Kommission und Europäisches Parlament sähen in der Einführung eines intelligent ausgestalteten Rückwurfverbots zu Recht einen der zentralen Punkte der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, erläuterte die sozialdemokratische Sprecherin im Fischereiausschuss Ulrike RODUST, die als Berichterstatterin zur so genannten Grundverordnung Ansprechpartnerin seitens des Parlamentes für die anstehende Reform ist.

„Es ist höchste Zeit, dass wir der skandalösen Verschwendung von essbarem Fisch ein Ende bereiten“, so Ulrike RODUST. „Als Berichterstatterin setze ich mich dafür ein, das Rückwurfverbot so auszugestalten, dass es für unsere Fischer umsetzbar ist. Es ist bedauerlich, dass manche Regierungen lieber blockieren als reformieren.“ Die Erfahrungen, beispielsweise in Norwegen, hätten gezeigt, dass die Einführung eines Rückwurfverbots zu einem Entwicklungsschub für selektive Fangtechniken und vorausschauendes Fangverhalten sorge.

Die SPD-Fischereiexpertin hofft jetzt, dass die geplante Erklärung im Rat keine Mehrheit findet. „Das Europäische Parlament ist erstmals gleichberechtigt mit dem Ministerrat an der neuen Gesetzgebung für die europäische Fischereipolitik beteiligt und wird verhindern, dass sich am Ende des Reformprozesses die Gegner einer nachhaltigen Fischereipolitik durchsetzen“, so Ulrike RODUST abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 19.03.2012, 16:50 Uhr - 3721 Clicks - Nr. 175

## **Aus der Gemeinde Blekendorf**

### **Sitzung der Gemeindevertretung vom 13. März 2012**

Entschuldigt fehlten Timm Paustian (CDU) und Holger Schöning (SPD). Während der öffentliche Teil der Sitzung mit einstimmigen Beschlüssen recht zügig abgewickelt werden konnte, zog sich der nichtöffentliche mit kontroversen Debatten bis 21.50 Uhr hin.

Zunächst wurden die über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2011 vom

Finanzausschussvorsitzenden Erhard Lühr (SPD) erläutert, die dann von der Vertretung genehmigt wurden. Ebenso wurde dann bei der Jahresrechnung 2011 verfahren. Die maßgeblichen Zahlen haben wir in unserer letzten Ausgabe bereits veröffentlicht.

Zwei bisher nicht im Grundbuch enthaltene Grundstücke (in den Gemarkungen Nessendorf und Rathlau) sollen nunmehr mit der Gemeinde Blekendorf als Eigentümer eingetragen werden. Eine Reihe von Straßen und Wegen werden nunmehr auch der Öffentlichkeit gewidmet, nachdem die Gemeinde erst in den letzten Jahren Eigentümerin geworden ist (es handelt sich auch hier vorwiegend um Flächen aus dem früheren Gut Kletkamp).



Aus der Gemeinde  
**Blekendorf**

Auch über die geplante Erweiterung der Öffnungszeiten in der Betreuten Grundschule und im Kindergarten hatten wir bereits berichtet. Grundsätzlich soll die Öffnungszeit von 14 auf 16 Uhr ausgeweitet werden. Die Modalitäten sollen in einer extra einzuberufenden Schulausschusssitzung festgelegt werden. Die Gebühren für die Eltern sollen sich an den Umlandschulen orientieren.

Im Kindergarten müssen dann eine Küche und ein Ruheraum geschaffen werden. Zur baulichen Verwirklichung könnte der Klassenraum der ersten Klasse im Verhältnis 60:40 geteilt werden. Der an den Kindergarten angrenzende Teil würde Ruheraum, der andere wäre für die Einnahme des warmen Mittagessens vorgesehen. Die Küchenzeile könnte auf dem Flur entstehen. Auch hierfür sollen die Kosten ermittelt und die Voraussetzungen mit Gesundheitsamt und Lebensmittelaufsicht geklärt werden. Auch das soll zur nächsten Sitzung vorliegen.

Der Empfehlung des Amtes wird gefolgt, indem bis zum 1.8.2013 laut den gesetzlichen Vorgaben drei neue Kindertagespflegestellen geschaffen werden sollen.

Nichtöffentlich wurde dann über Grundstücks-, Bauangelegenheiten und den Konzessionsvertrag für die Strandkorbvermietung beraten. Letzterer wurde nach längerer Diskussion mit einigen Änderungen beschlossen. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob der mögliche Pächter trotz der Streichung der meisten seiner Wünsche unterschreiben wird.

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 17:46 Uhr - 8160 Clicks - Nr. 176

## **Podiumsdiskussionen zum Thema Bildung**

Zum Thema „Bildung“ hat der Landtagskandidat Ralf Wrobel in den vergangenen Tagen an Podiumsdiskussionen mit Schülerinnen und Schülern der Oberstufe des Bernstorff-Gymnasiums in Satrup und im Klaus-Harms-Gymnasium in Kappeln teilgenommen.

Zusammen mit Vertretern der übrigen Parteien des Wahlkreises Schleswig Nord (Wahlkreis 5) hat Ralf Wrobel sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler gestellt.

Neben der Umweltpolitik stand vor allem die aktuelle und zukünftige Bildungspolitik in unserem Land zur Diskussion. Ralf Wrobel war positiv überrascht, wie engagiert Publikum und Podium über beide Themen diskutiert haben. Gerade in Satrup sind G8 und Y-Modell brennende Themen, aber auch Lehrerausbildung und Finanzierung von Bildung flossen in die Diskussion ein.



Ralf Wrobel zum Verlauf der Diskussionen: „Ich



danke allen Beteiligten für die Veranstaltungen und hoffe, dass sich auch weiterhin so viele junge Menschen für Politik und gute Bildung interessieren.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 21:38 Uhr - 22512 Clicks - Nr. 177

## **SPD-Kreistagsfraktion vor Ort im BBZ RD-ECK am 16.03.2012**

Mit ihrem Fraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Dr. Kai Dolgner und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix informierte sich die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde vor Ort im Berufsbildungszentrum Eckernförde über das umfangreiche Angebot, die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung des Berufsbildungszentrums Rendsburg-Eckernförde mit über 3000 Schülern in Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsoberschule und beruflichem Gymnasium.

In den Gesprächen mit der Schulleitung, dem Personalrat und der Schülervertretung wurden insbesondere die Probleme deutlich, die durch die Tätigkeit des BBZ an verschiedenen Standorten in Rendsburg und Eckernförde verursacht sind. Das Pendeln der Lehrkräfte und die damit verbundenen Fahrzeiten zwischen den verschiedenen Standorten führen zu einer zusätzlichen Belastung der Lehrer, die in der personellen Ausstattung des BBZ nicht ausgeglichen ist. Auch im Verwaltungsbereich, in der Arbeit des Personalrats und der Schülervertretung entsteht hierdurch erheblicher zusätzlicher Aufwand und Koordinationsbedarf.

Bei einem Rundgang durch die Räume des BBZ in der Fischerkoppel in Eckernförde wurde die knappe Raumsituation für die Besucher erkennbar. Alle Räume sind zu 100 Prozent ausgelastet. Selbst die Aula wird für Unterrichtszwecke genutzt und ist für größere schulische Veranstaltungen nicht ausreichend.

Zum Abschluss eines sehr informativen Vormittags stellte die Schulleitung den Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion noch ihre Vorstellungen zum künftigen Budget für das BBZ vor. Für die Zukunft wurde ein intensiverer Informationsaustausch zwischen dem BBZ und der SPD-Kreistagsfraktion vereinbart.

Gerhard Gehringer  
stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 21:42 Uhr - 21681 Clicks - Nr. 178

## **Griechenland ist nicht überall!**

Zu den Vorwürfen der Jungen Union erklärt der Landtagsabgeordnete und SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Dr. Kai Dolgner:

Nun hat auch die Junge Union den Griechenlandvergleich als Allzweckwaffe in der politischen Diskussion zur Begründung gebrochener Wahlversprechen entdeckt.

Bevor man anderen Ahnungslosigkeit vorwirft, sollte man selbst einen Blick in den Kreishaushalt wagen. 2012 wird die Verschuldung des Kreises um 2,4 Mio. Euro reduziert, neue Kredite werden gar nicht aufgenommen. Gerechnet auf den Gesamthaushalt sind in Griechenland die Schulden 40mal höher als im Kreis.

Die Union im Kreis wird sich also ein neues Argument suchen müssen, warum sie ihr noch in

der Kommunalwahl 2008 und Landtagswahl 2009 gegebenes Versprechen, die Elternbeteiligung nicht wieder einzuführen gebrochen hat. Als dieses Versprechen abgegeben wurde, war die Finanzlage des Kreises übrigens deutlich schlechter. Damit auch die Junge Union das alles nachvollziehen kann, spendieren wir ihr gerne eine Haushaltssatzung 2012.

Dr. Kai Dolgner, MdL  
Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 21:51 Uhr - 7577 Clicks - Nr. 179

## Diskussion zur Bildungspolitik

Beate Raudies lädt zur Diskussion ein.

Für den 29.3. hat die Landtagskandidatin Beate Raudies Martin Habersaat (MdL), bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zu einer Diskussion um die Grundsätze zur Bildungspolitik des Landtagswahlprogramms eingeladen.

Martin Habersaat und Beate Raudies stehen anschließend zur Diskussion bereit.

Veranstaltungsbeginn ist um 20 Uhr.

Die Veranstaltung findet in der  
Gaststätte "Im Winkel",  
Langenmoor 41,  
in Elmshorn statt.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

"Gute Bildung - gute Chancen"

"Gute Bildung - gute Chancen"

Am 29.03.2012 um 20:00 Uhr

Referent:  Martin Habersaat, MdL, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Mit:  Beate Raudies, Kandidatin für den Wahlkreis Elmshorn (22)

Restaurant "Im Winkel"  
Langenmoor 41, 25335 Elmshorn

Referat zur sozialdemokratischen Bildungspolitik mit anschließender Diskussion, u.a. zur Ganztagschule und zu weiteren bildungspolitischen Themen.

Mehr Infos:  
[www.spd-net-sh.de/pl/raudies](http://www.spd-net-sh.de/pl/raudies)



**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 22:15 Uhr - 13758 Clicks - Nr. 180

## Kieler SPD begrüßt Unterzeichnung der Städtepartnerschaft mit Samsun

Mit dem heutigen ersten Schritt zur Besiegelung der Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Samsun ist ein wichtiger Punkt des Kooperationsvertrages zwischen SPD und Grüne im Kieler Rat umgesetzt worden. Die Verbindung zur türkischen Küstenstadt Samsun bietet die Chance für eine neue Dynamik in Kiel, ob in der Wirtschaftspolitik, bei der Kooperation der Hochschulen oder beim Thema „Hafen“.

Wir erwarten, dass die IHK zu Kiel, die Christian-Albrechts-Universität, Gewerkschaften, Sportverbände u.v.m. durch aktive Mithilfe diese erste Partnerschaft in Schleswig-Holstein zu einer türkischen Stadt mit Leben füllen und zu einem Erfolg machen.



Auch die Stadt Antakya ist als Kieler Partnerstadt herzlich Willkommen und bietet gemeinsam mit Samsun die Möglichkeit, die interreligiösen Beziehungen zu stärken.

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 20.03.2012, 23:10 Uhr - 29376 Clicks - Nr. 181

## Besucherrekord in Lägerdorf

160 Besucher gingen zusammen mit **Torsten Albig, Birgit Herdejürgen und Stefan Bolln** in die Lägerdorfer Kreidegrube "Saturn" wandern.

Sehr zufrieden können die Lägerdorfer Sozialdemokraten mit der Besucherzahl bei ihrer Grubenwanderung am Wochenende. „Fast 160 Besucher, das ist absoluter Rekord“, freute sich der Lägerdorfer Fraktionsvorsitzende der SPD, Ingolf Streich. Als besonderer Ehrengast stieg der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig zusammen mit den Besuchern aus dem gesamten Kreisgebiet hinab in die Grube „Saturn“.

Vor der Wanderung wurde Torsten Albig vom Lägerdorfer SPD-Vorsitzenden Uwe Erickson und den beiden Steinburger SPD-Landtagskandidaten Birgit Herdejürgen und Stefan Bolln empfangen. Erickson und Bürgermeister Heinrich Sülau (SPD) überreichten den drei Landespolitikern die Lägerdorfer SPD-Chronik und Donnerkeile aus der Grube. „Diese sollen Euch nicht nur helfen die Wanderung gut zu überstehen, sondern sollen Euch auch das nötige Quäntchen Glück für die Landtagswahl im Mai geben“, erklärte Erickson. Sülau ergänzte, dass die Kraft der Donnerkeile bei ihm bereits gewirkt hätte.

Nach einer Stärkung mit Kaffee und selbstgemachtem Kuchen – auch hier gab es einen neuen Rekordwert beim Verbrauch mit 16 Kannen Kaffee und 6 Blechen Kuchen - ging es dann ge-

meinsam hinab in die über 60 Meter tiefe Grube. Bürgermeister Sülau gab einen Einblick in die Geschichte des Kreideabbaus in Lägerdorf und die Entwicklung der Gruben. Zusammen mit dem Werksleiter Morten Holpert informierte er die Landespolitiker über den aktuellen Stand der Vormachbarkeitsstudie zur Planung eines Pumpspeicherkraftwerkes und über die beabsichtigten Windkraftanlagen. Im Anschluss wurden die Wanderer von der Küchencrew der Freiwilligen Feuerwehr Lägerdorf mit heißer Erbsensuppe aus der Feldküche „Ofen 12“ versorgt. Uwe Erickson bedankte sich abschließend bei allen freiwilligen Helferinnen und Helfern mit einem Glas Sekt oder einem Bier.



Niels Jurgons

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.03.2012, 10:16 Uhr - 151174 Clicks - Nr. 182

## „Öko-Landbau muss wieder dauerhaft gefördert werden!“

Gemeinsame Pressemitteilung von Ulrike Rodust und Lothar Hay anlässlich der Demonstration für eine neue, faire Agrarpolitik in Schleswig-Holstein, zu der ein Bündnis aus Landwirtschafts-

*und Umweltorganisationen am Mittwoch vor dem Landeshaus in Kiel eingeladen hat.*

Der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und die agrarpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike Rodust erklären dazu: „Ab 2014 muss die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eine neue Richtung einschlagen und stärker an ökologischen Maßstäben ausgerichtet sein. Dafür setzen wir uns derzeit bei den Verhandlungen zur Reform der GAP in Brüssel ein. Wir halten es dabei für dringend notwendig, dass die Agrarpolitik sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt: Dem Klimawandel, der Erhaltung der Biodiversität und der Ernährungssicherheit.

Während die neue europäische Agrarpolitik von der Landwirtschaft mehr gesellschaftliche Leistungen als nur die Produktion von Nahrungsmitteln einfordert, droht Schleswig-Holstein den Anschluss an die auch von Verbraucherseite geforderte Umstellung zu verpassen. Als einziges Bundesland hat es die dauerhafte Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt und wird damit zum bundesdeutschen Schlusslicht.

Im ökologischen Landbau werden nicht nur regionale Lebensmittel von hoher Qualität erzeugt, er verzichtet auch auf chemisch-synthetische Düngemittel und erbringt viele Leistungen im Klima-, Natur- und Bodenschutz. Deshalb stellen Brüssel und Berlin erhebliche finanzielle Mittel bereit, um die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen – vorausgesetzt, das jeweilige Bundesland übernimmt einen vergleichsweise geringen Anteil an der Kofinanzierung.

Der ökologische Landbau muss in Schleswig-Holstein wieder dauerhaft gefördert werden. Nicht zuletzt, weil die Erzeugung von Bio-Lebensmitteln ein Wachstumsmarkt ist, an dem nicht beteiligt zu sein Schleswig-Holstein sich nicht leisten darf.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.03.2012, 14:50 Uhr - 7256 Clicks - Nr. 183

## **Perspektiven bieten, nicht Ängste schüren!**

### **Landtagsrede in der Aktuellen Stunde zur Zukunft der ländlichen Schulen am 21. März 2012**

*[Rede frei gehalten, daher Abweichungen vom Entwurf]*

Wahrhaftigkeit ist ein kostbares Gut. Vielleicht ist das der Grund, warum manche so sparsam damit umgehen.

Erstens: Die Zukunft der beruflichen Schulen und beruflichen Gymnasien hat die SPD in ihrem Regierungsprogramm und in den gestern präsentierten Konkretisierungen immer bedacht.

Da ist ausdrücklich davon die Rede, dass wegen der beruflichen Gymnasien nicht alle Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe erhalten können.

Zweitens: In keinem Land, das Stufenlehrer ausbildet, wurden bisher Gymnasien geschlossen oder deren Schließung intendiert. Ja, unsere Vision ist eine „Schule für alle“, deshalb steht das auch in unserem Regierungsprogramm. Nein, wir werden keine Gymnasien schließen. Wir können in zehn bis zwanzig Jahren von mir aus auch das Schild „Gymnasium“ an jede Schule hängen, wenn Sie das so gerne lesen.

Drittens: Es gibt heute Schulen, die bereits jetzt die in der Mindestgrößenverordnung geforderten Zahlen nicht mehr erreichen. Was sagen Sie denen? Sie wollen 3.600 Lehrerstellen streichen und der Minister kündigt an, die Mindestgrößenverordnung unverändert fünf Jahre beizubehalten. Das hätte Schließungen zur Folge. Was sagen Sie den betroffenen Schulen?

Wir haben Vorschläge gemacht, neue Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, Lösungen für

den ländlichen Raum durch eine Änderung der Mindestgrößenverordnung zu ermöglichen und Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, um ihnen Perspektiven zu eröffnen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Sie sind herzlich eingeladen, Ihre dazu zu legen und mit uns in einen konstruktiven Diskurs einzutreten!

Nur 13,5 Prozent der Viertklässler sind im Schuljahr 2010/2011 auf Regionalschulen gewechselt. Das ist ein schlechterer Wert, als die Hauptschulen jemals hatten. Welche Perspektiven schaffen Sie für diese Schulen?

44,6 Prozent aller Schülerinnen und Schüler wechselten auf eine Gemeinschaftsschule, die damit die beliebteste Schulart im Lande ist. Wie kann die CDU eigentlich immer wieder von „Schulfrieden“ reden, wo sie es doch war, die den Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen in die pädagogischen Konzepte gegrätscht ist, indem ihnen die Differenzierungsstunden halbiert wurden! Das müssen wir rückgängig machen und die Gemeinschaftsschulen stärken.

Wir glauben, dass etwa 20 neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen im Land eingerichtet werden müssen, wenn wir die Abiturquote steigern wollen. Wir haben unsere Kriterien vorgestellt, mögliche Standorte benannt. Wo sind die Vorschläge von CDU und FDP?

Gegen Ende noch ein Hinweis pädagogischer Art: Ich finde es bedenklich, wenn eine Fraktion dieses Hauses eine Angstkampagne startet, fälschlicherweise behauptet, die SPD wolle Schulen schließen, und sich eine Landkarte mit angeblichen Schließungskandidaten ins Fraktionszimmer hängt, um dann Schulklassen vor diese Karte zu führen. Das ist unverantwortlich und zeigt politische Verzweiflung! Nageln Sie doch noch ein totes Tier daneben, damit Sie Tränen erreichen!

Abschließend ein Lob für die FDP: Es war richtig, dass Sie die Aktuelle Stunde heute um die bildungspolitischen Vorstellungen der Opposition erweitern wollten. So gab es wenigstens Vorschläge für die Zukunft. Das werden die sein, die ab dem 6. Mai relevant sind für Schleswig-Holstein!



**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 22.03.2012, 01:55 Uhr - 4322 Clicks - Nr. 184

## **SPD-Reinfeld fordert Bahn auf: Aktiver Lärmschutz für alle Reinfelder**

„Jeder Reinfelder Bürger muss von Lärmschutz an der Bahnlinie profitieren“, fordert Gerd Herrmann, Stadtverordneter für die SPD und Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses in Reinfeld. „Dies ist nur durch aktiven Lärmschutz möglich.“

In einem Antrag für die kommende Sitzung des Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschusses am 26. März 2012 fordert die Reinfelder SPD, dass sich die bauliche Ausführung des Lärmschutzes Reinfelder Belange insbesondere der Topographie und städtebaulichen Umgebung anpassen müsse. Bei der Planung der Lärmschutzmaßnahmen sei die topographische Situation der Bahntrasse zu berücksichtigen. Es reiche nicht aus, die Lärmimmission in unmittelbarer Bahnnähe zu verringern. Vielmehr müssten auch die Auswirkungen auf weiter entfernte, deutlich höher gelegene Bereiche berücksichtigt werden.

Es dürften keine unangemessenen Lasten auf die Stadt Reinfeld und ihre Bürger übertragen

werden. „Für uns bedeutet dies, dass passiver Lärmschutz keine Planungsgrundlage für die Bahn sein darf“, führt Herrmann aus.

Die Bahn AG wird demnächst ihre gestalterischen Vorstellungen zum Lärmschutz entlang der Strecke Hamburg-Lübeck mitteilen. Vor allem aufgrund der geplanten Fehmarnbeltquerung kann von einer deutlich gesteigerten Zahl an Zügen insbesondere für den Güterverkehr gerechnet werden. Diese zusätzliche Belastung dürfe nicht zu Lasten der Anwohner an der Bahnstrecke gehen. Hier sei die Bahn eindeutig in der Pflicht, fordern die Reinfelder Sozialdemokraten.

Kontakt: Gerd Herrmann

Email: [HaGeHerrmann@t-online.de](mailto:HaGeHerrmann@t-online.de), Telefon: 04533-1837

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 22.03.2012, 01:57 Uhr - 4447 Clicks - Nr. 185

## **Bundesregierung torpediert Energiewende**

SPD Reinfeld AG Nachhaltiges Reinfeld  
Pressemitteilung

Bundesregierung torpediert Energiewende

„Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Einspeisevergütung für Solarstrom derart drastisch zurückgefahren wird. Das sind gleich mehrere Schritte in die falsche Richtung.“ Die SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ spricht der CDU/FDP-Bundesregierung den ernsthaften Willen zur Energiewende ab.

„Bisher ist der Rückgang der Förderung immer noch durch Preissenkungen bei den Herstellern von Solarzellen kompensiert worden und damit für Privatleute interessant geblieben. Das findet aber demnächst ein Ende, weil die Investitionen bei den geringen Vergütungen nicht mehr lohnen.“ ist sich Gerd Herrmann, Sprecher der AG, sicher. Für deutsche Hersteller, beispielsweise Q-Cells in Bitterfeld, sei dann das Ende der Fahnenstange erreicht. Sie könnten nämlich mit ihren Preisen kaum noch weiter runter und würden den chinesischen Produzenten das Feld überlassen müssen. „Wir vertun auf diese Weise die Chance, dass Deutschland sich international als Pionier der erneuerbaren Energien positionieren und festigen kann.“

Die SPD-AG arbeitet für Reinfeld an der Erreichung des Ziels, bis zum Jahr 2020 im Stadtgebiet selbst soviel Strom zu produzieren, dass die Menge für den Verbrauch in Reinfeld ausreichen könnte.

Bei ihrer jüngsten Sitzung hatte die AG Dr. Volker Skwarek zu Gast, der ebenfalls an einem Konzept für Reinfeld arbeitet, und der seine Idee der „Pendel-Becken“ erläuterte, eine Art verkleinerte Version des Pumpspeicherbeckens in Geesthacht.

Beim nächsten Treffen geht es darum, weitere Ideen, auch zunächst nicht so augenfällige, zu sammeln, an welchen Stellen in Reinfeld man erneuerbare Energien zur Stromgewinnung einsetzen kann. Es findet statt am 22.03. um 19.30 im Lilienweg 11. An der Mitarbeit Interessierte können sich telefonisch unter 04533/1837 melden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 22.03.2012, 07:53 Uhr - 22345 Clicks - Nr. 186

## **Zukunftsorientierte Lösung der Raumproblem im BBZ am NOK gefordert**

Der Wichtigkeit der beruflichen Bildung als tragender Säule unseres Bildungssystem ist sich die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde bewusst, Deshalb liegt ihr die Zukunft der beruflichen Schulen auch im Hinblick auf die Qualität in der Aus- und Weiterbildung während der

Lehrzeit besonders am Herzen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die SPD-Kreistagsfraktion in ihrer Sitzung am 20.03.2012 mit der angespannten Raumsituation im Berufsbildungszentrum am NOK beschäftigt. Dabei wurde deutlich, dass die Vorlage der Kreisverwaltung für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung am 26.03.2012 zur Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes für das BBZ am NOK keine annähernd ausreichende Grundlage für eine sachgerechte Lösung und Entscheidung zur Raumproblematik bietet. Hier sind erhebliche zusätzliche Informationen durch die Kreisverwaltung notwendig. Die SPD-Kreistagsfraktion fordert daher von der Kreisverwaltung die Vorlage entsprechender Prognosen zur Schulentwicklung auch unter Berücksichtigung der gesamten Schulentwicklungsplanung im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Sie fordert ferner, detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die verschiedenen möglichen Lösungsalternativen.

Nach Gesprächen mit der Schulleitung und Vertretern des Personalrats sieht die SPD-Kreistagsfraktion die Notwendigkeit einer möglichst schnellen Lösung zur Aufrechterhaltung des Unterrichtsangebots und ist sich zugleich der Problematik einer Containerlösung bewusst. Sie kann sich deshalb statt einer Containerlösung auch einen Anbau an das bestehende Gebäude vorstellen. Eine endgültige Entscheidung ist für die SPD-Kreistagsfraktion aber erst nach Vorlage der von der Kreisverwaltung sachgerecht aufbereiteten Informationen möglich. Sie fordert daher die Kreisverwaltung auf, diese Informationen möglichst zeitnah allen an der Entscheidung zu beteiligenden Gremien zur Verfügung zu stellen.

Gerhard Gehringer  
stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 22.03.2012, 10:41 Uhr - 28523 Clicks - Nr. 187

## **Integration durch Bildung, durch Arbeit, durch Teilhabe!**

SPD-Kreisvorstand fordert ein Integrationskonzept für den Kreis Rendsburg-Eckernförde..

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix erklärte nach einem Informationsgespräch des SPD-Kreisvorstandes mit Mitgliedern der Kreistagsfraktion bei Manfred Marshall, Koordinierungsstelle für Migrationssozialberatung des Kreises: „Der Kreis muss die Integrationsprojekte vernetzen und fördern! Integration gelingt durch Bildung, durch Arbeit und durch Teilhabe.“ Integration müsse für den Kreis eine Querschnittsaufgabe sein. Es brauche mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst und bei der Polizei. Weitere Bestandteile einer guten Integrationspolitik seien die Förderung interkulturellen Bewusstseins und der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus.

Ulrich Kaminski, SPD-Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses berichtete, dass der Ausschuss den nationalen Integrationsplan bei der interkulturellen Woche thematisieren wolle. Er erinnerte daran, dass die freien Träger in der Integrationspolitik im Kreis den Anfang gemacht hätten. Die Fortschritte seien spürbar. „Allerdings hat die Haushaltskonsolidierung hier auch viele Strukturen zerstört. Multikulturelle Jugendarbeit muss uns künftig wieder mehr Geld wert sein“, so Kaminski.

Der Kreisvorstand forderte ein Integrationskonzept des Kreises. Die SPD selbst wird sich auch weiterhin mit dem Thema Integration beschäftigen und hat dafür eine Arbeitsgruppe um Sönke Rix und Hatice Kara (Rendsburg) aus dem Kreisvorstand, sowie Ulrich Kaminski (Hohn) und Horst Köller (Schacht-Audorf) aus der Kreistagsfraktion eingerichtet. Auch die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli soll für diese Arbeit gewonnen werden.

**Keine Kommentare**

## Gefahr der Splitterung besteht!

Zur Reform der Kommunalverfassung:

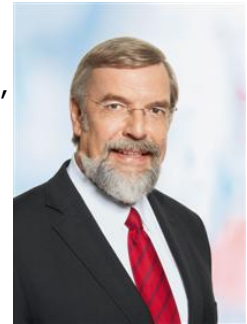
Für die Städte bleibt die neue Regelung unbefriedigend. Dadurch, dass abgelehnt wurde, Fraktionsgrößen erst ab drei oder vier Personen festzuschreiben, besteht die Gefahr der Zersplitterung von Ratsversammlungen. Kleinstgruppen von zwei Mitgliedern können so weiterhin eine Fraktion bilden und damit auch entsprechende Kosten verursachen. Hinzu kommt der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde.

Wir kritisieren auch, dass die Bürgerbeteiligung nicht ausgebaut und die Kinder- und Jugendbeteiligung nicht gestärkt wurde. Gerade für Städte sind diese beiden Punkte von großer Bedeutung.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 23.03.2012, 06:28 Uhr:

### **RE: Gefahr der Splitterung besteht!**

*Insbesondere die Abschaffung der 5% Klausel auf kommunaler Ebene ist meiner Ansicht nach ein schwerer Fehler. Es öffnet kleinsten Parteien und Interessengruppen Sitze in den Rathäusern und führt zur Zersplitterung in der Parteienlandschaft bei. Eindeutige Regierungsbildung wird hierdurch erschwert und es kommen möglicher Weise Koalitionen zustande, die die Mehrheit der Bevölkerung doch nicht wollte, dadurch trägt die Abschaffung der Sperrklausel zur weiteren Politikverdrossenheit bei.*



## Frauen verdienen mehr!

23 Prozent - diese Zahl steht für Diskriminierung von Frauen und Lohndumping auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Denn Frauen bekommen seit Jahren 23 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit. Damit ist Deutschland Europameister im Diskriminieren!



Und 23 Prozent der Beschäftigten müssen in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiten - der Großteil davon Frauen.

Die Bundesregierung sieht tatenlos zu. Ministerin Schröder wiederholt gebetsmühlenartig ihre Ablehnung von gesetzlichen Maßnahmen. Bei Ministerin von der Leyen sieht es nicht besser aus: Auf einen gesetzlichen Mindestlohn warten die Menschen seit Jahren vergebens. Damit nehmen CDU, CSU und FDP die Ungerechtigkeit hin und verweigern sich der Realität.

Denn wer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen will, muss endlich „JA“ sagen zu einem Handeln des Gesetzgebers. Die SPD hat deshalb eine ganze Reihe von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt. Im Zentrum steht unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Daneben wollen wir Reformen bei den Minijobs und dem Ehegattensplitting. Mit einer Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte wollen wir für gleiche Teilhabe von Frauen in Führungspositionen und eine neue Unternehmenskultur sorgen.

Jetzt folgt der nächste konsequente Schritt: Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet an einem Entgeltgleichheitsgesetz. Damit wollen wir endlich gleichen Lohn für Frauen und Männer verwirklichen. Eckpunkte sind beschlossen, den fertigen Gesetzentwurf werden wir in den nächsten Wochen in den Deutschen Bundestag einbringen.

Frauen verdienen mehr. Frauen brauchen gesetzliche Lösungen. Frauen brauchen eine andere Bundesregierung.

**Keine Kommentare**



## **CDU beschneidet Kinderrechte**

Kurz vor Toresschluss dieser Wahlperiode verabschiedet sich die schwarz-gelbe Mehrheit im Landtag von der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Bisher gibt es die gesetzliche Verpflichtung für Kommunen, Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsprozesse als Experten in eigener Sache einzubinden.



Dafür sind geeignete Verfahren zu entwickeln, die sehr vielfältige Formen annehmen können. Sie reichen von Jugendparlamenten bis hin zu themenbezogenen Projekten. Beteiligung kann bereits im Kindergarten stattfinden. Beteiligung hört nicht bei der Gestaltung des Spielplatzes auf, weil Kinder auch von der Planung eines neuen Wohngebietes oder von der Taktung des Busverkehrs betroffen sind. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist wichtig, um ihnen einen Einstieg in demokratische Prozesse zu vermitteln, um erfahrbar zu machen, dass Engagement Veränderung bewirkt.

So war es bisher. Noch vor einem Jahr hat der CDU-Kollege Arp bei einem Treffen der Steinburger Kinder- und Jugendparlamente groß getönt, alle Pläne Beteiligungsrechte zu beschneiden seien wieder eingesammelt. Das Gegenteil ist nun passiert. So schafft man Vertrauen in die Verlässlichkeit von Politik!

Gleichzeitig versucht Schwarz-Gelb, die Betroffenen für dumm zu verkaufen: ja – der § 47 f Gemeindeordnung, in dem die Beteiligung festgeschrieben ist, besteht weiter. Darauf legt die CDU wert. Er ist aber gänzlich inhaltsleer. Denn zukünftig müssen die Kommunen keine auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Formen der Beteiligung mehr entwickeln. Diese sind aber notwendig, um Interesse zu wecken und die besonderen Entscheidungsprozesse und den Entwicklungsstand von Kindern in allen Altersstufen zu berücksichtigen.

Kinder- und Jugendbeteiligung heißt zukünftig: Menschen ab 14 Jahren dürfen sich in Einwohnerversammlungen zu Wort melden. Das ist ein Rückschritt der Demokratie und eine klare Beschneidung von Kinderrechten.

Sicher – viele Gemeinden werden weiter auf das Expertenwissen ihrer jungen Einwohnerinnen und Einwohner setzen. Dort wo es aber nicht klappt haben Kinder oder engagierte Kommunalpolitiker keine Möglichkeit mehr, dies wirkungsvoll einzufordern.

Danke CDU!

**CDU beschneidet Kinderrechte**

**Keine Kommentare**

## **Thönnies: Frauen verdienen MEHR – Frauen verdienen gesetzliche Lösungen**

„23 Prozent - diese Zahl steht für Diskriminierung von Frauen. Sie bekommen seit Jahren 23 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit. Damit ist Deutschland Europameister im Diskriminieren! Und 23 Prozent der Beschäftigten müssen in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiten - der Großteil davon Frauen“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies anlässlich des Equal-Pay-Days am 23. März 2012.

Für ihn war es deshalb auch klar, diese Kritik mit seiner Teilnahme an der heutigen Demonstration des Deutschen Frauenrates e.V. und des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem

Brandenburger Tor in Berlin deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Bundesregierung sieht dabei tatenlos zu. Die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, wiederholt gebetsmühlenartig ihre Ablehnung von gesetzlichen Maßnahmen und auch bei der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen sieht es nicht besser aus: Auf einen gesetzlichen Mindestlohn warten die Menschen seit Jahren vergebens. Damit nehmen CDU/CSU und FDP die Ungerechtigkeit hin und verweigern sich der Realität.



„Wer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen will, muss endlich „JA“ sagen zu einem Handeln des Gesetzgebers. Die SPD hat sich klar positioniert. Im Zentrum steht unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Daneben wollen wir Reformen bei den Minijobs sowie dem Ehegattensplitting. Und mit einer Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte muss für gleiche Teilhabe von Frauen in Führungspositionen und eine neue Unternehmenskultur gesorgt werden“, erläutert der SPD-Politiker die Positionen seiner Fraktion.

Außerdem wird die SPD in den nächsten Wochen einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz in den Deutschen Bundestag einbringen, um endlich die Forderung nach gleichem Lohn für Frauen und Männer zu verwirklichen.

### **Bildunterschrift: Die SPD-Bundestagsabgeordneten Karin Roth, Franz Müntefering, Franz Thönnies und René Röspel (v.l.n.r.) bei der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor**

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 26.03.2012, 12:47 Uhr:

#### **RE: Thönnies: Frauen verdienen MEHR – Frauen verdienen gesetz**

*Männer und Frauen dürfen bei der Bezahlung nicht unterschiedlich behandelt werden, darüber sind sich wohl alle einig. Es nützt der Diskussion jedoch nichts wenn ein Bundestagsabgeordneter nicht in der Lage ist die Ergebnisse einer Studie richtig wieder zu geben. Die 23 % Einkommensdifferenz beziehen sich auf die Gesamtheit aller Frauen und Männer ohne Berücksichtigung welche Tätigkeit diese jeweils ausüben. Deshalb ist die Behauptung "für gleiche oder gleichwertige Arbeit" falsch. Der Hauptgrund für die Differenz ist daher auch darin zu suchen, dass Frauen häufig in Berufen tätig sind, die, unabhängig ob Mann oder Frau diese ausüben, einfach schlecht bezahlt sind. Hier sei beispielhaft die Erzieherin, die Altenpflegerin oder eine Kassiererin genannt. Um das Problem bei der Wurzel zu packen müsste für gleiche Verteilung der Berufe zwischen den Geschlechtern gesorgt werden oder die gesellschaftliche Wertigkeit der sogenannten Frauenberufe angehoben werden. Ungleichbehandlung bei vergleichbaren Tätigkeiten dürfen in keinem Falle geduldet werden. Einfache Lösungen zu diesem Thema gibt es nicht!*

[SPD-Kiebitzreihe](#) - veröffentlicht am 23.03.2012, 15:16 Uhr - 6116 Clicks - Nr. 192

## **Unsere Fische stinken nicht vom Kopf**

34. Spieleabend der SPD-Kiebitzreihe ein voller Erfolg.

Am Freitag fand der 34. Spieleabend der Kiebitzreihler Sozialdemokraten statt. Fast 40 Spielefreunde waren in den Pfahlkrug gekommen. Der 1. Vorsitzende der SPD-Kiebitzreihe begrüßte die Gäste und eröffnete den Spieleabend, der zum zweiten Mal in Folge im Pfahlkrug stattfand. „Als wir den Spieleabend planten, stand noch nicht fest, ob die Kiebitzreihler Stuben wegen des Betreiberwechsels dann wieder geöffnet haben. Unser Wunsch ist natürlich, dass der nächste Spieleabend wieder auf heimatlichem Gebiet stattfinden kann“, sagte Jurgons. Zweieinhalb Stunden lang wurde sehr konzentriert und mit viel Spaß Skat, Kniffel und Doppelkopf gespielt. Als Tischpreise gab es dieses Jahr Fleischpakete, Wurst, Sekt und Pralinen zu gewinnen. Anschließend folgte das traditionelle Verknobeln frisch geräucherter Forellen. Unter der Leitung

des 2. Vorsitzenden, Werner Brunhorn, fanden die 40 Forellen schnell ihre Abnehmer. Der SPD-Landtagskandidat Stefan Bolln konnte ebenfalls eine Forelle erknoeln und scherzte: „Bei der SPD stinken die Fische nicht vom Kopf.“ Jeder Spieler konnte nicht nur Erfahrungen, sondern einen Preis und mit etwas Glück auch eine Forelle mit nach Hause nehmen. Die Kiebitzreihler Sozialdemokraten konnten am Ende des Abends ein durchweg positives Fazit ziehen. „Fast 40 Gäste. Das zeigt, dass der Spieleabend sich auch nach 34 Jahren noch großer Beliebtheit erfreut“, freute sich Organisationsleiter Kurt Zugck.

Bilder des Spieleabends sehen sie [hier](#).

Niels Jurgons

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 23.03.2012, 18:50 Uhr - 29794 Clicks - Nr. 193

## Gute Nachbarschaft mit Hamburg

Torsten Albig und Olaf Scholz setzen auf gute Nachbarschaft. Durch Zusammenarbeit können Hamburg und Schleswig-Holstein sparen. Die Metropolregion Hamburg stand im Mittelpunkt der Diskussion mit Torsten Albig, Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz und der Wahlkreis kandidatin Katrin Fedrowitz am 21. März im neuen Norderstedter Kulturwerk.

Torsten Albig warnte davor, die Zeit mit Nordstaatdebatten zu vergeuden. Er sieht die Perspektive eher in der Praxis auf der Arbeitsebene: „Tatsächlich wächst in der Region, wenn man es in der Zusammenarbeit macht, partnerschaftlich etwas zusammen.“ Hamburg und Schleswig-Holstein könnten sich in ihren Stärken ergänzen. So habe die Landeshauptstadt Telefondienstleistungen nach Hamburg ausgelagert, weil dort bereits die Kompetenz vorhanden war. Albig's Fazit: „So spart man.“

Das Verhältnis Hamburgs zu seinem Umland habe sich seit den 70er-Jahren deutlich verändert, erläuterte Olaf Scholz. Heute betrachte man die Metropolregion als einen zusammengewachsenen Raum, in dem man „ohne Eifersucht das gemeinsame Wachstum, die gemeinsame Verbesserung von Wohlstand und Lebensbedingungen im Blick hat.“ Der Gast aus Hamburg bekannte sich klar zur Schuldenbremse als Grundsatz der Haushaltspolitik. „Das erste Opfer der Schuldenbremse ist die FDP. Tatsächlich wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau, dass man nicht Haushaltskonsolidierung und massive Steuersenkungen auf einmal machen kann“, stellte der gut gelaunte und entspannte Hanseat fest.



Katrin Fedrowitz verwies nicht ohne Stolz auf erfolgreiche Firmenansiedlungen in Norderstedt: „Das Norderstedt nicht nur ein Juniorpartner ist, sieht man auch daran, dass es uns gelungen ist, TESA hier nach Norderstedt zu holen. Da sieht man, dass wir durchaus konkurrenzfähig sind zu Hamburg.“ Den künftigen Ministerpräsidenten konfrontierte sie mit der Forderung nach Unterstützung des Landes für die offenen Ganztagsgrundschulen als Alternative zur Hort-Betreuung.

Die rund 200 Besucher der Abendveranstaltung beteiligten sich



mit Fragen an der Diskussion. Dem Flughafen Kaltenkirchen erteilte Olaf Scholz auf Nachfrage eine klare Absage. Durchaus selbstkritisch ging der frühere Bundesarbeitsminister auf die Entwicklung in der Zeitarbeitsbranche ein. Zeitarbeit werde immer mehr zum Lohndumping missbraucht. Dagegen müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 24.03.2012, 14:27 Uhr - 5500 Clicks - Nr. 194

## **Höhere Zuschüsse für Kindertagespflege - Tagesmütter gleichstellen mit Krippen**

„Die Tagesmütter in Reinfeld leisten tolle Arbeit“, fasst Lasse Karnatz, SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Sozialausschuss, ein Gespräch der SPD-Fraktion mit Mauela Egemann und Melanie Köster, beide Tagesmütter in Reinfeld, zusammen. Im Rahmen ihrer jährlichen Klausurtagung beschäftigte sich die Fraktion intensiv mit dem Thema „U3-Betreuung“. Die Kommunalpolitiker überzeugten sich von der wichtigen und vielfältigen Arbeit, die in der Kindertagespflege geleistet werde.

### **SPD-Reinfeld: Höhere Zuschüsse für Kindertagespflege in Reinfeld - Tagesmütter gleichstellen mit Krippen**

„Die Tagesmütter in Reinfeld leisten tolle Arbeit“, fasst Lasse Karnatz, SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Sozialausschuss, ein Gespräch der SPD-Fraktion mit Mauela Egemann und Melanie Köster, beide Tagesmütter in Reinfeld, zusammen. Im Rahmen ihrer jährlichen Klausurtagung beschäftigte sich die Fraktion intensiv mit dem Thema „U3-Betreuung“. Die Kommunalpolitiker überzeugten sich von der wichtigen und vielfältigen Arbeit, die in der Kindertagespflege geleistet werde.

„Die Reinfelder Tagesmütter betreuen die Kinder nicht nur, sondern sind fast alle fachlich hervorragend ausgebildet und somit ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner für die Eltern“, führte Manuela Egemann aus. Sie arbeitet seit vielen Jahren als Tagesmutter. Zunächst betreute sie die Kinder in ihrem eigenen Haus. Seit 2009 ist „Ela's kleine Kinderstube“ in einem angemieteten Haus in Bolande beheimatet. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen aber auch die Ansprüche der Eltern und der Behörden seien im Verlauf der Jahre immer größer geworden.

Die SPD-Reinfeld möchte die Kindertagespflege auf die gleiche Stufe zur Betreuung in Krippengruppen stellen. Dafür müssten die Zuschüsse der Stadt für die Tagesmütter deutlich steigen. „Die Eltern sollen nicht nach dem Geldbeutel auswählen, sondern das für den Bedarf ihres Kindes optimale Angebot auswählen können“, fordert Lasse Karnatz. Dabei müsse eine gleiche Betreuungsdauer überall gleichviel für die Eltern kosten.

Um für die Eltern eine verlässliche Betreuung zu gewährleisten, sollen von der Stadt bezahlte Notfallplätze bei den Tagesmüttern eingerichtet werden. Im Falle von Krankheit, kann dann eine andere Tagesmutter kurzfristig einspringen, erläutert Karnatz die Idee. Wie das Konzept im Einzelnen umgesetzt werden könne, um den Kindern den plötzlichen Wechsel so angenehm wie möglich zu machen, müsste mit den Tagesmüttern erarbeitet werden.

Gleichbehandlung von Tagespflege und Krippe bedeutet für die SPD im Übrigen auch, dass die Stadt einen Betrag für Fortbildungen und Mietzuschüsse zahlt. Die pädagogische Arbeit erfordere ständigen Austausch und Weiterbildung.

„Wir sehen die Tagesmütter als Partner der Stadt Reinfeld in dem Bemühen bedarfsgerechte und qualitativ wertvolle Betreuungsplätze für alle Kinder anbieten zu können“, zieht Lasse Karnatz das Fazit der Diskussion. „Um das Ziel einer familienfreundlichen Stadt Reinfeld erreichen

zu können, brauchen wir ihre Hilfe. Die gute Arbeit, die sie leisten, verdient mehr Unterstützung.“

Ab dem 1. August 2013 haben alle Kinder im Alter von ein bis drei Jahren einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Betreuung. In Reinfeld werden die Kinder von 12 Tagesmüttern und seit Dezember 2011 in der Kindertagesstätte „Wurzelkinder“ der Lebenshilfe Stormarn betreut. Zwei weitere Krippengruppen sind in dem Neubau des AWO-Bewegungskindergartens geplant.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.03.2012, 22:02 Uhr - 7410 Clicks - Nr. 195

## **Inklusion: Viel erreicht - mehr zu tun**

*Zu dervon der Bertelsmann-Stiftung vorgestellten Studie zur inklusiven Schule erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Im Schuljahr 2010/11 haben gemäß der Untersuchung von Prof. Klaus Klemm weit mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf eine reguläre Schule in Schleswig-Holstein besucht, als das bundesweit der Fall war, nämlich 49,9 %.

Das ist ein großer Erfolg sozialdemokratischer Schulpolitik, die bis 2009 umgesetzt wurde.

Der Bericht zeigt, dass hier weitere Anstrengungen nötig sind. Dabei werden wir die Schulen nicht allein lassen. Es ist verdienstvoll, dass Klemm eine Berechnung durchgeführt hat – 6,2 Mio. Euro an jährlichen Lehrpersonalkosten – die für die Beratungen zum Landeshaushalt eine Grundlage sein kann.



Es ist aber nicht genug, Stellen bereit zu stellen. Auch für die Schulträger bedeutet Inklusion eine Herausforderung – beim Schulbau, bei der Schülerbeförderung, bei der Verpflegung.

Inklusion muss in der Lehreraus- und -weiterbildung zum verbindlichen Element werden. Das werden wir bei der anstehenden Reform der Lehrerbildung umsetzen.

Und: Inklusion ist eine bundesweite Herausforderung – ein weiterer Grund dafür, das Kooperationsverbot endlich in ein Kooperationsgebot zu verändern: Der Bund muss mit ins Boot!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.03.2012, 16:00 Uhr - 8044 Clicks - Nr. 196

## **Zum Nordseestrand vom Lieblingsland**

### **SPD färbt Föhr rot**

Knapp 500 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verbrachten bei frühlingshaften Temperaturen und bester Laune einen tollen Tag auf Föhr. Torsten Albig, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 6. Mai 2012, hatte zum „Lieblingslandtag“ eingeladen. Und alle kamen, viele mit Hund und Kindern. Bereits beim Betreten der Fähre in Dagebüll wurde klar: Schleswig-Holstein wird rot!

Martin Habersaat war mit auf Föhr und begeistert von dieser Art des Wahlkampfes: „Wir müssen nicht mit fragwürdigen Methoden unsere politische Konkurrenz angreifen. Wir werben für unsere Inhalte. Und für ein Land, das wir mögen!“ So werde die SPD mit Sicherheit stärkste Partei - und Torsten Albig ein starker Ministerpräsident.

Vielen Dank an alle Organisatorinnen!

Fotoalbum:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/landtagswahl-2012/lieblingsland-tag/qqq8-419.html>



**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 26.03.2012, 16:07 Uhr - 15121 Clicks - Nr. 197

## **Drei Tage in die „große Politik“ geschnuppert:**

### **Politisch Interessierte aus den Kreisen Segeberg und Stormarn zu Besuch bei MdB Franz Thönnnes in Berlin**

Drei Tage im März hatten knapp 50 Interessierte aus den Kreisen Segeberg und Stormarn Gelegenheit, die Bundespolitik in Berlin ganz nah zu erleben.

Mit einer an politischen Gesichtspunkten orientierten Stadtrundfahrt startete die Reise in der Bundeshauptstadt, bei der die Teilnehmer einen Überblick über alle wichtigen Einrichtungen wie Botschaften, Ministerien und Regierungsgebäuden erhielten.



Während einer Besichtigung des Plenarsaals mit einem Vortrag über die Arbeit des Deutschen Bundestages lernten die Gäste die parlamentarischen Abläufe kennen und erkundeten im Anschluss die Reichstagskuppel.

Nach einer Führung im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale im Stadtteil Kreuzberg, begrüßte Franz Thönnnes die Gruppe und diskutierte mit ihr über seine Arbeit als Abgeordneter. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen zum Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff und zur Ostseepolitik. Dabei ging es um die Fehmarn-Belt-Querung und um die soziale Absicherung von Beschäftigten als Grenzpendler in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten. Thönnnes dazu: „Es freut mich sehr, wieder Gäste aus Segeberg und Stormarn in Berlin gehabt zu haben, um mit ihnen über politische Themen zu sprechen. Diese Bildungsfahrten eröffnen viele, wichtige Erkenntnisse über die Politik im Bund. So können die Besucher gleichzeitig als Multiplikatoren für ihren Bekanntenkreis wirken und über unsere Arbeit informieren.“

Weitere Höhepunkte der dreitägigen Fahrt waren der Besuch im Auswärtigen Amt und im Bundesrat. Besichtigt wurden zudem die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie das Denkmal für ermordete Juden Europas.

„Wir fahren mit vielen interessanten und lehrreichen Eindrücken aus der Bundespolitik nach Hause. Das war alles sehr schön und muss jetzt erstmal verarbeitet werden“, so Thomas Sanders aus Bad Segeberg.

Mehrmals im Jahr lädt Franz Thönnnes Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer

eindrucksvollen und informativen Reise nach Berlin ein, die als politische Bildungsfahrt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wird.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.03.2012, 12:11 Uhr - 6492 Clicks - Nr. 198

## **Wahlkampföffnung**

### **Wahlkampfauftakt auf Wyk a. Föhr mit über 400 Sozialdemokraten**

Aus ganz Schleswig-Holstein strömten SozialdemokratInnen per Zug, Bus und Auto nach Föhr zur Auftaktveranstaltung bei besten Sonnenwetter.

Kurz vor der Abfahrt in Dagbüll der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler (vorne) mit Hannelore Malterer, Ortsvereinsvorsitzende von Schwentinental, Anette Langner, Kreisvorsitzende Kreis Plön, Melanie Hein, Kreistagsabgeordnete und Astrid Mädler (von links aus gesehen)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.03.2012, 22:43 Uhr - 7237 Clicks - Nr. 199

## **Pädagogische Fähigkeiten müssen im Mittelpunkt stehen!**

*Martin Habersaat war bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer und ist seit Mai 2011 Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion. Er befürwortet eine Neuordnung der Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein; zur Pressekonferenz des Wissenschaftsministers erklärt er:*

Entscheidend für die Berufswahl und die Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer sollte die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sein, dann erst das Fach. Unser Ziel muss es sein, dass junge Menschen die Schulen verlassen, die mit Zuversicht Verantwortung für sich und andere übernehmen können und wollen. In diese Richtung muss auch die Lehrerbildung wirken. Dazu müssen auch die Professorinnen und Professoren, die Lehrer ausbilden, die Schulwirklichkeit und real existierende junge Menschen kennen. Teamarbeit, Binnendifferenzierung, individuelle Förderung, Inklusion - das werden Schlüsselbegriffe der künftigen Lehrerbildung sein.



Die Universität Flensburg kann es schaffen, mit einer besonderen Profilierung beim Grundschullehramt, sinnvoll und früh eingebetteten Praxisanteilen und einem hohen Anteil an Auslandsaufenthalten, die ich unter „Persönlichkeitsbildung von Lehrpersonen“ verbuchen würde, ein über Schleswig-Holstein hinaus nachgefragter Standort für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu werden.

Die SPD bleibt bei ihrer Absicht, Lehrerinnen und Lehrer künftig nach Stufen auszubilden und nicht mehr nach Schularten. Wenn ein Lehrer einer Klasse 14-15jähriger gegenübersteht, ist pädagogisches Geschick gefragt - und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine Gemeinschaftsschul- oder eine Gymnasialklasse handelt. Wissenschaftspropädeutik spielt eine wichtige Rolle im Unterricht der Oberstufe, die ja an Gymnasien dieselbe ist wie an Gemeinschaftsschulen, aber sie sollte nicht von einzelnen Lobbygruppen als Vorwand genutzt werden, gymnasiale

Standesdünkel zu untermauern. Nebenbei bemerkt: unsere Oberstufen bringen auch hervorragende angehende Juristen, Mediziner und Betriebswirte hervor, ohne dass in diesen Fächern zuvor wissenschaftliche Vorarbeit geleistet wurde.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 28.03.2012, 17:24 Uhr - 9109 Clicks - Nr. 200

## **Chancen der Energiewende nutzen - Klimaschutzkonzept für den Kreis Plön!**

SPD-Kreistagsfraktion fordert: Chancen der Energiewende nutzen - Klimaschutzkonzept für den Kreis Plön!

Die 2011 von der Bundesregierung beschlossene Energiewende macht ein Handeln des Kreises zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unabdingbar, denn Deutschland hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen gegenüber dem Stand von 1990 bis zum Jahr 2020 um 40 % zu reduzieren.

Das Europäische Parlament und die Bundesregierung fordern von den staatlichen Stellen, eine Führungsrolle zu übernehmen. In verbindlichen Vorgaben wird erwartet, dass pro Jahr mindestens 3 % der öffentlichen Gebäude saniert werden müssen. Der Landesrechnungshof hat ausgehend von den laufenden Kosten der Verbräuche aus dem Energiesektor bei der letzten Prüfung in 2009 für den Kreis Plön ausdrücklich auf Ergreifung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften hingewiesen. Vor diesem Hintergrund hatte die SPD Kreistagsfraktion den Antrag eines „Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Plön“ im Kreistag 2009 gestellt.

Nach Verweis in die zuständigen Ausschüsse hatte der „runde Klimateisch“ des Kreises Plön unter Leitung der umweltpolitischen Sprecherin der SPD Kreistagsfraktion Dr. Birgit Malecha-Nissen und der Mitwirkung des Klimabüros Küstenpower, der Agenda 21 Gruppe des Kreises Plön, der Kreishandwerkerschaft, der Wankendorfer Baugenossenschaft und der Aktivregion Ostseeküste und der finanziellen Unterstützung der Fördesparkasse mit einer regionalen Klimaschutzkonferenz einen Impuls in den Kreis Plön gesetzt.

„Jetzt geht es darum, nach einem Wechsel an der Spitze der Verwaltung, mit der Landrätin Frau Ladwig, konkrete Konzepte und Maßnahmen folgen zu lassen. Ein sinnvoller erster Schritt für den Kreis Plön ist ein Teilklimaschutzkonzept für die kreiseigenen Liegenschaften. Mit diesem Teilkonzept werden die Schwachstellen der Liegenschaften aufgedeckt und es dient als Entscheidungsgrundlage und Steuerungsinstrument, um die Emissionen und die Energiekosten der Liegenschaften dauerhaft zu senken. Voraussetzung für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist es, ein Klimaschutz-Management zu installieren. Die förderfähigen Kosten der Erstellung des genannten Klimaschutzteilkonzeptes belaufen sich auf ca. 45.000 €, der Fördersatz liegt bei 50%. Ebenfalls gefördert wird ein Klimaschutzmanager in Höhe von bis zu 65 % einer Vollzeitstelle. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob diese Zuschüsse für den Kreis Plön zur Verfügung stehen und das Einsparpotential bei den Ausgaben für Energie gegen zu rechnen“, so Dr. Birgit Malecha-Nissen. „Voraussetzung ist, dass die Selbstverwaltung jetzt mit ihren Beschlüssen die Chancen der Energiewende beherzt in die Hände nimmt, um langfristig Kosten zu sparen!“ betont Dr. Birgit Malecha-Nissen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 28.03.2012, 17:26 Uhr - 9873 Clicks - Nr. 201

## **Zum Schulentwicklungsplan des Kreises Plön**

Zum Schulentwicklungsplan des Kreises Plön

Ziel: Gymnasiale Oberstufe für Gemeinschaftsschule Schönberg



Die Gemeinschaftsschule Schönberg ist eine erfolgreiche Schule und gehört zu den bestfrequentierten Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein.

Der Schulverband Probstei, Elternschaft und das Kollegium leisten gemeinsam hervorragende Arbeit. Deshalb unterstützt die SPD-Kreistagsfraktion die Forderungen der Eltern, der Lehrer und des Schulverbandes nach Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule in Schönberg.

Das laut Schulgesetz geforderte öffentliche Bedürfnis liegt nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion in Schönberg vor. Die dafür notwendigen baulichen und sächlichen Voraussetzungen wurden geschaffen. Der Schulverband in Schönberg hat im baulichen Bereich in vorbildlicher Weise investiert und damit die Voraussetzungen für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe von Seiten des Schulverbandes erfüllt.

Die SPD-Kreistagsfraktion bedient sich einer Schulartenbezogenen Sichtweise für diese Forderung, denn neben dem klassischen Abitur ist der Weg, an einer Gemeinschaftsschule Abitur zu machen, ein neuer, die Schullandschaft bereicherender Weg. Er schafft mehr Chancengleichheit, das ist uns besonders wichtig, für die Schülerinnen und Schüler.

Das Schulgesetz fordert Wettbewerb. Die Eltern haben mit den Anmeldezahlen abgestimmt, die Schülerzahlen der letzten zwei Jahre belegen dies eindrücklich.

Nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion würden die Schülerzahlen noch stärker ansteigen, wenn die Eltern die Sicherheit hätten, dass ihre Kinder an der Gemeinschaftsschule Probstei auch das Abitur machen können.

Lutz Schlüsen, SPD-Fraktionsvorsitzender:

„Auch der Kreis Plön muss sich diesem Wettbewerb stellen und die Wahlfreiheit der Eltern für ihre Kinder akzeptieren und für alle Schularten das optimale Ergebnis ansteuern.

Der Kreis Plön darf sich nicht dem Verdacht aussetzen, den Erhalt der kreiseigenen Schulen in der Stellungnahme des Kreises zu bevorzugen“.

Neben den demografischen Zahlenspielen gibt es selbstverständlich auch noch qualitative und atmosphärische Unterschiede, zwischen den Oberstufen herkömmlicher Gymnasien und den Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen.

Dieser Konkurrenzsituation zwischen den Schularten muss sich auch der Kreis Plön stellen. Das ist vom Gesetzgeber so gewollt.

Der Kreis Plön hat landesweit die geringste Zahl an Gemeinschaftsschulen, obwohl eine hohe Nachfrage durch die Eltern besteht.

Nach unserer Auffassung ist es deshalb sehr wichtig, die bestehenden Gemeinschaftsschulen zu unterstützen und der weiteren Entwicklung keine Hemmnisse entgegenzusetzen. Europaweit ist schon jetzt die Gemeinschaftsschule die Schule der Zukunft.

Ein weiteres Problem besteht in der nachweislich geringen Abiturquote im Kreis Plön. Umfassende Bildung mit einem Abiturabschluss ist die Eintrittskarte in eine optimale Berufsausbildung. Dafür steht der Kreis in der Verantwortung und muss alles ermöglichen, was zu einer höheren Abiturquote führt.

Die SPD-Fraktion sieht sich nach wie vor in der Verpflichtung, ein breites Schulangebot in erreichbarer Entfernung für alle Schülerinnen und Schüler des Kreisgebietes bereitzustellen, dem Elternwillen ist eine hohe Priorität einzuräumen und den gesetzlichen Voraussetzungen zu entsprechen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.03.2012, 23:51 Uhr - 8736 Clicks - Nr. 202

## **AUS + WEG**

### **Einwurf 3 (Kolumne für den Kleinen Reinbeker)**

Die rot-grüne Bundesregierung hatte mit den Energiekonzernen im Jahr 2000 den Ausstieg aus

der Atomenergie vereinbart. Dann kamen CDU und FDP, und es wurde der Ausstieg aus dem Ausstieg beschlossen. Nach den Ereignissen in Fukushima, vor ziemlich genau einem Jahr, besann sich die Bundesregierung und stieg wieder in den Ausstieg ein. Ende gut, alles gut. Könnte man meinen.


Doch was wird nun aus den Atomkraftwerken im Land? Da gibt es, vereinfacht dargestellt, zwei Alternativen: Abschließen und Abwarten oder Stilllegen und Rückbauen. Der Rückbau eines solchen Kraftwerks kostet hunderte Millionen Euro und ist von den Eigentümern zu finanzieren. Manch ein Konzern mag da auf Zeit spielen und hoffen, dass sich die öffentliche Meinung wieder dreht. „Schließlich steigen die Energiepreise...“

Auch in der Politik sehe ich schon wieder Einzelne, die über eine erneute Kehrtwende nachdenken. Da wird uns über Schwierigkeiten beim Netzausbau berichtet, da wird immer wieder der französische Atomstrom erwähnt, auf den wir künftig angeblich angewiesen sind.

Also bleiben wir wachsam, um das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Energiewende kann gelingen. In Deutschland besser als überall sonst. Schleswig-Holstein kann zum Motor der Energiewende werden, wenn alle mitziehen. Und für uns, gerade in der Nachbarschaft zu Krümmel, sollte gelten: Die Atomkraftwerke müssen AUS + WEG!

Martin Habersaat, MdL

**Keine Kommentare**



**EINWURF**  
des Abgeordneten  
**HABERSAAT**

**AUS + WEG!**

Die rot-grüne Bundesregierung hatte mit den Energiekonzernen im Jahr 2000 den Ausstieg aus der Atomenergie vereinbart. Dann kamen CDU und FDP, und es wurde der Ausstieg aus dem Ausstieg beschlossen. Nach den Ereignissen in Fukushima, vor ziemlich genau einem Jahr, besann sich die Bundesregierung und stieg wieder in den Ausstieg ein. Ende gut, alles gut. Könnte man meinen.

Doch was wird nun aus den Atomkraftwerken im Land? Da gibt es, vereinfacht dargestellt, zwei Alternativen: Abschließen und Abwarten oder Stilllegen und Rückbauen. Der Rückbau eines solchen Kraftwerks kostet hunderte Millionen Euro und ist von den Eigentümern zu finanzieren. Manch ein Konzern mag da auf Zeit spielen und hoffen, dass sich die öffentliche Meinung wieder dreht. Schließlich steigen die Energiepreise...

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.03.2012, 23:57 Uhr - 7111 Clicks - Nr. 203

## Für verlässliche Strukturen

*Zum Zukunftspakt der schleswig-holsteinischen Hochschulen sagt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:*

Es ist gut, dass die Hochschulen des Landes gemeinsam für ihre Interessen eintreten. Diese Gemeinsamkeit wünsche ich mir auch für Fragestellungen, die über die Forderung nach mehr Finanzmitteln hinausgehen.

Wir werden das Gesprächsangebot der Hochschulen nach dem Regierungswechsel gerne annehmen und gemeinsam nach Wegen suchen.

Nachdem die amtierende Landesregierung den Universitäten in Flensburg und Kiel an den Kragen wollte, hat sich zuletzt ein konstruktiver Dialog zwischen Hochschulen und Landespolitik entwickelt, beispielsweise im „hochschulpolitischen Dialogforum“, das als Reaktion auf die Studentenproteste eingerichtet worden war und in dem sich Vertreter der meisten Fraktionen mit Studenten, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern über verschiedene Fragestellungen der Hochschulpolitik ausgetauscht haben.



Aber auch der beste Dialog hilft nicht über zwei Wahrheiten hinweg: Die Hochschulen im Land sind unterfinanziert. Dem Land fehlen die Mittel, um diesen Umstand grundlegend zu beheben. Das führt zu einer oft wiederholten Forderung: Das Kooperationsverbot muss zu einem Kooperationsgebot werden. Der Bund muss mit ins Boot. Der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Entwicklung und die Exzellenzinitiative werden in der nächsten Legislaturperiode auslaufen – hier sind kluge Nachfolgeregelungen gefragt. Wir müssen die Unterfinanzierung überwinden und verlässliche Finanzstrukturen schaffen. Ein Hoffen auf den demografischen Wandel reicht nicht, weil wir die Zahl der Hochschulabsolventen steigern wollen.

Gute Ausbildung in der Breite und Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung werden nur möglich sein, wenn es uns gelingt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch, die deutschen Hochschulausgaben mindestens auf den OECD-Schnitt (1,5% des BIP, Deutschland: 1,2%) zu bringen.

Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, sich zu internationalisieren, also mehr ausländische Studierende und Hochschullehrer aufzunehmen und mehr Deutsche Studierende und Hochschullehrer ins Ausland zu entsenden.

Wir wollen Mittel der Europäischen Union soweit wie möglich auch für den Ausbau der Bildungsinfrastruktur nutzen. Das gilt besonders für eine Verbesserung der sächlichen und baulichen Ausstattung der Hochschulen.

Ein Fünftel aller Studierenden bricht das Studium ab. Das sind zu viele. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihre Beratungsangebote auszubauen. Mehr Betreuungsangebote und die Möglichkeit zum Teilzeitstudium, flexible Bachelor- und Masterstudiengänge und insbesondere infrastrukturelle Maßnahmen sowie Vorrechte von Studierenden mit Kindern bei der Wahl von Lehrveranstaltungen sollen Studium und Familie sowie Studium und Beruf besser vereinbar machen. Das wird Teil der neuen Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 29.03.2012, 14:46 Uhr - 20858 Clicks - Nr. 204

## **CDU verheddert sich in Schuldenbremsendebatte**

Zur aktuellen Debatte über die Schuldenbremse sagen die finanzpolitischen Sprecherinnen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Birgit Herdejürgen und Monika Heinold, sowie der finanzpolitische Sprecher des SSW, Lars Harms:

Der Finanzausschuss hat heute erneut über die Schuldenbremse diskutiert. Im Zusammenhang mit dem von CDU/FDP beschlossenen Ausführungsgesetz hatte der Landesrechnungshof betont, dass eine Sicherheitsreserve hilfreich sei. Diese werde man brauchen, da die Zeit schwieriger werde.

Für SPD, Grüne und SSW ist diese Aussage eine Bestätigung ihrer Position. Es ist nicht klug, per Gesetz eine andere Verschuldungsgrenze festzuschreiben als mit dem Stabilitätsrat vereinbart wurde. Die Höhe der möglichen Verschuldung im Gesetz und in der Bund-Land Vereinbarung sollte identisch sein. Wenn schon der Rechnungshof feststellt, dass eine Sicherheitsreserve aller Wahrscheinlichkeit nach zukünftig gebraucht wird, dann muss diese auch ohne Änderung des Gesetzes möglich sein.



**Keine Kommentare**

## MdB Sönke Rix: Krippenausbau statt Betreuungsgeld

Anlässlich der heutigen Debatte zum Betreuungsgeld erklären die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und der stellvertretende familienpolitische Sprecher Sönke Rix:



400 Mio. Euro will die Bundesregierung nächstes Jahr und 1,2 Mrd. Euro 2014 dafür ausgeben, dass Eltern auf einen Krippenplatz verzichten. Das legt der Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt fest. Damit ist der Finanzminister vor der CSU eingeknickt, die das Betreuungsgeld auf Biegen und Brechen durchsetzen will.

Das Betreuungsgeld ist bildungs-, gleichstellungs- und integrationspolitisch eine Katastrophe. Expertinnen und Experten warnen: Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Es erschwert frühe Bildung und bessere Integration für die Kinder genauso wie eine frühe Rückkehr der Mütter ins Erwerbsleben. Die heute veröffentlichte Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) ist dafür ein weiterer Beleg.

Wir fordern, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes zu verzichten und stattdessen in den Kitausbau zu investieren. Nur so kann es gelingen, dass Deutschland bei der Förderung von Kindern und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorankommt.

**Keine Kommentare**

## AfA SL-FL verurteilt die FDP zum Schicksal von den Frauen bei Schlecker

„Das, was diese FDP-Wirtschaftsminister machen, ist einfach verantwortungslos. Die FDP-Ideologie auf dem Rücken von überwiegend Frauen zu vernichten ist ein Skandal“, so die AfA-Kreisvorsitzende SL-FL Bente Reimer.

Es ist ein Skandal, dass die FDP in den Bundesländern Bayern, Sachsen und Niedersachsen eine Bürgschaft für den Schlecker-Konzern auf den Rücken von 11.000 Schlecker-Beschäftigten verhindert hat.

Es ist schon eine landläufige Ironie der Geschichte: Die FDP, nicht mehr als eine 1,2-Prozent-Partei am Rande ihrer Auflösung, zieht die Schlecker-Beschäftigten in den Abgrund.

Nach dem Scheitern einer Bürgschaft für den Schlecker-Konzern haben 11.000 Schlecker Beschäftigte ihre Kündigung erhalten. Das Schicksal von den Schlecker-Beschäftigten wiegt schwer, da besonders Frauen in ländlichen Räumen betroffen sind.



Die AfA SL-FL erklärt ihre Solidarität für die Betroffenen.

**Keine Kommentare**

## **Erdkabel statt Dinosaurier**

Erdkabel statt Dinosaurier

Die Energiewende macht einen zügigen Netzausbau notwendig. Damit sind in erster Linie die Nord-Südtrassen von Bedeutung, die den Strom der großen Windparks in die Ballungszentren befördern soll.

Da der Netzausbau im östlichen Schleswig-Holstein für die Zeit bis nach 2015 zurückgestellt worden ist, sollte die Verzögerung des Ausbaubeginns nach 2015 als Chance sehen werden, um einen für die Menschen im Kreis Plön verträglichen Weg des Netzausbaus zu erarbeiten. „Für mehr Akzeptanz vor Ort sorgt eine frühe Bürgerbeteiligung und dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt, bei den Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern,“ führt die umweltpolitische Sprecherin der SPD Kreistags-Fraktion, Dr. Birgit Malecha-Nissen, aus.

„Beim Ausbau der Hochspannungstrassen müssen wir uns von den Dinosauriern des letzten Jahrhunderts verabschieden und den Einsatz von Erdkabeln, besonders in besiedelten Gebieten, intensiv prüfen und die Verlegung vorziehen. Die Verlegung von Erdkabeln ist mit den heutigen neuen Verlegungsmethoden nicht teurer als hohe Masten und wird von der Bevölkerung eher bejaht. Die Erdkabel liegen in der Akzeptanz klar vor den bis zu 60 m hohen Strommasten, insbesondere auch mit Blick auf den Flächenverbrauch und die Gesundheitsgefährdung“, so Dr. Birgit Malecha-Nissen, stellv. Vors. des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft. Dazu wurde 2009 das Energieleitungsausbaugesetz – EnLAG - beschlossen. Mit diesem Gesetz ist es möglich, dem Erdkabel gegenüber den Freileitungstrassen den Vorzug zu geben.

Ein Zeitaufschub insgesamt bietet die große Chance, die Möglichkeiten der Nutzung der Energie vor Ort weiter zu entwickeln, statt sie möglichst schnell weg zu transportieren. „Bei weiter steigenden Ölpreisen wird Elektromobilität immer mehr an Bedeutung gewinnen. Batterien sind ein wunderbarer „Strom-Speicher“. Die Chancen der Energiewende als großen Vorteil sehen und intelligente Lösungen finden, dass ist zukunftsgerichtet!“ betont Birgit Malecha-Nissen.

Lutz Schlüsen  
Fraktionsvorsitzender  
Wischhof 3  
24256 Stoltenberg  
Tel. 04303/928022  
Dienst 0431 6031191  
Fax:0431/603101191

**Keine Kommentare**

## **Metropolregion statt Nordstaat**

Der frühere Erste Bürgermeister Hamburgs, Dr. Henning Voscherau, sieht in einem Zusammenschluss Schleswig-Holsteins und Hamburgs keine Vorteile.

Der prominente Hanseat war auf Einladung des SPD-Landtagskandidaten Marc-André Ehlers am 28. März zu einer Diskussionsveranstaltung nach Trappenkamp gekommen. Mit einem Referat stellte Voscherau die Perspektiven der Metropolregion Hamburg in einen größeren historischen Zusammenhang. Die gemeinsame Zukunft im Norden sei nur in Kooperation zwischen den Bundesländern zu gestalten. Ein Nordstaat würde aber zu massiven finanziellen Nachteilen im Länderfinanzausgleich führen. Die Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg biete dagegen große Einsparpotentiale. Der Ex-Bürgermeister lobte die gute Zusammenarbeit zwischen seinem Nachfolger Olaf Scholz und SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig.

„Mess- und Eichamt, Statistikamt, die Datenzentrale Dataport und die gemeinsame Landesbank sind ein Anfang, aber noch nicht genug“, stellte Marc-André Ehlers fest. Hamburg sei in der Metropolregion der Motor, brauche aber das Umland. „Hier wohnen viele Menschen, die in Hamburg arbeiten und so zu der hohen Wertschöpfung der Region beitragen“, weiß der Landtagskandidat aus eigener Erfahrung. Er wohnt in Nahe und arbeitet bei einem Bankhaus in Hamburg.

Einig waren sich die beiden Politiker in der Einschätzung, dass die feste Fehmarn-Belt-Querung einen wichtigen Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung geben wird. Ehlers: „Die A 20 und die A 21 werden durch die veränderten Verkehrsströme an Bedeutung gewinnen. Davon wird auch der Kreis Segeberg profitieren.“ In der Diskussion, die Trappenkamps SPD-Chef Axel Barckow leitete, wurde deutlich, dass Erfolge nicht kurzfristig zu erzielen sind. „Jetzt werden Entscheidungen getroffen, die in zehn oder zwanzig Jahren Früchte tragen werden“, ist Marc-André Ehlers überzeugt.

Der erfahrene Finanzpolitiker Voscherau und der Bankkaufmann Ehlers mussten auch Fragen zur aktuellen Finanzkrise beantworten. Deutschland sei bisher gut durch die Krise gekommen, lobte der Gast aus Hamburg. Dafür hätten der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und der frühere Arbeitsminister Olaf Scholz die Voraussetzungen geschaffen. Die Finanzkrise und die Schuldenbremse dürften nicht zu Vorwänden werden für Einschnitte im Bildungsbereich, warnte Marc-André Ehlers vor dem Hintergrund der Streichaktionen der schwarz-gelben Regierung in Kiel.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiebitzreihe](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 12:03 Uhr - 6878 Clicks - Nr. 209

## **SPD-Landesvorsitzender Stegner zu Gast in Kiebitzreihe**

Lob für Kiebitzreihes größten Arbeitgeber, Maschinenbau und Konstruktion (MuK)

Im Rahmen einer Tour zusammen mit den beiden SPD-Landtagskandidaten Birgit Herdejürgen (Mdl, Steinburg-Ost) und Stefan Bolln (Steinburg-West) durch den Kreis Steinburg kam Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender, nach Kiebitzreihe, um die Firma Maschinenbau und Konstruktion (MuK) zu besuchen.



Begrüßt wurden die Landespolitiker vom Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Niels Jurgons, der Stegner kurz die Rahmendaten und Entwicklungen des Dorfes und der örtlichen SPD erläuterte. Bei MuK wurden die Politiker von den drei Geschäftsführern, Wolf Dietrich, Heiko Schlüter und Herrn Winter, empfangen. Diese stellten zunächst die Geschichte, die Gesellschafterstruktur und die Betätigungsfelder des Unternehmens vor. MuK entwickelt und baut „maßgeschneiderte“ Spezialmaschinen, wie z.B. Palettierungsanlagen für Wellpappe, Maschinen für die Zuschneidung von Teppichfliesen und Anlagen zur Materialprüfung von Autofelgen und für Airbus. Mit 48 Beschäftigten sei man zudem der größte Arbeitgeber im Ort. Auf reges Interesse bei den Politikern stieß auch die Gesellschafterstruktur der Firma, denn über 2/3 der Beschäftigten sind Teilhaber. „Auf diese Weise verhindern wir, dass die Firma in fremde Hände fällt. So können wir unser Erbe vor Ort bewahren“, erläuterte Dietrich. Besonders gelobt wurde von Seiten der Geschäftsführung die gute Zusammenarbeit mit und Förderung des Landes Schleswig-Holstein bei der Entwicklung einer Glasfaserschneidemaschine. Auch die Möglichkeiten der Kurzarbeit-Regelungen sei in Krisenzeiten ein wichtiges und sinnvolles Instrument, um den Mitarbeiterstamm halten zu können. Die Politiker zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt des Betriebes und der enormen Kreativität und Ingenieursleistung, die zur Fertigung solcher Spezialmaschinen nötig ist. „High-Tech made in Kiebitzreihe – vor derartigen Leistungen kann man nur den Hut ziehen“, begeisterte sich Stefan Bolln. „Ich

freue mich, dass es leistungsfähige mittelständische Unternehmen wie dieses in Schleswig-Holstein gibt. Deren Bedürfnisse müssen von der Politik noch stärker ins Blickfeld genommen und unterstützt werden“, so Ralf Stegner. Zwei Wünsche gaben die Geschäftsführer dem SPD-Landesvorsitzenden gleich mit auf den Weg: Erstens sollte die Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern vereinfacht werden und zweitens muss der Schutz von Eigenentwicklung durch Patente besser überwacht und durchgesetzt werden.

Niels Jurgons

Bild: Strahlender Sonnenschein empfing SPD-Landesvorsitzenden Stegner (m.); zusammen mit (von links nach rechts) Niels Jurgons, Birgit Herdejürgen (MdL), Werner Brunhorn, den beiden MuK-Geschäftsführern Winter und Schlüter, sowie SPD-Landtagskandidat Bolln.

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 12:12 Uhr - 30558 Clicks - Nr. 210

## **Klärwerk – Senioren – Spezialmaschinenbau – Europaretzung**

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner mit den beiden Steinburger SPD-Landtagskandidaten Birgit Herdejürgen (MdL) und Stefan Bolln auf Tour durch einen vielfältigen Kreis Steinburg.

Am Montag bereiste der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner auf Einladung der beiden SPD-Landtagskandidaten Birgit Herdejürgen (MdL) und Stefan Bolln den Kreis Steinburg. Beginn der Reise durch den Kreis war Kellinghusen. Dort besichtigten die drei Landespolitiker zu-



sammen mit 15 Genossinnen und Genossen des Ortsvereins das Klärwerk der Stadt. Nach der Begrüßung durch Rüdiger Wehrhahn, stellvertretender Bürgermeister von Kellinghusen, führte Herr Langheinrich, Leiter des Klärwerkes, die Gäste durch die Anlage und erklärte das neue Konzept. Vor einem Jahr wurden in das Klärwerk über 3 Millionen Euro investiert, u.a. für die Errichtung einer Biogas-Anlage. Diese liefert die nötige Energie für den Betrieb und sorgt für eine energetische Autarkie. Dadurch können im Jahr ca. 200.000 Euro Energiekosten eingespart werden. Nach der Führung wurde in gemütlicher Runde noch über den gewünschten HVV-Anschluss, den Leerstand des Kasernengeländes, und vor allem über die geplante Gründung des Kellinghusener Stadtwerkes und die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule in Kellinghusen diskutiert. „Das sind wichtige, zukunftsweisenden Entscheidungen für die Stadt, die von einer SPD-geführten Landesregierung positiv begleitet werden“, so Stegner.

Danach ging es weiter in die Kreisstadt Itzehoe. Die Mittagszeit nutzte der Landesvorsitzende und die beiden Kandidaten, um den Klosterforst und den dort ansässigen Verein Vitavis zu besuchen. Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der Plate und Partner GmbH, stellte den Wohnpark, als ein Stück gelungener Konversion vor. „Anders als in vielen anderen verlassenen Kasernen, ist es hier gelungen ein Konzept komplett zu realisieren“, so Hoffmann zu den Politikern. Gemeinsam mit Pastor Paul Kah, der sehr aktiv den Seniorenverein Vitavis ehrenamtlich unterstützt, berichtete Herr Hoffmann von den einzelnen Schritten zur Verwirklichung dieses Wohnkonzepts, welches das Miteinander Leben von mehreren Generationen und sozialen Schichten beinhaltet. Bei einem Rundgang durch den Wohnpark konnten sich die Landespoliti-

ker von dem aktiven Leben in diesem neuen Stadtteil überzeugen. Der Besuch und das Gespräch mit einigen aktiven Senioren des Vereins Vitavis rundeten den Wohnparkbesuch ab. Die Senioren berichteten von ihren Aktivitäten rund um betreute Reisen, Vorträge und Bastelnachmittage. „Man merkt diesen Menschen an, dass sie füreinander eintreten. Es ist eine Freude zu sehen, wie ein solidarisches Miteinander hier gelebt wird“, so Ralf Stegner.

Anschließend reiste man an das südliche Ende des Kreises nach Kiebitzreihe. Dort wurde die Firma Maschinenbau und Konstruktion (MuK) besucht, die maßgeschneiderte Spezialmaschinen entwickelt und baut. Stegner, Herdejürgen, Bolln und Vertreter der örtlichen SPD-Ortsvereine wurden von den drei MuK-Geschäftsführern, Herrn Dietrich, Herrn Schlüter und Herrn Winter, empfangen. Diese stellten die Gesellschafterstruktur, die Geschichte und die Betätigungsfelder des Unternehmens vor. Besonders gelobt wurde von Seiten der Geschäftsführung die gute Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein bei der Entwicklung einer Glasfaserschneidemaschine für Windkraftanlagen. Auch die Möglichkeiten der Kurzarbeit-Regelungen sei in Krisenzeiten ein wichtiges und sinnvolles Instrument, um den Mitarbeiterstamm halten zu können. MuK hat unter anderem Maschinen für die Palettierung von Wellpappen, für die Zuschneidung von Teppichfliesen und für die Materialprüfung bei Autofelgen und für Airbus entwickelt. Die Politiker zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt des Betriebes und der enormen Kreativität und Ingenieursleistung, die zur Fertigung solcher Spezialmaschinen nötig ist.

Zum Abschluss des Tages ging es nach Oelixedorf zu einer Podiumsdiskussion zusammen mit Carsten Sieling, Bundestagsabgeordneter aus Bremen und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes. 40 Gäste diskutierten über die Themen Griechenlandkrise, Eurorettung und neue Visionen für Europa. Für Birgit Herdejürgen steht dabei fest, dass dieses Thema auch Schleswig-Holstein besonders betreffe. Denn, zum einen müsse eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger verhindert werden, zum anderen dürfe man aber auch nicht vergessen, dass auch die Wirtschaft in Schleswig-Holstein besonders von der Gemeinschaftswährung profitiere. „Darüber hinaus gibt es auch viele Projekte in unserer Region, die durch EU-Fördermittel unterstützt werden, z.B. das neue Gewerbegebiet in Schenefeld“, ergänzte Bolln. Das Publikum nutzte die Möglichkeit um den Finanzexperten Stegner, Sieling und Herdejürgen vielfältige Fragen zu stellen. Dabei standen die Ursachen der Staatsschuldenkrise, die harten Sparmaßnahmen in Griechenland, und mögliche Lösungsansätze für die Krise im Mittelpunkt. „Wir brauchen einen Marshall-Plan für Europa. Die massiven Kürzungen im sozialen Bereich, die Griechenland auferlegt wurden, weisen in die falsche Richtung“, konstatierte Sieling. Ein wichtiger Aspekt zur Finanzierung eines solchen Aufbauprogramms sei die Finanztransaktionssteuer. „Nur durch diese Steuer wird gewährleistet, dass diejenigen, die diese Krise verursacht haben, auch nachhaltig zu ihrer Lösung und zur Verhinderung weiterer Krisen beitragen“, sagte Stegner. Sieling betonte, dass wir jetzt die Chance haben aus der Krise heraus ein soziales, solidarisches und demokratischeres Europa zu erschaffen. „Deutschland muss der Motor für Europa sein und die Sozialdemokratie der Motor für Deutschland“, ergänzte Ralf Stegner abschließend.

„Der Kreis Steinburg hat neben seiner geographischen Lage viele Pfunde mit denen er wuchern kann und die eine positive Weiterentwicklung des Kreises ermöglichen“, stellte Stegner fest. „Wir haben Ralf einen guten Eindruck vom Kreis Steinburg gegeben und die Vielfalt unseres Kreises gezeigt“, resümierte Rudolf Riep, SPD-Kreisvorsitzender, zufrieden.

Niels Jurgons

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 12:13 Uhr - 15605 Clicks - Nr. 211

## **Thönnnes: Schwarz-Gelb riskiert den Solar-Standort Deutschland**

### **Auswirkungen auch im Kreis Segeberg zu spüren**

Die Bundesregierung kürzt die Solarförderung drastisch und setzt damit den Produktionsstandort Deutschland und damit 130.000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Wieder einmal verschlechtert sie



die Planungssicherheit für den Solarmarkt massiv.

Dass am 29. März 2012 mit der Mehrheit von CD/CSU und FDP verabschiedete Gesetz ist letztlich nicht mehr als ein Glaubenskrieg gegen eine unliebsame Technologie und das zu einem Zeitpunkt, wo Solarstrom günstig wird.

„Dies bestätigen das Solarzentrum Norderstedt und die Solar Initiative Norderstedt, die nun hinsichtlich Ihrer Vorhaben erheblich betroffen sind“, schildert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies. So werden bereits Aufträge storniert, mit Auswirkungen auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze.

„Von Kontinuität und Verlässlichkeit in der Solarbranche ist die Bundesregierung ebenso weit entfernt wie von einem effektiven Umbau des Strommarktes hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien“, meint Franz Thönnies, der in namentlicher Abstimmung gegen das Gesetz gestimmt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte einen Antrag vorgelegt, der eine klare Zielrichtung verfolgt. Der Anteil der Photovoltaik an der deutschen Stromerzeugung soll sich bis 2020 mehr als verdoppeln. Dafür ist wichtig, Hersteller in Deutschland vor staatlich subventionierten Modulen aus China zu schützen und wieder Ruhe in den Markt zu bekommen. Deshalb unterstützt sie ein Anti-Dumping-Verfahren bei der EU und schlägt vor, die Solarvergütung zukünftig in gleichmäßigen, dreimonatigen Schritten zu senken. Dies würde Herstellern, Investoren und Handwerkern Planungssicherheit geben. Der Antrag wurde jedoch leider von der Koalition abgelehnt.



Einen Erfolg konnte die Opposition dennoch erreichen. Auf massiven Druck von SPD und Solarbranche wurden die Verordnungsermächtigungen aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Die Kernelemente des Erneuerbare-Energien-Gesetzes können also auch zukünftig nicht ohne Zustimmung des Parlamentes verändert werden.

**Bildquelle: TR / [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)**

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 14:45 Uhr - 7688 Clicks - Nr. 212

## **Echte Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9**

*Zur Debatte um G8 oder G9 an Gymnasien erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Dass die einzigen G9-Gymnasien Deutschlands alle in Schleswig-Holstein stehen, demonstriert eher einen teuren Sonderweg als bildungspolitische Weitsicht. Es kann nicht sein, dass wegen eines unterschiedlichen Schulangebots nicht nur Umzüge in Deutschland für Eltern mit Kindern problematisch sind, sondern sogar Umzüge innerhalb Schleswig-Holsteins.



Alle Schülerinnen und Schüler, die einen G9-Bildungsgang am Gymnasium besuchen, werden diesen – auch nach Regierungsübernahme durch die SPD – selbstverständlich zu Ende führen dürfen. Für künftige Jahre gilt aber, dass wir Entwicklungen in Deutschland und Europa zur Kenntnis nehmen müssen.

Mit der SPD wird es in Schleswig-Holstein ein flächendeckendes Angebot zum Abitur nach neun Jahren geben. Mit einem Netz von starken G9-Gemeinschaftsschulen und starken G8-Gymnasien erhalten die Eltern eine echte Wahlmöglichkeit, erweitert noch um die starken Angebote der beruflichen Gymnasien.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 16:01 Uhr - 22329 Clicks - Nr. 213

## Wahlkampfauftakt in Hohenlockstedt

Zu einem feurigen Wahlkampfauftakt mit Chili con carne hatten die Landtagskandidaten Birgit Herdejürgen und Stefan Bolln, sowie der Kreisverband Steinburg geladen. Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich die SPD-Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf dem Ponyhof Fuchs in Hohenlockstedt.



„Wir wollen mit diesem Fest den Wahlkampf eröffnen und unseren Genossinnen und Genossen die Möglichkeit geben, einige Stunden mit Gleichgesinnten beisammen zu sein“, so die beiden Kandidaten der SPD.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen will es diesmal wieder schaffen, direkt in den Landtag gewählt zu werden: „Dafür brauche ich eure Unterstützung! Unter anderem muss das inhaltsleere Streichkonzert der schwarz-gelben Landesregierung endlich wieder durch politische Konzepte ersetzt werden. Haushaltskonsolidierung ist dringend notwendig, allerdings werden wir als SPD dabei die richtigen Schwerpunkte setzen. Das Land Schleswig-Holstein braucht den Politikwechsel“.

Auch der für Steinburg-West antretende Stefan Bolln setzt auf das Direktmandat:

„Ich will beweisen, dass eine nachhaltige Energiewende möglich und vor allem auch bezahlbar ist. Die Zukunft stellt gerade einen ländlichen Wahlkreis wie Steinburg-West vor große Herausforderungen in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Schulen und Infrastruktur. Ich will für meinen Wahlkreis eine starke, verlässliche Stimme in Kiel sein.“

Gestärkt durch Sonnenstrahlen, Chili con carne und Getränke starten die Genossinnen und Genossen in einen engagierten Wahlkampf.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 30.03.2012, 23:46 Uhr - 6431 Clicks - Nr. 214

## Gegen Rechtsextremismus

### SOLIDARÄTSEKTLÄRUNG

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD SH

Die AfA-Regionalkonferenz Nord sendet solidarische Grüße an alle Teilnehmer/innen in Lübeck die sich an den Aktionen „Gegen den rechten Aufmarsch in Lübeck“ beteiligen.

Wir Betriebs- und Personalräte in der SPD stehen mit unserer Partei in unserer 150 jährigen Tradition für Demokratie, Freiheit und Sicherung und Ausbau von Arbeitnehmerrechten.

Deshalb können und werden wir nicht die Aufmärsche von Neonazis tolerieren.

Demokratieverachtung und Menschenfeindlichkeit der Rechtsextremisten sind inakzeptabel und wir fordern deshalb ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Justiz gegen rechtsextremistischen Terror und Mordanschläge.

Dazu gehört auch das immer überfällig werdende Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir:

- Die Förderung des Landes für demokratische Organisationen und Bündnisse, die Rechtsextremismus bekämpfen.
- Die Unterstützung von „Bunt statt Braun“ Initiativen.
- Die öffentlichen Aufgaben dürfen keinen Trägern übertragen werden, die den Nazis nahe stehen.
- Von der Zuwendung öffentlicher Mittel sind rechtsextremistische Gruppen auszuschließen.
- Durch die politische Bildungsarbeit und themenorientierte Arbeit an Schulen ist die rechtsextremistische Ideologie zu entlarven.

Demokratie schützen – Rechtsextremismus bekämpfen, ist und bleibt unsere Leitlinie und unsere Verantwortung aus unserer Geschichte.

Bad Oldesloe, 31.03.2012

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 01.04.2012, 19:41 Uhr - 5395 Clicks - Nr. 215

## **AfA-Regionalkonferenz in Bad Oldesloe**

### **AfA-Regionalkonferenz Nord am 31.03.2011 in Bad Oldesloe startet mit Betriebs- und Personalräten den Wahlkampf in Schleswig-Holstein**

Die AfA-Regionalkonferenzen Nord haben mittlerweile eine mehrjährige Tradition und sind die praktische norddeutsche Zusammenarbeit von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen, Weser-Ems.

Die diesjährige Konferenz im Stormarner Kreistag, Beginn 11:00 Uhr, stand ganz im Zeichen der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6.5.2012 und damit des angestrebten Regierungswechsels mit dem bisherigen Kieler OB Torsten Albig als neuen Ministerpräsidenten.

Wolfgang Mädler, AfA-Landesvorsitzender: „Dabei geht es uns inhaltlich auch um unsere sozialdemokratischen Ziele, wie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, durch ein Tariftreuegesetz, einen Mindestlohn, mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen und die erforderliche Eingrenzung der Leiharbeit und des Niedriglohnssektors. Dafür brauchen wir aber auch ein Europa der Arbeitnehmer, weniger der Konzerne und Banken.“

Die entsprechenden Inputs wurden von dem anerkannten Wirtschaftswissenschaftler Prof Dr. Rudolf Hickel aus Bremen und dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner eingebracht. Der SPD Spitzenkandidat Torsten Albig hielt ein „längeres Grußwort“, er kam direkt von der Demo in Lübeck nach Bad Oldesloe.

Auseinandersetzen wird sich die Konferenz mit den unsozialen Einschnitten in den europäischen Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal.

Wolfgang Mädler: „Beim Schuldenabbau werden überproportional bei Arbeitnehmern Einschnitte durchgesetzt und auch von der schwarz/gelben Regierung in Berlin, Europaweit als erforderlich

gefordert und als Leitlinien verlangt. Das sind die Gleichen, die die Kredite für die Schleckerbeschäftigten verweigern und auf die Selbstreinigungskräfte des Marktes setzen. Das ist unsozial, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun und zu Recht werden bei Wahlen solche Politiker abgestraft.“

Foto: Helmut Ulbrand

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 02.04.2012, 11:29 Uhr - 153199 Clicks - Nr. 216

## **Europäischer Bürgerpreis an Schüler Helfen Leben e.V. aus Neumünster übergeben**

**Am Samstag hat in Berlin die offizielle Verleihung des Europäischen Bürgerpreises an Schüler Helfen Leben aus Neumünster stattgefunden.**

Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust, die die Jugendhilfsorganisation für den Preis vorgeschlagen hatte, überreichte die Auszeichnung an Vorstandsmitglied Katharina Rogge.

Sie nahm die Auszeichnung stellvertretend für über 100.000 Kinder und Jugendliche entgegen, die sich jedes Jahr am Sozialen Tag für ihre Altersgenossen auf dem Balkan engagieren.

„Es berührt mein Herz, dass junge Menschen aus Deutschland sich nun schon seit zwei Jahrzehnten dafür einsetzen, dass es anderen jungen Menschen, die auch in Europa leben, besser geht. Ich freue mich, dass das Europäische Parlament dieses Engagement mit dem Europäischen Bürgerpreis honoriert“, so Rodust bei der Verleihung.



Schüler Helfen Leben steht bereits seit dem vergangenen Jahr als Preisträger des Europäischen Bürgerpreises fest. Die Übergabe der Ehrenmedaille erfolgte nun im Rahmen eines Treffens, zu dem die Organisatoren des Sozialen Tags mit rund 250 Schülervertretern aus ganz Deutschland in Berlin zusammenkamen um das Projekt auszuwählen, das in diesem Jahr mit den Erlösen des Sozialen Tags gefördert werden soll.

Die von Schülerinnen und Schülern gegründete Jugendhilfsorganisation Schüler Helfen Leben ist seit den Bosnienkriegen 1992 tätig. Hinter allen Aktionen des Vereins steckt der Grundgedanke, Jugendliche für soziales Engagement zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv für Gleichaltrige im ehemaligen Jugoslawien einzusetzen. Ein besonders erfolgreiches Projekt des Vereins ist der bundesweit stattfindende Soziale Tag, an dem Schülerinnen und Schüler teilnehmen für einen Tag den Klassenraum gegen einen Arbeitsplatz tauschen. Den erwirtschafteten Lohn spenden sie für Hilfsprojekte in Südosteuropa.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 02.04.2012, 22:06 Uhr - 5985 Clicks - Nr. 217

## **AfA Ostholstein besucht Firma Brandenburg**

**Betriebsbesuch bei der Fa. Brandenburg in Timmendorf**

Die Fa. Brandenburg ist Timmendorfs größter Arbeitgeber und größter Steuerzahler. Alenthalben einen Besuch wert für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD (AfA). Deren Vorsitzende, Inke-Marie Jaschinski lud daher zur Besichtigung ein. Der große Wurst- und Fleischfabrikant mit 403 Mitarbeitern Stammbesatzung und ca. 100 weiteren Kolleginnen und

Kollegen, die für die Firma arbeiten, sorgt weitgehend für sozialversicherte Beschäftigung, bildet aus und stellt im REWE-Konzern einen wichtigen Eckpfeiler da. Die Fleisch- und Wurstprodukte werden deutschlandweit vermarktet. Neben dem AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädel, Betriebsräten und weiteren Genossen der SPD aus Eutin, Seretz und Fehmarn war auch der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat für den Nordwahlkreis, Lars Winter, schwer beeindruckt. Winter: „Ich hatte nicht für möglich gehalten, was Timmendorfer Strand für einen großen Betrieb hier bereit hält.“ Darauf konnte Dorfvorsteher Kay Kastner aus Groß Timmendorf nur bestätigen, dass insbesondere aus Klein- und Groß Timmendorf viele Arbeitnehmer für den Betrieb hier gerne arbeiten. Nach der ausgiebigen Werksbesichtigung hatte der Betriebsleiter, Bernd Arnold, eine Powerpointpräsentation vorbereitet und gab auf alle Fragen erschöpfend Auskunft. Der bleibende Eindruck, dass sich hier jemand vom Fleischerlehrling zum Chef hochgearbeitet hat, der weiß wovon er spricht, wurde den Eingeladenen noch dadurch abgerundet, dass Arnold sehr wohl sich für seine Mitarbeiter einsetzt, indem er beispielsweise Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellt. Auch ist ihm manche körperliche Arbeiterschwernis im Schichtbetrieb genauso bewusst, wie er auch eine gewisse Professionalität von seinen Mitarbeitern erwartet, die zum Teil an hochtechnischen Maschinen arbeiten. Ein wesentlicher Punkt war neben dem Aspekt von Zeitarbeitsplätzen, auch die Wirtschaftlichkeit und der Erfolg der FA. Brandenburg in Timmendorfer Strand. Zum Abschluss konnten die Anwesenden mit dem offenherzigen Arnold auch allgemein über die wirtschaftliche und politische Allwetterlage plauschen. Er verabschiedete die Gäste sogar mit einem Wurstpaket. In der AfA Ostholstein ist man sich sicher, dass die FA. Brandenburg gut geführt und mit den Angestellten und Arbeitern beispielhaft vorangeht.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.04.2012, 12:35 Uhr - 7346 Clicks - Nr. 218

## Gute Schule für alle

*Auf Einladung seiner Landtagskollegin Sandra Redmann referierte Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion, in der Stockelsdorfer Villa Jebesen zur sozialdemokratischen Bildungspolitik.*

In seinem Referat ging Martin zunächst auf die zukünftig sinkende Zahl von Grundschulern ein. Hier zeichnet sich ab, dass viele kleine Grundschulen, speziell im ländlichen Raum, in der Zukunft die Mindestgröße von 80 Schülern nicht mehr erreichen werden.



Weiterhin haben nach Meinung des Referenten die Regionalschulen Existenzprobleme. Es ist schon jetzt so, dass Regionalschulen an Orten, an denen auch eine Gemeinschaftsschule besteht, kaum nachgefragt werden.

Die SPD will den Schulstandorten künftig eine bessere Perspektive geben: Regionalschulen sollen zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt werden. Die Mindestgrößenverordnung soll angepasst werden, um mehr Grundschulen erhalten zu können und bisherige Regionalschulen ebenso.

Nach den Plänen der SPD wird es im Falle eines Wahlsieges am 6. Mai drei Wege zum Abitur geben:

Die Gymnasien bieten das Abitur nach 8 Jahren an, die Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Schulen bieten das Abitur in 9 Jahren an.

Die SPD plant, 21 bestehende Gemeinschaftsschulen im Lande um eine gymnasiale Oberstufe zu erweitern. Dies sei auch für die Gemeinschaftsschule Stockelsdorf möglich. In der anschließenden sehr engagierten und angeregten Diskussion mit den 35 anwesenden Eltern, Lehrern

und Schülern wurde ein breites Spektrum von Themen erörtert. Neben der Inklusion, der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein und der Personalpolitik des Landes nahm das Thema der geplanten Oberstufe in Stockelsdorf breiten Raum ein.

Martin Habersaat machte deutlich, dass die Chance auf Realisierung der gymnasialen Oberstufe in Stockelsdorf unter anderem auch davon abhängig sei, dass alle Beteiligten vor Ort an einem Strang ziehen. Der Ortsvereinsvorsitzende Ralf Labeit betonte, dass die Möglichkeit, das Abitur am Ort ablegen zu können, dem Elternwillen entspreche und alle Parteien der Gemeinde bereits am 27.06.2011 auf der Sitzung des entsprechenden Ausschusses für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe votiert haben. Die Gemeinde hat auch schon den zusätzlich entstehenden Raumbedarf an der Schule ermittelt. Nun müsse geprüft werden, wie sich die benötigten weiteren Klassenräume baulich realisieren lassen und welche Kosten dafür entstehen.

Einig war man sich, dass nach der Wahl eine weitere Veranstaltung zu diesem Thema erfolgen sollte.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.04.2012, 12:42 Uhr - 7210 Clicks - Nr. 219

## Ideologie oder Realität?

*Zur Debatte um die Schulpolitik erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

„Ideologische Positionen“ werden in der Bildungspolitik immer gerne denen vorgeworfen, die eine andere Position vertreten. Diese würde ich gegenüber dem Eltern- oder Schülerwillen niemals vorziehen.

Nun haben sich allerdings die Landeselternbeiräte der betroffenen Schularten in Schleswig-Holstein für G8 an Gymnasien und für G9 an Gemeinschaftsschulen ausgesprochen. Aus Ideologie? Oder weil es dem bundesweiten Trend entspricht?



Richtig ist, dass es in anderen Bundesländern andere Ausgangslagen gibt. Rheinland-Pfalz zum Beispiel hat nur einige Gymnasien probeweise zu G8-Gymnasien gemacht. Aber nicht, weil man bei G9 bleiben wollte, sondern weil dort schon immer das Abitur im ersten Halbjahr des 13. Jahrgangs absolviert wurde, man also „G 8,5“ hatte. In Bayern und Baden-Württemberg würde auch ich Handlungsbedarf sehen – weil es dort keine flächendeckende Wahlmöglichkeit gibt. Dort hat sich z.B. der Gesamtschulgedanke nie gegen CDU-Mehrheiten durchsetzen können. Und im Anschluss an die Realschule ist der Sprung auf ein G8-Gymnasium kaum zumutbar. Das ist aber nicht die Lage bei uns.

In Schleswig-Holstein können wir es schaffen, flächendeckend beides anzubieten – G8 am Gymnasium und G9 an der Gemeinschaftsschule. Auf beide Bildungsgänge muss man sich einlassen, beide sind zum Wohl der Kinder zu organisieren. Dazu gehört, dass G8 gut umgesetzt wird und berechnete Anliegen der Kinder und Eltern aufgenommen werden. An den meisten Gymnasien passiert das.

Momentan gibt es in Schleswig-Holstein Kreise, innerhalb derer Eltern kaum umziehen können, weil es von Stadt zu Stadt unterschiedliche Schularten gibt. Das widerspricht dem ebenfalls oft erklärten Elternwillen, am liebsten bundesweit ein einheitliches Schulsystem vorzufinden. Weil wir langfristige Perspektiven für das Schulsystem haben und langfristig verlässlich Bildungspolitik machen wollen, haben wir in unser Programm geschrieben, was wir zu diesem Zweck für richtig halten.

**Keine Kommentare**

## SPD unterstützt IG Metall

### SPD unterstützt Tarifforderungen der IG Metall

#### GUTE ARBEIT UND FAIRE LÖHNE

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Hinter uns liegen zwei Jahre mit guter Konjunktur und satten Gewinnen der Unternehmen. Es ist fair und gerecht, wenn die Menschen, die den wirtschaftlichen Erfolg erarbeitet haben, auch an den Ergebnissen beteiligt werden. Gute Lohnerhöhungen sind auch ökonomisch geboten, denn die Risiken für den weiteren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung sind hoch. Die alleinige Fixierung auf die Exportwirtschaft wäre fatal. Die Stabilisierung der Konjunktur erfordert eine weitere Stärkung der Binnennachfrage. Deshalb ist die Lohnforderung der IG Metall berechtigt. Die SPD begrüßt auch ausdrücklich die weiteren Forderungen der IG Metall: Die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten in den Betrieben und mehr Mitbestimmungsrechte

der Betriebsräte bei Dauer, Einsatz und Umfang der Leiharbeit.

Denn der Arbeitsmarkt befindet sich in Deutschland nur auf den ersten Blick in einem guten Zustand. Der Blick hinter die Kulissen offenbart eine tiefgreifende Spaltung. Atypische und prekäre Beschäftigung nimmt massiv zu. Jedes zweite neue Arbeitsverhältnis ist befristet. Davon sind insbesondere junge Menschen betroffen. Ihnen muss eine Perspektive gegeben werden, im Interesse der Betroffenen, aber eben auch im Interesse der Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen. Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse

hat rasant zugenommen. Mitte 2011 waren bereits 910.000 Leiharbeiter registriert, soviel wie nie zuvor. Leiharbeiter verdienen bis zu 40% weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen bei gleicher Tätigkeit. Deshalb fordert die SPD gute Arbeitsbedingungen und einen fairen Anteil der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg:

- Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, unbefristet und sozial abgesichert.
- Stärkung der Flächentarifverträge und der Tarifbindung.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit und für Männer und Frauen.
- Gute Löhne für gute Arbeit. Die Bruttolöhne müssen deutlich steigen.
- Abschaffung der Möglichkeit der Befristung ohne Sachgrund.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro.

2012 muss ein Jahr der guten Arbeit und der fairen Löhne werden!

**Keine Kommentare**

## Der Kreis Stormarn liest ein Buch

### Martin Habersaat beteiligt sich mit „Deutschstunden“ an der Aktion - am 10.4. auch im Nachbarkreis

„Die Idee soll dazu beitragen, durch überregionale Themen ein Stück kulturelles Gemeinschaftsgefühl im Kreis entstehen zu lassen und gleichzeitig natürlich auch Lust machen, sich mit Literatur zu beschäftigen,“ das sagte Friederike Daugelat, Kulturreferentin des Kreises Stormarn, zu ihrer Idee.

Im letzten Jahr hatten sich die Stormarnerinnen und Stormarner mehrheitlich dafür entschieden, dass „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ von Eugen Ruge das gemeinsam gelesene Buch sein soll.

EUGEN RUGE



IN ZEITEN



DES ABNEHMENDEN



LICHTS ★ ROMAN

An dem Projekt beteiligt sich auch Martin Habersaat, der bis zu seinem Einzug in den Landtag

als Deutschlehrer an einem Hamburger Gymnasium tätig war. Er lädt ein zu gemütlichen Deutschstunden bei Kaffee und Kuchen. Einmal auch im Nachbarkreis Herzogtum Lauenburg. Habersaat: „Beworben wird ‚In Zeiten des abnehmenden Lichts‘ als ‚der‘ Roman zur Wende, aber auch als ostdeutsche Variante der Buddenbrooks.“ Ob das stimmt, wolle er sich genauer ansehen. Mit besprochen werden auch Uwe Tellkamps ‚Der Turm‘ und Thomas Brussigs ‚Wie es leuchtet‘. Großes Lob hat Habersaat für das Gesamtprojekt: „Ich begrüße alles, was Interesse an Literatur fördert. Und ein großes Literaturprojekt, bei dem alle mitmachen dürfen, hat uns hier noch gefehlt. Ich freue mich schon auf die nächsten Durchgänge!“

**Wentorf, Dienstag, 10. April 2012, 15.00 Uhr**

Freie Lauenburgische Akademie, Hauptstraße 18, 21465 Wentorf.  
Anmeldungen bei Marlies Rothländer, Tel. 040 / 738 88 08.

**Reinbek, Donnerstag, 12. April 2012, 10.00 Uhr**

Mit dem AWO-Lesetreff.  
Jürgen-Rickertsen-Haus, Schulstr. 7, 21465 Reinbek  
Anmeldungen bei Angelika Lütjens, Tel. 04104 / 45 77.

**Glinde, Donnerstag, 12. April 2012, 15.00 Uhr**

Mit dem Diskussionsstreff 60plus.  
Bürgerhaus Glinde, Markt 2, 21509 Glinde  
Anmeldungen bei Marietta Exner, Tel. 040 / 710 63 29.

Später folgen auch noch „Deutschstunden bei Wein und Käse“:

**Oststeinbek, Montag, 23. April 2012, 19.00 Uhr**

Mit Wein Cave.  
Möllner Landstraße 22a, 22113 Oststeinbek.  
Anmeldung bei Peter Hartmann, Tel. 040 / 819 751 49.

**Barsbüttel, Mittwoch, 2. Mai 2012, 19.00 Uhr**

Mit dem Verein Bürgerhaus Barsbüttel e.V.  
Bürgerhaus Barsbüttel, Soltausredder 20, 22885 Barsbüttel;  
Anmeldung beim Bürgerhaus Barsbüttel, Tel.: 040 / 67 58 76 60.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.04.2012, 16:34 Uhr - 7743 Clicks - Nr. 222

## **Gute Bildung - gute Chancen**

„Jedem Kind die gleichen Chancen für die persönliche Lebensentfaltung und für die beruflichen Lebensperspektiven eröffnen, und zwar unabhängig von der Herkunft“, bleibt nach den Worten von Martin Habersaat, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, das Ziel der schleswig-holsteinischen SPD auch in den kommenden fünf Jahren.

Den Weg dorthin skizzierte der SPD-Bildungsexperte bei einer Diskussionsveranstaltung zur Bildungspolitik der Elmshorner Sozialdemokraten, zu der die SPD-Landtagskandidatin Beate Raudies eingeladen hatte.

Für Habersaat ist dabei ein wesentlicher Baustein das Recht auf eine gute Bildung, „das für alle nur dann erfüllt wird, wenn das Leitprinzip im Bildungsprinzip die individuelle Förderung ist.“ Diesen Baustein zu setzen wird nach Ansicht des Landtagsabgeordneten nur bei





einem bedarfsgerechten Ausbau der U3-Betreuung, der qualitativen Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen und durch ein längeres gemeinsames Lernen in Ganztagschulen mit verlässlichen Strukturen möglich sein.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Einschulungszahlen ist für den SPD-Bildungssprecher eine der Herausforderungen, die vielen, vor allem im ländlichen Raum vorhandenen Grundschulen durch neue Formen von Kooperationen in ihrer Existenz zu sichern. „Aber auch im sogenannten Sekundarbereich werden wir uns in der Perspektive auf zwei gleichwertige und vergleichbar ausgestattete Schularten konzentrieren müssen, nämlich die Gemeinschaftsschule und die Gymnasien“, so Habersaat.

Dieses sei nach Ansicht der der schleswig-holsteinischen SPD auch deshalb nötig, um sowohl im ländlichen Raum als auch in den großen zentralen Orten dasselbe Schulangebot vorzuhalten und bei einem Wohnortwechsel von Kreis zu Kreis eine Schullaufbahn ohne Nachteile zu ermöglichen, führt der Landtagsabgeordnete aus. Er gibt weiterhin zu bedenken, „dass die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien schon jetzt mit Übergangsquoten von 44,6 % und 38,6% die stärksten Schularten in Schleswig-Holstein sind, die Übergangsquote von der 4. Jahrgangsstufe auf Regionalschulen beträgt dem gegenüber nur 13,5% und liegt damit sogar 1,7% niedriger als die niedrigste Übergangsquote, die die Hauptschulen im Jahr 2007 erreicht haben.“

Zugleich setzen sich die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten auch dafür ein, an weiteren Gemeinschaftsschulstandorten gymnasiale Oberstufen einzurichten: „Die Landesstatistik weist eindeutig aus, dass das Erreichen der Hochschulreife mit von dem Angebot vor Ort abhängt. In den Kreisen mit einem hohen Angebot von Oberstufen liegt die Abiturquote über dem Bundesdurchschnitt, in den anderen Kreisen dramatisch darunter.“

Neben der Weiterentwicklung der Standortbedingungen werden nach der Überzeugung des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion auch inhaltliche Änderungen in der schulischen Ausbildung nötig sein. „Bei den Gemeinschaftsschulen wollen wir für die Schulen, die Konzepte des längeren gemeinschaftlichen Lernens verfolgen, zurück zum Differenzierungsstundenkontingent; bei den Gymnasien zurück zum Abitur nach 8 Jahren, um den Schülerinnen und Schülern einen reibungslosen Übergang bei einem Wohnortwechsel in ein anderes Bundesland zu ermöglichen“, so Habersaat.

[Link zur PPT-Präsentation](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.04.2012, 18:44 Uhr - 11249 Clicks - Nr. 223

## **SPD-Frauen fordern: „Aufhören!“**

### **Diskussion um CSU-Herdprämie immer absurder**

Die Diskussion um das so genannte Betreuungsgeld – im Volksmund „Herdprämie“ – treibe immer merkwürdigere Blüten, kommentiert die ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) die Meldungen der jüngsten Tage. Demnach gibt es innerhalb der Berliner CDU-FDP-Koalition mittlerweile heftigen Widerstand gegen das Vorhaben, Eltern finanziell dafür zu belohnen, wenn sie ihr Kind nicht in außerhäusliche Betreuung schicken.

23 bislang bekannte Abweichler gefährden die Regierungsmehrheit für das Projekt, welches intern schon als „Unfug-Gesetz“ tituiert wird.

„Aus solchen Zuständen gibt es nur eine Konsequenz: Aufhören!“, so Cornelia Östreich und Gesa Tralau, ASF und „Forum Familie“ der SPD Schleswig-Holstein.



Es müsse endlich Schluss sein mit der kostspieligen Fehlsteuerung von Sozialleistungen, nur weil sie einer antiquierten Familienideologie oder den Interessen eines einzelnen Landesverbandes – in diesem Falle der bayrischen CSU – entsprächen. „Immerhin kostet die ‚Herdprämie‘ schon im kommenden Jahr 400 Millionen Euro, ab 2014 dann 1,2 Milliarden Euro pro Jahr“, rechnen die SPD-Frauen vor - Geld, das für qualifizierte Kinderbetreuung und die Schaffung von Berufsperspektiven für Eltern wesentlich besser aufgewendet wäre. Und „Eltern“ heiße in der gesellschaftlichen Realität in erster Linie Mütter.

Besonders bitter, meinen die Sozialdemokratinnen: „Mit Kristina Schröder hat sich eine Ministerin diesem teuren, rückwärtsgewandten Nonsens verschrieben, die im selben Atemzug echte Gleichstellung für Frauen blockiert.“ Gemeint ist der vehemente Widerstand Schröders gegen verbindliche Geschlechterquoten in der Wirtschaft.

Und die FDP, die nichts dabei finde, im Zuge der „Schlecker“-Insolvenz Tausende weibliche Beschäftigte ohne Übergangslösung auf die Straße zu schicken – und damit auch den Koalitionspartner zu brüskieren –, zeige sich bei der „Herdprämie“ sträflich unentschlossen. „Frauen in Deutschland – immerhin die Bevölkerungsmehrheit – haben etwas Besseres verdient“, so Tralau und Östreich abschließend. Und, mit Blick auf die Landtagswahl am 6. Mai: „Frauen in Schleswig-Holstein aber auch!“

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 07.04.2012, 19:15 Uhr - 5204 Clicks - Nr. 224

## **Verbraucherschau in Reinbek**

Auch die SPD Reinbek und Martin Habersaat waren dabei. Am ersten Aprilwochenende 2012 fand in Reinbek die von Andreas Ellermann organisierte Verbraucherschau statt. An zahlreichen Ständen im Sachsenwaldforum konnten sich die interessierten Reinbekerinnen und Reinbeker, aber auch viele Gäste von außerhalb, über Handel, Handwerk, Kosmetik und vieles mehr informieren.

Auch Vereine und Verbände der Region präsentierten sich, so zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr Reinbek oder Kontakt - Initiative gegen Sucht und Gewalt e.V.

Mit einem Stand vertreten waren auch die Reinbeker SPD und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Auf dem Foto zu sehen sind der Reinbeker Fraktionsvorsitzende Volker Müller, Martin Habersaat und Gerd Prüfer, frisch gewählter Schatzmeister des SPD-Ortsvereins Reinbek. Alle drei waren sich einig: „Die Verbraucherschau war auch eine schöne Gelegenheit, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und Fragen zur anstehenden Landtagswahl am 6. Mai 2012 zu beantworten.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.04.2012, 19:28 Uhr - 8797 Clicks - Nr. 225

## **Frohe Ostern 2012!**

### **3 Tage, 5 Märkte, viele Helfer, über 2000 Hasen**

Mittwoch Wentorf, Donnerstag Barsbüttel, Samstag Glinde, Reinbek und Oststeinbek: Mehr als 2000 Ostergrüße überbrachten der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und viele fleißige Helferinnen und Helfer aus den SPD-Ortsvereinen in der Woche vor Ostern den Menschen in Südstormarn. Zu einem kleinen Schokohasen sagte fast niemand nein.

Martin Habersaat freute sich auch über viele nette Rückmeldungen zu seiner Arbeit im Landtag: „Viele Menschen erkennen mich, und ich merke aus Rückmeldungen und Fragen, dass viele Anteil nehmen an meiner Arbeit in Kiel.“

In den Wochen vor der Landtagswahl werden Vertreterinnen und Vertreter der SPD auf zahlreichen Info-Ständen bereitstehen, um Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten, Anregungen aufzunehmen und einfach ein offenes Ohr zu haben. Auch Martin Habersaat wird nun an jedem Wochenende auf den Märkten im Wahlkreis zu treffen sein. Habersaat: „Dabei kommt mir zugute, dass ich ohnehin viel im Wahlkreis präsent bin. Niemand hat das Gefühl, die SPD zeige sich nur anlässlich der Wahl, auch wenn die Landtagswahl am 6. Mai jetzt natürlich ein Anlass für verstärkte Präsenz ist.“



Fotoalbum zur Ostertour 2012: [hier](#).

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 09.04.2012, 18:36 Uhr - 8546 Clicks - Nr. 226

## Was ich diese Woche vorhabe...

...sind recht viele Termine, von denen ich vier hier exemplarisch nennen möchte.

### Meine Woche vom 09. - 15. April 2012

Am Mittwoch bin ich sehr auf ein Gespräch in Appen – beim DANA-Pflegeheim – gespannt. Ich werde mich über das Projekt „Betreutes Wohnen“ informieren. Möglicherweise lassen sich aus diesem Gespräch Ideen für andere derartige Projekte gewinnen.

Am Freitag stelle ich mich direkt den Wählerinnen und Wählern „face to face“. In Seestermühe werde ich von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr mit meiner Tour von Haustürbesuchen beginnen. Ich möchte von den Menschen in meinem Wahlkreis in direktem Gespräch erfahren, was sie bewegt.

Am Samstag werde ich von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr am Infostand in Elmshorn anzutreffen sein. Es geht um das Thema „Gute Arbeit“.

Und schließlich möchte ich direkt mit Ihnen beim politischen Frühschoppen am 15. April in Klein-Nordende ins Gespräch kommen. Beginn: 11:00 Uhr. Details in der Rubrik "Termine".  
Übrigens: In der Rubrik "Mein Pressespiegel" finden sich mit Klick auf "Presseeinladungen" die wichtigsten Termine, die ich bisher wahrgenommen habe - auch wenn sie nicht vollständig ein Presseecho hervorgerufen haben.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.04.2012, 21:36 Uhr - 8878 Clicks - Nr. 227

## Rezension: Eugen Ruge - In Zeiten des abnehmenden Lichts

„Roman einer Familie“ lautet der Untertitel des 2011 erschienenen Erstlingsromans von Eugen Ruge, für den er prompt den Deutschen Buchpreis erhielt. Geschildert wird die Geschichte einer Familie über vier Generationen, die den Aufbau der DDR und ihren Untergang erleben. Das

sozialistische Feuer glimmt von Generation zu Generation weniger, was als titelgebendes „abnehmendes Licht“ gedeutet werden könnte. Im Roman taucht die Wendung in Erinnerungen einer alten Frau an die Kartoffelernte in ihrer russischen Heimat auf - „wenn erst mal das Kartoffelkraut brannte, dann war sie gekommen, unwiderruflich: die Zeit des abnehmenden Lichts.“



Verschiedene Stationen der Familie werden aus Perspektiven einzelner Familienmitglieder geschildert. Ruge erzählt nicht chronologisch, sondern montiert zwischen 1952 und 2001 verschiedene Schilderungen hintereinander, immer wieder taucht der 1. Oktober 1989 auf, an dem kurz vor dem Zusammenbruch der DDR Wilhelm Powileit seinen 90. Geburtstag feiert. Er ist überzeugter Sozialist und nicht der Patriarch, weil er nicht der Vater der Söhne seiner Frau Charlotte ist. Ihr Sohn Kurt kommt aus dem Gulag in die DDR und wird Historiker (beides Parallelen zum Vater von Eugen Ruge). Sein Sohn Alexander fehlt bei der Geburtstagsfeier, weil er sich kurz zuvor in den Westen abgesetzt hat.

2001 leidet Alexander an Krebs im Endstadium, sein Vater ist schwer demenzkrank. Im Flur steht eine leuchtende Muschel. Sie stammt aus der Zeit, die Wilhelm und Charlotte in den 1950er Jahren in Mexiko verbrachten, bis sie zum Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik nach Ostberlin berufen wurden. Wilhelm, der sich in Mexiko nie wohl fühlte, nutzte sie als Beweis seiner Weltläufigkeit. Alexander wird sie später zum Symbol für seinen Wunsch, Mexiko auch zu erleben. Er nimmt die Ersparnisse seines kranken Vaters und fährt nach Mexiko, wo das Buch schließlich endet. Alexander liest eine Zeitung über 9/11, später in den Erinnerungen seines Vaters. Alles endet mit dem gleichgültigen, fernen Rauschen des Meeres.

Interessant ist, dass dieser „Wende-Roman“ ohne Mauerbau und Wende auskommt. Diese Ereignisse werden quasi als bekannt vorausgesetzt und spielen nur eine indirekte Rolle.

Martin Habersaat beteiligt sich an "Der Kreis liest ein Buch".

[Termine: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 10.04.2012, 10:39 Uhr - 4969 Clicks - Nr. 228

## Hurra - wir werden älter!

„Ist Barsbüttel vorbereitet?“ - Der demographische Wandel macht auch vor Barsbüttel nicht halt. In der Metropolregion Hamburg entwickelt sich die Alterspyramide etwas langsamer als im ländlichen Raum, aber auch hier wird deutlich: Die Bevölkerung wird älter. Welche Herausforderungen muss das Gemeinwesen bewältigen? Worauf muss die Politik achten? Diesen und anderen Fragen wollen die Barsbüttler Sozialdemokraten am 11. April ab 15.00 Uhr in der Sozialstation (Waldenburger Weg 2) nachgehen.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, wird in groben Zügen Entwicklungen in Schleswig-Holstein vorstellen. Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD in Barsbüttel, möchte die konkreten Projekte vor Ort besprechen. Eingeladen sind alle interessierten Barsbüttlerinnen und Barsbüttler.

**Hurra – wir werden älter!**  
**Ist Barsbüttel vorbereitet?**

11. April 2012 | 15.00 – 17.00 Uhr  
Sozialstation Barsbüttel, Waldenburger Weg 2

▶ Martin Habersaat (Mdl)  
(Mitglied der SPD Fraktion im Landtag)

▶ Hermann Hanser  
(Vorsitzender der SPD Fraktion Barsbüttel)

Mein Lieblingsspruch  
www.spd-barsbuettel.de  
SPD

**Keine Kommentare**

## Zur „Fernhalteprämie“

### Einwurf 4 für den „Kleinen Reinbeker“

Wenn am 6. Mai gewählt wird, werde ich mich in zahlreichen Diskussionsrunden mit Kolleginnen und Kollegen der CDU und anderen Parteien darüber gestritten haben, ob in Zeiten knapper Kassen die Kürzung von Bildungsausgaben dabei helfen kann, den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Ich glaube das nicht. Ich kenne in der Geschichte kein Land, das reicher geworden ist, indem es Lehrerstellen abgebaut hat.

Um die „Schuldenbremse“ zu erfüllen, müssen wir klug mit dem Geld umgehen.

Richtig ärgerlich werde ich, wenn ich sehe, wie das knappe Geld nicht nur an falscher Stelle ausgegeben wird, sondern geradezu kontraproduktiv. CDU und FDP führen auf Bundesebene ab 2013 das sogenannte „Betreuungsgeld“ ein, von Gegnern als „Herdprämie“ verspottet. Der Grundgedanke ist, dass Eltern Geld vom Staat bekommen, wenn sie Bildungseinrichtungen für ihr Kind nicht in Anspruch nehmen.

Bis zu zwei Milliarden Euro im Jahr wird sich die Bundesregierung diese absurde Idee kosten lassen. Geld, mit dem die Bildungsinfrastruktur im Lande wirksam verbessert werden könnte. Bekämen die Länder dieses Geld ausbezahlt, entfielen auf Schleswig-Holstein etwa 67 Millionen Euro. Das wären ca. 1340 Lehrerstellen oder zwei kostenfreie Kita-Jahre. Oder das doppelte von dem, was unseren Hochschulen nach eigener Aussage fehlt.

Ein Staat, der über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, sollte Geld ausgeben, um sein Bildungssystem zu stärken. Und nicht, um Kinder davon fernzuhalten!

Herzliche Grüße,  
Martin Habersaat, MdL



**EINWURF**  
des Abgeordneten  
**HABERSAAT**

**Zur Fernhalteprämie“**

Wenn am 6. Mai gewählt wird, werde ich mich in zahlreichen Diskussionsrunden mit Kolleginnen und Kollegen der CDU

**Keine Kommentare**

## Was zählt ist die Solidarität

### Ein Artikel zu dem schrecklichen Vorfall mitten in Meldorf.

In der letzten Woche gab es zwei Brandanschläge auf die „Dönerstube“ in Meldorf. Beim zweiten Anschlag wurde das Feuer mit einem Strohhallen verstärkt und zerstörte die Tür des Lokals.

Anwohner\_innen riefen Polizei und Feuerwehr und weckten die Familie, der das Restaurant gehört. So konnte das Schlimmste verhindert werden. Die Täter\_innen sind noch unbekannt, die Ermittlungen laufen noch. Ob die Anschläge rassistisch motiviert waren, ist auch noch nicht sicher.

Klar ist aber, dass wir Jusos sowas nicht einfach hinnehmen wollen und können.

Denn es handelt sich dabei nicht nur um einen Angriff auf die „Dönerstube“. Es ist ein Angriff auf unsere Demokratie, auf die Freiheit und damit auch auf jede und jeden von uns.

Demokratie bedeutet für uns Mitbestimmung, Teilhabe und Rückhalt. Um diese anzugreifen, braucht man keine gut geplanten Angriffe. Dafür haben in Meldorf schon brennende Strohbälle gereicht.

Die Besitzer\_innen der „Dönerstube“ müssen nun mit der Angst vor weiteren Anschlägen leben. Angst nimmt uns die Freiheit, selbstbestimmt zu leben. Genau diese Freiheit macht unser Leben aber aus und wir müssen alle gemeinsam aufstehen, um für unsere Freiheit einzustehen.

Man kann sich nicht vorstellen, wie groß die Angst sein muss, dass ein weiterer Anschlag folgen könnte. Solange die Taten nicht geklärt sind, wird niemand zum gewohnten Tagesablauf übergehen können.

Umso schöner war das Zeichen, das gestern, am Ostermontag, gesetzt wurde. Die Anwohner\_innen der Zingelstraße, wo auch die „Dönerstube“ ist, riefen zu einer Mahnwache auf. Diese wurde Samstag Abend angekündigt, niemand hatte mit allzu vielen Menschen gerechnet. Und trotzdem kamen fast neunzig Menschen an dem Abend auf den Südermarkt in Meldorf, um gemeinsam zur „Dönerstube“ zu gehen. Dort ergriffen einige Bürger\_innen das Wort. Auch die Jusos Dithmarschen beteiligten sich zahlreich an der Mahnwache. Für uns sprach Merle Stöver, stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos SH, und erklärte sich solidarisch der Familie des Inhabers. Wir setzten ein großartiges Zeichen.

Solche Angriffe wollen wir nicht einfach so hinnehmen! Die Zeiten, in denen man die Augen verschließen konnte und das Geschehene den Opfern der Anschläge, wie im Falle der "Dönermorde" des NSU, in die Schuhe schieben konnte, sind endgültig vorbei.

Es macht uns traurig, wie blind viele zu sein scheinen. Vor nicht langer Zeit kamen immer wieder neue Details der Mordserie des NSU ans Licht. Und immer wieder waren alle schockiert – "was, Nazis? Die gibt's hier doch gar nicht!" Es war scheinbar wirklich angenehmer, von „Döner-Morden“ zu sprechen und die Schuld den Opfern und Angehörigen in die Schuhe zu schieben. Wer wagt es auch schon, nachzuhaken.

Mittlerweile hat man eingesehen, dass wir sehr wohl doch ein Problem mit Rechtsextremismus haben. Es wurde ein Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen und die Mordserie wird genau beleuchtet. Und trotzdem wurde ich vor der Mahnwache mehrfach angesprochen, warum man denn eine Mahnwache veranstalte. Es könne ja schließlich auch sein, dass die Taten keinen rassistischen Hintergrund hätten. Aber: Zufall war es auch nicht! Das ist spätestens seit dem zweiten Angriff offensichtlich. Egal, ob diese Taten rassistisch motiviert waren – was jetzt zählt, ist die Solidarität, die wir zeigen. Wahrscheinlich ist Solidarität in dieser Zeit das wichtigste.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 12.04.2012, 15:06 Uhr - 21760 Clicks - Nr. 231

## **Andrea Nahles im Gespräch mit Bürgern**

Unter dem Motto „Wir reden mit Ihnen“ veranstaltet die Hohenlockstedter SPD ein Bürgergespräch mit der sozialdemokratischen Generalsekretärin Andrea Nahles und der Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen.

Angelehnt an die Bürgergespräche des „Demokratiesommers“ im letzten Jahr haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit in losen Gesprächsrunden mit „Ihren“ Politikern zu sprechen. Anregungen, Kritik und Fragen sind willkommen.

Moderiert wird der Abend von dem auf diesem Gebiet sehr versierten Pressesprecher der SPD im Kreis Steinburg Lothar Schramm,

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 19. April 2012 um 19 Uhr im Kunsthaus M1 in der Breiten Straße statt.

Musikalisch wird der Abend von der Hohenlockstedter Jazzband „Freiraum“ begleitet.

„ Wir freuen uns, dass sich unsere beiden Spitzenpolitikerinnen aus Land und Bund , diesen direkten Gesprächen stellen, und hoffen, dass viele Bürgerinnen und Bürger diese Gelegenheit beim Schopfe fassen, um ihre dringlichen Fragen an die Politik los zu werden“, so die stellvertretende OV-Vorsitzende Kristin Fuchs.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 12.04.2012, 17:35 Uhr - 16341 Clicks - Nr. 232

## **Gut arbeiten und leben in der Metropolregion Hamburg**

### **Hamburger Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele zu Gast in Norderstedt**

Welche Möglichkeiten stehen dem Kreis Segeberg und der Freien und Hansestadt Hamburg in der Metropolregion bei der Bewältigung der Probleme des zukünftigen demographischen Wandels zur Verfügung? Hierüber referierten und diskutierten auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnies der Hamburger Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Detlef Scheele, Helmut Deecke, Projektleiter Wissensnetzwerk Nord sowie die SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Landtagskandidatin Katrin Fedrowitz aus Norderstedt, am Dienstagabend in der Vereinsgaststätte von TuRa Harksheide.



Nach den Worten von Senator Scheele leben in Hamburg zur Zeit 50.000 Kinder im Grundicherungsbezug. Ziel ist es, eine fünfstündige Kinderbetreuung kostenlos anzubieten. Bis 2014 sollen alle Grundschulen eine Ganztagsbetreuung vorweisen, damit auch Kinder in belasteten Familiensituationen dieselben Chancen wie andere Kinder erhalten.

Für junge Menschen, die in das Berufsleben starten und hierbei besondere Schwierigkeiten haben und junge Arbeitslose ohne Ausbildung, wird ab September 2012 die Jugendberufsagentur in Hamburg eingeführt. Diese fasst alle Integrationsangebote zusammen. „Keiner darf auf der Strecke bleiben“, so Scheele. Und ergänzt: „Wir verweisen nicht, sondern antworten beharrlich durch Arbeits- und Bildungsangebote.“ Es sei allemal preiswerter im Übergang zum Arbeitsleben besondere Anstrengungen zu unternehmen, als Gefahr zu laufen Grundsicherung über das gesamte Erwerbsleben zu bezahlen.

Helmut Deecke stellte die junge Stiftung Beruf und Familie Stormarn vor. Dieses eindrucksvolle am 31. März 2012 ins Leben gerufene Projekt hat zum Ziel das Betreuungsangebot in der Metropolregion zu verbessern. „Gerade die mittelständischen Unternehmen in unserer Region brauchen gut ausgebildetes Fachpersonal. Dafür muss der Standort insbesondere für Familien mit Kindern attraktiv sein.“ erläuterte Deecke. Die Stiftung will es zunächst ermöglichen, dass eine Notfallbetreuung für Kleinkinder organisiert werden kann, in dem z.B. bei Schulausfall, Krankheit der Eltern oder kurzfristiger Unabkömmlichkeit innerhalb von zwei Stunden eine verlässliche Betreuung gewährleistet wird. Später sollen Angebote für Schichtarbeit und berufliche Tätigkeiten in Randzeiten hinzukommen. Eine Projektidee, die vielleicht auch Nachahmung im Kreis Segeberg finden könnte.

Katrin Fedrowitz plädierte für eine Gleichstellung der Eltern bei den Kosten für Tagesmütter gegenüber den Kindertagesstätten. „Bis 2020 wird es an allen Norderstedter Schulen eine Ganztagsbetreuung geben“, so die Landtagskandidatin. Sie wünscht sich für Norderstedt eine

gleichberechtigte Partnerschaft und gute Zusammenarbeit mit Hamburg, insbesondere bei dem Thema „Gute Arbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen“.

Nach den Beiträgen der Referenten wurde mit den Gästen engagiert diskutiert. Einig waren sich alle, dass die sich ändernden Lebens- und Berufswelten auch flexiblere Betreuungsangebote für Kinder erfordern. Kritisch betrachtet wurden die zukünftigen Anforderungen in einigen Berufen. Beispielsweise das Abitur für eine/n Gesundheitspfleger/in oder Erzieher/in. Franz Thönnies warnte vor einer allgemeinen und nicht immer zwingend notwendigen „Verakademisierung“.

„Der Abend hat gezeigt, dass die Kooperation zwischen Hamburg und den Nachbargemeinden in Schleswig-Holstein noch weiter ausbaubar ist. Die Politik aber auch die Wirtschaft habe dafür zu sorgen, dass Familie und Arbeit vereinbar sind. Das setzt eine flächendeckende, verlässliche Kinderbetreuung voraus“, so der SPD-Politiker.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.04.2012, 22:40 Uhr - 12429 Clicks - Nr. 233

## Peter Schulz kommt nach Glinde

### **Kupfermühle, 20. April, 16.00 Uhr: Erinnerungen eines Hamburger Bürgermeisters**

„Rostock, Hamburg und Shanghai. Erinnerungen eines Hamburger Bürgermeisters“ - so hat Peter Schulz seine 2009 erschienenen Erinnerungen betitelt. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Martin Habersaat kommt Peter Schulz in die Glinde Mühle, um aus seinen Erinnerungen zu lesen und mit interessierten Gästen ins Gespräch zu kommen.

Martin Habersaat: „Wir haben Textpassagen ausgewählt, die auch heute noch aktuell sind, etwa zu Herausforderungen in der Bildungspolitik. Aber auch solche mit besonderem Schleswig-Holstein-Bezug.“

Peter Schulz war nicht nur als Politiker in Norddeutschland in herausgehobenen Funktionen aktiv - er spielte auch als Jurist eine wichtige Rolle in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, als er Björn Engholm im Rahmen der Barschel-Affäre vertrat. Das Vorwort zu Schulz' Erinnerungen schrieb niemand geringeres als Altkanzler Helmut Schmidt. Dieser bescheinigt Peter Schulz Mut zur Unpopularität, Tapferkeit, und Ehrlichkeit im Meinungsstreit. Schmidt: „Tugenden, die man allen Politikern wünschen möchte, gleich welcher Farbe und Partei. Deshalb empfehle ich insbesondere den Jüngeren unter ihnen, dieses Buch zu lesen. Man kann einiges daraus lernen.“

Peter Schulz, geboren 1930 in Rostock, war 25 Jahre lang im Hamburger Rathaus tätig. Als SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft ab 1961, als Justiz- und Bildungssenator, als Erster Bürgermeister und als Präsident der Bürgerschaft bis 1986. 1960 gründete er die heute als Schulz Noack Bärwinkel firmierende Anwaltssozietät mit Niederlassungen in Hamburg, Rostock und Shanghai.



**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 13.04.2012, 00:42 Uhr - 4925 Clicks - Nr. 234

## SPD Reinfeld hat den Ortsverein in jüngere Hände übergeben

Am vergangenen Donnerstag wurde auf der Jahreshauptversammlung der SPD Reinfeld der komplette Vorstand turnusmäßig neu gewählt. Wichtig war den anwesenden Mitgliedern eine auf die Zukunft ausgerichtete Vorstandszusammensetzung aus „altgedienten“ und jüngeren Mitgliedern.

Am vergangenen Donnerstag wurde auf der Jahreshauptversammlung der SPD Reinfeld der komplette Vorstand turnusmäßig neu gewählt. Wichtig war den anwesenden Mitgliedern eine auf die Zukunft ausgerichtete Vorstandszusammensetzung aus „altgedienten“ und jüngeren



Mitgliedern. Wichtig ist auch die Ausrichtung der Politik, die weitere Öffnung für Nicht-Mitglieder, die eventuell projektbezogen für einen kurzen Zeitraum mitgestalten möchten und die in diesem Jahr anstehenden Vorbereitungen für die nächste Kommunalwahl mit der Aufstellung der zehn Direktkandidaten.



Als 1. Vorsitzender wurde Norbert Hintze (39) gewählt, der bereits auf Erfahrungen als 1. Vorsitzender bei der SPD Lübeck-Hüxterort zurückblickt. Seine Stellvertreter sind Jochen Witt aus Hamberge und Simon Schoss, der in diesem Jahr sein Abitur ablegt. Neu hinzugekommen ist Heiko Gerstmann, dem besonders Umweltthemen am Herzen liegen und der in der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld“ des Stadtverordneten Gerd Herrmann mitarbeitet. Kassenwartin bleibt Martina van Elkan-Röhl, Schriftführer Jochen Gehrke, Beisitzer bleiben Annita und Tom Klüver und Romy Schröder.

Der neue Vorstand wird umgehend die Arbeit aufnehmen und etliche Anregungen aus der Jahreshauptversammlung aufnehmen und umsetzen.

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.04.2012, 09:30 Uhr - 6733 Clicks - Nr. 235

## **Torsten Albig zu Besuch im Wahlkreis Schleswig Nord**

Auf Initiative der AfA Schleswig-Flensburg besuchte eine Delegation mit Torsten Albig, den Wahlkreiskandidaten Ralf Wrobel (Schleswig Nord) und Jens Maßlo (Flensburg Land), der AfA Kreisvorsitzenden Bente Reimer und weiteren Mitgliedern des AfA Kreisvorstandes die metallverarbeitende Firma M. Jürgensen in Sörup.



Die Firma M. Jürgensen ist ein nationales und internationales Unternehmen, das in einer großen Gießerei Schiffsmotoren in Stahl verarbeitet. Zentrale Anwendungsgebiete sind z.B. Antriebs- und Nebenaggregate für die Berufsschiffahrt – vom Containerfrachter bis zur Queen Mary 2 sowie Kraftstationen, Anlassluft- und Kältekompressoren.

Die Vorgängerfirma war unter dem Namen „Hein Schliep“ in der Region Flensburg und in Angeln bekannt.

Herr Andreas Willem, Geschäftsführer der Firma M. Jürgensen und andere Mitglieder der Geschäftsleitung, präsentierten das Unternehmen vor dem Rundgang durch die Hallen, wo das Metall verarbeitet wird.

Im Unternehmen sind etwa 300 Mitarbeiter beschäftigt, die in Schicht- und Wechseldienst rund um die Uhr arbeiten. Der Betriebsrat berichtete, dass die Nachtdienste auf freiwilliger Basis geleistet werden. Das Unternehmen bildet im Jahr 3 bis 4 Auszubildende aus, die nach ihrer Lehre vom Betrieb übernommen werden.

Herr Willem berichtete, dass das Unternehmen aus umwelttechnischer Sicht zertifiziert sei und dass die Akzeptanz im Ort gegeben sei, da die Nachbarschaft regelmäßig mit eingebunden wird.

Der Betrieb ist nicht tarifgebunden. Der Betriebsrat teilte uns aber mit, dass im Jahr 2010 ein Haustarifvertrag mit der IG Metall abgeschlossen wurde, der von den Beschäftigten eine sehr hohe Akzeptanz erfährt.

Auf die Frage über die Beschäftigung von Leiharbeitskräften wurde berichtet, dass zu Spitzenzeiten diese beschäftigt würden. Der Betriebsrat hat aber zusammen mit dem Unternehmen eine Absprache getroffen, langfristig diese Arbeitnehmer in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Herr Willem bat zum Abschluss darum, dass die SPD sich dafür einsetzen möge, im Bereich des hohen Energieverbrauches entlastet zu werden, indem die starren Grenzen im EEG aufgeweicht werden.

Der Besuch bei der Firma M. Jürgensen war in jeder Hinsicht eindrucksvoll und die Besichtigung der Werkshallen beeindruckend.

Auf dem Foto: Die Geschäftsleitung der Firma M. Jürgensen präsentiert Torsten Albig, Ralf Wrobel, Jens Maßlo und der AfA SL-FL die Produktionsabläufe

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.04.2012, 19:01 Uhr - 155385 Clicks - Nr. 236

## **„Spatenstich am NOK nur wahlkampfaktisches Manöver“**

**„Weitere Verzögerungen beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals gefährden diese wichtige europäische Wasserstraße ebenso wie den Standort Schleswig-Holstein und den Hamburger Hafen!“**



Das machte die Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Freitag in Brunsbüttel deutlich. Die schleswig-holsteinische Parlamentarierin und ihr Hamburger Kollege, der Verkehrspolitiker Knut Fleckenstein, hatten gemeinsam mit der wirtschaftspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Regina Poersch, die Lotsenbrüderschaft NOK I besucht. An dem Meinungs austausch mit dem Lotsenältermann Michael Hartmann, Bürgermeister Stefan Mohrdieck und dem Vorsitzenden der Bundeslotsenkammer Hans-Hermann Lückert, nahm neben Gewerkschaftsvertretern auch der Landtagskandidat für Dithmarschen-Süd, Michael Wolpmann, teil. Angesprochen wurden der immer wieder verzögerte Ausbau des Kanals, der Neubau eines fünften Schleusentores sowie die dringende Erneuerung der maroden alten Schleusentore, sowohl in Kiel als auch in Brunsbüttel.

„Die Landesregierung scheint die dramatische Lage immer noch nicht erkannt zu haben“, fürchtet Rodust. Wasser- und Schifffahrtsämter seien personell nicht hinreichend ausgestattet um den erheblichen Planungsaufwand stemmen zu können und weder Bund noch Land strebe einen ganzheitlichen Ansatz bei der Kanalsanierung an: „Der Neubau der Schleusenkammern in Brunsbüttel und in Kiel ist auf Jahre angelegt, dazu kommt die Verbreiterung des Kanals westlich von Kiel. Alle Maßnahmen müssen als Gesamtkonzept begriffen werden und nicht als Stückwerk!“ Rodust und Fleckenstein betonten die europäische Dimension des NOK, der als Teil der Transeuropäischen Verkehrsnetze auch förderfähig sei. „Dass die Bundesregierung hiervon nicht Gebrauch gemacht hat, für Projekte in anderen Bundesländern aber sehr wohl, sollte den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern zu denken geben“, findet Rodust.

„Dass sich der Bundesverkehrsminister jetzt für einen Fototermin zur Verfügung stellt, ist wohl leider mehr als wahlkampfaktisches Manöver zu werten, bei dem sich der Ministerpräsident

und sein Wirtschaftsminister in Szene setzen können“, so Rodust weiter. Der für nächsten Dienstag geplante erste Spatenstich zum Neubau der fünften Schleusenammer sei nicht die nötige Wende sondern schlichte Wählertäuschung: „Schließlich wissen wir von den Bundestagskollegen im Haushaltsausschuss, dass das Bundesverkehrsministerium nun wieder weniger Geld aus seinem Haushalt zur Verfügung stellen wird als die ursprünglich vorgesehenen 120 Millionen Euro für 2012 und 2013, nämlich nur noch rund ein Drittel.“

Foto v.l.n.r. André Mewes (SPD-Ortsvereinsvorsitzender Brunsbüttel), Mathias Stein (SPD-Landesvorstand), Kirstin Hinz (Personalratsvorsitzende WSA Brunsbüttel), Regina Poersch (wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion), Knut Fleckenstein (SPD-Europaabgeordneter aus Hamburg), Michael Hartmann (Lotsenältermann der Lotsenbrüderschaft NOK I), Michael Wolpmann (SPD-Landtagskandidat Dithmarschen-Süd), Ulrike Rodust (SPD-Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein), Hans-Hermann Lückert (Vorsitzender der Bundeslotsenkammer), Stefan Mohrdieck (Bürgermeister der Stadt Brunsbüttel)

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 14.04.2012, 13:26 Uhr - 8776 Clicks - Nr. 237

## **Rundreise mit MdL Lothar Hay im Wahlkreis Schleswig Nord**

Zusammen mit MdL Lothar Hay und Mitgliedern des Wahlkreisteams besuchte der Wahlkreiskandidat Schleswig Nord Ralf Wrobel die Kappelner Werkstätten, den Hof Schwarten in Schuby und die Steilküste an der Flensburger Förde bei Neukirchen, wo erhebliche Bodenabbrüche zu verzeichnen sind. Besonders erfreut zeigte sich Ralf Wrobel über das Interesse von Wolf Biermann an der Steilküste.



Während der Rundreise im Wahlkreis war die Delegation zuerst bei den Kappelner Werkstätten zu Besuch, wo sie mit dem Betriebsleiter und der Mitarbeitervertretung verabredet war. Im Gespräch wurden die Probleme seitens der Werkstätten erläutert, wie Gesetze der Einrichtung das Leben zum Teil erschweren. Interessant zu hören war es, dass in den Werkstätten zum großen Teil hochwertige Arbeiten geleistet werden – mit einem Unterschied, wie Herr Lenz, der Betriebsleiter sagte. In der „freien Wirtschaft“ bewirbt sich jemand auf einen speziellen Arbeitsplatz. In den Kappelner Werkstätten wird ihm ein mehr oder weniger behinderter Mensch angeboten und dann muss die Einrichtung einen Arbeitsplatz für diesen Menschen suchen. Weitere Themen waren der Tourismus und die Museumsbahn, die für den Kappelner Tourismus eine Bereicherung darstellt und steigende Beförderungszahlen aufweist. Hier wird unter anderem auch eine Förderung durch den Kreis erwartet. Abschließend wurde die Delegation noch ein Rundgang durch den Betrieb ermöglicht, in dem trotz eigentlicher Betriebsferien gearbeitet wurde. Ralf Wrobel machte einige Notizen für seine politische Arbeit aus dem Gespräch und der Besichtigung. Es ist davon auszugehen, dass dies sicher nicht der letzte Besuch in den Werkstätten war.

Anschließend besuchte die Delegation in Begleitung von Mitgliedern des Ortsvereins die Biogasanlage des Hofes Schwarten in Schuby. Dort wurden viele neue Erkenntnisse mitgenommen, nämlich, dass alles praktisch ein Kreislauf ist, dass nämlich der Abfall aus der Gasproduktion wieder als Dünger Verwendung findet und dass längst nicht mehr nur Mais oder Maissilage verwendet wird, sondern dass auch Gülle und andere Stoffe zu Gas verarbeitet werden, das dann von der „e-on-Hanse“ abgenommen wird. Der Energielandwirt kauft zwar noch viele Stoffe dazu, um den richtigen Mix herstellen zu können, aus dem dann das Gas gewonnen wird, aber er produziert auch vieles selbst zum Beispiel hat er nebenher noch einen Nutztierbetrieb mit rund 400 Rindern, deren Gülle eben auch zu Gas verarbeitet wird.

Abschließend ging es nach Neukirchen, einem Ortsteil der Gemeinde Quern, wo schon Die Delegation um Ralf Wrobel vom Bürgermeister Erich Petersen der Gemeinde erwartet wurde. Auch der zurzeit berühmteste Dorfbewohner, Wolf Biermann, schloss sich der Führung an. Direkt hinter der Kirche, an der dortigen Steilküste zur Flensburger Förde, wurden erhebliche Bodenabbrüche erkennbar. Diese Bodenabbrüche sind zwar noch nicht (!!) so dramatisch wie die auf Rügen, aber wenn dort nichts geschieht, könnte die Dramatik durchaus auch schlimme Formen annehmen. MdL Lothar Hay sagte dem Bürgermeister zu, dass er sich in einer der letzten Landtagsitzungen dafür einsetzen wolle, dass hier sofort Maßnahmen für den Küstenschutz beantragt werden. Herr Petersen erzählte einiges über die Geschichte der Gemeinde, über die Kirche als auch über einen geplanten Hafen, der von einem früheren Herzog im 17. Jahrhundert erbaut werden sollte.

Autor: Reinhard Vieth

Auf dem Foto: Wolf Biermann, Bürgermeister Erich Petersen, Ralf Wrobel, Lothar Hay.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 14.04.2012, 15:06 Uhr - 4675 Clicks - Nr. 238

## Osterfeuer in Willinghusen

Wie in jedem Jahr lud die Freiwillige Feuerwehr Willinghusen auch 2012 wieder zum traditionellen Osterfeuer ein, und Viele Menschen kamen. Am Wiesenweg hinter dem Tunnel gab es nicht nur ein imposantes Feuer zu bestaunen, für die Kleinen gab es spannende eigene Lagerfeuer, außerdem Grillfleisch und Stockbrot. Mit dabei war auch Martin Habersaat, der sich freute, mit seiner Kamera einige spannende Fotos von Feuer, Rauch und Funkenflug machen zu können.

Einige der Fotos im Fotoalbum:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/barsbuettel-2012/osterfeuer-willinghusen.html>



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.04.2012, 13:54 Uhr - 8925 Clicks - Nr. 239

## SPD startet die heiße Wahlkampfphase

Rappellvoll war die Halle 400 auf dem Kieler Ostufer, als die SPD Schleswig-Holstein hier den Auftakt der heißen Wahlkampfphase einläutete. Wenige Wochen sind es noch bis zur Landtagswahl am 6. Mai - und es liegt Wechselstimmung in der Luft. Das zeigen aktuelle Umfragen, das zeigte aber auch die Atmosphäre in der Halle 400. Spitzenkandidat Torsten Albig, Frank-Walter Steinmeier und Ralf Stegner waren dabei und zeigten eine selbstbewusste SPD mit einem starken Team.

Zu diesem Team gehört auch der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, auf der Landesliste der dritte Mann, nach Albig und Stegner. Torsten Albig hielt eine zuversichtliche Rede der man anmerkte, dass er das Land gestalten möchte. „Schleswig-Holstein kann mehr!“, lautete seine Devise. Er wolle, dass die SPD stärkste Fraktion werde - „und ich euer Ministerpräsident!“ Martin Habersaat: „Und dafür arbeiten wir bis zum 6. Mai weiter, und danach erst recht!“

Besonders freuten sich die Landtagskandidatinnen und -kandidaten, dass auch Heide Simonis gekommen war, um ihrer Partei viel Erfolg zu wünschen.

Fotoalbum: [hier](#).



**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 15.04.2012, 17:00 Uhr - 4521 Clicks - Nr. 240

## Marktgespräche

Nanu, was das nicht...? Ja, er war's! Manch eine Marktbesucherin musste sich mit einem zweiten Blick vergewissern, wer ihr da gerade Informationen zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 in die Hand gedrückt hatte. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des Landesverbandes Schleswig-Holstein, verbrachte den 13. April im Wahlkreis von Martin Habersaat und half auf dem Barsbütteler Wochenmarkt tatkräftig beim Wahlkampf.

„Die Stimmung hier in Südstormarn ist gut. Das spricht für den örtlichen Kandidaten, aber auch für eine gute Ausgangslage insgesamt“, sagte Stegner, der mit einem Regierungswechsel am 6. Mai rechnet.

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, auf dem Wochenmarkt mit den beiden Landespolitikern ins Gespräch zu kommen, so auch Wolf Harden, der mit seinem Hund Phoenix unterwegs war. Manche erkannten Stegner erst auf den zweiten Blick, wie eine ältere Dame, die fand: „So freundlich lächelnd wird Herr Stegner in der Zeitung nie gezeigt. Der kann ja richtig nett sein!“

Martin Habersaat freut sich, mit Torsten Albig als Spitzenkandidaten und Ralf Stegner als Landesvorsitzendem zwei starke Politiker in den eigenen Reihen zu haben. „Politik funktioniert besser, wenn man sie als Mannschaftsport begreift“, findet der 35jährige Barsbüttler.



**Keine Kommentare**

## Torsten Albig auf dem „Roten Sofa“

SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig verbreitet auf dem „Roten Sofa“ beim NRD Kompetenz und gute Laune. Der gelungene Auftritt ist für alle, die ihn verpasst haben, noch in der NDR-Mediathek nachzusehen. Die Sache mit der Strandmuschel vergessen wir mal...

Link: <http://www.ndr.de/flash/mediathek/mediathek.html?media=das1637>

Mehr Informationen zu Torsten Albig:  
<http://www.torsten-albig.de/>



**Keine Kommentare**

## Hängepartie beim Netzausbau in Schleswig-Holstein

### Fragenkatalog der SPD von Bundesregierung ‚lapidar‘ beantwortet!

Auf Initiative von Bettina Hagedorn stellten die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein Ende März zwölf detaillierte Fragen zum Thema des stockenden Netzausbaus im Norden an die Bundesregierung, deren schriftliche Antworten des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums jetzt vorliegen. Hagedorn: "Schleswig-Holstein ist einer der wichtigsten Standorte für erneuerbare Energien in Deutschland - speziell für die Windenergiebranche Onshore. Wir haben die längste Küstenlinie aller Bundesländer mit idealen Windbedingungen und können damit zum Gewinner der beschlossenen Energiewende werden! Wie die Bundesregierung jetzt bestätigte, weist eine aktuelle wissenschaftliche Studie des Bundes bundesweit schon aufgrund der Zahlen von 2009 96.000 Arbeitsplätze aus, die allein vom Bereich Onshore-Windkraft abhängen - davon schon damals allein 6000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, wobei diese Zahl in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sein dürfte. Wenn die schwarz-gelbe Landesregierung auch die Verdoppelung der Windvorrangflächen von 0,8 auf 1,6 Prozent der Landesfläche leider wegen erneuter Auslegung der Pläne bis 2013 verschleppt hat, so schlummert dennoch gerade im Onshore-Windkraftbereich für den Norden - auch durch weiteres Repowering - eine gewaltige Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und wachsenden Gewerbesteuerereinnahmen für die Kommunen gerade in strukturschwachen Regionen.



Allerdings haben E.on und die 4 CDU-Wirtschaftsminister der letzten 7 Jahre den notwendigen Netzausbau im Norden mindestens verschlafen, wenn nicht torpediert. Ohne diesen Netzausbau, für den im 380kV-Bereich jetzt TenneT verantwortlich ist, können die schnell wachsenden Erzeuger Erneuerbarer Energien - auch im Bereich Photovoltaik und Biomasse - ihren umweltfreundlich erzeugten Strom aber nicht vollständig einspeisen und nicht an die Hauptverbrauchsstandorte im Süden und Westen Deutschlands weitertransportieren. Solange es - trotz Fukushima - beim Netzausbau nicht entschlossen voran geht, bleiben alle Lippenbekenntnisse

- nicht zuletzt die ‚Beschleunigungsvereinbarung‘ zwischen Kieler Landesregierung und Netzbetreibern vom August 2011 - reine Symbolpolitik!"

Trotz dieser "Beschleunigungsvereinbarung" hatte TenneT als verantwortlicher Netzbetreiber nach exakt 6 Monaten vollmundiger Versprechungen im Februar 2012 die Netzleitungsbaupläne für Plön/Ostholstein/Lübeck für mindestens die nächsten 3 Jahre ‚auf Eis gelegt‘ - eine Katastrophe für die Betreiber erneuerbarer Energieanlagen vor allem in Ostholstein. Die Bundesregierung antwortete jetzt lapidar auf eine entsprechende Frage der SPD: "Die Bundesregierung geht davon aus, dass Netzbetreiber und Genehmigungsbehörden eine zügige Realisierung der notwendigen Leitungsvorhaben anstreben."

Hagedorn kommentiert: "Die Antworten der Bundesregierung sind leider schwammig, teilweise werden die Fragen gar nicht korrekt beantwortet - offenbar setzt man ‚auf das Prinzip Hoffnung‘, ohne den Mut zum Beschluss der wirklich wichtigen gesetzlichen Voraussetzungen zu haben, die den Netzausbau und die Energiewende erfolgreich bewerkstelligen können. Es ist eben zu wenig, wenn die Bundesregierung antwortet, sie wolle ‚in Kürze eine Informations- und Dialogoffensive über die Hintergründe des Netzausbaus, die technischen und ökologischen Möglichkeiten und Grenzen einzelner Übertragungstechnologien informieren und Diskussionsprozesse vor Ort anstoßen und moderieren.‘ Diese Maßnahme solle helfen, ‚die Diskussion zu versachlichen und auf diese Weise für mehr Akzeptanz zu werben.‘ Damit suggeriert die Regierung, die angeblich fehlende Akzeptanz der Bürger sei das Kernproblem, während sie selbst die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Beschleunigung des Netzausbaus - auch durch weitere Modellprojekte mit der Umlagefähigkeit möglicher Mehrkosten dafür - nicht herzustellen bereit ist. Um die Akzeptanz bei den Bürgerdialogen zu verbessern, müssen die Netzbetreiber eben nicht nur die betriebswirtschaftlich billigste, sondern die volkswirtschaftlich günstigste Trasse umlagefähig bauen dürfen - und dabei spielt der Zeitrahmen für die Verwirklichung und die Minimierung von Klagen Betroffener eine entscheidende Rolle!"

Eine der Fragen zielt genau auf diesen Sachverhalt ab: "Hält es die Bundesregierung für geboten, den Netzausbau mit zusätzlichen (Anm.: über die von der Großen Koalition im EnLAG hinausgehenden) gesetzlichen Anreizen - u.a. die gesetzliche Ausweitung der Umlagefähigkeit z.B. von Mehrkosten bei Erdverkabelungen im 380kV-Bereich oder anderen technischen Innovationen - zu forcieren und wenn nein, weshalb nicht?"

In ihrer ‚Antwort‘ redet die Bundesregierung elegant am Thema vorbei - weder zeigt sie auf, wie sie den Netzausbau konkret forcieren will noch begründet sie, warum sie das nicht für erforderlich hält. Bettina Hagedorn kommentiert: "Diese Antwort spricht leider Bände!"

Die Abneigung gegen die Realisierung von Erdkabel-Pilotprojekten spricht aus folgender Antwort: "Nach heutigem Stand ist nicht zwingend davon auszugehen, dass eine erweiterte Erdverkabelung auf der 380 kV-Ebene zu einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren führt."

Unnachahmlich aussagelos auch die Antwort der Bundesregierung auf folgende Frage: "Haben die vier im EnLAG genannten Modellprojekte der Erdverkabelung in Niedersachsen und Hessen bereits Planungsrecht erreicht - und wenn nein, warum nicht?" Antwort: "Die Planungs- und Genehmigungsverfahren der Erdkabelpilotprojekte des EnLAG werden von den zuständigen Landesbehörden durchgeführt. Nach Kenntnis der Bundesregierung haben die einzelnen Abschnitte der vier Erdkabel-Pilotprojekte unterschiedliche Stadien des Genehmigungsprozesses erreicht. Alle haben zumindest bereits die Phase des Raumordnungsverfahrens erreicht. In einigen Fällen wurde dieses bereits abgeschlossen; in anderen Fällen wird die Planfeststellung vorbereitet oder hat bereits begonnen."

Hagedorn: "Leider ‚vergaß‘ die Bundesregierung in ihrer Antwort zu erwähnen, dass auf einer der Modellstrecken die Planung seit einem Jahr durch ein Klageverfahren gestoppt wurde, das TenneT deswegen gegen die Landesregierung angestrengt hat, weil sie nur einen Bruchteil der von der CDU-Landesregierung angestrebten Teilstrecke erdverkabeln will. Das Planverfahren wird also nicht durch etwaige ‚Wutbürger‘ blockiert, sondern durch Netzbetreiber im Konflikt mit einer konservativen Landesregierung."

Mit ihren Bundestagskollegen aus dem Norden - dem Landesgruppensprecher Dr. Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm, Sönke Rix, Franz Thönnies sowie Hans-Peter Bartels - stellt

Bettina Hagedorn den gemeinsamen Fragenkatalog samt Antworten der Bundesregierung jetzt öffentlich vor, um damit den politischen Diskussionsprozess über die Energiewende und die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür zu forcieren. Die sechs SPD-Bundestagsabgeordneten sind sich einig: "Wir alle wissen: Seit dem Beschluss zur Energiewende - Fukushima war dafür der traurige Weckruf - hat sich der Netzausbaubedarf mindestens verdoppelt wenn nicht vervierfacht. Da gleichzeitig die Planungszeit auf vier Jahre und damit auf ein Drittel verkürzt, die Bürgerbeteiligung angeblich nicht verschlechtert und die Klagen reduziert werden sollen, fragen wir uns, wie diese ehrgeizige ‚Quadratur des Kreises‘ gelingen kann, wenn Netzbetreiber wie TenneT in Regionen wie Ostholstein den Netzausbau blockieren, weil sie zeitnah offenbar weder personell noch finanziell in der Lage sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dieser Herkulesaufgabe endlich mit ganzer Kraft - und frei von Lobby-Interessen der großen 4 Energieriesen - zu widmen."

Kommentar von [Stefan Gloger](#) vom 26.05.2014, 10:47 Uhr:

**RE: Hängepartie beim Netzausbau in Schleswig-Holstein**

*Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die detaillierte Zusammenfassung der Problematik. Gibt es inzwischen schon aktuelle Erkenntnisse zum Ausbau der Trasse im Bereich der Nienwohlder Straße? Vielen Dank für Ihre Rückmeldung. Stefan Gloger*

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 15.04.2012, 20:47 Uhr - 3634 Clicks - Nr. 243

## Die April-Ausgabe der Ortsvereinszeitung ist veröffentlicht

Sie ist auch im Internet abgelegt.

[Dütt un Datt Nr. 107](#)

Die Ausgabe zur Wahl ist in Arbeit :-)

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 16.04.2012, 15:04 Uhr - 4728 Clicks - Nr. 244

## 25 Jahre Jugendfeuerwehr Barsbüttel

25 Jahre Jugendfeuerwehr Barsbüttel waren Grund genug für eine Feier im Dorfgemeinschaftshaus Stemwarde. Wie sich zeigte, sind viele der Jugendfeuerwehrleute von vor 25 Jahren heute noch aktiv in der Freiwilligen Feuerwehr. Die Jugendfeuerwehr ist also eine gute Investition in die Zukunft und sichert den Nachwuchs der aktiven Wehr. Und sie ist eine Jugendorganisation, in der Freundschaften fürs Leben entstehen, wie sich zeigte. Zwei Arten von Ehrengästen durften teilnehmen.

Zum Einen waren da natürlich Orts- und Gemeindefeuerwehrführer aus Barsbüttel, Vertreter der Kreis- und Landesfeuerwehr, Bürgermeister Thomas Schreitmüller und sein Amtsvorgänger von vor 25 Jahren, Friedrich Sievert, Landrat Klaus Plöger, der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Vertreter der Presse. Und auf der anderen Seite drei, auf die alle warteten: drei Spanferkel, die den Mittelpunkt des leckeren Buffets bildeten.

Für die FFW fotografierte Sven Hinzpeter, viele Fotos finden sich auf den Facebook-Seiten der Barsbüttler Jugendfeuerwehr: <http://www.facebook.com/messages/1195588701#!/media/set/?set=a.398569436822799.100451.191042087575536&type=1>



**Keine Kommentare**



[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 17.04.2012, 19:49 Uhr - 54321 Clicks - Nr. 245

## **UmWeltforum konkretisiert Regierungsprogramm**

In einem Diskussionspapier zur neuen Energie-, Natur - und Umweltpolitik in Schleswig-Holstein konkretisiert das umWeltforum das Regierungsprogramm 2012-2017 der SPD Schleswig-Holstein.

Ein großer Teil der Arbeiten wurde im umWeltforum geleistet, das sich mit Sachkunde und Engagement immer wieder in die energie- natur- und umweltpolitischen Fragen eingebracht hat und für eine Politik der konkreten Standards Sorge getragen hat.

[Zum Diskussionspapier ....](#)

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 17.04.2012, 21:52 Uhr - 8346 Clicks - Nr. 246

## **Veranstaltung "Agrarpolitik und Massentierhaltung" in Gammellund**

Anlässlich meiner vielen Gespräche im Wahlkreis Schleswig Nord und im Kreis Schleswig Flensburg wurde ich immer wieder darauf angesprochen, wie die SPD zur ökologischen Landwirtschaft steht. Deshalb freue ich mich, für eine Veranstaltung am 19. April um 19.00 Uhr die Fachleute MdL Lothar Hay und Gerd Kämmer von "Bunde Wischen" für eine Veranstaltung im Gasthof Gammellund gewonnen zu haben.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wollen wir die Auswirkungen über die Gefahren zunehmender Massentierhaltung und Agrarfabriken und die Möglichkeiten einer nachhaltigen, ökologischer Landwirtschaft, Naturschutz und gesunder Ernährung aufzeigen.

Ich freue mich über die Teilnahme von Interessierten und einen interessanten Abend.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.04.2012, 22:16 Uhr - 7613 Clicks - Nr. 247

## **Gastschulabkommen - Geschwister dürfen nachkommen**

Die drei Wandsbeker Gymnasien können nicht mehr alle Barsbüttler Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die nach der Grundschule dorthin wechseln wollen. Diese Nachricht hatte in Barsbüttel für Unruhe gesorgt. Die SPD Barsbüttel traf sich mit den betroffenen Eltern und fragte bei der Schulbehörde nach. Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat: „Die Antwort ist nachvollziehbar, wenn auch nicht gänzlich im Interesse der Eltern. Immerhin haben wir erreicht, dass

alle Kinder auf die Wandsbeker Gymnasien gehen können, deren Geschwister die jeweilige Schule schon besuchen.“

Nach den Geschwisterkindern ist das Aufnahmekriterium die Nähe des Wohnortes zur Schule, was der Landtagsabgeordnete, bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Lehrer an einem Hamburger Gymnasium, für nachvollziehbar hält. Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-

Fraktion Barsbüttel: „Wir würden bei einer über- großen Nachfrage nach unserer Gemeinschafts- schule natürlich auch zunächst den Kindern aus unserer Gemeinde den Vorzug geben.“ Das Sena- torenbüro teilte ferner mit, dass die Barsbüttler Kinder seit Inkrafttreten des Gastschulabkommens behandelt werden wie Hamburger Kinder. Dass für die Barsbüttler nur die drei Gymnasien Marien- hal, Charlotte-Paulsen- und Matthias-Claudius- Gymnasium in Frage kommen, sei nicht Teil des Abkommens. „Seit der Anmelderunde 2011 wur- den CPG und insbesondere das MCG so massiv überwählt, dass das CPG inzwischen zwei und das MCG sechs mobile Klassenräume haben. Damit sind die räumlichen Kapazitäten erschöpft und die Schulen können in die nächste Klasse 5 nur die jeweils vorgesehenen vier Klassen aufnehmen. Aber alle Barsbüttler Kinder haben Schul- plätze an Hamburger Gymnasien bekommen, zu denen der Schulweg jeweils deutlich kürzer als der nach Reinbek oder Glinde ist.“



Die Alternative zu den Hamburger Gymnasien sind die Gymnasien in Glinde und Reinbek, in erster Linie aber die Barsbüttler Gemeinschaftsschule, die über eine mehrzügige gymnasiale Oberstufe verfügt und gerade zum neunten Mal Schüler zum Abitur gebracht hat. Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD Barsbüttel: „Unsere Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule ist besser als manches Gymnasium. Die Schule bietet alles, um ein gutes Abitur machen zu können. Wir stehen hinter dieser Schule und werden sie weiter entwickeln.“

Langfristig wünscht die SPD sich das Ende aller Gastschulabkommen. Eine „freie Schulwahl“ ist gewollt. Das setzt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung voraus, die Schulen beiderseits der Landesgrenze berücksichtigt. Habersaat: „Das ist eines unserer Ziele, die wir nach der Wahl am 6.Mai angehen wollen, wenn die SPD die Landesregierung stellt. Allerdings wird es auch dann noch den Fall geben, dass eine Schule einfach voll ist. In solchen Fällen werden wohl immer zuerst die Schülerinnen und Schüler in der direkten Nachbarschaft berücksichtigt, erst später die von weiter weg.“

Foto: Beim Treffen mit den Eltern - Martin Habersaat, Hermann Hanser, Andrea Johann (alle SPD Barsbüttel)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.04.2012, 22:23 Uhr - 8795 Clicks - Nr. 248

## Mit Ralf Stegner im Hochregallager

Wer auf der A1 im Osten Hamburgs unterwegs ist, der kann es nicht übersehen: Das Hochregallager von Möbel Höffner, von dem aus Möbel Kraft und die Höffner-Filialen in Norddeutschland versorgt werden. Wie aber funktioniert so ein Lager? Was sind die logistischen Herausforderungen für die Menschen, die dort arbeiten? Um diesen und anderen Fragen nachzugehen, hatte die SPD-Barsbüttel für örtliche Unternehmer und andere Interessierte eine Besichtigung des Lagers organisiert.

Mit dabei waren auch der örtliche Landtagsabgeord-



nete Martin Habersaat und Dr. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD und der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein.

Erstaunt waren alle Beteiligten, dass das Lager von innen noch größer aussieht als von draußen. Um möglichst fehlerfreie Abläufe zu gewährleisten, muss die Organisation stimmen. „Auf der einen Seite herein, auf der anderen hinaus. Wenn es auf meinem Schreibtisch bloß auch so aufgeräumt aussähe...“, schmunzelte Martin Habersaat. Ralf Stegner freute sich, seinen Kenntnissen über die Wirtschaft im Lande wieder einen Baustein hinzugefügt zu haben: „Ich habe schon viele Möbelhäuser und Logistikbetriebe besucht. Es ist gut, dass ich jetzt auch diesen Standort kenne.“

Hermann Hanser betreibt eine Kongressagentur mit Sitz in Barsbüttel, Berlin und Frankfurt. Er ist außerdem Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel. Sein Fazit: „Momentan bereitet uns die Landesplanung Probleme, lässt uns Barsbüttel nicht so entwickeln, wie wir wollen. Es ist gut, wenn möglichst viele maßgebliche Landespolitiker sich mit der Situation vor Ort befassen!“

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 17.04.2012, 22:34 Uhr - 5046 Clicks - Nr. 249

## **Barsbüttel und die Generation 70plus**

„Hurra, wir werden älter! Ist Barsbüttel vorbereitet?“ - Um dieser Frage nachzugehen, hatte die SPD-Barsbüttel in die Räume der Sozialstation Barsbüttel eingeladen. Etwa 20 Gäste kamen, um bei Kaffee und Kuchen verschiedene Aspekte des demographischen Wandels und seinen Folgen für Barsbüttel zu beleuchten. Der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat konnte dabei von landesweiten Entwicklungen und Projekten berichten.

Hermann Hanser als Fraktionsvorsitzender der SPD-Barsbüttel und Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur und Soziales, nahm Anregungen für die Arbeit vor Ort mit.

Das Spektrum der angesprochenen Themen war groß, es reichte vom Zustand der öffentlichen Plätze und Wege bis hin zur Lage der öffentlichen Finanzen in Kommune, Land und Bund. Um den Barsbüttlern auch im Alter einen Verbleib in ihrer Heimatgemeinde ermöglichen zu können, müsse das Angebot der Ärzte vor Ort erhalten bleiben, außerdem brauche es mehr seniorengerechten Wohnraum, wie er in den kommenden Jahren rund um das neue Nahversorgungszentrum „Am Akku“ entstehen soll. „Außerdem muss darauf geachtet werden, dass man in den Wohnungen mit einem Rollstuhl ebenso klarkommt wie auf den Straßen“, befand Werner Schlüter, der Vorsitzende des Seniorenbeirats. Für beide Fälle konnte er viele Beispiele aufzählen, wo dies heute nicht so sei.

Mitarbeiterinnen der Sozialstation beklagten, dass in vielen Fällen die Zeit für die Betreuung pflegebedürftiger Menschen nicht reiche. Viel Arbeit müsse in Dokumentation und Bürokratie gesteckt werden, diese Zeit fehle dann für Gespräche und Zwischenmenschliches. „Die Gemeinde muss sich um ein gutes Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche kümmern, darf aber auch die Senioren nicht aus dem Blick verlieren - Barsbüttel soll ein Ort sein, in dem wir alle gerne leben“, befand Hermann Hanser, der die Thematik im SKS-Ausschuss weiterverfolgen will.

**Keine Kommentare**

[SPD-Amtsverband Südangeln](#) - veröffentlicht am 18.04.2012, 16:20 Uhr - 4406 Clicks - Nr. 250

## Abend für Bildung am 20.03.2012 großer Erfolg

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,  
da die 2Schleswiger Nachrichten" uns scheinbar boykottieren und diese Pressemitteilung nicht haben erscheinen lassen, veröffentliche ich die Pressemitteilung auf unserer Homepage. Mögen wir nach der Landtagswahl 2012 den Ministerpräsidenten stellen, damit möglichst viel von unserem Programm und bildungspolitischen Vorstellungen umgesetzt werden. Glückauf SPD-S-H, Glückauf Genosse Albig  
„Abend für Bildung“ informierte über zukünftige Bildungspolitik  
SPD will Schulen erhalten trotz sinkender Schülerzahlen



Amt Südangeln – In der Bildungspolitik werden die Weichen für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder gestellt. „Welche Wege geht eine SPD geführte Landesregierung in der Bildungspolitik nach einem möglichen Machtwechsel in Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl im Mai 2012? Welche Auswirkungen haben diese möglichen und nötigen Reformen auf die Schulen im Amt Südangeln?“ Diese Zukunftsfragen wurden auf einem Abend für die Bildung beantwortet. Der SPD-Amtsverband Südangeln hatte für diese Veranstaltung den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Habersaat als Referenten gewinnen können, sowie die Landtagsabgeordnete Birte Pauls und Landtagskandidat Ralf Wrobel eingeladen.

„Reihenweise werden Schulen geschlossen, wenn es zum Machtwechsel in Schleswig-Holstein kommt, prophezeite die CDU Anfang des Monats. Die CDU-Fraktion hat sogar in ihrem Sitzungssaal eine Karte über angebliche Schließungsorte aufgehängt und schleust dort Schulklassen vorbei. Das ist echt unglaublich, sagt Birte Pauls, MdL „Wenn einem gute Argumente ausgehen muss die CDU wohl zu solchen primitiven, angstschürenden unverantwortlichen Maßnahmen greifen“

„Wer sich unser Schulkonzept aber ansieht wird feststellen, dass es die Christdemokraten sind, die ein „Spiel mit der Angst der Eltern“ betreiben. Wir wollen die jetzigen Schulstandorte trotz sinkender Geburtenraten erhalten, dafür sollen sogar die Mindestzahl der Schüler gesenkt werden“, so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Habersaat. Es könnten Grundschulen als Außenstellen erhalten bleiben, wenn in den zusammengelegten 1. und 2. sowie 3. und 4.Klassen jeweils mindestens 22 Schüler unterrichtet werden, so Habersaat weiter. „Unser Ziel bleibt kurze Beine, kurze Wege. Viele Regionalschulen, wie zum Beispiel in Böklund, seien nur deshalb entstanden, weil die Mindestschülerzahl für eine Gemeinschaftsschule nicht reichte. Doch die Eltern stimmen laut Habersaat mit den Füßen ab. Habersaat: „Nur 13,5 Prozent der Grundschul Kinder wechselten im Herbst auf eine Regionalschule. Das sind weniger als früher die Hauptschule wählten.“

An rund 20 Gemeinschaftsschulen im Lande Schleswig-Holstein bestehe, sofern von den Kommunen gewünscht mittelfristig die Chance Oberstufen einzurichten – vorwiegend auf dem Land. „Nach Berechnungen der SPD würden sich im Kreisgebiet Schleswig-Flensburg die Gemeinschaftsschulen in Schafflund, Schleswig oder Süderbrarup und Kropp anbieten. Die Gemeinschaftsschulen sollen die von der jetzigen Regierung reduzierten Differenzierungsstunden wieder erhalten“ so Pauls.

Eindeutig sprach Habersaat sich für eine achtjährige Gymnasialzeit aus. Die alternative Wahlmöglichkeit auch in neun Jahren das Abitur am Gymnasium zu machen sei „eindeutig ein teurer Irrweg, den wir uns nicht leisten können“, sagte Habersaat. Allein den Kommunen koste das zusätzliche Jahr eines jeden G9-Schülers 1060 EUR, landesweit rund 1,3 Millionen Euro. „Wenn es für die Kinder schon vorher schwierig war von einem Bundesland in ein anderes zu ziehen, dann wird der Umzug jetzt schon innerhalb eines Kreises schwierig. Stattdessen muss man dafür sorgen, den Lehrplan entsprechend anzupassen, und die Schulen mit Personal zu versorgen“ so Ralf Wrobel. Aber: Alle Gymnasiasten, die jetzt schon in G9-Zügen lernen, sollen nicht erneut wechseln müssen. Auch allen gymnasialen Oberstufen im Land sicherte Habersaat

im Falle eines Regierungswechsels eine Bestandsgarantie zu. Die CDU will alle künftig durch sinkende Schülerzahlen frei werden Lehrerstellen abbauen, wir werden 50% davon im System belassen um den Unterricht zu verbessern und Unterrichtsausfall zu reduzieren, fügte Birte Pauls hinzu.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 18.04.2012, 21:41 Uhr - 14453 Clicks - Nr. 251

## Neue Heimpflegeplätze in Holtenau schaffen!

Anlässlich eines Sozial-Gesprächs des SPD-Kreisverbands und des SPD-Ortsvereins in der Seemannsmission Holtenau über die Infrastruktur- und Pflegebedarfsplanung der Stadt Kiel wurde deutlich, dass Holtenau im Bereich Pflege im Heim Nachholbedarf hat. Daraus entstand eine Initiative, die Heidi Toscan und Rolf Fischer wie folgt darstellen:

„Nach der jetzt veröffentlichten Pflegebedarfsplanung der Stadt Kiel gehört Holtenau zu den Stadtteilen, in denen keine Pflegeplätze im Heim vorhanden sind. So gibt es zwar ambulante Pflegedienste, mit dem Kurt-Engert-Haus eine Senioreneinrichtung und auch einige Plätze in der Tagespflege, doch fehlen Plätze in einem Pflegeheim. Angesichts der demographischen Entwicklung des Stadtteils ist hier ein Defizit festzustellen, denn Holtenau wird immer älter. Ein Blick auf die Statistik macht deutlich, dass der Altenquotient mit 41,8% gegenüber dem Durchschnittsquotienten der Stadt Kiel mit 26,8% sehr hoch ist. Es leben überdurchschnittlich viele alte Menschen in Holtenau.

Nach ersten Rücksprachen mit der Kieler Stadtkloster gGmbH, die das Kurt-Engert-Haus führt, stellt diese Gesellschaft ein entsprechendes Angebot in Aussicht. Das Kieler Stadtkloster kann sich vorstellen dort etliche Heimpflegeplätze einzurichten. Es handelt sich dabei um eine Investition in Millionenhöhe. Dies sollten wir für Holtenau nutzen. Wir schlagen deshalb vor, auf einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen das Thema „Neue Pflegeheimplätze“ auf die Tagesordnung zu setzen und Vertreter des Stadtklosters einzuladen.

Der Wunsch, auch im Alter in der eigenen Wohnung zu leben, wird nicht immer Realität sein. Schön wäre es aber, in seinem Stadtteil zu bleiben. Auch wenn es kielweit eine ausreichende Anzahl an Heimpflegeplätzen gibt, müssen wir regional denken und handeln. Holtenau hat im Bereich Heimpflegeplätze Nachholbedarf.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 18.04.2012, 23:20 Uhr - 4816 Clicks - Nr. 252

## Am 21. April geht's um die Wurst!

**21.4., 17:00 - 20:00 Uhr, Bürgerhaus Barsbüttel**

Dann sind es nur noch 15 Tage bis zur Landtagswahl am 6. Mai. Die SPD Barsbüttel lädt herzlich ein zum gemütlichen Grillen in das Bürgerhaus. Thomas Harden kündigt an: „Kind, Kegel und gute Laune sollten mitgebracht werden - den Rest machen wir!“ Zur besseren Planung würde sich die SPD über eine Anmeldung per Email an [thomas.harden\(a\)spd-barsbuettel.de](mailto:thomas.harden(a)spd-barsbuettel.de) freuen.

Mit dabei sein wird auch der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



**Keine Kommentare**

## Zukunft Rungholtplatz

SPD: Klare Absage an neue Bushaltestelle am Rungholtplatz in Suchsdorf  
Zur Bürgerversammlung mit MdL Rolf Fischer und Ratsherr Thomas Wehner und Diskussion über die Pläne der Stadt zur Einrichtung einer neuen Bushaltestelle zwischen Eckernförderstraße und Kreisverkehr

### **SPD: Klare Absage an neue Bushaltestelle am Rungholtplatz in Suchsdorf**

Zum Ergebnis unserer heutigen Bürgerversammlung und zur Diskussion über die Pläne der Stadt zur Einrichtung einer neuen Bushaltestelle zwischen Eckernförderstraße und Kreisverkehr erklären SPD-Kreischef Rolf Fischer und Thomas Wehner für den SPD-Ortsverein:



„Über 60 Anwohner des Rungholtplatzes nahmen an unserer „Bürgerversammlung auf der Straße“ teil, zu der die SPD-Suchsdorf und die Kreis-SPD eingeladen hatten. Im Mittelpunkt standen die Pläne der Stadt, die Buskehre am Rungholtplatz aufzuheben und eine neue Haltestelle entlang des Rungholtplatzes einzurichten. Nach einer etwa 1½-stündigen Diskussion, an der sich viele Bürger aktiv mit Ideen beteiligten, stand das Ergebnis der Versammlung fest. Die SPD wird dieser Entscheidung folgen und politisch umsetzen. Im Rahmen unserer kielweiten aktiven Stadtteilpolitik wollen wir unsere Quartiere attraktiver machen.

Für uns heißt das dreierlei:

1. Wir sprechen uns ganz klar gegen die Pläne für eine neue Bushaltestelle am Rungholt aus. Damit würde eine Situation entstehen, die für viele Bürger eindeutige Nachteile bringt. Neben Fragen der Verkehrssicherheit und der Lärmbelastung ist eine Verschlechterung der Wohnsituation anzunehmen.
2. Wir werden uns für den Erhalt und eine Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten am Rungholtplatz aus. Für die Nahversorgung ist der Erhalt der Geschäfte und eine Attraktivierung unbedingt anzustreben.
3. Wir werden in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates Suchsdorf einen entsprechenden Antrag einbringen. Damit setzen wir die Wünsche der Anwohner politisch um. Wir erwarten, dass auch die anderen Parteien unserem Antrag zustimmen. Der Rungholtplatz ist für Suchsdorf von großer Bedeutung. Als Anlaufstelle für die Anwohner muss er lebendiger werden und auch optisch besser gestaltet sein. So können wir uns eine stärkere Begrünung, auch im Rahmen des Kreisverkehrs, vorstellen.

Das Herz von Suchsdorf muss weiter schlagen!“

**Keine Kommentare**

## Das Regierungsprogramm auf Plattdeutsch

### **Knööv för Schleswig-Holsteen**

Die SPD hat in Molfsee ihr Regierungsprogramm auf Plattdeutsch vorgestellt. Gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner präsentierten Jürgen Baasch, Übersetzer des Programms und ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter und Lothar Hay (MdL) das Porgramm –

natürlich „op Platt“. Moderiert wurde die Präsentation von Dr. Bart Brouer, SPD-Mitglied aus Bredenbek.

Ralf Stegner betonte, dass mit der plattdeutschen Kultur und Sprache auch immer eine besondere politische Kultur verbunden ist. „Man spricht mehr mit dem Herz auf der Zunge. Viel direkter, klar, nordisch, erdverwurzelt. Ich mag das. Auch wenn man - wie ich - nicht platt sprechen kann: Man fühlt, wie wichtig diese Sprache für unser Land ist.“

Jürgen Baasch knüpfte auf Platt gleich an:

„Plattdüütsch is en Deel von Schleswig-Holstein. Mit Plattdüütsch bruukst di nich to verbögen. Kanns rein rut snacken, as di den Sabel wussen is. Uns Vöröllern müssen mit Platt allens regeln. Dor geev dat keen Hochdüütsch. Recht, Oordeel, Verdrääg – allens op Platt. Nu, de Tieden hebbt sik ännert. Uns ‚Parteichinesisch‘ ist noch chinesischer wuurn, dobi kannst de Minschen dat op Hochdüütsch kuum verstahn. Aver uns Platt warrt ook dormit fardig. Höört si op Platt allen nich so swoor an, as wenn een Pedd von de Realisierung vun dat Programm all maakt is.“

„In das Programm von de SPD steiht en Satz över dat Plattdüütsche: ‚Dat Plattdüütsche hört to uns as Noord- un Oostsee‘ So is dat“, so Lothar Hay, einer der wenigen aktiven Landtagsabgeordneten, die Plattdeutsch sprechen.

Link zum Programm als PDF:

<http://www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/4597>



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.04.2012, 14:22 Uhr - 9582 Clicks - Nr. 255

## Wie die Energiewende gelingen kann

Die Energiewende ist eines der zentralen Zukunftsprojekte für unser Land. Doch an der Frage, wie sie gelingen kann, welche Strategie bei der Umstellung unserer Energiegewinnung und -versorgung verfolgt werden sollte, scheiden sich die Geister. Die Diskussion um die Änderungen am EEG oder auch über die Fortschritte des Ausbaus der Stromnetze belegen dies eindrucksvoll. Wie wir „Klar zur Wende“ werden, darüber diskutierten im Glinder Bürgerhaus Dr. Nina Scheer,

Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung, Dr. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender, Willi Voigt, Energiestaatssekretär a.D. und Detlef Palm, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ) regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Von Rot-Grün eingeführt, wird es von der Regierung Merkel Stück für Stück zurückgefahren und seiner Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Nicht Wenige machen sich Sorgen, dass dahinter politische Absicht steckt. Nina Scheer warnte, sich nicht darauf zu verlassen, dass in Sachen Atomkraft und anderer fossiler Energieträger ein wirklicher Bewusstseinswandel eingesetzt habe. So würden heute bereits von Vielen steigende Energiepreise den regenerativen Energieträgern angelastet, obwohl auch knapper werdende fossile Ressourcen teurer würden. „Manche hoffen auf ein Zurück zum Atomstrom“, so Nina Scheer.

Ins selbe Horn stieß auch Willi Voigt, Kreisvorsitzender der Grünen in Kiel: „Kleine Zwerge ersetzen die großen Kraftwerksriesen“ - so beschrieb er die Energierversorgung der Zukunft. Viele Windräder, aber auch Biogas und Solarenergie könnten die Großkraftwerke ersetzen. Das liege allerdings nicht im Interesse der Konzerne, die heute mit den Großkraftwerken Milliarden verdienen. Das merkwürdige Verhältnis der Bundesregierung zum EEG machte er an einem Sachverhalt deutlich: „Weltweit kopieren Staaten unser EEG, nur unsere eigene Regierung macht es wieder kaputt. Deutschland sollte lieber weiter an der Erfolgsgeschichte EEG schreiben!“



In einer neuen Struktur liegen Chancen für Schleswig-Holstein, betonten Ralf Stegner und Martin Habersaat, Mitglied des Arbeitskreises Energie der SPD-Landtagsfraktion. Stegner: „Auf dem Weg dahin wird es zahlreiche Interessenkonflikte mit den Betreibern von Großkraftwerken zu bestehen geben.“ Das ist eine Erfahrung, die auch Detlef Palm häufig macht, der sich in seiner neuen Funktion für die Stadtwerke stark macht. Stromnetze gehören in öffentliche Hand, befand er. Damit und mit starken Stadtwerken sei nicht nur eine dezentrale Energieversorgung zu leisten, sondern auch sicherzustellen, dass entstehende Gewinne in der Region verbleiben.

Manche Themen konnten an dem Abend nur andiskutiert werden. Um wirklich „Klar zu Wende“ zu sein, brauche es eine Regierung, die wirklich hinter der Wende stehe, schloss Martin Habersaat. Neben der Erzeugung von Energie seien auch die Übertragung, also die Netze, und die Speicherung von Energie Themen, über die weiter gesprochen werden muss. Und wird.

[Mehr Fotos in der Galerie.](#)

**Keine Kommentare**

[ASJ-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.04.2012, 17:54 Uhr - 2724 Clicks - Nr. 256

## **ASJ fordert den langfristigen Erhalt der Sektion für Sexualmedizin**

„Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Sektion für Sexualmedizin des UKSH zu erhalten“, waren sich Thomas Rother, MdL, Bewerber der SPD für den Wahlkreis Lübeck-Ost und Christian Feist, Vorsitzender der ASJ Schleswig-Holstein, am Rande einer Veranstaltung der ASJ am 18.04.2012 in Lübeck zum Thema „Opferschutz/Tatprävention“ einig. Ein mit Prof. Dr. Hartmut Bosinski, Leiter der Sektion Sexualmedizin, Oberstaatsanwältin Ulrike Stahlmann-Liebelt aus Flensburg und Uwe Döring, Justizminister des Landes Schleswig-Holstein a. D. zeigte unter anderem auf, dass der beste Opferschutz im Bereich von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung darin besteht, Rückfallrisiken bei Tatverdächtigen möglichst schon im Ermittlungsverfahren zu erkennen und Therapieansätze zu finden, um im Rahmen zu verhängender Strafen und Maßnahmen einer neuen Straffälligkeit eines verurteilten Täters möglichst frühzeitig entgegenzuwirken. „Die Sektion für Sexualmedizin am UKSH in Kiel mit Prof. Bosinski leistet hier bundesweit vorbildliche Arbeit. Ich werde mich dafür verwenden, dass die Sektion erhalten bleibt und ihre Arbeit fortsetzen kann. Daneben gilt es, flächendeckend die Betreuung traumatisierter Opfer sexualisierter Gewalt zu verbessern“, sagte Thomas Rother gestern Abend nach der Veranstaltung..



**Keine Kommentare**



## Aufgaben 2012 - 2017

In den letzten Wochen vor der Landtagswahl am 6. Mai 2012 ist die SPD in Barsbüttel, Glinde, Reinbek, Oststeinbek und Wentorf mit zahlreichen Infoständen präsent. Auf vielen dieser Stände wird der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat persönlich anzutreffen sein. Für alle hat er sich eine besondere Aktion ausgedacht. Habersaat: „Kugelschreiber verteilen war mir zu wenig. Wir bringen eine Pinnwand mit,

auf der die Bürgerinnen und Bürger Torsten Albig und mir Aufgaben für die nächste Legislaturperiode mitgeben können.“



Die dort angepinnnten Aufgaben von allen Infoständen wird Martin Habersaat auf seinen Webseiten unter [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de) veröffentlichen und über ihre Erledigung berichten. An allen Infoständen gibt es natürlich außerdem Informationsmaterial über Martin Habersaat und Torsten Albig sowie das Regierungsprogramm 2012 - 2017. Habersaat: „Und natürlich auch Kugelschreiber - für das Kreuz an der richtigen Stelle!“

Foto: Eine Pinnwand hat Martin Habersaat selbst bestückt. Er beklebte diese mit Anliegen, die ihm wichtig sind stellte sie in Reinbek vor.

**Keine Kommentare**

## Um die Wurst!

15 Tage vor der Landtagswahl am 6. Mai lud die SPD Barsbüttel ein ins Bürgerhaus. „Jetzt geht’s um die Wurst!“ - so lautete das Motto. Die Stimmung war gut, schnell stellte sich heraus, dass die vorbereiteten 50 Plätze nicht ausreichten. Am Ende waren es über 100 Gäste, die sich bei guter Laune trafen, mit dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat ins Gespräch kamen und neben Thüringern und Schinkenwürsten auch „Barsbüttler“ testeten - eine Komposition von Edda Brabandt, die zur Feier des Tages bärenförmige Frikadellen erfunden hatte.



Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD Barsbüttel: „Das war ein toller Nachmittag in unserem schönen Bürgerhaus. Es war gut, auch einmal bei Bier und Wurst mit so vielen Menschen ins Gespräch zu kommen. Das werden wir fortsetzen.“ Das fand auch Martin Habersaat, der sich über die viele Unterstützung im Landtagswahlkampf freute. Sein Fazit: „Vielen Dank an alle Helferinnen und Helfer und alle die gekommen sind.“

Fotoalbum: [hier](#).

**Keine Kommentare**

## **SPD-Forderung: Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger**

SPD-Forderung: Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger:  
6,50 m breite Dörferverbindungsstraße mit Geh- und Radweg als Lebensader der Region

Die SPD- Kreistagsfraktion hat die Gemeinden des Barkauer Landes in den zurückliegenden Jahren stets in ihrer Forderung an den Bund als Verursacher des Ausbaues der B 404 zur A 21 unterstützt und entsprechende Anträge gestellt.

„Dabei hat sie die Auffassung vertreten: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen und er muss vor allem dafür Sorge tragen, dass sich die Lebensqualität der Menschen durch den Ausbau zur A 21 nicht verschlechtert bzw. beeinträchtigt wird“, stellt die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit fest. Nach den vorliegenden Planfeststellungsunterlagen ist dies aber der Fall und deshalb muss es aus Sicht der SPD-Fraktion Aufgabe des Kreises sein, darauf zu achten, dass bei einem so umfassenden Straßenbauprojekt die Belange der Menschen vor Ort und der Erhalt der Entwicklungsmöglichkeiten einer Region ausreichend Berücksichtigung finden.

Die SPD-Fraktion ist nach einem Informationsgespräch mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Siedlungsentwicklung des Bürgervereins Barkauer Land und einer sehr eindrucksvollen Demonstration von Begegnungsverkehren auf einer 5,50 m breiten Straße vor Ort, zu der Überzeugung gekommen, dass es nicht ausreicht, in der Stellungnahme des Kreises wie vorgesehen nur den kombinierten Geh- und Radweg und dessen Finanzierung vom Bund zu fordern. Aus diesem Grunde hat die SPD-Fraktion weitere Forderungen in einem Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Sitzung des Bauausschusses am 03.04. 2012 eingebracht, die dieser auch so übernommen hat.

Dazu gehört die Forderung nach einer Breite von 6.50 m für die Dörferverbindungsstraße, um die Anforderungen einen ÖPNV gerechten Straßenplanung zu erfüllen bzw. die Tüchtigkeit bei einer Vollsperrung der A 21 zu gewährleisten und die Forderung nach Feuerwehrtzufahrten und einer neuen Fahrbahndecke für den Straßenteilbereich der ehemaligen B 404.

Der Plöner Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 19. 04. 2012 dem Gesamtpaket so angeschlossen. Die Kreisverwaltung wird dies in ihrer Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren gegenüber Bund und Land zum Ausdruck bringen. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen im Barkauer Land attraktiv zu halten und die Eigenständigkeit vor Ort zu stärken. Dazu gehört u.a. die sichere Erreichbarkeit der ortsnahen Versorgung über das Dienstleistungszentrum in Kirchbarkau, der ärztlichen Versorgung und der Grundschule.

„Dazu gehört auch die Teilhabe am vorhandenen regen Vereinsleben, der Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr. Hierbei übernimmt die Dörferverbindungsstraße mit dem geforderten durchgängigen Geh- und Radweg für die Bürger und Bürgerinnen im Barkauer Land eine ganz wichtige Funktion, sie ist die örtliche Lebensader der Region und muss deshalb entsprechend ausgelegt sein“, so Helga Hohnheit abschließend.

**Keine Kommentare**

## **PM und Stellungnahme zu Frei.Wild**

**Eine innerverbandlich ausführlich diskutierte Stellungnahme zu Frei.Wild in Pahlen und unserem Engagement gegen Grauzonenmusik**

Die Jusos Dithmarschen haben am Dienstag, den 13.03 um 19:00 Uhr im Bornholdt in Meldorf, als tragendes Mitglied im Frei.Geist-Bündnis, eine Veranstaltung zum Thema „Rechte Lebenswelten in Punk, OI und Deutschrock“ mit Frank Metzger organisiert, zur der 73 Menschen aller

Altersklassen gekommen sind. Die Veranstaltung wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung SH finanziert.

Hanna Pöschel begrüßte alle Teilnehmenden herzlich und erteilte dann dem Referenten vom apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv- und Bildungszentrum e.V.) das Wort. Der Vortrag, der auch vom offenen Kanal mitgeschnitten wurde, behandelte nicht nur die Band Frei.Wild, sondern umfasste das ganze Spektrum von rechter und rechtsoffener Musik sowie ihre Funktion. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Band Frei.Wild und auf die Vergangenheit des Sängers Phillip Burger in einer Naziband und bis 2008 in der rechtspopulistischen Partei "die Freiheitlichen" gelegt.

Danach wurde lebhaft diskutiert, pro und contra Argumente für und gegen die Rechtsoffenheit der Band ausgetauscht, und insbesondere über den Sinn oder Unsinn der von Frei.Geist angekündigten Demonstration am Tag des Konzerts debattiert. „Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und hat gezeigt, dass es besser ist, mit- als übereinander zu reden; außerdem, dass sich unser Engagement nicht gegen die Band, sondern gegen die Grauzone und die Ausgrenzung von Menschen richtet. Diese Konstruktivität war allerdings wohl zu spröde für die Presse, da in der DLZ bis zum heutigen Tag, trotz der Teilnahme eines Reporters, kein Artikel zu der Infoveranstaltung erschienen ist.“ so der Kreisvorsitzende der Jusos Dithmarschen, Patrick Lange.

Am 24.03 stand dann der Konzerttag an, und die Jusos Dithmarschen versammelten sich mit engagierten AntifaschistInnen und anderen Interessierten um 16 Uhr beim Bahnhof und fuhren per Autokorso nach Pahlen. Von 16:30 bis 17:00 sind wir ca. angekommen und wurden, nachdem wir Flaggen und Transpis entrollt hatten, von der Polizei zum Kundgebungsort geleitet.

Die versammelten AntifaschistInnen wurden bei der Ausübung ihres Rederechts von den versammelten Fans niedergeschrien und die Resonanz auf eine Verteilaktion von Aufklebern gegen Nazis war sehr ambivalent. Von guten Gesprächen über das Thema „Grauzonenmusik“, dem Aufkleben unserer Aufkleber, und einer Solidarisierung mit uns bis zum Anzünden der Aufkleber (und weiteren Vorkommnissen, die wir in der verlinkten PDF schildern) war alles vertreten.

Einige AktivistInnen hatten die Gelegenheit, mit der Band zu diskutieren und eine Stellungnahme zu verfassen, die von der Band während des Konzerts verlesen wurde. „ Mit diesem Statement konnten wir Jusos unser Engagement gegen Menschenfeindlichkeit deutlich machen.“ So die stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos, Merle Stöver.

Außerdem findet ihr hier:

[Die von Jusos und Grüner Jugend formulierte Stellungnahme die dankenswerterweise von Philipp Burger auf dem Konzert verlesen wurde](#)

[Einzelne Erlebnisse von KundgebungsteilnehmerInnen in Pahlen](#)

[Einen sehr detaillierten und sehr spannenden Erlebnisbericht von einem Genossen](#)

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 23.04.2012, 11:52 Uhr - 28503 Clicks - Nr. 261

## **Erfüllungsgehilfen der CSU**

Die Christsozialen wollen mit der Einführung des Betreuungsgeld ein altes Mann-Frau-Rollenmuster wiederbeleben und zementieren. Die FDP und Teile der Union sehen das kritisch – zu Recht.



Die zuständige Ministerin Schröder duckt sich weg und kündigt an, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen Gesetzentwurf zur Einführung des Betreuungsgelds vorlegen soll. Damit spielt sie auf Zeit. Ich fordere Ministerin Schröder auf:

Beenden Sie das Trauerspiel um das Betreuungsgeld!

Hinter dem Begriff Betreuungsgeld steckt in Wirklichkeit eine Fernhalteprämie. Sie hält Kinder von frühkindlicher Bildung und Frauen von ihren Chancen auf dem Arbeitsmarkt fern. Die zwei Milliarden Euro, die dafür jährlich nötig wären, müssen stattdessen in den Aufbau von guten Betreuungsplätzen investiert werden. Ordnungspolitisch ist es ein völlig falscher Ansatz, Menschen dafür Geld zu zahlen, wenn sie Einrichtungen nicht nutzen.

Die Leidtragenden sind vor allem die Kinder und die Eltern, die vergeblich auf einen zügigen Ausbau der Kita-Plätze bauen.

Statt endlich eine Entscheidung zu treffen, gibt es aus den Reihen der Union mit einem Zuschuss für die Rente schon wieder eine neue Idee. Aber auch ein Rentenzuschuss ändert nichts daran, dass die Einführung des Betreuungsgeld politischer Unsinn ist.

Positionieren Sie sich, Frau Schröder! Wenn Sie schon nicht Politik für Frauen machen wollen, dann machen Sie wenigstens Politik für die Kinder!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.04.2012, 16:02 Uhr - 8637 Clicks - Nr. 262

## **Sofort-Programm der SPD Schleswig-Holstein**

### **„4 x 5“- die ersten 20 Maßnahmen guter Politik**

Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holstein wollen den politischen Wechsel und die Landtagswahl am 06.05.2012 wird eine neue politische Mehrheit herbeiführen. Das Land muss endlich wieder gut regiert werden und braucht schnell erste Entscheidungen für einen solchen Richtungswechsel in der Landespolitik. Die SPD hat in diesem Wahlkampf immer hervorgehoben, dass wir Politik zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern machen werden.

Und dass die, die von Entscheidungen betroffen sind, Teil der Entscheidungsfindung sein müssen. Daher wird auch im Fokus der ersten Regierungshandlungen einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung der Dialog stehen.

Um die wichtigsten Vorhaben insbesondere in den Bereichen Bildung und Soziales umsetzen und zugleich den verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen der Schuldenbremse einhalten zu können, wird innerhalb der ersten 6 Monate der neuen Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme der vom Land und den Kommunen zwingend zu leistenden Aufgaben vorgelegt.

Alle übrigen Aufgaben stehen zur Disposition und werden gegebenenfalls so schnell wie möglich abgebaut. Alle nicht zwingend notwendigen Landesnormen werden zur Disposition gestellt. Zur Umsetzung müssen auch strukturelle Veränderungen in der Verwaltung des Landes und der Kommunen bei Art der Aufgabenerledigung, Zuständigkeiten und Umfang von Zusammenarbeit vorbereitet werden.

Diese und andere Maßnahmen werden Teil der Koalitions-gespräche sein, die die SPD nach einer erfolgreichen Landtagswahl mit den Parteien von Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW führen möchte.

### **I. Bildung**

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrende sowie kom-



munale Schulträger brauchen dringend Planungssicherheit. Wir wollen Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und berufliche Schulen stärken, teure Sonderwege beenden und - wo immer verantwortbar - jeder Schule eine Perspektive bieten!

1. Zentralprojekt der Legislaturperiode bis 2017 wird „Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft“ sein, zu dem Lehrer-, Eltern- und Schülervvertretungen aller Schularten und Vertreter der kommunalen Verbände eingeladen werden. Schleswig-Holstein soll bis 2022 Bildungsland Nummer Eins in Deutschland werden.
2. Als erster Schritt auf diesem Weg wird ein nachhaltiges Rahmenkonzept für Bildung in Schleswig-Holstein erarbeitet. Die regionalen Schulentwicklungspläne sollen darauf künftig aufbauen.
3. Wir werden möglichst schon zum Schuljahresbeginn, spätestens aber zum zweiten Halbjahr die Gemeinschaftsschulen mit den notwendigen Differenzierungsstunden ausstatten, die sie für einen erfolgreichen Unterricht benötigen. Die Entscheidung darüber wird die Landesregierung noch vor der Sommerpause 2012 treffen.
4. Das Genehmigungsverfahren für die Einrichtung neuer notwendiger Oberstufen an Gemeinschaftsschulen wird nach der Sommerpause gestartet.
5. Es wird zu einem Runden Tisch mit den Regionalschulen des Landes eingeladen, bei dem ihre regional abgestimmte Weiterentwicklung zu Gemeinschaftsschulen erörtert werden soll.

## **II. Kommunen**

1. Wir werden nach der Sommerpause zu einem Kommunalgipfel einladen. Dort werden wir uns intensiv über die Aufgaben von Land und Kommunen, deren Erfüllung, kommunale Strukturen der Verwaltung und ihre Finanzierung austauschen. Ziel ist es, einen Weg hin zu einem Solidarpakt mit der kommunalen Familie zu vereinbaren.
2. Das verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte wird dafür unverzüglich novelliert bzw. aufgehoben.
3. Der für die Legislaturperiode angekündigte Ausgleich der Entnahme von 120 Mio. € aus dem kommunalen Finanzausgleich wird als Stufenplan einschließlich der damit prioritär zu erfüllenden politischen Ziele vereinbart.
4. Ein Maßnahmenplan zur Beschleunigung beim kommunalen Ausbau von U3-Plätzen wird entwickelt und der Fortschritt öffentlich dokumentiert.
5. Nach der Sommerpause wird ein Dialogforum zum Thema Verwaltungsstrukturreformen gestartet, welches Verfahren, Zeitpläne und Zielrichtung der notwendigen Verwaltungsreformen ausarbeiten soll. Die sinnvolle Reihenfolge von der Aufgabe hin zur Organisation wird wieder hergestellt.

## **III. Wirtschaft und Finanzen**

Der Haushalt des Landes wird künftig einem umfassenden Sparsamkeitsgebot unterworfen. Keine neue Aufgabe ohne nachhaltige finanzielle Deckung. Aber die Schuldenbremse kann nicht alleine durch Ausgabenkürzungen eingehalten werden, sondern wir brauchen auch Einnahmeverbesserungen, z.B. durch qualitatives nachhaltiges Wachstum. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, dass Schleswig-Holstein besonders attraktiv für Unternehmen in den Zukunftsbranchen Medizin, Tourismus und Energiewende bleibt bzw. wird.

1. Wir werden nach Regierungsantritt unverzüglich umfassende Haushaltsklausuren in den Ministerien und im Kabinett abhalten, um nach einer seriösen Bestandsaufnahme schnell Eckwerte vorlegen zu können, die unseren Zielen und der Verfassungslage entsprechen und die die Haushaltsaufstellung 2013 vorbereiten.
2. Wir werden eine Initiative zur Stärkung der Unternehmen und Hochschulen starten, die sich in Schleswig-Holstein mit der Entwicklung, Herstellung, Speichertechnik und mit Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigen.
3. Wir werden unmittelbar nach der Sommerpause das Bündnis für Fachkräfte fortschreiben und gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung und den anderen verantwortlichen Akteuren die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik entwickeln.
4. Ein neues modernes Tariftreugesetz wird unmittelbar nach der Sommerpause eingebracht. Neben transparenten Vergabegrenzen werden auch soziale und ökologische Belange sowie die Gleichstellung von Leiharbeitnehmern mit den Stammbeschäftigten berücksichtigt werden. So wird sichergestellt, dass Wettbewerb über Qualität und nicht über Lohndumping stattfindet.
5. Ebenso wird ein Gesetz eingebracht, das die früher verbindlichen Mitbestimmungsregelungen im Öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein wieder herstellt.

#### **IV. Solidarität**

1. Nach der Sommerpause wird die Landesregierung eine Entscheidung herbeiführen, die die Gleichstellung der Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit und den Schülern an deutschen Regelschulen wieder herstellt.
2. Wir werden unmittelbar nach der Sommerpause zu einem runden Tisch „Sozialdialog“ einladen. Zusammen mit den Vereinen und Verbänden werden wir Wege ausloten, wie ihre Aufgaben effektiv erfüllt werden können und welche Unterstützung dafür vom Land notwendig und möglich ist.
3. Konkret werden wir in einem ersten Schritt das von CDU/FDP als größte Einzelkürzungsmaßnahme drastisch verringerte Landesblindengeld auf 300 € für Erwachsene anheben. Die Gegenfinanzierung soll über die ca. 4,7 Mio. € erfolgen, die per Umwegförderung der sog. Blindenhilfe an die Kommunen erstattet worden ist.
4. Wir werden die Bürgerbeteiligung beim Bau der festen Fehmarnbeltquerung und der Hinterlandanbindung ernst nehmen und dem Dialogforum Fehmarnbelt eine echte Mitsprache ermöglichen.
5. Wir werden den unseriösen Alleingang Schleswig-Holsteins beim Glücksspiel beenden und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt das CDU/FDP Glücksspielgesetz aufheben. Parallel werden wir den Beitritt Schleswig-Holsteins zum Glücksspielstaatsvertrag der anderen 15 Länder einleiten.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.04.2012, 10:02 Uhr - 9049 Clicks - Nr. 26

### **Stimmungsvolle Deutschstunden**

Der Kreis Stormarn liest ein Buch: „In Zeiten des Abnehmenden Lichts“ von Eugen Ruge. Mit dieser Aktion möchte die Kulturreferentin des Kreises Stormarn, Friederike Daugelat, ein Stück kulturelles Gemeinschaftsgefühl im Kreis entstehen lassen und Lust auf Literatur machen. Beides kann gelingen, ist das Fazit von Martin Habersaat, der sich mit „Deutschstunden“ an der Aktion beteiligt. Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Deutschlehrer an einem Hamburger Gymnasium:

„Ob in der freien Akademie Lauenburg, bei der AWO in Reinbek, 60plus in Glinde oder anlässlich des Tags des Buches im Wein Cave in Oststeinbek: Es waren tolle Veranstaltungen, bei denen Lust auf Literatur spürbar war.“

Beworben wird „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ als ‚der‘ Roman zur Wende, aber auch als ostdeutsche Variante der Buddenbrooks. Ob das stimmt, sah sich Habersaat im Rahmen seiner Deutschstunden genauer an. Mit besprochen wurden auch Uwe Tellkamps ‚Der Turm‘ und Thomas Brussigs ‚Wie es leuchtet‘. Die Stimmungslage der von Habersaat vorgelesenen Passagen reichte von heiter, etwa wenn es bei Ruge darum geht, ein Glas Gurken zum 90. Geburtstag zu überreichen, über nachdenklich, wenn bei Brussig der systemkritische Liedermacher auf sein Leben zurückblickt, bis feierlich, wenn bei Tellkamp sich die ganze Nachbarschaft auf den Weg zur friedlichen Revolution macht.



Eine Deutschstunde steht noch aus: Am Mittwoch, dem 2. Mai 2012 ab 19.00 Uhr mit dem Verein Bürgerhaus Barsbüttel e.V. Anmeldung beim Bürgerhaus Barsbüttel, Tel.: 040 / 67 58 76 60.

Über seine Lieblingsbücher informiert Martin Habersaat unter der Rubrik „Top 5“ auf seinen Webseiten unter [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de), in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht er auch kurze Rezensionen in einer Literaturrecke. „Derzeit überlege ich, solche ‚Deutschstunden‘ auch mal zu anderen Themen anzubieten.“

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 24.04.2012, 11:35 Uhr - 21883 Clicks - Nr. 264

## **Wir reden mit Ihnen! Andrea Nahles und Birgit Herdejürgen im Gespräch**

Um Birgit Herdejürgen und die schleswig-holsteinische SPD zu unterstützen, war prominenter Besuch in Hohenlockstedt angereist. Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, stellte sich gemeinsam mit ihrer Kollegin Birgit Herdejürgen MdL den Fragen der interessierten Bürgerinnen und Bürger. Bei der sehr gut besuchten Veranstaltung war die Palette der Fragen groß. Über Betreuungsgeld, Gemeinschaftsschule, KiTa bis zur Energiewende und Veränderungen bei den Kommunal финанzen waren alle Themen vertreten.



Das Betreuungsgeld wurde von den beiden Spitzenpolitikerinnen abgelehnt.

„Die so genannte Herdprämie ist ein Schritt zurück in Strukturen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Unsere Aufgabe ist es, vielfältige Betreuungsangebote für die Kinder zu schaffen, damit gut ausgebildete Eltern ohne schlechtes Gewissen ihrer Arbeit nachgehen können. Die Gelder, die der Bund für das Betreuungsgeld nutzen will, wären sehr viel besser in zwei beitragsfreie Kindergartenjahre angelegt“, sagte die Landtagsabgeordnete.

Andrea Nahles ergänzte: „ Die KiTa hat auch einen Bildungsauftrag. Viele Kinder sind, wie meine Tochter, Einzelkinder. Für diese Kinder ist es wichtig, schon früh mit anderen Kindern in Kontakt treten zu können, um soziale Bindungen zu erlernen. Auch ist das Betreuungsgeld für Geringverdiener eher ein finanzieller Anreiz als ein sozialer“.

Die Gemeinschaftsschule ist für beide Politikerinnen die Schule der Zukunft. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, dass es für alle Kinder am Besten ist, wenn alle Schülerinnen und Schüler, möglichst lange gemeinsam lernen. Dieses Prinzip ermöglicht die Gemeinschaftsschule, die dann nach neun Jahren zum Abitur führen kann, am effektivsten.

Auch Fragen zur Kommunalreform und der Standpunkt der SPD dazu, waren Thema des Abends. Einige anwesende Kommunalpolitiker fürchteten das finanzielle Ausbluten der Gemeinden und sahen ihren Spielraum für freie Entscheidungen immer mehr eingeschränkt. „Lediglich über fünf Prozent der Haushaltsmittel des Kreises Steinburg kann der Kreistag frei entscheiden, alle anderen Mittel sind für Pflichtaufgaben gebunden“, so Kreistagsabgeordneter Jürgen Klein.

Andrea Nahles plädierte für einen höheren Spitzensteuersatz und eine Vermögenssteuer, die mehr Geld in die Kasse des Landes spülen würden.

Birgit Herdejürgen wies auf die Forderung nach einer Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin. Unter Einbeziehung z.B. der Freiberufler soll den Kommunen mehr und stetiger Einnahmen zufließen.

Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung von der Hohenlockstedter Jazzband „Freiraum“, die einige schöne Stücke ihres Repertoires zum Besten gaben.

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 24.04.2012, 12:18 Uhr - 154610 Clicks - Nr. 265

## **EU plant keine Höchstgrenze der Arbeitsstunden bei den Freiwilligen Feuerwehren**

### **Fraktionsübergreifende Reaktion der drei schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten auf Medienberichte**



Die angeblichen Vorschläge der EU-Kommission, die Tätigkeiten der Freiwilligen Feuerwehren in den Anwendungsbereich der Arbeitszeit-Richtlinie aufzunehmen, haben in den vergangenen Wochen bei den schleswig-holsteinischen Feuerwehren und Kommunen enorme Ängste hervorrufen. Inzwischen hat die Kommission zu den Medienberichten in Deutschland Stellung genommen.

Sie stellt klar: Es gibt derzeit keinen Vorschlag der Europäischen Kommission, die bestehenden Regeln zur EU-Arbeitszeitrichtlinie zu ändern. Insbesondere hat die Kommission nicht vorgeschlagen, eine Höchstgrenze von 48-Arbeitsstunden für die Freiwillige Feuerwehr festzulegen.

Die drei schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Ulrike Rodust (SPD), Britta Reimers (FDP) und Reimer Böge (CDU) haben parallel mit diesem gemeinsamen Leserbrief auf einen Artikel des Flensburger Tageblatts reagiert:

„Den Artikel „Freiwillige Feuerwehren vor dem Aus“, SHZ Verlag vom 18. April 2012 haben wir betroffen zur Kenntnis genommen. Wir verstehen die Ängste der Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein. Es kursieren mittlerweile Gerüchte in Schleswig-Holstein über die angeblichen Vorschläge der EU-Kommission, die Tätigkeiten der freiwilligen Feuerwehren in den Anwendungsbereich der Arbeitszeit-Richtlinie mit aufzunehmen, die bei den betroffenen Feuerwehren und Kommunen enorme Ängste hervorrufen. Das bedauern wir sehr.

Wir schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten leisten seit Beginn dieser Diskussion aktive Aufklärungsarbeit. Auch der Landesfeuerwehrverband wurde informiert. Es ist für uns daher umso unverständlicher, dass durch eine intensive Verunsicherungskampagne weiterhin bewusst oder unbewusst Halbwahrheiten propagiert werden. In einer unverantwortlichen Art und Weise wird hier eine Schlacht auf dem Rücken unserer Feuerwehrleute ausgetragen, die völlig unnötig ist und an der Sache vorbei geht.

Zu den Fakten: wie in Ihrem Artikel auch beschrieben, handelt es sich bei der Revision der Arbeitszeit-Richtlinie zunächst um eine Konsultation der Sozialpartner, die im November 2011 begonnen hat und an der die Kommission lediglich als Beobachterin teilnimmt. Bis dato gibt es also gar keinen Vorschlag der EU-Kommission. Sollten sich die Sozialpartner bis Herbst nicht geeinigt haben, wird die Kommission einen eigenen Vorschlag machen.

Wir gehen momentan nicht davon aus, dass die Kommission tatsächlich vorhat, ehrenamtliche Tätigkeiten mit Beschäftigungsverhältnissen gleichzusetzen. Gleichwohl ist es richtig, dass sowohl Feuerwehrverband als auch deutsche Europaabgeordnete ein wachsames Auge darauf haben müssen, dass das Ehrenamt, sollte es dazu kommen, nicht mit beruflicher Tätigkeit gleichgestellt und als Arbeitszeit angerechnet wird.

Mit Entschiedenheit weisen wir aber die in dem Artikel gegen Europa gerichteten Ressentiments und die Art und Weise des Umganges zurück! Damit kommen wir alle nicht weiter.



Unabhängig davon erhöht ein derartiger Umgangston die Politikverdrossenheit, die gerade von allen gesellschaftlichen Kräften mit sachlichen Fakten und Argumenten begegnet werden sollte. Hier müssen wir alle unserer Verantwortung gerecht werden! Die Menschen in Schleswig-Holstein sollten das Vertrauen haben, dass keiner von uns – und wir denken wir sprechen für alle deutschen Europaabgeordneten – im Europäischen Parlament den Finger heben würde, um das Ehrenamt in Deutschland zu gefährden!"

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 09:46 Uhr - 5669 Clicks - Nr. 266

## **Rückenwind für gute Arbeit**

Die Direktkandidatin und Direktkandidaten der SPD im Kreis Schleswig - Flensburg Birte Pauls, MdL, Ralf Wrobel und Dr. Jens Maßlo laden herzlich zum Abend vor dem 1. Mai unter dem Motto "Rückenwind für gute Arbeit" am 30. April um 18.30 Uhr in den Landgasthof in Tarp ein.

Gute Arbeitsplätze zu sichern, gute, neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu organisieren ist eine der wichtigsten Aufgaben in der SPD. Wie die Situation zurzeit ist, welche Chancen es in Schleswig-Holstein gibt und welche Möglichkeiten und Herausforderungen für die Region bieten, werden auf der Veranstaltung behandelt.

### **Unterstützend mit dabei sind:**

Hubertus Heil, MdB, stv. Fraktionsvorsitzender der SPD Bundestagsfraktion und Wirtschafts- und Arbeitspolitik der SPD Bundestagsfraktion  
- Franz Thönnies, MdB, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), Arbeitsmarkt und die Chancen im Ostseeraum  
- Dr. Susanne Uhl, DGB, Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest, Wachstum und Arbeitnehmerschutz  
- Peter Hansen, Leiter des Regionskontores in Padborg, Situation und Chancen des gemeinsamen deutsch dänischen Arbeitsmarktes.

Birte Pauls, Ralf Wrobel und Dr. Jens Maßlo freuen sich auf eine rege Beteiligung an diesem Abend und natürlich auch bei den Kundgebungen zum 1. Mai!

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 10:26 Uhr - 11269 Clicks - Nr. 267

## **Torsten Albig und Anette Langner, MdL, in der Ostseeklinik Holm**

Torsten Albig und Anette Langner, MdL, in der Ostseeklinik Holm

Auf seiner Rundreise durch den Kreis Plön machte Torsten Albig Station in Schönberg/Kalifornien in der Ostseeklinik. Beide wurden von dem Geschäftsführer, Herrn Fettweis begrüßt, machten einen Rundgang durch die Klinik und wurden über den Betrieb informiert, wobei deutlich wurde,

dass die Ostseeklinik über eine besondere Auszeichnung



verfügt, sie ist eine zertifizierte Klinik zur stationären medizinischen Rehabilitation einschließlich Anschlussheilbehandlung / Anschlussrehabilitation und für Prävention.

In eindrucksvoller Weise schilderte Herr Fettweis die vielen Entscheidungen und Erneuerungen der Klinik. Mit einem Gesamtvolumen von 18 Mio. € wurde ein neues Bettenhaus gebaut, Umbaumaßnahmen finanziert und viele Erneuerungen im therapeutischen Bereich finanziert. Insgesamt gibt es 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Klinik, somit ist sie der größte Arbeitgeber in Schönberg. Die Klinik erzielt 10 Mio. € Umsatz. Torsten Albig hob die vielen Verbesserungen und Erneuerungen hervor, die Klinik hat sich neu aufgestellt und ist somit sehr erfolgreich. Das zeigt die Belegungszahl von 98 %. Für viele Patienten ist das gute Angebot, das Qualitätsmanagement, die integrierte Versorgung und letztlich die besondere Lage an der Ostsee ausschlaggebend, die Klinik zu belegen. Er spricht der reibungslosen Kooperation zwischen Krankenhaus und Rehabilitationsklinik, so wie die Praxis zwischen den Krankenhäusern und der Rehaklinik funktioniert, eine große Bedeutung zu, da insbesondere im Berufsleben die zielgerechte Rehabilitation nach Operationen oder Unfällen notwendig ist, um eine Wiedereingliederung zu erfahren.

Mit einer besonderer Empfehlung seitens der Klinik dankte der Geschäftsführer, Herr Fettweis, den Besuchern: Meine Lieblingsklinik in meinem Lieblingsland!

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 13:15 Uhr - 6334 Clicks - Nr. 268

## **AfA-Bundeskonzferenz**

### **Schleswig-Holsteiner AfA in Bad Godesberg**

AfA-Bundeskonzferenz 2012 in Bonn Bad Godesberg

10 Delegierte, Wolfgang Mädels, Gabriele Wegner, Karsten Wessels, Helmut Ulbrand, Anne Marxen, Uwe Teut, Inke Marie Jaschinsky, Ingrid Schröder, Norbert Vahl und Gerd Finke sowie unser wiedergewähltes Bundesvorstandsmitglied Almut Auerbach und die Gasteilnehmer Kirsten Röhlke, Astrid Mädels und Peter Deutschland haben Schleswig-Holstein in Bad Godesberg sehr gut vertreten.

Eine starke Delegation aus S-H, die sich mit 7 Anträgen einbrachte und damit das Thema der Konferenz „Gesund arbeiten – Gesund in Rente“ inhaltlich gestaltete.

Und zusätzlich hatten wir viel Spaß an beiden Abenden und während der gemeinsamen An- und Abreise.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 14:55 Uhr - 28857 Clicks - Nr. 269

## **MdB Sönke Rix: Absurdes Theater um Betreuungsgeld**

Zur anhaltenden Diskussion um die Einführung eines Betreuungsgelds erklärt der stellvertretende familienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sönke Rix MdB:



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion entlarvt sich selbst. Der aktuelle Vorstoß, das Betreuungsgeld auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen und somit faktisch Hartz IV-Empfänger von dieser Leistung auszuschließen, zeigt: Die Union erkennt an, dass das Betreuungsgeld bei einkommensschwachen Alleinerziehenden und Familien durchaus zu einer Fernhalteprämie werden kann. Allein um laute Kritik aus dieser Richtung zu verhindern, schließt sie diejenigen, für die 150 Euro viel Geld sind, von der zusätzlichen Leistung aus. Das ist diskriminierend.

Denn nach schwarz-gelber Logik soll das Betreuungsgeld eine Anerkennung von Erziehungsleistung sein. Bedeuten die aktuellen Planungen also im Umkehrschluss, dass Menschen, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, ihre Kinder nicht erziehen oder zumindest keine Anerkennung dafür verdienen?

Mit diesen Vorschlägen geht das absurde Theater um das Betreuungsgeld weiter. Dabei hilft nur eins: Das Betreuungsgeld darf nicht eingeführt werden! Es ist sowohl bildungspolitisch als auch gleichstellungspolitisch eine Katastrophe. Zudem ist es unsozial und teuer. Wir Sozialdemokraten bleiben bei unserer grundsätzlichen Kritik. Wir brauchen Kitaplätze statt Fernhalteprämien! Und zwar dringend.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 19:02 Uhr - 7346 Clicks - Nr. 270

## **Klare Bedingungen für Stiftungsuniversität**

### **Landtagsrede vom 25. April 2012**

Es ist gut nachvollziehbar, dass man der Landesregierung gerade im Zusammenhang mit der Universität Lübeck grundsätzlich das Schlechteste zutraut. Diese Landesregierung hat die Existenz der Universität in Frage gestellt. Vertreter dieser Landesregierung erzählen noch heute unterschiedliche Legenden, warum es dazu kam.

Natürlich kann ich gut verstehen, wenn heute geneigte Kreise versuchen, durch Konzeptpapiere und Ehrendoktorwürden andere Schlagzeilen zu produzieren als solche, die an Massenproteste vor dem Landeshaus erinnern.

An keinem Hochschulstandort ist die Verunsicherung so tiefgreifend wie in der Hansestadt. Insoweit hat der Antrag der LINKEN durchaus seine Berechtigung.

Dennoch sollte man die Ebenen nicht verwechseln. Die Überschrift „Erhalt der Universität Lübeck“ geht an der Sache vorbei, denn für den Erhalt hat Lübeck erfolgreich gegen CDU und FDP gekämpft. Worum heute nachgedacht wird, ist nicht eine Abwicklung, sondern eine Änderung der rechtlichen Form.

Als Historiker fällt mir dazu zunächst einmal ein, dass die Körperschaft des öffentlichen Rechts, die bis vor Kurzem in Deutschland fast durchgängig die Rechtsform für öffentliche Hochschulen war, historisch gesehen gar nicht so alt ist. Die Hochschulen des Mittelalters und der frühen Neuzeit waren üblicherweise Stiftungshochschulen, und der im Zusammenhang mit der Freiheit von Forschung und Lehre immer wieder gern bemühte Wilhelm von Humboldt strebte, wenn auch erfolglos, die Errichtung der Berliner Universität in der Form einer Stiftungsuniversität an. Er wollte damit die Universität unabhängig machen von der Kassenlage des preußischen Staates und gleichzeitig durch Übertragung kirchlicher Domänen den Einfluss der Kirche reduzieren.

Das mit der Kirche ist jetzt nicht das dringlichste Problem, aber die Kassenlage hat sich Humboldts Zeiten nur bedingt verbessert.

Was liegt uns vor? Ein Eckpunktepapier, das gemeinsam von der Landesregierung und von der Universität erarbeitet und vorgestellt wurde. Das ist keine Beschlussgrundlage für das Parlament, und jede Entschließung, die wir heute verabschieden wollten, hätte Null Bindungskraft für den 18. Landtag.



Dieses Papier kann man und muss man in seinen Intentionen und in seinen Maßnahmen hinterfragen. Hochschulen sind und bleiben Einrichtungen des Landes und werden auch weiterhin den weitaus größten Teil ihres Budgets vom Steuerzahler erhalten; daraus ergibt sich für uns auch eine politische Steuerungsverantwortung für Landtag und Landesregierung.

Zum Thema Stiftungshochschule allgemein und zur Universität Lübeck im Besonderen gelten für die SPD besonders folgende Grundsätze:

1. Das Land zieht sich nicht aus der Finanzierung der Universität Lübeck zurück.
2. Die grundsätzliche Geltung des Hochschulgesetzes auch für die Universität Lübeck darf nicht in Frage gestellt werden, besonders was ihre innere Organisation und ihre Mitbestimmungsrechte angeht.
3. Die Universität Lübeck wird bis zum ersten Studienabschluss auch in Zukunft keine Studiengebühren erheben.

Es wird Aufgabe der künftigen Landesregierung sein, darüber zu beschließen, ob sie dieses Papier trägt oder ob sie in neue Gespräche mit der Hochschule eintreten will. Dann muss sie dem Parlament den Entwurf eines entsprechenden Gesetzes vorlegen, an dessen parlamentarischer Behandlung sich meine Fraktion intensiv beteiligen wird. Unsere Bedingungen habe ich genannt.

Insofern werden wir uns heute gegenüber beiden entsprechenden Anträgen enthalten.

Die Vereinbarkeit von Studium und Familie wird auch in den nächsten Legislaturperioden eine Daueraufgabe bleiben, die sich in erster Linie an die Hochschulen selbst richtet, die dafür die Unterstützung des Landes brauchen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 19:04 Uhr - 7415 Clicks - Nr. 271

## **Gerechte Bildungschancen für alle Kinder**

### **Landtagsrede vom 25. April 2012**

Allein der Blick auf die heutige Antragslage macht deutlich: Es kann nicht mehr lange hin sein bis zur Wahl. Das merkt man aber nicht nur am Inhalt der Anträge, auch die SPD hat die Essenz ihrer bildungspolitischen Vorstellungen vorgelegt, das merkt man auch am Ton. Und der gefällt mir nicht in allen Fällen. Wir stehen in dieser Woche am Ende einer bildungspolitisch besonders turbulenten halbierten Legislaturperiode. Die im Herbst 2009 gebildete schwarz-gelbe Koalition, die vermutlich in wenigen Tagen abgewählt werden wird, hatte mit einer zweifelhaften demokratischen Legitimation, die sich auf eine Mehrheit der Sitze, nicht aber auf eine Mehrheit der Wähler stützen konnte, wesentliche Weichenstellungen aus der Zeit der Großen Koalition weitgehend verändert.

Die von Ihnen Anfang 2011 durchgedrückte Novellierung des Schulgesetzes ist nicht nur von den üblichen Verdächtigen wie uns, den GRÜNEN, dem SSW oder der GEW scharf kritisiert worden, sondern man musste ja die Verbündeten dieser Landesregierung geradezu mit der Lupe suchen. Die Begeisterung über die schwarz-gelbe Bildungspolitik wollte gar keinen Anfang nehmen.



Es gab seinerzeit Initiativen, die sich für einen Schulfrieden auf der Basis des Schulgesetzes von 2007 ausgesprochen haben – leider vergebens! Ignoriert von CDU und FDP.

- Frau Franzen, Herr Brodersen, wie können Sie eigentlich das Wort „Schulfrieden“ noch guten Gewissens in einen Antrag schreiben nach dem, was Ihre Koalition im Land veranstaltet hat, beispielsweise, indem Sie den Gemeinschaftsschulen durch die Halbierung der Differenzierungsstunden in ihre pädagogischen Konzepte grätschten?
- Herr Callsen, wie sehen Sie eigentlich Ihre Rolle als Fraktionsvorsitzender und wie definieren Sie Verantwortung, wenn Sie in Räumen der CDU-Fraktion Karten mit angeblich zu schließenden Schulen aufhängen und dann Schülerinnen und Schüler daran vorbeiführen lassen mit der falschen Behauptung, die SPD wolle alle diese Schulen schließen?
- Herr de Jager, was ist das eigentlich für ein Wahlkampfstil, die Junge Union vor den Gymnasien aufmarschieren zu lassen mit Flyern, in denen behauptet wird, die SPD wolle diese Gymnasien schließen? Sind sie schon so verzweifelt?
- Und Frau Herold, was fällt Ihnen eigentlich ein, die Kinder von Kollegen aus Bundestag und Landtag für Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren? Sie sollten sich was schämen!

Die SPD wünscht sich, dass es eines Tages „eine Schule für alle“ gibt. Das ist unsere Vision – eine Schule, die fördert und nicht sortiert.

Es ist unser Ziel, dass Kindern nicht mehr in Anschluss an Klasse 4 gesagt wird, was aus ihnen werden kann.

Es ist unser Ziel, dass Kinder auch mit schwierigem Hintergrund gerechte Bildungschancen haben, für ihre persönliche Entfaltung und ihre Chancen im Beruf.

Und es ist unser Ziel, dass wir über bestmögliche individuelle Förderung reden und nicht über bestmögliche Sortierung von Kindern.

Und es hilft, ein Ziel zu haben. Denn dann kann man Schritte in diese Richtung gehen. Was die CDU in diesem Land bildungspolitisch gezeigt hat, ließ leider nicht auf Ziel und Richtung schließen.

Dabei gibt es Christdemokraten, die weiter sind, die feststellen, dass die Sortierung von Schülern weder gerecht ist, noch zu überzeugenden PISA-Ergebnissen führt. Zitat:

„Wenn einige Politiker sich nun hinstellen und behaupten, dass unser bisheriges Schulsystem weltweit anerkannt sei, erfolgreich und verlässlich, dann ist das schlicht nicht wahr.“ Das schreibt Ole von Beust in „Mutproben“. Wenn solche Erkenntnisse der Grund sind, warum Sie bildungspolitisch Hilfe in Hamburg suchen, mir wäre etwas wohler. Allerdings, musste es ausgerechnet die Frau sein, die nach Amtsantritt in Hamburg den Schulen beschied, sie hätten „über die Maßen zuviel an Ressourcen“? Die Bildungssenatorin, die mitteilte, die Größe der Klasse spiele keine Rolle für guten Unterricht?

Wir wollen ein Schulsystem, dessen Grundpfeiler Verlässlichkeit, Durchlässigkeit und individuelle Förderung sind.

Diese Förderung fängt in der Kita an und geht in der Grundschule weiter. Wir wollen Kinder, die gerne lernen, die mit Zuversicht Verantwortung für sich und andere übernehmen können und wollen. Bis ich in den Landtag kam, dachte ich, dass wollen allen Fraktionen. Wir waren schon mal weiter.

Unsere Schulen brauchen in der Praxis die erforderliche Ausstattung und nicht in der Theorie eine Vervielfachung des Vertretungsfonds.

Dafür brauchen wir Schulformen, die wir landesweit flächendeckend anbieten können. Und wir müssen Sackgassen und teure Sonderwege vermeiden.

Wir sagen nicht, dass die Lehrerinnen und Lehrer an den Regionalschulen schlechte Arbeit leisten. Sie leisten gute Arbeit. Und wir sagen auch nicht, dass die Schulgemeinschaften sich nicht gut für ihre Schulen einsetzen. Sie setzen sich gut ein. Aber wir sagen, dass nur 13,5% der Viertklässler sich für eine Regionalschule entscheiden, und dass es zahlreiche Regionalschulen

gibt, die die vorgesehene Mindestgröße nicht erreichen.

Deshalb wollen wir diese Schulen weiterentwickeln. Deshalb, und weil es bundesweit einen unbestrittenen Trend zu einem zweigliedrigen Schulsystem gibt. Wir wollen Schleswig-Holstein nicht als Insel. Im Schulsystem ebenso wenig wie beim Glücksspiel.

Die CDU will neben dem Gymnasium ja auch nur noch eine Schulart. Steht zumindest im Programm. Und ich bin ein Mensch, der glaubt, was in Programmen steht. Aber wir wollen nicht die Gemeinschaftsschulen zu Regionalschulen degenerieren lassen, sondern wir wollen mit den Schulträgern gemeinsam nach Wegen suchen, um in der Form der Gemeinschaftsschule alle Schulabschlüsse in der Fläche anzubieten. Das wird ein konstruktiver Prozess sein und keiner, der die Angstkampagnen der CDU rechtfertigt.

Wir können in Schleswig-Holstein nicht flächendeckend G8, G9 und GY – Gymnasien anbieten. Aber können flächendeckend G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen anbieten. Und das wollen wir tun.

Wir wollen die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Anders als in anderen Bundesländern, in denen konservative Regierungen den Umbau des Schulsystems zu lange verschlafen haben, wird es bei uns in naher Zukunft für jeden Schüler und für jede Schülerin in räumlicher Erreichbarkeit die Alternative zwischen G8 am Gymnasium und G9 an der Gemeinschaftsschule geben. An einer Gemeinschaftsschule, die ihre Differenzierungsstunden zurück erhält und deren Arbeit nicht mehr von der Landesregierung sabotiert wird.

Neue Oberstufen von Gemeinschaftsschulen werden dort entstehen, wo sie nach der Schulentwicklungsplanung notwendig und sinnvoll sind. Sie werden nicht eingerichtet, wo sie bestehende gymnasiale Oberstufen oder Berufliche Gymnasien in ihrem Bestand gefährden würden.

Wir glauben, dass wir etwa 20 bis 25 neue Oberstufen einrichten können. Und ein Blick auf die Abiturquote in den Kreisen stützt die These, dass wir mit einer besseren Erreichbarkeit von Oberstufen die Abiturquote erhöhen können. Und eine höhere Abiturquote bedeutet bessere Lebenschancen für viele junge Menschen, bedeutet mehr Gerechtigkeit.

Wir werden nicht mit der Abrissbirne durchs Land fahren. Bereits die aktuellen Zahlen machen klar, dass wir an der Mindestgrößenverordnung etwas tun müssen. Es erstaunt mich, dass CDU und FDP zu diesem Problem die Aussage verweigern.

Wir werden notwendige Korrekturen nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausführen.

Wandel der Erlasslage im Laufe des Schuljahrs, Kürzung von Differenzierungsstunden, Streit in die Schulen vor Ort tragen – das ist schwarz-gelbe Bildungspolitik.

Wir sagen beispielsweise allen Schülerinnen und Schülern, die sich in einem G9-Bildungsgang an einem Gymnasium befinden oder zum nächsten Schuljahr in einem solchen eintreten, dass sie diesen auch abschließen können.

Wir schaffen starke Grundschulen, starke Gemeinschaftsschulen, starke Gymnasien und starke berufsbildende Schulen. Wir schaffen langfristige Perspektiven für die Profilentwicklung von Schulen.

Wir wissen, und zwar nicht nur durch Umfragen, welchen hohen Stellenwert die Menschen dem wichtigsten Verantwortungsbereich der Bundesländer, der Bildungspolitik, zumessen. Und wir wissen auch aus eigener Erfahrung, dass man sich gerade in diesem Politikfeld wenig Applaus, aber umso mehr Protest abholt. Das ist Ihrer Regierung so gegangen, das ist aber auch allen Vorgängerregierungen passiert.

Wir können niemals genug Ressourcen für Bildung einsetzen, erst recht nicht vor dem Hintergrund des Neuverschuldungsverbots ab 2020. Aber es gibt verschiedene Formen des Sparens, und die von Ihnen gewählte ist falsch, weil sie nicht nachhaltig ist. Was wir heute nicht ins Bildungssystem investieren, werden wir in der Zukunft um ein Vielfaches in Transferleistungen stecken müssen.

Deshalb war es falsch, dass Sie im Doppelhaushalt 2011/12 600 Stellen gestrichen haben. Wir

bleiben dabei, dass mindestens die Hälfte der wegen des Schülerrückganges rechnerisch entbehrlichen Stellen in den Schulen bleiben muss; wir brauchen sie für die Inklusion, fürs längere gemeinsame Lernen mit Binnendifferenzierung und für vieles andere.

Sie haben geglaubt, die Zahlen, die Ihnen Ihr eigener Minister aufgeschrieben hat, in den Wind schlagen zu können. Wir haben aus seiner Berechnung Anträge abgeleitet, die Sie natürlich ablehnen werden, aber das wird Sie einholen, oder vielmehr: das hat Sie schon eingeholt. Ihnen traut die Mehrzahl der Wähler im Bereich der Bildung nichts mehr zu.

Wir machen zur Wahl ein programmatisches Angebot, mit dem die SPD zu dem steht, was sie in der Vergangenheit in Regierungsverantwortung eingeleitet hat und was sie nach ihrer Rückkehr in die Regierung fortsetzen will.

Wir schüren keine Angst. Wir beschreiben Perspektiven. Wir wollen mit Zuversicht Verantwortung übernehmen.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.04.2012, 20:50 Uhr - 21848 Clicks - Nr. 272

## **Birgit Herdejürgen zu Gast beim DGB**

Um allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben ihre Landtagskandidaten direkt kennen zu lernen und zu bestimmten Themen zu befragen, hatte der DGB die Kandidaten des Kreises Steinburg zum „Flurgespräch“ eingeladen.

Auch Birgit Herdejürgen, finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion stellte sich den Fragen der Gewerkschafter.



In der Frage der Tariftreue gab es hier von der Politikerin eine klare Aussage: „ Wir haben ein Gesetzentwurf in der Schublade, den wir, im Falle eines Wahlsiegs, sofort umsetzen können. Auch das Mitbestimmungsgesetz werden wir unmittelbar nach der Wahl wieder auf den fortschrittlichen Stand vor Schwarz-Gelb bringen.“

Susanne Uhl (DGB) wollte weiterhin wissen, wie die Parteien mit der nun endlich beschlossenen Energiewende umgehen werden. Hier setzt die SPD auf die Ausweitung von Windeignungsflächen in Schleswig-Holstein, allerdings in Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen. „ Dies wird auch eine große Palette von neuen Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten in unserem Land schaffen“, so die Abgeordnete.

Auf die Frage nach Stellenabbau im Öffentlichen Dienst betonte Birgit Herdejürgen:

„Niemand wird entlassen. Dennoch sind Kürzungen durch Verzicht auf Neubesetzungen im Falle von altersbedingtem Ausscheiden notwendig. Davor stehen jedoch in allen Verwaltungen Aufgabenkritik und Aufgabenabbau. Wir werden Verwaltungsaufgaben auf den Prüfstand stellen und Doppelstrukturen beseitigen. Denn wir wollen lieber in den Menschen investieren, als in Verwaltung.“

**Keine Kommentare**

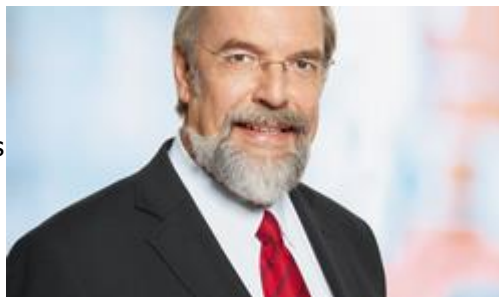
[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 26.04.2012, 21:24 Uhr - 13908 Clicks - Nr. 273

## **Kiels Potentiale stärken – Schwächen angehen**

„Wir haben die heute in den Kieler Nachrichten veröffentlichten Ergebnisse der Bürgerbefragung mit großem Interesse verfolgt und nehmen sie sehr ernst. Wir freuen uns, dass so viele

Kielerinnen und Kieler an der Befragung des Regionalen Berufsbildungszentrums mitgewirkt haben. Das zeigt uns, dass die Menschen sich für ihre Stadt und für ihren Stadtteil interessieren und deren Entwicklung verfolgen.

Die in Teilbereichen unbefriedigenden Ergebnisse sind für uns Ansporn und Ausgangspunkt, zielgerichtet Verbesserungen angehen zu können. Nun heißt es, die konkreten Ergebnisse der Befragung auszuwerten. Wir sehen uns bestätigt, die Möglichkeiten einer höheren Beteiligung von Jugendlichen auszubauen. Das liegt ganz auf unserer politischen Linie. Auch das Ergebnis zum Thema Integration entspricht unserem Ansatz und veranlasst uns, unsere Bemühungen um ein gutes Miteinander zu verstärken. Die Kieler SPD stellt sich vor, einen „Kongress Integration“ in Kiel zu veranstalten, an dem alle beteiligten Gruppen und Verbände über weitere Schritte beraten.



Die guten Noten, beispielsweise im Bereich Verkehrsnetz oder Stadtteilentwicklung, haben wir mit Freude aufgenommen. Dies ist für uns Bestärkung, sich um eine besonders lebenswerte Stadt am Meer zu bemühen“, so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 27.04.2012, 10:58 Uhr - 15284 Clicks - Nr. 274

## **Schülerin aus dem Kreis Segeberg schaut in Berlin hinter die Kulissen**

### **Thönnnes lud zum Girls´ Day 2012 ein:**

Den 25. und 26. April 2012 hat Denise Loeck von der Willy-Brandt-Schule in Norderstedt, auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin verbracht. Anlass hierfür war der nun schon zum zwölften Mal bundesweit stattfindende Girls´ Day. Insgesamt 70 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten dabei Gelegenheit den Politikbetrieb hautnah mitzerleben.

Am Girls´ Day öffnen Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland einen Tag lang ihre Türen, um jungen Frauen Einblick in spannende Tätigkeitsbereiche zu ermöglichen. Hintergrund ist, dass viele sich noch immer für die sogenannten „typischen Frauenberufe“ entscheiden. Damit nehmen sie nicht alle Chancen wahr, die ihnen das Arbeitsleben bietet. Die Aktion will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette auszuwählen. „Es freut mich, dass meine Fraktion sich beteiligt, weil wir auch in der Politik und in der Politikberatung mehr Frauen brauchen“, so Thönnnes.

Am 25. April begann das Programm mit einer Führung durch das Reichstagsgebäude und einem freien Abend in der Bundeshauptstadt. Der Donnerstag startete bereits um 7 Uhr. Im Rahmen eines Frühstücks begrüßten der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier und die Parlamentarische Geschäftsführerin Iris Gleicke, SPD-MdB, die jungen Frauen im Reichstagsgebäude.

Nach einem anschließenden Plenumsbesuch wurde mit einem Planspiel der Weg durch die Gesetzgebung simuliert. Selbstverständlich durfte dabei, wie in der richtigen Politik, eine kontroverse Debatte nicht fehlen. Auch mit SPD-MdB Franz Thönnnes traf die Schülerin zusammen. Sie besuchte sein Büro und wurde in Gesprächen mit seinen Mitarbeitern und ihm über die dortige Arbeitsorganisation und die Tagesabläufe informiert. „Es war richtig spannend einen Blick hinter die Kulissen werfen zu können. Besonders interessant war es den Gesetzgebungsprozess nachzuspielen. Da wurde deutlich, wie komplex so ein Verfahren eigentlich ist“, so Denise Loeck.



„Der Girls' Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eine der Teilnehmerinnen in einem politischen Tätigkeitsfeld wieder“, zeigt sich Thönnes überzeugt.

**Bild: Denise Loeck und Franz Thönnes auf der Plenarebene des Deutschen Bundestages**

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.04.2012, 13:47 Uhr - 7366 Clicks - Nr. 275

## **Bildungsprotest ist notwendig!**

*Zu den Protestaktionen des Bildungsbündnisses Kiel erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Die SPD begrüßt die heutigen Protestaktionen zahlreicher Schülerinnen und Schüler sowie Studierender für bessere Bildung. Sie teilt die Forderungen nach mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr und besseren Ganztagsschulangeboten, Mitbestimmung aller Beteiligten und einer Schule für alle.

Auch eine SPD-geführte Landesregierung wird wegen der Haushaltssituation nicht in der Lage sein, alle berechtigten Forderungen nach einer besseren Ausstattung des Bildungswesens sofort zu erfüllen. Sie wird aber ein verlässlicher Ansprechpartner für Schüler, Lehrer, Eltern und Schulträger sein, weil wir wissen, dass Sparen an der falschen Stelle in der Zukunft sehr teuer werden wird.



**Keine Kommentare**

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 27.04.2012, 19:49 Uhr - 11282 Clicks - Nr. 276

## **Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen!**

Zur Großen Anfrage "Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Bildungssystem Schleswig-Holsteins" erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, in der Landtagsitzung vom 27.04.2012:

Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen!

Die Antwort der Landesregierung, für die ich mich bei den beteiligten Ministerien und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanke, zeigt sehr deutlich: Trotz aller Fortschritte bleibt noch sehr viel zu tun, wenn wir eine echte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in unserem Land erreichen wollen. Darin deckt sich die Antwort der Landesregierung mit dem kürzlich vorgestellten Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung.

Aus meiner Sicht sind es drei Handlungsfelder, vor denen wir stehen:

- die Beherrschung der deutschen Sprache,
- die Integration und Inklusion in den Regelunterricht und
- die Gleichstellung bei den Schulabschlüssen.

Dass man Deutsch beherrschen muss, um die Schule mit Erfolg absolvieren zu können und um in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt gleichberechtigt zu sein, gilt nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern für alle. Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschullehrerinnen und -lehrer können ein Lied davon singen, wie schlecht die Sprachfähigkeit auch vieler Kinder aus ethnisch deutschen Familien ist.

Es war deshalb eine richtige Entscheidung, die Feststellung der Sprachfähigkeit in die Kindertagesstätten zu verlagern und diese dazu zu verpflichten, in Zusammenarbeit mit der Schule die nötigen Fördermaßnahmen durchzuführen. Die Voraussetzung dafür allerdings ist, dass wir die Kinder erst einmal in die Betreuungseinrichtungen bekommen. Denn wenn 2011 rund 18 Prozent der Kinder in Kindertagesstätten mindestens ein ausländisches Elternteil hatten und 10,3 Prozent zu Hause nicht vorrangig Deutsch sprachen, bleibt hier eine Menge zu tun.

Sie verweisen darauf, dass die Beteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund an den Kindertagesstätten zwischen 2009 und 2010 sprunghaft von 68,7 auf 84,1 Prozent angestiegen sei. Da muss man sich fragen, wie so etwas zustande kommt, zumal die entsprechende Bewegung in den anderen Bundesländern sehr gering war. Ich kann Ihnen sagen, woran es lag: Es lag an dem richtigen Beschluss der Großen Koalition, das letzte KiTa-Jahr gebührenfrei zu stellen. Und Sie werden es erleben: Wenn die Zahlen für 2011 ausgewertet sind, werden Sie sehen, dass die Wiedereinführung der Gebührenpflicht negative Folgen hat.

Und falls Sie wirklich Ihre Herdprämie alias Betreuungsgeld durchsetzen, wird das ein weiteres Vehikel dafür sein, genau die Kinder aus den KiTas fernzuhalten, die dort unbedingt hingehören. Also setzen Sie sich in Berlin dafür ein, dafür kein Geld rauszuwerfen, sondern damit lieber die Kommunen und die freien Träger beim Ausbau und bei besserer Betreuungsqualität zu unterstützen.

Wir werden uns deshalb darum bemühen, in der nächsten Legislaturperiode die Gebührenfreiheit zumindest für das letzte Jahr vor der Einschulung wieder herzustellen, und wir streben langfristig an, die gesamte Bildung von der Kindertagesstätte bis zum ersten Studienabschluss gebührenfrei zu machen.

Als ehemalige Schülerin mit immer noch aktuellem Migrationshintergrund beunruhigt es mich schon, wenn im Schuljahr 2010/11 42 Prozent aller Schüler auf ein Gymnasium gegangen sind, aber nur 26 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund.

Ich bin davon überzeugt, dass die Möglichkeiten, die die Gemeinschaftsschule auf der Grundlage des längeren gemeinsamen Lernens bietet, für alle Schüler nicht nur, aber gerade auch für die aus Migrantenfamilien eine riesige Chance ist. An dieser Schulart war 2010/11 die Beteiligung der Schüler mit Migrationshintergrund auch nur unwesentlich höher als die von Schülern ohne ihn.

Was uns im Bildungswesen fehlt, sind junge Menschen aus Migrantenfamilien, die sich dazu entschließen, einen pädagogischen Beruf zu ergreifen, sei es als Erzieherin bzw. Erzieher oder ganz besonders als Lehrerin bzw. Lehrer. Ich weiß, dass das zum Teil ein Mentalitätsproblem ist, besonders bei jungen Männern, von denen viele diese Berufe als typisch weibliche Tätigkeiten ansehen. Aber das war bei den ethnischen Deutschen vor nicht allzu langer Zeit ja noch ähnlich, und der Wandel in den Köpfen dauert eben seine Zeit.

Auch die Bilanz der Abschlüsse ist nicht gut. Der Anteil der Absolventen mit Migrationshintergrund, die gar keinen Abschluss oder nur einen Hauptschulabschluss erreicht haben, ist viel zu hoch, während ihr Anteil bei den Realschulabschlüssen und beim Abitur zu niedrig ist. Bei den berufsbildenden Schulen sind die Chancen besser. Insgesamt 19 Prozent der Berufsschulabsolventen legen das Abitur am beruflichen Gymnasium ab, bei den Absolventen mit Migrationshintergrund sind es knapp 16 Prozent.

Ich bitte darum, dass wir uns die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage in der

nächsten Legislaturperiode als Arbeitsgrundlage auf Wiedervorlage legen. Es wäre schade, wenn sie mit der Neuwahl in der Schublade verschwinden würde.

**Keine Kommentare**

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 28.04.2012, 02:24 Uhr - 12138 Clicks - Nr. 277

## **Vegan-vegetarischer Abend**

**Die Jusos Mitteldithmarschen organisierten einen vegan-vegetarischen Abend und diskutierten über Ernährung und Politik.**

Am Samstag den 21.04.2012 veranstalteten die Jusos Mitteldithmarschen im Meldorfer Bornholdt einen vegan-vegetarischen Abend. An der Veranstaltung, zu der alle Gäste vegane und vegetarische Speisen mitnehmen konnten, nahmen rund 50 Gäste teil.

„Unser Ziel war es gemeinsam einen geselligen Abend zu verbringen, und in lockerer Atmosphäre über die Zusammenhänge von Politik und Ernährung zu reden.“ so die Vorsitzende der Jusos Mitteldithmarschen Hanna Pöschel.

Für dieses Ziel eignete sich der Referent Moritz Deutschmann, Vorsitzender Jusos Rendsburg-Eckernförde und selbst Vegetarier, bestens der eine kurzen Einstieg in das Thema gab. Anschließend wurde in gemütlicher Runde von veganem Brotaufstrich bis zum vegetarischen Gyros alles verspeist was die Teilnehmenden mitgebracht hatten.

Danach wurde schließlich lebhaft über ethische, gesundheitliche oder politische Gründe sich vegan oder vegetarisch zu ernähren diskutiert, und Probleme die hierbei im Alltag anfallen thematisiert. Zu diesem Thema wurde auch ein Antrag der Jusos, der auf der nächsten Jahreshauptversammlung gestellt werden soll, und eine einheitliche gesetzliche Kennzeichnungspflicht für vegane und vegetarische Produkte fordert, diskutiert, um das Dilemma im Supermarkt, erst alle Inhaltsstoffe lesen und kennen zu müssen, zu vermeiden.

Patrick Lange, Kreisvorsitzender der Jusos, äußerte sich zu diesem Vorgehen folgendermaßen: „Gerade in Zeiten der erstarkenden Piraten ist es für uns als Jusos wichtig auch Nichtmitglieder in demokratische Entscheidungsprozesse einzubeziehen, und mit alternativen Herangehensweisen an die Politik zu experimentieren.“

Nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell war die Veranstaltung ein voller Erfolg, so blieben nach Abzug aller Kosten 150 Euro übrig, die nach Vorstandsbeschluss den Tafeln der AWO in Heide, Meldorf und Albersdorf zu je 50 Euro zu Gute kommen sollen. „Dieses Geld ist natürlich nicht nur für veganes oder vegetarisches Essen vorgesehen.“ so eine Teilnehmerin augenzwinkernd.

Kommentar von [Stefan Sander](#) vom 02.02.2013, 18:35 Uhr:

**RE: Vegan-vegetarischer Abend**

*Hallo zusammen, nochmal ich. Ich blogge seit kurzem auf <http://stefan-sander.eu> über Tier-schutz & Tierrechte, Vegetarisch & Vegan, Jusos & SPD. Schaut dochmal vorbei.*

Kommentar von [Stefan Sander](#) vom 03.09.2012, 11:49 Uhr:

**RE: Vegan-vegetarischer Abend**

*Danke liebe GenossInnen für die Bearbeitung dieses wichtigen Themas. Wie findet ihr diesen Artikel? <http://taz.de/Kolumne-Das-Schlagloch-/!79355/> Seid ihr auf Twitter (<https://twitter.com/stefan2sander>) oder Facebook vertreten? Freundschaft Stefan*

## Girls day 2012

Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein beteiligte sich – wie auch schon in den Vorjahren – am Girls' Day. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin Birgit Herdejürgen:

Elf Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahren nahmen am Donnerstag, den 26. April 2012 das Angebot der SPD-Landtagsfraktion zum diesjährigen Girls' Day wahr.



Sie informierten sich über Berufsfelder, die die Politik Frauen bietet. In der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein haben Frauen wichtige Positionen: Sie sind im Fraktionsvorstand, sind Sprecherinnen für Fachbereiche wie Finanzen oder Frauen-, Jugend- und Familienpolitik, mischen in der Wirtschaftspolitik und im Justizbereich mit und engagieren sich für Umwelt- und Sozialthemen. Die Mehrheit der wissenschaftlichen Referenten der Fraktion sind Frauen. Damit kann man den Mädchen glaubhaft verdeutlichen, dass es im politischen Bereich interessante Berufe für Frauen gibt.

Zum Programm der Fraktion für die Mädchen gehörten Gespräche mit Abgeordneten und mit Fachreferentinnen und -referenten. In einem Frage- und Antwortspiel lernten die Mädchen die SPD-Landtagsfraktion kennen. Vor allem folgende Fragen wurden erörtert: Wie funktioniert Politik? Wie kann man mit Politik Dinge verändern? Wie sieht die Arbeit von Landtagsabgeordneten aus? Zudem ging es um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die Mädchen hatten auch Gelegenheit, Fragen an den Fraktionsvorsitzenden zu stellen und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion kennenzulernen

„Es gibt jenseits der traditionellen Frauenberufe eine große Vielfalt von Berufsmöglichkeiten für junge Mädchen. Dazu gehört, neben vielen technischen und naturwissenschaftlichen Berufen, auch die Politik. Es ist schön zu sehen, dass immer mehr junge Frauen sich dafür interessieren“, so die Landtagsabgeordnete.

**Keine Kommentare**

## Himmelfahrt nach Schleswig

Der SPD-Ortsverein Kaköhl lädt zur diesjährigen Tagesfahrt an Himmelfahrt ein: Am Donnerstag, 17. Mai geht es in die frühere Landeshauptstadt Schleswig. Abfahrt ist ab ZOB Lütjenburg um 8 Uhr und dementsprechend später ab Futterkamp, Blekendorf, Sechendorf und Kaköhl. Die Rückkehr ist für spätestens 18 Uhr vorgesehen.

Der Fahrpreis beträgt 10 €. Anmeldungen bis spätestens Sonntag, 12. Mai bei Heidi Ehmke, Tel. 04381/8777 oder Ilka Koht, Tel. 04381/1261.



**Keine Kommentare**

## Mit Marschmusik durch Itzehoe

Im Rahmen einer Wahlkampfaktion hatten die Genossinnen einen Umzug durch Itzehoe organisiert. Vom Treffpunkt am Bahnhof ging es gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten Torsten Albig zum neuen Frauen-EDEKA-Markt am Leuenkamp. Begleitet wurden die Genossinnen von der Elmshorner Marching Band Red Diamonds, die mit moderner Marschmusik die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich zog.

Die Marching Band Red Diamonds hatte am Treffpunkt einige Stücke vorgespielt und ging dann voran, um den Zug um den Bahnhof herum zu führen. Auch die vorbeifahrenden Autofahrer verfolgten mit Interesse das Geschehen.

Schon am Bahnhof hatten die Teilnehmer begonnen kleine Aufmerksamkeiten zu verteilen, die auf den vor bevorstehenden Wahlsonntag hinweisen. Genau so gerne wie das (Schokoladen-)Herz für unser Lieblingsland wurden die Informationskarten angenommen. Nur wenige Passanten wussten schon so gut Bescheid, dass sie keine weitere Information brauchten. Auf besonderes Interesse stieß die Möglichkeit, sich mit Torsten Albig direkt zu unterhalten. Er und Birgit Herdejürgen waren die wichtigsten Ansprechpartner.

Vor dem Neuen Markt angekommen, begann die eigentliche Verteilaktion. Fast alle Menschen nahmen gerne die angebotenen Aufmerksamkeiten mit und es gab viele Gespräche über die bevorstehende Wahlentscheidung. Die mitgebrachten Kinder waren besonders eifrig dabei, als es darum ging, die Lieblingslandherzen und Informationsmaterialien anzubieten. Auch hier standen die Gespräche mit dem zukünftigen Ministerpräsidenten und der Landtagsabgeordneten im Mittelpunkt des Interesses.

Die Band spielte verschiedene Musikstücke, die in thematische Blöcke unterteilt waren. Die anwesenden Kommunalpolitiker der SPD kamen mit etlichen Passanten ins Gespräch, die sie aus ihrer politischen Arbeit kennen. So gab es auch einen regen Austausch mit Demokraten aus anderen Parteien. Auch hier haben die Genossinnen nur wenig Widerspruch erfahren, die freundliche Zustimmung überwog deutlich.

Zum Ende der Aktion wurde Thorsten Albig mit einem letzten Musikstück verabschiedet und die Itzehoer Genossinnen zogen weiter zu einem Infostand in der Innenstadt wo sie weitere Gespräche führten.

**Keine Kommentare**

## Straßenwahlkampf mit Birte Pauls in Steinfeld

Unsere Wahlkreiskandidatin MdL Birte Pauls macht zurzeit viele Besuche in ihrem Wahlkreis Schleswig. Heute besuchte sie u. a. den Informationsstand des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis vor dem gemeindeeigenen MarktTreff in Steinfeld und führte intensive Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern.

In den vielen Gesprächen wurde immer die unsaubere Kampagne der CDU gegen die dänische Minderheit angesprochen, die unappetitlich und rückwärtsgewandt ist. Die CDU hat einen schmutzigen Wahlkampf begonnen und plakatiert sogar gegen die sogenannte „Dänenampel“.



Birte Pauls selbst hatte ein Heimspiel, da sie in Steinfeld sehr bekannt und beliebt ist. Birte Pauls war Anfang der 90iger Jahre Mitglied in der Gemeindevertretung in Steinfeld bis zu ihrem Wechsel nach Kopenhagen. Unser roter Bürgermeister Heinrich Buch erinnerte Birte an ihre Zeit in Steinfeld.

Die Gemeinde Steinfeld ist das „gallische“ Dorf in Angeln, wo Dank der engagierten Arbeit vor Ort die SPD bei Wahlen überdurchschnittlich gut abschneidet. Die SPD stellt den Bürgermeister seit Mitte der 90iger Jahre den Bürgermeister und hat viele Errungenschaften für die Allgemeinheit erreicht wie beispielweise einer gemeindeeigenen Gaststätte, einem MarktTreff und einer nachschulischen betreuten Grundschule.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünscht Birte Pauls viel Erfolg in ihrem sehr engagierten Wahlkampf und dass am 6. Mai die Bürgerinnen und Bürger ihr Wahlrecht wahrnehmen mit dem Ziel eines Regierungswechsels in Kiel.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 29.04.2012, 13:55 Uhr - 30905 Clicks - Nr. 282

## Gute Bildung – gute Chancen

Mehr Lehrerstellen und keine bildungspolitischen Sonderwege. SPD-Bildungsexperte Martin Habersaat formulierte Bildungspolitik mit langfristiger Perspektive.

Schleswig-Holstein darf bildungspolitisch nicht zur Insel werden mit Schularten, die es in anderen Bundesländern nicht gibt. Davor warnte der SPD-Bildungsexperte und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Das neunjährige Gymnasium (G9) gebe es nur an elf Schulen in Schleswig-Holstein. Fast alle der rund 3000 Gymnasien in Deutschland orientieren sich dagegen am achtjährigen Bildungsgang (G8). Der Sonderweg der schwarz-gelben Landesregierung erschwere nicht nur den Schulwechsel beim Umzug in ein anderes Bundesland, sondern sogar innerhalb eines Kreises.



Der SPD-Kreisverband Segeberg hatte gemeinsam mit dem Ortsverein Nahe den bildungspolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu einer öffentlichen Diskussion im Bürgerhaus Nahe am 27. April eingeladen. Landtagskandidatin Katrin Fedrowitz (Wahlkreis Norderstedt) und die Kandidaten Marc-André Ehlers (Segeberg Ost) und Stefan Weber (Segeberg West) steuerten ihre Erfahrungen aus der Region bei. Der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Beran führte durch den Abend und bot den Gästen Gelegenheit, sich an der Diskussion zu beteiligen.



Die Regionalschulen im Lande litten unter sehr geringen Anmeldequoten, die noch unter denen der früheren Hauptschule liegen. Nur 13,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler wurden im vergangenen Jahr für diese Schulform angemeldet. Die SPD möchte die Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln. Der Abgeordnete sieht darin auch die Chance, die Standorte solcher Schulen zu erhalten.

Gleichzeitig soll die Anzahl der Oberstufenangebote vergrößert werden. „Wenn wir die Abiturquote erhöhen wollen, müssen wir mehr Oberstufen einrichten“, rechnete Martin Habersaat vor und verwies auf ein verblüffendes Ergebnis der Statistik: „Je mehr Oberstufen in einem Kreis zur Verfügung stehen, desto mehr Schüler machen Abitur.“

„Wir wollen Bildungspolitik mit langfristigen Perspektiven“, stellte der Landespolitiker klar. In Zukunft solle es mit dem G8-Gymnasium, der G9-Gesamtschule und den beruflichen Gymnasien nur noch Schulen geben, die alle Abschlüsse anbieten können. Die Ausbildung der Lehrkräfte soll sich an den Anforderungen der Altersstufen der Schülerinnen und Schüler orientieren, nicht mehr an den Schularten.

„Das längere gemeinsame Lernen ist vorteilhaft für alle Schülerinnen und Schüler“, erläuterte der Martin Habersaat. Er kann dabei auf seine Berufserfahrung als Lehrer verweisen. Die Gemeinschaftsschulen sollen nach einem Regierungswechsel die Differenzierungsstunden zurück- erhalten, die Schwarz-Gelb gestrichen hat. Abschlussbezogene Bildungsgänge sollen wieder rückgängig gemacht werden.

In der lebhaften Diskussion mit dem Publikum wurde die Forderung nach verpflichtenden Ganztagsangeboten der Schulen laut. Aus pädagogischer Sicht konnte der Gastreferent sich dem anschließen, forderte aber Geduld bei der Umsetzung. Es gebe noch keinen Konsens bei den Schulträgern. Sehr kritisch wurde auch die Personalnot an den Schulen dargestellt. Hier versprach der Bildungspolitiker Besserung. Mit der SPD werde es rund 1800 Lehrerstellen mehr an den Schulen des Landes geben als die jetzige Regierungskoalition es plane.

Zum Abschluss der Diskussion bekamen die drei Landtagskandidaten Schultüten mit auf den Weg. Mit diesen sammelten Sie „Wunschzettel“ der Gäste ein. So konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den angehenden Landtagsabgeordneten ihre Forderungen und Anregungen schriftlich mit auf den Weg geben.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.04.2012, 19:35 Uhr - 7475 Clicks - Nr. 283

## Auf gute Nachbarschaft

### SPD-Bildungspolitiker aus Schleswig-Holstein zu Gast im Hamburger Rathaus

„Auf gute Nachbarschaft“ - so lautet der Text auf vielen Großflächenplakaten, die die SPD derzeit im Hamburger Umland aufgestellt sind. Zu sehen sind Torsten Albig und Olaf Scholz, die künftig beide als Regierungschefs an dieser guten Nachbarschaft arbeiten wollen. Auch andere wollen diese gute Nachbarschaft mit Leben erfüllen.



Nachdem Lars Holster, schulpolitischer Sprecher der SPD Hamburg, vor Kurzem in Kiel zu Gast war, traten Martin Habersaat und Dr. Henning Höppner nun den Gegenbesuch im Hamburger Rathaus an.

Martin Habersaat (35) ist Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel und Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. In dieser Position trat er 2011 die Nachfolge von Henning Höppner an, der bei der Landtagswahl am 6. Mai nicht wieder antritt. Beide nahmen an einer Sitzung des Arbeitskreises Schule der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft teil. Dabei ging es um Herausforderungen der Zukunft, etwa den Ausbau von Ganztagsangeboten oder die Inklusion. Auch über grenzüberschreitende Schulbesuche wurde gesprochen.

Martin Habersaat: „Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und damit auch unsere Schulen stehen, sind über Landesgrenzen hinweg ähnliche. Zunächst wollen wir uns gegenseitig über Strategien in unseren Ländern informieren. Das nächste Ziel wird sein, gemeinsame Strategien zu entwickeln und umzusetzen.“

Foto v.l.: Ties Rabe (Senator für Schule und Berufsbildung), Hildegard Jürgens (MdHB), Lars Holster (MdHB), Martin Habersaat (MdL), Andrea Rugbarth (MdHB), Ulrike Hanneken-Deckert (MdHB), Meike Jensen (Deputierte der Behörde für Schule und Berufsbildung), Mattias Czech (MdHB), Gerhard Lein, Jan-Hinrich Fock (MdHB), Dr. Henning Höppner (MdL)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.04.2012, 20:16 Uhr - 7393 Clicks - Nr. 284

## Bildungschancen

### Einwurf 5 für den "Kleinen Reinbeker"

„Jedes Kind muss unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für die persönliche Entfaltung und die beruflichen Lebensperspektiven haben.“ So steht es im Regierungsprogramm der SPD. Und dieses Ziel ist der Grund für unsere Bildungspolitik. Man mag es Ideologie nennen und dabei gar nicht falsch liegen: Es gehört zu den Gründungsideen der Sozialdemokratie, mit Aufklärung und Bildung die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern zu wollen.

Dass die persönliche Entfaltung vor den beruflichen Lebensperspektiven steht, ist kein Zufall. Zuerst ist Bildung ein Menschenrecht. Als Lehrer habe ich mir immer Schüler gewünscht, die als junge Erwachsene mit Zuversicht Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen und können. Das bleibt mein Ziel als Bildungspolitiker. Und solange in Deutschland die soziale Herkunft mehr über die Bildungschancen eines Kindes sagt als sein Können, solange es noch immer viel zu viele Jugendliche gibt, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, solange strebe ich nach Verbesserungen. Auch aus „ideologischen Gründen“.

Ganz praktische Gründe sprechen für eine Verbesserung der beruflichen Lebensperspektiven aller jungen Menschen: Der demographische Wandel ist in vielen Bereichen spürbar, der Fachkräftemangel wird Realität. Deutschland wird, in Zukunft wahrscheinlich mehr denn je, in Köpfe investieren müssen. Wir können es uns nicht mehr leisten, Jugendliche zurückzulassen.



**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 30.04.2012, 16:48 Uhr - 30860 Clicks - Nr. 285

## Kämpferische Reden zum Arbeitnehmerempfang

Inzwischen ist es zur Tradition geworden: Am Sonntag vor dem 1. Mai fand auch in diesem Jahr wieder der Arbeitnehmerempfang des SPD-Kreisverbandes Steinburg statt. Bei strahlendem Sonnenschein machten sich über 50 Gäste zum Planet Alsen nach Itzehoe auf. Der SPD-Kreisvorsitzende Rudolf Riep begrüßte zusammen mit den beiden Landtagskandidaten



Birgit Herdejürgen (MdL) und Stefan Bolln die Anwesenden. Als Gastredner konnten der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner (MdL) und den AfA-Bundsvorsitzende Ottmar Schreiner (MdB) gewonnen werden.

Musikalisch begleitet wurde der Empfang vom Klarinettenquintett der Musikschule Glückstadt, die u.a. das alte sozialdemokratische Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ vertonten und zum Mitsingen einluden.

Ralf Stegner hielt eine packende Wahlkampfreden und betonte, dass eine große Koalition das Letzte sei, was



man wolle. Wer eine Rot-Grüne Mehrheit im Land will, der muss auch mit der Erststimme die beiden Steinburger SPD-Kandidaten wählen und mit der Zweitstimme auch am besten SPD oder Grüne oder SSW. „Stimmen für andere Parteien sind verschenkt“, so Stegner deutlich. Ottmar Schreiner griff in seiner Rede die bevorstehende Landtagswahl ebenfalls auf und zeigte sich verwundert über die neuen CDU-Plakate, die mit einer stabiler Regierung statt Dänenappel werben. Bedenkt man, dass die CDU-Mehrheit im Land zweimal zu vorgezogenen Neuwahlen geführt hat, kommt einem dies zumindest merkwürdig vor. Ottmar Schreiner stammt aus einer Region Deutschlands, in der es historische Grenzkonflikte und Fremdenhetze gegeben hat. Im Saarland ist die historische Auseinandersetzung mit den Franzosen das Gegenstück zu unserer Nachbarschaft mit den Dänen. Hier wie dort gilt es unter Demokraten als gesichert, dass gute Nachbarschaft nicht nur genannt sondern auch gelebt wird. Die SPD will eine gute und produktive Nachbarschaft mit den Dänen und den Nachbarn im Süden erreichen.

Ottmar unterstrich in seiner Rede, dass ein gesetzlicher Mindestlohn die Mindestvoraussetzung für eine sozial gerechte Gesellschaft ist. Arbeit hat immer ihren Wert und muss angemessen entlohnt werden. Dabei ist das gerne von der FDP vorgetragene der minderwertigen Arbeit von z.B. Frisörinnen und Reinigungskräften nicht zulässig. „Wenn alle Toilettenfrauen in Deutschland für eine Woche streiken würden, wären wir ein Seuchennotstandsgebiet“, befand Ottmar und weiter: „Minderwertige Arbeit gibt es nicht!“.

Eine Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das Kerngeschäft der SPD. Der Bundestagsabgeordnete brachte auch den Zusammenhang zwischen Geringverdienst und drohender Altersarmut. Deutlich herausgestellt wurden von Ottmar auch die Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Positionen und den Mogelpackungen die von der Union und so genannten christlichen Gewerkschaften angeboten werden. In Deutschland hat es in den letzten 15 Jahren keinen Zuwachs bei den Reallöhnen gegeben. Insofern sind die Forderungen der Gewerkschaften nach deutlichen Lohnerhöhungen mehr als gerechtfertigt. „Deswegen ist es wichtig, dass wir alle ein Signal geben und am 1. Mai auf die Straße gehen“, schloss Ottmar seine Rede, die häufig von Applaus unterbrochen wurde.

Für alle Gäste stand danach fest, welchen Wert die Arbeit im Land hat und dass die SPD wieder fest an der Seite der Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen will und wird.

Bilder vom Arbeitnehmerempfang finden Sie [hier](#).

Niels Jurgons

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 30.04.2012, 17:35 Uhr - 5379 Clicks - Nr. 286

## **Reinbek entdecken mit der SPD**

### **52 Gäste auf Bustour mit Hermann Becker und Martin Habersaat**

„Drei Busse hätten wir auch füllen können“, freute sich René Wendland, der Vorsitzende der

SPD Reinbek, über die große Nachfrage nach der Stadtrundfahrt durch Reinbek. Hermann Becker hatte eine spannende Tour ausgearbeitet und viele Anekdoten zu erzählen. 52 Gäste, darunter der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, fanden im Bus schließlich Platz und waren drei Stunden lang unterwegs.

Zwischendurch gab es eine Kaffee- und Kuchen-Pause in Sachsenwaldau. Martin Habersaat: „Die Menschen interessieren sich sehr für ihre Heimatregion. Das stimmt mich auch für künftige politische Herausforderungen zuversichtlich. Wir sehen: Wir können Viele mitnehmen, wenn wir es richtig anstellen.“



Zunächst ging es am Schloss Reinbek vorbei in die Ladestraße, die so heißt, weil es hier mal ein Gleis zum Verladen von Gütern gab. Etwas später erfuhren die Mitfahrer im Schatten eindrucksvoller Villen, wo Günter Gaus einmal in Reinbek lebte, dass es sich beim Mühlenteich um eine Aufstauung der Bille handelt und dass es in Reinbek mal ein 3D-Kino gab. Hermann Becker erläuterte den Hintergrund zahlreicher Straßennamen. Auch, wie der Ortsteil Krabbenkamp zu seinem Namen kam, wurde erklärt - in den Äckern dieser Gegend fanden sich einst besonders viele Engerlinge.

Interessant auch, dass die Kommunalpolitiker seinerzeit sehr phantasievoll waren, als sie die Berliner Straße und die anliegenden Straßen planten: Östlich der Berliner Straße sind die Straßen nach Stadtteilen Ostberlins benannt, westlich nach solchen Westberlins. Durch alle diese Straßen fuhr der Bus, der trotz der großen Nachfrage nicht größer hätte sein dürfen: Manche Kurve in den Wohngebieten war schon mit diesem Exemplar kaum zu bewältigen. Am Ende waren sich alle einig: Solche gelungenen Aktionen müssen wiederholt werden.

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.04.2012, 21:56 Uhr - 9314 Clicks - Nr. 287

## **Gegen Wirtschaftskriminalität, für gute Nachbarschaft**

### **Landtagsrede vom 27. April 2012**

Würden wir einen Bankräuber, der einen Teil seiner Beute zurückgibt, straffrei laufen lassen? Würden wir einen Steuerhinterzieher, der nur einen Bruchteil seiner hinterzogenen Steuern zahlt, straffrei laufen lassen? Und würden wir wollen, dass ein Unternehmen, das sich erweisenmaßen kriminell verhalten hat, Aufträge vom Staat erhält?

Die Antwort ist dreimal nein, wenn Sie mich oder die SPD fragen.

Die Antwort ist zweimal ja, wenn Sie Kollegen von CDU und FDP fragen. Vielleicht, weil Bankräuber in ihrer Mehrheit nicht CDU und FDP wählen.

### **Warum unterstützt Schwarz-Gelb Steuerhinterzieher?**

Das Bundeskabinett hat vorgestern ein Steuerabkommen mit der Schweiz beschlossen. Ein Geschenk für deutsche Schwarzgeldanleger. Das Schwarzgeld deutscher Kunden bei Schweizer Banken wird einmalig besteuert, zum Freundschaftssatz von 21 bis 41 Prozent. Dafür bleiben

die Steuerbetrüger anonym und haben ihr Schwarzgeld legalisiert. Dem deutschen Gemeinwesen gehen Milliarden verloren. Wer ein großes Vermögen hat, wird vom Staat unterstützt, wenn er versucht, sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

Das muss man sich mal vor dem Hintergrund der Positionen von CDU und FDP zum Mindestlohn auf der Zunge zergehen lassen. Ungerechter geht es kaum. Und Sie behaupten, die SPD könne nicht mit Geld umgehen... Warum verschenken CDU und FDP hier Milliarden aus zweifelhaften Gründen?

### **Warum erweckt Schwarz-Gelb den Eindruck, korrupte Unternehmen zu unterstützen?**

Es bestünde die Möglichkeit, mit Hamburg ein gemeinsames Korruptionsregister einzurichten. In dem Register sollen Firmen erfasst werden, die aufgrund von Vergehen wie Korruption, Schwarzarbeit oder auch Insolvenzverschleppung verurteilt worden sind. Ziel ist es, diese Unternehmen bis zu drei Jahre von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Bis 2006 gab es ein solches Register in Hamburg, das vom damaligen CDU-Senat aber abgeschafft wurde. Der SPD-Senat arbeitet an einem Gesetzentwurf.



Schleswig-Holstein hat sich entsprechenden Überlegungen bisher nicht angeschlossen. Dabei machen Korruption, Schwarzarbeit und andere illegale Praktiken im Wirtschaftsverkehr nicht an Ländergrenzen halt. Ein gemeinsames Register mit Hamburg wäre ein sinnvoller Schritt, Ziel muss darüber hinaus ein bundesweit geführtes Korruptionsregister sein. Auch hier geht es darum, jene zu bestrafen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Und die zu belohnen, die sich anständig verhalten. Warum wirft sich der Mittelstandsbeauftragte nicht für die anständigen Unternehmen in die Bresche? Warum wollen Sie staatliche Aufträge an korrupte Unternehmen vergeben?

### **Zusammenarbeit mit Hamburg ist nötig.**

Diese Aussage stimmt, egal wer gerade die Regierung stellt. Es kann doch nicht sein, dass unser Ministerpräsident sich vorstellen kann, der letzte in Schleswig-Holstein zu sein, solange die CDU in Hamburg die Mehrheit hat. Und kaum hat die SPD eine Mehrheit in Hamburg, ist von guter Nachbarschaft keine Rede mehr. Wir brauchen gute Nachbarschaft. Wir brauchen eine verlässliche, regelmäßige und institutionalisierte Zusammenarbeit. So kann die regelmäßige parlamentarische Kontrolle gemeinsamer Einrichtungen verbessert werden. Darüber hinaus wird auf Parlamentsebene ein Rahmen geschaffen, in dem Potenziale der weiteren Zusammenarbeit ausgelotet werden können.

Gegen Wirtschaftskriminalität, für gute Nachbarschaft. Dafür steht die SPD, das ist unser Fazit. Ich hoffe, bei CDU und FDP fällt es nicht umgekehrt aus.

Kommentar von [Johannes Becker](#) vom 20.06.2012, 12:19 Uhr:

### **RE: Gegen Wirtschaftskriminalität, für gute Nachbarschaft**

*Sehr geehrter Herr Habersaat, ich habe Ihre o.g. Rede gelesen und stimme Ihnen in allen Punkten zu. Als Kleinunternehmer habe ich täglich mit ähnlichen Machenschaften zu tun und es ist sehr schwer sich dagegen zu wehren. Sollte es Ihre Zeit erlauben, würde ich mich gern einmal mit Ihnen zum besagten Thema unterhalten. Zu erreichen bin ich in der Regel tagsüber in meinem Büro unter der Direktwahl 040/71487010. freundliche Grüße Johannes Becker*

## **Björn Engholm: Mehr kulturelles und politisches Engagement im Ostseeraum!**

Anette Langner, MdL, und Björn Engholm: Mehr kulturelles und politisches Engagement im Ostseeraum!

29.04.2012 Lutterbek

Die Landtagsabgeordnete Anette Langner hatte zu einer Matinee zum Thema Ostseekooperation eingeladen. Gesprächspartner waren der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, Cornelia Patz-Nahm vom Berufsverband für angewandte Kunst Schleswig-Holstein und der Generalkonsul der Republik Polen Andrzej Osiak

Musikalisch umrahmt wurde diese Matinee von dem Saxophonisten Richard Wester.

Mit Jens Schliecker und Nils Rohwer und Klavier, Vibraphon und Marimba hörten die Gäste einen eigenen und unverwechselbaren Sound, der inzwischen sogar weltweit für Aufmerksamkeit sorgt. Das war der optimale Rahmen für eine Kulturpolitische Diskussion im Ostseeraum. 1988 formulierte Björn Engholm es in seiner Regierungserklärung: „Das Mare Balticum, die Ostsee, als Region einer aufblühenden wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung – das ist eine unserer großen Visionen.“

Engholm hob die Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen im Ostseeraum hervor, ihre gemeinsame Geschichte und ihre Kultur. Das gemeinsame Potential in der Wirtschaft muss genutzt werden, um mit einer starken Ostseeregion den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Frau Patz-Nahm wies auf die kolossale Kraft der kulturellen Netzwerke im Ostseeraum hin, denn wo Menschen miteinander kommunizieren, sich austauschen und gemeinsam künstlerisch tätig sind, waltet Friedfertigkeit und Kreativität. Der Generalkonsul Andrzej Osiak beschrieb die gemeinsame EU-Strategie für den Ostseeraum, er plädiert dafür, diese zügig umzusetzen. Ziel der Strategie ist es, die Entwicklung der Ostseeregion mit einem integrierten Ansatz zu unterstützen, indem die Aktivitäten der zahlreichen Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen zusammengeführt, aufeinander abgestimmt und optimiert werden.

Schleswig-Holstein muss in Zukunft sich wieder stärker im Ostseeraum engagieren, denn was vor 20 Jahren begann, sollte wieder stärker in das Bewusstsein kommen und ein klares Bekenntnis der Politik sein. Der Ostseeraum ist eine außergewöhnliche Region mit ihren kulturellen und gesellschaftlichen Verbundenheiten, ihrer Tradition der Zusammenarbeit, ihrer Entwicklung nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, ihres ökonomischen Gewichts, ihrer Innovationsfähigkeit und ihres dichten Netzwerkes der Kooperationen. Anette Langner: „Die Landtagswahl am 6. Mai 2012 entscheidet auch darüber, ob Schleswig-Holstein wieder zu seiner Rolle als Impulsgeber und Akteur wie auch zum Gewinner einer engagierten Ostseepolitik zurückfinden kann. Wir brauchen eine Landesregierung, die zusammen mit den Ostseeanrainern daran arbeitet, an der Ostsee eine soziale, ökologische und ökonomische Modellregion aufzubauen, die eine neue Dynamik in die gesamte europäische Entwicklung bringen kann.“

**Keine Kommentare**



## **Maibaumfest in Reinbek**

Sonnenschein, viele gutgelaunte Menschen, Maibowle und ein umfangreiches Speisenangebot - das waren die bekanntesten Zutaten für ein gelungenes Maibaumfest in Reinbek. In diesem Jahr

gab es allerdings noch mehr, was der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und tausende weitere Besucher genießen konnten: Anlässlich ihres 125jährigen Bestehens hatte die Freiwillige Feuerwehr Reinbek eine richtige Festmeile auf die Beine gestellt.

Der komplette Schulhof der Sachsenwaldschule war mit Biertischen und Bänken ausgestattet, es gab Livemusik und eine Ausstellung historischer Feuerwehrfahrzeuge.

Martin Habersaat freute sich besonders, in Reinbek wieder einmal zahlreiche ehemalige Kollegen und Schüler aus seiner Zeit aus der Sachsenwaldschule zu treffen. Er stellte allerdings auch fest: „Die Zahl derer, die ich aus meiner Zeit als Landtagsabgeordneter kenne, wächst beständig. Es ist toll, überall auf bekannte und fröhliche Gesichter zu treffen!“ Das galt umso mehr, als auch viele Menschen aus den Nachbargemeinden sich auf den Weg nach Reinbek gemacht hatten.

Fotoalbum: [hier](#).



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.05.2012, 10:11 Uhr - 8175 Clicks - Nr. 290

## Mit dem Fahrrad durchs Lieblingsland

### Peter Hartmann zeigte Oststeinbek und Umgebung

Strahlender Sonnenschein begleitete die Mitglieder der SPD-Oststeinbek und ihre Gäste, darunter den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, bei ihrer Fahrradtour durch Oststeinbek und Umgebung. Peter Hartmann hatte eine interessante Route ausgearbeitet, die ins Gewerbegebiet Oststeinbek ebenso führte wie in den Öjendorfer Friedhof und an die Glinder Au.

Nach 20 Kilometern Fahrt und viel Wissenswertem gab es auf dem Oststeinbeker Markt eine Stärkung vom Grill.

Martin Habersaat befand: „Ich staune immer wieder, wie abwechslungsreich unser Südstormarn ist, wie viele Geschichten ich noch nicht kenne.“ Dieses Mal ging es unter anderem um ein Umspannwerk, dass als Reaktion auf die große Flut in Hamburg in den 1960er-Jahren gebaut wurde, um Strommasten, die wegen der Terrorgefahr in den 1970er-Jahren besonders geschützt wurden und den Strukturwandel des Gewerbegebietes von den 1980er-Jahren bis heute.



„Wenn man uns ein Foto gezeigt hätte - wir hätten nicht geglaubt, dass das der Friedhof Öjendorf ist“, so staunten viele Teilnehmer, als sie die Ehrenanlage sahen, auf der 1957/58 5.858 Italiener beigesetzt wurden, die in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs in Norddeutschland verstorben waren. Auch der Satz „Hier war ich noch nie!“ war mehrfach zu hören. Und sicher ist: Auch bei kommenden Touren bleibt viel zu entdecken.

Fotoalbum: [hier](#).

**Keine Kommentare**

## Torsten Albig auf Lieblingslandtour

### Viele Stationen in Stormarn

Die letzten vier Wochen hat Torsten Albig, SPD-Spitzendkandidat bei der Landtagswahl am 6. Mai und Oberbürgermeister von Kiel, sich frei genommen, um durch sein Lieblingsland zu reisen. Die Tour führt durch alle Regionen Schleswig-Holsteins und wird auch per Video dokumentiert, zu betrachten unter [www.torstenalbig.de](http://www.torstenalbig.de).

Auch nach Stormarn führt die Tour, etwa zum E-Werk Sachsenwald in Reinbek, zu einem Treffen mit Olaf Scholz in Bad Oldesloe oder zu einer Rock-Veranstaltung in Ahrensburg. Mit dabei sind die örtlichen Landtagskandidaten Susanne Danhier (Stormarn-Nord), Tobias von Pein (Stormarn-Mitte) und Martin Habersaat (Stormarn-Süd).



Folgende Stationen kommen noch:

#### 3. Mai

10.15 - 11.45 Uhr, E-Werk Sachsenwald, Reinbek

Besichtigung des E-Werks. Mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

12.00 - 13.30 Uhr, Schloss Reinbek

Gespräche über Kulturpolitik. Mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

20.00 Uhr, Bürgerhaus Bad Oldesloe

"Auf gute Nachbarschaft - Gutes Regieren"

Mit Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, und der Landtagskandidatin Susanne Danhier. Moderation: Christiane Harthun-Kollbaum

#### 4. Mai

7.00 - 8.30 Uhr, Bahnhof Ahrensburg

"coffee to go", mit dem Landtagskandidaten Tobias von Pein

10.00 - 11.30 Uhr, Haus am Schüberg, Ammersbek

Betriebsbesuch im „Haus am Schüberg“ mit Vertreterinnen und Vertretern des Hauses und dem

Landtagskandidaten Tobias von Pein

14.20- 15.45 Uhr, Glinde (Treffen auf dem Netto-Parkplatz)

Besichtigung der Konversionsfläche "Alte Wache", Bürgergespräche und Imbiss. Mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

15.45 Uhr Weiterfahrt zum Rathausmarkt Glinde zur Sammlung mit allen Radfahrern /Fahrraddemo zur Mahnwache am Glinder Berg. Mit dem Landtagskandidaten Martin Habersaat, Storch Heinar und der Bürgerinitiative.

19.00 - 22.00 Uhr, Eventfläche, Große Straße/Klaus-Groth-Straße, Ahrensburg

RO(ck)T gegen Rechts. Mit dem Landtagskandidaten Tobias von Pein und Storch Heinar (Storchkraft) sowie „Postumus“ (Rock), „The Frickin Kickin“ (Punkrock), „Mary Jane Killed The Cat“ (Indie-Rock) und "Kazimir" (Post-Punk).

**Keine Kommentare**

## Unser Lieblingsland - Am 6. Mai SPD wählen!

Es gibt viele Gründe die für die Schleswig-Holstein-Partei sprechen!

Weitere Informationen und das ausführliche Programm der SPD Schleswig-Holsteins für die nächste Legislaturperiode finden Sie unter:

[SPD Schleswig-Holstein](#)



**Keine Kommentare**

## Kiebitzreier SPD fit für die heiße Wahlkampfphase

Erfolgreiche Jahreshauptversammlung mit vielen Neuerungen bei den Kiebitzreier Genossinnen und Genossen. Kurz vor der heißen Wahlkampfphase hielten die Kiebitzreier Sozialdemokraten ihre Jahreshauptversammlung im neu eröffneten SK1 ab. Der Ortsvereinsvorsitzende Niels Jurgons konnte 15 Genossinnen und Genossen begrüßen und freute sich über die rege Beteiligung an der Sitzung. Jurgons berichtet über die umfangreichen SPD-Aktivitäten des letzten Jahres. Neben den traditionellen Veranstaltungen, wie Grünkohlessen, Boßelturnier, Pfingst-Fahrradtour, Spieleabend und kommunalpolitischer Infoabend führte die SPD



im letzten Jahr einen gut besuchten Workshop zur Mitgliederwerbung durch. „Die Ergebnisse des Workshops werden wir nach der Landtagswahl noch stärker umsetzen“, sagte Jurgons. Auch im Hinblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr sei es wichtig, dass die SPD noch mehr aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter finde. Der SPD-Landesvorsitzende, Ralf Stegner, ist vor kurzem einer Einladung des Ortsvereins gefolgt und hat zusammen mit Landtagskandidat Stefan Bolln und den beiden Ortsvorsitzenden, Niels Jurgons und Werner Brunhorn, die Firma MuK in Kiebitzreihe besucht (wir berichteten). Auch der SPD-Kreisverband war im letzten Jahr zweimal zu Gast in Kiebitzreihe, zu einer Kreisvorstandssitzung und zu einer Diskussionsrunde über die Parteireform der SPD. Dort wurden mehrere Änderungsanträge für den Bundesparteitag erarbeitet. „Unsere Vorschläge und Wünsche finden sich zum Großteil in der auf dem Bundesparteitag verabschiedeten Reform wieder. Dies zeigt, dass in der SPD die Basis immer noch und durch die Reform noch stärker zur Geltung kommt“, freute sich der Ortsvorsitzende, der auch Mitglied des SPD-Kreisvorstandes ist. Positiv von den Mitgliedern wurde bewertet, dass im vergangenen Jahr mehrmals Gäste zu Ortsvereinssitzungen eingeladen wurden, die über ihre Projekte und Vorhaben berichteten, u.a. der Kiebitzreier Pastor Martin Zerrath und Familie Steenfatt. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Gemeindevertretung, Dr. Uwe Christiansen, zog am Ende seines Berichtes eine positive Bilanz über die Arbeit der SPD-Fraktion. Die Kasse des Ortsvereins ist gut gefüllt und vorbereitet für die drei anstehenden Wahlkämpfe in den nächsten eineinhalb Jahren: „Das Jahr 2011 konnte mit einem leichten Plus abgeschlossen werden“, freute sich die Kassiererin Barbara Christiansen. Neuwahlen des Vorstandes standen in diesem Jahr nicht an. Renate Brunhorn wurde zur neuen Kassenprüferin gewählt und

folgt damit Michael König nach, der turnusgemäß aus dem Amt schied. Aber auch ohne Wahlen hatten die Sozialdemokraten ein umfangreiches Programm abzarbeiten. So waren die Planungen für die letzte Phase des Wahlkampfes der größte Punkt auf der Tagesordnung. Der SPD-Landtagskandidat Stefan Bolln wird am Mittwoch, den 02. Mai, ab 19:30 Uhr auf Einladung des SPD-Ortsvereins zu Gast sein. Bei „Bier und Frikadelle“ soll über das Thema „Wählen gehen, wozu?“ diskutiert werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sind hierzu herzlich eingeladen.

Am Samstag vor der Wahl (05. Mai) werden die Genossinnen und Genossen wieder ihren Infostand vor dem EDEKA-Markt Lender aufbauen und dort Fragen zur SPD beantworten, Rosen und eine Überraschung für Kinder verteilen.

Am Wahltagsonntag (06. Mai) lädt die SPD alle Kiebitzreihler Bürgerinnen und Bürger zur Wahlparty ins neue „SK1“ (ehemals Kiebitzreihler Stuben) ein. Jeder Gast bekommt ein Freigeränk. Beginn ist um 17:50 Uhr, kurz vor den ersten Prognosen.

Des Weiteren wurde beschlossen, dass die Sitzungen des SPD-Ortsvereins nicht mehr an einem Freitag, sondern von nun an jeden 3. Donnerstag im Monat stattfinden werden. „Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich, alle Interessierten sind herzlich willkommen“, betonte Jurgons. Die genauen Sitzungsterminen sind auf der Internetseite des Ortsvereins, [www.spd-kiebitzreihe.de](http://www.spd-kiebitzreihe.de), zu finden.

Die Jahreshauptversammlung wurde traditionell mit dem Verzehr von Frikadellen mit Kartoffelsalat in gemütlicher Runde und bei interessanten Gesprächen beendet.

Niels Jurgons

**Keine Kommentare**

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 03.05.2012, 12:45 Uhr - 9821 Clicks - Nr. 294

## **Kontrastprogramm mit Ulrike Rodust im Wahlkreis Schleswig Nord**

Am 2. Mai 2012 besuchte Ulrike Rodust, Mitglied im EU-Parlament, zusammen mit Ralf Wrobel den Wahlkreis Schleswig Nord. Begleitet durch die Geschäftsleitung der Firma Betamethan in Schuby wurde die Delegation mit Vertretern der Gemeinde Schuby und der Vorgängerin für den Wahlkreis Anna Schlosser-Keichel über das Gelände der Rübenwaschanlage geführt. Alle waren überwältigt von der Größe der Anlage.



Bevor der Betriebsleiter, Herr Karstens, die Delegation durch die Anlage führen konnte, wurden wir vom Geschäftsführer, Herrn Dirk Moysich, begrüßt. Eigentlich ist die Rübensaison längst beendet und man müsste sich fragen, wie die Anlage dennoch weiter zur Gasgewinnung betrieben wird. Das wurde uns erklärt, Herr Karstens führte uns zwischen acht riesigen Behältern durch, in denen sozusagen die Rübensuppe auf ihre weitere Verarbeitung wartet. In diesen riesigen Kesseln wird praktisch die Rübensuppe mit den zuvor geschredderten Rüben gespeichert, bevor sie in Gärkessel geleitet wird, wo sie durch Zusatz von Gärstoffen zur Gasgewinnung genutzt wird. Die Reststoffe, die nach dem Gärprozess anfallen, werden wieder als Dünger auf die Felder gebracht und so schließt sich der Kreislauf. Feststellen konnten wir, dass diese Prototyp-Anlage sehr sauber ist. Ulrike Rodust fragte, wie das Konkurrenzverhalten von der Gasgewinnung zur Zuckergewinnung stehe. Herr Moysich erklärte darauf, dass die Anlage ausnahmslos mit Rüben aus der Region beschickt werde und dass es sich für die Landwirte nicht rechne, 15 Euro Mehrkosten pro Rübentonnage in Kauf zu nehmen, um die Rübe zur Zuckerverarbeitung, nach Uelzen zu bringen. Bei der Gelegenheit merkte Ulrike Rodust an, dass aller Wahrscheinlichkeit nach der Zucker ab 2015 sowieso nicht subventioniert werde.



Auf Nachfrage von Ralf Wrobel bestätigte Herr Moysich, dass die Anlage zu rund 75 % von den Stadtwerken der Stadt Flensburg betrieben werde. Die Anlage verarbeitet zurzeit die Rüben von rund 1.200 Hektar Bodenfläche, das ergibt rund 100.000 Tonnen Rüben, aus denen wiederum 100.000 Megawattstunden Energie gewonnen werden. Das führte er weiter aus, entspreche bereits einem Viertel des gesamten Gasverbrauches der Stadt Flensburg. Wobei aber kein Flensburger Bürger sicher sein kann, dass er ausgerechnet, jetzt, im Moment des Verbrauches auch das Gas seiner Region verbrauche, denn das Gas, das hier gewonnen wird, wird in einen großen Pool eingespeichert, der durchaus das Gas bis nach Bayern oder auch bis nach Dänemark liefert.

Anschließend um 16:00 Uhr trafen sich Ulrike Rodust und Ralf Wrobel mit Anna Schlosser Keichel und Gemeindevertretern aus Jübek, mit denen sie gemeinsam den „Hof Ziegenland“ von Ulf Clausen, in Jübek besuchten. Ulf Clausen führt auf dem ehemaligen Depotgelände der Bundeswehr, in Jübek, einen der größten Bioland Ziegenmilchbetriebe der Bundesrepublik. Der Betrieb wird mit zwei Mitarbeitern betrieben. Ulf Clausen hat die alten Bundeswehrgebäude so hergerichtet, dass sich die Ziegen dort in großen offenen Stallungen frei bewegen können. Um die Ziegen jedoch innerhalb der Ställe umzutreiben und die Bewegungsmöglichkeiten noch zu erweitern, hat er zwischen den Gehegen Tunnel eingerichtet, damit die Ziegen von einem in das andere Gehege wechseln können. Brücken von einem in das andere Gehege, hat Ulf Clausen bei anderen Züchtern beobachtet, führen dazu, dass die Leittiere oben stehen bleiben und die anderen Tiere sich nicht daran vorbei trauen. Demzufolge hat er Tunnel eingerichtet und damit beste Erfahrungen gemacht.

Weil Ziegen in erster Linie Busch und Gehölze fressen, dürfen sie auf dem Gelände nicht frei herumlaufen. Um den jungen Ziegen aber quasi Sommerfrische zu geben, hat Clausen mit Bunde Wischen eine Vereinbarung, dass die seine Tiere bei Gallowayrindern mit weiden dürfen, um dort die Vegetation nicht einseitig abfressen zu lassen.

Für den Artikel: Reinhard Vieth

Weitere Fotos befinden sich auf der Homepage unter "Meine Aktivitäten"

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 04.05.2012, 10:38 Uhr - 15538 Clicks - Nr. 295

## **„Egon Bahr Fellowship Programm 2012“ für deutsch-russische Verständigung**

### **Thönnnes ruft zur Bewerbung auf:**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau lädt fortgeschrittene Studierende, junge Berufstätige sowie kreative politische Denker ein, sich für das „Egon Bahr Fellowship 2012 Programm für europäisch-russische Verständigung zu bewerben.



Dieses Programm richtet sich an politisch Aktive zwischen 22 und 30 Jahren, die Interesse haben, sich zukünftig stärker mit Osteuropa im Allgemeinen und mit Russland im Besonderen auseinanderzusetzen. Gute Englischkenntnisse, sowie ein nachgewiesenes Engagement für die soziale Demokratie werden vorausgesetzt.

SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes ist Berichterstatter seiner Fraktion für Russland und wünscht sich eine möglichst große Zahl von Bewerbungen für dieses wichtige Programm: „Der interkulturelle Austausch von jungen Menschen ist unerlässlich, wenn Europa und Russland enger zusammen kommen sollen. Im Geist von Egon Bahrs ‚neuer Ostpolitik‘ wollen wir weiterarbeiten, denn die Russische Föderation ist als verlässlicher und wichtiger Partner der Europäischen Union von sehr großer Bedeutung für die Zukunft Europas.“

Im Mittelpunkt des Programms steht die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. In Zusammenarbeit mit jungen russischen Nachwuchspolitikern werden derzeitige Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der Förderung der Zivilgesellschaft erörtert und diskutiert. Ergänzt wird dies durch ein Rahmenprogramm zur Außen- und Sicherheitspolitik, bestehend aus Gesprächen mit Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten. Ein abschließendes Seminar ist im Herbst in Berlin vorgesehen. Nach erfolgreichem Abschluss steht allen Egon Bahr Fellows das Alumni-Netzwerk der FES Moskau offen.

Das Programm findet in diesem Jahr in Moskau und Kostroma vom 7.-15. Juli 2012 statt. Die FES übernimmt alle Reise-, Aufenthalts-, und Programmkosten.

Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2012. Interessierte können sich mit einem Lebenslauf und kurzer Darlegung ihrer Motive direkt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau per Email bewerben:

[Ekaterina.Makeeva@fesmos.ru](mailto:Ekaterina.Makeeva@fesmos.ru)

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 04.05.2012, 22:33 Uhr - 5762 Clicks - Nr. 296

## Torsten Albig auf Lieblingslandtour in Reinbek

Im Rahmen seiner Lieblingslandtour ist Torsten Albig auch durch Reinbek geradelt. Viele Reinbekerinnen und Reinbeker staunten nicht schlecht, als sie den SPD-Fahradkorso erblickten und den SPD-Spitzenkandidaten ebenso erkannten wie den örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Eine Station auf der Tour waren das Reinbeker Schloss und der dazugehörige Park. Besonders die Dachkonstruktion hatte es Torsten Albig angetan:

„Bäume über 300 Jahre so wachsen zu lassen, wie spätere Generationen sie als Balken brauchen - das ist wahrlich vorausschauende Politik!“



Nach einer Besichtigung der Schlossanlagen gab es mit dem Schlossherrn Bernd Kraske und Reinbeks Bürgermeister Axel Barendorf noch einen regen Gedankenaustausch über Kulturpolitik. Albig warnte davor, Kultur immer nur als Kostenfaktor zu betrachten: „Kultur hat auch einen Wert für unsere Gesellschaft!“ Martin Habersaat hatte das Schloss als Station vorgeschlagen, weil es erstens ein besonderes Bauwerk sei und zweitens mit Bernd Kraske dort ein kompetenter Ansprechpartner für kommunale Kulturarbeit anzutreffen war.

Im Sommer letzten Jahres fand im Schloss Reinbek übrigens das erste SPD-Zukunftsgespräch im Rahmen des Demokratiesommers statt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 04.05.2012, 22:44 Uhr - 6617 Clicks - Nr. 297

## Torsten Albig beim E-Werk Sachsenwald

Das E-Werk Sachsenwald und den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) besuchte Torsten Albig im Rahmen seiner Lieblingslandtour in Reinbek. Gemeinsam mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat wurden die Leitstelle und die weiteren Räumlichkeiten besichtigt. Nach einem kurzen Gespräch mit den Beschäftigten des E-Werks zog man sich in den Besprechungssaal zurück, um Perspektiven der Energiepolitik in Schleswig-Holstein zu erörtern.

Martin Habersaat: „Unser E-Werk ist ein gutes Beispiel für ein erfolgreiches kommunales Unternehmen, das hilft, Profite in der Region zu halten und für die Kommunen zu nutzen.“



Zum 1. März 2012 hatte das E-Werk Sachsenwald, vormals E-Werk Reinbek-Wentorf, neu die Stromnetze in Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek und in Wohltorf die Strom- und Gasnetze übernommen. Geschäftsführer Thomas Kanitz berichtete von der erfolgreichen Übernahme und anstehenden Investitionen in die Netze. VKU-Geschäftsführer Detlef Palm wünschte sich von den Landespolitikern, die Herausforderungen der Energiewende stärker gemeinsam mit den Stadtwerken anzugehen. Er begrüßte das Vorhaben der SPD-Landtagsfraktion, eine eigenständige Landesnetzagentur für Schleswig-Holstein zu gründen und nicht mehr die Bundesbehörde in Bonn für diese Aufgabe zu bezahlen.

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.05.2012, 23:09 Uhr - 11785 Clicks - Nr. 298

## Absichtlich zusammen

### Torsten Albig, Olaf Scholz und Susanne Danhier in Bad Oldesloe

Das mit den Plakaten, auf denen Torsten Albig und er abgebildet seien, und auf denen „Auf gute Nachbarschaft“ stehe, das sei mit Absicht gemacht, stellte Olaf Scholz fest: „Das ist uns nicht so passiert.“ Damit war klar: Auf dem Podium sitzen zwei, die künftig gut zusammen arbeiten wollen.



Olaf Scholz war Gast im Bürgerhaus Bad Oldesloe, um zusammen mit dem SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig und der örtlichen Landtagskandidatin Susanne Danhier über gutes Regieren in guter Nachbarschaft zu diskutieren.

Themen gab es einige, auch viele der 200 Zuschauer konnten sich mit ihren Fragen in das Geschehen einbringen. Olaf Scholz, bekannt dafür, nach der Wahl genau das zu tun, was er vor der Wahl ankündigte, zeigte sich bestens gelaunt in der Rolle des Unterstützers. Auch Torsten Albig wirkte gelöst und zuversichtlich. Beide erzählten, wie sie es sich vorstellen, die Bildung zu stärken, den Wohlstand durch eine starke Wirtschaft zu sichern oder die Metropolregion gemeinsam zu entwickeln.

Großen Applaus erhielt Scholz, als er vom Hamburger Schulfrieden berichtete: „Es gibt in Hamburg zwei Schularten nach der Grundschule: Die Stadtteilschule, die nach neun Jahren zum Abitur führen kann, und das Gymnasium, das nach acht Jahren zum Abitur führen kann. Und dieses System lassen wir jetzt zehn Jahre in Ruhe.“ Das ist auch das Ziel von Martin Habersaat, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „In Stormarn haben wir

dieses System heute auch schon. Sobald es für ganz Schleswig-Holstein gilt, haben auch wir den Schulfrieden erreicht.“

Welche Lehre Torsten Albig aus dem großen Erfolg von Olaf Scholz in Hamburg ziehe, wurde er gefragt. Antwort Albig: „Große Beliebtheit des Spitzenkandidaten am 6. Mai in einen Wahlerfolg ummünzen!“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.05.2012, 00:17 Uhr - 11047 Clicks - Nr. 299

## **Torsten Albig und Storch Heinar in Glinde**

Seit fast 200 Tagen gibt es sie nun schon, die Mahnwache vor dem Laden in Glinde, den es dort besser nicht geben sollte. Dort versammeln sich täglich für 2 Stunden engagierte Bürgerinnen und Bürger, um gegen den Laden zu demonstrieren. Eigentlich sei so ein Laden kein Ort in seinem Wahlkreis, den er gerne zeige, sagte Martin Habersaat anlässlich der Lieblingslandtour von Torsten Albig. Dennoch radelten die beiden hier vorbei - um die Ausdauer und den Einsatz der Bürgerinitiative zu würdigen. Und um gemeinsam mit Storch Heinar ein Zeichen zu setzen: für Vielfalt, gegen Einfalt.



Storch Heinar mit seiner Band "Storchkraft" sorgten bei den mehr als 100 Demonstranten für gute Laune. Hinter dem Storch steckt eine Initiative der Jusos aus Rostock, die „nicht mit Gewalt, sondern mit Humor etwas gegen rechten Ungeist unternehmen wollten“, wie Julian Barlen erklärte. Der 32jährige ist Abgeordneter im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und Leiter der Projekte „Endtsation rechts“ und „Storch Heinar“.

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 05.05.2012, 06:04 Uhr - 31215 Clicks - Nr. 300

## **Gute Nachbarschaft statt platter Ressentiments**

Jusos-Steinburg demonstrieren beim Seehofer-Besuch in Wilster gegen das Betreuungsgeld und für eine gute Nachbarschaft mit Dänemark.

Am Tag der Arbeit hatte die CDU-Steinburg nochmals mächtig Prominenz aufgefahren. Jost de Jager und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer besuchten Wilster. Die Jusos-Steinburg zeigten auf der Wahlveranstaltung Präsenz und Flagge gegen die CDU-Plakate „Stabile Regierung statt Dänenampel“. Mit diesem diffamierenden Slogan versucht die CDU ein paar Tage vor der Landtagswahl gegen eine mögliche Rot-Grüne-Regierung mit Beteiligung des SSW mobil zu machen. Nach den Gogogirl-Partys und Anti-SPD-Flyern der Jungen Union Steinburg scheint jetzt auch beim CDU-Landesverband das Niveau deutlich gesunken zu sein. Denn mit derartigen Slogans werden auf platte Ressentiments und plumpen Populismus zurückgegriffen. Nachdem man den Kindern der dänischen Minderheit schon die Schulförderung zusammengestrichen hat, macht man jetzt mobil gegen die parlamentarische Vertreter derselben im Land. Die Abgeordneten des SSW sind vollwertige Volksvertreter und als solche dürfen sie sich natürlich auch an einer Regierung beteiligen, wie z.B. im Kieler Rathaus. Es gibt viele inhaltliche

Überschneidungen zwischen SPD, Grünen und SSW. Und der SSW ist bereit, sich zur Umsetzung dieser Positionen an einer rot-grünen Regierung zu beteiligen, in welcher Form auch immer. De Jager lobt wie sein Ziehvater Carstensen gerne die voll integrierte dänische Minderheit im Land. Angesichts eines solchen Slogans, klingt das bestenfalls noch nach hohlen Phrasen.

Auch verwundert es, dass ausgerechnet die CDU mit stabilen Verhältnissen wirbt. Peter Harry Carstensen hat vor 2 Jahren mutwillig und ohne Not die große Koalition gesprengt und so Neuwahlen herbeigeführt. Resultat: CDU



und FDP hatten ein Mandat mehr als die anderen Parteien, obwohl sie weniger Stimmen als die anderen Parteien insgesamt bekommen haben, und bildeten mit ihrer knappen „Mehrheit“ eine Regierung. Das Landesverfassungsgericht ordnete Neuwahlen und die Verabschiedung eines neuen Landeswahlgesetzes an. Das noch frühzeitige Auseinanderfallen der schwarz-gelben Mehrheit wurde nur dadurch verhindert, dass der geschasste Christian von Bötticher sein Landtagsmandat vor der Wahl nicht zurückgab. Stabile Verhältnisse sehen anders aus!

Fazit: Die CDU regiert seit 7 Jahren und wir dürfen nun zum dritten Mal in 7 Jahren im Land an die Urnen. Nur zur Erinnerung: Die in der Verfassung verankerte Dauer einer Legislaturperiode beträgt 5 Jahre!

Die Jusos nutzen den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten auch dazu, gegen das von der CSU geforderte Betreuungsgeld zu demonstrieren. Dieses hatte der Autor und ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) vor kurzem – ebenfalls in Wilster – sehr treffend als größten Unsinn, denn er jemals aus den Reihen der Union gehört habe, bezeichnet. Mit Plakaten „Betreuungsgeld? Nej tak!“ machten die Jusos ihrem Unmut über den Vorschlag der CSU Luft. Horst Seehofer erklärte noch, dass die CSU nicht wolle, dass Frauen (!) zu Hause bleiben und auf die Kinder aufpassen, sondern dass das Betreuungsgeld mehr Wahlfreiheit ermöglichen solle. Die Antwort, wie denn für 100 Euro eine gute und pädagogisch anspruchsvolle Betreuung eines Kindes abseits von KiTas möglich sein soll, wenn beide Eltern arbeiten gingen, blieb Seehofer unterdes schuldig.

Niels Jurgons

**Keine Kommentare**